

Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung

Von der Mercator School of Management, Fakultät für Betriebswirtschaftslehre, der

Universität Duisburg-Essen

zur Erlangung des akademischen Grades

eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft (Dr. rer. oec.)

genehmigte Dissertation

von

Marvin Kraft

aus

Siegen

Referent: Prof. Dr. Volker Breithecker

Korreferent: Prof. Dr. Andreas Dutzi

Tag der mündlichen Prüfung: 4. Dezember 2024

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	VII
Tabellenverzeichnis	VIII
Anhangsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XV
Symbolverzeichnis	XXI
1 Einleitung.....	1
2 Der Mittelstand und seine steuerlichen Interessen	7
2.1 Der Mittelstand	7
2.1.1 Begriffsverständnis.....	7
2.1.2 Bedeutung und Ressourcenausstattung.....	9
2.2 Steuerliche Interessen des Mittelstands	12
2.2.1 Überblick über die Interessen des Mittelstands in der deutschen Steuergesetzgebung	12
2.2.2 Interessen in der Erbschaft- und Schenkungsteuer.....	15
2.2.2.1 Steuerliche Relevanz für den Mittelstand.....	15
2.2.2.2 Ausgewählte erbschaft- und schenkungsteuerliche Interessen	16
2.2.3 Interessen im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten	23
2.2.3.1 Ursachen steuerlicher Compliance-Kosten	23
2.2.3.2 Interessen des Mittelstands	26
2.3 Implikationen anlässlich der Resource Dependence Theory	28
3 Theoretische Grundlagen und Implikationen zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung	29
3.1 Überblick und Forschungslücke	29

3.2	Strategien unternehmerischer Einflussnahme	30
3.3	Unternehmerischer Einfluss auf die Steuergesetzgebung	31
3.3.1	Zielsetzungen	31
3.3.2	Ökonomische Vorteilhaftigkeit	32
3.4	Politische Aktivität des Mittelstands	34
3.5	Einflussnahme in Deutschland	36
3.6	Faktoren für erfolgreiche Einflussnahme	37
3.7	Implikationen zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung.....	38
4	Formelle Möglichkeiten zur Ausübung von Einfluss auf die Steuergesetzgebung Deutschlands	44
4.1	Steuergesetzgebungskompetenz	44
4.2	Steuergesetzgebungsverfahren	45
4.3	Formelle Möglichkeiten zur Einflussnahme	47
5	Empirische Untersuchungen zum Einfluss des Mittelstands.....	50
5.1	Überblick über die empirischen Untersuchungen.....	50
5.2	Untersuchungstichproben und Datenerhebung	54
5.2.1	Identifikation der Untersuchungstichproben	54
5.2.1.1	Datenverfügbarkeit in Deutschland.....	54
5.2.1.2	Ausgangspunkt für die Konzeption der Untersuchungstichproben.....	55
5.2.1.3	Stichprobe für die Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen	56
5.2.1.4	Stichprobe für die Untersuchungen zum politischen Gehör mittelständischer Interessenvertreter durch politische Parteien.....	57

5.2.1.5	Stichprobe für die Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands	58
5.2.1.6	Stichprobe für die Untersuchungen zum Lobbying- Erfolg des Mittelstands.....	61
5.2.2	Überblick über die Untersuchungsstichproben und Forschungsfragen	61
5.2.3	Datenerhebung via automatischer Textanalyse und qualitativer Inhaltsanalyse	63
5.2.4	Kategorisierung	65
5.2.4.1	Überblick über die Kategorien.....	65
5.2.4.2	Zuordnung der Interessenvertreter zu den Kategorien	66
5.2.4.3	Überprüfung der Geeignetheit der Zuordnung zur Mittelstandskategorie	69
5.3	Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen	73
5.3.1	Forschungsdesign	73
5.3.2	Ergebnisse	78
5.4	Untersuchungen zum politischen Gehör mittelständischer Interessenvertreter durch politische Parteien.....	89
5.4.1	Forschungsdesign	89
5.4.2	Ergebnisse	90
5.5	Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands.....	99
5.5.1	Untersuchungen zum Zugang des Mittelstands zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren	99
5.5.1.1	Forschungsdesign.....	99
5.5.1.2	Ergebnisse.....	100

5.5.2	Untersuchung zur kollektiven Partizipation des Mittelstands	104
5.5.2.1	Forschungsdesign.....	104
5.5.2.2	Ergebnisse.....	105
5.5.3	Untersuchung zur Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen.....	106
5.5.3.1	Forschungsdesign.....	106
5.5.3.2	Ergebnisse.....	108
5.5.4	Untersuchung zur strategischen Vermittlung von Informationen.....	112
5.5.4.1	Forschungsdesign.....	112
5.5.4.2	Ergebnisse.....	114
5.6	Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands	118
5.6.1	Forschungsdesign	118
5.6.2	Ergebnisse	125
6	Qualitative Experteninterviewstudie zum Einfluss des Mittelstands	137
6.1	Forschungsdesign.....	137
6.2	Ergebnisse	142
7	Diskussion.....	152
7.1	Synthese der Ergebnisse zur Beurteilung des Einflusses des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung.....	152
7.2	Praktische Implikationen zum Einfluss des Mittelstands.....	161
8	Schlussbetrachtung	165
	Anhang.....	173
	Literaturverzeichnis	476
	Rechtsquellenverzeichnis.....	535

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zuordnung individueller Unternehmen zur Mittelstandskategorie.....	68
Abbildung 2: Standardisierte Residuen zu den Wahrnehmungsuntersuchungen ...	384
Abbildung 3: Standardisierte Residuen zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen	387
Abbildung 4: Residualplot zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen	391
Abbildung 5: Residualplot als Kurvenschätzung zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen.....	392
Abbildung 6: Boxplot-Diagramm zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen.....	393
Abbildung 7: Histogramm zur abhängigen Konnotationsvariable	396
Abbildung 8: Standardisierte Residuen zur Lobbying-Erfolgsuntersuchung	466

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Überblick über die einbezogenen öffentlichen Anhörungsitzungen	56
Tabelle 2:	Überblick über die identifizierten Redebeiträge aus den Plenarsitzungen des Bundestags und Bundesrats	57
Tabelle 3:	Überblick über die Gesamtanzahl der Fragen an Interessenvertreter durch die politischen Parteien.....	58
Tabelle 4:	Stichprobenabgangstabelle für die Lobbying-Untersuchungen	60
Tabelle 5:	Stichprobenabgangstabelle für die Lobbying- Erfolgsuntersuchungen.....	61
Tabelle 6:	Überblick über die Untersuchungsstichproben und Untersuchungsfragen für die empirischen Untersuchungen	61
Tabelle 7:	Mittelstandswörterbuch.....	70
Tabelle 8:	Deskriptive Statistik zur Geeignetheit der Zuordnung der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie.....	70
Tabelle 9:	Mehrfachvergleichstests zur Geeignetheit der Zuordnung der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie.....	71
Tabelle 10:	Deskriptive Statistik zum Robustheitstest zur Geeignetheit der Zuordnung der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie.....	72
Tabelle 11:	Mehrfachvergleichstests zum Robustheitstest zur Geeignetheit der Zuordnung der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie.....	72
Tabelle 12:	Steuerliches Compliance-Kostenwörterbuch	75
Tabelle 13:	Deskriptive Statistik zu den Wahrnehmungsuntersuchungen	78
Tabelle 14:	Regressionsergebnisse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien	79
Tabelle 15:	Wald-Tests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien.....	80
Tabelle 16:	Robustheitstests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien.....	82

Tabelle 17:	Regressionsergebnisse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker in den speziellen mittelständischen Interessengebieten	84
Tabelle 18:	Robustheitstests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker in den speziellen mittelständischen Interessengebieten	85
Tabelle 19:	Regressionsanalyse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien in den mittelständischen steuerlichen Interessengebieten	86
Tabelle 20:	Wald-Tests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien in der Erbschaft- und Schenkungsteuer	87
Tabelle 21:	Wald-Tests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien in Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten.....	87
Tabelle 22:	Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der mittelständischen Interessenvertreter.....	91
Tabelle 23:	Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der mittelständischen Interessenvertreter	91
Tabelle 24:	Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Union.....	93
Tabelle 25:	Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Union.....	93
Tabelle 26:	Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die FDP	94
Tabelle 27:	Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die FDP	94
Tabelle 28:	Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Grünen.....	95
Tabelle 29:	Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Grünen.....	95
Tabelle 30:	Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die SPD	96

Tabelle 31:	Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die SPD	96
Tabelle 32:	Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Linken	97
Tabelle 33:	Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Linken	97
Tabelle 34:	Deskriptive Übersicht über den Zugang der Interessenvertreter zum Steuergesetzgebungsverfahren auf Ebene des Finanzausschusses	101
Tabelle 35:	Deskriptive Übersicht über den Zugang der Interessenvertreter zum Steuergesetzgebungsverfahren auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen.....	102
Tabelle 36:	Deskriptive Übersicht über Verteilung von Stellungnahmen individueller und kollektiver Interessenvertreter.....	105
Tabelle 37:	Deskriptive Statistik zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen	108
Tabelle 38:	Regressionsanalyse zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen	109
Tabelle 39:	Robustheitstest zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen	110
Tabelle 40:	Deskriptive Statistik zur strategischen Vermittlung von Informationen	114
Tabelle 41:	Regressionsanalyse zur strategischen Vermittlung von Informationen	115
Tabelle 42:	Robustheitstests zur strategischen Vermittlung von Informationen .	116
Tabelle 43:	Deskriptive Statistik zu den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen.....	126
Tabelle 44:	Regressionsanalyse zur Lobbying-Erfolgsuntersuchung	127
Tabelle 45:	Ergebnisse der Lobbying-Erfolgsuntersuchung bei einzelner Hinzunahme der Kontrollvariablen	129

Tabelle 46:	Robustheitstests zur Lobbying-Erfolgsuntersuchung	131
Tabelle 47:	Regressionsanalyse zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands in seinen steuerlichen Interessengebieten	135
Tabelle 48:	Interviewleitfaden	140
Tabelle 49:	Überblick über die Experteninterviews.....	142
Tabelle 50:	Überblick über die Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands.....	142
Tabelle 51:	Steuerlicher Bezug der öffentlichen Anhörungssitzungen.....	173
Tabelle 52:	In die Untersuchungsstichprobe einbezogene Plenarprotokolle für die Wahrnehmungsuntersuchungen	183
Tabelle 53:	Kategorisierung der Stellungnahmen.....	200
Tabelle 54:	Kategorisierung der durch die Finanzausschusspolitiker in den öffentlichen Anhörungssitzungen befragten Interessenvertreter	276
Tabelle 55:	Überblick über alle Schreibweisen der ins Mittelstandswörterbuch eingeflossenen Begrifflichkeiten	376
Tabelle 56:	Erläuterung zur Auswahl der den Mittelstand beschreibenden Begrifflichkeiten für das Mittelstandswörterbuch	380
Tabelle 57:	Überblick über alle Schreibweisen der ins steuerliche Compliance-Kostenwörterbuch eingeflossenen Begrifflichkeiten ...	382
Tabelle 58:	Korrelationskoeffizienten nach Pearson zu den Wahrnehmungsuntersuchungen.....	385
Tabelle 59:	Variablendefinitionen zu den Wahrnehmungsuntersuchungen.....	386
Tabelle 60:	Korrelationskoeffizienten nach Pearson zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen.....	388
Tabelle 61:	Variablendefinitionen zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen	389
Tabelle 62:	Korrelationskoeffizienten nach Pearson zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen.....	394

Tabelle 63:	VIF zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen	395
Tabelle 64:	Prüfung der Variablen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen auf Normalverteilung mittels Shapiro-Franca Tests.....	396
Tabelle 65:	Variablendefinitionen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen.....	397
Tabelle 66:	Steuerliche Forderungen der Interessenvertreter und deren Erfolg..	398
Tabelle 67:	Korrelationskoeffizienten nach Pearson zu den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen.....	467
Tabelle 68:	Variablendefinitionen zu den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen.....	469
Tabelle 69:	Kodierleitfaden der qualitativ erhobenen Variablen in den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen	471
Tabelle 70:	Deskriptive Statistik zur Untersuchung des Beziehungskapitals der Forderungen der Interessenvertreter	474
Tabelle 71:	Mehrfachvergleichstests zur Untersuchung des Beziehungskapitals der Forderungen der Interessenvertreter	475

Anhangsverzeichnis

Anhang 1:	Steuerlicher Bezug der öffentlichen Anhörungssitzungen.....	173
Anhang 2:	In die Untersuchungsstichprobe einbezogene Plenarprotokolle für die Wahrnehmungsuntersuchungen.....	183
Anhang 3:	Kategorisierung der Stellungnahmen.....	200
Anhang 4:	Kategorisierung der durch die Finanzausschusspolitiker in den öffentlichen Anhörungssitzungen befragten Interessenvertreter.....	276
Anhang 5:	Schreibweisen der Begriffe im Mittelstandswörterbuch.....	376
Anhang 6:	Erstellungsprozess und Begriffsauswahl des Mittelstandswörterbuchs	378
Anhang 7:	Schreibweisen der Begriffe im steuerlichen Compliance-Kostenwörterbuch.....	382
Anhang 8:	Überprüfung der logistischen Regression zu den Untersuchungen der Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen auf Ausreißer und Multikollinearität	383
Anhang 9:	Definition der Variablen zu den Wahrnehmungsuntersuchungen....	386
Anhang 10:	Überprüfung der logistischen Regression zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen auf Ausreißer und Multikollinearität	387
Anhang 11:	Definition der Variablen zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen	389
Anhang 12:	Überprüfung der Regressionsvoraussetzungen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen.....	390
Anhang 13:	Definition der Variablen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen.....	397
Anhang 14:	Steuerliche Forderungen der Interessenvertreter und deren Erfolg..	398
Anhang 15:	Überprüfung der logistischen Regression zu den Untersuchungen des Lobbying-Erfolgs auf Ausreißer und Multikollinearität.....	466

Anhang 16:	Definition der Variablen zu den Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg	469
Anhang 17:	Kodierungsschema zu den Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg.	471
Anhang 18:	Ergänzende empirische Untersuchung zum Beziehungskapital des Mittelstands	474

Abkürzungsverzeichnis

Abl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
abs.	absolut
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
AO	Abgabenordnung
AO-E	Abgabenordnung-Entwurf
Art.	Artikel/n
AStG-E	Außensteuergesetz-Entwurf
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBP	Betriebswirtschaft im Blickpunkt (Zeitschrift)
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling (Zeitschrift)
BEPS	Base Erosion and Profit Shifting
BERT	Bidirectional Encoder Representations from Transformers
BewG	Bewertungsgesetz
BewG-E	Bewertungsgesetz-Entwurf
BFH	Bundesfinanzhof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (Zeitschrift)
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BStBl.	Bundessteuerblatt (Zeitschrift)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Zeitschrift)

bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
CPA	Corporate Political Activities
CSR	Corporate Social Responsibility
CSU	Christlich-Soziale Union
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DBW	Der Betriebswirt (Zeitschrift)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
e. V.	eingetragener Verein
EGAO-E	Einführungsgesetz zur Abgabenordnung-Entwurf
EnergieStG-E	Energiesteuergesetz-Entwurf
EQ	Regressionsgleichung
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis (Zeitschrift)
ErbStB	Erbschaft-Steuerberater (Zeitschrift)
ErbStG	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
ErbStG-E	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz-Entwurf
ErbStR	Erbschaftsteuer-Richtlinien
ESTB	Ertrag-Steuerberater (Zeitschrift)
ESTDV-E	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung-Entwurf
ESTG	Einkommensteuergesetz
ESTG-E	Einkommensteuergesetz-Entwurf
et al.	und andere

EU	Europäische Union
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FKAustG-E	Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen-Entwurf
FDP	Freie Demokratische Partei
FR	FinanzRundschau (Zeitschrift)
gem.	gemäß
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GewStG-E	Gewerbsteuergesetz-Entwurf
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
GmbHR	GmbHRundschau (Zeitschrift)
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt (Zeitschrift)
GOBR	Geschäftsordnung des Bundesrates
GOBT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GrEStG-E	Grunderwerbsteuergesetz-Entwurf
Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
GWG	geringwertige Wirtschaftsgüter
Hrsg.	Herausgeber
i. V. m	in Verbindung mit
ID	Identifikationsnummer
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IfM Bonn	Institut für Mittelstandsforschung Bonn
InvStG-E	Investmentsteuergesetz-Entwurf

ISR	Internationale Steuer-Rundschau (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMB	kleine und mittlere Betriebe
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
Koeff.	Regressionskoeffizient
kösd	Kölner Steuerdialog
KraftStG-E	Kraftfahrzeugsteuergesetz-Entwurf
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStG-E	Körperschaftsteuergesetz-Entwurf
lit.	Buchstabe/n
LIWC	Linguistic Inquiry and Word Count
LobbyRG	Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung (Lobbyregistergesetz)
M	Mittelwert
Max	Maximum
MBP	Mandat im Blickpunkt (Zeitschrift)
Md	Median
Min	Minimum
Mio.	Millionen
MIT	Mittelstands- und Wirtschaftsunion
MwStR	Mehrwertsteuerrecht (Zeitschrift)
N	Anzahl der Beobachtungen
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen (Zeitschrift)
XVIII	

Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
NWB-BB	Neue Wirtschafts-Briefe Betriebswirtschaftliche Beratung (Zeitschrift)
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht (Zeitschrift)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
p-Wert	empirisches Signifikanzniveau
PDF	Portable Document Format
Q1	Erstes Quartil
Q3	Drittes Quartil
R ²	Bestimmtheitsmaß
R B	Richtlinie zum Bewertungsgesetz
R E	Richtlinie zum Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
rel.	relativ
Rz.	Randziffer/n
S.	Seite/n
SD	Standardabweichung
SE	robuste Standardfehler
SME	small and medium-sized enterprises
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

StB	Der Steuerberater (Zeitschrift)
StBerG-E	Steuerberatungsgesetz-Entwurf
StomStG-E	Stromsteuergesetz-Entwurf
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
UmwStG-E	Umwandlungssteuergesetz-Entwurf
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UStG-E	Umsatzsteuergesetz-Entwurf
UTF-8	8-Bit Unicode Transformation Format
VG	Verwaltungsgericht
Vgl.	vergleiche
VIF	Variance Inflation Factor
Wachstumschancengesetz	Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness
Zfbf	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen (Zeitschrift)
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge (Zeitschrift)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)

Symbolverzeichnis

%	Prozent
§	Paragraf
§§	Paragrafen
*	10 % empirisches Signifikanzniveau
**	5 % empirisches Signifikanzniveau
***	1 % empirisches Signifikanzniveau

1 Einleitung

Das politisch-rechtliche Umfeld hat Einfluss auf Unternehmen.¹ Insbesondere die Steuergesetzgebung besitzt wesentliche Bedeutung für unternehmerische Leistungsfähigkeit, Profitabilität und Entscheidungen.² Dahingehend manifestieren die steuerlichen Belastungen³ einen entscheidenden Faktor für die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit.⁴ Als Konsequenz sollten Unternehmen die Schaffung eines vorteilhafteren steuergesetzgeberischen Umfelds anstreben. Einwirkungen auf das rechtliche Umfeld erfordern politische Aktivitäten in Form der Ausübung von Einfluss auf gesetzgeberische Entscheidungen. Denn durch erfolgreiche Einflussnahme lässt sich die ansonsten exogen wirkende Steuergesetzgebung endogenisieren.⁵

Deutschlands Unternehmenslandschaft prägt eine große Anzahl an mittelständischen Unternehmen, denen eine erhebliche wirtschaftliche Relevanz zukommt.⁶ Charakteristisch für dieses Unternehmenssegment sind mitunter eine kleinere Unternehmensgröße, familienunternehmerische Strukturen, eine regionale Verwurzelung, enge Verbindungen zu Kunden⁷, langfristige Entscheidungshorizonte, Mitarbeiterloyalität, ein hoher Innovationsgrad sowie soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Netzwerke.⁸ Aufgrund dieser mittelstandsspezifischen Charakteristika dürfte der Mittelstand in der gesamten Steuergesetzgebung stellenweise eigene Interessen verfolgen, welche von anderen unternehmerischen und nicht unternehmerischen Interessen abweichen.⁹ Im Besonderen betreffen mittelständische Interessen die Erbschaft- und

¹ Vgl. Stigler (1971), S. 3 ff.; Hadani/Coombes (2015), S. 864; Vining et al. (2005), S. 150; Hillman et al. (1999), S. 67.

² Vgl. Vining et al. (2005), S. 157; Drope/Hansen (2008), S. 1; Barrick/Brown (2019), S. 60. Ähnlich Bischof et al. (2020), S. 591.

³ Vgl. Syrtseval/Cheban (2021), S. 214.

⁴ Vgl. Müller-Gatermann (2018), S. 396 f..

⁵ Vgl. Mulligan/Oats (2016), S. 72; Edelman et al. (1999), S. 407; de Figueiredo (2009), S. 460; Vining et al. (2005), S. 151.

⁶ Vgl. Pahnke/Welter (2019), S. 351; Berlemann/Jahn (2016), S. 1820; Lehrer/Schmid (2015), S. 303; Astor et al. (2016), S. 1; Welter et al. (2015), S. 1; Wolter/Hauser (2001), S. 73; Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2019), S. 4; Wolter/Sauer (2017), S. 1; Muzyka et al. (1997), S. 147; Schlömer-Laufen/Schneck (2020), S. 849; Jahn (2015), S. 2; Audretsch et al. (2018), S. 2 f.; Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2015), S. 2.

⁷ Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in dieser Dissertationsschrift das generische Maskulinum verwendet. Gemeint sind jedoch immer alle Geschlechter.

⁸ Vgl. Audretsch et al. (2018), S. 2 f.; Pahnke/Welter (2019), S. 347 ff.; Audretsch/Lehmann (2016), S. 19 ff.; de Massis et al. (2018), S. 127 ff.; Logue et al. (2015), S. 23; Block/Spiegel (2011), S. 9; Böttcher/Linnemann (2008), S. 163 ff.; Berghoff (2006), S. 271; Pichet/Lang (2012), S. 4 ff.; Haller (2015), S. 206 ff..

⁹ Vgl. allgemein Schroeder/Weßels (2010), S. 15. Den Begriff der mittelständischen Interessen nennen bereits Welter et al. (2014), S. 3.

Schenkungssteuer sowie steuerliche Compliance-Kosten, welche zu Beginn dieser Dissertationsschrift normativ identifiziert werden.

Vor dem Hintergrund der *Resource Dependence Theory*, deren Fokus sich auf die Kontrolle kritischer Ressourcen richtet,¹⁰ lässt sich die deutsche Steuergesetzgebung anlässlich ihrer Relevanz für die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit als „kritische Ressource“ für mittelständische Unternehmen begreifen. Für die Schaffung eines mittelstandsfreundlichen steuerrechtlichen Umfelds sollte das Mittelstandsegment daher Einfluss auf die Steuergesetzgebung ausüben. In der Literatur wurde dieses Thema bisher nicht betrachtet. Die Dissertationsschrift widmet sich dieser Forschungslücke und beleuchtet den Einfluss des Mittelstands auf die Steuergesetzgebung Deutschlands.¹¹

Ausgehend von der *Exchange Theory* und dem *Resource-based View* kann angenommen werden, dass das Mittelstandsegment hinsichtlich seines Einflusses auf die deutsche Steuergesetzgebung benachteiligt sein könnte. Eine empirische Bestätigung dieser Hypothese steht allerdings noch aus. Die *Exchange Theory* fokussiert die Austauschprozesse zwischen politischen Entscheidungsträgern und Interessensvertretern.¹² Die Austauschprozesse lassen sich als politischer Wettbewerbsmarkt begreifen, in dem eine heterogene Gruppe von Interessenvertretern mit heterogenen Interessen gegeneinander um Zugang zu und politisches Gehör von politischen Entscheidungsträgern konkurriert.¹³ Zur Ableitung der Marktmacht der Interessenvertreter im politischen Wettbewerbsmarkt eignet sich der *Resource-based View* als Erklärungsansatz aufgrund seiner Fokussierung auf die interne Ressourcen- und Fähigkeitsausstattung von Unternehmen.¹⁴ Angesichts der limitierten Ressourcen- und Fähigkeitsausstattung mittelständischer Unternehmen sollte die politische Durchsetzungskraft des Mittelstands im politischen Wettbewerbsmarkt in Relation zu Interessenvertretern mit

¹⁰ Vgl. Mellahi et al. (2016), S. 151; Hillman et al. (2009), S. 1404; Ng/Khodakarami (2022), S. 181; Ilyas et al. (2020), S. 3; Celtekligil (2020), S. 133.

¹¹ Vgl. diesbezüglich die dezidierte Literaturübersicht zu steuerlichem Lobbying von Barrick/Brown (2019), S. 59 ff.. Ebenfalls ist Interessenvertretung in Deutschland in empirischer Hinsicht bisher spärlich erforscht (vgl. Polk (2020), S. 74 f.).

¹² Vgl. Allern et al. (2007), S. 628; Bouwen (2002), S. 368; Witko (2009), S. 213; Hadani et al. (2017), S. 342; Keim/Zeithaml (1986), S. 833.

¹³ Vgl. Brown et al. (2015), S. 95; Hillman/Keim (1995), S. 199; Grossman/Helpman (1994), S. 849; Tyllström/Murray (2021), S. 974; Bonardi et al. (2005), S. 399; Haffert/Mertens (2019), S. 10; Keim (2002), S. 364 f.; de Figueiredo (2009), S. 462; Gawande et al. (2012), S. 115 f.; Klüver (2020), S. 1444; Hadani/Coombes (2015), S. 864.

¹⁴ Vgl. Barney (1991), S. 101 ff.; Barney (2001), S. 41 ff.; Eisenhardt/Martin (2000), S. 539; Mellahi et al. (2016), S. 151; Henard/McFadyen (2012), S. 194 ff.; Kleinschmidt et al. (2007), S. 420; Helfat/Peteraf (2003), S. 998.

umfangreicher zur Verfügung stehenden Ressourcen und Fähigkeiten geringer sein.¹⁵ Darüber hinaus könnte der Mittelstand die Einflussnahme auf die Steuergesetzgebung anderen unternehmerischen Interessenvertretern überlassen (Trittbrettfahreneffekte). Dies bietet dem Mittelstand die Möglichkeit, ohne eigenen Ressourceneinsatz indirekt von der Einflussnahme anderer unternehmerischer Interessenvertreter zu profitieren.¹⁶

Zum Zwecke der Beurteilung des Einflusses des Mittelstands werden empirische Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger sowie zum Lobbying und Lobbying-Erfolg der mittelständischen Interessenvertreter durchgeführt. Lobbying lässt sich als eine Strategie der Einflussnahme definieren, die unter anderem durch die Übermittlung von Informationen durch Interessenvertreter an politische Entscheidungsträger erfolgt.¹⁷ Der Fokus der Untersuchungen auf die Ebene der Interessenvertreter und die Ebene der politischen Entscheidungsträger erlaubt somit die Erforschung beider Seiten, die im Rahmen des von der *Exchange Theory* konzeptualisierten Austauschprozesses Relevanz für erfolgreiche Einflussnahme entfalten. Die Beurteilung des Einflusses des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung vollzieht sich zunächst anhand der nachfolgenden empirischen Untersuchungen und Untersuchungsfragen:

Empirische Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen zur Steuergesetzgebung:

- 1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt wahr?
- 2.1: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?
- 2.2: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?
- 3.1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?
- 3.2: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?

¹⁵ Vgl. Mulcahy (2015), S. 16.

¹⁶ Vgl. Vining et al. (2005), S. 160; Drope/Hansen (2008), S. 3; Williams/Swenson (1999), S. 376.

¹⁷ Vgl. Keim/Zeithaml (1986), S. 830; de Figueiredo (2009), S. 465; Karabay (2009), S. 2; Žák (2019), S. 194; de Figueiredo/Richter (2014), S. 164; Tyllström/Murray (2021), S. 973; Lin (2019), S. 7.

Empirische Untersuchungen zum politischen Gehör der mittelständischen Interessenvertreter durch die politischen Parteien in der Steuergesetzgebung:

- 4.1: Welche politischen Parteien schenken den mittelständischen Interessenvertretern verstärkt politisches Gehör?
- 4.2: In welchem Umfang schenken politische Parteien den mittelständischen Interessenvertretern im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern politisches Gehör?

Empirische Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands in der Steuergesetzgebung:

- 5.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags?
- 5.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?
- 6.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen?
- 6.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?
- 7: Erfährt der Mittelstand verstärkt Repräsentanz durch Interessenverbände?
- 8: Vertritt der Mittelstand verstärkt Interessen im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten?
- 9: Wie konnotiert der Mittelstand seine Interessen aus Lobbying-strategischer Perspektive?

Empirische Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Steuergesetzgebung:

- 10: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands?
- 11.1: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer?
- 11.2: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands, wenn es steuerliche Compliance-Kosten betrifft?

Die vier empirischen Untersuchungsbereiche basieren auf unterschiedlichen Untersuchungsstichproben. Grundsätzlich fungieren veröffentlichte Textdokumente aus dem formellen Steuergesetzgebungsverfahren Deutschlands als Untersuchungsstichproben. Zur Erforschung des Lobbyings und des Lobbying-Erfolgs des Mittelstands werden Stellungnahmen der Interessenvertreter herangezogen, die auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen und des Finanzausschusses des Bundestags¹⁸ zur Verfügung stehen. Die Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger basieren auf Plenarprotokollen aus dem Bundestag und Bundesrat. Das politische Gehör der mittelständischen Interessenvertreter durch die politischen Parteien wird anhand der Wortprotokolle aus den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses erforscht. Diese Textdokumente eignen sich als alternative Untersuchungsstichproben.¹⁹ Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der 15. bis zur 18. Legislaturperiode, wodurch Dokumente aus den Jahren 2002 bis 2017 umfasst sind. Alle Stellungnahmen, Plenarprotokolle und Wortprotokolle aus den öffentlichen Anhörungssitzungen wurden manuell identifiziert und händisch für die Datenerhebung und -auswertung aufbereitet. Die Erhebung der Daten aus den Textdokumenten erfolgte deskriptiv, mittels wörterbuchbasierter automatischer Textanalyse und mittels qualitativer Inhaltsanalyse.²⁰ Insgesamt umfassen die Untersuchungsstichproben für die empirischen Analysen 2.782 Redebeiträge von Politikern, 4.368 Fragen der Finanzausschusspolitiker an Interessenvertreter in den öffentlichen Anhörungssitzungen und 2.220 Stellungnahmen von Interessenvertretern.

Im Wesentlichen indizieren die empirischen Ergebnisse, dass der Mittelstand im Steuergesetzgebungsverfahren unterrepräsentiert ist. Darüber hinaus ist das Lobbying der mittelständischen Interessenvertreter signifikant weniger erfolgreich als das der Großunternehmen, der allgemeinen unternehmerischen Interessenverbände und der Berater. Dahingehend wurde zum Zwecke der Einordnung der empirischen Ergebnisse eine qualitative Untersuchung in Form einer semi-strukturierten leitfadengestützten Experteninterviewstudie durchgeführt. Als Interviewpartner fungierten Interessenvertreter mittelständischer Interesseverbände. Die Auswertung der Interviews erfolgte mittels

¹⁸ Wenn im weiteren Verlauf der Dissertationsschrift der Finanzausschuss erwähnt wird, ist stets der Finanzausschuss des Deutschen Bundestags gemeint.

¹⁹ Die von Polk (2020), S. 74, hervorgehobene Lücke an empirisch auswertbaren Daten im deutschen Einflusskontext wird durch die alternative Untersuchungsstichprobe, bestehend aus Textdokumenten aus dem formellen Steuergesetzgebungsverfahren Deutschlands, geschlossen.

²⁰ Ergänzend werden die Steuergesetzesentwürfe, die den Redebeiträgen der Politiker und Stellungnahmen der Interessenvertreter zugrunde liegen, in die Datenerhebung einbezogen.

Grounded Theory unter Anwendung einer offenen Kodierung. Dies ermöglichte es, aus dem Interviewmaterial Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands zu identifizieren. Ursachen sind neben einer geringeren Ressourcenausstattung und der Nutzung von Trittbrettfahreneffekten mitunter eine geringere Priorität der Steuergesetzgebung und ein lediglich situationsbezogenes Lobbying der mittelständischen Interessenverbände. Weiterhin konnte eine fehlende Abstimmung der mittelständischen Interessenverbände untereinander und politische Aspekte als Ursachen herausgearbeitet werden. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Interviewstudie und der empirischen Resultate werden abschließend praktische Implikationen für den steuerpolitischen Einfluss des Mittelstandes erarbeitet.

Die Dissertationsschrift gliedert sich wie folgt: Kapitel 2 definiert den Mittelstand und gibt einen Überblick über dessen wirtschaftliche Bedeutung. Anschließend erfolgt die normative Identifikation ausgewählter steuerlicher Interessen des Mittelstands in der deutschen Steuergesetzgebung, insbesondere in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten. In Kapitel 3 werden die theoretischen Grundlagen von unternehmerischer Einflussnahme beleuchtet und Implikationen zum Einfluss des Mittelstands aus den Erklärungsansätzen der *Exchange Theory* und dem *Resource-based View* abgeleitet. Kapitel 4 gibt einen Überblick über das Steuergesetzgebungsverfahren Deutschlands und die formellen Möglichkeiten zur Ausübung von Einfluss. Die Beschreibung der Untersuchungsstichproben, die Darstellung der empirischen Forschungsdesigns und die Präsentation der empirischen Ergebnisse erfolgt in Kapitel 5. In Kapitel 6 werden sodann die empirischen Ergebnisse durch qualitative Experteninterviews eingeordnet, indem Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg identifiziert werden. Im Diskussionskapitel 7 werden die theoretischen Grundlagen mit den Ergebnissen der empirischen Auswertungen und der Experteninterviews zusammengeführt. Diese Synthese dient der abschließenden Beurteilung des Einflusses mittelständischer Unternehmen auf die deutsche Steuergesetzgebung. Ferner werden für den Mittelstand praktische Handlungsempfehlungen zur Ausübung von Einfluss abgeleitet. Das 8. Kapitel beinhaltet eine Zusammenfassung, nennt Limitationen und gibt einen Forschungsausblick.

2 Der Mittelstand und seine steuerlichen Interessen

2.1 Der Mittelstand

2.1.1 Begriffsverständnis

Für den Mittelstand existiert keine einheitlich verwendete Begriffsdefinition. Vielmehr finden sich verschiedene Begriffsauffassungen in der Literatur.²¹ So lässt sich ein Unternehmen anhand qualitativer Merkmale, quantitativer Merkmale, seiner unternehmerischen Selbstwahrnehmung oder einer Kombination aus den drei Aspekten als Mittelständler identifizieren. Eine rein auf qualitativen Merkmalen basierende Mittelstandsbegriffsauffassung vertritt das Institut für Mittelstandsforschung Bonn (IfM Bonn). Nach Ansicht dieses Instituts sind Mittelständler ausschließlich über das qualitative Merkmal der Einheit von Eigentum und Leitung definiert.²² Da der Terminus Familienunternehmen durch das IfM Bonn nahezu deckungsgleich definiert ist, lässt sich der Begriff des Familienunternehmens als Synonym für den Mittelstandsbegriff verwenden.²³ Ausgehend von dieser rein qualitativen Perspektive bildet das Merkmal der Unternehmensgröße kein definitorisches Element für ein dem Mittelstandssegment zugehöriges Unternehmen. Somit schließt die rein qualitative Definition die kleinere Unternehmensgröße als mittelstandsspezifische Charaktereigenschaft aus.

Der Begriff der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) folgt nach Auffassung des IfM Bonn und der Europäischen Union (EU) einer eigenständigen, auf rein quantitativen Merkmalen beruhenden Definition. Unternehmen erfüllen dem IfM Bonn getreu die quantitativen Merkmale eines KMU, wenn diese weniger als 500 Mitarbeiter beschäftigen und ihr Jahresumsatz bis 50 Millionen (Mio.) Euro beträgt.²⁴ Nach der enger gefassten EU-Definition sind Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern als KMU zu klassifizieren, wenn ihr Jahresumsatz bis zu 50 Mio. Euro oder ihre

²¹ Vgl. Berlemann/Jahn (2016), S. 1830; de Massis et al. (2018), S. 127; Berghoff (2006), S. 269 f.; Logue et al. (2015), S. 22 f.; Dücker (2020), S. 20; Khadjavi (2005), S. 53; Wolter/Hauser (2001), S. 29; Berlemann et al. (2018), S. 23.

²² Ebenfalls vertreten Gantzel (1962), S. 280, Wolter/Hauser (2001), S. 33, Welter et al. (2014), S. IV, Berlemann et al. (2018), S. 23 f., Berlemann/Jahn (2016), S. 1820, Wolter/Sauer (2017), S. 3 ff. und das IfM Bonn (2024a), <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/mittelstandsdefinition-des-ifm-bonn>, 17.03.2024, ein qualitatives Begriffsverständnis.

²³ Vgl. IfM Bonn (2024d), <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/familienunternehmen-definition>, 17.03.2024.

²⁴ Vgl. IfM Bonn (2024b), <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/kmu-definition-des-ifm-bonn>, 17.03.2024.

Jahresbilanzsumme bis zu 43 Mio. Euro beträgt.²⁵ Die rein auf Unternehmensgrößenkriterien basierenden KMU-Definitionen finden oftmals Verwendung in empirischen Erhebungen und Auswertungen.²⁶ So nutzt das Statistische Bundesamt die EU-Definition exemplarisch als Grundlage für die Erstellung ihres Unternehmensregisters.²⁷ Durch die strikte definitorische Trennung ist nach Ansicht des IfM Bonn der Begriff KMU nicht als Synonym für den Mittelstandsbe­griff verwendbar.²⁸

Breitere Betrachtungsweisen in der Literatur hingegen begreifen den Begriff der KMU als Synonym für den Mittelstandsbe­griff bzw. subsumieren KMU unter dem Mittelstandsbe­griff.²⁹ Die weitgehenden Überschneidungen zwischen Unternehmen, die sowohl die quantitative KMU-Definition als auch die qualitative Mittelstandsdefinition erfüllen, rechtfertigen ein solches Begriffsverständnis.³⁰ So zeigt eine statistische Untersuchung des IfM Bonn, dass 95,3 % der KMU auch die qualitative Definition des Mittelstands erfüllen.³¹ Weiterhin kann sich ein Unternehmen über dessen Selbstwahrnehmung im Mittelstandssegment verorten lassen.³² Denn Unternehmen, die sich selbst als Mittelständler wahrnehmen, erfüllen häufig auch die qualitative Mittelstandsdefinition.³³

Das dieser Dissertationsschrift zugrundeliegende Mittelstandsbe­griffsverständnis fußt auf einer weiten Auslegung des Mittelstandsbe­griffs, da ein solches als weit akzeptierte Meinung angesehen werden kann. Demnach berücksichtigt sind sowohl das qualitative Kriterium der Einheit von Eigentum und Leitung als auch das quantitative

²⁵ Vgl. Abl. EU 2003 Nr. L 124/36, S. 4.

²⁶ Vgl. Schlömer-Laufen/Schneck (2020), S. 849; Wolter/Sauer (2017), S. 1; siehe exemplarisch Europäische Kommission (2019), S. 1 ff.; Statistisches Bundesamt (2023), <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Unternehmensregister/Tabellen/unternehmen-rechtsformen-wz08.html>, 17.03.2024.

²⁷ Vgl. Braun/Kay (2021), S. 1.

²⁸ Vgl. IfM Bonn (2024a), <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/mittelstandsdefinition-des-ifm-bonn>, 17.03.2024; Welter et al. (2014), S. 17; Schlömer-Laufen/Schneck (2020), S. 849.

²⁹ Vgl. Astor et al. (2016), S. 1; Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2019), S. 4; KfW (2020), S. 1 ff.; KfW (2023), S. 1 ff.; Mazzarol (19.05.2012); Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (2020), S. 17; Jahn (2015), S. 2; Becker et al. (2015), S. 3; de Massis et al. (2018), S. 126; Storm/Naastepad (2015), S. 17; Muzyka et al. (1997), S. 147; Berghoff (2006), S. 269 ff.; Khadjavi (2005), S. 52; Logue et al. (2015), S. 14; Berlemann/Jahn (2016), S. 1820; Decker/Günther (2017), S. 200; Pistrui et al. (2000), S. 253; Lehrer/Schmid (2022), S. 148.

³⁰ Vgl. Berlemann et al. (2018), S. 26 f.; IfM Bonn (2024a), <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/mittelstandsdefinition-des-ifm-bonn>, 17.03.2024; Berghoff (2006), S. 267; Welter et al. (2014), S. 17; Welter et al. (2015), S. 55.

³¹ Vgl. Welter et al. (2014), S. 17. In der Studie werden KMU nach den quantitativen Kriterien des IfM Bonn definiert.

³² Ebenso de Massis et al. (2018), S. 127.

³³ Vgl. Welter et al. (2015), S. 55; Berlemann et al. (2018), S. 26.

Kriterium der Unternehmensgröße sowie die unternehmerische Selbstwahrnehmung als Mittelständler. Zusammenfassend werden im Folgenden somit die Termini Familienunternehmen und KMU als Synonyme für den Mittelstandsbegriff verwendet.

Wie sich später zeigen wird, folgen aus der kleineren Unternehmensgröße mittelstandsspezifische Interessen im Hinblick auf steuerliche Compliance-Kosten. Aus den familienunternehmerischen Strukturen ergeben sich spezielle unternehmerische Interessen des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

2.1.2 Bedeutung und Ressourcenausstattung

Der Mittelstand besitzt wesentliche Relevanz für die deutsche Wirtschaft.³⁴ Die Literatur bezeichnet den Mittelstand daher oftmals als wirtschaftlichen Motor, Rückgrat oder Stabilitätsanker Deutschlands.³⁵ Das mittelständische Unternehmenssegment setzt sich aus produzierenden Industrieunternehmen, dem Handwerk und Handel, Dienstleistern, den freien Berufen und selbständigen Landwirten zusammen.³⁶ Folglich finden sich mittelständische Unternehmen in den meisten unternehmerischen Bereichen und Branchen. Die Bedeutung des Erfolgsmodells Mittelstand lässt sich zunächst anhand von gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen aufzeigen. Grundlage für die Auswertungen der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Mittelstands bildet das vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Unternehmensregister, welches die Unternehmensdaten nach der quantitativen KMU-Definition der EU aufschlüsselt.³⁷ Im KMU-Segment lassen sich demnach 99,3 % aller in Deutschland ansässigen Unternehmen verorten.³⁸ Demgegenüber schätzen *Fels und Wolter* mittels eines selbstentwickelten Hochrechnungsverfahrens den Anteil der Mittelständler, die die rein

³⁴ Vgl. Pahnke/Welter (2019), S. 351; Berlemann/Jahn (2016), S. 1820; Lehrer/Schmid (2015), S. 303; Astor et al. (2016), S. 1; Welter et al. (2015), S. 1; Wolter/Hauser (2001), S. 73; Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2019), S. 4; Wolter/Sauer (2017), S. 1; Muzyka et al. (1997), S. 147. Nach Krickhahn (2017), S. 116, ist der Mittelstand in seiner Gesamtheit von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung.

³⁵ Vgl. Schlömer-Laufen/Schneck (2020), S. 849; Jahn (2015), S. 2; Audretsch et al. (2018), S. 2; Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2015), S. 2; Wolter/Sauer (2017), S. 1. Auch das Bundesverfassungsgericht betont die Relevanz mittelständischer Unternehmen für die deutsche Wirtschaft (vgl. BVerfG, Urteil vom 17.12.2014, 1 BvL 21/12, BStBl. II 2015, S. 50).

³⁶ Vgl. Welter et al. (2014), S. 6.

³⁷ Angemerkt sei an dieser Stelle das Fehlen amtlicher statistischer Daten zu einem auf qualitativen und quantitativen Merkmalen beruhenden Begriffsverständnis des Mittelstands (vgl. Pichet/Lang (2012), S. 4).

³⁸ Vgl. IfM Bonn (2024c), <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/volkswirtschaftliche-bedeutung-der-kmu/deutschland>, 17.03.2024, die das Unternehmensregister des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2021 ausgewertet haben.

qualitative Mittelstandsdefinition des IfM Bonn erfüllen würden, auf 90,3 %.³⁹ KMU, definiert nach der quantitativen EU-Definition, verantworteten in Deutschland im Jahr 2021 31,3 % des Gesamtumsatzes⁴⁰ und trugen 49,2 % zur gesamten Nettowertschöpfung bei.⁴¹ Dementsprechend tragen Mittelständler in Deutschland erheblich zur Wirtschaftsleistung bei.⁴² Aufgrund der Aufschlüsselung des Unternehmensregisters nach der engeren quantitativen KMU-Definition der EU sollten die gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen des Mittelstandssegments tatsächlich höhere Werte annehmen, wenn auf das dieser Dissertationsschrift zugrundeliegende breiter gefasste Mittelstandsbegriffsverständnis abgestellt wird.⁴³

Bedingt wird die Bedeutung und Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands durch verschiedene Treiber, wie unter anderem eine wirtschaftliche Resistenz gegenüber Krisen, ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und die regionale Verwurzelung. Exemplarisch überstanden mittelständische Unternehmen die globale Finanzkrise zwischen den Jahren 2007 und 2009 relativ unbeschadet.⁴⁴ So leistete der Mittelstand im Anschluss an die Krise einen substanziellen Beitrag zur schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft.⁴⁵ Einen Grund für die Krisenbeständigkeit bildet der Umstand, dass mittelständische Unternehmen dazu tendieren, ihre Mitarbeiter auch während einer

³⁹ Vgl. Fels/Wolter (2022), S. 14. Als Datengrundlage dient das Unternehmensregister 2019, das nach der quantitativen KMU-Definition der EU erstellt wurde.

⁴⁰ Der Gesamtumsatz ergibt sich im Wesentlichen aus den von der Finanzverwaltung übermittelten steuerbaren Umsätzen aus Lieferungen und Leistungen (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2023), S. 5).

⁴¹ Vgl. IfM Bonn (2024c), <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/volkswirtschaftliche-bedeutung-der-kmu/deutschland>, 17.03.2024, deren Kennzahlen auf dem Unternehmensregister 2021 des Statistischen Bundesamts basieren, das nach der KMU-Definition der EU aufgeschlüsselt ist. Die Werte umfassen auch die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei.

⁴² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018), S. 2.

⁴³ Ähnlich auch IfM Bonn (2024c), <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/volkswirtschaftliche-bedeutung-der-kmu/deutschland>, 17.03.2024, und Pahnke/Welter (2019), S. 351, die die tatsächlich größere gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Mittelstands bereits für einen rein qualitativ definierten Mittelstand annehmen. Darüber hinaus sollte die tatsächlich größere gesamtwirtschaftliche Bedeutung seit der Umstellung der Aufschlüsselung der Unternehmensdaten im Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts vorliegen. Denn die Aufschlüsselung der Unternehmensdaten im Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts basiert seit dem Berichtsjahr 2018 auf der KMU-Definition der EU. Für die Vorjahre folgte das Statistische Bundesamt bei der Aufschlüsselung noch der breiter gefassten KMU-Definition des IfM Bonn. Die Umstellung auf die KMU-Definition der EU, die eine der größten methodischen Änderungen der letzten Jahrzehnte darstellt (vgl. Beck et al. (2020), S. 50), erfolgte nach Aufforderung durch das Statistische Amt der EU, da andernfalls ein europarechtliches Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet worden wäre (vgl. Sturm/Redecker (2016), S. 60 f.).

⁴⁴ Vgl. Logue et al. (2015), S. 18; Welter et al. (2015), S. 1; Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2015), S. 2; Berlemann et al (2022), S. 1183.

⁴⁵ Vgl. Storm/Naastepad (2015), S. 28.

Krise weiterzubeschäftigen, wodurch kein wertvolles Humankapital eingebüßt wird.⁴⁶ Die Krisenresistenz verdeutlicht den Beitrag des Mittelstands zur Widerstandsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.⁴⁷

Anlässlich der regionalen Verwurzelung von Mittelständlern beschränkt sich die geografische Verbreitung der Wirtschaft nicht nur auf Großstädte oder spezifische Regionen in Deutschland. Stattdessen kann von einer dezentralisierten Wirtschaft gesprochen werden, wodurch mittelständische Unternehmen auch in ländlichen Regionen anzutreffen sind.⁴⁸ Dadurch leisten Mittelständler einen bedeutsamen Beitrag zur regionalen wirtschaftlichen Entwicklung.⁴⁹

Weiterhin sei noch die Rolle des Mittelstands im Arbeitsmarkt und im dualen Ausbildungssystem Deutschlands hervorzuheben.⁵⁰ Statistisch gesehen waren im Jahr 2021 mit einer Gesamtanzahl von 19 Mio. Arbeitnehmern 54 % aller abhängig Beschäftigten⁵¹ in Deutschland in einem KMU, definiert nach der EU, angestellt.⁵² Die mittelständische Wirtschaft bietet ihren Mitarbeitern durch langfristige Arbeitsverhältnisse Beschäftigungssicherheit und leistet auf diese Weise einen Beitrag zur sozialen Unternehmensverantwortung.⁵³ Im Hinblick auf das duale Ausbildungssystem beschäftigte der Mittelstand im Jahr 2020 70,3 % aller Auszubildenden⁵⁴ und trägt auf diesem Wege zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität bei.⁵⁵ Gleichzeitig gewinnt die mittelständische Wirtschaft durch das duale Ausbildungssystem geschultes Humankapital, durch welches sich ökonomische Wettbewerbsvorteile erzielen lassen.⁵⁶

⁴⁶ Vgl. Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2015), S. 2; Berghoff (2006), S. 274.

⁴⁷ Ebenso Girotra/Netessine (12.02.2013).

⁴⁸ Vgl. de Massis et al. (2018), S. 137.

⁴⁹ Vgl. Block/Spiegel (2011), S. 18.

⁵⁰ Vgl. Welter et al. (2015), S. 1; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018), S. 2 f.; Fahrnschon (2015), S. 3.

⁵¹ Der Begriff der abhängig Beschäftigten umfasst neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch die geringfügig entlohnten Beschäftigten (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2023), S. 5 f.). Kurzfristig Beschäftigte und Beamte werden nicht berücksichtigt.

⁵² Vgl. IfM Bonn (2024c), <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/volkswirtschaftliche-bedeutung-der-kmu/deutschland>, 17.03.2024.

⁵³ Vgl. Berghoff (2006), S. 274.

⁵⁴ Vgl. IfM Bonn (2024c), <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/volkswirtschaftliche-bedeutung-der-kmu/deutschland>, 17.03.2024. In den Jahren 2016 und 2017 waren auf Basis der KMU-Definition des IfM Bonn 81,9 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in mittelständischen Unternehmen tätig. (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2018), S. 2 f.).

⁵⁵ Vgl. Maaz/Blossfeld (2019), S. 481; Bohlinger/Wolf (2016), S. 348; Wüerst (2015), S. 18; Büdenbender/Kahl (2018), S. 7; Winkelmann (1996), S. 658; Shackleton (1997), S. 303; Buechtemann et al. (1993), S. 109 f..

⁵⁶ Vgl. Arregle et al. (2007), S. 77 f.; Llach/Nordqvist (2010), S. 385.

Beachtlich ist die Bedeutung des Mittelstands insbesondere vor dem Hintergrund des Charakteristikums der kleineren Unternehmensgröße. Denn durch die kleinere Unternehmensgröße steht mittelständischen Unternehmen eine lediglich limitierte interne Ressourcen- und Fähigkeitsausstattung zur Verfügung. Im Speziellen betreffen die Ressourcenlimitationen die finanzielle⁵⁷ und personelle Situation.⁵⁸ Jedoch bilden die für ein Unternehmen verfügbaren Ressourcen und Fähigkeiten das Herzstück der unternehmerischen Strategie und Planung, weshalb diese zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen essenziell sind.⁵⁹

2.2 Steuerliche Interessen des Mittelstands

2.2.1 Überblick über die Interessen des Mittelstands in der deutschen Steuergesetzgebung

Vereinzelnd findet sich Literatur, die explizit die Besteuerung mittelständischer Unternehmen thematisiert.⁶⁰ Angesichts der mittelstandsspezifischen Charakteristika der kleineren Unternehmensgröße und der familienunternehmerischen Strukturen sollte das Unternehmenssegment teilweise eigene Interessen in der deutschen Steuergesetzgebung verfolgen, die von nicht mittelständischen Unternehmen, Beratern und anderen Interessengruppen in verschiedensten Aspekten abweichen können.⁶¹ Grundsätzlich verteilen sich die Interessen des Mittelstands über die gesamte Steuergesetzgebung.⁶²

⁵⁷ Vgl. de Massis et al. (2018), S. 128; Khadjavi (2005), S. 53; Llach/Nordqvist (2010), S. 394; Carpenter/Petersen (2002), S. 307; Colombo et al. (2012), S. 187.

⁵⁸ Vgl. de Massis et al. (2018), S. 128.

⁵⁹ Vgl. Teece/Pisano (1994), S. 552; Barney (1991), S. 115; Sirmon et al. (2007), S. 287.

⁶⁰ Vgl. Sitzmann (2018), S. 9 ff.; Elschner/Heckemeyer (2012), S. 3 ff.; Bensmann et al. (2012), S. 71 ff.; Haußmann/Schweinberger (2012), S. 99 ff.; Djanani et al. (2012), S. 157 ff.; Jecht (1958), S. 92 ff.; Schmiel (2007), S. 695 ff.; Beznoska/Hentze (2017), S. 1 ff.; Molitor (1980), S. 57 ff.. Beispielsweise haben sich Elschner/Heckemeyer (2012), S. 3 ff., mit der Besteuerung von kleinen mittelständischen Unternehmen in der EU befasst. Darüber hinaus haben Bensmann et al. (2012), S. 71 ff., die Auswirkungen der Zinsschrankenregelung auf mittelständische Unternehmen empirisch untersucht. Haußmann/Schweinberger (2012), S. 99 ff., analysierten empirisch die Grundsteuer als Standortfaktor für mittelständische Unternehmen. Hinsichtlich der Erbschaft- und Schenkungsteuer haben Djanani et al. (2012), S. 157 ff., die erbschaftsteuerliche Behandlung mittelständischer Personen- und Kapitalgesellschaften verglichen.

⁶¹ Vgl. Molitor (1980), S. 65 f.; Krickhahn (2017), S. 132 f..

⁶² Vgl. Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2020), S. 2 ff.; Die Familienunternehmer e. V. (2024), <https://www.familienunternehmer.eu/positionen/steuerpolitik.html>, 17.03.2024; Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2021), <https://www.bvmw.de/de/steuern-und-finanzen/news/steuern---abschaffen-entlasten-vereinheitlichen>, 17.03.2024; Die Familienunternehmer e. V. (2022), S. 6 ff.; Krickhahn (2017), S. 129.

Im Themenkomplex der Ertragsteuern finden sich steuerliche Interessen des Mittelstands, die exemplarisch auf eine Reduzierung steuerlicher Belastungen abzielen.⁶³ So skizziert *Drüen* ertragsteuerliche Reformoptionen im Hinblick auf die steuerrechtliche Änderung von Abschreibungsregelungen, um Unternehmen in der Gründungs- oder Übernahmephase zu unterstützen. Beispielsweise wird vorgeschlagen, eine einmalige Abschreibungsmöglichkeit über die tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten hinaus einzuführen.⁶⁴ Ein weiteres ertragsteuerliches Interesse des Mittelstands besteht laut *Prinz* mitunter im Erhalt des § 6b Einkommensteuergesetz (EStG).⁶⁵ Diese Vorschrift ermöglicht es, bei der Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter stille Reserven auf andere Wirtschaftsgüter zu übertragen und damit vorübergehend steuerliche Belastungen zu vermeiden.⁶⁶

Auch im Umsatzsteuerrecht finden sich mittelständische Interessen.⁶⁷ So wird für eine deutliche Ausweitung der Ist-Besteuerung nach § 20 Umsatzsteuergesetz (UStG) bis hin zu einer vollständigen Ablösung der Soll-Besteuerung durch die Ist-Besteuerung plädiert.⁶⁸ Die Ist-Besteuerung, auch als Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten bezeichnet, ist ein Verfahren, bei der die Umsatzsteuer erst bei der tatsächlichen Vereinnahmung des Entgelts für eine Leistung entsteht.⁶⁹ Beim umsatzsteuerlichen Regelfall der Soll-Besteuerung, auch Besteuerung nach vereinbarten Entgelten genannt, entsteht die Steuer dagegen bereits mit Rechnungsstellung. Die Umsatzsteuer ist daher regelmäßig vor der Vereinnahmung des Entgelts für eine Leistung zu entrichten.⁷⁰ Eine Ausweitung der Voraussetzungen zur Anwendung der Ist-Besteuerung oder eine

⁶³ Vgl. Wacker (2020), S. 2; Prinz (2020), S. 87; Schmitz (2015), S. 465; Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2020), S. 3 ff.. Siehe ferner *Drüen* (2021), S. 58 ff., für eine wissenschaftliche Darstellung von Reformoptionen des materiellen Steuerrechts zur ertragsteuerlichen Förderung kleinerer Unternehmen. Siehe zu den ertragsteuerlichen Interessen des Mittelstands auch *Röhl* (2021), S. 11, der die ertragsteuerlichen Ziele der politischen Parteien aus den Bundestagswahlprogrammen 2021 identifiziert und übersichtlich aufbereitet hat.

⁶⁴ Vgl. *Drüen* (2021), S. 66.

⁶⁵ Vgl. *Prinz* (2020), S. 87.

⁶⁶ Vgl. *Schießl* in: *Brandis/Heuermann*, EStG, 2024, § 6b Rz. 1; *Heuser/Lechtenberg* (2022), S. 2085.

⁶⁷ Vgl. Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2020), S. 8 f.; *Drüen* (2021), S. 70; *Peteranderl et al.* (2018), S. 7.

⁶⁸ Vgl. *Drüen* (2021), S. 70. Ebenso Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2020), S. 8. Durch Artikel (Art.) 20 Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) vom 27. März 2024 wurde der Anwendungsbereich der Ist-Besteuerung zuletzt ausgeweitet.

⁶⁹ Vgl. *Korn* in: *Bunjes*, UStG, 2023, § 29 Rz. 6.

⁷⁰ Vgl. *Korn* in: *Bunjes*, UStG, 2023, § 29 Rz. 5.

vollständige Umstellung von der Soll-Besteuerung auf die Ist-Besteuerung würde sich positiv auf die unternehmerische Liquidität auswirken.⁷¹

Im Speziellen sollten steuerliche Interessen des Mittelstands jedoch in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten aufzufinden sein. Denn im Hinblick auf die größtenteils familienunternehmerischen Strukturen sollten insbesondere Mittelständler von erbschaft- und schenkungsteuerlichen Konsequenzen betroffen sein. Angesichts der kleineren Unternehmensgröße und den damit verbunden Ressourcen- und Fähigkeitenlimitationen sollte der Mittelstand auch spezielle steuerliche Interessen in Bezug auf steuerliche Compliance-Kosten verfolgen.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer kritisieren die mittelständischen Interessenverbände im Hinblick auf ihre finanziellen Belastungen und ihre steuerliche Komplexität. Übergänge von unternehmerischen Vermögen auf nachfolgende Generationen erfordern anlässlich erbschaft- und schenkungsteuerlicher Konsequenzen bereits im Vorfeld langfristige und kostenintensive Planungen und Beratungen.⁷² Nach erfolgreicher Übertragung sind über mehrere Jahre Voraussetzungen für den Beibehalt der erbschaft- und schenkungsteuerlichen Verschonung einzuhalten, die zu Folgekosten und bei Nichterfüllung zu rückwirkenden Steuerbelastungen führen. Interessenvertreter plädieren daher mitunter für Entlastungen und eine praxisnähere Ausgestaltung der erbschaft- und schenkungsteuerlichen Verschonungsregelungen.⁷³

Weitere mittelständische Interessen betreffen Entlastungen bei den steuerlichen Compliance-Kosten. Gefordert durch die Mittelstandsrepräsentanten ist der generelle Abbau steuerbürokratischer Belastungen.⁷⁴ Beispielhaft wird die Umsatzsteuer als Verursacherin von steuerlichen Compliance-Kosten identifiziert.⁷⁵ Ferner sprechen sich die mittelständischen Interessenverbände für die Abschaffung der Gewerbesteuer aus, denn aufgrund ihrer Existenz erfordern die Ertragsteuern in Abhängigkeit von der unternehmerischen Organisationsform und gewerblichen Tätigkeit neben der Abgabe

⁷¹ Vgl. Drüen (2021), S. 70; Peteranderl et al.(2018), S. 7. Ebenso Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2020), S. 8.

⁷² Vgl. Die Familienunternehmer e. V. (2018), S. 1; Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2020), S. 5 f..

⁷³ Vgl. Die Familienunternehmer e. V. (2022), S. 9 f.; Stiftung Familienunternehmen (2023), S. 13 f..

⁷⁴ Vgl. Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2020), S. 3; Die Familienunternehmer e. V. (2024), <https://www.familienunternehmer.eu/positionen/steuerpolitik.html>, 17.03.2024; Die Familienunternehmer e. V. (2022), S. 16 ff..

⁷⁵ Vgl. Die Familienunternehmer e. V. (2024), <https://www.familienunternehmer.eu/positionen/steuerpolitik.html>, 17.03.2024.

einer Körperschaftsteuererklärung bzw. einer/mehrerer Einkommensteuererklärung/en die Anfertigung einer zweiten ertragsteuerlichen Steuererklärung, namentlich Gewerbesteuererklärung. Dies zieht steuerliche Compliance-Kosten nach sich, die insbesondere kleinere und mittelgroße Mittelständler aufgrund von Skaleneffekten (*economies of scale*)⁷⁶ in relativer Hinsicht höher belasten.⁷⁷

Zur Veranschaulichung werden in den nachfolgenden Ausführungen ausgewählte aktuelle Interessen des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten normativ identifiziert und Zielsetzungen für das Lobbying des Mittelstands entwickelt. Die Interessen betreffen steuerliche Regelungen, die mittelständische Unternehmen benachteiligen. Angemerkt sei, dass sich die nachfolgenden Ausführungen aufgrund der Umfänglichkeit der deutschen Steuergesetzgebung auf ausgewählte Aspekte beschränken. Die Identifikation und die Argumentation der steuerlichen Interessen erfolgt aus der Perspektive des Mittelstands.

2.2.2 Interessen in der Erbschaft- und Schenkungsteuer

2.2.2.1 Steuerliche Relevanz für den Mittelstand

Unternehmensnachfolgen entfalten essenzielle Relevanz für das Mittelstandssegment angesichts seiner familienunternehmerischen Strukturen. Denn eine wesentliche Zielsetzung in mittelständischen Unternehmen bildet der Erhalt der Familienkontrolle,⁷⁸ welche mitunter durch familieninterne Unternehmensübertragungen auf die nachfolgende Generation gewahrt bleibt.⁷⁹ So sind zahlreiche mittelständische Unternehmen mit der Herausforderung zur Regelung ihrer Unternehmensnachfolge konfrontiert.⁸⁰ Schätzungen erwarten, dass im Zeitraum von 2018 bis 2022 150.000⁸¹ Unternehmensübertragungen stattgefunden haben und im Zeitraum von 2022 bis 2026 190.000⁸²

⁷⁶ Beispielsweise realisieren Unternehmen Skaleneffekte, wenn durch eine Erhöhung ihres Produktionsausstoßes die damit verbundenen Kosten in relativer Hinsicht sinken (vgl. Färe et al. (1986), S. 175 ff.; Suhel et al. (2021), S. 113; Harimaya/Kagitani (2022), S. 3).

⁷⁷ Vgl. Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2015), S. 4 f.; Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (2020), S. 3.

⁷⁸ Vgl. Gómez-Mejía et al. (2007), S. 129 ff.; Block/Spiegel (2011), S. 8; Chrisman et al. (2012), S. 267 f..

⁷⁹ Vgl. James (1999), S. 51; Block/Spiegel (2011), S. 6.

⁸⁰ Vgl. Fels et al. (2021), S. 9; Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (2020), S. 128.

⁸¹ Vgl. Kay et al. (2018), S. 24.

⁸² Vgl. Fels et al. (2021), S. 19.

Unternehmensübertragungen stattfinden werden.⁸³ Demnach betreffen erbschaft- und schenkungsteuerliche Belastungen eine große Anzahl von mittelständischen Unternehmen. Regelmäßig sind jedoch Unternehmen ohne familienunternehmerische Strukturen nicht betroffen, exemplarisch sich im Streubesitz befindliche Großunternehmen.⁸⁴ Demzufolge lässt sich die Erbschaft- und Schenkungsteuer im unternehmerischen Kontext auch als Mittelstandssteuer bezeichnen,⁸⁵ die erhebliche Belastungen für das Mittelstandssegment bedeutet.⁸⁶

Das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht kann aufgrund der Besteuerung von vorhandenem Vermögen den Substanzsteuern zugeordnet werden.⁸⁷ Unternehmerisches Vermögen kann jedoch unter bestimmten Voraussetzungen erbschaft- und schenkungsteuerlich verschont werden. Die Verschonungsregelungen werden damit begründet, dass es sich bei Unternehmen um produktives Vermögen handelt, von dem Wertschöpfung, Investitionen und Arbeitsplätze abhängen.⁸⁸ Eine Umfragestudie zeigt, dass die Verschonung von zentraler Bedeutung für den Erhalt der Beschäftigtenzahl im Unternehmen ist.⁸⁹ Weiterhin hätten ohne Verschonungsvorschriften 65,9 % der befragten Unternehmen ihre Investitionen senken und 43 % das gesamte Unternehmen oder Unternehmensteile verkaufen müssen.⁹⁰ Dahingehend sollte der Mittelstand eigene steuerliche Interessen in der Erbschaft- und Schenkungsteuer verfolgen.

2.2.2.2 Ausgewählte erbschaft- und schenkungsteuerliche Interessen

Mittelständische Interessen ergeben sich hinsichtlich der Regelungen zur erbschaft- und schenkungsteuerlichen Verschonung unternehmerischen Vermögens. Die

⁸³ Ähnliches zeigt sich auch in der statistischen Auswertung von Garnitz et al. (2023), S. 49, nach der bei einer relativ großen Zahl von Familienunternehmen zukünftig eine Übergabe des Unternehmens an die nächste Generation ansteht.

⁸⁴ Vgl. Beznoska et al. (2023), S. 11.

⁸⁵ Vgl. Tsoutsoura (2015), S. 683; Ellul et al. (2010), S. 2446.

⁸⁶ Vgl. Garnitz et al. (2023), S. 49; Astor et al. (2016), S. 79 f..

⁸⁷ Vgl. Crezelius (2016), S. 545; Grashoff/Mach in: Grashoff/Mach, Grundzüge des Steuerrechts, 2023, 2. Kapitel Steuerarten/Unternehmensteuerrecht Rz. 467; von Streit/Streit (2018), S. 813; Nagel (2021a), S. 2383; Nagel (2021b), S. 2699 f.. Darüber hinaus kann die Erbschaft- und Schenkungsteuer ebenfalls den Verkehrsteuern zugerechnet werden (vgl. exemplarisch BFH, Urteil vom 23.2.2021, II R 29/19, BStBl. II 2023, S. 191; BFH, Urteil vom 7.11.2007, II R 28/06, BStBl. II 2008, S. 258; Esskandari in: Stenger/Loose, ErbStG, 2024, Einführung Rz. 42; Jochum in: Wilms/Jochum/Götz/Meßbacher-Hönsch, ErbStG, 2024, Einführung zum Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz Rz. 5).

⁸⁸ Vgl. Beznoska et al. (2023), S. 9; Beznoska/Hentze (2021), S. 9.

⁸⁹ Vgl. Potrafke et al. (2014), S. 19.

⁹⁰ Vgl. Potrafke et al. (2014), S. 44.

Vorschriften zur Verschonung normieren die §§ 13a, 13b, 13c und 28a Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG). Demnach ist übergehendes unternehmerisches Vermögen zu 85 % (Verschonungsabschlag) steuerfrei (§ 13a Abs. 1 Satz 1 ErbStG), wenn der nach bewertungsrechtlichen sowie erbschaft- und schenkungsteuerlichen Vorschriften ermittelte steuerliche Unternehmenswert⁹¹ 26 Mio. Euro nicht übersteigt (Regelverschonung).⁹² Im Umkehrschluss werden jedoch 15 % steuerlich belastet. Exemplarisch ergäbe sich bei einem steuerlichen Unternehmenswert von 20 Mio. Euro eine steuerliche Belastung von 558.600 Euro, wenn ein Unternehmer das Unternehmen an eines seiner Kinder überträgt.⁹³ Optional kann auf unwiderruflichen Antrag bis zu einem steuerlichen Unternehmenswert von 26 Mio. Euro unter verschärften Voraussetzungen eine vollumfängliche Verschonung erreicht werden (Optionsverschonung gem. § 13a Abs. 10 ErbStG).⁹⁴ Deren Anwendung ist jedoch durch die maximale Verwaltungsvermögensquote von 20 % risikobehaftet (§ 13a Abs. 10 Satz 2 ErbStG). Ergibt sich beispielhaft aufgrund einer Betriebsprüfung nach Antragsstellung eine Verwaltungsvermögensquote von über 20 %, entfällt jegliche erbschaft- und schenkungsteuerliche Begünstigung.⁹⁵

Übersteigt der steuerliche Unternehmenswert 26 Mio. Euro (Großerwerbe), kann die Verschonung wahlweise über das Abschmelzmodell (§ 13c ErbStG) oder die Verschonungsbedarfsprüfung (§ 28a ErbStG) erlangt werden.⁹⁶ Nach dem Abschmelzmodell verringert sich der Verschonungsabschlag um jeweils einen Prozentpunkt für jede volle 750.000 Euro, die der Wert des unternehmerischen Vermögens den Betrag von 26 Mio. Euro übersteigt (§ 13c Abs. 1 Satz 1 ErbStG), maximal bis zu einem Wert von 90 Mio. Euro (§ 13c Abs. 1 Satz 2 ErbStG). Ausgangsgröße für die Abschmelzung ist entweder der Verschonungsabschlag von 85 % bei Regelverschonung oder der Verschonungsabschlag von 100 % bei Wahl der Optionsverschonung. Durch den abschmelzenden Verschonungsabschlag entsteht im Zeitpunkt des Übergangs im

⁹¹ Nach der bewertungsrechtlichen Ermittlung eines steuerlichen Unternehmenswerts definiert § 13b ErbStG das für die erbschaft- und schenkungsteuerliche Verschonung relevante unternehmerische Steuersubstrat (vgl. Geck in: Kapp/Ebeling, ErbStG, 2024, § 13b Rz. 1).

⁹² Vgl. Kamps (2024), S. 110.

⁹³ Der steuerliche Wert beträgt bei Übertragungen auf Kinder unter Berücksichtigung des Freibetrags von 400.000 Euro (§ 16 Abs. 1 Nr. 2 ErbStG) $(20 \text{ Mio. Euro} - 400.000 \text{ Euro}) * 15 \% = 2,94 \text{ Mio. Euro}$. Es greift gem. der §§ 15 Abs. 1 Nr. 2, 19 Abs. 1 ErbStG ein Steuersatz von 19 %.

⁹⁴ Vgl. Kamps (2024), S. 110.

⁹⁵ Vgl. Korezkij (2024), S. 653; Dorn/Saecker (2023), S. 249 f.

⁹⁶ Vgl. Korezkij (2024), S. 651.

Regelfall eine steuerliche Belastung.⁹⁷ Die Verschonungsbedarfsprüfung ermöglicht es dem Unternehmensnachfolger, einen Erlass der auf das begünstigte unternehmerische Vermögen entfallenden Erbschaft- und Schenkungsteuer zu beantragen, soweit der Unternehmensnachfolger nachweist, dass er die Steuer nicht aus seinem verfügbaren Vermögen begleichen kann.⁹⁸ Das verfügbare Vermögen umfasst zum einen 50 % des mit der Erbschaft oder Schenkung übergebenen nicht begünstigten unternehmerischen Vermögens und zum anderen 50 % des dem Erwerber am Übertragungstichtag gehörenden Vermögens (§ 28a Abs. 2 ErbStG). Dahingehend beträgt die zu entrichtende Steuer mindestens 50 % des dem Erwerber gehörenden Vermögens, was bei dem Unternehmensnachfolger regelmäßig in einer steuerlichen Belastung münden sollte.

Zunächst betreffen die mittelstandsspezifischen Interessen die Komplexität der steuerlichen Vorschriften zur Bewertung und anschließenden Verschonung des unternehmerischen Vermögens.⁹⁹ Die Bewertung des unternehmerischen Vermögens gestaltet sich zunächst anlässlich einer Vielzahl an Detailregelungen und bewertungsspezifischer Sachverhalte als komplexes und aufwendiges Unterfangen.¹⁰⁰ Die daran anschließenden erbschaft- und schenkungsteuerlichen Anpassungen durch § 13b ErbStG sind sodann durch ein komplexes und kleinteiliges Regelungssystem geprägt, insbesondere hinsichtlich des Verwaltungsvermögens und der Behandlung von Sonderbetriebsvermögen.¹⁰¹ Ein Abweichen oder die Nichteinhaltung einzelner Vorschriften kann in hohen steuerlichen Belastungen und äußerstenfalls zur Versagung der erbschaft- und schenkungsteuerlichen Verschonung führen. Durch die Komplexität hinsichtlich von Bewertungsfragen und Verschonungsregelungen können selbst steuerliche Spezialisten die Rechtsfolgen einer Unternehmensnachfolge teilweise nicht

⁹⁷ Durch die Formulierung des § 13c Abs. 1 Satz 1 ErbStG beginnt ein Abschmelzen des Verschonungsabschlags de facto erst, wenn der Wert des begünstigten Vermögens mehr als 26,75 Mio. Euro beträgt (vgl. Holler/Schmidt in: Kroiß/Horn/Solomon, 2023, Teil 6 Rz. 174; Holtz in: Roth/Holtz/Klose, 2019, 7. Teil Rz. 134).

⁹⁸ Anders als die übrigen Verschonungsregelungen, in der das unternehmerische Vermögen bereits im Steuerfestsetzungsverfahren Verschonung erfährt, greift die Verschonungsbedarfsprüfung erst im Steuererhebungsverfahren (vgl. Demuth/Bodden (2017), S. 20481).

⁹⁹ Vgl. von Oertzen (2018), S. 562.

¹⁰⁰ Vgl. Bruckmeier et al. (2017), S. 684; Stalleiken in: von Oertzen/Loose, ErbStG, 2020, § 13b Rz. 80.

¹⁰¹ Vgl. Geck in: Kapp/Ebeling, ErbStG, 2024, § 13b Rz. 1. Nach Kamps (2023), S. 356 f., bildet die Ermittlung des Verwaltungsvermögens für die Praxis eine der größten Herausforderungen. Zur steuerlichen Behandlung von Sonderbetriebsvermögen, vgl. exemplarisch Kamps (2024), S. 114 ff.; Wachter (2021), S. 312 f.; Grosse (2023), S. 183.

rechtssicher prognostizieren.¹⁰² Darüber hinaus bedingt die steuerliche Komplexität bei Unternehmensnachfolgen eine intensive Planung im Vorfeld, was sich als beratungsintensiv erweist und mit hohen steuerlichen Beratungskosten einhergeht.¹⁰³ Der Abbau der Beratungsintensität und der damit verbundenen steuerlichen Compliance-Kosten sollte daher im Interesse des Mittelstands liegen, wofür Interessenvertreter des Mittelstands im Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzgebungsverfahren eintreten sollten.

Weiterhin sollte der Mittelstand die Anhebung der 26 Mio. Euro Verschonungsgrenze verfolgen, um einer steuerlichen Belastung durch den abschmelzenden Verschonungsabschlag bei Anwendung des Abschmelzmodells oder einer steuerlichen Belastung durch die Anwendung der Verschonungsbedarfsprüfung zu entgehen. So ist unter Anwendung des vereinfachten Ertragswertverfahrens¹⁰⁴ bereits bei einem Unternehmen mit einem Jahresgewinn von mehr als 2.701.299 Euro¹⁰⁵ die 26 Mio. Euro Grenze überschritten.¹⁰⁶ Unter Annahme der durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

¹⁰² Vgl. Stenert (2023), S. 680. Ähnlich auch Dorn/Saecker (2023), S. 248.

¹⁰³ Vgl. Bruckmeier et al. (2017), S. 684. Zur Vermeidung überraschender Steuerbelastungen bei Unternehmensübertragungen empfiehlt es sich daher aus betriebswirtschaftlichen und steuerlichen Gründen, die Übertragung des Unternehmensvermögens bereits zu Lebzeiten des Übergebers im Wege der vorweggenommenen Erbfolge vorzunehmen (vgl. Dannecker (2020), S. 864; Kußmaul/Schumann (2020), S. 202; Weiss et al. (2020), S. 1423; Rundshagen in: Wiese, Unternehmensnachfolge, 2020, 2. Teil Kapitel 9 Rz. 9.3 ff.). Unter dem Begriff der vorweggenommenen Erbfolge versteht sich die teilweise unentgeltliche Übertragung von Vermögen unter Lebenden durch den (künftigen) Erblasser auf einen oder mehrere als (künftige) Erben vorgesehene Empfänger (BGH, Urteil vom 30.1.1991, IV ZR 299/89, BGHZ 113, S. 310 ff.; BMF (2023), Rz. 1).

¹⁰⁴ Die Bewertung des Unternehmens für erbschaft- und schenkungsteuerliche Zwecke kann wahlweise nach § 11 Abs. 2 Satz 2 bis 4 Bewertungsgesetz (BewG) im vereinfachten Ertragswertverfahren oder nach einem außersteuerlichen Bewertungsverfahren erfolgen (vgl. R B 11.2 Abs. 2 Satz 4 ErbStR 2019; Oberste Finanzbehörden der Länder (2011), Abschnitt 3 Abs. 2; Kreuztizer/Jacobs in: Kreuztizer/Schaffner/Stephany, BewG, 2021, § 11 Rz. 52; Mannek in: Stenger/Loose, BewG, 2024, § 11 Rz. 300; Zapf (2022), S. 444; Kowanda (2020), S. 79; Weinmann in: Moench/Weinmann, ErbStG, 2023, § 12 ErbStG Teil II.3 Rz. 48; Hannes/Onderka (2008), S. 173; Piltz (2008), S. 745; Viskorf (2009), S. 595; Schulte et al. (2009), S. 301; Zwirner/Vodermeier (2021), S. 2103; Hofmann in: Viskorf/Schuck/Wälzholz, BewG, 2023, § 199 Rz. 2). Als alternatives Bewertungsverfahren kann exemplarisch auf den IDW S1 zurückgegriffen werden, der ein flexibles Verfahren der ertragswertorientierten Unternehmensbewertung darstellt, das die Berücksichtigung von branchentypischen Spezifika ermöglicht (vgl. Grootens in: Lippross/Seibel, BewG, 2024, § 11 Rz. 59; Röttger/Schwitte (2021), S. 124; Bruckmeier et al. (2017), S. 685). Die Anwendung unterschiedlicher Bewertungsmethoden kann zu größeren, aber auch nur zu marginalen Abweichungen zwischen den ermittelten Unternehmenswerten führen (vgl. Mannek in: Stenger/Loose, BewG, 2024, § 199 Rz. 177 ff.; von Oertzen/Windeknecht (2020), S. 290).

¹⁰⁵ $2.701.299 \text{ Euro} * 0,7 (\S 202 \text{ Abs. } 3 \text{ BewG}) * 13,75 (\S 203 \text{ Abs. } 1 \text{ BewG}) = 26 \text{ Mio. Euro}$.

¹⁰⁶ Der Wert ergibt sich unter der Annahme, dass das begünstigungsfähige Vermögen nach § 13b Abs. 1 ErbStG dem begünstigten Vermögen nach § 13b Abs. 2 ErbStG entspricht. Weiterhin bleiben die verschiedenen unternehmensindividuellen Hinzurechnungen und Kürzungen des vereinfachten Ertragswertverfahrens unberücksichtigt. Lediglich der in § 202 Abs. 3 BewG normierte pauschale Ertragsteueraufwand von 30 % wird berücksichtigt.

ermittelten durchschnittlichen Umsatzrendite von 7 %¹⁰⁷ würde das bereits Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 38,6 Mio. Euro betreffen. Bei höheren Umsatzrenditen kann das Unternehmen auch entsprechend kleiner sein. Ausgehend von der quantitativen KMU-Definition des IfM Bonn oder der EU ist damit eine Vielzahl an mittelgroßen Mittelständlern umfasst, die keine vollständige Verschonung nach der Regel- oder Optionsverschonung in Anspruch nehmen können. Demnach erfahren insbesondere Erwerber mittelgroßer mittelständischer Unternehmen durch wahlweise Anwendung des Abschmelzmodells oder der Verschonungsbedarfsprüfung steuerliche Belastungen, die Großunternehmen in Streubesitz nicht treffen. Darüber hinaus sollte sich die Inflation in Deutschland¹⁰⁸ und die damit einhergehende Erhöhung der Umsatz- und Gewinnzahlen, analog zur Wirkung einer kalten Progression¹⁰⁹, erhöhend auf die erbschaft- und schenkungsteuerliche Unternehmenswertermittlung auswirken. Denn dadurch dürften auch kleinere Mittelständler zunehmend die 26 Mio. Euro Grenze überschreiten. Die Anhebung der 26 Mio. Euro Grenze sollte daher ein Interesse des Mittelstands im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht darstellen. Darüber hinaus sollte sich der Mittelstand dafür einsetzen, dass der nach den bewertungsrechtlichen Vorschriften ermittelte Wert des unternehmerischen Vermögens für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer niedriger angesetzt wird. Die Umsetzung dieser Interessen würde dazu beitragen, steuerliche Wettbewerbsnachteile abzubauen, was sich für den Mittelstand als wirtschaftlich vorteilhaft erweisen dürfte.

Nach erfolgreicher Übertragung unter Anwendung einer Verschonungsregelung finden sich weitere Interessen des Mittelstands in Bezug auf die Lohnsummenregelung (§ 13a Abs. 3 und 4 ErbStG) und Behaltensfrist (§ 13a Abs. 6 ErbStG), die in den auf die Übertragung folgenden Jahren einzuhalten sind. Ein Verstoß gegen die Lohnsummenregelung oder Behaltensfrist führt rückwirkend zu erbschaft- und schenkungsteuerlichen Belastungen (§ 13a Abs. 4 Satz 5, Abs. 6 ErbStG bzw. § 28a Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 2 ErbStG).¹¹⁰ Die Lohnsummenregelung stellt ein Sicherungsinstrument für

¹⁰⁷ Vgl. KfW (2023), S. 10.

¹⁰⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2024), <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Basisdaten/vpi001j.html>, 17.03.2024.

¹⁰⁹ Die kalte Progression führt bei der Besteuerung natürlicher Personen zu fiskalischen Steuermehreinnahmen bei unveränderten Realeinkommen. Inflationsbedingte Einkommenszuwächse führen trotz unveränderten Realeinkommens zu steigenden Durchschnittssteuerbelastungen, wenn der Gesetzgeber den in § 32a Abs. 1 EStG normierten progressiven Steuertarif nicht in geeigneter Weise anpasst (vgl. exemplarisch Kruhl (2023), S. 254 ff.).

¹¹⁰ Vgl. Hoffmann (2021), S. 941; Esskandari in: Stenger/Loose, ErbStG, 2024, § 13a Rz. 81; Brabender et al. (2020), S. 80; Trentmann/Höne in: Lippross/Seibel, ErbStG, 2024, § 13a Rz. 17; Lutter in: Lippross/Seibel, ErbStG, 2024, § 28a Rz. 13. Ein Verstoß gegen die Lohnsummenregelung oder die Behaltensfrist führt zu einer rückwirkenden Besteuerung durch Änderung der

den Erhalt von Arbeitsplätzen dar.¹¹¹ Diese verlangt bei Wahl der Regelverschonung die Einhaltung einer durchschnittlichen Mindestlohnsumme, bezogen auf eine Ausgangslohnsumme vor der Übertragung des unternehmerischen Vermögens, von grundsätzlich 400 % innerhalb der nachfolgenden fünf Jahre (Lohnsummenfrist). Für Unternehmen mit bis zu 15 Beschäftigten sind gestaffelt Erleichterungen bzw. Ausnahmen vorgesehen.¹¹² Bei Wahl der Optionsverschonung ist eine Mindestlohnsumme von grundsätzlich 700 % anstelle von 400 % über sieben Jahre einzuhalten (§ 13a Abs. 10 Satz 1 Nr. 2 ErbStG). Analog verschärfen sich die Erleichterungen der Lohnsummenregelung für Unternehmen mit bis zu 15 Mitarbeitern.¹¹³ Die Behaltensfrist wiederum dient der Gewährleistung der Unternehmensfortführung,¹¹⁴ indem durch gesetzliche Nachversteuerungstatbestände sichergestellt ist, dass der Unternehmensnachfolger das Unternehmen im Wesentlichen unverändert fortführt.¹¹⁵ Generell sind Gründe für Verstöße gegen die Behaltensfrist unerheblich.¹¹⁶ Im Fall der Regelverschonung beträgt die Behaltensfrist fünf Jahre (§ 13a Abs. 6 Satz 1 ErbStG), im Fall der Optionsverschonung verlängert sich diese auf sieben Jahre (§ 13a Abs. 10 Satz 1 Nr. 6 ErbStG). Bei Großerwerben gelten bei Wahl des Abschmelzmodells die Lohnsummenregelung und die Behaltensfrist entsprechend. Die Höhe der Mindestlohnsumme, die Länge der Lohnsummenfrist und die Länge der Behaltensfrist hängen dabei von der Wahl der Regel- oder der Optionsverschonung ab (§ 13c Abs. 2 Satz 1 ErbStG). Bei Wahl der Verschonungsbedarfsprüfung sind die verschärften

Besteuerungsgrundlagen im ursprünglich ergangenen Steuerbescheid nach § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO (vgl. Esskandari in: Stenger/Loose, ErbStG, 2024, § 13a Rz. 166). Zur Verdeutlichung der erbschaft- und schenkungsteuerlichen Belastung bei Unterschreitung der einzuhaltenden Mindestlohnsumme, siehe Steben (2022), S. 122 ff.

¹¹¹ Vgl. Weinmann in: Moench/Weinmann, ErbStG, 2023, § 13a Rz. 83; Söffing in: Meßbacher-Hönsch/Götz, ErbStG, 2023, § 13a Rz. 18. Die Lohnsummenregelung bildet ein außerfiskalisches Lenkungsziel des Gesetzgebers (vgl. Esskandari in: Stenger/Loose, ErbStG, 2024, § 13a Rz. 64). Das Bundesverfassungsgericht hat die Lohnsummenregelung für verfassungsgemäß erklärt (vgl. BVerfG, Urteil vom 17.12.2014, 1 BvL 21/12, BVerfGE 138, S. 136 ff.).

¹¹² Vgl. Wachter (2018), S. 3073 f..

¹¹³ Vgl. Jülicher in: Troll/Gebel/Jülicher/Gottschalk, ErbStG, 2024, § 13a Rz. 504; Söffing in: Meßbacher-Hönsch/Götz, ErbStG, 2023, § 13a Rz. 367.

¹¹⁴ Vgl. Dedden/Denker (2022), S. 2977; Stalleiken in: von Oertzen/Loose, ErbStG, 2020, § 13a Rz. 134.

¹¹⁵ Vgl. Stalleiken in: von Oertzen/Loose, ErbStG, 2020, § 13a Rz. 134; Dedden/Denker (2022), S. 2977.

¹¹⁶ Vgl. R E 13a.12 Abs. 1 Satz 2 ErbStR 2019; Jülicher in: Troll/Gebel/Jülicher/Gottschalk, ErbStG, 2024, § 13a Rz. 239. So stellt beispielsweise auch die Insolvenz eines Unternehmens eine Verletzung der Behaltensfrist dar, die eine Nachversteuerung auslösen kann (vgl. Hannes/Lorenz (2020), S. 385; R E 13a.13 Abs. 1 Satz 3 ErbStR 2019; BFH, Urteil vom 4.2.2010, II R 25/08, BStBl. II 2010, S. 663; Weinmann in: Moench/Weinmann, ErbStG, 2023, § 13a Rz. 140; Milatz/Christopeit in: Burandt/Rojahn, ErbStG, 2022, § 13a Rz. 30).

Vorschriften der Lohnsummenregelung und Behaltensfrist unter den Bedingungen der Optionsverschonung einzuhalten (§ 28a Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 2 ErbStG).

Die Einhaltung der Lohnsummenregelung und Behaltensfrist ist demzufolge für fünf bzw. sieben Jahre nach der Übertragung erforderlich. Dahingehend entstehen in den Folgejahren aus betriebswirtschaftlicher Perspektive Nachteile und Risiken.¹¹⁷ Zunächst schaffen beide Voraussetzungen starre wirtschaftliche Strukturen für fünf bzw. sieben Jahre in mittelständischen Unternehmen. Die Behaltensfrist schränkt betriebswirtschaftliche Unternehmensentscheidungen erheblich ein. Änderungen hinsichtlich der strategischen Ausrichtung und Marktorientierung oder die Einstellung unrentabler Unternehmensbereiche sind nur unter Beachtung der an enge Voraussetzungen gekoppelten Reinvestitionsklausel des § 13a Abs. 6 Satz 3 und 4 ErbStG möglich.¹¹⁸ Ansonsten drohen steuerliche Belastungen. Für die Einhaltung der Lohnsummenregelung können auch Krisenzeiten erhebliche Risiken bergen, denn solche wirken sich auf die personelle und wirtschaftliche Situation aus.¹¹⁹ Demgemäß stellt die Einhaltung der Lohnsummenregelung ein nur bedingt abschätzbares Risiko für den Beibehalt der steuerlichen Verschonung dar.¹²⁰ Insbesondere bei Wahl der Optionsverschonung oder bei Wahl der Verschonungsbedarfsprüfung kann dem Unternehmensnachfolger durch die Verschärfungen eine vergleichsweise höhere Nachversteuerung drohen.¹²¹

Es zeigt sich, dass beide Voraussetzungen in den Folgejahren nach der Übertragung zu Wettbewerbsnachteilen für mittelständische Unternehmen führen, wobei ein Verstoß mit steuerlichen Belastungen einhergeht. Nicht mittelständische Unternehmen betrifft dies hingegen nicht. Eine Entschärfung der Voraussetzungen der Lohnsummenregelung und Behaltensfrist sollte somit ein erbschaft- und schenkungsteuerliches Interesse des gesamten Mittelstandssegments bilden. Aus diesem Grund sollte die Ausweitung der Ausnahmen bzw. Erleichterungen der Lohnsummenregelung für Unternehmen mit mehr als 15 Mitarbeitern im Interesse des Mittelstands liegen. Zudem sollte ein mittelständisches Interesse in der generellen Absenkung der einzuhaltenden Mindestlohnsumme aufzufinden sein. Ebenso sollte sich der Mittelstand für eine

¹¹⁷ Korezkij (2019), S. 2482 ff., verdeutlicht beispielhaft die Komplexität und die daraus resultierenden Rechtsunsicherheiten bei der Ermittlung der Einhaltung der erbschaft- und schenkungsteuerlichen Lohnsummenregelung.

¹¹⁸ Vgl. Söffing in: Wilms/Jochum/Götz/Meßbacher-Hönsch, 2024, ErbStG, § 13a Rz. 119; Weinmann in: Moench/Weinmann, ErbStG, 2023, § 13a Rz. 140.

¹¹⁹ Vgl. Weiss et al. (2020), S. 1420; Dedden/Denker (2022), S. 2977.

¹²⁰ Vgl. Stalleiken in: von Oertzen/Loose, ErbStG, 2020, § 13a Rz. 78.

¹²¹ Vgl. Dorn/Saecker (2023), S. 253.

Verkürzung der Lohnsummenfrist und der Behaltensfrist politisch einsetzen. Darüber hinaus sollte der Mittelstand auf eine Ausweitung des zeitlichen Anwendungsbereichs der Reinvestitionsklausel bzw. eine generelle Abmilderung der Behaltensfrist hinwirken. Dies würde steuerliche Folgebelastungen verringern und ökonomisch vorteilhaft auf das Mittelstandssegment wirken.

2.2.3 Interessen im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten

2.2.3.1 Ursachen steuerlicher Compliance-Kosten

Die Bestimmung der Interessen des Mittelstands innerhalb der steuerlichen Compliance-Kosten erfordert zunächst die Erörterung ihrer Ursachen. Allgemein versteht sich unter Compliance die Einhaltung aller gesetzlichen Regelungen.¹²² Im Hinblick auf den unternehmerischen Bereich sollten Compliance-Regelungen ein Umfeld schaffen, in welchem Unternehmen unter Wahrung des öffentlichen Interesses ihre Zielsetzungen erreichen können.¹²³ In diesem Kontext definiert sich Steuer-Compliance als die ordnungsgemäße Einhaltung und Befolgung sämtlicher steuerlicher Regelungen. Dies umfasst exemplarisch die Abgabe wahrheitsgetreuer, ordnungsgemäßer und fristgerechter Steuererklärungen und -anmeldungen, die pünktliche Entrichtung von Steuerzahlungen sowie die Einhaltung aller steuerlichen Mitwirkungspflichten.¹²⁴ Für die Wahrung des öffentlichen Interesses verschaffen steuerliche Compliance-Regelungen der Finanzverwaltung Informationen, mittels derer sie zur Aufdeckung von Steuervermeidung oder Steuerverkürzung befähigt ist.

Verbunden mit der Einhaltung aller steuerlichen Bestimmungen sind steuerliche Compliance-Kosten.¹²⁵ Als eine zentrale Ursache für steuerliche Compliance-Kosten lässt sich steuerliche Komplexität, in der internationalen Literatur als *tax complexity* bezeichnet, identifizieren.¹²⁶ Gründe für die Komplexität eines Steuersystems bildet maßgeblich dessen Detailgrad, ausgelöst durch den Umfang und die Vielzahl an

¹²² Vgl. Syrtseval/Cheban (2021), S. 212; Wecker/Galla (2013), S. 21; Sanclemente Arciniegas (2019), S. 128; Macho/Oertel (2019), S. 233; Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (2022), S. 5.

¹²³ Vgl. Sanclemente Arciniegas (2019), S. 120; Mascagni (2018), S. 273.

¹²⁴ Vgl. Kromer et al. (2013), S. 234 ff.; Niemann/Dodos (2021), S. 392; Slemrod (2019), S. 906; Dann et al. (2022), S. 410.

¹²⁵ Vgl. Marcuss et al. (2013), S. 833; Richter/Welling (2021), S. 19; Edwards (2006), S. 1; Collier et al. (2018), S. 32; Sanclemente Arciniegas (2019), S. 126; Müller-Gatermann (2018), S. 389; Eichfelder (2010), S. 2; Helbig (2018), S. 10; Mascagni (2018), S. 292; Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2019), S. 4 f.; Fauziati/Kassim (2018), S. 353.

¹²⁶ Vgl. Dann et al. (2022), S. 428 f.; Sureth-Sloane (2022), S. 330.

steuerlichen Bestimmungen,¹²⁷ die Verständlichkeit und Klarheit eines Steuersystems¹²⁸ sowie die in einem Steuersystem enthaltenen bürokratieverursachenden Vorschriften¹²⁹.

Eine aktuelle Studie verdeutlicht, dass Deutschland im internationalen Vergleich ein komplexes Steuersystem prägt,¹³⁰ was mit hohen steuerlichen Compliance-Kosten einhergeht.¹³¹ In Deutschland existieren neben den Steuergesetzen auch von der Finanzgerichtsbarkeit aufgestellte steuerrechtliche Grundsätze in Form richterlicher Rechtsprechungen sowie umfängliche Informationsquellen in der Steuerfachliteratur und in den von der Finanzverwaltung herausgegebene Anwendungsbestimmungen. So sind insgesamt 2.019 Anwendungsbestimmungen der Finanzverwaltung in Form von BMF-Schreiben und gleich lautenden Ländererlassen nach der Positivliste des Bundesministeriums der Finanzen über das Jahr 2023 anwendbar.¹³² Im Jahr 2020 waren es noch 1.802¹³³, also 217 weniger. Deren zunehmender Gesamtumfang trägt zu einem hohen Detailgrad bei. Des Weiteren beeinflussen die in einem Steuersystem verwendeten Formulierungen und Termini die Verständlichkeit. Unklarheiten, wie ungenaue Ausdrücke oder ungeklärte rechtliche Begrifflichkeiten, wirken komplexitätserhöhend.¹³⁴ Daraus können sich Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung eines Steuergesetzes ergeben, die Anlass für außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren und Finanzgerichtsverfahren sein können. Beispielsweise erledigten die deutschen Finanzgerichte im Jahr 2021 29.744 Klageverfahren.¹³⁵ Überdies steigern auch ständige

¹²⁷ Vgl. Hoppe et al. (2018a), S. 14; Hoppe et al. (2018b), S. 658; Pau et al. (2007), S. 62; Hoppe et al. (2019), S. 403; Clotfelter (1983), S. 367; Long/Swigen (1987), S. 25; Weber (2015), S. 88.

¹²⁸ Vgl. Hoppe et al. (2019), S. 403.; Borrego et al. (2016), S. 24; Hoppe et al. (2018a), S. 14; Pau et al. (2007), S. 62; Hoppe et al. (2021), S. 8; Mascagni (2018), S. 292 f.; Hoppe et al. (2018b), S. 669; Grottko/Kühne (2016), S. 25; Müller-Gatermann (2018), S. 389; Long/Swigen (1987), S. 25.

¹²⁹ Vgl. Hoppe et al. (2018b), S. 669.

¹³⁰ Vgl. Hoppe et al. (2021), S. 25. Die Besteuerung von Personengesellschaften (steuerlich Mitunternehmenschaften) ist einer der komplexesten Aspekte des Unternehmenssteuerrechts (vgl. Prinz (2010), S. 738).

¹³¹ Die empirischen Studienergebnisse von Musimenta (2020), S. 16, implizieren eine positive Korrelation zwischen Compliance-Kosten und steuerlicher Komplexität.

¹³² Vgl. BMF (2023), Anlage 1.

¹³³ Vgl. BMF (2020), Anlage 1.

¹³⁴ Vgl. Hoppe et al. (2019), S. 403; Borrego et al. (2016), S. 24; Hoppe et al. (2018a), S. 14; Pau et al. (2007), S. 62; Hoppe et al. (2021), S. 8; Mascagni (2018), S. 292 f.; Hoppe et al. (2018b), S. 669; Grottko/Kühne (2016), S. 25; Müller-Gatermann (2018), S. 389; Long/Swigen (1987), S. 25.

¹³⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2022), S. 13. In Deutschland werden insbesondere die Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe und das Fehlen zentraler steuerlicher Regelungsaspekte kritisiert (Hoppe et al. (2019), S. 404 f.). Natürlich sind nicht alle Steuerstreitigkeiten auf ungenaue Formulierungen oder unklare Rechtsbegriffe zurückzuführen.

Rechtsänderungen die steuerliche Komplexität,¹³⁶ die sich über sämtliche steuerliche Gesetze in Deutschland erstrecken.

Eine weitere Ursache für die aus der steuerlichen Komplexität erwachsenden steuerlichen Compliance-Kosten bilden die bürokratiekostenverursachenden steuerlichen Bestimmungen.¹³⁷ So finden sich über die gesamte deutsche Steuergesetzgebung verteilt diverse Mitwirkungspflichten, deren Befolgung an Dokumentations-, Berichts- und Nachweiserfordernisse gekoppelt ist.¹³⁸ Die Generalnorm bildet § 90 Abs. 1 Abgabenordnung (AO), die Steuerpflichtige zur Sachverhaltsaufklärung im Besteuerungsverfahren verpflichtet.¹³⁹ Im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer statuiert beispielhaft § 13a Abs. 7 und 8 ErbStG für die Verschonung unternehmerischen Vermögens Nachweispflichten, welche Erwerber zur Meldung einer Unterschreitung der Mindestlohnsumme bzw. eines Verstoßes gegen die Behaltensfrist verpflichtet. Darüber hinaus verursacht bei Unternehmensübertragungen die erbschaft- und schenkungsteuerliche Beratungsintensität steuerliche Compliance-Kosten, die nicht mittelständische Unternehmen nicht treffen. Weiterhin führt bei Steuerpflichtigen auch die Erstellung von Steuererklärungen und Steuervoranmeldungen zu hohen steuerlichen Compliance-Kosten. Jedes Jahr hat ein gewerblich tätiger Unternehmer in Abhängigkeit von der Organisationsform seines Unternehmens zusätzlich zur Einkommensteuererklärung oder Körperschaftsteuererklärung¹⁴⁰ eine Gewerbesteuererklärung einzureichen.

Werden steuerrechtliche Bestimmungen nicht eingehalten, kann dies den Wegfall steuerlicher Begünstigungen nach sich ziehen, exemplarisch der vollständige oder anteilige Wegfall der erbschaft- und schenkungsteuerlichen Verschonung bei Übertragungen von unternehmerischen Vermögen. Weiterhin können Verstöße auch mit Sanktionen gegenüber dem steuerpflichtigen Unternehmen oder dessen Vertretern einhergehen.¹⁴¹ Sanktionierungen sind über steuerliche Nebenleistungen nach § 3

¹³⁶ Vgl. Pau et al. (2007), S. 62; Borrego et al. (2016), S. 24; Tran-Nam/Evans (2014), S. 347 f.; Long/Swingen (1987), S. 25; Grottko/Kühne (2016), S. 59. Steuerliche Änderungen sind nach den Ergebnissen der Studie von Hoppe et al. (2018b), S. 669, einer der zentralen Treiber für steuerliche Komplexität.

¹³⁷ Vgl. Hoppe et al. (2018b), S. 669.

¹³⁸ Vgl. Breithöcker et al. (2007), S. 361; Diller et al. (2013), S. 114 f..

¹³⁹ Vgl. Hahlweg in: Koenig, AO, 2024, § 90 Rz. 1; Welker in: Zugmaier/Nöcker, AO, 2022, § 90 Rz. 1.

¹⁴⁰ Ist ein Anteilseigner einer Personengesellschaft eine Kapitalgesellschaft, so hat diese eine Körperschaftsteuererklärung abzugeben.

¹⁴¹ Vgl. Kromer et al. (2013), S. 243.

Abs. 4 AO möglich, wozu mitunter Verspätungszuschläge nach § 152 AO bei nicht fristgemäßer Abgabe von Steuererklärungen zählen.¹⁴² Auch besteht bei Fällen von (leichtfertiger) Steuerverkürzung die Möglichkeit einer steuerstrafrechtlichen oder bußgeldbehafteten Ahndung nach § 370 AO oder § 378 AO. In diesem Kontext kann die Einführung eines *Tax Compliance Management Systems* erheblich zur Einhaltung der steuerlichen Bestimmungen beitragen.¹⁴³ Überdies kann ein wirksames *Tax Compliance Management System* Exkulpationswirkung entfalten, denn die Finanzverwaltung erachtet ein solches als Indikator gegen leichtfertige Steuerverkürzung (§ 378 AO) oder vorsätzliche Steuerhinterziehung (§ 370 AO).¹⁴⁴ Die Implementierung und Pflege eines solchen Systems ist jedoch wiederum mit steuerlichen Compliance-Kosten verbunden.¹⁴⁵

2.2.3.2 Interessen des Mittelstands

Steuerliche Compliance-Kosten konfrontieren insbesondere kleinere Unternehmen mit großen Herausforderungen.¹⁴⁶ Zwar mündet eine zunehmende Unternehmensgröße in einem absoluten Anstieg der steuerlichen Compliance-Kosten,¹⁴⁷ jedoch ist die relative Belastung durch steuerliche Compliance-Kosten für kleinere Unternehmen größer.¹⁴⁸ Nach Schätzung des deutschen Wirtschaftsministeriums erwachsen mittelgroßen Unternehmen in relativer Hinsicht vier Mal und Kleinstunternehmen zwölf Mal so hohe Kosten durch Bürokratieaufwand wie Großunternehmen.¹⁴⁹ Dies resultiert daraus, dass Mittelständlern die Nutzung von Skaleneffekten, über welche steuerliche Compliance-Kosten in Relation geringer als Belastung wirken sollten, weniger zur Verfügung stehen als größeren Unternehmen.¹⁵⁰ Hintergrund ist die kleinere Unternehmensgröße und die damit geringer zur Verfügung stehenden Ressourcen und Fähigkeiten.¹⁵¹

¹⁴² Vgl. Koenig in: Koenig, AO, 2024, § 3 Rz. 91; Drüen in: Tipke/Kruse, AO, 2024, § 3 Rz. 93 f..

¹⁴³ Vgl. Macho/Oertel (2019), S. 232; Niemann/Dodos (2021), S. 392; Behringer (2016), S. 791.

¹⁴⁴ Vgl. AEAO zu § 153 AO Nr. 2.6 2023; Alt et al. (2022), S. 2308.

¹⁴⁵ Vgl. PricewaterhouseCoopers (2020), S. 74.

¹⁴⁶ Vgl. Sanclemente Arciniegas (2019), S. 126; Sitzmann (2018), S. 20 f.; Röhl (2005), S. 12.

¹⁴⁷ Vgl. Ernest et al. (2022), S. 100343; Eichfelder/Schorn (2012), S. 202; Evans et al. (2014), S. 474.

¹⁴⁸ Vgl. Coolidge (2012), S. 256 ff.; Matarirano et al. (2019), S. 8; Eichfelder/Schorn (2012), S. 202; Europäische Kommission (2022), S. 134; Evans et al. (2014), S. 474; Vishnuhadevi (2021), S. 194 f..

¹⁴⁹ Vgl. Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2015), S. 4 f..

¹⁵⁰ Vgl. Braunerhjelm et al. (2021), S. 689; Slemrod/Blumenthal (1996), S. 425. In etwa Röhl (2005), S. 12.

¹⁵¹ Vgl. Braunerhjelm et al. (2021), S. 687; Matarirano et al. (2019), S. 8.

Im Ergebnis sollte die Senkung der steuerlichen Compliance-Kosten durch Verringerung der steuerlichen Komplexität ein wesentliches Interesse des Mittelstands in der Steuergesetzgebung Deutschlands bilden. Als eine Möglichkeit der Komplexitätsminderung käme eine Entschlackung der steuerlichen Regelungen unter Wahrung der wesentlichen steuerlichen Grundsätze in Betracht. Erfolgen könnte dies durch die Reduzierung von steuerlichen Ausnahme- und Rückausnahmeregelungen sowie steuerlichen Besonderheiten.¹⁵² Eine grundlegende Reform und zeitgleiche Modernisierung des Steuerrechts sowie die damit einhergehende Komplexitätsverringering ist im Allgemeinen auch von der Steuerfachliteratur anerkannt.¹⁵³ Eine Simplifizierung durch Entkomplexisierung würde ökonomisches Wachstum fördern,¹⁵⁴ insbesondere das der mittelständischen Wirtschaft. Exemplarisch konnte empirisch gezeigt werden, dass höhere steuerliche Compliance-Kosten im negativen Zusammenhang mit Unternehmensgründungen stehen.¹⁵⁵

Eine weitere Möglichkeit zur Reduktion von steuerlichen Compliance-Kosten stellt die Anhebung bzw. Implementierung von (neuen) Freibeträgen dar.¹⁵⁶ Auch die Statuierung oder Erhöhung von Freigrenzen, nach deren Überschreitung erst bestimmte Regelungen anzuwenden sind, sollten kleineren Unternehmen steuerliche Erleichterungen bieten,¹⁵⁷ was mindernd auf steuerliche Compliance-Kosten wirkt. Überdies sollte eine Reduzierung der Mitwirkungspflichten, wie die Ausweitung oder Implementierung von Vereinfachungen oder Ausnahmen von Dokumentationspflichten, im Interesse des Mittelstands liegen.¹⁵⁸ Denn dies führt zu einer Verringerung von mit Kosten behafteter steuerlicher Bürokratie. Zusammenfassend sollte das Mittelstandsegment daher zur Begrenzung von Wettbewerbsnachteilen Interessen verfolgen, die auf die Reduzierung von steuerlichen Compliance-Kosten im gesamten deutschen Steuersystem abzielen. Dies würde insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen stärken.

¹⁵² Vgl. Schneider (2004), S. 1517; Kirchhof (2021), S. 2766 ff.

¹⁵³ Vgl. Kirchhof (2021), S. 2761 ff.; Nettersheim (2012), S. 271; Seer (2021), S. 1439; Müller-Gattermann (2021), S. 72; Vinken (2012), S. M1; Strahl (2018), S. 20972.

¹⁵⁴ Vgl. Braunerhjelm/Eklund (2014), S. 9; Edwards (2006), S. 2.

¹⁵⁵ Vgl. Braunerhjelm/Eklund (2014), S. 8.

¹⁵⁶ Vgl. Kühn (2012), S. 544; Sitzmann (2018), S. 21.

¹⁵⁷ Ähnlich Ingraham/Karlinsky (2005), S. 87.

¹⁵⁸ Vgl. Pavel/Vitek (2014), S. 513; Pope/Abdul-Jabbar (2008), S. 13.

2.3 Implikationen anlässlich der Resource Dependence Theory

Der Grundkonzeption der *Resource Dependence Theory* zufolge hängt die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen von deren Kontrolle kritischer Ressourcen ab,¹⁵⁹ durch welche sich unternehmerische Unsicherheiten reduzieren und ökonomische Wettbewerbsvorteile generieren lassen.¹⁶⁰ Wie vorstehend normativ gezeigt, sollte der Mittelstand in der deutschen Steuergesetzgebung, vor allem in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten, aufgrund ökonomischer Benachteiligungen eigene Interessen verfolgen.¹⁶¹ Daraus folgt, dass sich die deutsche Steuergesetzgebung als eine für den Mittelstand kritische Ressource im Sinne der *Resource Dependence Theory* begreifen lässt. Entsprechend sollte das Unternehmenssegment für die Schaffung von Wettbewerbsvorteilen bzw. die Überwindung von Wettbewerbsnachteilen Einfluss auf die Steuergesetzgebung ausüben. Möglich ist dies über steuerpolitische Aktivitäten.¹⁶² Insofern ist das in dieser Dissertation verfolgte Ziel der Untersuchung des Einflusses des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung von Bedeutung.

¹⁵⁹ Vgl. Pfeffer/Salancik (1978), S. 258 ff.; Mellahi et al. (2016), S. 151; Hillman et al. (2009), S. 1404; Ng/Khodakarami (2022), S. 181; Ilyas et al. (2020), S. 3; Celtekligil (2020), S. 133. Entwickelt wurde die *Resource Dependence Theory* im Jahr 1978 von Pfeffer und Salancik (vgl. Pfeffer/Salancik (1978), S. 258 ff.). Für einen Literaturüberblick zur *Resource Dependence Theory*, siehe Ozturk (2021), S. 525 ff..

¹⁶⁰ Vgl. Celtekligil (2020), S. 133; Hillman et al. (2009), S. 1404; Mellahi et al. (2016), S. 151; Sutton et al. (2021), S. 40.

¹⁶¹ Vgl. Molitor (1980), S. 65 f..

¹⁶² Vgl. Hillman et al. (2004), S. 840; Sutton et al. (2021), S. 41; Welter et al. (2014), S. 3. Ähnlich Rössl et al. (2006), S. 4; Kuhn (2010), S. 127.

3 Theoretische Grundlagen und Implikationen zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung

3.1 Überblick und Forschungslücke

Auf politische oder gesetzliche Einflussnahme abzielende Aktivitäten von Unternehmen bezeichnet die Literatur übergeordnet als unternehmerische politische Aktivitäten (*Corporate Political Activities* (CPA)), die den nicht marktorientierten Unternehmensstrategien zugerechnet werden.¹⁶³ Politische Aktivitäten können entweder auf individueller oder kollektiver Ebene erfolgen.¹⁶⁴ Im Kontext individueller politischer Aktivitäten agiert ein Akteur selbständig, während kollektive politische Aktivitäten hingegen über formelle Interessenverbände oder informelle Unternehmens- bzw. Interessenkoalitionen erfolgen.¹⁶⁵

Der Literaturkorpus zu unternehmerischen politischen Aktivitäten ist umfangreich. Es lassen sich diverse Forschungsstränge identifizieren, die sich exemplarisch mit der strategischen Art und Weise der Informationsvermittlung (*Framing*)¹⁶⁶, Lobbying-Regulierungen und Lobbying-Transparenz¹⁶⁷, kollektiven Interessenverbänden¹⁶⁸, professionellen Lobbyisten¹⁶⁹, finanziellen Zuwendungen zu politischen Entscheidungsträgern¹⁷⁰ oder der ökonomischen Vorteilhaftigkeit von unternehmerischen politischen Aktivitäten¹⁷¹ beschäftigen. Ein Literaturstrang von kleinerem Umfang fokussiert sich auf unternehmerische politische Aktivitäten im Zusammenhang mit Steuern. *Barrick und Brown* identifizierten in ihrer im Jahr 2019 publizierten Literaturübersicht

¹⁶³ Vgl. Getz (1997), S. 31 f.; Mellahi et al. (2016), S. 144; Vining et al. (2005), S. 150; de Figueiredo (2009), S. 480; Lawton et al. (2013), S. 97; Hadani/Coombes (2015), S. 862; Hadani et al. (2018), S. 2069; Baron (1995), S. 48; Tyllström/Murray (2021), S. 972.

¹⁶⁴ Vgl. Olson (1965), S. 7, der den Grundstein für die Unterscheidung zwischen kollektiven und individuellen politischen Aktivitäten setzte.

¹⁶⁵ Vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 830; Barrick/Brown (2019), S. 72. Ähnlich auch Sethi (1982), S. 41; Papadakis/Atsalakis (2019), S. 49.

¹⁶⁶ Vgl. Ihlen et al. (2018), S. 107 ff.; Daviter (2007), S. 654 ff.; Boräng et al. (2014), S. 188 ff.; Klüver et al. (2015), S. 481 ff.; McGrath (2007), S. 269 ff..

¹⁶⁷ Vgl. Chari et al. (2007), S. 422 ff.; Crepaz (2020), S. 1370 ff.; Polk (2021), S. 121 ff.; Bednářová (2018), S. 193 ff.; Mithani (2019), S. 644 ff.; Bunea/Gross (2019), S. 797 ff.; Ronit/Schneider (1998), S. 559 ff..

¹⁶⁸ Vgl. Hanegraaff/Pritoni (2019), S. 198 ff.; Salvino et al. (2019), S. 191 ff.; Langpap (2022), S. 1 ff.; de Figueiredo/de Figueiredo (2002), S. 161 ff..

¹⁶⁹ Vgl. Lowery/Marchetti (2012), S. 139 ff.; Groll/Ellis (2017), S. 1868 ff.; Kersh (2000), S. 237 ff..

¹⁷⁰ Vgl. Choi (2017), S. 1733 ff.; Minnick/Noga (2017), S. 239 ff.; Adrian et al. (2022), S. 100314; Masters et al. (2009), S. 557 ff.; Ansolabehere et al. (2002), S. 131 ff..

¹⁷¹ Vgl. Lin (2019), S. 4 f., für eine Literaturübersicht.

38 Studien zu steuerbezogenen unternehmerischen politischen Aktivitäten.¹⁷² Hinsichtlich der politischen Aktivität mittelständischer Unternehmen findet sich vereinzelt Literatur.¹⁷³ Im deutschen Kontext existieren keine Forschungsarbeiten zur steuerpolitischen Aktivität des untersuchten Unternehmenssegments oder im Allgemeinen zu politischen Aktivitäten in der deutschen Steuergesetzgebung.¹⁷⁴ Dahingehend offenbart sich eine Forschungslücke, die durch diese Dissertationsschrift adressiert wird.

3.2 Strategien unternehmerischer Einflussnahme

Strategische Ausprägungen von unternehmerischen politischen Aktivitäten zur Ausübung von Einfluss bilden Lobbying, die Schaffung finanzieller Anreize und *Grassroots* Strategien.¹⁷⁵ Die relevanteste Manifestation von unternehmerischen politischen Aktivitäten ist Lobbying.¹⁷⁶ Lobbying lässt sich als jede Form der Kommunikation definieren, die der Übermittlung von Informationen durch Interessenvertreter an politische Entscheidungsträger dient.¹⁷⁷ Daher lassen sich als Synonyme die Begriffe Interessenvertretung und Interessenrepräsentanz verwenden. Zur Beeinflussung der Steuergesetzgebung können Interessenvertreter die Informationen, die sie den politischen Entscheidungsträgern bereitstellen, mit eigenen politischen Zielsetzungen versehen.¹⁷⁸ Die Nutzung von Lobbying als strategisches Instrument zur Ausübung von Einfluss auf die Steuergesetzgebung ist prädestiniert, denn die Konzeption von Steuergesetzen unterliegt langen Verhandlungsprozessen, ist oftmals umstritten, und es mangelt steuerlichen Gesetzestexten stellenweise an eindeutigen Formulierungen.¹⁷⁹

¹⁷² Für einen vertiefenden Einblick in die bislang durchgeführte empirische Forschung zu steuerpolitischen unternehmerischen Aktivitäten sei bereits an dieser Stelle auf den Literaturüberblick von Barrick/Brown (2019), S. 59 ff., verwiesen.

¹⁷³ Vgl. Cook/Fox (2000), S. 94 ff.; Götz (2019), S. 363 ff.; Bennett/Ramsden (2007), S. 49 ff.; Rössl et al. (2006), S. 1 ff.; Adomako et al. (2023), S. 1 ff.; Krickhahn (1995), S. 1 ff.; Adomako/Nguyen (2020), S. 2701 ff.; Krickhahn (1993), S. 1 ff.; Cook (1996), S. 49 ff.; Cook/Barry (1995), S. 317 ff.; Kuhn (2010), S. 127 ff.; Krickhahn (2010), S. 85 ff.; Schroeder/Weßels (2017), S. 3 ff..

¹⁷⁴ Eine ausschließliche Betrachtung von großen Unternehmen im Lobbying-Kontext verzerrt die Untersuchungsergebnisse hinsichtlich des Zugangs und der monetären Aufwendungen für politische Aktivitäten (vgl. Drope/Hansen (2006), S. 13).

¹⁷⁵ Vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 833 ff.. Ähnlich auch Baloria/Klassen (2018), S. 4895.

¹⁷⁶ Vgl. Chen et al. (2015), S. 447; Yu/Yu (2011), S. 1869; Vining et al. (2005), S. 158; Lin (2019), S. 17. Interessenvertretung ist vor allem in Demokratien von zentraler Bedeutung (vgl. Wirl (1994), S. 307; Chari et al. (2007), S. 422.; Holman/Luneburg (2012), S. 78).

¹⁷⁷ Vgl. Keim/Zeithaml (1986), S. 830; de Figueiredo (2009), S. 465; Karabay (2009), S. 2; Žák (2019), S. 194; de Figueiredo/Richter (2014), S. 164; Tyllström/Murray (2021), S. 973; Lin (2019), S. 7. In den USA ist Lobbying gleichermaßen durch Art. 3 Nr. 7 und 8 *Lobbying Disclosure Act of 1995* legal definiert.

¹⁷⁸ Vgl. de Figueiredo (2009), S. 465 ff.; de Figueiredo et al. (1999), S. 284; van den Broek (2021), S. 385; Becker (1983), S. 392.

¹⁷⁹ Vgl. Picciotto (2007), S. 12; Gracia/Oats (2012), S. 307; Morrell/Tuck (2014), S. 137.

Im Lobbying-Kontext ist aus strategischer Perspektive auch die Art und Weise, wie Interessenvertreter ihre Interessen vermarkten, relevant.¹⁸⁰ Denn neben inhaltlichen Aspekten können über die Art und Weise der Informationsvermittlung Entscheidungsprozesse beeinflusst werden.¹⁸¹ In diesem Kontext ist die sprachlich positive oder negative Konnotation der vermittelten Informationen (*Framing*) von Bedeutung,¹⁸² denn über sprachliche Emotionen lassen sich Informationen strategisch vermitteln.¹⁸³ Zusammenfassend dient Lobbying Interessenvertretern als ein Instrument zur Mitwirkung im Ausgestaltungs- und Konzeptionsprozess von Steuergesetzen.

Andere Möglichkeiten zur Einflussnahme bilden die Schaffung finanzieller Anreize oder *Grassroots* Strategien. Die Schaffung finanzieller Anreize konzentriert sich auf (finanzielle) Zuwendungen an Politiker, politische Parteien oder Wahlkämpfe.¹⁸⁴ Bei *Grassroots* Strategien erfolgt die Einflussnahme auf gesetzliche und politische Entscheidungen über die Mobilisierung der Öffentlichkeit, über welche Druck auf politische Entscheidungsträger ausgeübt werden soll.¹⁸⁵ Angesichts der Tatsache, dass es sich beim Steuerrecht um eine komplexe Materie handelt, die erhebliches Fachwissen voraussetzt, sollten *Grassroots* Strategien in der Steuergesetzgebung die Ausnahme bilden.¹⁸⁶ Untereinander können einzelne Einflussnahmestrategien als Komplemente wirken.¹⁸⁷

3.3 Unternehmerischer Einfluss auf die Steuergesetzgebung

3.3.1 Zielsetzungen

Im rechtlichen Unternehmensumfeld bildet die Steuergesetzgebung anlässlich ihrer Wirkung auf unternehmerische Entscheidungen, Planungen und finanzielle Belastungen ein zentrales Feld der unternehmerischen Einflussnahme.¹⁸⁸ Ziel der Ausübung von Einfluss auf die Steuergesetzgebung formiert die Schaffung einer möglichst

¹⁸⁰ Vgl. Klüver et al. (2015), S. 495; Ihlen et al. (2018), S. 122; McGrath (2007), S. 274.

¹⁸¹ Vgl. Septianto et al. (2021), S. 2889; Levin et al. (1998), S. 152; McCluskey et al. (2015), S. 480; Heiman/Zilberman (2011), S. 177; Zilker/Pachur (2021), S. 489.

¹⁸² Vgl. Zilker/Pachur (2021), S. 489; Levin et al. (1998), S. 152.

¹⁸³ Vgl. Crabtree et al. (2020), S. 1057.

¹⁸⁴ Vgl. Ansolabehere et al. (2003), S. 105; Lake (2015), S. 86; Russell (2018), S. 274 f.; Ansolabehere et al. (2002), S. 131 f.; Gray/Lowery (1997), S. 321; Cooper et al. (2010), S. 718; Kirkland et al. (2010), S. 2.

¹⁸⁵ Vgl. de Bruycker/Beyers (2019), S. 71 f.; Wehrmann (2007), S. 46; Walker (2012), S. 587 f..

¹⁸⁶ Vgl. Barrick/Alexander (2014), S. 23 f..

¹⁸⁷ Vgl. de Bruycker/Beyers (2019), S. 72; Hill et al. (2013a), S. 954.

¹⁸⁸ Vgl. Vines/Moore (1996), S. 76; Vining et al. (2005), S. 157; Drope/Hansen (2008), S. 1; Barrick/Brown (2019), S. 60; Roberts/Bobek (2004), S. 570.

vorteilhaften steuerrechtlichen Unternehmensumwelt, wodurch letztlich unternehmerische Steuervorteile und somit Wettbewerbsvorteile erwirkt werden sollen.¹⁸⁹ In diesem Kontext kann Lobbying Interessenvertretern ermöglichen, gesetzliche Entscheidungen in präferierte Richtungen zu lenken, indem zielgerichtet Informationen an politische Entscheidungsträger bereitgestellt werden.¹⁹⁰ Entsprechend ermöglicht Lobbying im steuerlichen Rechtsgebiet die Endogenisierung der ansonsten exogen wirkenden steuerlichen Unternehmensumwelt.¹⁹¹

Konkret unterscheiden lassen sich opportunistische und defensive Einflussnahmeziele, die die Erwirkung direkter oder indirekter steuerlicher Vorteile bezwecken.¹⁹² Opportunistische Zielsetzungen verfolgen die Schaffung neuer steuerlicher Vorteile. Direkte steuerliche Ziele können dahingehend exemplarisch in der Verbesserung oder Generierung von (neuen) Abschreibungsregelungen, Besteuerungsausnahmen oder Gutschriften bestehen. Indirekte Zielsetzungen können in der Schaffung von Besteuerungslücken aufzufinden sein.¹⁹³ Bei defensiven Einflussnahmebestrebungen steht der Erhalt bestehender steuerlicher Vorteile durch die Abwehr steuerlich unvorteilhafter Gesetzesänderungen im Vordergrund.¹⁹⁴ Exemplarisch kann defensives Lobbying den Erhalt einer steuerlich vorteilhaften Norm bezwecken, deren Abschaffung im Zuge einer Steuergesetzesänderung angedacht ist. Im Kontext politischer Aktivitäten wird defensivem Lobbying eine zentrale Bedeutung zuteil.¹⁹⁵

3.3.2 Ökonomische Vorteilhaftigkeit

Die empirische Quantifizierung ökonomischer Vorteilhaftigkeit von unternehmerischen politischen Aktivitäten gestaltet sich anlässlich der zumeist defensiven Natur unternehmerischer Einflussnahmebestrebungen als kompliziertes Unterfangen. Denn eine erfolgreiche defensive Einflussnahme führt zu einem unveränderten rechtlichen Umfeld.¹⁹⁶ Die empirische Evidenz zur Vorteilhaftigkeit von politischer Aktivität

¹⁸⁹ Vgl. Barrick/Alexander (2014), S. 43; Davis et al. (2016), S. 50; Celtekligil (2020), S. 133; Hillman et al. (2009), S. 1404; Mellahi et al. (2016), S. 151; Sutton et al. (2021), S. 40.

¹⁹⁰ Vgl. Becker (1983), S. 392; de Figueiredo (2009), S. 465 ff.; van den Broek (2021), S. 385; de Figueiredo et al. (1999), S. 284.

¹⁹¹ Vgl. Mulligan/Oats (2016), S. 73; Barrick/Brown (2019), S. 60. Siehe zudem zur Endogenisierung des exogen wirkenden Umfelds durch die Ausübung von Einfluss Edelman et al. (1999), S. 407; de Figueiredo (2009), S. 460; Vining et al. (2005), S. 151.

¹⁹² Vgl. Richter et al. (2009), S. 895; Meade/Li (2015), S. 25.

¹⁹³ Vgl. Meade/Li (2015), S. 28; Richter et al. (2009), S. 895.

¹⁹⁴ Vgl. Oliver/Holzinger (2008), S. 507; Barrick/Alexander (2014), S. 27 f.; Meade/Li (2015), S. 28; Richter et al. (2009), S. 895.

¹⁹⁵ Vgl. Barrick/Alexander (2014), S. 28.

¹⁹⁶ Vgl. de Figueiredo/Richter (2014), S. 179; Richter et al. (2009), S. 900; Meade/Li (2015), S. 27.

gelangt zu divergierenden Ergebnissen.¹⁹⁷ Einige empirische Studienergebnisse zeigen, dass sich politisches Engagement positiv auf unternehmerische Profitabilität auswirken und eine ökonomisch vorteilhafte Wirkung entfalten sollte,¹⁹⁸ während andere Forschungsarbeiten keine Auswirkungen auf die unternehmerische Profitabilität feststellen konnten.¹⁹⁹ Wiederum andere Studienergebnisse gelangen zu dem Schluss, dass unternehmerische politische Aktivitäten negative Auswirkungen auf die Profitabilität von Unternehmen haben könnten.²⁰⁰

Bezüglich der Ausübung von Einfluss auf das steuerrechtliche Unternehmensumfeld über eine Lobbying-Strategie oder finanzielle Anreizstrategie indizieren die empirischen Forschungsergebnisse eindeutiger eine positive Wirkung und damit einhergehend ökonomische Vorteilhaftigkeit. Beispielsweise konnten *Alexander et al.* basierend auf Lobbying-Aufwendungen empirisch ableiten, dass Unternehmen in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) pro in Lobbying investierten Dollar einen durchschnittlichen Profit aus dem Lobbying von 220 US-Dollar erzielen.²⁰¹ *Richter et al., Meade und Li, Chen et al.* und *Minnick und Noga* konnten anhand sinkender Effektivsteuersätze aufzeigen,²⁰² dass unternehmerische politische Aktivitäten, insbesondere Lobbying, positiv auf Unternehmen wirken. Weiterhin indizieren die empirischen Erkenntnisse der Studie von *Hutchens et al.*, dass insbesondere Lobbying in steuerlichen Aspekten bei Unternehmen zu höheren Firmenwerten führt.²⁰³ Lediglich die empirische Studie von *Drope und Hansen* lässt vermuten, dass steuerliches Lobbying mit keinen ökonomischen Vorteilen einhergeht.²⁰⁴ Die vorstehend aufgeführten empirischen Forschungsarbeiten fokussieren sich fast ausschließlich auf die USA. Zudem

¹⁹⁷ Für eine aktuelle Literaturübersicht zur ökonomischen Vorteilhaftigkeit von unternehmerischen politischen Aktivitäten, siehe Lin (2019), S. 4 f..

¹⁹⁸ Vgl. Hutchens et al. (2016), S. 26; Cooper et al. (2010), S. 718; Fisman (2001), S. 1096; Hill et al. (2013b), S. 2848. Unternehmerische Vorteile ergeben sich insbesondere aus der Lobbying-Intensität und der politischen Verbundenheit (vgl. Brown (2016), S. 66). Darüber hinaus indizieren die empirischen Ergebnisse von Yu/Yu (2011), S. 1890, dass bei Unternehmen, die im Lobbying aktiv sind, seltener Betrug aufgedeckt wird. Im nicht unternehmerischen Bereich konnten de Figueiredo/Silverman (2006), S. 598, nachweisen, dass Universitäten, die Lobbying betreiben, höhere Renditen erzielen als Universitäten, die kein Lobbying betreiben.

¹⁹⁹ Vgl. Lin (2019), S. 3; Ansolabehere et al. (2004), S. 197; Coates IV (2012), S. 688 f.; Callahan (2019), S. 431.

²⁰⁰ Vgl. Hadani/Schuler (2013), S. 176; Aggarwal et al. (2012), S. 36 f..

²⁰¹ Vgl. Alexander et al. (2009), S. 428.

²⁰² Vgl. Richter et al. (2009), S. 906; Meade/Li (2015), S. 44; Minnick/Noga (2017), S. 252; Chen et al. (2018), S. 27 f..

²⁰³ Vgl. Hutchens et al. (2016), S. 26.

²⁰⁴ Vgl. Drope/Hansen (2008), S. 16 f..

beziehen die Studien größtenteils Lobbying-Aufwendungen in ihre Empirie ein,²⁰⁵ die in den USA seit Verabschiedung des *Lobbying Disclosure Act of 1995* öffentlich zur Verfügung stehen.²⁰⁶

In Summe deuten die Studienergebnisse darauf hin, dass sich unternehmerische Aktivitäten in legislativen Belangen positiv auf die unternehmerische Profitabilität auswirken sollten,²⁰⁷ insbesondere in der Steuergesetzgebung. Daraus lässt sich ableiten, dass die Ausübung von Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung mit ökonomischer Vorteilhaftigkeit für Unternehmen verbunden sein könnte.²⁰⁸ Demgemäß sollte der Mittelstand zur Schaffung eines vorteilhaften ökonomischen steuerrechtlichen Umfelds bzw. zur Überwindung von steuerlichen Benachteiligungen Einfluss auf die Steuergesetzgebung Deutschlands ausüben.

3.4 Politische Aktivität des Mittelstands

Zur politischen Aktivität mittelständischer Unternehmen bzw. kleinerer Unternehmen finden sich wenige Forschungsarbeiten.²⁰⁹ Beispielsweise wurde im Jahr 2000 in den USA eine Fragebogenstudie mit 62 in politischen Aktivitäten aktiven KMU durchgeführt, wobei die politische Aktivität von mittelgroßen mit kleineren Unternehmen verglichen wurde.²¹⁰ Eine zentrale Erkenntnis der Studie ist, dass kleine Unternehmen eher dazu neigen, sich mit anderen Unternehmen in Gruppen zusammenzuschließen, um auf diese Weise mehr Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen zu können.²¹¹ Darüber hinaus wurde die Motivation von KMU für eine Mitgliedschaft in Interessenverbänden untersucht. Unter anderem sind KMU Mitglied in Interessenverbänden, um sich von diesen politisch vertreten zu lassen.²¹² Weiterhin indiziert die

²⁰⁵ Vgl. Ridge et al. (2017), S. 1138.

²⁰⁶ Vgl. United States Senate (2024), <https://lda.senate.gov/system/public/>, 17.03.2024. Der *Lobbying Disclosure Act of 1995* weitete erheblich die Veröffentlichungspflichten für Interessenvertreter in den USA aus (vgl. Baumgartner/Leech, (2001), S. 1193 f.).

²⁰⁷ Ebenso Lux et al. (2011), S. 243, die aus den Ergebnissen ihrer Metastudie die gleiche Schlussfolgerung konstatierten.

²⁰⁸ Die Ausgestaltung der Ausübung von Einfluss unterscheidet sich von Staat zu Staat aufgrund unterschiedlicher politischer Strukturen und Regulierungen (vgl. Chari et al. (2007), S. 432 ff.; Ronit/Schneider (1998), S. 559; Crepez (2020), S. 1378). Dies sollte jedoch nicht gegen die generelle Annahme der ökonomischen Vorteilhaftigkeit von Einflussnahme sprechen.

²⁰⁹ Vgl. Cook/Fox (2000), S. 94 ff.; Götz (2019), S. 363 ff.; Bennett/Ramsden (2007), S. 49 ff.; Rössl et al. (2006), S. 1 ff.; Adomako et al. (2023), S. 1 ff.; Krickhahn (1995), S. 1 ff.; Adomako/Nguyen (2020), S. 2701 ff.; Krickhahn (1993), S. 1 ff.; Cook (1996), S. 49 ff.; Cook/Barry (1995), S. 317 ff.; Kuhn (2010), S. 127 ff.; Krickhahn (2010), S. 85 ff.; Schroeder/Weßels (2017), S. 3 ff..

²¹⁰ Vgl. Cook/Fox (2000), S. 94 ff., die ihre Studie als einen ersten Aufschlag für Untersuchungen von unternehmerischer politischer Aktivität kleinerer Unternehmen begreifen.

²¹¹ Vgl. Cook/Fox (2000), S. 107. Ebenso Cook (1996), S. 62.

²¹² Vgl. Bennett/Ramsden (2007), S. 69.

Forschung, dass größere Unternehmen in unternehmerischen Interessenverbänden eine größere Relevanz und mehr Gewicht aufweisen als kleinere Unternehmen.²¹³ In diesem Zusammenhang sollten die unternehmerischen Interessenverbände den Interessen großer Unternehmen im Vergleich zu denen der kleineren Unternehmen mehr Aufmerksamkeit widmen.²¹⁴ Die Forschung von *Götz* fokussiert die Lobbying-Positionen mittelständischer Interessenverbände in den Verhandlungen des *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP). Im Ergebnis konnte gezeigt werden, dass mittelständische Interessenverbände nicht einheitlich agierten, da sich deren Lobbying-Positionen voneinander unterschieden.²¹⁵

In Bezug auf die politischen Aktivitäten des Mittelstands in Deutschland wurde von *Krickhahn* die Repräsentanz des Mittelstands durch Interessenverbände im politischen System Deutschlands erforscht. Den Ergebnissen zufolge erfährt der Mittelstand politische Repräsentanz durch eine Vielzahl an Branchenverbänden.²¹⁶ Darüber hinaus lassen seine empirischen Befunde nicht den Schluss zu, dass der Mittelstand auf der Ebene der Bundespolitik unterrepräsentiert ist.²¹⁷ *Schroeder und Weßels* attestieren dem Mittelstand allerdings ein Repräsentationsproblem.²¹⁸ Zudem sollten die Interessenverbände des Mittelstands untereinander nicht ausreichend organisiert sein.²¹⁹ Im Hinblick auf die Steuergesetzgebung Deutschlands teilen *Schroeder und Weßels* die Einschätzung, dass der Mittelstand stärkeren Einfluss auf die Steuergesetzgebung nehmen sollte, vor allem im Hinblick auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie Vermögensteuer.²²⁰ Ansonsten bildete die politischen Aktivitäten des Mittelstands keinen Untersuchungsgegenstand. Demgemäß ist auch der Einfluss mittelständischer Unternehmen auf die Steuergesetzgebung Deutschlands und die Steuergesetzgebung anderer Staaten grundsätzlich unerforscht.

²¹³ Vgl. Rössl et al. (2006), S. 9. Henneberger (2017), S. 183.

²¹⁴ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12; Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

²¹⁵ Vgl. Götz (2019), S. 372 f..

²¹⁶ Vgl. Krickhahn (2010), S. 91 f.; Krickhahn (1993), S. 32 f.. Ebenso Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

²¹⁷ Vgl. Krickhahn (1993), S. 32 f..

²¹⁸ Vgl. Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

²¹⁹ Vgl. Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

²²⁰ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12.

3.5 Einflussnahme in Deutschland

In Deutschland finden sich angesichts mangelnder Datenverfügbarkeit nur wenige empirische Forschungsarbeiten zu unternehmerischen politischen Aktivitäten.²²¹ Bisher durchgeführte empirische Studien im deutschen Kontext konzentrierten sich beispielsweise auf Interessenverbände²²², Parteispenden²²³, das Lobbying im Zusammenhang mit deutschen Rechnungslegungsstandards²²⁴ oder das Lobbying im Rahmen der Energiewende Deutschlands²²⁵. Zudem befasst sich die Forschung mit den Verbindungen zwischen Interessenvertretern und politischen Entscheidungsträgern.²²⁶ Zentrale Erkenntnisse sind, dass unternehmerische Interessenvertreter auf die Regulatorik des Rechnungswesens größeren Einfluss ausüben als Interessenvertreter aus der Beratung oder dem akademischen Bereich.²²⁷ Weiterhin sollten insbesondere unternehmerische Interessengruppen die deutsche Legislative beeinflussen, da sie den empirischen Studienergebnissen zufolge im Vergleich zu anderen Interessenvertretern effektiver rechtliche Veränderungen initiieren können.²²⁸ Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse von Klüver, dass die Interessenvertretung von Interessengruppen sich an den Bedürfnissen und Interessen der jeweiligen Mitglieder der Interessengruppe orientiert.²²⁹ Hinsichtlich der Größe von Unternehmen und deren Lobbying indizieren die Ergebnisse von Niessen und Ruenzi, dass der überwiegende Teil der politisch vernetzten Unternehmen in Deutschland zu den großen Unternehmen zählt.²³⁰ Bezüglich der Lobbying-Strategie ergab die Studie von Sühlsen und Hisschemöller, dass in Deutschland insbesondere regelmäßiger persönlicher Kontakt zu Politikern und die Qualität der übermittelten Informationen den größten Lobbying-Erfolg verantworten.²³¹ Im Hinblick auf die Verbindungen von politischen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern konstatiert Weßels, dass engere Kontakte zwischen unternehmerischen Interessenverbänden und

²²¹ Vgl. Polk (2020), S. 66 f.; Zülch et al. (2009), S. 20.

²²² Vgl. Klüver/Zeidler (2019), S. 459 ff.; Klüver (2020), S. 1436 ff.; Eising/Spohr (2017), S. 328; Horgos/Zimmermann (2009), S. 301 ff.; Klüver (2015), S. 137 ff.. In etwa auch Ormrod/Müller (2022), S. 230.

²²³ Vgl. Fink (2012), S. 574 ff.; Goerres/Höpner (2014), S. 537.

²²⁴ Vgl. McLeay et al. (2000), S. 96; Hoffmann/Zülch (2014), S. 721.

²²⁵ Vgl. Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 316 ff..

²²⁶ Vgl. Weßels (2014), S. 125 ff.; Benzer (1989), S. 1 ff.; Oehmer (2014), S. 47 ff.; Schroeder/Schreiter (2017), S. 369 ff.; Gerstenhauer (2014), S. 71 ff.. Für einen detaillierteren Überblick, siehe Schroeder/Schreiter (2017), S. 371 f.; Trampusch (2004), S. 646 ff..

²²⁷ Vgl. McLeay et al. (2000), S. 96.

²²⁸ Vgl. Eising/Spohr (2017), S. 328.

²²⁹ Vgl. Klüver (2015), S. 149.

²³⁰ Vgl. Niessen/Ruenzi (2010), S. 460.

²³¹ Vgl. Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 324.

der Christlich Demokratischen Union (CDU), der Christlich-Sozialen Union (CSU) und der Freien Demokratischen Partei (FDP) bestehen.²³² Keinen expliziten Untersuchungsgegenstand in der deutschen Forschung zu unternehmerischen politischen Aktivitäten bildete die deutsche Steuergesetzgebung.

3.6 Faktoren für erfolgreiche Einflussnahme

Aus der Literatur lassen sich Faktoren identifizieren, die die Wahrscheinlichkeit für eine erfolgreiche Einflussnahme erhöhen. Der zunächst entscheidende Faktor für die Ausübung von Einfluss ist der Zugang des einflussnehmenden Akteurs zu politischen Entscheidungsträgern.²³³ Denn nur durch Zugang zu politischen Entscheidungsträgern können Interessenvertreter Einfluss auf politische und gesetzgeberische Entscheidungen nehmen.²³⁴ Darüber hinaus sollten Interessenverbände im Verhältnis zu individuellen Akteuren erfolgreicher in der Ausübung von Einfluss sein.²³⁵ Insbesondere in der deutschen Lobbying-Landschaft wird Interessenverbänden eine entscheidende Rolle zuteil.²³⁶ Ebenfalls sollte die Intensität der Beziehungen von Interessenvertretern zu politischen Entscheidungsträgern einen zentralen Faktor für erfolgreiche Einflussnahme bilden (Beziehungskapital).²³⁷ Durch langfristige und nachhaltige Beziehungen wird ein Vertrauensverhältnis zwischen Interessenvertretern und politischen Entscheidungsträgern geschaffen.²³⁸ So tauschen unter verhaltenspsychologischen Gesichtspunkten politische Entscheidungsträger mit größerer Wahrscheinlichkeit Informationen mit Personen aus, die sie länger kennen und denen sie vertrauen.²³⁹ Darüber hinaus sollten sich auch gleichgerichtete Interessen bzw. ein abgestimmtes Lobbying positiv

²³² Vgl. Weßels (2014), S. 145.

²³³ Vgl. Truman (1951), S. 264; Baron (2019), S. 404; Chin et al. (2000), S. 535; Gray/Lowery (1997), S. 340; Hadani/Coombes (2015), S. 864; Schuler et al. (2002), S. 668; de Figueiredo (2009), S. 465; Herndon (1982), S. 997. Die Bedeutung des Zugangs für die Einflussnahme verdeutlicht bereits die Aussage des Politikwissenschaftlers *David B. Truman* aus dem Jahr 1951: “[...], *power of any kind cannot be reached by a political interest group, or its leaders, without access to one or more key points of decision in the government*” (Truman (1951), S. 264).

²³⁴ Vgl. Schuler et al. (2002), S. 659.

²³⁵ Vgl. Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321; Barrick/Brown (2018), S. 72.

²³⁶ Vgl. Sebaldt (2007), S. 94 ff.; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321; Grotz/Schroeder (2021), S. 201.

²³⁷ Vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 371; Brown et al. (2015), S. 96; Bertrand et al. (2014), S. 3891 f.; Brown (2016), S. 68; Hillman/Hitt (1999), S. 828 f.; Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3732; Barrick/Alexander (2014), S. 14; Mulligan/Oats (2016), S. 72; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321.

²³⁸ Vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 828 f.. Direkte Verbindungen zu wichtigen politischen Entscheidungsträgern im US-Finanzministerium sind in Krisenzeiten besonders wertvoll (vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 390 f.).

²³⁹ Vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 371; Bertrand et al. (2014), S. 3917; Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3732. Politische Entscheidungsträger sind beispielsweise eher bereit, einen Anruf von jemandem entgegenzunehmen, den sie persönlich kennen (vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 371).

auf eine erfolgreiche Einflussnahme auswirken. Gleichgerichtete Interessen liegen vor, wenn zwei oder mehr Akteure dieselben Ansichten und Positionen gegenüber politischen Entscheidungsträgern kommunizieren, was in einem Multiplikatoreffekt mündet.²⁴⁰ Abschließend bildet auch die Qualität der Informationen einen Faktor für wahrscheinlicheren Einflussnahmeerfolg.²⁴¹ Insbesondere Expertenwissen hinsichtlich technischer Details, rechtlicher Aspekte und über die wirtschaftlichen Auswirkungen von politischen und gesetzgeberischen Entscheidungen erhöht die Wahrscheinlichkeit für Lobbying-Erfolg.²⁴²

3.7 Implikationen zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung

Als theoretische Konstrukte für Implikationen zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung eignen sich die *Exchange Theory* und der *Resource-based View*. Ihrer allgemeinen Grundidee getreu dient die *Exchange Theory* als Erklärungsmodell für interorganisationale Beziehungen.²⁴³ Angewandt auf den Kontext der politischen Aktivitäten prägt demnach die Interaktion zwischen politischen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern ein gegenseitiger Austausch.²⁴⁴ Innerhalb dieser im Rahmen der *Exchange Theory* beschriebenen Austauschprozesse gewähren die politischen Entscheidungsträger den Interessenvertretern Zugang und politisches Gehör bei gesetzlichen Entscheidungen im Austausch gegen Informationen oder direkte (finanzielle) Anreize.²⁴⁵ Die Interessenvertreter stellen jedoch keine homogene Gruppe dar, sondern setzen sich aus Unternehmensrepräsentanten, Beratern, Gewerkschaften, Regierungsorganisationen, Forschungsinstituten, Umweltverbänden und weiteren Interessenvertretern zusammen, die unterschiedlichste Zielsetzungen und Interessen verfolgen.²⁴⁶

²⁴⁰ Vgl. McLeay et al. (2000), S. 87. Ähnlich auch Eising/Spohr (2017), S. 321 ff..

²⁴¹ Vgl. Bertrand et al. (2014), S. 3917; Hall/Deardorff (2006), S. 73 f.; Dahan (2005a), S. 17; Dahan (2005b), S. 49 f.; Bouwen (2004), S. 340; Bouwen (2002), S. 369 f.; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321.

²⁴² Vgl. Flöthe (2019), S. 180.

²⁴³ Vgl. Levine/White (1961), S. 583 ff., und Blau (1964), S. 193 ff., die allgemein als Begründer der *Exchange Theory* gelten.

²⁴⁴ Vgl. Allern et al. (2007), S. 628; Bouwen (2002), S. 368; Witko (2009), S. 213; Hadani et al. (2017), S. 342; Keim/Zeithaml (1986), S. 833; Klüver (2010), S. 179.

²⁴⁵ Vgl. Kroszner/Stratmann (2005), S. 44; Allern et al. (2007), S. 628; Bonardi et al. (2005), S. 399 f.; Pappi/Henning (1999), S. 258; Hillman/Hitt (1999), S. 833.

²⁴⁶ Vgl. Bonardi et al. (2005), S. 399; Hillman/Keim (1995), S. 199; Tyllström/Murray (2021), S. 974; Keim (2002), S. 364.

In der Steuergesetzgebung sollten Berater angesichts ihres steuerlichen Beratungshintergrunds eigene Interessen verfolgen. Beispielsweise kann nach der Studie von *Zwick* steuerliche Komplexität zu Differenzen zwischen kleinen Unternehmen und deren steuerlichen Beratern führen.²⁴⁷ Dahingehend sollten insbesondere Interessensunterschiede hinsichtlich steuerlicher Compliance-Kosten bestehen. Denn zunehmende steuerliche Compliance-Kosten, exemplarisch durch die Ausweitung von Mitwirkungspflichten oder die Zunahme an steuerlicher Komplexität, führen als zunehmende Belastungen für Unternehmen zu steigenden finanziellen Erträgen auf der Ebene der steuerlichen Berater. Im Hinblick auf Lobbying konnten *Allen et al.* in ihrer Studie keine Evidenz dafür finden, dass Wirtschaftsprüfer für ihre Mandanten Lobbying betreiben.²⁴⁸ Nach *Monsen* vertreten Beratungsgesellschaften eigene Interessen, soweit diese nicht durch die Interessen ihrer Mandanten begrenzt werden.²⁴⁹

Darüber hinaus sollten unternehmerische Akteure ebenfalls nicht zwingend gleichgerichtete Interessen verfolgen. Vielmehr weisen unternehmerische Interessen eine Heterogenität untereinander auf, welche teilweise miteinander konkurrieren können.²⁵⁰ So kann der Lobbying-Erfolg einer bestimmten Gruppe von Unternehmen Belastungen für andere Unternehmen bedeuten.²⁵¹ Dahingehend konnte beispielhaft im Zusammenhang mit *Corporate Social Responsibility* (CSR) gezeigt werden, dass Unternehmen mit einer bereits guten CSR-Bilanz eine striktere CSR-Gesetzgebung präferieren. Denn striktere CSR-Gesetze stehen bei solchen Unternehmen im Einklang mit der Unternehmensstrategie und werden ohnehin erfüllt.²⁵² Demnach wirkt sich Lobbying für eine verschärfte CSR-Gesetzgebung positiv auf diese Unternehmen aus, da die Implementierung strengerer gesetzlicher Vorgaben für sie nur geringfügige Mehrkosten bedeuten würde. Im Gegenzug wären Konkurrenten, die eine schlechtere CSR-Bilanz aufweisen, mit höheren Kosten konfrontiert.²⁵³ Überdies bemühen sich Unternehmen im Lobbying um die Verbesserung ihrer eigenen wirtschaftlichen Position durch beispielsweise die Verdrängung von Mitbewerbern, die Schaffung von Markteintrittsbarrieren oder die Begrenzung von Substituten.²⁵⁴ Dies deutet auf divergierende

²⁴⁷ Vgl. *Zwick* (2021), S. 497.

²⁴⁸ Vgl. *Allen et al.* (2018), S. 325.

²⁴⁹ Vgl. *Monsen* (2022), S. 326.

²⁵⁰ Vgl. *Keim* (2002), S. 364; *Schmitter/Streeck* (1999), S. 26. In etwa *Vogel* (1987), S. 393.

²⁵¹ Vgl. *Marceau/Smart* (2003), S. 249.

²⁵² Vgl. *Gjølberg* (2011), S. 21.

²⁵³ Vgl. *Fremeth/Richter* (2011), S. 146.

²⁵⁴ Vgl. *Wood* (1985), S. 413 f.; *Hillman/Hitt* (1999), S. 826 f..

Einflussnahmeziele von Unternehmen hin. In Bezug auf die Steuergesetzgebung Deutschlands offenbaren bereits die in Kapitel 2.2 beschriebenen Interessen der Mittelstandsverbände unternehmerische Interessendivergenzen.

Im Kontext der *Exchange Theory* können Einflussnahmebestrebungen als politischer Wettbewerbsmarkt betrachtet werden,²⁵⁵ denn es besteht zwischen den verschiedenen Interessenvertretern ein Wettbewerb um Zugang zu und politisches Gehör von politischen Entscheidungsträgern. Innerhalb dieses politischen Wettbewerbsmarkts stellt der Zugang und das politische Gehör ein rares Gut dar, mitunter aufgrund von Zeitrestriktionen der politischen Entscheidungsträger.²⁵⁶ Fraglich ist dahingehend die politische Durchsetzungsfähigkeit des Mittelstandssegments im politischen Wettbewerbsmarkt. Erstindikationen zur politischen Durchsetzungsfähigkeit lassen sich auf Basis des *Resource-based View* ableiten.

Grundsätzlich fokussiert der *Resource-based View* die unternehmensinterne Ressourcen- und Fähigkeitsausstattung, mittels derer Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern und anderen (unternehmerischen) Akteuren erzielen können.²⁵⁷ Nach Auffassung der Literatur eignet sich der *Resource-based View* als Erklärungsmodell nicht marktorientierter Strategien, speziell von unternehmerischen politischen Aktivitäten.²⁵⁸ Die für unternehmerische politische Aktivitäten notwendigen Ressourcen und Fähigkeiten können unter dem Begriff der politischen Ressourcen subsumiert werden.²⁵⁹ Zu den politischen Ressourcen zählen unter anderem die finanziellen Ressourcen, die Expertise, das Beziehungskapital, die Organisationsstruktur und die Reputation eines Akteurs.²⁶⁰ Die Ausstattung mit politischen Ressourcen entscheidet darüber, ob und in welcher Form sich unternehmerische Akteure mit politischen

²⁵⁵ Vgl. Brown et al. (2015), S. 95; Hillman/Keim (1995), S. 199; Grossman/Helpman (1994), S. 849; Tyllström/Murray (2021), S. 974; Bonardi et al. (2005), S. 399; Haffert/Mertens (2019), S. 10; Keim (2002), S. 364 f.; de Figueiredo (2009), S. 462; Sebaldt (2007), S. 120; Gawande et al. (2012), S. 115 f.; Klüver (2020), S. 1444; Hadani/Coombes (2015), S. 864.

²⁵⁶ Vgl. Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3745; Ehrlich/Jones (2016), S. 472; Hadani et al. (2017), S. 342; Alves (2020), S. 315; Groll/Ellis (2017), S. 1888.

²⁵⁷ Vgl. Barney (1991), S. 101 ff.; Barney (2001), S. 41 ff.; Eisenhardt/Martin (2000), S. 539; Mellahi et al. (2016), S. 151; Henard/McFadyen (2012), S. 194 ff.; Kleinschmidt et al. (2007), S. 420; Helfat/Peteraf (2003), S. 998.

²⁵⁸ Vgl. Lawton et al. (2013), S. 99; Doh et al. (2012), S. 30; Hillman et al. (2004), S. 851.

²⁵⁹ Vgl. Dahan (2005a), S. 11; Dahan (2005b), S. 44; Bonardi (2011), S. 250 f.; Alves (2020), S. 310; Barron/Hultén (2014), S. 966.

²⁶⁰ Vgl. Dahan (2005a), S. 14; Dahan (2005b), S. 47; Alves (2020), S. 311.

Aktivitäten betätigen und welche Durchsetzungskraft diese im politischen Wettbewerbsmarkt besitzen.²⁶¹

Eine individuelle politische Aktivität kennzeichnet ein selbständiges Handeln eines einzelnen Akteures im politischen Wettbewerbsmarkt, was Unternehmen in Bezug auf Lobbying den Vorteil der Repräsentanz eigener unternehmensspezifischer Interessen bietet.²⁶² Allerdings muss ein individuell agierendes Unternehmen alle politischen Ressourcen eigenständig aufbringen, was anlässlich der hohen Ressourcenintensität politischer Einflussnahme mit hohen Kosten verbunden ist.²⁶³ Vor dem Hintergrund des *Resource-based View* sollten Mittelständler im Vergleich zu größeren Unternehmen daher gemeinhin nicht in der Lage sein, diese hohen und insbesondere finanziellen Belastungen zu schultern. Darüber hinaus sollte individuelles Lobbying für mittelständische Unternehmen eine vergleichsweise geringere Effizienz aufweisen. So können große Unternehmen aus relativer Perspektive größere „Gewinne“ durch erfolgreiche individuelle Einflussnahme erzielen, weshalb individuelle politische Aktivitäten für diese lohnenswerter sind.²⁶⁴ Demnach müssten größere Unternehmen mit höherer Wahrscheinlichkeit individuell im politischen Wettbewerbsmarkt partizipieren als einzelne Mittelständler.²⁶⁵ Entscheiden sich mittelständische Unternehmen dennoch für individuelle Einflussnahmeaktivitäten, so ist davon auszugehen, dass sie angesichts der Konkurrenz auf dem wettbewerbsintensiven politischen Markt und aufgrund ihrer geringeren Ausstattung mit politischen Ressourcen über eine geringere Durchsetzungskraft verfügen als beispielsweise Großunternehmen.²⁶⁶

Kollektive politische Aktivitäten hingegen erfolgen über formelle Interessenverbände oder informelle Unternehmens- bzw. Interessenkoalitionen.²⁶⁷ Deren Zusammenschluss dient dem Verfolgen gleichgerichteter Ziele und Interessen,²⁶⁸ denn kollektive Interessengruppen repräsentieren und fördern die Interessen ihrer Mitglieder.²⁶⁹ Vor

²⁶¹ Vgl. Klüver (2012), S. 505; Barrick/Brown (2019), S. 65 f.. Ähnlich auch Bell/Hindmoor (2014), S. 348.

²⁶² Vgl. Barrick/Brown (2019), S. 72.

²⁶³ Vgl. Chalmers/Young (2020), S. 56; van den Broek (2021), S. 387; Barrick/Brown (2019), S. 72.

²⁶⁴ Vgl. Hart (2001), S. 1232. Ähnlich auch Gawande (1998), S. 478.

²⁶⁵ Vgl. Bouwen (2002), S. 373 f.; Vining et al. (2005), S. 160; de Figueiredo/Richter (2014), S. 169; Schuler (1996), S. 732; Cook/Fox (2000), S. 96 f.; Henneberger (2017), S. 183.

²⁶⁶ Vgl. Mulcahy (2015), S. 16.

²⁶⁷ Vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 830; Barrick/Brown (2019), S. 72. Ähnlich auch Sethi (1982), S. 41; Papadakis/Atsalakis (2019), S. 49.

²⁶⁸ Vgl. Salvino et al. (2019), S. 191.

²⁶⁹ Vgl. Papadakis/Atsalakis (2019), S. 49.

dem Hintergrund des *Resource-based View* bietet kollektives Lobbying über Interessengruppen durch die Bündelung von Stimmen, Expertise und Erfahrung das Potenzial, Skaleneffekte zu realisieren²⁷⁰ und gleichzeitig die politische Ressourcenintensität für die Mitgliedsunternehmen durch Kostenteilung zu senken.²⁷¹ Die bisherige Literatur deutet darauf hin, dass mittelständische Unternehmen sich aufgrund ihrer kleineren Unternehmensgröße und der damit verbundenen geringeren Ausstattung mit politischen Ressourcen häufiger an kollektiven Verbänden beteiligen bzw. durch diese Repräsentanz erfahren.²⁷² Nachteilig im Verhältnis zu einer individuellen Aktivität ist, dass kollektive Interessengruppen im Falle divergierender Interessen lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner an Interessen repräsentieren können.²⁷³

Eine weitere Möglichkeit für mittelständische Unternehmen bildet die Nutzung von Trittbrettfahreffekten. Dabei wird das Lobbying in der Steuergesetzgebung anderen unternehmerischen Interessenverbänden überlassen.²⁷⁴ Dies ermöglicht es, ohne den Einsatz eigener politischer Ressourcen, vom Lobbying und den Lobbying-Erfolgen anderer unternehmerischer Akteure indirekt zu partizipieren.²⁷⁵ Aus ökonomischer Perspektive und vor dem Hintergrund des *Resource-based View* scheint Trittbrettfahren demzufolge eine rationale Strategie für mittelständische Unternehmen zu sein.²⁷⁶ Gleichwohl ist jedoch davon auszugehen, dass durch die Nutzung von Trittbrettfahreffekten die spezifischen steuerlichen Interessen des Mittelstands nicht vollumfänglich repräsentiert und demzufolge politisch umgesetzt werden.

Im Ergebnis lassen sich zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung folgende Annahmen aus der *Exchange Theory* und dem *Resource-based View* ableiten. Zunächst sollten kollektive Interessengruppen die Repräsentanz der Interessen des Mittelstands innerhalb des deutschen Steuergesetzgebungsverfahrens verantworten, während individuelle Interessenrepräsentanz die Ausnahme bilden sollte. Weiterhin könnten sich Mittelständler aufgrund ihrer geringeren Ausstattung mit

²⁷⁰ Vgl. Dahan (2005b), S. 48; Hillman/Hitt (1999), S. 831; Barrick/Alexander (2014), S. 18. Ähnlich auch Klüver (2012), S. 505.

²⁷¹ Vgl. Barrick/Alexander (2014), S. 18.

²⁷² Vgl. de Figueiredo/Richter (2014), S. 169; Hillman/Hitt (1999), S. 831; Bouwen (2002), S. 374; Barrick/Alexander (2014), S. 20; Cook/Fox (2000), S. 106 f.; Bombardini/Trebbi (2020), S. 397. In etwa Priddat/Speth (2007), S. 26.

²⁷³ Vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 832; van den Broek (2021), S. 387; Barrick/Brown (2019), S. 72. Ähnlich auch Conzelmann (2012), S. 199 ff..

²⁷⁴ Vgl. Vining et al. (2005), S. 160; Drope/Hansen (2008), S. 3.

²⁷⁵ Vgl. Drope/Hansen (2008), S. 3; Williams/Swenson (1999), S. 376.

²⁷⁶ Vgl. Vining et al. (2005), S. 160; Drope/Hansen (2008), S. 17; Schuler (1996), S. 724; Volokh (2010), S. 62.

politischen Ressourcen weniger intensiv an kollektiven Interessengruppen beteiligen bzw. diese weniger intensiv unterstützen, wodurch auch kollektive Interessenverbände des Mittelstands über weniger politische Ressourcen für die Einflussnahme auf die Steuergesetzgebung verfügen sollten. Insgesamt könnte das Mittelstandssegment daher in der Steuergesetzgebung unterrepräsentiert sein. Damit einhergehend müsste sich eine geringere Durchsetzungsfähigkeit des Mittelstandssegments im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt einstellen, wodurch sich ein geringerer Einfluss des Mittelstands auf die Steuergesetzgebung Deutschlands empirisch ergeben könnte. Darüber hinaus könnte der Mittelstand das Lobbying in der Steuergesetzgebung anderen unternehmerischen Interessenverbänden überlassen und von deren Lobbying und Lobbying-Erfolgen profitieren. Dadurch ist anzunehmen, dass die spezifischen steuerlichen Interessen mittelständischer Unternehmen nicht umfassend und vollständig repräsentiert und umgesetzt werden. Anlässlich der ökonomischen Vorteilhaftigkeit steuerpolitischer Einflussnahme könnte dies mit negativen steuerlichen Konsequenzen und demzufolge mit ökonomischen Wettbewerbsnachteilen für die mittelständische Wirtschaft behaftet sein.

4 Formelle Möglichkeiten zur Ausübung von Einfluss auf die Steuergesetzgebung Deutschlands

4.1 Steuergesetzgebungskompetenz

Allgemein statuiert Art. 70 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) die Aufteilung der Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern.²⁷⁷ Dem Grundsatz getreu obliegt die Gesetzgebungskompetenz zunächst den Ländern, soweit das Grundgesetz dem Bund nicht die Gesetzgebungskompetenz zuweist.²⁷⁸ Über die Verteilung der Steuergesetzgebungskompetenz normiert Art. 108 GG bzw. Art. 105 GG gegenüber den Art. 70 ff. GG eine spezielle Regelung für das verfahrensrechtliche bzw. materiell-rechtliche Steuerrecht.²⁷⁹ Für das steuerliche Verfahrensrecht ordnet Art. 108 GG die Gesetzgebungskompetenz dem Bund zu.²⁸⁰ Im Hinblick auf die materiell-steuerrechtlichen Regelungen obliegt gem. Art. 105 Abs. 2 Satz 2 GG dem Bund die Gesetzgebungskompetenz, wenn entweder dem Bund mindestens ein Teil des Steueraufkommens zusteht oder die Voraussetzungen des Art. 72 Abs. 2 GG vorliegen. Aus Art. 72 Abs. 2 GG erwächst die steuerliche Gesetzgebungskompetenz des Bunds, soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit aus Perspektive des gesamtstaatlichen Interesses eine bundesgesetzliche Regelung erfordert. Im Ergebnis umfasst die Gesetzgebungskompetenz des Bundes demzufolge nahezu alle materiell-rechtlichen Steuergesetze,²⁸¹ auch wenn exemplarisch das Aufkommen aus

²⁷⁷ Art. 70 GG fungiert als Spezialnorm des Art. 30 GG (vgl. Bäumerich (2018), S. 123; Seiler in: Epping/Hillgruber, 2024, GG, Art. 70 Rz. 11), wonach die Erfüllung der staatlichen Aufgaben und die Ausübung der staatlichen Befugnisse grundsätzlich den Bundesländern obliegt.

²⁷⁸ Vgl. Bäumerich (2018), S. 123; Rux in: Epping/Hillgruber, 2024, GG, Art. 20 Rz. 14; Seiler in: Epping/Hillgruber, 2024, GG, Art. 70 Rz. 11 f.. De facto weist das Grundgesetz dem Bund einen Großteil der Gesetzgebungskompetenz zu, so dass trotz der grundsätzlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder ein Großteil der Gesetzgebungskompetenz beim Bund liegt (vgl. Voßkuhle/Wischmeyer (2020), S. 316; Wittreck in: Dreier, GG, 2015, Art. 70 Rz. 8; Kment in: Jarass/Pieroth, GG, 2024, Art. 70 Rz. 1; Seiler in: Epping/Hillgruber, 2024, GG, Art. 20 Rz. 11; Rux in: Epping/Hillgruber, 2024, GG, Art. 20 Rz. 14).

²⁷⁹ Vgl. Jachmann-Michel/Vogel in: Huber/Voßkuhle, GG, 2024, Art. 105 Rz. 25; Kment in: Jarass/Pieroth, GG, 2024, Art. 105 Rz. 1; Heun in: Dreier, GG, 2015, Art. 105 Rz. 6; Kirchhof in: Huber/Voßkuhle, GG, 2024, Art. 108 Rz. 14 f..

²⁸⁰ Vgl. Kment in: Jarass/Pieroth, GG, 2024, Art. 108 Rz. 2; Siekmann in: Sachs, GG, 2021, Art. 108 Rz. 2.

²⁸¹ Vgl. Jachmann-Michel/Vogel in: Huber/Voßkuhle, GG, 2024, Art. 105 Rz. 25 f.; Kube in: Epping/Hillgruber, 2024, GG, Art. 105 Rz. 35 ff.; Kment in: Jarass/Pieroth, 2024, GG, Art. 72 Rz. 22. In etwa Voßkuhle/Wischmeyer (2020), S. 316.

Erbschaft- und Schenkungsteuer bzw. Gewerbesteuer ausschließlich den Bundesländern bzw. Gemeinden zusteht (Art. 106 Abs. 2 bzw. 6 GG).²⁸²

Jedoch bedürfen die durch den Bund geregelten Steuergesetze nach Art. 105 Abs. 3 GG der Zustimmung der Länder (Zustimmungsbedürftigkeit), wenn deren Aufkommen nach Art. 106 GG zumindest teilweise den Ländern oder Gemeinden zukommt.²⁸³ Exemplarisch umfasst dies neben der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie Gewerbesteuer auch die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer, da deren Aufkommen nach Art. 106 Abs. 2 GG i. V. m. Art. 105 Abs. 3 GG dem Bund und Ländern gemeinsam zufließt. Als Resultat bedürfen somit die meisten der materiell-steuerrechtlichen Änderungen der Zustimmung durch den Bundesrat.²⁸⁴ Ebenso sind die Änderungen im steuerlichen Verfahrensrecht gem. Art. 108 GG grundsätzlich zustimmungsbedürftig.²⁸⁵

4.2 Steuergesetzgebungsverfahren

Das Steuergesetzgebungsverfahren vollzieht sich in Deutschland über vier Phasen, die sich in die Phase der Stellungnahmen, die der parlamentarischen Beratungen und Beschlussfassung, die der föderalen Mitwirkung und die des Gesetzerlasses untergliedern lassen.²⁸⁶ Initiativrecht zur Einbringung von steuerlichen Gesetzentwürfen in den Bundestag besitzen gem. Art. 76 Abs. 1 GG die Bundesregierung, der Bundesrat und die Mitte des Bundestags, also die Abgeordneten des Bundestags.²⁸⁷ Übt die

²⁸² Vgl. Heun in: Dreier, GG, 2015, Art. 105 Rz. 35 f.. Das Aufkommen der Gewerbesteuer steht nach Art. 105 Abs. 6 GG ausschließlich den Gemeinden und das Aufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer nach Art. 105 Abs. 2 Nr. 2 GG ausschließlich den Ländern zu. Bei der Gewerbesteuer ist zu beachten, dass die Gemeinden nach § 6 Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen eine Gewerbesteuerumlage an ihr Bundesland und an den Bund abzuführen haben (vgl. Kirchhof (2010), S. 964 f.).

²⁸³ Vgl. Jachmann-Michel/Vogel in: Huber/Voßkuhle, GG, 2024, Art. 105 Rz. 53; Heun in: Dreier, GG, 2015, Art. 105 Rz. 43; Wernsmann (2005), S. 1355; Heun/Thiele in: Dreier, GG, 2018, Art. 108 Rz. 30.

²⁸⁴ Vgl. Kube in: Epping/Hillgruber, GG, 2024, Art. 105 Rz. 38; Jachmann-Michel/Vogel in: Huber/Voßkuhle, GG, 2024, Art. 105 Rz. 53; Lepsius in: Herdegen/Masing/Poscher/Gärditz, 2021, III. Staatsorganisation § 12 Gesetz und Gesetzgebung Rz. 135.

²⁸⁵ Vgl. Kment in: Jarass/Pieroth, GG, 2024, Art. 108 Rz. 12 f..

²⁸⁶ Vgl. Kersten in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 2024, Art. 76 Rz. 15. Für einen anschaulichen grafischen Überblick über das Gesetzgebungsverfahren in Deutschland im Allgemeinen, siehe Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024), https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/verfassung/weg-der-gesetzgebung.pdf;jsessionid=0AE7E198BF7EFB580D2CE1354390EA76.live861?__blob=publicationFile&v=7, 14.03.2024.

²⁸⁷ § 76 Abs. 1 GOBT schränkt das Initiativrecht aus der Mitte des Bundestags dahingehend ein, dass Gesetzentwürfe nur von einer Fraktion oder mindestens 5 % der Abgeordneten des Bundestags eingebracht werden können. Für kritische bzw. an der Verfassungsmäßigkeit des § 76 Abs. 1 GOBT zweifelnde Stimmen, siehe Hebler (2017), S. 417; Kersten in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 2024, Art. 76 Rz. 48; Frenzel (2010), S. 120; Bryde in: von Münch/Kunig, GG, 2021, Art. 76 Rz. 21.

Bundesregierung bzw. der Bundesrat das Initiativrecht aus, sind zunächst nach Art. 76 Abs. 2 GG bzw. Art. 76 Abs. 3 GG die Gesetzentwürfe zur Stellungnahme dem Bundesrat bzw. der Bundesregierung zuzuleiten (Stellungnahmenphase).²⁸⁸ Anschließend wird im Rahmen der Beratungs- und Beschlussphase im Bundestag gem. § 78 Abs. 1 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GOBT) jeder Steuergesetzentwurf in drei Lesungen beraten. Die erste Beratung dient nach § 79 GOBT der allgemeinen Aussprache, wobei der Bundestag steuerliche Gesetzentwürfe gem. § 80 Abs. 1 Satz 1 GOBT zur Detailberatung an den Finanzausschuss als federführenden Ausschuss für die Steuergesetzgebung überweist. Die Beratungsergebnisse lässt der Finanzausschuss dem Bundestag in Form eines Berichts und einer Beschlussempfehlung zukommen (§ 66 GOBT), welche die Abgeordneten im Rahmen der zweiten Lesung beraten (§ 81 GOBT) und in der dritten Lesung verabschieden (§ 86 GOBT). Im Steuergesetzgebungsverfahren fallen die zweite und dritte Beratung oftmals zusammen.²⁸⁹ Neben den steuerlichen Gesetzentwürfen besteht für Abgeordnete in Fraktionsstärke²⁹⁰ die Möglichkeit, offizielle Anträge als selbständige Vorlagen im Sinne des § 75 Abs. 1 GOBT oder Änderungsanträge zu einem steuerlichen Gesetzentwurf als unselbständige Vorlagen im Sinne des § 75 Abs. 2 GOBT auf die Tagesordnung des Bundestags zu setzen. Diese offiziellen Anträge und Änderungsanträge, nachfolgend zusammengefasst als Anträge bezeichnet, stellen einen integralen Bestandteil des Gesetzgebungsverfahrens dar, denn über diese Vorlagen fordern die Abgeordneten den Bundestag zu einem bestimmten Beschluss bzw. zur Änderung der Gesetzentwürfe auf. Die Anträge können zudem Bestandteil der Sitzungen des Finanzausschusses sein,²⁹¹ die gemeinsam mit steuerlichen Gesetzentwürfen beraten werden.

In der föderalen Phase tagen die Länder im Bundesrat zu den steuerlichen Gesetzentwürfen (§§ 15 ff. Geschäftsordnung des Bundesrates (GOBR)).²⁹² Gleichmaßen zum Bundestag überweist auch der Bundesrat steuerliche Gesetzentwürfe an den Finanzausschuss des Bundesrats (§ 36 GOBR).²⁹³ Da es sich bei der Steuergesetzgebung zumeist um zustimmungsbedürftige Gesetzentwürfe handelt, erfordert deren

²⁸⁸ Vgl. Kersten in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 2024, Art. 76 Rz. 15.

²⁸⁹ Vgl. Kau in: Stern/Sodan/Möstl, 2022, 3. Kapitel § 43 Rz. 82.

²⁹⁰ Nach § 76 Abs. 1 GOBT gilt die Voraussetzung als erfüllt, wenn eine Bundestagsfraktion oder mindestens 5 % aller Abgeordneten des Bundestags den Antrag unterzeichnen.

²⁹¹ Vgl. Bundestag (2024a), <https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/A/antraege-245326>, 17.03.2024.

²⁹² Zumeist finden auf Ebene des Bundesrats zwei Beratungen zu steuerlichen Gesetzentwürfen statt.

²⁹³ Vgl. Bundesrat (2024), <https://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/ausschuesse/fz/fz-node.html>, 17.03.2024.

Verabschiedung gem. Art. 52 Abs. 3 Satz 1 GG i. V. m. § 30 Abs. 1 GOBR die einfache Mehrheit der Stimmen im Bundesrat. Stimmt der Bundesrat dem Steuergesetzentwurf nicht zu, dürfen sowohl der Bundesrat nach Art. 77 Abs. 2 Satz 1 GG i. V. m. § 31 GOBR als auch der Bundestag nach Art. 77 Abs. 2 Satz 4 GG i. V. m. § 89 GOBT den Vermittlungsausschuss einberufen, in welchem ein Teil der Abgeordneten aus Bundesrat und Bundestag Lösungsvorschläge für strittige Aspekte im Gesetzentwurf miteinander diskutieren.²⁹⁴ Abschließend erfolgt gem. Art. 82 GG die Verkündung der verabschiedeten Steuergesetzentwürfe nach Ausfertigung und Gegenzeichnung durch den Bundespräsidenten im Bundesgesetzblatt (Gesetzeserlassphase).

4.3 Formelle Möglichkeiten zur Einflussnahme

Formelle Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die deutsche Steuergesetzgebung finden sich im Steuergesetzgebungsverfahren auf Ebene des Finanzausschusses des Bundestags und auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen.²⁹⁵ Übt die Bundesregierung ihr Initiativrecht zur Einbringung eines steuerlichen Gesetzentwurfs aus, so entstammt die erste Fassung eines Steuergesetzentwurfs, bezeichnet als Referentenentwurf, aus der Feder des Bundesministeriums der Finanzen.²⁹⁶ Grundsätzlich erfolgt die Erarbeitung der Referentenentwürfe unter Einbindung von Interessenvertretern.²⁹⁷ Für diesen Zweck holen sich die Ministerialbeamten zu den steuerlichen Referentenentwürfen unter anderem Stellungnahmen ein,²⁹⁸ denn im Konzeptionsprozess eines Gesetzes befugt § 47 Abs. 3 Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO)²⁹⁹ das Bundesministerium der Finanzen zur Hinzuziehung von Gesamt-

²⁹⁴ Der Austausch im Vermittlungsausschuss erfolgt nach Maßgabe der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Austausch nach dem Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss). Exemplarisch wurde der Vermittlungsausschuss im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angerufen (vgl. Bundestag (2016), S. 1). Auch im Zusammenhang mit dem Wachstumschancengesetz wurde der Vermittlungsausschuss aktiv (vgl. Bundestag (2024b), S. 1).

²⁹⁵ Darüber hinaus gibt es auch informelle Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. Beispielsweise kann ein Unternehmen Kontakte zu dem Bundestagsabgeordneten seines Wahlkreises pflegen und versuchen, über diesen Einfluss auf die Steuergesetzgebung zu nehmen.

²⁹⁶ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2024), https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Gesetze_Gesetzgebungsvorhaben.html, 17.03.2024.

²⁹⁷ Vgl. Guckelberger (2020), S. 800; Battis (2009), S. 202; Wollenschläger (2018), S. 449; Dieners/Voland in: Dieners, 2022, Kapitel 13 Rz. 45.

²⁹⁸ Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2024), https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Gesetze_Gesetzgebungsvorhaben.html, 17.03.2024.

²⁹⁹ Die GGO ist als Geschäftsordnung der Bundesregierung keinem gängigen Normentyp zuordenbar (vgl. Hermes in: Dreier, GG, 2015, Art. 65 Rz. 47). Ihrem Zweck getreu regelt die GGO gem. § 1 Abs. 2 GGO die Arbeitsweise der Bundesministerien (vgl. Bundesregierung vom 30.08.2000,

und Zentralverbänden sowie von Fachkreisen, die auf Bundesebene bestehen.³⁰⁰ Das Bundesministerium der Finanzen entscheidet im eigenen Ermessen, welche Verbände beteiligt werden (§ 47 Abs. 3 Satz 2 GGO).³⁰¹ Wird ein Interessenverband durch das Bundesministerium der Finanzen beteiligt, erlangt dieser Zugang zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren und es ergibt sich für diesen die erste formelle Möglichkeit zur Ausübung von Einfluss.

Weiterhin besteht für Interessenvertreter nach Maßgabe des § 70 GOBT die Möglichkeit zur Teilnahme an den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags.³⁰² Im Vorfeld der Anhörungssitzungen besteht für die Interessenvertreter nach § 70 Abs. 6 GOBT die Möglichkeit zur Einreichung von Stellungnahmen.³⁰³ Die Abgabe einer Stellungnahme und Teilnahme an den öffentlichen Anhörungssitzungen bedarf grundsätzlich einer Einladung durch den Finanzausschuss.³⁰⁴ Im Anschluss an die öffentliche Anhörungssitzung wird gem. § 73 GOBT ein Bericht und eine Beschlussempfehlung, zumeist als ein zusammenhängendes Dokument, verfasst, welches regelmäßig Änderungen an den steuergesetzlichen Entwürfen enthält. Der Bericht und die Beschlussempfehlung bilden sodann die Abstimmungsgrundlage für die Verabschiedung des steuerlichen Gesetzentwurfs durch den Bundestag.³⁰⁵ Dahingehend wird der Möglichkeit zur Einflussnahme auf Finanzausschussebene eine zentrale Bedeutung zuteil, denn dies ist vorerst die letzte formelle Möglichkeit für Interessenvertreter, geplante steuergesetzliche Änderungen zu beeinflussen. Zusätzlich diskutieren

Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien, GMBI. 2000, S. 526, zuletzt geändert am 17.08.2011, GMBI. 2011, S. 576). Im Folgenden wird die Geschäftsordnung entsprechend der Literatur in der Zitierweise eines Gesetzes zitiert (vgl. exemplarisch Fuchs (2021), S. 27 f.; Israng (2022), S. 949 ff.; Geminn (2022), S. 792), gemeint ist jedoch stets die Geschäftsordnung.

³⁰⁰ Vgl. Schmieszek (2013), S. 177; Bültmann-Hinz (2018), S. 50; Battis (2009), S. 202.

³⁰¹ Vgl. VG Hannover, Urteil vom 13.9.2023, 1 A 2294/22, NVwZ-RR 2024, S. 121; Hoffmann/Wisser (2012), S. 603; Schroeder/Schreiter (2017), S. 374 f..

³⁰² Vgl. Dieners/Voland in: Dieners, 2022, Kapitel 13 Rz. 45; Knauff (2016), S. 196; Kau in: Stern/Sodan/Möstl, 2022, 3. Kapitel § 43 Rz. 87; Gerig (2014), S. 249.

³⁰³ Vgl. Finanzausschuss des Deutschen Bundestags (2021), <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a07/basisinformationen-538776>, 17.03.2024.

³⁰⁴ Vgl. Finanzausschuss des Deutschen Bundestags (2021), <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a07/basisinformationen-538776>, 17.03.2024. Darüber hinaus haben Interessenvertreter die Vorschriften des Gesetzes zur Einführung eines Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung (Lobbyregistergesetzes bzw. LobbyRG) zu beachten. So sieht § 6 Abs. 2 und 3 LobbyRG den Ausschluss von Interessenvertretern vor, die die formellen Voraussetzungen des Lobbyregisterrechts nicht erfüllen. Diese Grundsätze sollten auch für öffentliche Anhörungssitzungen der Bundestagsausschüsse und für ministeriale Anhörungen gelten (vgl. Austermann (2021), S. 588. Ähnlich Hörmann/Fischer (2022), S. 93).

³⁰⁵ Vgl. Finanzausschuss des Deutschen Bundestags (2021), <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a07/basisinformationen-538776>, 17.03.2024.

die Mitglieder des Finanzausschusses unabhängig von Steuergesetzentwürfen aktuelle steuerliche Themen mit Interessenvertretern im Rahmen öffentlicher Anhörungssitzungen, zu denen sich die Finanzausschusspolitiker Stellungnahmen von Interessenvertretern zur Meinungsbildung einholen.³⁰⁶ Im Ergebnis erhalten Interessenvertreter durch die Einladung zur Teilnahme an den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses ebenfalls Zugang zum formellen deutschen Steuergesetzgebungsverfahren und damit eine weitere formelle Möglichkeit zur Ausübung von Einfluss.

Auch auf Ebene des Finanzausschusses des Bundesrats können gem. § 40 Abs. 3 GOBR Interessenvertreter die Möglichkeit erhalten, an den Sitzungen des Finanzausschusses des Bundesrats teilzunehmen. Die Bundesratsausschusssitzungen und dessen Dokumente sind nach § 37 Abs. 2 GOBR i. V. m. § 44 GOBR nicht öffentlich und grundsätzlich vertraulich zu behandeln.

³⁰⁶ Vgl. Finanzausschuss des Deutschen Bundestags (2021), <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a07/basisinformationen-538776>, 17.03.2024.

5 Empirische Untersuchungen zum Einfluss des Mittelstands

5.1 Überblick über die empirischen Untersuchungen

Nachfolgend werden empirische Untersuchungen zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung vorgenommen, die auf der *Exchange Theory* basieren. Gegenstand der Betrachtung sind dahingehend sowohl die Ebene der politischen Entscheidungsträger als auch die Ebene der Interessenvertreter. Durch die Fokussierung auf die Ebene der politischen Entscheidungsträger und die Ebene der Interessenvertreter werden beide Seiten untersucht, die im Rahmen des von der *Exchange Theory* konzeptualisierten Austauschprozesses Relevanz für erfolgreiche Einflussnahme entfalten. Als Untersuchungsstichproben fungieren veröffentlichte Textdokumente aus dem formellen Steuergesetzgebungsverfahren Deutschlands von der 15. bis 18. Legislaturperiode. Dies umfasst einen Zeitraum von 2002 bis 2017. Durch diesen langen Beobachtungszeitraum erhöht sich die Verallgemeinerbarkeit der empirischen Erkenntnisse aus den statistischen Untersuchungen.

Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen zur Steuergesetzgebung:

Zunächst wird die Ebene der politischen Entscheidungsträger anhand der Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker bzw. politische Parteien in den Plenarsitzungen des Bundestags und Bundesrats betrachtet. Politiker bzw. politische Parteien verantworten als politische Entscheidungsträger die (finale) Konzeption, Ausgestaltung und Verabschiedung von Gesetzen. Daher bildet die Wahrnehmung des Mittelstands im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt einen zentralen Faktor für erfolgreiche Einflussnahme. Dem Bundestag und Bundesrat gehörten im Untersuchungszeitraum Politiker der Union, bestehend aus Politikern der CDU und der CSU, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), der FDP, der Linken und dem Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) an.

Zunächst wird statistisch untersucht, welche politischen Parteien in den Plenarsitzungen zum Steuergesetzgebungsverfahren den Mittelstand verstärkt wahrnehmen. Anschließend wird empirisch analysiert, ob die Politiker den Mittelstand in den Plenarsitzungen verstärkt in den beiden speziellen Interessengebieten, der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten, wahrnehmen. Daraufaufgehend wird als Kombination untersucht, welche politischen Parteien den Mittelstand in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im

Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten verstärkt wahrnehmen. Als Untersuchungsstichprobe dienen die Redebeiträge aus den Plenarsitzungen des Bundestags und Bundesrats zur Steuergesetzgebung. Über den Untersuchungszeitraum konnten insgesamt 2.782 Redebeiträge von Politikern in den Plenarsitzungen des Bundesrats und Bundestags händisch identifiziert werden. Es ist zu erwarten, dass diejenigen politischen Entscheidungsträger den Mittelstand verstärkt wahrnehmen, die dem Mittelstand inhaltlich nahestehen.³⁰⁷ Beleuchtet werden dahingehend die folgenden Untersuchungsfragen:

- 1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt wahr?
- 2.1: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?
- 2.2: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?
- 3.1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?
- 3.2: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?

Untersuchungen zum politischen Gehör der mittelständischen Interessenvertreter durch die politischen Parteien in der Steuergesetzgebung:

Darauf aufbauend wird empirisch untersucht, welche politischen Parteien den mittelständischen Interessenvertretern verstärkt politisches Gehör schenken. Anschließend wird für jede politische Partei untersucht, inwieweit sie den mittelständischen Interessenvertretern im Vergleich zu anderen Interessenvertretern politisches Gehör verschafft. Als Untersuchungsstichprobe dienen die öffentlichen Anhörungsprotokolle des Finanzausschusses des Bundestags, innerhalb derer Politiker den geladenen Interessenvertretern Fragen stellen.³⁰⁸ Im Untersuchungszeitraum von der 15. bis zur 18. Legislaturperiode konnten aus den Wortprotokollen der öffentlichen Anhörungssitzungen insgesamt 4.385 Fragen der Finanzausschusspolitiker an die Interessenvertreter händisch identifiziert werden. Die empirische Auswertung der Fragen von

³⁰⁷ Vgl. Hall/Deardorff (2006), S. 75; Spohr (2021), S. 273 f..

³⁰⁸ Vgl. Finanzausschuss des Deutschen Bundestags (2021), <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a07/basisinformationen-538776>, 17.03.2024.

Politikern an mittelständische Interessenvertreter ermöglicht die Beurteilung des politischen Gehörs mittelständischer Interessenvertreter durch die politischen Parteien im Kontext des steuerpolitischen Wettbewerbsmarkts. Zum Zwecke der Auswertung wurde jeder gefragte Interessenvertreter einer der folgenden fünf Kategorien zugeordnet: Mittelstand, Großunternehmen, allgemeine Unternehmen, Berater sowie andere Interessen. Dahingehend werden die folgenden Untersuchungsfragen ergründet:

4.1: Welche politischen Parteien schenken den mittelständischen Interessenvertretern verstärkt politisches Gehör?

4.2: In welchem Umfang schenken politische Parteien den mittelständischen Interessenvertretern im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern politisches Gehör?

Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands in der Steuergesetzgebung:

Anschließend werden auf der Ebene der Interessenvertreter empirische Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands in Relation zu anderen Interessenvertretern durchgeführt, wodurch das Lobbying des Mittelstands im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt empirisch beleuchtet wird. Für die Übermittlung von Informationen an politische Entscheidungsträger können Interessenvertreter diverse mündliche und schriftliche Kommunikationskanäle nutzen, mitunter schriftliche Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen. Als Stichprobe für die Untersuchungen des Lobbyings des Mittelstands dienen 2.220 händisch identifizierte Stellungnahmen von Interessenvertretern, die im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 auf Ebene des Finanzausschusses und auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen eingereicht wurden. Jede Stellungnahme wurde ebenfalls einer der folgenden fünf Kategorien zugeordnet: Mittelstand, Großunternehmen, allgemeine Unternehmen, Berater sowie andere Interessen.

Zunächst erfolgt zur Erforschung des Lobbyings des Mittelstands die statistische Ergründung der Repräsentanz des Mittelstands anhand seines Zugangs zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren. Dahingehend wird zwischen der Ebene des Finanzausschusses und der Ebene des Bundesministeriums der Finanzen differenziert. Für diese beiden Ebenen wird der Zugang des Mittelstands zum Steuergesetzgebungsverfahren allgemein und gesondert für die Erbschaft- und Schenkungsteuer als spezifisches Interessengebiet des Mittelstands betrachtet. Darauf folgend wird basierend auf den Schlussfolgerungen des *Resource-based View* untersucht, ob der Mittelstand eine verstärkte Repräsentanz über kollektive Interessenvertreter erfährt. Anschließend wird erforscht, ob der Mittelstand im Rahmen seines Lobbyings verstärkt Interessen im

Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten adressiert. Sodann wird im Hinblick auf die Lobbying-Strategie mittelständischer Interessenvertreter ergründet, ob das Lobbying des Mittelstands sprachlich positiver oder negativer konnotiert ist. Beleuchtet werden dahingehend die folgenden Untersuchungsfragen zum Lobbying des Mittelstands:

- 5.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags?
- 5.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?
- 6.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen?
- 6.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?
- 7: Erfährt der Mittelstand verstärkt Repräsentanz durch Interessenverbände?
- 8: Vertritt der Mittelstand verstärkt Interessen im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten?
- 9: Wie konnotiert der Mittelstand seine Interessen aus Lobbying-strategischer Perspektive?

Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Steuergesetzgebung:

Sodann erfolgt die Beurteilung des Lobbying-Erfolgs des Mittelstands in der deutschen Steuergesetzgebung. Zudem wird der Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten analysiert. Die Lobbying-Erfolgsuntersuchungen basieren auf den kategorisierten Stellungnahmen der Interessenvertreter, die in der 18. Legislaturperiode auf Ebene des Finanzausschusses zu Steuergesetzesentwürfen eingereicht wurden. In Summe umfasst die Untersuchungsstichprobe 207 Stellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode. Aus diesen Stellungnahmen wurden 1.008 Forderungen zu den Steuergesetzesentwürfen auf insgesamt 2.249 Textseiten qualitativ mittels strukturierender Inhaltsanalyse nach *Mayring* herausgearbeitet. Anschließend erfolgte auf der Grundlage des Berichts und der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses eine händische Überprüfung jeder der 1.008 Forderungen auf ihren Lobbying-Erfolg. Demzufolge

erlaubt die Untersuchung die Beurteilung der Durchsetzungskraft des Mittelstands im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt. Für diesen Zweck werden die folgenden Untersuchungsfragen betrachtet:

10: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands?

11.1: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer?

11.2: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands, wenn es steuerliche Compliance-Kosten betrifft?

5.2 Untersuchungsstichproben und Datenerhebung

5.2.1 Identifikation der Untersuchungsstichproben

5.2.1.1 Datenverfügbarkeit in Deutschland

Die Erforschung von Einflussnahme im deutschen Kontext erweist sich anlässlich mangelnder Datenverfügbarkeit als herausfordernd.³⁰⁹ Einen zentralen Grund bildet der geringe Grad an Transparenz und Regulierung. Im Vergleich ist Lobbying in den USA durch eine größere Transparenz und einen höheren Regulierungsgrad geprägt.³¹⁰ So sind beispielsweise Unternehmen in den USA durch den *Lobbying Disclosure Act of 1995* gesetzlich verpflichtet, Daten zu ihren Lobbying-Aufwendungen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.³¹¹ Solche Vorschriften und damit einhergehende statistisch auswertbare Daten existieren in Deutschland nicht. Zur Überwindung der mangelnden Datenverfügbarkeit stützen sich die nachfolgend durchgeführten Untersuchungen auf das formelle Steuergesetzgebungsverfahren Deutschlands.³¹² Für die Untersuchungen werden öffentlich zugängliche Textdokumente zu steuerlichen Gesetzentwürfen aus der 15. bis 18. Legislaturperiode herangezogen, die händisch identifiziert wurden. Die Textdokumente umfassen Stellungnahmen der Interessenvertreter, die Plenarprotokolle aus dem Bundestag und Bundesrat sowie die Wortprotokolle aus den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses des Bundestags.³¹³ Da

³⁰⁹ Vgl. Polk (2020), S. 66 f.; Zülch et al. (2009), S. 20. Die Art und Weise der Einflussnahme in einem Staat unterscheidet sich je nach politischer Kultur und den Verfahrensabläufen bzw. den am Gesetzgebungsverfahren beteiligten staatlichen Institutionen (vgl. Ronit/Schneider (1998), S. 559; Chari et al. (2007), S. 432 ff.; Crepaz (2020), S. 1378).

³¹⁰ Vgl. Chari et al. (2007), S. 432 ff.; Ahrens (2007), S. 141 f..

³¹¹ Vgl. Tyllström/Murray (2021), S. 974.

³¹² Ähnlich Krickhahn (1993), S. 15 ff..

³¹³ Darüber hinaus sind als ergänzende Dokumente, soweit vorhanden, die Steuergesetzentwürfe sowie die Berichte und Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses einbezogen.

die Finanzausschusssitzungen des Bundesrats und dessen Dokumente nach § 37 Abs. 2 GOBR i. V. m. § 44 GOBR nicht öffentlich und grundsätzlich vertraulich zu behandeln sind, liegen auf dieser Ebene keine öffentlich zugänglichen Dokumente vor. Durch die Auswahl an Textdokumenten aus dem formellen deutschen Steuergesetzgebungsverfahren wird dem generellen Problem der mangelnden Datenverfügbarkeit im deutschen Einflussnahmekontext begegnet.³¹⁴

5.2.1.2 Ausgangspunkt für die Konzeption der Untersuchungstichproben

Ausgangspunkt für die Erstellung der Untersuchungstichproben bilden die im Finanzausschuss stattgefundenen öffentlichen Anhörungssitzungen von 2002 bis 2017. Thematisch beschäftigt sich der Finanzausschuss mit finanzmarktregulatorischen und steuerrechtlichen Themen. Da die deutsche Steuergesetzgebung Gegenstand der Untersuchung ist, beschränkt sich die Untersuchungstichprobe auf öffentliche Anhörungssitzungen mit steuerlichem Bezug. Entscheidungsrelevantes Kriterium für den Einbezug einer öffentlichen Anhörungssitzung bildet, dass das zugrundeliegende Thema mindestens einen Bezug zur Steuergesetzgebung aufweist. Für die Feststellung des steuerlichen Bezugs wurde jeder in einer öffentlichen Anhörungssitzung besprochene Gesetzentwurf und Antrag sowie die Diskussion aktueller Themen³¹⁵ händisch auf das Beinhalten eines steuerlichen Bezugs geprüft. Einen Überblick über die einbezogenen öffentlichen Anhörungssitzungen nach Legislaturperioden gibt nachfolgende Tabelle 1.

Insgesamt fanden im Untersuchungszeitraum 183 öffentliche Anhörungssitzungen statt, von denen 112 einen steuerlichen Bezug aufwiesen. Von diesen 112 Sitzungen betreffen 103 Steuergesetzentwürfe sowie damit verbundene Anträge und neun Diskussionen aktueller steuerlicher Themen. Einbezogen sind aus der 18. Legislaturperiode 26 öffentliche Anhörungssitzungen, aus der 17. Legislaturperiode 34 öffentliche Anhörungssitzungen, aus der 16. Legislaturperiode 30 öffentliche Anhörungssitzungen und aus der 15. Legislaturperiode 22 öffentliche Anhörungssitzungen. Eine ausführliche Übersicht über die einbezogenen öffentlichen Anhörungssitzungen im Untersuchungszeitraum enthält die in Anhang 1 abgebildete Tabelle 51.

³¹⁴ Vgl. zur mangelnden Datenverfügbarkeit Polk (2020), S. 66 f.; Zülch et al. (2009), S. 20.

³¹⁵ Die Überprüfung der Diskussionen aktueller Themen auf einen steuerlichen Bezug vollzog sich händisch anhand der Wortprotokolle der öffentlichen Anhörungssitzungen.

Tabelle 1: Überblick über die einbezogenen öffentlichen Anhörungssitzungen

Öffentliche Anhörungssitzungen	Anzahl
Gesamtanzahl der öffentlichen Anhörungssitzungen:	183
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 15. Legislaturperiode	32
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 16. Legislaturperiode	46
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 17. Legislaturperiode	61
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 18. Legislaturperiode	44
Anzahl der öffentlichen Anhörungssitzungen ohne steuerlichen Bezug:	./ 71
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 15. Legislaturperiode	./ 10
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 16. Legislaturperiode	./ 16
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 17. Legislaturperiode	./ 27
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 18. Legislaturperiode	./ 18
Anzahl der einbezogene öffentliche Anhörungssitzungen:	= 112
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 15. Legislaturperiode	= 22
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 16. Legislaturperiode	= 30
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 17. Legislaturperiode	= 34
- Davon öffentliche Anhörungssitzungen in der 18. Legislaturperiode	= 26

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Anzahl der öffentlichen Anhörungssitzungen im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, die den Ausgangspunkt für die Bildung der Untersuchungsstichproben bilden.

5.2.1.3 Stichprobe für die Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen

Die Untersuchungsstichprobe für die Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker bzw. politische Parteien innerhalb der Plenarsitzungen umfasst die in den Plenarprotokollen enthaltenen Redebeiträge der Bundestags- und Bundesratspolitiker, die sich auf die in den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses besprochenen steuerlichen Gesetzentwürfe und Anträge beziehen. Innerhalb der Redebeiträge verlautbaren die Politiker ihre Ansichten und Meinungen zu den besprochenen Gesetzentwürfen und untermauern diese argumentativ.³¹⁶ Die Plenarprotokolle bieten daher eine geeignete Grundlage für die Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker bzw. politische Parteien. Zur Schaffung eines umfassenden Überblicks bilden die Plenarprotokolle aus der 15. bis 18. Legislaturperiode die Untersuchungsstichprobe. Eine Übersicht zu den einbezogenen Plenarprotokollen findet sich in Tabelle 52, abgebildet in Anhang 2.

Neben den Redebeiträgen berücksichtigt die Untersuchungsstichprobe auch die zu Protokoll gegebenen Reden nach § 78 Abs. 6 GOBT und die nach § 31 Abs. 1 GOBT abgegebenen schriftlichen Erklärungen der Abgeordneten. Weiterhin umfasst die Untersuchungsstichprobe auch offiziell gestellte Zwischenfragen der Politiker aus dem Bundestag im Sinne des § 27 Abs. 2 GOBT. Wurden in einer Beratung des Bundestags

³¹⁶ Vgl. Bleses et al. (1997), S. 502 ff.; Vowe/Dohle (2009), S. 231 f..

oder Bundesrats Gesetzentwürfe oder/und Anträge gemeinsam beraten, flossen die diesbezüglichen Redebeiträge der Politiker zur Vermeidung von Verzerrungen nicht mehrfach ein. Insgesamt konnten 2.321 Redebeiträge von Bundestagspolitikern und 461 Redebeiträge von Bundesratspolitikern manuell aus den Plenarprotokollen identifiziert werden. Somit umfasst die Untersuchungsstichprobe 2.782 Redebeiträge von Politikern in den Plenarsitzungen. Die nachfolgende Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Verteilung der Redebeiträge nach politischen Parteien.

Tabelle 2: Überblick über die identifizierten Redebeiträge aus den Plenarsitzungen des Bundestags und Bundesrats

Politische Partei	Redebeiträge		Gesamt
	Bundestag	Bundesrat	
Union	715	195	910
FDP	324	47	371
SPD	654	154	808
Grüne	343	45	388
Linke	285	20	305
Gesamt	2.321	461	2.782

Anmerkung: Die Tabelle gibt einen Überblick über die identifizierten Redebeiträge aus den Plenarprotokollen des Bundestags und Bundesrats im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017.

Demnach entstammt in den Plenarsitzungen ein Großteil der Redebeiträge zu steuerlichen Gesetzentwürfen von Politikern der Union (910 Redebeiträge) und SPD (808 Redebeiträge). Auf die Politiker der Grünen entfielen 388 Redebeiträge, auf die der FDP 371 Redebeiträge und auf die der Linken 305 Redebeiträge.

5.2.1.4 Stichprobe für die Untersuchungen zum politischen Gehör mittelständischer Interessenvertreter durch politische Parteien

Für die empirischen Analysen des politischen Gehörs mittelständischer Interessenvertreter durch die politischen Parteien werden die 112 öffentlich zugänglichen Wortprotokolle aus den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses des Bundestags von der 15. bis zur 18. Legislaturperiode herangezogen. Öffentliche Anhörungssitzungen bieten Interessenvertretern die Möglichkeit, Interessen zu äußern.³¹⁷ In den öffentlichen Anhörungssitzungen im deutschen Steuergesetzgebungsverfahren richten die Finanzausschusspolitiker Fragen an geladene Interessenvertreter. Über die Fragen der Finanzausschusspolitiker an die Interessenvertreter lässt sich erforschen, welche politischen Parteien den mittelständischen Interessenvertretern politisches Gehör schenken. Entsprechend eignen sich Ausschusssitzungen des Bundestags für

³¹⁷ Vgl. Lundberg/Hysing (2016), S. 4; Fung (2006), S. 70. In etwa Catt/Murphy (2003), S. 408.

statistische Untersuchungen zur Verflechtung von politischen Parteien mit Interessenvertretern.³¹⁸ Eine Übersicht über die Anzahl der Fragen der politischen Parteien an Interessenvertreter enthält nachfolgende Tabelle 3.

Tabelle 3: Überblick über die Gesamtanzahl der Fragen an Interessenvertreter durch die politischen Parteien

Fragen an Interessenvertreter	Anzahl der Fragen	Anzahl der öffentlichen Anhörungssitzungen, an denen die politischen Parteien teilgenommen haben
Gesamte Anzahl an Fragen	4.385	
./. Fragen an nicht kategorisierbare Interessenvertreter ³¹⁹	./. 17	
Gesamte auswertbare Fragen	4.368	
- Davon von der Union	1.650	112
- Davon von der FDP	488	86
- Davon von der Grünen	567	112
- Davon von der Linken	396	90
- Davon von der SPD	1.267	112

Anmerkung: Die Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl an Fragen, die Finanzausschusspolitiker der politischen Parteien an die eingeladenen Interessenvertreter in den öffentlichen Anhörungssitzungen im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 gerichtet haben.

Im Untersuchungszeitraum stellten die Finanzausschusspolitiker in den 112 öffentlichen Anhörungssitzungen 4.368 auswertbare Fragen an geladene Interessenvertreter.³²⁰ Davon entstammten 1.650 Fragen von Politikern der Union, 1.267 Fragen von Politikern der SPD, 567 Fragen von Politikern der Grünen, 488 Fragen von Politikern der FDP und 396 Fragen von Politikern der Linken. Die Linke hatte in der 15. Legislaturperiode und die FDP in der 18. Legislaturperiode den Einzug in den Bundestag verpasst, weshalb bei diesen politischen Parteien die Anzahl an Teilnahmen an öffentlichen Anhörungssitzungen geringer ausfällt.

5.2.1.5 Stichprobe für die Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands

Als Untersuchungsstichprobe für die empirischen Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands fungieren die von den Interessenvertretern auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen und auf Ebene des Finanzausschusses eingereichten

³¹⁸ Ebenso Trampusch (2004), S. 648, die anhand des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung die Verflechtungen von Politikern und Interessenvertretern im Zeitraum von 1972 bis 2002 analysiert hat.

³¹⁹ Zum Zwecke der Auswertung werden die gefragten Interessenvertreter kategorisiert, siehe diesbezüglich Kapitel 5.2.4. Nicht kategorisierbare Interessenvertreter werden keiner Kategorie zugeordnet.

³²⁰ Die Fragen der Finanzausschusspolitiker an nicht kategorisierbare Interessenvertreter bleiben unberücksichtigt.

Stellungnahmen.³²¹ Stellungnahmen von Interessenvertretern stellen ein direktes und zentrales Lobbying-Instrument zur Beeinflussung von Gesetzen dar,³²² deren Inhalte im Gesetzgebungsverfahren Berücksichtigung finden können.³²³ Demzufolge konstituieren Stellungnahmen eine wichtige Informationsquelle in der internationalen und nationalen Lobbying-Forschung.³²⁴ Daher eignen sich Stellungnahmen aus dem formellen Steuergesetzgebungsverfahren Deutschlands als Untersuchungsstichprobe für die Erforschung des Lobbyings des Mittelstands. Die Untersuchungsstichprobe umfasst Stellungnahmen aus der 15. bis 18. Legislaturperiode.³²⁵

Die im Vorfeld zu den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses eingereichten Stellungnahmen finden sich im Archiv des Finanzausschusses bei der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung.³²⁶ Auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen wurden über dessen Webpräsenz die Referentenentwürfe zu den in den öffentlichen Anhörungssitzungen besprochenen Steuergesetzesentwürfen identifiziert und alle zugehörigen Stellungnahmen händisch erfasst.³²⁷ Angemerkt sei, dass auf dieser Ebene des Steuergesetzgebungsverfahrens im Untersuchungszeitraum lediglich Stellungnahmen zu den Referentenentwürfen aus der 18. Legislaturperiode öffentlich zugänglich sind, die unter Federführung des Bundesministeriums der Finanzen verfasst

³²¹ Infolge der Nichtöffentlichkeit der Sitzungen des Finanzausschusses des Bundesrats konnten von dieser Ebene des formellen Steuergesetzgebungsverfahrens keine Dokumente in die Untersuchungsstichprobe aufgenommen werden.

³²² Vgl. Georgiou (2004), S. 233; Chalmers (2013), S. 43.

³²³ Vgl. Bils et al. (2020), S. 1.

³²⁴ Vgl. exemplarisch für die internationale Lobbying-Forschung Dwidar (2022), S. 208 f.; Elschner/Hardeck (2022), S. 314; Larson/Brown (2001), S. 59 ff. ; Larson (2008), S. 34; Hughes et al. (2017), S. 5; Allen et al. (2018), S. 298; Monsen (2022), S. 315. Vgl. für die auf den deutschen Kontext bezogene Lobbying-Forschung McLeay et al. (2000), S. 86; Hoffmann/Zülch (2014), S. 713 f..

³²⁵ Weiterhin sind die steuerlichen Gesetzesentwürfe sowie die Berichte und Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses einbezogen.

³²⁶ Aus der 15. Legislaturperiode sind einige Stellungnahmen zu den öffentlichen Anhörungssitzungen nicht im Online-Archiv des Finanzausschusses veröffentlicht. Dies betrifft die in Anhang 1 Tabelle 51 mit den Identifikationsnummern (ID) versehenen öffentlichen Anhörungssitzungen 103 bis 112. Über den Antrag auf Zusendung von Reproduktionen von Archivgut beim Parlamentsarchiv des Bundestags konnten die Stellungnahmen in die Untersuchungsstichprobe aufgenommen werden. Gem. § 3 Abs. 1 Archivordnung für den Deutschen Bundestag kann jedermann das Archivgut des Parlamentsarchivs nutzen (vgl. Deutscher Bundestag, Archivordnung für den Deutschen Bundestag vom 21.03.2019). Hierfür ist nach § 3 Abs. 10 Archivordnung für den Deutschen Bundestag i. V. m. § 2 Abs. 1 Nutzungsordnung für das Parlamentsarchiv ein Antragsformular auszufüllen, das auf Anfrage erhältlich ist (vgl. Deutscher Bundestag, Nutzungsordnung für das Parlamentsarchiv: Anlage gemäß § 3 Absatz 10 der Archivordnung für den Deutschen Bundestag vom 26.03.2019).

³²⁷ Die Stellungnahmen zu den Gesetzesentwürfen sind auf der Internetseite des Bundesministeriums der Finanzen unter der Rubrik „Service, Gesetze und Gesetzesentwürfe“ abrufbar (vgl. Bundesministerium der Finanzen (2024), https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Gesetze_Gesetzgebungsvorhaben.html, 17.03.2024).

wurden.³²⁸ Die Untersuchungsstichprobe umfasst somit insgesamt 2.220 Stellungnahmen. Diese setzen sich aus 1.852 Stellungnahmen von der Finanzausschussebene und 368 Stellungnahmen von der ministerialen Ebene zusammen. Nachfolgende Tabelle 4 veranschaulicht tabellarisch die Stichprobenabgänge für die Lobbying-Untersuchungen.³²⁹

Tabelle 4: Stichprobenabgangstabelle für die Lobbying-Untersuchungen

Stellungnahmen	Anzahl
Ausgangsstichprobe	2.234
- <i>Davon auf Ebene des Finanzausschusses des Bundestags</i>	1.864
- <i>Davon auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen</i>	370
./. Englischsprachige Stellungnahmen	./. 3
./. Nicht veröffentlichte Stellungnahmen	./. 1
= Untersuchungsstichprobe, bestehend aus auswertbaren Stellungnahmen	= 2.230
./. Nicht kategorisierbare Stellungnahmen ³³⁰	./. 10
= Finale Untersuchungsstichprobe	= 2.220
- <i>Davon auf Ebene des Finanzausschusses des Bundestags</i>	1.852
- <i>Davon auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen</i>	368

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Anzahl der Stichprobenabgänge bei den identifizierten Stellungnahmen für die Lobbying-Untersuchungen im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017.

³²⁸ Zu den in Tabelle 51 des Anhangs 1 mit den ID 11, 12, 13, 15 und 17 gekennzeichneten öffentlichen Anhörungssitzungen lagen in der 18. Legislaturperiode keine Referentenentwürfe zu den in den öffentlichen Anhörungssitzungen besprochenen Gesetzentwürfen vor und damit auch keine Stellungnahmen von Interessenvertretern.

³²⁹ War eine Stellungnahme eines Interessenvertreters zu einem Steuergesetzentwurf in mehrere Teildokumente separiert, wurden die Teildokumente der Stellungnahme zur Vermeidung von Verzerrungen zu einer einzigen Stellungnahme zusammengeführt. Dementsprechend wurden sie nur als eine zusammengefasste Stellungnahme in die Untersuchungsstichprobe aufgenommen. Bei Stellungnahmen, die sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache vorlagen, wurde nur die deutsche Fassung in die Untersuchungsstichprobe einbezogen. Drei Stellungnahmen, die auf der Ebene des Finanzausschusses nur in englischer Sprache vorlagen, wurden aus der Untersuchungsstichprobe exkludiert. Darüber hinaus wurde eine weitere Stellungnahme auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen nicht in die Untersuchungsstichprobe aufgenommen, da die kommentierende Institution der Veröffentlichung ihrer Stellungnahme widersprochen hat. Der Widerruf betrifft den Referentenentwurf zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen und zur Änderung weiterer Gesetze, gekennzeichnet als Nr. 18 in der in Anhang 1 abgebildeten Tabelle 51 (vgl. diesbezüglich Bundesministerium der Finanzen (2015), https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/18_Legislaturperiode/Gesetze_Verordnungen/2015-12-30-Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz/0-Gesetz.html, 17.03.2024). Darüber hinaus konnten zehn Stellungnahmen im Rahmen der nachfolgenden Kategorisierung, die in Kapitel 5.2.4 ausführlich beschrieben ist, keiner Kategorie zugeordnet werden. Damit ergibt sich eine Untersuchungsstichprobe für die Analysen zum Lobbying des Mittelstands von 2.220 Stellungnahmen.

³³⁰ Zum Zwecke der Auswertung werden die Stellungnahmen kategorisiert, siehe diesbezüglich Kapitel 5.2.4. Nicht kategorisierbare Stellungnahmen konnten keiner Kategorie zugeordnet werden. Demgemäß sind diese kein Bestandteil der 2.220 Stellungnahmen, die die Untersuchungsstichprobe für die Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands bilden.

5.2.1.6 Stichprobe für die Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands

Für die Untersuchungen des Lobbying-Erfolgs des Mittelstands beschränkt sich die Untersuchungsstichprobe auf Stellungnahmen, die in der 18. Legislaturperiode auf der Ebene des Finanzausschusses zu Steuergesetzentwürfen eingebracht wurden. Erforderlich war ferner, dass ein Bericht und eine Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vorlagen, durch die Änderungen an dem jeweiligen Steuergesetzentwurf vorgenommen wurden. Nachfolgende Tabelle 5 enthält die Stichprobenabgänge.

Insgesamt umfasst die Untersuchungsstichprobe 207 Stellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode, aus denen auf insgesamt 2.249 Textseiten 1.008 Forderungen der Interessenvertreter zu Steuergesetzentwürfen händisch herausgearbeitet wurden. Die Identifikation der steuerlichen Forderungen erfolgte mittels strukturierender qualitativer Inhaltsanalyse nach *Mayring* anhand deduktiver Kriterien.

Tabelle 5: Stichprobenabgangstabelle für die Lobbying-Erfolgsuntersuchungen

Stellungnahmen	Anzahl
Stellungnahmen in der 18. Legislaturperiode auf Finanzausschussebene	243
./. Stellungnahmen, zu denen keine Beschlussempfehlung vorliegt oder durch die keine Änderungen an dem Steuergesetzentwurf vorgenommen wurde	./. 33
./. Nicht kategorisierbare Stellungnahmen	./. 3
= Finale Untersuchungsstichprobe	= 207

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt für die Lobbying-Erfolgsuntersuchungen die Anzahl der Stichprobenabgänge bei den identifizierten Stellungnahmen auf Finanzausschussebene in der 18. Legislaturperiode.

5.2.2 Überblick über die Untersuchungsstichproben und Forschungsfragen

Die nachfolgende Tabelle 6 präsentiert einen Überblick über die Verwendung der Untersuchungsstichproben in den empirischen Untersuchungen:

Tabelle 6: Überblick über die Untersuchungsstichproben und Untersuchungsfragen für die empirischen Untersuchungen

Untersuchungsfragen für die empirischen Untersuchungen	Ebene	Untersuchungsstichprobe
Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen		
- 1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt wahr?	Bundestag und Bundesrat	2.782 Redebeiträge in Plenarsitzungen
- 2.1: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?	Bundestag und Bundesrat	2.782 Redebeiträge in Plenarsitzungen

Untersuchungsfragen für die empirischen Untersuchungen	Ebene	Untersuchungsstichprobe
- 2.2: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?	Bundestag und Bundesrat	2.782 Redebeiträge in Plenarsitzungen
- 3.1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?	Bundestag und Bundesrat	2.782 Redebeiträge in Plenarsitzungen
- 3.2: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?	Bundestag und Bundesrat	2.782 Redebeiträge in Plenarsitzungen
<hr/>		
Untersuchung zum politischen Gehör der mittelständischen Interessenvertreter durch die politischen Parteien		
- 4.1: Welche politischen Parteien schenken den mittelständischen Interessenvertretern verstärkt politisches Gehör?	Öffentliche Anhörungssitzung im Finanzausschuss	4.368 Fragen an Interessenvertreter in öffentlichen Anhörungssitzungen
- 4.2: In welchem Umfang schenken politische Parteien den mittelständischen Interessenvertretern im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern politisches Gehör?	Öffentliche Anhörungssitzung im Finanzausschuss	4.368 Fragen an Interessenvertreter in öffentlichen Anhörungssitzungen
<hr/>		
Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands		
- 5.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags?	Bundesministerium der Finanzen	368 Stellungnahmen
- 5.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?	Bundesministerium der Finanzen	368 Stellungnahmen
- 6.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen?	Finanzausschuss	1.852 Stellungnahmen
- 6.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?	Finanzausschuss	1.852 Stellungnahmen
- 7: Erfährt der Mittelstand verstärkt Repräsentanz durch Interessenverbände?	Bundesministerium der Finanzen und Finanzausschuss	2.220 Stellungnahmen
- 8: Vertritt der Mittelstand verstärkt Interessen im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten?	Bundesministerium der Finanzen und Finanzausschuss	2.220 Stellungnahmen
- 9: Wie konnotiert der Mittelstand seine Interessen aus Lobbying-strategischer Perspektive?	Bundesministerium der Finanzen und Finanzausschuss	2.220 Stellungnahmen
<hr/>		
Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands		
- 10: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands?	Finanzausschuss in der 18. Legislaturperiode	207 Stellungnahmen
- 11.1: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer?	Finanzausschuss in der 18. Legislaturperiode	207 Stellungnahmen
- 11.2: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands, wenn es steuerliche Compliance-Kosten betrifft?	Finanzausschuss in der 18. Legislaturperiode	207 Stellungnahmen

Anmerkungen: Die Tabelle listet für jede Untersuchungsfrage die verwendete Untersuchungsstichprobe auf.

5.2.3 Datenerhebung via automatischer Textanalyse und qualitativer Inhaltsanalyse

Textdokumente können viele wertvolle Informationen für die Forschung enthalten und werden den unstrukturierten Daten zugerechnet.³³¹ Die Erhebung von Daten aus Textdokumenten kann beispielsweise mittels automatischer Textanalyse oder qualitativer Inhaltsanalyse durchgeführt werden. Da die in den nachfolgenden empirischen Untersuchungen verwendeten Untersuchungsstichproben vollständig neu erhoben wurden, handelt es sich um Primärforschung, was aus sozialwissenschaftlicher Perspektive auch als Feldforschung bezeichnet werden kann.³³²

Für die Extraktion von Daten aus Textdokumenten eignet sich automatische Textanalyse.³³³ Im Allgemeinen gewinnt das Instrument der automatischen Textanalyse in vielen Forschungsbereichen zunehmend an Bedeutung,³³⁴ denn dieser Ansatz ermöglicht es Forschenden, unstrukturierte Textdaten in quantitative Zahlen zu übersetzen,³³⁵ welche mittels herkömmlicher Erhebungsmethoden entweder nur mit erheblichem Aufwand oder überhaupt nicht erhebbar gewesen wären.³³⁶ Eine Möglichkeit der Verwendung von automatischer Textanalyse zur Datenerhebung stellt die Nutzung bereits bestehender oder selbstentwickelter Wörterbücher dar. Über Wörterbücher lassen sich für Untersuchungen relevante Informationen aus Textdokumenten extrahieren. Diese innovative Art der Datengewinnung etabliert sich in der Forschung zunehmend als gängige Praxis.³³⁷ Im Lobbying-Kontext erachtet *Polk* eine textanalysebasierte Herangehensweise als vielversprechende Forschungsmethode.³³⁸

Die textanalysebasierte Datenerhebung vollzieht sich für die Erforschung des Einflusses des Mittelstands mit der Software *Linguistic Inquiry and Word Count* (LIWC). Diese Software ermöglicht es, Textdokumente nach in Wörterbüchern definierten

³³¹ Vgl. Karim et al. (2019), S. 70; Zaghoul/Trimi (2017), S. 2; Shi et al. (2019), S. 1243.

³³² Vgl. Kuß et al. (2014), S. 36.

³³³ Vgl. Loughran/McDonald (2016), S. 1190; Grimmer/Stewart (2013), S. 274.

³³⁴ Vgl. Loughran/McDonald (2020), S. 357; Fassas et al. (2021), S. 1157; Bannier et al. (2019), S. 79; Luo/Zhou (2020), S. 108.

³³⁵ Vgl. Baier et al. (2020), S. 113.

³³⁶ Vgl. Loughran/McDonald (2020), S. 372; Chakraborty/Bhattacharjee (2020), S. 758; Hassan/Marston (2019), S. 19500006-20.

³³⁷ Vgl. Williams (2020), S. 54; Bodnaruk et al. (2015), S. 633; Bannier et al. (2019), S. 91 f.; Baier et al. (2020), S. 97; Fassas et al. (2021), S. 1160; He et al. (2022), S. 776; Chen et al. (2019), S. 88; Kearney/Liu (2014), S. 175.

³³⁸ Vgl. Polk (2020), S. 74.

Schlüsselwörtern zu durchsuchen.³³⁹ Der von LIWC ausgegebene quantifizierte Wert qualitativer Daten entspricht dem prozentualen Anteil der Anzahl der identifizierten Schlüsselwörter aus einem Wörterbuch in einem Text im Verhältnis zur Gesamtwortanzahl des Texts.³⁴⁰ Ein Text kann auch eine Textpassage sein, in der LIWC den Anteil der in der Textpassage vorkommenden Wörter ins Verhältnis zur Gesamtanzahl der in der Textpassage enthaltenen Wörter setzt.³⁴¹ Zusammenfassend eignet sich LIWC zur Erhebung quantifizierter Daten aus qualitativen Textdokumenten im Rahmen dieses Forschungsprojekts.

Automatische Textanalyse mittels LIWC erfordert die Vornahme einiger händischer Vorarbeiten. Da einige Stellungnahmen ausschließlich oder teilweise in eingescannter Form vorliegen, wurden diese zunächst mittels der *Optical Character Recognition* Funktion der Software Adobe Acrobat Pro 2020 für LIWC lesbar gemacht. Die Plenarprotokolle aus dem Bundestag und Bundesrat sowie die Wortprotokolle von den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss erforderten anlässlich ihres Vorliegens als zusammenhängendes Textdokument das händische Einfügen von Segmentierungscodes, damit LIWC die einzelnen Redebeiträge separat auswerten konnte.³⁴² Weiterhin wurden alle Zwischenrufe der Abgeordneten und die Moderationsbeiträge der Vorsitzenden aus den Plenarprotokollen händisch entfernt.

Als weitere Methode zur Auswertung von Textdokumenten eignet sich die qualitative Inhaltsanalyse, insbesondere die nach *Mayring*.³⁴³ Mittels der händischen Zuordnung einzelner Texteinheiten zu Kategorien ermöglicht die strukturierende qualitative

³³⁹ Vgl. Tausczik/Pennebaker (2010), S. 27; Kuhnen/Niessen (2012), S. 1252; O’Leary (2022), S. 182; Kübler et al. (2020), S. 138; Meier et al. (2018), S. 3; Scheuerlein/Chládková (2022), S. 392; Figueredo et al. (2020), S. 72.

³⁴⁰ Umfasst ein in LIWC eingespeister Text somit exemplarisch 1.000 Wörter und identifiziert die Software einen der im Wörterbuch verzeichneten Begriffe insgesamt zehn Mal, so ergibt sich ein LIWC-Ausgabewert von 1 %.

³⁴¹ Relevanz entfaltet dies bei den Redebeiträgen der Politiker in den zusammenhängenden Plenarprotokollen und den Antworten der Interessenvertreter auf die Fragen der Finanzausschusspolitiker in den zusammenhängenden Wortprotokollen zu den öffentlichen Anhörungssitzungen.

³⁴² Die Trennung zwischen den Redebeiträgen der Politiker in den Plenarsitzungen und den Antworten der Interessenvertreter in den Wortprotokollen zu den öffentlichen Anhörungssitzungen wurde durch das Einfügen von sechs aneinandergereihten „und“-Symbolen („&&&&&&“) realisiert. Sechs aneinandergereihte „und“-Symbole wurden ausgewählt, da es sehr unwahrscheinlich ist, dass diese Sequenz an Symbolen innerhalb eines Plenarprotokolls oder Wortprotokolls zu den öffentlichen Anhörungssitzungen vorkommt. Nach der Separierung wurde eine manuelle Überprüfung durchgeführt, um sicherzustellen, dass LIWC alle Separierungscodes korrekt erfasst. Es hätten durchaus auch andere Segmentierungscodes verwendet werden können.

³⁴³ *Philipp A. E. Mayring* hat die qualitative Inhaltsanalyse im deutschsprachigen Raum wesentlich geprägt (vgl. Kuckartz/Rädiker (2022), S. 37).

Inhaltsanalyse die systematische Auswertung von Texten.³⁴⁴ Die Entwicklung und Festlegung der Kategorien erfolgt im Vorfeld der Durchführung einer qualitativen Inhaltsanalyse (deduktive Kategorien) oder währenddessen (induktive Kategorien).³⁴⁵ Dieses qualitative Vorgehen erlaubt die systematische Auswertung von Textdokumenten unter Adaption der Stärken quantitativer Analysen.³⁴⁶

5.2.4 Kategorisierung

5.2.4.1 Überblick über die Kategorien

Die Untersuchungen zum politischen Gehör der geladenen Interessenvertreter durch politische Parteien in den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses sowie die Untersuchungen zum Lobbying und Lobbying-Erfolg des Mittelstands anhand der Stellungnahmen erfordern zunächst die Vornahme einer Kategorisierung. Für die Kategorisierung wurde jede Stellungnahme und jeder durch die Finanzausschusspolitiker gefragte Interessenvertreter händisch einer der folgenden fünf Kategorien zugeordnet: Mittelstand, Großunternehmen, allgemeine Unternehmen, Berater sowie andere Interessen. Auf Basis der Kategorisierung lassen sich ausgehend von den Implikationen der *Exchange Theory* und des *Resource-based View* Rückschlüsse auf das politische Gehör und Lobbying der heterogenen Gruppen von Interessenvertretern im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt ziehen.³⁴⁷

Die Kategorie Mittelstand umfasst individuelle mittelständische Unternehmen und kollektive Unternehmensverbände mit primärem Mittelstandsbezug.³⁴⁸ Die Großunternehmenskategorie erfasst individuelle Großunternehmen und kollektive Interessenverbände mit einem primären Bezug zu Großunternehmen. Die Kategorie der allgemeinen Unternehmen enthält die übrigen kollektiven unternehmerischen Interessengruppen, die weder einen primären Bezug zum Mittelstand noch zu Großunternehmen aufweisen. *Rössl et al.* und *Henneberger* zufolge sollten größere Unternehmen in diesen Interessenverbänden stärkeres Gewicht besitzen.³⁴⁹ Außerdem sollten die

³⁴⁴ Vgl. Mayring (2015), S. 370 f.; Mayring (2014), S. 63 f.; Ruin (2017), S. 119 f.. Neben der strukturierenden Inhaltsanalyse unterscheidet *Mayring* die zusammenfassende und explizierende Inhaltsanalyse (vgl. diesbezüglich Mayring (2015), S. 373; Mayring (2014), S. 64).

³⁴⁵ Vgl. Mayring (2015), S. 374 ff.; Mayring (2014), S. 79 ff..

³⁴⁶ Vgl. Mayring (2015), S. 369; Mayring (2014), S. 39.

³⁴⁷ In ähnlicher Weise haben *Elschner/Hardeck* (2022), S. 310, *McLeay et al.* (2000), S. 86, *Salvino et al.* (2019), S. 192, *Spohr* (2021), S. 276 ff., und *Ansolabehere et al.* (2002), S. 140, Interessenvertreter kategorisiert, um Rückschlüsse auf deren Lobbying ziehen zu können.

³⁴⁸ Vgl. *Krickhahn* (2017), S. 126; *Krickhahn* (2010), S. 96.

³⁴⁹ Vgl. *Rössl et al.* (2006), S. 9. *Henneberger* (2017), S. 183.

Interessenverbände den Interessen der großen Unternehmen mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen.³⁵⁰ Nach *Bührer* besteht für diese allgemeinen Wirtschaftsverbände eine zentrale Herausforderung darin, den Mittelstand angemessen zu berücksichtigen.³⁵¹ Die allgemeine Unternehmenskategorie dient als Auffangkategorie.³⁵²

Unter der Beraterkategorie subsumiert sind Interessenvertreter mit einem Beraterhintergrund. Dabei handelt es sich zumeist um Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie Vertreter ihrer Berufskammern und Berufsverbände. Steuerliche Berater fungieren als Mediatoren zwischen Unternehmen und Zivilgesellschaft,³⁵³ die über eine umfangreiche Expertise in der Steuergesetzgebung verfügen.

Die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter umfassen Stellungnahmen von Richtern, Ministerialbeamten, der kommunalen Verwaltung und deren kollektiven Interessengruppen. Weiterhin sind Stellungnahmen von hauptamtlichen Hochschulprofessoren, Forschungsinstituten und Gewerkschaften sowie von Institutionen mit einem ökologischen, kirchlichen, gesellschaftlichen oder sozialen Hintergrund der Kategorie zugeordnet. Dahingehend handelt es sich um ein Konglomerat verschiedener Interessen, die anlässlich ihres Hintergrunds tendenziell keine mittelständischen Interessen verfolgen sollten.

5.2.4.2 Zuordnung der Interessenvertreter zu den Kategorien

Für eine adäquate Kategorisierung jeder Stellungnahme und jedes Interessenvertreters aus den öffentlichen Anhörungssitzungen wurde eine umfangreiche Internetrecherche durchgeführt. Standen im Internet keine Informationen zur Verfügung oder ließ sich ein zu Kategorisierender mehr als einer Kategorie zuordnen, wurde dieser als nicht kategorisierbar eingestuft und aus der Untersuchungstichprobe exkludiert.³⁵⁴

Die Zuordnung zur Mittelstandskategorie stellte ein komplexes Unterfangen dar und folgte einer deduktiven Herangehensweise mit im Vorfeld festgelegten Kriterien für

³⁵⁰ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12; Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

³⁵¹ Vgl. Bührer (2017), S. 74.

³⁵² Vor dem Hintergrund, dass kollektive Interessengruppen bei divergierenden Interessen lediglich den kleinsten gemeinsamen Nenner repräsentieren (vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 832; van den Broek (2021), S. 387; Barrick/Brown (2019), S. 72. Ähnlich auch Conzelmann (2012), S. 199 ff.), ist fraglich, inwieweit deren Lobbying den Mittelstand und seine spezifischen steuerlichen Interessen berücksichtigt. Siehe diesbezüglich Kapitel 3.7 und Kapitel 3.5.

³⁵³ Vgl. Radcliffe et al. (2018), S. 55.

³⁵⁴ Von den Stellungnahmen waren lediglich zehn nicht kategorisierbar. Von den in den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses befragten Interessenvertretern durch die Finanzausschusspolitiker konnten 17 Antworten keiner Kategorie zugeordnet werden.

die Kategorisierung. Die Abgrenzung eines individuell partizipierenden mittelständischen Unternehmens von einem nicht mittelständischen Unternehmen basierte auf dem in Kapitel 2.1.1 dargelegten breiten Mittelstandsbegriffsverständnis. In einem ersten Schritt wurde die veröffentlichte Selbstwahrnehmung eines Unternehmens auf seiner Internetseite berücksichtigt. Möglich ist die Zuordnung über die Selbstwahrnehmung, da zwischen den nach objektiven Merkmalen definierten Mittelständlern und der Selbstwahrnehmung eines Unternehmens als Mittelständler weitgehende Überschneidungen existieren.³⁵⁵ Bezeichnet sich demnach ein Unternehmen auf seiner Internetpräsenz als Mittelständler, KMU oder Familienunternehmen, wurde dessen Stellungnahme bzw. Antwort auf die Frage eines Finanzausschusspolitikers in den öffentlichen Anhörungssitzungen der Mittelstandskategorie zugeordnet.³⁵⁶ Lag keine Selbstwahrnehmung als Mittelständler vor, erfolgte in einem zweiten Schritt die Identifikation eines mittelständischen Unternehmens anhand des qualitativen Kriteriums der familiären Unternehmensstrukturen oder des quantitativen Kriteriums der kleineren Unternehmensgröße. Als Definitionen beider Kriterien fungierten die Definitionen des IfM Bonn. Demnach galt das qualitative Kriterium als erfüllt, wenn „[...] bis zu zwei natürliche Personen oder ihre Familienangehörigen (direkt oder indirekt) mindestens 50 % der Anteile eines Unternehmens [halten] und diese natürlichen Personen [...] der Geschäftsführung an[gehören]“. ³⁵⁷ Das quantitative Größenkriterium umschließt Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 50 Mio. Euro und weniger als 500 Beschäftigten.³⁵⁸ Die Prüfung der Eigentumsverhältnisse und Unternehmensgröße basierte, soweit verfügbar, auf der Internetpräsenz der Unternehmen, den im Bundesanzeiger veröffentlichten Verkündigungen und Bekanntmachungen sowie der Amadeus Datenbank³⁵⁹. Für die adäquate Beurteilung fanden die Unternehmensverhältnisse im Jahr der öffentlichen Anhörungssitzung Berücksichtigung. Individuell partizipierende Unternehmen, die nach diesem Verfahren nicht der Mittelstandskategorie zugeordnet werden konnten, wurden im Umkehrschluss als Großunternehmen klassifiziert.

³⁵⁵ Vgl. Berlemann et al. (2018), S. 26; Welter et al. (2015), S. 55.

³⁵⁶ Ebenso de Massis et al. (2018), S. 127.

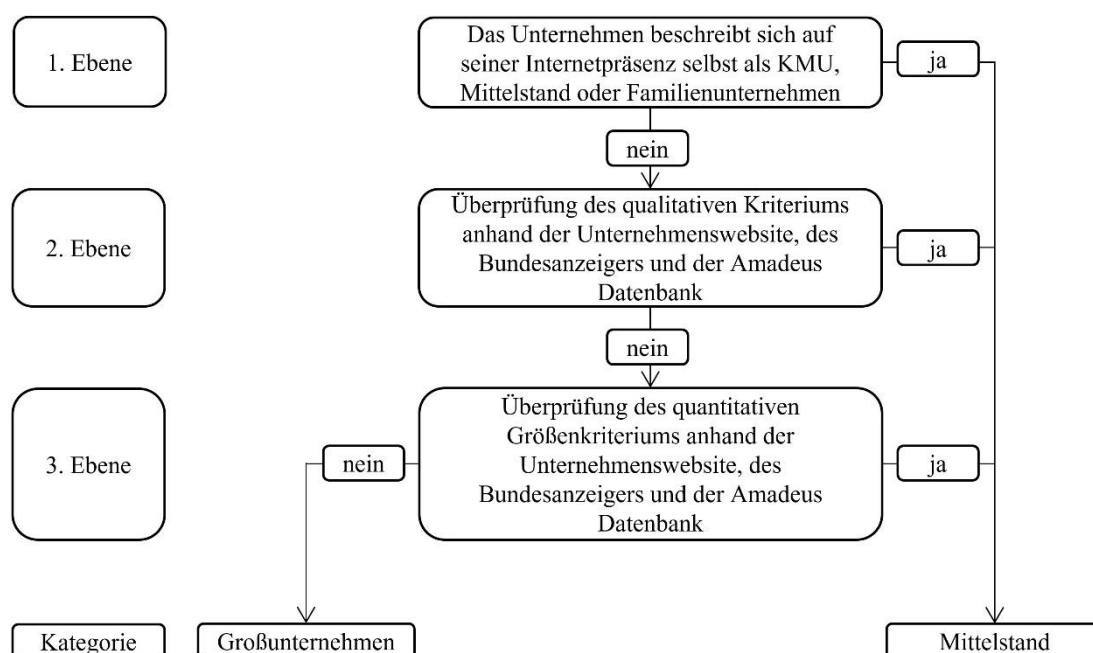
³⁵⁷ IfM Bonn (2024a), <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/mittelstandsdefinition-des-ifm-bonn>, 17.03.2024.

³⁵⁸ Vgl. IfM Bonn (2024b), <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/kmu-definition-des-ifm-bonn>, 17.03.2024.

³⁵⁹ Siehe Bureau van Dijk (2024), <https://login.bvdinfo.com/R0/AmadeusNeo>, 17.03.2024, auf der die Amadeus Datenbank zur Verfügung gestellt wird. Die Amadeus Datenbank enthält Finanzdaten über private und börsennotierte Unternehmen aus Europa.

Grafisch veranschaulicht die nachfolgende Abbildung 1 den Kategorisierungsprozess individuell partizipierender Unternehmen.

Abbildung 1: Zuordnung individueller Unternehmen zur Mittelstandskategorie



Anmerkungen: Die Abbildung verdeutlicht die Zuordnung von individuell partizipierenden Unternehmen zur Mittelstandskategorie und Großunternehmenskategorie.

Die für diese Dissertationsschrift vorgenommene Identifikation mittelständischer Interessenverbände orientiert sich größtenteils an der von *Krickhahn* vorgestellten Abgrenzung.³⁶⁰ Da kollektive Interessenverbände die Interessen ihrer Mitglieder repräsentieren,³⁶¹ basiert die Zuordnung eines kollektiven Interessenverbands zur Mittelstandskategorie auf der Selbstdarstellung des Unternehmensverbands auf seiner Internetseite. Voraussetzung für die Kategorisierung als Mittelstand war demnach, dass der Interessenverband entweder primär mittelständische Unternehmen vertritt oder dass dessen Mitgliedsunternehmen überwiegend dem Mittelstandssegment angehören. Angesichts des dieser Dissertationsschrift zugrundeliegenden breitgefassten Mittelstandsverständnisses erfolgte eine entsprechende Zuordnung zur Mittelstandskategorie auch bei Verwendung der Synonyme Familienunternehmen oder KMU. Für die Zuordnung einer Stellungnahme zur Mittelstandskategorie, die von einem Zusammenschluss mehrerer unternehmerischer Interessenvertreter (informelle Koalition) verfasst wurde, muss mindestens die Hälfte der beteiligten unternehmerischen Interessenverbände einen primären Mittelstandsbezug aufweisen bzw. selbst als individuelles

³⁶⁰ Vgl. Krickhahn (2017), S. 126; Krickhahn (2010), S. 96.

³⁶¹ Vgl. Klüver (2015), S. 149; Papadakis/Atsalakis (2019), S. 49.

mittelständisches Unternehmen kategorisiert worden sein. In gleicher Manier erfolgt die Kategorisierung von Interessenvertretern zur Großunternehmenskategorie. Konnte ein kollektiver unternehmerischer Interessenvertreter weder der Mittelstandskategorie noch der Großunternehmenskategorie zugeordnet werden, wurde dieser der Auffangkategorie allgemeine Unternehmen zugeordnet. Tabelle 53 aus Anhang 3 bildet die Zuordnung jeder Stellungnahme zur entsprechenden Kategorie ab. Tabelle 54 aus Anhang 4 enthält die Kategorisierung der durch die Finanzausschusspolitiker gefragten Interessenvertreter in den öffentlichen Anhörungssitzungen.

5.2.4.3 Überprüfung der Geeignetheit der Zuordnung zur Mittelstandskategorie

Nachfolgend wird zunächst die Geeignetheit der Zuordnung der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie untersucht. Die Überprüfung erfolgt mittels einfaktorieller Varianzanalyse mit anschließenden Mehrfachvergleichstests (*Post-Hoc-Tests*).³⁶² Als Datengrundlage dienen die händisch identifizierten 2.220 Stellungnahmen von der 15. bis 18. Legislaturperiode. Für die Validierung der Geeignetheit der Zuordnung der Stellungnahmen zur Mittelstandskategorie sollten die als Mittelstand kategorisierten Stellungnahmen im Verhältnis zu den übrigen kategorisierten Stellungnahmen eine signifikant höhere absolute Nennhäufigkeit mittelständischer Begriffe aufweisen. Denn annahmegemäß sollte eine häufigere Erwähnung von Mittelstandsbegriffen in einer Stellungnahme mit einer stärkeren Repräsentanz des Mittelstandssegments durch die kategorisierten Interessenvertreter einhergehen.³⁶³ Dahingehend fungiert als abhängige Variable die absolute Anzahl an Mittelstandsnennungen pro Stellungnahme. Die Erhebung der abhängigen Variable erfolgt mittels automatischer Textanalyse unter Verwendung von LIWC und eines Mittelstandswörterbuchs.³⁶⁴ In Ermangelung eines Mittelstandswörterbuchs in der bisherigen Literatur erfolgt zunächst dessen Konzeption unter Verwendung von Begriffen und Synonymen für mittelständische Unternehmen. Die Begriffsauswahl basiert auf dem dieser Arbeit zugrundeliegenden

³⁶² Ebenso verwenden Duncan et al. (2019), S. 1462 ff., und Mele et al. (2021), S. 333, die einfaktorielle Varianzanalyse zur empirischen Auswertung von Daten, die mittels automatischer Textanalyse erhoben wurden.

³⁶³ Ähnlich Deutscher Mittelstandsbund e. V. (2021), S. 4.

³⁶⁴ Um die absolute Anzahl der Erwähnungen des Mittelstands in einer Stellungnahme zu berechnen, wird der LIWC-Ausgabewert zunächst durch 100 dividiert und anschließend mit der Gesamtzahl der Wörter pro Stellungnahme multipliziert. Da die Software LIWC den Ausgabewert auf zwei Nachkommastellen rundet, können bei der Berechnung der Absolutwerte Rundungsdifferenzen entstehen, sodass sich für den absoluten Wert eine Dezimalzahl ergeben kann. Wird das Wörterbuch in die Synonyme Mittelstand, Familienunternehmen und KMU aufgeteilt, finden die Begriffe für Mittelstand in 458, für Familienunternehmen in 103 und für KMU in 343 Stellungnahmen mindestens einmal Erwähnung.

Mittelstandsverständnis, wodurch Begriffe für Mittelstand, Familienunternehmen und KMU umfasst sind.³⁶⁵ Die nachfolgende Tabelle 7 listet die verwendeten Begriffe auf. Die in Anhang 5 abgebildete Tabelle 55 enthält eine ausführliche Übersicht über alle im Mittelstandswörterbuch verwendeten Schreibweisen. Im Anhang 6 findet sich die Erläuterung zum Erstellungsprozess des Mittelstandswörterbuchs, insbesondere zur Berücksichtigung aller grammatikalischen Varianten der in Tabelle 7 gelisteten Begrifflichkeiten. Anhang 6 enthält zudem in Tabelle 56 eine Beschreibung der Begriffsauswahl sowie Gründe für die Nichteinbeziehung einzelner Begrifflichkeiten.

Tabelle 7: Mittelstandswörterbuch

Begriffe und Synonyme	
familienbeherrschte Unternehmen	Kleinstunternehmen
familiengeführte Unternehmen	KMU
familienkontrollierte Unternehmen	mittelgroße Unternehmen
Familienunternehmen	Mittelstand
kleine Unternehmen	mittelständisch
kleinere Unternehmen	Mittelunternehmen
Kleinunternehmen	mittlere Unternehmen

Anmerkung: Abgebildet sind die Begriffe und Synonyme, die ins Mittelstandswörterbuch aufgenommen wurden.

Als unabhängige Variable in der einfaktoriellen Varianzanalyse dienen die kategorisierten Stellungnahmen. Die nachfolgende Tabelle 8 präsentiert die deskriptiven Auswertungsergebnisse. Tabelle 9 enthält die Ergebnisse der Mehrfachvergleichstests.

Tabelle 8: Deskriptive Statistik zur Geeignetheit der Zuordnung der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie

Interessenvertreter	Absolute Erwähnung von Mittelstandsbegriffen							
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Min</i>	<i>Q1</i>	<i>Md</i>	<i>Q3</i>	<i>Max</i>	<i>N</i>
Mittelstand	5,111	10,613	0	0	1,022	5,814	92,257	241
Großunternehmen	0,666	1,641	0	0	0	0,979	10,957	175
Unternehmen allgemein	1,649	4,957	0	0	0	1,045	53,595	500
Andere Interessen	0,488	2,015	0	0	0	0	41,029	1.009
Berater	1,424	2,950	0	0	0	1,850	20,284	295
Gesamt	1,390	4,780	0	0	0	0,979	92,257	2.220

Anmerkung: Die Tabelle enthält die deskriptive Übersicht über die absolute Anzahl der Erwähnungen von Mittelstandsbegriffen in den kategorisierten Stellungnahmen im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, gerundet auf drei Nachkommastellen.³⁶⁶ *M* steht für Mittelwert, *SD* für Standardabweichung, *Min* für Minimum, *Q1* für erstes Quartil, *Md* für Median, *Q3* für drittes Quartil, *Max* für Maximum und *N* für die Anzahl der Beobachtungen.

³⁶⁵ Siehe Kapitel 2.1.1, in dem das dieser Dissertationsschrift zugrundeliegende Mittelstandsverständnis erläutert wird.

³⁶⁶ Da die Software LIWC die ausgegebenen relativen Werte auf zwei Nachkommastellen rundet, können sich bei der Berechnung der absoluten Werte Dezimalzahlen ergeben.

**Tabelle 9: Mehrfachvergleichstests zur Geeignetheit der Zuordnung
der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie**

Interessenvertreter	Mittelstand	Groß- unternehmen	Unternehmen allgemein	Andere Interessen
Großunternehmen	-4,445***			
Unternehmen allgemein	-3,462***	0,983		
Andere Interessen	-4,622***	-0,178	-1,161***	
Berater	-3,687***	0,758	-0,225	0,936**

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte bilden die Mittelwertdifferenzen der absoluten Anzahl an Erwähnungen von Mittelstandsbegriffen zwischen den kategorisierten Stellungnahmen im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 ab. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktoriellen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Tabelle 8 und Tabelle 9 zeigen, dass der Mittelstand in den als Mittelstand kategorisierten Stellungnahmen durchschnittlich mit 5,111 absoluten Mittelstandserwähnungen auf einem 1 % Niveau signifikant häufiger Erwähnung findet als in den Stellungnahmen der Interessenvertreter der Großunternehmen (M: 0,666, Mittelwertdifferenz: -4,445, p-Wert: 0.000), der allgemeinen Unternehmen (M: 1,649, Mittelwertdifferenz: -3,462, p-Wert: 0.000), der Berater (M: 1,424, Mittelwertdifferenz: -3,687, p-Wert: 0.000) und der als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter (M: 0,488, Mittelwertdifferenz: -4,622, p-Wert: 0.000). Weiterhin zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in der absoluten Nennhäufigkeit zwischen den als Großunternehmen und den als allgemeine Unternehmen (Mittelwertdifferenz: 0,983, p-Wert: 0,146), als Berater (Mittelwertdifferenz: 0,758, p-Wert: 0,829) und als andere Interessen (Mittelwertdifferenz: -0,178, p-Wert: 1,000) kategorisierten Stellungnahmen. Ebenfalls ergeben sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Stellungnahmen der Interessenvertreter allgemeiner Unternehmensverbände und denen der Berater (Mittelwertdifferenz: -0,225, p-Wert: 1,000).

Zusammenfassend indizieren die statistischen Ergebnisse der Mehrfachvergleichstests grundsätzlich die Geeignetheit der vorgenommenen Kategorisierung der Stellungnahmen zur Mittelstandskategorie. Ferner deutet die in Tabelle 9 ersichtliche fehlende Signifikanz der Mittelwertdifferenz zwischen Interessenvertretern von Großunternehmen und von allgemeinen Unternehmen auf eine Bestätigung der Annahme hin, dass Interessenvertreter allgemeiner Unternehmensverbände keinen expliziten Fokus auf die Repräsentanz des Mittelstands und seiner spezifischen Interessen legen. Im Hinblick auf die Literatur lassen sich die empirischen Ergebnisse als ein Indikator interpretieren, wonach allgemeine unternehmerische Interessenverbände den Interessen

mittelständischer Unternehmen weniger Aufmerksamkeit entgegenbringen.³⁶⁷ Darüber hinaus deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die von *Bührer* identifizierte zentrale Herausforderung der adäquaten Integration mittelständischer Unternehmen in die allgemeinen Wirtschaftsverbänden nicht erreicht wurde.³⁶⁸

Als Robustheitstest erfolgt die Durchführung der einfaktoriellen Varianzanalyse unter denselben Bedingungen mit den Antworten der kategorisierten Interessenvertreter aus den öffentlichen Anhörungssitzungen auf die Fragen der Finanzausschusspolitiker. Die nachfolgende Tabelle 10 enthält die deskriptiven Auswertungsergebnisse. Tabelle 11 gibt die Ergebnisse der Mehrfachvergleichstests aus.

Tabelle 10: Deskriptive Statistik zum Robustheitstest zur Geeignetheit der Zuordnung der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie

Interessenvertreter	Absolute Erwähnung von Mittelstandsbegriffen							
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Min</i>	<i>Q1</i>	<i>Med</i>	<i>Q3</i>	<i>Max</i>	<i>N</i>
Mittelstand	0,773	1,501	0	0	0	1	8,995	468
Großunternehmen	0,095	0,455	0	0	0	0	3,980	315
Unternehmen allgemein	0,231	0,777	0	0	0	0	6,994	852
Andere Interessen	0,097	0,568	0	0	0	0	9,968	2.215
Berater	0,207	0,789	0	0	0	0	7,983	518
Gesamt	0,208	0,808	0	0	0	0	9,968	4.368

Anmerkung: Die Tabelle enthält die deskriptive Übersicht über die absolute Anzahl der Erwähnungen von Mittelstandsbegriffen in den Antworten der kategorisierten Interessenvertreter auf die Fragen der Finanzausschusspolitiker in den öffentlichen Anhörungssitzungen im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, gerundet auf drei Nachkommastellen.

Tabelle 11: Mehrfachvergleichstests zum Robustheitstest zur Geeignetheit der Zuordnung der Interessenvertreter zur Mittelstandskategorie

Interessenvertreter	Mittelstand	Groß- unternehmen	Unternehmen allgemein	Andere Interessen
Großunternehmen	-0,677***			
Unternehmen allgemein	-0,541***	0,136*		
Andere Interessen	-0,676***	0,001	-0,134***	
Berater	-0,566***	0,111	-0,024	0,110**

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte bilden die Mittelwertdifferenzen der absoluten Anzahl an Erwähnungen von Mittelstandsbegriffen in den Antworten der kategorisierten Interessenvertreter auf die Fragen der Finanzausschusspolitiker in den öffentlichen Anhörungssitzungen im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 ab. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktoriellen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Der Robustheitstest zeigt, dass die mittelständischen Interessenvertreter den Mittelstand mit durchschnittlich 0,773 in den öffentlichen Anhörungssitzungen des

³⁶⁷ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12; Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

³⁶⁸ Vgl. Bührer (2017), S. 74.

Finanzausschusses auf einem 1 % Niveau signifikant häufiger erwähnen im Verhältnis zu den als Großunternehmen (M: 0,095, Mittelwertdifferenz: -0,677, p-Wert: 0.000), als allgemeine Unternehmen (M: 0,231, Mittelwertdifferenz: -0,541, p-Wert: 0.000), als Berater (M: 0,207, Mittelwertdifferenz: -0,566, p-Wert: 0.000) und als andere Interessen (M: 0,097, Mittelwertdifferenz: -0,676, p-Wert: 0.000) kategorisierten Interessenvertretern. Zwischen den Großunternehmen und allgemeinen Unternehmensrepräsentanten zeigt sich, dass allgemeine Unternehmensrepräsentanten den Mittelstand signifikant auf einem 10 % Niveau häufiger erwähnen (Mittelwertdifferenz: 0,136, p-Wert: 0,083). Es ergeben sich jedoch keine signifikanten Unterschiede in der Erwähnung des Mittelstands durch Berater und Repräsentanten von Großunternehmen (Mittelwertdifferenz: 0,111, p-Wert: 0,454) sowie zwischen Beratern und allgemeinen Unternehmensrepräsentanten (Mittelwertdifferenz: -0,024, p-Wert: 1,000). Insgesamt bestätigen die Ergebnisse des Robustheitstest im Wesentlichen die Ergebnisse der Grunduntersuchung. Dementsprechend kann die vorgenommene Kategorisierung der Interessenvertreter in den öffentlichen Anhörungssitzungen sowie die Kategorisierung der Stellungnahmen als geeignet betrachtet werden.

5.3 Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen

5.3.1 Forschungsdesign

Zunächst wird der Einfluss des Mittelstands auf die Steuergesetzgebung anhand der Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker bzw. politische Parteien in den Plenarsitzungen zur Steuergesetzgebung beleuchtet. Die Wahrnehmung durch politische Entscheidungsträger bildet im Rahmen der *Exchange Theory* ein zentrales Element für erfolgreiche Einflussnahme im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt. Als Untersuchungsstichprobe fungieren die 2.782 Redebeiträge aus den Plenarsitzungen des Bundestags und Bundesrats zu den steuerlichen Gesetzentwürfen von 2002 bis 2017.

Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien

Zunächst wird die folgende Untersuchungsfrage zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien beantwortet:

1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt wahr?

Die empirische Untersuchung erfolgt mittels logistischer Regressionsanalyse, welche die folgende Form annimmt:

$$EQ1: \text{Wahrnehmung} = \beta_0 + \beta_1 \text{FDP} + \beta_2 \text{SPD} + \beta_3 \text{Grüne} + \beta_4 \text{Linke} + \text{Steuerliche Kontrollvariablen} + \text{Textlängenkontrollvariable} + \text{Jährliche fixe Effekte} + \varepsilon$$

Die abhängige Variable „Wahrnehmung“ erfasst die Wahrnehmung des Mittelstands in den Plenarsitzungen als Indikatorvariable. Diese nimmt für einen Redebeitrag den Wert eins an, wenn in diesem Redebeitrag der Mittelstand mindestens einmal Erwähnung findet, ansonsten null. Die Erhebung der abhängigen Wahrnehmungsvariable erfolgt mittels automatischer Textanalyse unter Verwendung der Software LIWC und dem Mittelstandswörterbuch.

Als erklärende Variablen fließen die nach der jeweiligen Parteizugehörigkeit kategorisierten Redebeiträge der Politiker in Form von Indikatorvariablen ein. Eine größere Anzahl an Redebeiträgen von Politikern einer politischen Partei, in denen der Mittelstand Erwähnung findet, sollte mit einer verstärkten Wahrnehmung des Mittelstandsegments verbunden sein.³⁶⁹ Die Redebeiträge von Politikern der Union bilden die *Baseline* in der Untersuchung. Signifikante positive (negative) Regressionskoeffizienten bei den politischen Parteien signalisieren entsprechend eine stärkere (geringere) Wahrnehmung des Mittelstands im Verhältnis zur Unionspartei. Für die Ermittlung von signifikanten Differenzen in der Mittelstandswahrnehmung zwischen der SPD, FDP, Linken und Grünen werden zusätzliche Wald-Tests durchgeführt, um einen Vergleich zwischen den Parteien über die Union hinaus zu ermöglichen.

Als Kontrollvariablen fungieren die steuerlichen Themenfelder, in denen der Mittelstand steuerliche Interessen verfolgt. Denn diese könnten die Nennung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger verantworten. Die steuerlichen Themenfelder umfassen daher die beiden speziellen mittelständischen Interessenfelder der steuerlichen Compliance-Kosten und das Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht. Darüber hinaus sind auch die Ertragsteuern und die Umsatzsteuer als Kontrollvariablen integriert, denn auch innerhalb dieser beiden steuerlichen Themenkomplexe weisen mittelständische Unternehmen eigene Interessen auf.³⁷⁰

Die Kontrollvariablen „Erbschaftsteuer“, „Ertragsteuern“ und „Umsatzsteuer“ erfassen als Indikatorvariablen jeweils den erbschaft- und schenkungsteuerlichen, ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Bezug eines Redebeitrags. Die Erhebung erfolgt anhand der Steuergesetzentwürfe, zu denen der jeweilige Redebeitrag gehalten

³⁶⁹ Vgl. Deutscher Mittelstandsbund e. V. (2021), S. 4.

³⁷⁰ Siehe diesbezüglich Kapitel 2.2.1.

wurde.³⁷¹ Wurde demzufolge ein Redebeitrag zu einem Steuergesetzentwurf gehalten, der gesetzliche Änderungen in einem oder mehreren der steuerlichen Themenfeldern vorsieht, nimmt die jeweilige Indikatorvariable den Wert eins an, ansonsten null. Damit redaktionelle Änderungen der Steuergesetze in den steuerlichen Gesetzentwürfen nicht zu Fehlerhebungen führen, nimmt die jeweilige Indikatorvariable bei lediglich redaktionellen Änderungen ebenfalls den Wert null an.³⁷² Da steuerliche Gesetzentwürfe oftmals Änderungen an mehreren verschiedenen Steuergesetzen vorsehen, können mehrere steuerliche Kontrollindikatorvariablen parallel den Wert eins annehmen.

Die steuerliche Compliance-Kostenvariable nimmt als Indikatorvariable den Wert eins an, wenn in einem Redebeitrag steuerliche Compliance-Kosten thematisiert werden. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an. Die Erhebung der steuerlichen Compliance-Kostenvariable erfolgt textanalysebasiert mit LIWC unter Verwendung des in Tabelle 12 nachfolgend abgebildeten selbstentwickelten steuerlichen Compliance-Kostenwörterbuchs.

Tabelle 12: Steuerliches Compliance-Kostenwörterbuch

Begriffe für steuerliche Compliance-Kosten und für die Ursachen steuerlicher Compliance-Kosten	
Aufbewahrungs(-kosten, -pflichten)	Komplexität
Befolgungs(-aufwand, -kosten, -pflichten)	Mitwirkungs(-aufwand, -kosten, -pflichten)
Berichterstattungs(-kosten, -pflichten)	Nachweispflichten
Berichts(-aufwand, -kosten, -pflichten)	Offenlegungspflicht
Bürokratie; bürokratisch	Rechtsunsicherheit
Compliance(-aufwand, -kosten, -pflichten)	Steuerbürokratie
Dokumentations(-aufwand, -kosten, -pflichten)	Steuer-Compliance(-Aufwand, -Kosten, -Pflichten)

Anmerkung: Abgebildet sind die in Begriffe für steuerliche Compliance-Kosten und für die Ursachen steuerlicher Compliance-Kosten.

Das Wörterbuch enthält Begriffe für steuerliche Compliance-Kosten und für deren Ursachen. Ausgangspunkt für die Begriffsermittlung bilden die in Kapitel 2.2.3 beschriebenen Gründe für steuerliche Compliance-Kosten. Der Erstellungsprozess des Wörterbuchs gleicht dem des Mittelstandswörterbuchs. Tabelle 57, abgebildet in

³⁷¹ Ein Redebeitrag betraf auch die Erbschaft- und Schenkungsteuer, wenn dieser zu einem steuerlichen Gesetzentwurf gehalten wurde, der bewertungsrechtliche Änderungen mit Auswirkungen auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer enthielt.

³⁷² Damit rein redaktionelle Änderungen in den steuerlichen Gesetzentwürfen nicht zu Fehlerhebungen führen, musste der Umfang der Änderung des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts im Steuergesetzentwurf mindestens 10 % betragen. Erst dann nahm die Indikatorvariable „Erbschaftsteuer“ den Wert eins an. Zur Ermittlung der 10 %-Grenze wurde die gesamte Anzahl der Begriffe zu allen rechtlichen Änderungen in dem jeweiligen Steuergesetzentwurf und die Anzahl der Begriffe zu den Änderungen des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechts in dem jeweiligen Steuergesetzentwurf ermittelt. Anschließend wurden beide Werte ins Verhältnis zueinander gesetzt. Die Erhebung der Anzahl der Begriffe erfolgte jeweils mit LIWC.

Anhang 7, beinhaltet die exakte Schreibweise unter Berücksichtigung aller grammatikalischen Formen der im steuerlichen Compliance-Kostenwörterbuch abgebildeten Begrifflichkeiten.

Weiterhin einbezogen als Kontrollvariable ist angesichts der Auswertung unstrukturierter Textdaten die Textlänge jedes Redebeitrags.³⁷³ Die Erhebung der Textlängenkontrollvariable basiert auf dem natürlichen Logarithmus der Gesamtwortanzahl eines Redebeitrags. Als weitere Kontrollvariable sind jährliche fixe Effekte integriert, wodurch die Regressionsergebnisse unabhängig von zeitraumsspezifischen Aspekten wie Parteienkoalition oder Krisen sein sollten. Darüber hinaus sind zur Reduzierung von Autokorrelation die Standardfehler nach der Person eines Politikers geclustert, von der der Redebeitrag stammt. Die Überprüfung der logistischen Regression auf Multikollinearität und Ausreißer enthält Anhang 8. Es zeigen sich keine wesentlichen Auffälligkeiten, die der Durchführung der logistischen Regressionsanalyse entgegenstehen.

Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker in den steuerlichen Interessensfeldern

Anschließend wird der Einfluss des Mittelstands auf die Steuergesetzgebung anhand der Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker in den spezifischen steuerlichen Interessensfeldern beleuchtet. Auf deren Basis lassen sich die zwei nachfolgenden Untersuchungsfragen beantworten:

- 2.1: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?
- 2.2: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?

Die empirische Untersuchung erfolgt mittels logistischer Regressionsanalyse. Die Regressionsgleichung nimmt unter Verwendung derselben Variablen wie in EQ1 die folgende Form an:

$$EQ2: \text{Wahrnehmung} = \beta_0 + \beta_1 \text{Erbschaftsteuer} + \beta_2 \text{Compliance-Kosten} + \text{Kontrollvariablen für politische Parteien} + \text{Ertrag- und Umsatzsteuervariable} + \text{Textlängenkontrollvariable} + \text{Jährliche fixe Effekte} + \varepsilon$$

³⁷³ Die Einbeziehung der Textlänge als Kontrollvariable bei Erhebungen mittels automatischer Textanalyse ist in der Literatur üblich (vgl. Li (2008), S. 225; Miller (2010), S. 2114; Loughran/McDonald (2020), S. 365 ff.; Law/Mills (2015), S. 808; Brown et al. (2020), S. 253. In etwa Dhaliwal et al. (2011), S. 79).

Als erklärende Variablen für die Beantwortung der beiden Untersuchungsfragen fungieren die Variablen für die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die steuerlichen Compliance-Kosten. Ein signifikanter positiver (negativer) Regressionskoeffizient indiziert eine stärkere (geringere) Wahrnehmung des Mittelstands durch die Politiker in den steuerlichen Compliance-Kosten bzw. in der Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzgebung.

Neben der Textlänge und den jährlichen fixen Effekten fließen als Kontrollvariablen die politischen Parteivariablen ein. Weiterhin fungieren die Ertragsteuer- und Umsatzsteuervariable als Kontrollvariablen. Zudem sind ebenfalls zur Reduktion von Autokorrelation die Standardfehler nach der Person eines Politikers geclustert, von der der Redebeitrag stammt.³⁷⁴

Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien in den steuerlichen Interessengebieten

Abschließend erfolgt die empirische Untersuchung, inwieweit die einzelnen politischen Parteien den Mittelstand innerhalb seiner speziellen Interessengebiete, der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten, verstärkt wahrnehmen. Dahingehend werden folgende Untersuchungsfragen beantwortet:

- 3.1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?
- 3.2: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?

Die empirische Auswertung vollzieht sich ebenfalls mittels logistischer Regressionsanalyse. Für diesen Zweck werden Interaktionsterme zwischen den Parteivariablen und der Erbschaftsteuervariable bzw. steuerlichen Compliance-Kostenvariable ergänzt. Als *Baseline* dienen erneut die Redebeiträge der Unionspolitiker in den Plenarsitzungen. Signifikante positive (negative) Regressionskoeffizienten der Interaktionsterme indizieren somit eine stärkere (schwächere) Wahrnehmung des Mittelstands in den jeweiligen speziellen Interessengebieten in Relation zur Union. Zusätzlich werden

³⁷⁴ Anhang 8 zeigt analog zur Untersuchung der Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien, dass der Durchführung der logistischen Regressionsanalyse zur Untersuchung der Wahrnehmung des Mittelstands durch die Politiker in den steuerlichen Interessengebieten keine wesentlichen Einwände entgegenstehen.

Wald-Tests zwischen den Interaktionstermen durchgeführt, um signifikante Unterschiede zwischen der Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien innerhalb der mittelstandsspezifischen Interessen zu ermitteln. Als Kontrollvariablen sind die Ertragsteuer- und Umsatzsteuervariable sowie die Textlängenkontrollvariable und jährliche fixe Effekte integriert. Die Regressionsgleichung nimmt die folgende Form an:

$$EQ3: \text{Wahrnehmung} = \beta_0 + \beta_1 \text{FDP} * \text{Erbschaftsteuer} + \beta_2 \text{SPD} * \text{Erbschaftsteuer} + \beta_3 \text{Grüne} * \text{Erbschaftsteuer} + \beta_4 \text{Linke} * \text{Erbschaftsteuer} + \beta_5 \text{FDP} * \text{Compliance-Kosten} + \beta_6 \text{SPD} * \text{Compliance-Kosten} + \beta_7 \text{Grüne} * \text{Compliance-Kosten} + \beta_8 \text{Linke} * \text{Compliance-Kosten} + \beta_9 \text{FDP} + \beta_{10} \text{SPD} + \beta_{11} \text{Grüne} + \beta_{12} \text{Linke} + \beta_{13} \text{Erbschaftsteuer} + \beta_{14} \text{Compliance-Kosten} + \text{Ertrag- und Umsatzsteuervariable} + \text{Textlängenkontrollvariable} + \text{Jährliche fixe Effekte} + \varepsilon$$

Eine Übersicht zu den einzelnen Definitionen der Variablen enthält die in Anhang 9 abgebildete Tabelle 59.

5.3.2 Ergebnisse

Die nachfolgende Tabelle 13 zeigt die deskriptive Übersicht zu den Variablen der Wahrnehmungsuntersuchung. Bereits hier verdeutlicht sich, dass der Mittelstand in 20,7 % der Redebeiträge in den Plenarsitzungen Erwähnung findet.³⁷⁵

Tabelle 13: Deskriptive Statistik zu den Wahrnehmungsuntersuchungen

Variable	N	M	SD	Min	Max
Wahrnehmung	2.782	0,207	0,405	0	1
Politische Parteien					
<i>Union</i>	2.782	0,327	0,469	0	1
<i>FDP</i>	2.782	0,133	0,340	0	1
<i>SPD</i>	2.782	0,290	0,454	0	1
<i>Linke</i>	2.782	0,110	0,312	0	1
<i>Grüne</i>	2.782	0,139	0,346	0	1
Steuerliche Kontrollvariablen					
<i>Compliance-Kosten</i>	2.782	0,192	0,394	0	1
<i>Erbschaftsteuer</i>	2.782	0,133	0,340	0	1
<i>Ertragsteuern</i>	2.782	0,596	0,491	0	1
<i>Umsatzsteuer</i>	2.782	0,171	0,376	0	1
<i>Länge der Redebeiträge</i>	2.782	6,388	0,884	0,693	9,154

Anmerkung: Die Tabelle präsentiert die deskriptive Übersicht über die Ausprägungen der Variablen für die Wahrnehmungsuntersuchungen, gerundet auf drei Nachkommastellen.

³⁷⁵ Die Aufteilung der Begriffe aus dem Mittelstandswörterbuch nach Mittelstand, Familienunternehmen und KMU zeigt, dass die Begriffe Mittelstand in 421 Redebeiträgen, Familienunternehmen in 101 Redebeiträgen und KMU in 207 Redebeiträgen mindestens einmal genannt wurden.

Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien

Tabelle 14 enthält die Ergebnisse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien (Untersuchungsfrage 1). Die Ergebnisse demonstrieren im Verhältnis zur *Baseline*, den Politikern der Union, eine auf einem 1 % Niveau signifikant schwächere Wahrnehmung durch die SPD (Koeff.³⁷⁶: -0,641, p-Wert: 0,000) sowie eine auf einem 5 % Niveau signifikant schwächere Wahrnehmung durch die Linken (Koeff.: -0,529, p-Wert: 0,015) und Grünen (Koeff.: -0,684, p-Wert: 0,013). Keine signifikanten Unterschiede stellen sich in Bezug zur FDP (Koeff.: 0,206, p-Wert: 0,378) ein. Durch die Berechnung des *odds ratio* bzw. Chancenverhältnisses lässt sich für die Regressionskoeffizienten bei Durchführung einer logistischen Regressionsanalyse die Wahrscheinlichkeit des Eintretens der Wahrnehmung des Mittelstands für jede Partei im Vergleich zur *Baseline*, der Union, bestimmen.³⁷⁷ Demnach nehmen Politiker der SPD den Mittelstand mit einer 47,3 % (*odds ratio*: 0,527), Politiker der Linken mit einer 41,1 % (*odds ratio*: 0,589) und Politiker der Grünen mit einer 49,5 % (*odds ratio*: 0,505) verringerten Wahrscheinlichkeit in ihren Redebeiträgen wahr.

Tabelle 14: Regressionsergebnisse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien

Variable	(1) Wahrnehmung	(2) Wahrnehmung
FDP	-0,074 (0,211)	0,185 (0,210)
SPD	-0,542*** (0,156)	-0,641*** (0,162)
Linke	-0,733*** (0,230)	-0,529** (0,218)
Grünen	-0,738*** (0,266)	-0,684** (0,275)
Steuerliche Kontrollvariablen	nein	ja
Länge der Redebeiträge	nein	ja
Jahres fixe Effekte	nein	ja
Konstante	ja	ja
Geclusterte SE nach	Politiker	Politiker
Beobachtungen	2.782	2.782
Pseudo R ²	0,015	0,154
Durchschnitt Wahrnehmung	0,207	0,207

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse zur logistischen Regressionsanalyse von EQ1. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten bilden die nach Politikern geclusterten robusten Standardfehler (SE) ab. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

³⁷⁶ Für die Darstellung der Ergebnisse wird die Abkürzung Koeff. (Regressionskoeffizient) verwendet.

³⁷⁷ Vgl. Sperandei (2014), S. 14 f.; Uanhoro et al. (2021), S. 670; Hailpern/Visintainer (2003), S. 214.

Tabelle 15: Wald-Tests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien

Politische Partei	SPD	Linke	Grünen
FDP	0,000	0,018	0,017
SPD		0,000	0,000
Linke			0,006

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Ergebnisse der Wald-Tests zur Feststellung, ob die Mittelstandswahrnehmung der Politiker der FDP, der SPD, der Linken und der Grünen signifikant voneinander abweichen (Tabelle 14: Spalte 2). Abgebildet sind die p-Werte, wobei Werte von unter 0,1, 0,05 respektive 0,01 Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 % bedeuten.

Die Ergebnisse der Wald-Tests aus vorstehender Tabelle 15 präsentieren ebenfalls signifikante Unterschiede in der Wahrnehmung des Mittelstands zwischen allen übrigen Parteien. Im Ergebnis lässt sich konstatieren, dass der Mittelstand in der deutschen Steuergesetzgebung eine verstärkte Wahrnehmung durch die Union und die FDP erfährt, während die Politiker der Grünen, der Linken und der SPD den Mittelstand signifikant weniger intensiv in den Plenarsitzungen wahrnehmen.

Im Hinblick auf die Literatur decken sich die inferenzstatistischen Ergebnisse mit den Thesen von *Schroeder und Weßels*, nach denen die mittelständischen Interessenverbände verstärkt Einfluss über die Union und FDP ausüben sollten.³⁷⁸ Weiterhin sind die Ergebnisse konsistent mit der Forschung von *Weßels*, wonach die FDP und Union im Verhältnis zu den übrigen Parteien die Arbeitgeber- und Wirtschaftsinteressen wahrnehmen sollten.³⁷⁹ Die empirischen Ergebnisse korrespondieren zudem mit einer Studie des *Deutschen Mittelstandsbundes e. V.*, in der eine Analyse der Wahlprogramme der politischen Parteien zur Bundestagswahl 2021 durchgeführt wurde. Bewertet wurde deren Mittelstandsfreundlichkeit. Den Ergebnissen zufolge wiesen die Union und die FDP im Vergleich zu den anderen politischen Parteien die mittelstandsfreundlichsten Wahlprogramme auf.³⁸⁰ Die empirischen Ergebnisse decken sich ebenfalls mit einer Studie von *Röhl*, der die Wahlprogramme der politischen Parteien zur Bundestagswahl 2021 hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Vorhaben für den Mittelstand analysiert hat. Seine Ergebnisse illustrieren, dass die Union und die FDP in Relation zu den übrigen Parteien am stärksten die Interessen mittelständischer Unternehmen adressieren.³⁸¹

³⁷⁸ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12.

³⁷⁹ Vgl. Weßels (2014), S. 145.

³⁸⁰ Vgl. Deutscher Mittelstandsbund e. V. (2021), S. 3.

³⁸¹ Vgl. Röhl (2021), S. 24.

Zudem zeigen die empirischen Ergebnisse, dass diejenigen politischen Parteien, die eine inhaltliche Nähe zum Mittelstand aufweisen, den Mittelstand stärker wahrnehmen.³⁸² Dies verdeutlicht sich ebenfalls an den Feststellungen von *Krickhahn*, wonach die parteinahen Mittelstandsorganisationen der Union (Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)) und der FDP (Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e. V.) den Interessen des Mittelstandssegments inhaltlich besonders nahestehen.³⁸³

Zum Zwecke der Überprüfung der Ergebnisse werden verschiedene Robustheitstests durchgeführt, die Tabelle 16 abbildet. Im Rahmen der beiden ersten durchgeführten Robustheitstests nimmt die Indikatorvariable „Wahrnehmung“ den Wert eins an, wenn der Mittelstand, anstatt mindestens einmal, mindestens zweimal (Spalte 1) bzw. mehr als zweimal (Spalte 2) in einem Redebeitrag Erwähnung findet. Während sich im ersteren Fall die Ergebnisse im Vergleich zur Grunduntersuchung EQ1 kaum ändern, entfällt bei den Linken und den Grünen bei mehr als zwei Mittelstandsnennungen die Signifikanz der Regressionskoeffizienten. Aus diesem Ergebnis lässt sich lediglich eine geringere Wahrnehmungsintensität des Mittelstands durch Politiker der SPD ableiten. Verantworten könnte dieses Ergebnis jedoch auch die Länge der Redebeiträge, da diese in den Plenarsitzungen des Bundestags und Bundesrats zeitlichen Begrenzungen unterliegen. So findet der Mittelstand in lediglich 9 % der Redebeiträge mehr als zweimal explizite Erwähnung. Als weitere Robustheitstests werden verschiedene Aufteilungen des Datensatzes vorgenommen (*sample split*), wobei Aufteilungen der Untersuchungsstichprobe zwischen dem Bundestag (Spalte 3) und Bundesrat (Spalte 4), Regierungspolitikern (Spalte 5) und Oppositionspolitikern (Spalte 6)³⁸⁴ sowie der ersten Beratung bzw. Lesung (Spalte 7) und den nachfolgenden Beratungen bzw. Lesungen (Spalte 8) durchgeführt werden. Auf Ebene des Bundesrats ergeben sich abweichend von der Grunduntersuchung keine signifikanten Abweichungen in der Mittelstandswahrnehmung zwischen den Redebeiträgen von Politikern der Linken und der

³⁸² Vgl. Hall/Deardorff (2006), S. 75; Spohr (2021), S. 273 f..

³⁸³ Vgl. Krickhahn (2010), S. 95, und Krickhahn (2017), S. 124 f., wonach die MIT die verhältnismäßig wichtigste Organisation mit engem parteipolitischen Bezug für die mittelständische Wirtschaft darstellt. Ähnlich Schroeder/Schreiter (2017), S. 377.

³⁸⁴ Die Zuordnung der Bundesratsmitglieder zu den Regierungs- und Oppositionsparteien folgt der Regierungs- bzw. Oppositionszugehörigkeit der politischen Parteien im Bundestag in der jeweiligen Legislaturperiode. Stammt ein Redebeitrag im Bundesrat von einem Politiker der SPD und war die SPD zu diesem Zeitpunkt im Bundestag an der Regierung beteiligt, so wird der Redebeitrag des SPD-Bundesratspolitikers den Regierungsfractionen zugerechnet. Die Linkspartei war in den untersuchten Legislaturperioden nicht an der Regierung beteiligt.

Tabelle 16: Robustheitstests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Wahrnehmung Wahrnehmung bedarf min- destens zwei expliziter Er- wähnungen des Mittel- stands	Wahrnehmung Wahrnehmung bedarf mehr als zwei expli- ziten Erwäh- nungen des Mittelstands	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge aus dem Bun- destag	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge aus dem Bun- desrat	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge von Politikern der regieren- den Parteien	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge von Politikern der Oppositi- onsparteien	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge aus der ersten Beratung	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge aus der zwei- ten und den folgenden Be- ratungen	Wahrnehmung Probit-Regres- sion
FDP	0,150 (0,223)	0,360 (0,237)	0,094 (0,200)	0,796** (0,400)	0,324 (0,324)	0,133 (0,355)	0,055 (0,270)	0,364 (0,253)	0,106 (0,123)
SPD	-0,707*** (0,177)	-0,842*** (0,219)	-0,644*** (0,181)	-0,778** (0,333)	-0,584*** (0,201)	-1,441** (0,580)	-0,414** (0,207)	-0,882*** (0,204)	-0,361*** (0,092)
Linke	-0,486** (0,213)	-0,477 (0,318)	-0,454* (0,232)	-0,951 (0,771)		-0,704 (0,466)	-0,355 (0,290)	-0,678*** (0,188)	-0,319*** (0,119)
Grüne	-0,572* (0,313)	-0,497 (0,390)	-0,714** (0,306)	-0,311 (0,462)	-1,308** (0,620)	-0,790* (0,434)	-0,674* (0,375)	-0,683** (0,267)	-0,381** (0,156)
Steuerliche Kontrollvariablen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Länge der Redebeiträge	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Jahres fixe Effekte	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Konstante	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Geclusterte SE nach	Politiker	Politiker	Politiker	Politiker	Politiker	Politiker	Politiker	Politiker	Politiker
Beobachtungen	2.782	2.692	2.321	454	1.503	1.178	1.338	1.444	2.782
Pseudo R ²	0,150	0,179	0,144	0,263	0,132	0,175	0,143	0,196	0,154
Durchschnitt Wahrnehmung	0,154	0,090	0,196	0,260	0,226	0,181	0,201	0,211	0,207

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse der Robustheitstests zur logistischen Regressionsanalyse von EQ1. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Politikern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Grünen im Verhältnis zur Union (Spalte 4). Eine auf einem 5 % Niveau signifikante Abweichung stellt sich lediglich bei dem Regressionskoeffizienten der SPD (Koeff.: -0,778, p-Wert: 0,019) ein. Bei den Redebeiträgen der FDP (Koeff.: 0,796, p-Wert: 0,046) ergibt sich auf Ebene des Bundesrats hingegen eine auf einem 5 % Niveau signifikant stärkere Wahrnehmung des Mittelstands. Demzufolge treffen die Ergebnisse der Grunduntersuchung nicht in Gänze auf die Ebene des Bundesrats zu. Im Hinblick auf die Redebeiträge der Union in Legislaturperioden als Oppositionspartei (Spalte 6) und in Redebeiträgen, die die erste Beratung betreffen (Spalte 7), stellen sich keine signifikanten Unterschiede in der Mittelstandswahrnehmung zwischen den Politikern der Union und denen der Linken ein. Die übrigen Robustheitstests in Spalte 5 und Spalte 8 bestätigen im Wesentlichen die Ergebnisse des Grundmodells. Als finaler Robustheitstest wird anstelle der logistischen Regressionsanalyse eine Probit-Regression durchgeführt, nach der sich keine wesentlichen Unterschiede zur Grunduntersuchung ergeben.

Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker in den steuerlichen Interessensfeldern

Die nachfolgende Tabelle 17 enthält die Ergebnisse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker in den speziellen Interessengebieten (Untersuchungsfragen 2.1 und 2.2). Die Ergebnisse zeigen, dass Politiker den Mittelstand jeweils auf einem 1 % Niveau signifikant verstärkt im Kontext der Erbschaft- und Schenkungsteuer (Koeff.: 0,926, p-Wert: 0,000) und im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten (Koeff.: 0,405, p-Wert: 0,001) wahrnehmen. Politiker erwähnen den Mittelstand in ihren Redebeiträgen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer mit einer um 20,4 % (*odds ratio*: 1,204) und im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten mit einer 49,9 % (*odds ratio*: 1,499) erhöhten Wahrscheinlichkeit.

Tabelle 17: Regressionsergebnisse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker in den speziellen mittelständischen Interessengebieten

Variable	(1) Wahrnehmung	(2) Wahrnehmung
Erbschaftsteuer	0,969*** (0,167)	0,926*** (0,208)
Compliance-Kosten	0,771*** (0,116)	0,405*** (0,128)
Ertrag- und Umsatzsteuer	nein	ja
Politische Parteien	nein	ja
Länge der Stellungnahme	nein	ja
Jahres fixe Effekte	nein	ja
Konstante	ja	ja
Geclusterte SE nach Beobachtungen	Politiker 2.782	Politiker 2.782
Pseudo R ²	0,040	0,154
Durchschnitt Wahrnehmung	0,207	0,207

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse zur logistischen Regressionsanalyse von EQ2. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Politikern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Zum Zwecke der Überprüfung der Ergebnisse werden dieselben Robustheitstests wie zu EQ1 durchgeführt, abgebildet in nachfolgender Tabelle 18. Die Robustheitstests verdeutlichen im Hinblick auf die speziellen steuerlichen Interessengebiete des Mittelstands die signifikant stärkere Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker im Kontext der Erbschaft- und Schenkungsteuer und im Zusammenhang mit den steuerlichen Compliance-Kosten. Lediglich auf Ebene des Bundesrats erfährt der Mittelstand im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten keine verstärkte Wahrnehmung durch die Bundesratspolitiker (Spalte 4). Im Ergebnis bestätigen die Robustheitstests grundlegend die statistischen Resultate der Grunduntersuchung für die Bundestagebene.

Tabelle 18: Robustheitstests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker in den speziellen mittelständischen Interessengebieten

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Wahrnehmung Wahrnehmung bedarf min- destens zwei expliziter Er- wähnungen des Mittel- stands	Wahrnehmung Wahrnehmung bedarf mehr als zwei expli- ziten Erwäh- nungen des Mittelstands	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge aus dem Bun- destag	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge aus dem Bun- desrat	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge von Politikern der regieren- den Parteien	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge von Politikern der Oppositi- onsparteien	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge aus der ersten Beratung	Wahrnehmung Teildatensatz: Redebeiträge aus der zwei- ten und den folgenden Be- ratungen	Wahrnehmung Probit-Regres- sion
Erbschaftsteuer	0,743*** (0,213)	0,878*** (0,272)	0,748*** (0,242)	2,200*** (0,48)	0,984*** (0,267)	0,915*** (0,312)	0,641** (0,277)	1,250*** (0,284)	0,531*** (0,121)
Compliance-Kosten	0,461*** (0,129)	0,653*** (0,156)	0,512*** (0,139)	-0,134 (0,282)	0,385** (0,159)	0,409** (0,196)	0,348* (0,183)	0,441*** (0,168)	0,248*** (0,075)
Ertrag- und Umsatzsteuer	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Länge der Redebeiträge	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Jahres fixe Effekte	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Konstante	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Geclusterte SE nach Beobachtungen	Politiker 2.782	Politiker 2.692	Politiker 2.321	Politiker 454	Politiker 1.503	Politiker 1.178	Politiker 1.338	Politiker 1.444	Politiker 2.782
Pseudo R ²	0,150	0,179	0,144	0,263	0,132	0,175	0,143	0,196	0,154
Durchschnitt Wahrnehmung	0,154	0,090	0,196	0,260	0,226	0,181	0,201	0,211	0,207

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse der Robustheitstests zur logistischen Regressionsanalyse von EQ2. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Politikern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien in den steuerlichen Interessengebieten

Die nachfolgende Tabelle 19 bildet die Ergebnisse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien in den steuerlichen Interessengebieten des Mittelstands unter Verwendung der Interaktionsterme ab (Untersuchungsfrage 3.1 und 3.2).

Tabelle 19: Regressionsanalyse zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien in den mittelständischen steuerlichen Interessengebieten

Variable	(1) Wahrnehmung	(2) Wahrnehmung
FDP*Erbschaftsteuer	-0,472 (0,505)	-0,619 (0,548)
SPD*Erbschaftsteuer	-0,178 (0,413)	-0,325 (0,403)
Linke*Erbschaftsteuer	0,320 (0,727)	-0,162 (0,69)
Grüne*Erbschaftsteuer	-0,209 (0,49)	-0,345 (0,497)
FDP* Compliance-Kosten	-0,032 (0,305)	-0,016 (0,363)
SPD* Compliance-Kosten	-0,561* (0,323)	-0,586* (0,318)
Linke* Compliance-Kosten	-0,192 (0,395)	0,103 (0,441)
Grüne* Compliance-Kosten	0,015 (0,346)	-0,125 (0,392)
FDP	0,033 (0,241)	0,330 (0,272)
SPD	-0,318* (0,188)	-0,441** (0,187)
Linke	-0,561 (0,35)	-0,485 (0,328)
Grüne	-0,669** (0,29)	-0,584* (0,306)
Erbschaftsteuer	1,079*** (0,267)	1,176*** (0,293)
Compliance-Kosten	0,872*** (0,192)	0,559*** (0,215)
Ertrag und Umsatzsteuer	nein	ja
Länge der Stellungnahme	nein	ja
Jahres fixe Effekte	nein	ja
Konstante	ja	ja
Geclusterte SE nach	Politiker	Politiker
Beobachtungen	2.782	2.782
Pseudo R ²	0,054	0,157

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse zur logistischen Regressionsanalyse von EQ3. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Politikern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Tabelle 20: Wald-Tests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien in der Erbschaft- und Schenkungsteuer

Wald-Tests:	SPD*Erbschaftsteuer	Linke*Erbschaftsteuer	Grüne*Erbschaftsteuer
FDP*Erbschaftsteuer	0,477	0,529	0,488
SPD*Erbschaftsteuer		0,723	0,663
Linke*Erbschaftsteuer			0,784

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Wald-Tests zur Feststellung, ob die Mittelstandswahrnehmung der Politiker der FDP, der SPD, der Linken und der Grünen innerhalb der Erbschaft- und Schenkungsteuer signifikant voneinander abweichen (Tabelle 19: Spalte 2). Abgebildet sind die p-Werte, wobei Werte von unter 0,1, 0,05 respektive 0,01 auf Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 % schließen lassen.

Tabelle 21: Wald-Tests zur Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien in Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten

Wald-Tests:	SPD*Compliance-Kosten	Linke*Compliance-Kosten	Grüne*Compliance-Kosten
FDP*Compliance-Kosten	0,130	0,967	0,949
SPD*Compliance-Kosten		0,119	0,167
Linke*Compliance-Kosten			0,901

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Ergebnisse der Wald-Tests zur Feststellung, ob die Mittelstandswahrnehmung der Politiker der FDP, der SPD, der Linken und der Grünen innerhalb der steuerlichen Compliance-Kosten signifikant voneinander abweichen (Tabelle 19: Spalte 2). Abgebildet sind die p-Werte, wobei Werte von unter 0,1, 0,05 respektive 0,01 Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 % erkennen lassen.

Innerhalb der Erbschaft- und Schenkungsteuer ergeben sich keine signifikanten Unterschiede in der Mittelstandswahrnehmung der FDP, der SPD, der Linken und der Grünen in Relation zur *Baseline* Union (Tabelle 19). Die zugehörigen Wald-Tests, abgebildet in vorstehender Tabelle 20, lassen ebenfalls keine signifikanten Unterschiede zwischen den übrigen politischen Parteien erkennen. Bezogen auf die Wahrnehmung des Mittelstands im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten offenbaren die Ergebnisse lediglich eine signifikant schwächere Wahrnehmung des Mittelstands durch die SPD (Koeff.: -0,565, p-Wert: 0,066) im Verhältnis zur Union, wobei sich das Signifikanzniveau auf 10 % beläuft (Tabelle 19). Ansonsten stellen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den politischen Parteien ein, wie die in vorstehender Tabelle 21 abgebildeten Wald-Tests veranschaulichen.

Darüber hinaus illustriert in Tabelle 19 die Signifikanz der Erbschaftsteuervariable (Koeff.: 1,548, p-Wert: 0,000) und der steuerlichen Compliance-Kostenvariable (Koeff.: 0,604, p-Wert: 0,009) auf jeweils einem 1 % Niveau, dass die Themen Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie steuerliche Compliance-Kosten für die verstärkte Wahrnehmung des Mittelstands durch die Politiker ursächlich sind. In Summe indizieren die Ergebnisse, dass Politiker unabhängig von ihrer politischen Parteizugehörigkeit

den Mittelstand innerhalb seiner spezifischen steuerlichen Interessengebiete wahrnehmen.³⁸⁵

Im Hinblick auf die steuerlichen Compliance-Kosten stimmen die empirischen Ergebnisse mit der Studie von *Röhl* im Grundsatz überein. Demnach erstrecken sich die wirtschaftspolitischen Vorhaben der Union, der Grünen und der FDP auf den Bürokratieabbau für den Mittelstand. Die SPD hingegen plädiert für eine Ausweitung der Dokumentationspflichten. Lediglich die Linken verschriftlichten in ihrem Bundestagswahlprogramm 2021 keine Vorhaben zum Bürokratieabbau für mittelständische Unternehmen.³⁸⁶ Ebenfalls verdeutlicht dies im Grundsatz eine Wahrnehmung des Mittelstands in seinen speziellen Interessengebieten durch diejenigen politischen Parteien, die dem Mittelstandssegment inhaltlich nahestehen.³⁸⁷

Bezogen auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer sind die empirischen Ergebnisse teilweise konsistent mit den Thesen von *Schroeder und Weßels*. Demnach sollte der Mittelstand starken Einfluss über die Union und FDP auf die Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzgebung ausüben.³⁸⁸

Als zentrale Erkenntnisse lassen die statistischen Ergebnisse die Schlussfolgerung zu, dass der Mittelstand eine stärkere Wahrnehmung durch Politiker der Union und der FDP erfährt, wobei das Ergebnis nicht auf die Bundesratsebene zutrifft (Untersuchungsfrage 1).³⁸⁹ Daraus lässt sich ableiten, dass der Mittelstand über die Union und die FDP auf die deutsche Steuergesetzgebung Einfluss nimmt. Darüber hinaus zeigt sich parteiübergreifend eine verstärkte Wahrnehmung des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten (Untersuchungsfragen 2.1, 2.2, 3.1 und 3.2). Denn innerhalb dieser steuerlichen Interessengebiete ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede in der Wahrnehmungsintensität durch die politischen Parteien. Einzige Ausnahme bilden die Politiker der SPD im Kontext der steuerlichen Compliance-Kosten. Weiterhin erfährt der Mittelstand auf Ebene des Bundesrats durch keine politische Partei eine signifikant stärkere Wahrnehmung im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten.

³⁸⁵ Das gleiche Ergebnis ergibt sich, wenn die Regressionsanalyse mit dem Teildatensatz durchgeführt wird, der ausschließlich Bundestagsreden enthält.

³⁸⁶ Vgl. Röhl (2021), S. 18.

³⁸⁷ Vgl. Hall/Deardorff (2006), S. 75; Spohr (2021), S. 273 f..

³⁸⁸ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12.

³⁸⁹ Ähnlich auch Niessen/Ruenzi (2010), S. 449 f..

5.4 Untersuchungen zum politischen Gehör mittelständischer Interessenvertreter durch politische Parteien

5.4.1 Forschungsdesign

Politisches Gehör der mittelständischen Interessenvertreter durch die politischen Parteien

Anknüpfend an die Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands in den Plenarsitzungen durch Politiker bzw. politische Parteien wird mittels der nachfolgenden Untersuchungen beleuchtet, welche politischen Parteien den mittelständischen Interessenvertretern in den öffentlichen Anhörungssitzungen verstärkt politisches Gehör schenken. Demzufolge bezieht sich die Analyse auf die Verflechtungen zwischen politischen Parteien und Interessenvertretern in der Steuergesetzgebung.³⁹⁰ Für die empirische Analyse werden die Fragen der Finanzausschusspolitiker an die Interessenvertreter in den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses herangezogen.³⁹¹ Es ist zu vermuten, dass diejenigen politischen Parteien an mittelständische Interessenvertreter häufiger Fragen richten, die eine größere Nähe zum Mittelstandsegment aufweisen.³⁹² Über die politischen Parteien, die den mittelständischen Interessenvertretern verstärkt politisches Gehör verschaffen, sollte der Mittelstand vor dem Hintergrund der *Exchange Theory* Einfluss auf die Steuergesetzgebung nehmen. Dahingehend wird folgende Untersuchungsfrage beleuchtet:

4.1: Welche politischen Parteien schenken den mittelständischen Interessenvertretern verstärkt politisches Gehör?

Die empirische Auswertung vollzieht sich mittels einfaktorieller Varianzanalyse mit anschließenden Mehrfachvergleichstests. Als unabhängige Variable fungiert die Parteizugehörigkeit der Finanzausschusspolitiker. Als abhängige Variable dient der prozentuale Anteil an Fragen an mittelständische Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung. Für diesen Zweck wird zunächst für jede öffentliche Anhörungssitzung der prozentuale Anteil der Fragen von den politischen Parteien an die als Mittelstand kategorisierten Interessensvertreter im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der jeweiligen Partei in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung erhoben. Stellt demgemäß eine politische Partei zwei ihrer zehn Fragen an mittelständische

³⁹⁰ Vgl. Trampusch (2004), S. 648.

³⁹¹ Ähnlich Trampusch (2004), S. 648.

³⁹² Vgl. Hall/Deardorff (2006), S. 75; Spohr (2021), S. 273 f..

Interessenvertreter in einer öffentlichen Anhörungssitzung, beträgt der prozentuale Anteil der Fragen dieser politischen Partei an mittelständische Interessenvertreter für diese öffentliche Anhörungssitzung 20 %. Die Erhebung des prozentualen Anteils erfolgt händisch auf Basis der Wortprotokolle für jede der 112 öffentlichen Anhörungssitzungen mit steuerlichem Bezug. Zeigen die Mehrfachvergleichstests signifikante Unterschiede zwischen dem prozentualen Anteil der Fragen der politischen Parteien an mittelständische Interessenvertreter, so schenkt eine politische Partei den mittelständischen Interessenvertretern signifikant mehr politisches Gehör.

Politisches Gehör der mittelständischen Interessenvertreter im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern pro politischer Partei

Im Anschluss erfolgt eine Untersuchung, in welchem Umfang die einzelnen politischen Parteien den mittelständischen Interessenvertretern im Verhältnis zu den anderen kategorisierten Interessenvertretern in den öffentlichen Anhörungssitzungen politisches Gehör schenken. Die Untersuchung erlaubt eine erste Indikation zur Durchsetzungskraft des Mittelstands im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt pro politischer Partei. Dahingehend wird folgende Untersuchungsfrage beantwortet:

4.2: In welchem Umfang schenken politische Parteien den mittelständischen Interessenvertretern im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern politisches Gehör?

Die Auswertung erfolgt als einfaktorielle Varianzanalysen mit anschließenden Mehrfachvergleichstests gesondert für die Union, die FDP, die SPD, die Grünen und die Linken. Als abhängige Variable fungiert ebenfalls die relative Anzahl an Fragen der politischen Partei an die jeweiligen kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung. Als unabhängige Variable dienen die kategorisierten Interessenvertreter.

5.4.2 Ergebnisse

Politisches Gehör der mittelständischen Interessenvertreter durch die politischen Parteien

Zunächst zeigen Tabelle 22 und Tabelle 23 hinsichtlich des politischen Gehörs der mittelständischen Interessenvertreter durch die politischen Parteien (Untersuchungsfrage 4.1) keine signifikanten Unterschiede zwischen der Union (M: 13,404 %) und der FDP (M: 12,220 %). Politiker der Union richten signifikant mehr Fragen ihres gesamten Fragevolumens an mittelständische Interessenvertreter als Politiker der Linken

(M: 4,057 %, Mittelwertdifferenz: -9,348, p-Wert: 0,000) und der SPD (M: 5,616 %, Mittelwertdifferenz: -7,788, p-Wert: 0,001). Selbiges gilt für die FDP im Verhältnis zu den Linken (Mittelwertdifferenz: -8,163, p-Wert: 0,004) und zur SPD (Mittelwertdifferenz: -6,604, p-Wert: 0,025). Die Grünen richten 9,834 % ihres gesamten Fragevolumens an Interessenvertreter des Mittelstands, wobei sich aus den Mehrfachvergleichstests im Verhältnis zur Union, FDP und SPD keine signifikanten Unterschiede ergeben. Lediglich im Verhältnis zu den Politikern der Linken stellen Politiker der Grünen signifikant häufiger Fragen an Interessenvertreter des Mittelstands (Mittelwertdifferenz: -5,777, p-Wert: 0,074). Zwischen Politikern der Linken und der SPD ergeben sich keine signifikanten Unterschiede im prozentualen Fragevolumen an mittelständische Interessenvertreter.

Tabelle 22: Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der mittelständischen Interessenvertreter

Politische Partei	Relativer Anteil von Fragen der politischen Parteien an Interessenvertreter des Mittelstands pro öffentlicher Anhörungssitzung im Finanzausschuss		
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Anzahl der Anhörungssitzungen, an denen die politischen Parteien teilgenommen haben</i>
Union	13,404	15,347	112
FDP	12,220	18,842	86
Grüne	9,834	16,946	112
Linke	4,057	12,159	90
SPD	5,616	11,808	112
Gesamt	9,077	15,543	512

Anmerkung: Die Tabelle präsentiert die deskriptive Übersicht zur relativen Anzahl von Fragen der politischen Parteien an die als Mittelstand kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der jeweiligen politischen Partei in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, gerundet auf drei Nachkommastellen. M und SD sind Prozentwerte.

Tabelle 23: Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der mittelständischen Interessenvertreter

Politische Partei	Union	FDP	Grüne	Linke
FDP	-1,185			
Grüne	-3,570	-2,386		
Linke	-9,348***	-8,163***	-5,777*	
SPD	-7,788***	-6,604**	-4,218	1,559

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte bilden die Mittelwertdifferenzen zwischen der relativen Anzahl von Fragen der politischen Parteien an die als Mittelstand kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der jeweiligen politischen Partei in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 ab. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktorischen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Zusammenfassend indiziert die empirische Analyse folgende Rangordnung (Untersuchungsfrage 4.1): Die Politiker der FDP und der Union schenken mittelständischen Interessenvertretern in den öffentlichen Anhörungssitzungen das meiste politische Gehör, gefolgt von den Politikern der Grünen. Am wenigsten politisches Gehör erfahren die mittelständischen Interessenvertreter durch Politiker der Linken und der SPD. Dagegen sollte das Mittelstandssegment, übereinstimmend mit den Ergebnissen zur Wahrnehmung des Mittelstands in den Plenarsitzungen, über die Union und die FDP Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung ausüben.

Ebenfalls korrespondieren die Ergebnisse mit den Studienergebnissen des *Deutschen Mittelstandsbundes e. V.* und von Röhl über die Auswertung der Bundestagswahlprogramme aus dem Jahr 2021, wonach die Union und FDP die stärkste Wahrnehmung der Interessen des Mittelstands aufwiesen.³⁹³ Weiterhin sind die Ergebnisse im Einklang mit *Schroeder und Weßels*, nach denen der Mittelstand verstärkt Einfluss über die Union und FDP ausüben sollte.³⁹⁴ Darüber hinaus illustrieren die empirischen Ergebnisse erneut, dass diejenigen politischen Parteien mittelständische Interessenvertreter verstärkt wahrnehmen, die eine inhaltliche Nähe zum Mittelstandssegment aufweisen.³⁹⁵

Politisches Gehör der mittelständischen Interessenvertreter im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern pro politischer Partei

Hinsichtlich des politischen Gehörs der mittelständischen Interessenvertreter durch die Union im Verhältnis zu den anderen kategorisierten Interessenvertretern (Untersuchungsfrage 4.2) zeigen Tabelle 24 und Tabelle 25, dass keine signifikanten Unterschiede im prozentualen Anteil der Fragen an mittelständische Interessenvertreter im Verhältnis zum prozentualen Anteil von Fragen an Berater (M: 15,619, Mittelwertdifferenz: 2,215, p-Wert: 1,000) und an Interessenvertreter von Großunternehmen (M: 9,736, Mittelwertdifferenz: -3,669, p-Wert: 1,000) bestehen. Signifikante Unterschiede ergeben sich jedoch im relativen Anteil der Fragen an Interessenvertreter allgemeiner Unternehmensverbände (M: 27,816, Mittelwertdifferenz: 14,412, p-Wert: 0,000) und an die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter

³⁹³ Vgl. Deutscher Mittelstandsbund e. V. (2021), S. 3; Röhl (2021), S. 24.

³⁹⁴ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12.

³⁹⁵ Vgl. Hall/Deardorff (2006), S. 75; Spohr (2021), S. 273 f.. Ähnlich Krickhahn (2010), S. 95; Krickhahn (2017), S. 124 f..

(M: 33,425, Mittelwertdifferenz: 20,021, p-Wert: 0,000).³⁹⁶ Demgemäß schenkt die Union den allgemeinen Interessenvertretern verstärkt politisches Gehör in der Steuergesetzgebung.

Tabelle 24: Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Union

Interessenvertreter	Relativer Anteil von Fragen der Union an die geladenen Interessenvertreter im Finanzausschuss pro öffentlicher Anhörungssitzung		
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Anzahl der Anhörungssitzungen, an denen die Union teilgenommen hat</i>
Mittelstand	13,404	15,347	112
Großunternehmen	9,736	13,310	112
Unternehmen allgemein	27,816	18,078	112
Berater	15,619	13,853	112
Andere Interessen	33,425	24,456	112
Gesamt	20,000	19,640	560

Anmerkung: Die Tabelle präsentiert die deskriptive Übersicht zur relativen Anzahl von Fragen der Union an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der Union in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, gerundet auf drei Nachkommastellen.

Tabelle 25: Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Union

Interessenvertreter	Mittelstand	Groß- unternehmen	Unternehmen allgemein	Berater
Großunternehmen	-3,669			
Unternehmen allgemein	14,412***	18,08***		
Berater	2,215	5,883	-12,197***	
Andere Interessen	20,021***	23,69***	5,610	17,807***

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte bilden die Mittelwertdifferenzen zwischen der relativen Anzahl von Fragen der Union an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der Union in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 ab. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktoriellen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Die in Tabelle 26 und Tabelle 27 dargestellten Ergebnisse zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die FDP präsentieren ein zur Union vergleichbares Bild. Keine signifikanten Unterschiede stellen sich in der Anzahl der Fragen an mittelständische Interessenvertreter im Verhältnis zu den Interessenvertretern der Großunternehmen (M: 12,933, Mittelwertdifferenz: 0,713, p-Wert: 1,000) und den Beratern (M: 17,207, Mittelwertdifferenz: 4,988, p-Wert: 1,000) ein, während die FDP auf einem 1 % Niveau signifikant mehr Fragen ihres Fragenvolumens an Interessenvertreter

³⁹⁶ Der Grund dafür ist, dass in der Kategorie "andere Interessen" unterschiedliche Interessenvertreter vereint sind, was den hohen Anteil erklärt.

von allgemeinen Unternehmensverbänden (M: 24,225, Mittelwertdifferenz: 12,006, p-Wert: 0,008) richtet. Darüber hinaus stellen Politiker der FDP auch signifikant mehr Fragen an Interessenvertreter, die andere Interessen verfolgen (M: 33,415, Mittelwertdifferenz: 21,196, p-Wert: 0,000).

Tabelle 26: Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die FDP

Interessenvertreter	Relativer Anteil von Fragen der FDP an die geladenen Interessenvertreter im Finanzausschuss pro öffentlicher Anhörungssitzung		
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Anzahl der Anhörungssitzungen, an denen die FDP teilgenommen hat</i>
Mittelstand	12,220	18,842	86
Großunternehmen	12,933	21,788	86
Unternehmen allgemein	24,225	23,985	86
Berater	17,207	21,258	86
Andere Interessen	33,415	28,960	86
Gesamt	20,000	24,443	430

Anmerkung: Die Tabelle präsentiert die deskriptive Übersicht zur relativen Anzahl von Fragen der FDP an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der FDP in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, gerundet auf drei Nachkommastellen.

Tabelle 27: Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die FDP

Interessenvertreter	Mittelstand	Groß- unternehmen	Unternehmen allgemein	Berater
Großunternehmen	0,713			
Unternehmen allgemein	12,006***	11,292**		
Berater	4,988	4,274	-7,018	
Andere Interessen	21,196***	20,483***	9,19*	16,208***

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte bilden die Mittelwertdifferenzen zwischen der relativen Anzahl von Fragen der FDP an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der FDP in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 ab. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktoriellen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Demgemäß lässt sich für die Politiker der FDP konstatieren, dass diese den mittelständischen Interessenvertretern, Beratern und Interessenvertretern von Großunternehmen in etwa das gleiche politische Gehör schenken. Interessenvertreter von allgemeinen Unternehmensverbänden erfahren jedoch ein signifikant stärkeres politisches Gehör durch die FDP.

Die Tabelle 28 und Tabelle 29 illustrieren, dass die Grünen an die Interessenvertreter von Großunternehmen (M: 5,407, Mittelwertdifferenz: -4,427, p-Wert: 0,950) und Interessenvertreter der allgemeinen Unternehmen (M: 11,380,

Mittelwertdifferenz: 1,546, p-Wert: 1,000) sowie an die Berater (M: 8,299, Mittelwertdifferenz: -1,535, p-Wert: 1,000) nicht signifikant mehr Fragen richten als an die Interessenvertreter des Mittelstands. Stattdessen stellen diese mit 64,187 % einen Großteil ihres Fragevolumens an die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter, was auf einem 1 % Niveau im Verhältnis zu den mittelständischen Interessenvertretern (Mittelwertdifferenz: 54,353, p-Wert: 0,000) signifikant mehr Fragen ihres gesamten Fragevolumens sind. Im Ergebnis schenken die Grünen somit den Interessenvertretern des Mittelstands im Verhältnis zu den Interessenvertretern der Großunternehmen und der allgemeinen Unternehmen sowie im Verhältnis zu den Beratern nicht mehr politisches Gehör. Jedoch erfahren die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter ein überaus verstärktes politisches Gehör durch die Politiker der Grünen.

Tabelle 28: Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Grünen

Interessenvertreter	Relativer Anteil von Fragen der Grünen an die geladenen Interessenvertreter im Finanzausschuss pro öffentlicher Anhörungssitzung		
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Anzahl der Anhörungssitzungen, an denen die Grünen teilgenommen hat</i>
Mittelstand	9,834	16,946	112
Großunternehmen	5,407	14,840	112
Unternehmen allgemein	11,380	16,992	112
Berater	8,299	15,701	112
Andere Interessen	64,187	30,319	112
Gesamt	19,821	29,773	560

Anmerkung: Die Tabelle präsentiert die deskriptive Übersicht zur relativen Anzahl von Fragen der Grünen an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der Grünen in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, gerundet auf drei Nachkommastellen.

Tabelle 29: Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Grünen

Interessenvertreter	Mittelstand	Groß- unternehmen	Unternehmen allgemein	Berater
Großunternehmen	-4,427			
Unternehmen allgemein	1,546	5,973		
Berater	-1,535	2,892	-3,081	
Andere Interessen	54,353***	58,779***	52,807***	55,887***

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte bilden die Mittelwertdifferenzen zwischen der relativen Anzahl von Fragen der Grünen an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der Grünen in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 ab. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktoriellen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Die SPD richtet, präsentiert in Tabelle 30 und Tabelle 31, nicht signifikant mehr Fragen an mittelständische Interessenvertreter als an die Interessenvertreter von Großunternehmen (M: 3,129, Mittelwertdifferenz: -2,487, p-Wert: 1,000) und an Berater (M: 7,678, Mittelwertdifferenz: 2,063, p-Wert: 1,000). Jedoch stellen Politiker der SPD signifikant häufiger Fragen an Interessenvertreter von allgemeinen Unternehmensverbänden (M: 13,727, Mittelwertdifferenz: 8,111, p-Wert: 0,002). Generell richten SPD-Politiker mit 69,850 % einen Großteil ihres Fragevolumens an die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter, was signifikant vom Anteil der Fragen an mittelständische Interessenvertreter abweicht (Mittelwertdifferenz: 64,234, p-Wert: 0,000). Dahingehend lässt sich konstatieren, dass die SPD verstärkt politisches Gehör den Interessenvertretern der allgemeinen Unternehmensverbände und insbesondere den als andere Interessen kategorisierten Interessenvertretern schenkt.

Tabelle 30: Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die SPD

Interessenvertreter	Relativer Anteil von Fragen der SPD an die geladenen Interessenvertreter im Finanzausschuss pro öffentlicher Anhörungssitzung		
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Anzahl der Anhörungssitzungen, an denen die SPD teilgenommen hat</i>
Mittelstand	5,616	11,808	112
Großunternehmen	3,129	6,926	112
Unternehmen allgemein	13,727	17,906	112
Berater	7,678	12,237	112
Andere Interessen	69,850	25,086	112
Gesamt	20,000	29,837	560

Anmerkung: Die Tabelle präsentiert die deskriptive Übersicht zur relativen Anzahl von Fragen der SPD an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der SPD in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, gerundet auf drei Nachkommastellen.

Tabelle 31: Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die SPD

Interessenvertreter	Mittelstand	Groß- unternehmen	Unternehmen allgemein	Berater
Großunternehmen	-2,487			
Unternehmen allgemein	8,111***	10,598***		
Berater	2,063	4,549	-6,048*	
Andere Interessen	64,234***	66,721***	56,123***	62,172***

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte bilden die Mittelwertdifferenzen zwischen der relativen Anzahl von Fragen der SPD an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der SPD in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 ab. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktoriellen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Abschließend zeigen Tabelle 32 und Tabelle 33 im Hinblick auf die politische Partei der Linken, dass keine signifikanten Unterschiede im prozentualen Anteil der Fragen an mittelständische Interessenvertreter im Verhältnis zu den Interessenvertretern der Großunternehmen (M: 0,659, Mittelwertdifferenz: -3,398, p-Wert: 1,000) und allgemeinen Unternehmen (M: 4,884, Mittelwertdifferenz: 0,828, p-Wert: 1,000) sowie im Verhältnis zu den Beratern (M: 5,426, Mittelwertdifferenz: 1,369, p-Wert: 1,000) bestehen. Mit 84,975 % stellen Politiker der Linken jedoch signifikant mehr Fragen ihres Fragevolumens an die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter (Mittelwertdifferenz: 80,918, p-Wert: 0,000). Demnach schenken Politiker der Linken den mittelständischen Interessenvertretern ähnlich wenig politisches Gehör wie den Interessenvertretern der Großunternehmen und allgemeinen Unternehmensverbänden sowie den Beratern. Den als andere Interessen kategorisierten Interessenvertretern wird jedoch mit Abstand das größte politische Gehör durch die Linken zuteil.

Tabelle 32: Deskriptive Statistik zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Linken

Interessenvertreter	Relativer Anteil von Fragen der Linken an die geladenen Interessenvertreter im Finanzausschuss pro öffentlicher Anhörungssitzung		
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Anzahl der Anhörungssitzungen, an denen die Linken teilgenommen hat</i>
Mittelstand	4,057	12,159	90
Großunternehmen	0,659	3,657	90
Unternehmen allgemein	4,884	13,363	90
Berater	5,426	13,477	90
Andere Interessen	84,975	25,910	90
Gesamt	20,000	36,013	450

Anmerkung: Die Tabelle präsentiert die deskriptive Übersicht zur relativen Anzahl von Fragen der Linken an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der Linken in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017, gerundet auf drei Nachkommastellen.

Tabelle 33: Mehrfachvergleichstests zum politischen Gehör der Interessenvertreter durch die Linken

Interessenvertreter	Mittelstand	Groß- unternehmen	Unternehmen allgemein	Berater
Großunternehmen	-3,398			
Unternehmen allgemein	0,828	4,225		
Berater	1,369	4,767	0,542	
Andere Interessen	80,918***	84,316***	80,091***	79,549***

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte bilden die Mittelwertdifferenzen zwischen der relativen Anzahl von Fragen der Linken an die kategorisierten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Verhältnis zum gesamten Fragevolumen der Linken in der jeweiligen öffentlichen Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 ab. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktoriellen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Im Ergebnis illustrieren die empirischen Auswertungen, dass die Union und FDP in Relation zu den anderen politischen Parteien verstärkt den mittelständischen Interessenvertretern politisches Gehör schenken (Untersuchungsfrage 4.1). Jedoch richten diese beiden Parteien auch signifikant mehr ihres Fragevolumens an die als allgemeine Unternehmen kategorisierten Interessenvertreter im Verhältnis zu den mittelständischen Interessenvertretern (Untersuchungsfrage 4.2). Dahingehend erfahren allgemeine Unternehmensrepräsentanten signifikant mehr politisches Gehör durch die Union und die FDP als die Interessenvertreter des Mittelstands. Dies stellt einen Indikator dar, dass die Interessen des Mittelstands eine geringere Relevanz für die Union und die FDP besitzen als die Interessen der allgemeinen Unternehmensrepräsentanten. Im Kontext des steuerpolitischen Wettbewerbsmarkts Deutschlands indiziert dies eine geringere Durchsetzungskraft der mittelständischen Interessenvertreter im Verhältnis zu den allgemeinen unternehmerischen Interessenvertretern.³⁹⁷ Insgesamt lassen die Ergebnisse die Schlussfolgerung zu, dass der Mittelstand über die Union und FDP weniger Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung ausüben sollte als die Repräsentanten allgemeiner Unternehmensverbände. Damit decken sich die empirischen Ergebnisse nicht mit der Einschätzung von *Schroeder und Weßels*, nach denen der Mittelstand starken Einfluss auf die Union und die FDP in steuerrechtlichen Aspekten ausüben sollte.³⁹⁸ Zudem sind die Ergebnisse im Einklang mit der Forschung von *Weßels*, wonach die FDP und die Union eine im Verhältnis zu den anderen politischen Parteien verstärkte Wahrnehmung von Arbeitgeber- und Wirtschaftsinteressen aufweisen sollten.³⁹⁹ In dem Kontext schenken die Union und die FDP jedoch vor allem den Interessen der allgemeinen unternehmerischen Interessenverbände politisches Gehör.

Die SPD und die Linken weisen das geringste politische Gehör für mittelständische Interessenvertreter auf. Politiker der Grünen schenken den mittelständischen Interessenvertretern etwas mehr politisches Gehör. Insgesamt richten jedoch Politiker der Grünen, der SPD und der Linken einen Großteil ihres Fragevolumens an die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter. Im Ergebnis lässt sich konstatieren, dass der Mittelstand daher über die Grünen, die SPD und die Linken fast keinen Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung nehmen sollte.

³⁹⁷ Ähnlich Mulcahy (2015), S. 16.

³⁹⁸ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12.

³⁹⁹ Vgl. Weßels (2014), S. 145.

Zusammenfassend sollten mittelständische Interessenvertreter im Hinblick auf den steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt durch das geringere politische Gehör eine verhältnismäßig geringere politische Durchsetzungskraft aufweisen. In Summe sollte das Mittelstandssegment in der Ausübung von Einfluss benachteiligt sein und seine eigenen Interessen weniger erfolgreich umsetzen können.

5.5 Untersuchungen zum Lobbying des Mittelstands

5.5.1 Untersuchungen zum Zugang des Mittelstands zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren

5.5.1.1 Forschungsdesign

Im Anschluss an die Untersuchungen zur Ebene der politischen Entscheidungsträger wird nachfolgend die Ebene der Interessenvertreter eingehender betrachtet. Ausgehend von der *Exchange Theory* ermöglicht der Zugang zu politischen Entscheidungsträgern Interessenvertretern die Teilnahme an Interaktionen im politischen Wettbewerbsmarkt. Der Zugang zu politischen Entscheidungsträgern bildet demnach einen entscheidenden Faktor für die Ausübung von Einfluss,⁴⁰⁰ weshalb sich dessen Quantifizierung für eine Approximation von Einfluss eignet.⁴⁰¹ Zugang zum formellen deutschen Steuergesetzgebungsverfahren und damit die Möglichkeit für Lobbying erhält der Mittelstand, indem er zu den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses eingeladen wird oder durch das Bundesministerium der Finanzen beteiligt wird. Auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen ist § 44 Abs. 5 GGO zu beachten, wonach zur Ergründung der Auswirkungen und Gesetzesfolgen eines Gesetzesentwurfs⁴⁰² speziell die Ansichten der mittelständischen Wirtschaft einzuholen sind.⁴⁰³ Auf Finanzausschussebene existiert keine vergleichbare Regelung. Im Ergebnis könnte der Mittelstand daher einen vergleichsweise stärkeren Zugang zum Steuergesetzgebungsverfahren auf ministerialer Ebene aufweisen. Vor dem Hintergrund stellen sich die folgenden Untersuchungsfragen:

⁴⁰⁰ Vgl. Truman (1951), S. 264; Baron (2019), S. 404; Chin et al. (2000), S. 535; Gray/Lowery (1997), S. 340; Hadani/Coombes (2015), S. 864; Schuler et al. (2002), S. 668; de Figueiredo (2009), S. 465; Herndon (1982), S. 997.

⁴⁰¹ Vgl. Bouwen (2002), S. 366; Alves (2020), S. 308; Coleman/Grant (1988), S. 484. Ähnlich auch Austen-Smith (1995), S. 575. Zugang ist nicht gleichzusetzen mit erfolgreicher Einflussnahme (vgl. Eising (2007), S. 332; Eising/Spohr (2017), S. 315 f.).

⁴⁰² Zu den Auswirkungen und Gesetzesfolgen gehören gem. § 44 Abs. 1 Satz 2 GGO die beabsichtigten Wirkungen und unbeabsichtigten Nebenwirkungen der Steuerrechtsänderungen, die im Gesetzesentwurf unter den Gesetzesfolgen darzustellen sind.

⁴⁰³ Vgl. Gerig (2014), S. 249.

- 5.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags?
- 5.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?
- 6.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen?
- 6.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?

Die empirische Auswertung des Zugangs der Interessenvertreter erfolgt mittels deskriptiver Häufigkeitstabellen über die Anzahl der kategorisierten Stellungnahmen im Untersuchungszeitraum. Dabei wird jede Stellungnahme als ein Zugang zur deutschen Steuergesetzgebung gewertet. Eine Stellungnahme betrifft die Erbschaft- und Schenkungsteuer, wenn der steuerliche Gesetzentwurf Änderungen des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts vorsieht, die nicht bloß redaktioneller Natur sind.⁴⁰⁴ Da sich die Vorschriften zu den steuerlichen Compliance-Kosten über die gesamte deutsche Steuergesetzgebung verteilen, kann der Zugang zu diesem Interessenfeld des Mittelstands nicht über eine deskriptive Zugangsanalyse ermittelt werden.⁴⁰⁵

5.5.1.2 Ergebnisse

Die nachfolgende Tabelle 34 bildet den Zugang der Interessenvertreter zum Finanzausschuss ab, aufgeschlüsselt nach dem gesamten Steuergesetzgebungsverfahren (Untersuchungsfrage 5.1) und spezifisch für die Erbschaft- und Schenkungsteuer (Untersuchungsfrage 5.2). Die Statistik zeigt einen relativen Zugang mittelständischer Interessenvertreter von 10,48 % zum deutschen Steuergesetzgebungsverfahren im Allgemeinen. Zur Erbschaft- und Schenkungsteuer ergibt sich mit 13,27 % eine dem gesamten Steuergesetzgebungsverfahren entsprechende Zugangsquote. Demnach deuten die Ergebnisse darauf hin, dass der Mittelstand keinen wesentlich stärkeren Zugang zu

⁴⁰⁴ Eine Stellungnahme betraf auch die Erbschaft- und Schenkungsteuer, wenn sie zu einem steuerlichen Gesetzentwurf abgegeben wurde, der bewertungsrechtliche Änderungen mit Auswirkungen auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer enthielt.

⁴⁰⁵ Die Untersuchung zur Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen ist in Kapitel 5.5.3 zu finden.

seinem spezifischen erbschaft- und schenkungsteuerlichen Interessengebiet auf Ebene des Finanzausschusses erfährt.

Tabelle 34: Deskriptive Übersicht über den Zugang der Interessenvertreter zum Steuergesetzgebungsverfahren auf Ebene des Finanzausschusses

Interessenvertreter	Steuergesetzgebungsverfahren gesamt	Erbschaft- und Schenkungsteuer
	<i>abs. (rel.)</i>	<i>abs. (rel.)</i>
Mittelstand	194 (10,48)	15 (13,27)
Großunternehmen	150 (8,10)	9 (7,96)
Unternehmen allgemein	365 (19,71)	15 (13,27)
Berater	242 (13,07)	16 (14,16)
Andere Interessen	901 (48,65)	58 (51,33)
Gesamt	1.852 (100)	113 (100)

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die deskriptiven Ergebnisse zum Zugang der Interessenvertreter auf Ebene des Finanzausschusses des Bundestags für die gesamte Steuergesetzgebung und separiert für die Erbschaft- und Schenkungsteuer im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017. Jede eingereichte Stellungnahme zählt als eine Interessenrepräsentanz und damit als ein Zugang zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren. Die relativen Werte wurden auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Hinsichtlich des Zugangs des Mittelstands zum Bundesministerium der Finanzen zum gesamten Steuergesetzgebungsverfahren (Untersuchungsfrage 6.1) zeigt die folgende Tabelle 35 eine Zugangsquote von 12,77 %. Somit entstammt etwas mehr jede zehnte Stellungnahme aus der Feder eines Interessenvertreter des Mittelstands. Die Zugangsquoten zum gesamten Steuergesetzgebungsverfahren lassen zwischen der Ebene des Finanzausschusses und der Ebene des Bundesministeriums der Finanzen kaum Unterschiede erkennen. Bei erbschaft- und schenkungsteuerlichen Gesetzentwürfen offenbart die deskriptive Auswertung hingegen auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen mit 26,67 % der Stellungnahmen eine höhere Zugangsquote des untersuchten Unternehmenssegments (Untersuchungsfrage 6.2). Im Ergebnis demonstriert die deskriptive statistische Auswertung, dass der Mittelstand einen verstärkten Zugang zur Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzgebung auf Bundesfinanzministeriumsebene im Verhältnis zum Finanzausschuss und im Verhältnis zum gesamten Steuergesetzgebungsverfahren aufweist. Dies ermöglicht dem Mittelstand auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen in der Erbschaft- und Schenkungsteuer ein verstärktes Lobbying.

Tabelle 35: Deskriptive Übersicht über den Zugang der Interessenvertreter zum Steuergesetzgebungsverfahren auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen

Interessenvertreter	Steuergesetzgebungsverfahren gesamt	Erbschaft- und Schenkungsteuer
	<i>abs. (rel.)</i>	<i>abs. (rel.)</i>
Mittelstand	47 (12,77)	8 (26,67)
Großunternehmen	25 (6,79)	0 (0)
Unternehmen allgemein	135 (36,68)	9 (30)
Berater	53 (14,4)	6 (20)
Andere Interessen	108 (29,35)	7 (23,33)
Gesamt	368 (100)	30 (100)

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die deskriptiven Ergebnisse zum Zugang der Interessenvertreter auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen für die gesamte Steuergesetzgebung und separiert für die Erbschaft- und Schenkungsteuer für die öffentlich zur Verfügung stehenden Stellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode. Jede eingereichte Stellungnahme zählt als eine Interessenrepräsentanz und damit als ein Zugang zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren. Die relativen Werte wurden auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Verglichen mit dem Zugang der übrigen kategorisierten Interessenvertreter präsentieren die deskriptiven Statistiken in den vorstehenden Tabelle 34 und Tabelle 35 folgendes Bild zum steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt: Im Verhältnis zur Gruppe der Großunternehmen, die einen Zugang von 8,10 % bzw. 6,79 % aufweisen, ist der Mittelstand im Steuergesetzgebungsverfahren stärker repräsentiert. Zudem weisen Großunternehmen in der Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen keinen Zugang auf, während sich auf Ebene des Finanzausschusses ein dem gesamten Steuergesetzgebungsverfahren ähnliches Bild offenbart. Die größte Repräsentanz unternehmerischer Interessen im Steuergesetzgebungsverfahren bedingen jedoch die allgemeinen Unternehmensvertreter, die keinen spezifischen Fokus auf das Mittelstands- oder Großunternehmenssegment gesetzt haben. Auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen sind allgemeine Unternehmensrepräsentanten mit 36,68 % vertreten, auf Ebene des Finanzausschusses verantworten diese knapp ein Fünftel der Stellungnahmen. In Kontext der Erbschaft- und Schenkungsteuer lässt die deskriptive Auswertung einen im Verhältnis zur gesamten Steuergesetzgebung geringeren Zugang der allgemeinen Unternehmensrepräsentanten erkennen.

Auch die Berater weisen im Verhältnis zum Mittelstand mit 13,07 % bzw. 14,40 % einen stärkeren Zugang zum gesamten Steuergesetzgebungsverfahren auf als das untersuchte Mittelstandssegment. Zudem illustrieren die deskriptiven Auswertungsergebnisse, dass Berater mit einem Fünftel einen höheren Zugangsgrad zu erbschaft- und schenkungsteuerlichen Gesetzentwürfen auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen verzeichnen.

Die als andere Interessen Kategorisierten verantworten im gesamten Steuergesetzgebungsverfahren auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen knapp 30 % und auf Ebene des Finanzausschusses knapp 50 % der Stellungnahmen. Demgemäß sind solche Interessen insbesondere auf Finanzausschussebene repräsentiert. Zudem weisen die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter im Allgemeinen einen vergleichsweise hohen Zugangsgrad zur Steuergesetzgebung auf. Ein ähnliches Bild zeichnet die deskriptive Auswertung für die Erbschaft- und Schenkungsteuer. Demnach entstammen von den als andere Interessen Kategorisierten auf ministerialer Ebene 23,33 % der Stellungnahmen, während es auf Finanzausschussebene 51,33 % der Stellungnahmen sind. Diese erhebliche Diskrepanz veranschaulicht, dass das Konglomerat der anderen Interessen besonders auf Ebene des Finanzausschusses Zugang zum Steuergesetzgebungsverfahren erfährt.

Aus den Ergebnissen der deskriptiven Auswertung des Zugangs lassen sich folgende Implikationen ableiten: Zunächst trifft die vorab getroffene Vermutung einer stärkeren Repräsentanz des Mittelstands aufgrund der Regelung des § 44 Abs. 5 GGO, wonach das Bundesministerium der Finanzen bei der Ergründung der Auswirkungen eines Gesetzentwurfs insbesondere den Mittelstand zu konsultieren hat, nur auf Gesetzentwürfe zur Erbschaft- und Schenkungsteuer zu. Ansonsten indizieren die deskriptiven Auswertungsergebnisse vor dem Hintergrund der *Exchange Theory* eine Unterrepräsentanz des Mittelstands im gesamten formellen Steuergesetzgebungsverfahren Deutschlands. Dies betrifft sowohl die Ebene des Finanzausschusses (Untersuchungsfrage 5.1) als auch die Ebene des Bundesministeriums der Finanzen (Untersuchungsfrage 6.1). Das Mittelstandssegment sollte im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt aufgrund der geringeren Zugangsquoten und der damit verbundenen größeren Konkurrenz der übrigen Interessenvertreter in seiner Einflussnahme benachteiligt sein. Auf Ebene des Finanzausschusses in der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist das Mittelstandssegment ebenfalls unterrepräsentiert (Untersuchungsfrage 5.2). Eine Ausnahme zur Unterrepräsentanz des Mittelstands bildet die Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen (Untersuchungsfrage 6.2). Hier lässt die empirische Auswertung zumindest keine Unterrepräsentanz erkennen.

Die deskriptiven Ergebnisse stehen damit vornehmlich im Kontrast zu den Ergebnissen von *Krickhahn*, der empirisch keine Unterrepräsentanz mittelständischer Interessenverbände auf bundespolitischer Ebene feststellen konnte.⁴⁰⁶ Jedoch

⁴⁰⁶ Vgl. Krickhahn (1993), S. 32.

korrespondieren die Ergebnisse mit *Schroeder und Weßels*, nach denen der Mittelstand mit einem Repräsentanzproblem konfrontiert ist.⁴⁰⁷ Überdies sind die empirischen Ergebnisse insofern bemerkenswert, da in Deutschland laut Literatur eine Vielzahl an mittelständischen Branchenverbänden existiert,⁴⁰⁸ die im Steuergesetzgebungsverfahren durch das Bundesministerium der Finanzen und den Finanzausschuss nicht beteiligt werden. Insbesondere in Relation mit dem Zugang der Großunternehmen lässt sich der geringere Zugang des Mittelstands vor dem Hintergrund der Anzahl an Unternehmen pro Unternehmenssegment als beträchtlich beurteilen. Denn ca. 99 % der Unternehmen sind dem Mittelstandssegment zugehörig.

Bezogen auf die Approximation von Einfluss auf Basis des Zugangs indizieren die empirischen Resultate einen geringeren Einfluss des Mittelstands auf die Steuergesetzgebung Deutschlands. Lediglich in seinem erbschaft- und schenkungsteuerlichen Interessengebiet auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen sollte der Mittelstand zumindest nicht unterrepräsentiert sein und verhältnismäßig größeren Einfluss ausüben können.

5.5.2 Untersuchung zur kollektiven Partizipation des Mittelstands

5.5.2.1 Forschungsdesign

Anschließend wird untersucht, ob der Mittelstand verstärkt durch kollektive Interessenvertreter im Steuergesetzgebungsverfahren vertreten wird, insbesondere im Verhältnis zu den als Großunternehmen kategorisierten Interessenvertretern. Ausgehend von dem *Resource-based View* und der Literatur ist eine verstärkte Partizipation von kollektiven mittelständischen Interessenvertretern zu erwarten.⁴⁰⁹ Dahingehend wird folgende Untersuchungsfrage gestellt:

7: Erfährt der Mittelstand verstärkt Repräsentanz durch Interessenverbände?

Die Auswertung erfolgt auf Basis der Stellungnahmen über den Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 mittels deskriptiver Häufigkeitstabellen, wobei eine Stellungnahme als ein Zugang gewertet wird. Weiterhin wurde für jede Stellungnahme geprüft,

⁴⁰⁷ Vgl. Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

⁴⁰⁸ Vgl. Krickhahn (2010), S. 91 f.; Krickhahn (1993), S. 32 f.. Ebenso Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

⁴⁰⁹ Vgl. Bouwen (2002), S. 373 f.; Vining et al. (2005), S. 160; de Figueiredo/Richter (2014), S. 169; Schuler (1996), S. 732; Cook/Fox (2000), S. 107; Cook (1996), S. 62; Bennett/Ramsden (2007), S. 69. Ebenso Priddat/Speth (2007), S. 26

ob es sich bei dem Verfasser um eine kollektive Interessengruppe oder einen individuellen Akteur handelt.

5.5.2.2 Ergebnisse

Tabelle 36 gibt einen Überblick über das individuelle und kollektive Lobbying. Es zeigt sich, dass der Mittelstand mit 88 % fast ausschließlich über kollektive Interessenvertreter Repräsentanz im Steuergesetzgebungsverfahren erfährt. Im Vergleich dazu entstammen bei den Großunternehmensrepräsentanten und Beratern jeweils lediglich 55 % der Stellungnahmen von kollektiven Akteuren. Werden die individuellen und kollektiven Partizipationen von Interessenvertretern des Mittelstands und von Interessenvertretern von Großunternehmen in einer Kreuztabelle dargestellt, ergibt ein Chi-Quadrat-Test einen Chi-Quadrat-Wert von 54,43, der auf einem 1 % Niveau signifikant ist (p-Wert: 0,000). Demnach besteht ein großer signifikanter Zusammenhang dahingehend, dass der Mittelstand im Verhältnis zu den Großunternehmen stärker über kollektive Interessenvertreter Repräsentanz im deutschen Steuergesetzgebungsverfahren erfährt.

Tabelle 36: Deskriptive Übersicht über Verteilung von Stellungnahmen individueller und kollektiver Interessenvertreter

Interessenvertreter	Individuelle Partizipation <i>abs. (rel.)</i>	Kollektive Partizipation <i>abs. (rel.)</i>	Gesamt
Mittelstand	30 (0,12)	211 (0,88)	241
Großunternehmen	78 (0,45)	97 (0,55)	175
Unternehmen allgemein	0 (0)	500 (1)	500
Berater	453 (0,45)	556 (0,55)	1.009
Andere Interessen	200 (0,68)	95 (0,32)	295
Gesamt	761 (0,34)	1.459 (0,66)	2.220

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die deskriptiven Ergebnisse über die Verteilung des individuellen und kollektiven Lobbyings von den kategorisierten Interessenvertretern. Jede eingereichte Stellungnahme zählt als eine Interessenrepräsentanz. Die relativen Werte wurden auf zwei Nachkommastellen gerundet.

Zusammenfassend illustriert die Untersuchung, dass der Mittelstand verstärkt durch kollektive Interessenvertreter Zugang zum deutschen Steuergesetzgebungsverfahren erlangt (Untersuchungsfrage 7). Damit stehen die Ergebnisse in Einklang mit der aus dem *Resource-based View* abgeleiteten Vermutung der Literatur, dass der Mittelstand verstärkt durch kollektive Interessenvertreter Zugang zum

Steuergesetzgebungsverfahren erfahren sollte.⁴¹⁰ Darüber hinaus korrespondieren die Ergebnisse mit den Studien von *Cook und Fox*, *Cook* sowie *Bennett und Ramsden*, nach denen sich kleinere Unternehmen zur Ausübung von Einfluss in Interessengruppen zusammenschließen bzw. Mitglied in einem Interessenverband sind.⁴¹¹ Übergreifend zeigen die statistischen Resultate übereinstimmend mit *Hillman und Hitt* sowie *Ahrens* eine durch kollektive Interessenverbände geprägte Lobbying-Landschaft in Deutschland.⁴¹²

5.5.3 Untersuchung zur Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen

5.5.3.1 Forschungsdesign

Eine zentrale Zielsetzung des mittelständischen Lobbyings sollte in der Verringerung der Belastungen durch steuerliche Compliance-Kosten bestehen. Dahingehend stellt sich die Untersuchungsfrage:

- 8: Vertritt der Mittelstand verstärkt Interessen im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten?

Als Datengrundlage dienen die 2.220 kategorisierten Stellungnahmen von der 15. bis 18. Legislaturperiode. Die empirische Auswertung erfolgt mittels logistischer Regressionsanalyse, welche die folgende Form annimmt:

$$EQ4: \text{Compliance-Kosteninteressen} = \beta_0 + \beta_1 \text{Großunternehmen} + \beta_2 \text{Unternehmen allgemein} + \beta_3 \text{Berater} + \beta_4 \text{Andere Interessen} + \text{Steuerliche Kontrollvariablen} + \text{Textlängenkontrollvariablen} + \text{Jährliche fixe Effekte} + \varepsilon$$

Die abhängige Variable „Compliance-Kosteninteressen“ erfasst als Indikatorvariable die Stellungnahmen, in denen steuerliche Compliance-Kosteninteressen repräsentiert werden. Deren Erhebung erfolgt textanalysebasiert unter Verwendung des steuerlichen Compliance-Kostenwörterbuchs.⁴¹³ Generell ermöglicht im Lobbying-Kontext ein Wörterbuchansatz die textanalysebasierte Extraktion von Lobbying-Positionen der

⁴¹⁰ Vgl. de Figueiredo/Richter (2014), S. 169; Hillman/Hitt (1999), S. 831; Bouwen (2002), S. 374; Barrick/Alexander (2014), S. 20; Cook/Fox (2000), S. 106 f.; Bombardini/Trebbi (2020), S. 397. In etwa Priddat/Speth (2007), S. 26.

⁴¹¹ Vgl. Cook/Fox (2000), S. 107; Cook (1996), S. 62; Bennett/Ramsden (2007), S. 69. Ebenso Priddat/Speth (2007), S. 26.

⁴¹² Ebenso Hillman/Hitt (1999), S. 832; Ahrens (2007), S. 133.

⁴¹³ Kapitel 5.3.1 enthält das selbstentwickelte Compliance-Kostenwörterbuch für die textanalysebasierte Auswertung mit LIWC.

Interessenvertreter aus Stellungnahmen.⁴¹⁴ Die Indikatorvariable nimmt den Wert eins an, wenn in einer Stellungnahme steuerliche Compliance-Kosten mindestens einmal thematisiert werden. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.

Als erklärende Variablen fungieren die Kategorien der Stellungnahmen, wobei die als Mittelstand kategorisierten Kommentierenden die *Baseline* formen. Ein signifikanter positiver (negativer) Regressionskoeffizient deutet demnach auf eine stärkere (schwächere) Repräsentanz von steuerlichen Compliance-Kosteninteressen durch die Repräsentanten des Mittelstands im Vergleich zu denen der Großunternehmen, allgemeinen Unternehmen, Berater und als anderen Interessen kategorisierten Interessenvertretern hin.

Als steuerliche Kontrollvariablen fließen die Erbschaft- und Schenkungsteuer, die Ertragsteuern und die Umsatzsteuer ein. Denn diese steuerlichen Rechtsgebiete enthalten mitunter Vorschriften, die steuerliche Compliance-Kosten verursachen. Weiterhin ist das steuerliche Verfahrensrecht als steuerliche Kontrollvariable integriert, denn dieses Rechtsgebiet enthält als formelles steuerliches Regelwerk diverse Vorschriften, welche die Nennung der steuerlichen Compliance-Kostenbegriffe bedingen können.⁴¹⁵ Die Erhebung der steuerlichen Kontrollvariablen erfolgt als Indikatorvariablen nach dem zuvor in Kapitel 5.3.1 beschriebenen Erhebungsprozess, ohne die Berücksichtigung bloßer redaktioneller Änderungen.⁴¹⁶

Anlässlich der textanalysebasierten Herangehensweise dient die über die Wortanzahl erhobene logarithmierte Textlänge der Stellungnahmen als Textlängenkontrollvariable. Als zweite Textlängenkontrollvariable fungiert die Länge der Steuergesetzesentwürfe.⁴¹⁷ Zusätzlich sind jährliche fixe Effekte in die Regression einbezogen. Die Standardfehler der logistischen Regression sind zur Reduzierung von Autokorrelation nach den von denselben Interessensvertretern verfassten Stellungnahmen geclustert. Die Überprüfung der logistischen Regression auf Ausreißer und Multikollinearität

⁴¹⁴ Ähnlich Monsen (2022), S. 315, der Lobbying-Positionen textanalysebasiert anhand der emotionalen Konnotation von Stellungnahmen erhebt.

⁴¹⁵ Siehe diesbezüglich Kapitel 2.2.3.

⁴¹⁶ Dementsprechend erfolgte die Erhebung der steuerlichen Kontrollvariablen anhand der Anzahl der Wörter unter Berücksichtigung des Mindestumfangs von 10 %. Bei Stellungnahmen zu aktuellen Themen, die im Finanzausschuss erörtert wurden, erfolgt die Erfassung der angesprochenen Steuerthemen in Ermangelung eines Steuergesetzesentwurfs auf der Grundlage einer händischen Auswertung des Wortprotokolls aus der öffentlichen Anhörungssitzung über das jeweilige aktuelle Thema.

⁴¹⁷ Bei Stellungnahmen, die sich auf eine öffentliche Anhörungssitzung zu einem aktuellen steuerlichen Thema beziehen, wurde in Ermangelung eines Steuergesetzesentwurfs ersatzweise die Länge des Wortprotokolls zur öffentlichen Anhörungssitzung herangezogen.

enthält Anhang 10. Es finden sich keine Ausschläge, die der Durchführung der Regressionsanalyse entgegenstehen. Tabelle 61, abgebildet in Anhang 11, enthält die Variablendefinitionen.

5.5.3.2 Ergebnisse

Die nachfolgende Tabelle 37 bildet die deskriptive Statistik zur logistischen Regressionsanalyse der Repräsentanz von steuerlichen Compliance-Kosteninteressen ab. In 43 % der in die Untersuchung eingeflossenen Stellungnahmen erwähnten Interessenvertreter steuerliche Compliance-Kosten mindestens einmal.

Tabelle 37: Deskriptive Statistik zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen

Variable	N	M	SD	Min	Max
Compliance-Kosteninteressen	2.220	0,430	0,495	0	1
Interessenvertreter					
<i>Mittelstand</i>	2.220	0,109	0,311	0	1
<i>Großunternehmen</i>	2.220	0,079	0,270	0	1
<i>Unternehmen allgemein</i>	2.220	0,225	0,418	0	1
<i>Berater</i>	2.220	0,133	0,340	0	1
<i>Andere Interessen</i>	2.220	0,455	0,498	0	1
Steuerthemen					
<i>Erbschaftsteuer</i>	2.220	0,064	0,246	0	1
<i>Ertragsteuern</i>	2.220	0,650	0,477	0	1
<i>Umsatzsteuer</i>	2.220	0,201	0,401	0	1
<i>Steuerliches Verfahrensrecht</i>	2.220	0,225	0,418	0	1
Textlänge					
<i>Länge der Stellungnahme</i>	2.220	7,555	0,894	4,489	12,197
<i>Länge des Steuergesetzesentwurfs</i>	2.220	9,670	1,156	6,918	11,432

Anmerkung: Die Tabelle beinhaltet die deskriptive Übersicht über die Ausprägungen der Variablen zur Untersuchung der Repräsentanz von steuerlichen Compliance-Kosteninteressen, gerundet auf drei Nachkommastellen.

Die nachfolgende Tabelle 38 illustriert die Regressionsergebnisse zur steuerlichen Compliance-Kostenuntersuchung (EQ4). Ohne Berücksichtigung von Kontrollvariablen (Spalte 1) zeigt die Statistik, dass die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter steuerliche Compliance-Kosten in ihren Stellungnahmen signifikant auf einem 1 % Niveau seltener erwähnen als die Interessenvertreter des Mittelstands (Koeff.: -0,523, p-Wert: 0,004). Gegenüber den anderen kategorisierten Interessenvertretern stellen sich keine signifikanten Abweichungen ein. Unter Hinzunahme der Kontrollvariablen manifestiert sich jedoch eine Signifikanz der negativen Regressionskoeffizienten. Das Signifikanzniveau beläuft sich jeweils gegenüber den Interessenvertretern der Großunternehmen (Koeff.: -0,417, p-Wert: 0,074), den Interessenvertretern der allgemeinen Unternehmensrepräsentanten (Koeff.: -0,406, p-Wert: 0,081) und den

Beratern (Koeff.: -0,542, p-Wert: 0,323) auf 10 %. Währenddessen ergibt sich in Relation zu den als andere Interessen Kategorisierten weiterhin ein Signifikanzniveau von 1 % (Koeff.: -1,017, p-Wert: 0,000). Die anschließende Berechnung der *odds ratios* ergibt, dass Großunternehmen steuerliche Compliance-Kosteninteressen mit einer 34,1 % (*odds ratio*: 0,659), Interessenvertreter allgemeiner Unternehmensverbände mit einer 33,4 % (*odds ratio*: 0,666), Berater mit einer 41,8 % (*odds ratio*: 0,582) und das Konglomerat der anderen Interessen mit einer 63,8 % (*odds ratio*: 0,362) verringerten Wahrscheinlichkeit im Verhältnis zu den mittelständischen Interessenvertretern im Steuergesetzgebungsverfahren repräsentieren. Im Ergebnis impliziert die inferenzstatistische Untersuchung eine verstärkte Repräsentanz von steuerlichen Compliance-Kosteninteressen durch mittelständische Interessenvertreter im Verhältnis zu den übrigen kategorisierten Interessenvertretern.

Tabelle 38: Regressionsanalyse zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen

Variable	(1) Compliance-Kosteninteressen	(2) Compliance-Kosteninteressen
Großunternehmen	0,024 (0,311)	-0,417* (0,233)
Unternehmen allgemein	-0,102 (0,287)	-0,406* (0,233)
Berater	0,214 (0,284)	-0,542* (0,323)
Andere Interessen	-0,523*** (0,181)	-1,017*** (0,207)
Steuerthemen	nein	ja
Textlänge	nein	ja
Jahres fixe Effekte	nein	ja
Konstante	ja	ja
Geclusterte SE nach	Interessenvertreter	Interessenvertreter
Beobachtungen	2.220	2.220
Pseudo R ²	0,014	0,176

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Ergebnisse zur logistischen Regressionsanalyse von EQ4. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Interessenvertretern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Zur Überprüfung der Ergebnisse werden Robustheitstests durchgeführt, abgebildet in Tabelle 39. Zunächst nimmt die abhängige Variable „Compliance-Kosteninteressen“ den Wert eins an, wenn in einer Stellungnahme anstelle von mindestens einer Erwähnung eines steuerlichen Compliance-Kostenbegriffs aus dem steuerlichen Compliance-Kostenwörterbuch mindestens zwei bzw. mehr als zwei Begriffserwähnungen vorausgesetzt werden. Wird auf mindestens zwei Erwähnungen (Spalte 1) abgestellt,

Tabelle 39: Robustheitstest zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen

Variable	(1) Compliance-Kosteninteressen Die Repräsentanz von Compliance-Kosteninteressen bedarf der Erwähnung von mindestens zwei Compliance-Kostenbegriffen in einer Stellungnahme	(2) Compliance-Kosteninteressen Die Repräsentanz von Compliance-Kosteninteressen bedarf der Erwähnung von mehr als zwei Compliance-Kostenbegriffen in einer Stellungnahme	(3) Compliance-Kosteninteressen Teildatensatz: Stellungnahmen, die auf Ebene des Finanzausschusses des Bundestags eingereicht wurden	(4) Compliance-Kosteninteressen Teildatensatz: Stellungnahmen, die auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen eingereicht wurden	(5) Compliance-Kosteninteressen Probit-Regression
Großunternehmen	-0,273 (0,265)	-0,835** (0,419)	-0,251 (0,246)	-1,205 (0,809)	-0,251* (0,140)
Unternehmen allgemein	-0,271 (0,210)	-0,476* (0,270)	-0,234 (0,242)	-1,182** (0,527)	-0,230* (0,139)
Berater	-0,344 (0,282)	-0,678** (0,277)	-0,309 (0,340)	-1,813*** (0,564)	-0,313 (0,193)
Andere Interessen	-0,955*** (0,193)	-1,385*** (0,267)	-0,859*** (0,203)	-1,938*** (0,602)	-0,604*** (0,124)
Steuerthemen	ja	ja	ja	ja	ja
Textlänge	ja	ja	ja	ja	ja
Jahres fixe Effekte	ja	ja	ja	ja	ja
Konstante	ja	ja	ja	ja	ja
Geclusterte SE nach Beobachtungen	Interessenvertreter 2.193	Interessenvertreter 2.193	Interessenvertreter 1.852	Interessenvertreter 368	Interessenvertreter 2.220
Pseudo R ²	0,182	0,230	0,155	0,353	0,175

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse der Robustheitstests zur logistischen Regressionsanalyse von EQ4. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Interessenvertretern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

verlieren die negativen Regressionskoeffizienten der Großunternehmen, der allgemeinen Unternehmensrepräsentanten und der Berater ihre Signifikanz. Bei mehr als zwei Begriffserwähnungen (Spalte 2) ergeben sich wiederum signifikante negative Regressionskoeffizienten mit teilweise verbesserten Signifikanzniveaus im Vergleich zum Grundmodell. So erhöht sich das Signifikanzniveau des negativen Regressionskoeffizienten für Großunternehmen (Koeff.: -0,835, p-Wert: 0,046) und für die Berater (Koeff.: -0,678, p-Wert: 0,014) von 10 % auf 5 %. Dahingehend bestätigen sich die Ergebnisse des Grundmodells, wonach Mittelstandsrepräsentanten im Verhältnis zu allen anderen kategorisierten Interessenvertretern in ihren Stellungnahmen einen verstärkten Fokus auf die Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen legen. Überdies erfolgt im Rahmen der Robustheitstests die Aufteilung des Datensatzes in Stellungnahmen, die auf der Ebene des Finanzausschusses und auf der Ebene des Bundesministeriums der Finanzen eingereicht wurden. Auch hier ergeben sich Unterschiede zur Grunduntersuchung. Auf Finanzausschussebene (Spalte 3) verlieren die Regressionskoeffizienten der Interessenvertreter der Großunternehmen, allgemeinen Unternehmen und Berater vollständig an Signifikanz, während dies auf ministerialer Ebene (Spalte 4) nicht zu beobachten ist. Entsprechend repräsentiert der Mittelstand steuerliche Compliance-Kosteninteressen in Relation zu den beratenden und übrigen unternehmerischen Interessenvertretern stärker auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen zu den steuerlichen Referentenentwürfen. Abschließend erfolgt die Durchführung einer Probit-Regression anstelle einer logistischen Regression, welche die Ergebnisse des Grundmodells im Wesentlichen bestätigt. Lediglich der negative Regressionskoeffizient der Berater verliert seine Signifikanz (Koeff.: -0,313, p-Wert: 0,106). Die Abweichung zu den als andere Interessen kategorisierten Interessenvertretern verbleibt robustheitstestsübergreifend stets auf einem 1 % Niveau signifikant.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Mittelstandsrepräsentanten steuerliche Compliance-Kosteninteressen auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen intensiver als die übrigen Interessenvertreter benennen (Untersuchungsfrage 8). Für die Finanzausschussebene bestätigen sich die Ergebnisse der Grunduntersuchung nicht. Daher deuten die inferenzstatistischen Ergebnisse an, dass die Interessenvertreter des Mittelstands entweder auf Ebene des Finanzausschusses im geringeren Ausmaß steuerliche Compliance-Kosteninteressen vertreten oder die anderen unternehmerischen Interessenvertreter und Berater in ihrem Lobbying verstärkt steuerliche Compliance-Kosteninteressen repräsentieren. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse somit eine

lediglich verstärkte Repräsentanz von steuerlichen Compliance-Kosteninteressen durch Mittelstandsrepräsentanten auf ministerialer Ebene.

5.5.4 Untersuchung zur strategischen Vermittlung von Informationen

5.5.4.1 Forschungsdesign

Weiterhin ist es aus Lobbying-strategischer Perspektive relevant zu ergründen, wie der Mittelstand seine Interessen an politische Entscheidungsträger vermittelt. Denn über die sprachlich positive oder negative Konnotation der Informationen können die Entscheidungen der politischen Entscheidungsträger beeinflusst werden.⁴¹⁸ Aus diesem Grund ist es bedeutsam zu ergründen, wie die mittelständischen Interessenvertreter ihre Informationen sprachlich konnotieren.⁴¹⁹ Die strategische sprachliche Konnotation durch die Interessenvertreter lässt sich über die in den Stellungnahmen verwendeten Emotionen ermitteln.⁴²⁰ Dahingehend soll die folgende Untersuchungsfrage beantwortet werden:

9: Wie konnotiert der Mittelstand seine Interessen aus Lobbying-strategischer Perspektive?

Die empirische Auswertung erfolgt mittels multivariater linearer Regressionsanalyse. Die Gleichung nimmt die folgende Form an:

$$EQ5: \text{Tone} = \beta_0 + \beta_1 \text{Großunternehmen} + \beta_2 \text{Allgemeine Unternehmen} + \beta_3 \text{Berater} + \beta_4 \text{Andere Interessen} + \text{Tone-SteuerGesetzentwurf} + \text{Textlängenkontrollvariablen} + \text{Jährliche fixe Effekte} + \varepsilon$$

Die abhängige Variable „Tone“ bildet die emotionale Stimmung der Stellungnahmen ab. Dies ermöglicht festzustellen, mit welchen Konnotationen Interessenvertreter im Rahmen ihres Lobbyings strategisch ihre Interessen an politische Entscheidungsträger vermitteln. Die Erhebung der *Tone*-Variable fundiert auf einem automatischen Textanalyseansatz mit dem deutschsprachigen Wörterbuch „DE-LIWC2015“.⁴²¹ Dieses Wörterbuch lässt sich zur Extraktion von positiven und negativen Emotionen aus

⁴¹⁸ Vgl. Septianto et al. (2021), S. 2889; Levin et al. (1998), S. 152; McCluskey et al. (2015), S. 480; Heiman/Zilberman (2011), S. 177; Zilker/Pachur (2021), S. 489.

⁴¹⁹ Vgl. McGrath (2007), S. 278.

⁴²⁰ Vgl. Crabtree et al. (2020), S. 1050 f.; Shields et al. (2019), S. 1950010-15. Ähnlich Heiman/Zilberman (2011), S. 174 f..

⁴²¹ Vgl. Meier et al. (2018), S. 6, welche die Entwicklung des deutschsprachigen DE-LIWC2015 verantworteten. Im Wesentlichen entspricht das deutschsprachige Wörterbuch dem englischsprachigen LIWC-2015 Wörterbuch (vgl. Meier et al. (2018), S. 6).

Texten verwenden.⁴²² Die *Tone*-Variable berechnet sich pro Stellungnahme anhand der absoluten Anzahl an identifizierten positiven Wörtern abzüglich der absoluten Anzahl negativer Wörter, gewichtet nach der aufsummierten Gesamtanzahl von positiven und negativen Wörtern.⁴²³ Somit kann die Variable Werte zwischen minus eins und eins annehmen. Demgemäß indiziert ein signifikanter positiver (negativer) Ausschlag eine positivere (negativere) strategische Nutzung von Emotionen bei der Vermittlung von Informationen. Zur Reduzierung von Ausreißern erfolgte eine Begrenzung von Extremwerten durch die Transformation der *Tone*-Variable mittels *Winsorizing* auf ein Niveau von 1 % bzw. 99 %, indem eine Anpassung der Ausreißer auf die entsprechend höheren bzw. niedrigeren Werte vorgenommen wurde.

Die Kategorien der Stellungnahmen fungieren als erklärende Variablen, wobei die als Mittelstand kategorisierten Kommentierenden als *Baseline* dienen. Signifikante positive (negative) Regressionskoeffizienten weisen im Verhältnis zu den Interessenvertretern des Mittelstands auf eine positivere (negativere) strategische Informationsvermittlung hin.

Als Kontrollvariable fließen zunächst die Emotionen des der jeweiligen Stellungnahme zugrundeliegenden steuerlichen Gesetzentwurfs ein (*Tone*-Steuergesetzentwurf), um auf potenzielle Effekte und Charakteristiken durch den jeweilig zugrundeliegenden steuerlichen Gesetzentwurf zu kontrollieren. Die Erhebung folgt mittels automatischer Textanalyse mit dem deutschsprachigen Wörterbuch „DE-LIWC2015“ anhand der Steuergesetzentwürfe. Die Berechnung vollzieht sich, indem pro Steuergesetzentwurf die absolute Anzahl an negativen Emotionen von der absoluten Anzahl an positiven Emotionen subtrahiert und anschließend nach der Summe der positiven und negativen Emotionen gewichtet wird. Demgemäß kann die Kontrollvariable ebenfalls Werte zwischen minus eins und eins annehmen. Darüber hinaus ist aufgrund der textanalysebasierten Herangehensweise die über die Wortanzahl erhobene logarithmierte Textlänge der Stellungnahmen als Textlängenkontrollvariable einbezogen. Als

⁴²² Vgl. Meier et al. (2018), S. 5; Tausczik/Pennebaker (2010), S. 32; Larcker/Zakolyukina (2012), S. 501 ff.; O’Leary (2022), S. 188. Gemeinhin eignet sich das Wörterbuch zur Erhebung verschiedener psychologischer Aspekte aus Texten (vgl. Tausczik/Pennebaker (2010), S. 30; Scheuerlein/Chládková (2022), S. 392). Auf mittels automatischer Textanalyse erhobene Emotionsdaten aus Textdokumenten greifen diverse Studien zurück (vgl. diesbezüglich Chen et al. (2019), S. 88; Kuhnen/Niessen (2012), S. 1252 f.; Luo/Zhou (2020), S. 107; O’Leary (2022), S. 188; Monsen (2022), S. 315; He et al. (2022), S. 778). Erwähnt sei zudem die Existenz von anderen deutschsprachigen Wörterbüchern zur Erhebung von Emotionen aus Texten (vgl. exemplarisch Bannier et al. (2019), S. 90).

⁴²³ Ebenso Monsen (2022), S. 315; He et al. (2022), S. 778.

zweite Textlängenkontrollvariable fungiert die Länge des zugrundeliegenden Steuergesetzentwurfs.⁴²⁴ Weiterhin werden jährliche fixe Effekte in der Regression berücksichtigt. Die *Clustering* der Standardfehler der Regression erfolgt zur Reduzierung von Autokorrelation nach Stellungnahmen, die von denselben Kommentierenden verfasst wurden. Die Durchführungsprämissen der multivariaten linearen Regression, überprüft in Anhang 12, sind erfüllt. Die in Anhang 13 enthaltene Tabelle 65 enthält eine Übersicht über die Variablendefinitionen.

5.5.4.2 Ergebnisse

Tabelle 40 zeigt die deskriptive Auswertung der Variablen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen durch die Interessenvertreter. Interessenvertreter vermitteln ihre Informationen im Steuergesetzgebungsverfahren mit einem Durchschnittswert von 0,219 sprachlich positiv konnotiert.

Tabelle 40: Deskriptive Statistik zur strategischen Vermittlung von Informationen

Variable	N	M	SD	Min	Max
<i>Tone</i>	2.220	0,219	0,279	-0,427	1
Interessenvertreter					
<i>Mittelstand</i>	2.220	0,109	0,311	0	1
<i>Großunternehmen</i>	2.220	0,079	0,270	0	1
<i>Unternehmen allgemein</i>	2.220	0,225	0,418	0	1
<i>Berater</i>	2.220	0,133	0,340	0	1
<i>Andere Interessen</i>	2.220	0,455	0,498	0	1
<i>Tone-Steuergesetzentwurf</i>	2.220	0,101	0,540	-1	0,958
Textlänge					
<i>Länge der Stellungnahme</i>	2.220	7,555	0,894	4,489	12,197
<i>Länge des Steuergesetzentwurfs</i>	2.220	9,670	1,156	6,918	11,432

Anmerkung: Die Tabelle beinhaltet die deskriptive Übersicht über die Ausprägungen der Variablen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen durch die Interessenvertreter im Steuergesetzgebungsverfahren, gerundet auf drei Nachkommastellen.

Hinsichtlich der strategischen Vermittlung der Interessen des Mittelstands zeigen die in der nachfolgende Tabelle 41 abgebildeten Ergebnisse der linearen Regressionsanalyse, dass Berater (Koeff.: -0,096, p-Wert: 0,001) und die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter (Koeff.: -0,076, p-Wert: 0,001) auf einem Signifikanzniveau von 1 % ihre Informationen sprachlich negativer konnotieren als die Interessenvertreter des Mittelstands. Allgemeine Unternehmensrepräsentanten (Koeff.: -0,048, p-Wert: 0,056) konnotieren ihre Informationen ebenfalls auf einem 10 %

⁴²⁴ Bei Stellungnahmen, die sich auf eine öffentliche Anhörungssitzung zu einem aktuellen steuerlichen Thema beziehen, wurde in Ermangelung eines Steuergesetzentwurfs ersatzweise die Länge des öffentlichen Anhörungsprotokolls herangezogen.

Signifikanzniveau negativer. Im Verhältnis zu den Stellungnahmen der Großunternehmen (Koeff.: -0,057, p-Wert: 0,138) lassen sich keine signifikanten Unterschiede beobachten.

Tabelle 41: Regressionsanalyse zur strategischen Vermittlung von Informationen

Variable	(1) <i>Tone</i>	(2) <i>Tone</i>
Großunternehmen	-0,077 (0,047)	-0,057 (0,039)
Unternehmen allgemein	-0,051* (0,030)	-0,048* (0,025)
Berater	-0,133*** (0,031)	-0,096*** (0,029)
Andere Interessen	-0,085*** (0,026)	-0,076*** (0,023)
<i>Tone</i> -Steuergesetzentwurf	nein	ja
Textlänge	nein	ja
Jahres fixe Effekte	nein	ja
Konstante	ja	ja
Geclusterte SE nach	Interessenvertreter	Interessenvertreter
Beobachtungen	2.220	2.220
R ²	0,016	0,133

Anmerkungen: Die Tabelle enthält die Ergebnisse zur multivariaten linearen Regressionsanalyse von EQ5. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Interessenvertretern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Zur Überprüfung der Robustheit der inferenzstatistischen Ergebnisse wird in Tabelle 42 zunächst der Untersuchungsdatensatz zwischen der Ebene des Bundesministeriums der Finanzen und der Ebene des Finanzausschusses aufgeteilt. Die Aufschlüsselung auf Ebene des Finanzausschusses (Spalte 1) zeigt, dass Großunternehmen (Koeff.: -0,073, p-Wert: 0,070) ihre Interessen signifikant auf einem 10 % Niveau negativer artikulieren als mittelständische Interessenvertreter. Darüber hinaus nimmt das Signifikanzniveau des negativen Regressionskoeffizienten gegenüber den allgemeinen unternehmerischen Interessenvertretern von 10 % auf 5 % zu (Koeff.: -0,055, p-Wert: 0,046). Die Signifikanzniveaus der negativen Regressionskoeffizienten der Berater und anderen Interessenvertreter verbleibt auf einem 1 % Niveau signifikant. Auf ministerialer Ebene (Spalte 2) stellen sich indes keine signifikanten Unterschiede in der strategischen Vermittlung von Informationen durch die kategorisierten Interessenvertreter gegenüber den mittelständischen Interessenvertretern ein. In einem

Tabelle 42: Robustheitstests zur strategischen Vermittlung von Informationen

Variable	(1) <i>Tone</i>	(2) <i>Tone</i>	(3) <i>Tone</i>	(4) <i>Tone</i>	(5) <i>Tone</i>	(6) <i>Tone</i>	(7) <i>Tone</i>
	Teildatensatz: Stellungnahmen, die auf Ebene des Finanzausschusses eingereicht wurden	Teildatensatz: Stellungnahmen, die auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen eingereicht wurden	<i>Tone</i> -Variable ohne <i>Winsorizing</i>	Erhebung der abhängigen Variable <i>Tone</i> mittels künstlicher Intelligenz, mit <i>Winsorizing</i>	Erhebung der abhängigen Variable <i>Tone</i> mittels künstlicher Intelligenz, ohne <i>Winsorizing</i>	Teildatensatz: Stellungnahmen, die auf Ebene des Finanzausschusses eingereicht wurden mit Erhebung der abhängigen Variable <i>Tone</i> mittels künstlicher Intelligenz, mit <i>Winsorizing</i> .	Teildatensatz: Stellungnahmen, die auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen eingereicht wurden mit Erhebung der abhängigen Variable <i>Tone</i> mittels künstlicher Intelligenz, mit <i>Winsorizing</i> .
Großunternehmen	-0,073* (0,040)	-0,014 (0,073)	-0,058 (0,039)	-0,019 (0,014)	-0,019 (0,014)	-0,015 (0,015)	-0,032 (0,027)
Unternehmen allgemein	-0,055** (0,027)	-0,039 (0,049)	-0,049* (0,025)	-0,005 (0,012)	-0,005 (0,012)	-0,004 (0,013)	-0,005 (0,021)
Berater	-0,103*** (0,032)	-0,065 (0,062)	-0,101*** (0,029)	-0,027* (0,015)	-0,027* (0,015)	-0,030** (0,014)	-0,011 (0,027)
Andere Interessen	-0,090*** (0,024)	0,003 (0,052)	-0,080*** (0,023)	-0,018* (0,010)	-0,019* (0,010)	-0,017 (0,011)	-0,028 (0,023)
<i>Tone</i> -Steuergesetzentwurf	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Textlänge	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Jahres fixe Effekte	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Konstante	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Geclusterte SE nach Beobachtungen	Interessenvertreter 1.852	Interessenvertreter 368	Interessenvertreter 2.220	Interessenvertreter 2.220	Interessenvertreter 2.220	Interessenvertreter 1.852	Interessenvertreter 368
R ²	0,104	0,249	0,128	0,053	0,052	0,048	0,085

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse der Robustheitstests zur multivariaten linearen Regressionsanalyse von EQ5. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Interessenvertretern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

weiteren Robustheitstest (Spalte 3) erfolgt die Berechnung der Regression ohne vorheriges *Winsorizing* der *Tone*-Variable. Die Ergebnisse entsprechen im Wesentlichen den statistischen Resultaten des Grundmodells.

In den abschließenden Robustheitstests werden die abhängige Variable „*Tone*“ und die Kontrollvariable „*Tone*-Steuergesetzentwurf“ mit der auf der *Bidirectional Encoder Representations from Transformers* (BERT)⁴²⁵ Technik basierenden künstlichen Intelligenz „*German sentiment classification model*“ erhoben (Spalten 4 bis 7).⁴²⁶ Mit dieser künstlichen Intelligenz lassen sich positive und negative Emotionen aus deutschsprachigen Texten identifizieren.⁴²⁷ Das *German sentiment classification model* wurde mit 1.834 Mio. deutschen Sprachbeispielen trainiert.⁴²⁸ Die BERT-Technologie bietet den Vorteil, dass Texte nicht ausschließlich nach Begriffen mit positiven oder negativen Emotionen durchsucht werden, sondern sich die Emotionen kontextbezogen erheben lassen.⁴²⁹ Die Spalten 4 und 5 offenbaren, dass die Berater (Spalte 4: Koeff.: -0,027, p-Wert: 0,083) und die als andere Interessen Kategorisierten (Spalte 4: Koeff.: -0,018, p-Wert: 0,071) auf einem 10 % Signifikanzniveau ihre Informationen negativer konnotieren als die Interessenvertreter des Mittelstands. Indes ergeben sich keine signifikanten Unterschiede im Verhältnis zu den allgemeinen Unternehmensrepräsentanten (Spalte 4: Koeff.: -0,005, p-Wert: 0,671) und Großunternehmensrepräsentanten (Spalte 4: Koeff.: -0,019, p-Wert: 0,173). Darüber hinaus wird im Rahmen der auf künstlicher Intelligenz gestützten Auswertung der Datensatz zwischen der Ebene des Bundesministeriums der Finanzen und der Ebene des Finanzausschusses aufgeschlüsselt. Auf Ebene des Finanzausschusses (Spalte 6) vermitteln die

⁴²⁵ BERT ist ein von Google entwickeltes und vortrainiertes Modell der natürlichen Sprachverarbeitung (*Natural Language Processing*), das als künstliche Intelligenz nach einer Anlernphase spezifische Aufgaben des Leseverstehens übernehmen kann (vgl. Kanodia et al. (2021), S. 19 f.; Nugroho et al. (2021), S. 260; Ahaneku et al. (2023), S. 855). In der *Sentiment-Analysis*-Forschung etabliert sich neben wörterbuchbasierten Methoden auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz als gängige Forschungsmethode (vgl. Schmidt et al. 2022, S. 76; Fehle et al. (2021), S. 93 f.).

⁴²⁶ Korrespondierend zur wörterbuchbasierten Erhebung berechnet sich die durch künstliche Intelligenz erhobene abhängige *Tone*-Variable pro Stellungnahme aus der absoluten Anzahl der identifizierten positiven Emotionen abzüglich der absoluten Anzahl der negativen Emotionen, gewichtet mit der Summe aus positiven und negativen Emotionen pro Stellungnahme. Um Ausreißer zu reduzieren, wurde in Spalte 4 eine Extremwertbegrenzung vorgenommen, indem die *Tone*-Variable mittels der statistischen Methode des *Winsorizing* auf ein Niveau von 1 % bzw. 99 % transformiert wurde.

⁴²⁷ Vgl. Guhr et al. (2020), S. 1627 ff..

⁴²⁸ Vgl. Guhr et al. (2020), S. 1627 ff.. Weitere Informationen über den Datensatz und den Trainingsprozess der künstlichen Intelligenz können dem Aufsatz von Guhr entnommen werden. Für die Datenerhebung wurde das „*German sentiment classification model*“ in Python integriert und die Stellungnahmen ausgewertet (siehe diesbezüglich Hugging Face (2024), <https://huggingface.co/oliverguhr/german-sentiment-bert>, 17.03.2024).

⁴²⁹ Vgl. Bello et al. (2023), S. 5; Zhao/Yu (2021), S. 107220-2; Mann et al. (2023), S. 263.

Berater (Koeff.: -0,030, p-Wert: 0,031) auf einem 5 % Niveau signifikant negativer ihre Informationen. Für die ministeriale Ebene ergeben sich keine Unterschiede zwischen den Interessenvertretergruppen (Spalte 7), wie bereits in Spalte 2.

Zusammenfassend offenbaren die multivariaten linearen Regressionsergebnisse im Hinblick auf Untersuchungsfrage 9, dass mittelständische Interessenvertreter ihre Informationen im Steuergesetzgebungsverfahren sprachlich positiver vermitteln als die Berater, die als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter und stellenweise als die allgemeinen Unternehmensrepräsentanten. Keine Unterschiede in der strategischen Vermittlung von Informationen ergeben sich jedoch auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen. Vor dem Hintergrund, dass sprachliche Konnotationen eine strategische Kommunikation von Informationen ermöglichen,⁴³⁰ offenbaren die Robustheitstests, dass die von den Interessenvertretern des Mittelstands gewählte strategische Kommunikation der Interessen von der jeweiligen Ebene im Steuergesetzgebungsverfahren abhängig ist. Dahingehend indizieren die Ergebnisse, dass mittelständische Interessenvertreter auf Ebene des Finanzausschusses im Verhältnis zu den übrigen Interessenvertretern verstärkt positive Konnotationen strategisch verwenden,⁴³¹ um Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung zu nehmen.

5.6 Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands

5.6.1 Forschungsdesign

Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Steuergesetzgebung

Abschließend wird der Lobbying-Erfolg des Mittelstands im Verhältnis zu den übrigen Interessenvertretern empirisch beurteilt. Dies erlaubt im Kontext der *Exchange Theory* die explizite Beurteilung der Durchsetzungskraft des Mittelstands im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt. Die diesbezügliche Untersuchungsfrage lautet zunächst:

10: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands?

Als Untersuchungsstichprobe werden Stellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode herangezogen, die auf Finanzausschussebene zu Steuergesetzesentwürfen eingereicht wurden und zu denen eine Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vorliegt, durch welche Änderungen an dem jeweiligen Steuergesetzesentwurf vorgenommen

⁴³⁰ Vgl. Crabtree et al. (2020), S. 1057.

⁴³¹ Vgl. Septianto et al. (2021), S. 2889; Levin et al. (1998), S. 152; McCluskey et al. (2015), S. 480; Heiman/Zilberman (2011), S. 177; Zilker/Pachur (2021), S. 489.

wurden.⁴³² Im deutschen Gesetzgebungsverfahren fungiert die Beschlussempfehlung als Grundlage der zweiten und dritten Beratung im Bundestag, über die die Abgeordneten des Bundestags final abstimmen (§§ 66, 81 und 86 GOBT).⁴³³ Relevanz entfaltet das Lobbying auf dieser Stufe des Steuergesetzgebungsverfahrens, da dies die vorerst letzte formelle Möglichkeit zur Einflussnahme auf Steuerrechtsänderungen ist, die mit einem Steuergesetzentwurf einhergehen. Insgesamt umfasst die Untersuchungsstichprobe 207 Stellungnahmen. Aus diesen wurden händisch mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach *Mayring* steuerliche Forderungen der Interessenvertreter herausgearbeitet, die anschließend auf deren Umsetzung geprüft wurden. Die empirische Auswertung erfolgt mittels logistischer Regressionsanalyse, die folgende Form annimmt:

$$EQ6: \text{Lobbying-Erfolg} = \beta_0 + \beta_1 \text{Großunternehmen} + \beta_2 \text{Allgemeine Unternehmen} + \beta_3 \text{Berater} + \beta_4 \text{Andere Interessen} + \beta_5 \text{Gleichgerichtetes Lobbying} + \beta_6 \text{Beziehungskapital} + \beta_7 \text{Verband} + \beta_8 \text{Fundierung} + \beta_9 \text{Defensives Lobbying} + \text{Weitere Kontrollvariablen} + \text{Steuergesetzentwurf fixe Effekte} + \varepsilon$$

Abhängige Variable

Die abhängige Variable „Lobbying-Erfolg“ erfasst als Indikatorvariable den Erfolg einer Forderung, deren Umsetzung Interessenvertreter in ihren Stellungnahmen verlangen. Bei erfolgreicher Umsetzung des wesentlichen Teils einer Forderung aus einer Stellungnahme nimmt die Lobbying-Erfolgsvariable den Wert eins an, bei Misserfolg den Wert null.⁴³⁴ Die Erhebung der Lobbying-Erfolgsvariable vollzieht sich mittels strukturierender qualitativer Inhaltsanalyse nach *Mayring*.⁴³⁵ Basierend auf deduktiven Kriterien wurden zunächst aus den Stellungnahmen Forderungen qualitativ herausgearbeitet.⁴³⁶ Eine Forderung kennzeichnet zum Zwecke der Untersuchung, dass sie durch ihre Formulierung konkrete Änderungen von Aspekten im Steuergesetzentwurf verlangt. Nicht als Forderung erfasst sind repräsentierte Meinungen und Ansichten, mit denen die Interessenvertreter keine konkreten Änderungsabsichten im

⁴³² Nicht enthalten sind aufgrund des fehlenden Berichts und der fehlenden Beschlussempfehlung die Stellungnahmen zu den öffentlichen Anhörungssitzungen, die in Tabelle 51 in Anhang 1 die ID 13 und 15 erhalten haben.

⁴³³ Vgl. Finanzausschuss des Deutschen Bundestags (2017), <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse18/a07/berichte/berichte-214550>, 17.03.2024.

⁴³⁴ Ebenso Elschner/Hardeck (2022), S. 317; Rey et al. (2020), S. 100348-22; McLeay et al. (2000), S. 88.

⁴³⁵ Vgl. Mayring (2014), S. 39 ff.; Mayring (2015), S. 365 ff.; Mayring (2022), S. 66 ff..

⁴³⁶ Ebenso werten exemplarisch Larson/Brown (2001), S. 59 ff., Elschner/Hardeck (2022), S. 315, McLeay et al. (2000), S. 86 f., Larson (2008), S. 34, und Hughes et al. (2017), S. 5, im Lobbying-Kontext Stellungnahmen mittels qualitativer Inhaltsanalyse aus.

Steuergesetzentwurf verfolgen.⁴³⁷ Weiterhin müssen sich die Forderungen auf steuerrechtliche Aspekte im Steuergesetzentwurf beziehen. Dahingehend werden Forderungen ausgeschlossen, die die Gesetzesbegründung oder andere Aspekte⁴³⁸ betreffen. Auch ausgenommen sind Forderungen, die die Änderungsvorschläge der Empfehlungen des Bundesrats⁴³⁹ oder die Anträge der Abgeordneten des Bundestags betreffen. Denn die Umsetzung dieser Forderungen resultiert nicht notwendigerweise aus dem Lobbying der Interessenvertreter.

Die Beurteilung der Umsetzung einer identifizierten Forderung erfolgt qualitativ auf der Grundlage des Berichts und der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Anhand dieses Dokuments wurden die vom Finanzausschuss vorgenommenen Änderungen an einem Steuergesetzentwurf dahingehend geprüft, ob mit der Änderung ein wesentlicher Teil einer identifizierten Forderung eines Interessenvertreters umgesetzt wurde. Stimmt die in dem Bericht und der Beschlussempfehlung vorgenommene Änderung des Steuergesetzentwurfs im Wesentlichen mit dem Inhalt der Forderung überein, gilt die Forderung als umgesetzt. In diesem Fall wird von erfolgreichem Lobbying ausgegangen.⁴⁴⁰ Exemplarisch ist dies der Fall, wenn die Forderung die Anhebung eines steuerlichen Freibetrags von 300.000 Euro auf 1 Mio. Euro vorsah und der Freibetrag schließlich auf 500.000 Euro festgesetzt wurde.⁴⁴¹ Denn damit erfüllt ist der wesentliche Teil der Forderung, der die Anhebung des Steuerfreibetrags intendierte. In einem letzten Schritt wurde der qualitativ erhobene Lobbying-Erfolg in der Indikatorvariable „Lobbying-Erfolg“ quantifiziert.

⁴³⁷ Vgl. Elschner/Hardeck (2022), S. 306.

⁴³⁸ Ein Beispiel für einen anderen Aspekt wäre die Forderung eines Interessenvertreters, steuerliche Verwaltungsanweisungen zu erlassen, um die Anwendung einer steuerlichen Vorschrift aus Sicht der Finanzverwaltung zu klären.

⁴³⁹ Im Rahmen der in Kapitel 4.2 beschriebenen Stellungnahmenphase kommentiert der Bundesrat die Steuergesetzentwürfe und verlangt teilweise Änderungen bzw. die Aufnahme weiterer steuerlicher Rechtsänderungen.

⁴⁴⁰ Vgl. Kwok/Sharp (2005), S. 82.

⁴⁴¹ Exemplarisch sei die umwandlungssteuerrechtliche Forderung der acht Spitzenorganisationen der Deutschen Wirtschaft erwähnt. Diese forderten die vorgesehene Anhebung des Freibetrags der sonstigen Gegenleistung bei Einbringung von Unternehmensteilen in eine Kapitalgesellschaft nach § 20 Umwandlungssteuergesetz-Entwurf (UmwStG-E) auf 1 Mio. Euro. Ebenso verlangten sie dies beim Anteilstausch nach § 21 UmwStG-E und bei Einbringungen von Betriebsvermögen in eine Personengesellschaft nach § 24 UmwStG-E (vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. et al. (2015), S. 7 f.). Art. 4 des korrespondierenden Steuergesetzentwurfs, gekennzeichnet mit der ID 21 in der im Anhang 1 abgebildeten Tabelle 51, sah jedoch einen Wert von 300.000 Euro vor (vgl. Bundestag (2015a), S. 10 ff.). In dem nach der öffentlichen Anhörungssitzung ergangenen Bericht und der Beschlussempfehlung wurde der Freibetrag der sonstigen Gegenleistung von 300.000 Euro auf 500.000 Euro angehoben (vgl. Bundestag (2015b), S. 22 ff.). Auch Stand Juni 2024 beträgt der Freibetrag noch 500.000 Euro (siehe § 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 Umwandlungssteuergesetz (UmwStG), § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 UmwStG und § 24 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 UmwStG).

Insgesamt konnten in den 207 Stellungnahmen 1.008 Forderungen im Rahmen der händisch durchgeführten strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse auf 2.249 Textseiten identifiziert werden, die in die Regressionsanalyse einfließen. Eine Übersicht über die Forderungen und deren Lobbying-Erfolg enthält die in Anhang 14 abgebildete Tabelle 66.

Erklärende Variablen

Als erklärende Variablen dienen die kategorisierten Stellungnahmen, aus denen die Forderungen entstammen. Die Forderungen des Mittelstands fungieren als *Baseline*. Die Regressionskoeffizienten zeigen somit die Unterschiede im Lobbying-Erfolg des Mittelstands im Vergleich zum Lobbying-Erfolg der übrigen kategorisierten Interessenvertreter auf, wobei signifikante positive (negative) Werte einen verstärkten (geringeren) Lobbying-Erfolg des Mittelstands indizieren.⁴⁴²

Kontrollvariablen

Die empirische Untersuchung berücksichtigt verschiedene Kontrollvariablen, die sich als Faktoren positiv auf den Einflussnahmeerfolg auswirken sollten.⁴⁴³ Zunächst erhöhen gleichgerichtete Interessen aufgrund eines Multiplikatoreffekts die Wahrscheinlichkeit für Lobbying-Erfolg.⁴⁴⁴ Die Erhebung der Gleichgerichtetheit von Forderungen erfolgt mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach *Mayring*. Forderungen sind im Kontext dieser Untersuchung gleichgerichtet, wenn zwei oder mehr Forderungen in verschiedenen Stellungnahmen unabhängig voneinander dasselbe inhaltliche Ziel verfolgen. Die Quantifizierung der Variable erfolgt durch Addition der Anzahl der zusätzlichen Forderungen in den anderen Stellungnahmen zu einem Steuergesetzentwurf, die das gleiche wesentliche Ziel verfolgen. Findet sich also beispielsweise in zwei weiteren Stellungnahmen die gleiche wesentliche Zielsetzung einer Forderung, so nimmt die Variable „gleichgerichtete Interessen“ den Wert zwei an. Findet sich in den anderen Stellungnahmen zu einem Steuergesetzentwurf keine Forderung mit derselben wesentlichen Zielsetzung, nimmt die Variable den Wert null an.

⁴⁴² Da lediglich das Verhältnis zwischen dem Mittelstand und den übrigen Interessenvertretern für das Untersuchungsziel relevant ist, wird auf die Durchführung von Wald-Tests verzichtet, mit denen signifikante Unterschiede zwischen dem Lobbying-Erfolg der anderen kategorisierten Interessengvertreter hätten herausgearbeitet werden können.

⁴⁴³ Siehe diesbezüglich Kapitel 3.6.

⁴⁴⁴ Vgl. McLeay et al. (2000), S. 87. Ähnlich auch Eising/Spohr (2017), S. 321 ff..

Weiterhin sollten sich Beziehungen zwischen Interessenvertretern und politischen Entscheidungsträgern positiv auf den (steuerlichen) Lobbying-Erfolg auswirken (Beziehungskapital).⁴⁴⁵ Die Erhebung der Variable Beziehungskapital erfolgt auf Basis der Gesamtzahl der Stellungnahmen, die ein Interessenvertreter in der 17. Legislaturperiode beim Finanzausschuss eingereicht hat, zuzüglich der aufsteigend kumulierten Anzahl an Stellungnahmen desselben Interessenvertreters in der 18. Legislaturperiode.⁴⁴⁶ Anschließend wurde die Variable logarithmiert.

Darüber hinaus sollte insbesondere das Lobbying von kollektiven Interessenverbänden erfolgreicher sein.⁴⁴⁷ Demgemäß erfasst die Kontrollvariable „Verband“ als Indikatorvariable mit dem Wert eins, ob es sich bei dem Verfasser einer Stellungnahme um einen kollektiven Interessenverband oder eine informelle Interessenskoalition handelt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an, wenn der Verfasser einer Stellungnahme ein individueller Akteur ist.

Weiterhin bildet die Qualität der vermittelten Informationen zu einer Forderung einen Faktor für wahrscheinlicheren Lobbying-Erfolg.⁴⁴⁸ Dahingehend ist die Fundiertheit der Forderungen zu kontrollieren. Die Erhebung der Fundierung einer Forderung folgt einer qualitativen Herangehensweise. Eine Forderung war fundiert, wenn sich dessen Begründung auf Erfahrungswerte, Fachwissen, Studien oder Berichte bezog. Die Kontrollvariable "Fundierung" quantifiziert die qualitativen Erhebungsergebnisse als Indikatorvariable, wobei fundierte Forderungen den Wert eins annehmen und nicht fundierte Forderungen den Wert null.

Neben den Erfolgsfaktoren für Lobbying-Erfolg ist defensives Lobbying von besonderer Bedeutung im Einflussnahmekontext.⁴⁴⁹ Daher wird durch die Variable „Defensives Lobbying“ auf die defensive oder opportunistische Zielsetzung einer Forderung kontrolliert.⁴⁵⁰ Die Indikatorvariable „Defensives Lobbying“ nimmt den Wert eins an,

⁴⁴⁵ Vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 371; Brown et al. (2015), S. 96; Bertrand et al. (2014), S. 3891 f.; Brown (2016), S. 68; Hillman/Hitt (1999), S. 828 f.; Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3732; Barrick/Alexander (2014), S. 14; Mulligan/Oats (2016), S. 72; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321.

⁴⁴⁶ Maßgeblich für die Zählung war das Datum der öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss.

⁴⁴⁷ Vgl. Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321; Barrick/Brown (2018), S. 72.

⁴⁴⁸ Vgl. Bertrand et al. (2014), S. 3917; Hall/Deardorff (2006), S. 73 f.; Dahan (2005a), S. 17; Dahan (2005b), S. 49 f.; Bouwen (2004), S. 340; Bouwen (2002), S. 369 f.; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321; Flöthe (2019), S. 180.

⁴⁴⁹ Vgl. Barrick/Alexander (2014), S. 28.

⁴⁵⁰ Wie in Kapitel 3.3.1 beschrieben, zielt defensives Lobbying auf die Abwehr schädlicher und Beibehaltung vorteilhafter steuerlicher Regelungen ab. Opportunistisches Lobbying ist auf die Schaffung neuer, vorteilhafter steuerlicher Regelungen ausgerichtet.

wenn die Forderung eine defensive Natur aufwies. Bei opportunistischen Forderungen beträgt der Variablenwert null. Forderungen galten als defensiv, wenn sie sich auf im Steuergesetzentwurf enthaltene steuergesetzliche Änderungen bezogen. Im Gegenzug galt eine Forderung als opportunistisch, wenn diese die Schaffung bzw. Änderung einer steuergesetzlichen Vorschrift verlangte, die kein Bestandteil des Steuergesetzentwurfs war.

Abschließend fließen weitere Kontrollvariablen ein. Diese umfassen zunächst die logarithmierte Textlänge einer Stellungnahme als Textlängenkontrollvariable. Deren Erhebung vollzieht sich entsprechend der vorangegangenen Kapitel textanalysebasiert über die Wortanzahl pro Stellungnahme.⁴⁵¹ Weiterhin fließt die Anzahl an Forderungen pro Stellungnahme als Kontrollvariable ein. Darüber hinaus sind Steuergesetzentwurf fixe Effekte integriert. Denn jeder Steuergesetzentwurf sollte individuelle Charakteristika aufweisen, beispielhaft eine unterschiedliche inhaltliche und politische Relevanz⁴⁵², eine unterschiedliche Intensität von Bundes- und Landesinteressen⁴⁵³ sowie eine unterschiedliche Bedeutung für parteipolitische Zielsetzungen⁴⁵⁴. Die Standardfehler der logistischen Regression sind zur Reduzierung von Autokorrelation nach den von denselben Interessensvertretern entstammenden Forderungen geclustert. Eine in Anhang 15 enthaltene Überprüfung auf Ausreißer und Multikollinearität zeigt keine Auffälligkeiten, die der Durchführung der logistischen Regressionsanalyse entgegenstehen.

Lobbying-Erfolg des Mittelstands in seinen steuerlichen Interessengebieten

Sodann erfolgt die Beurteilung des Lobbying-Erfolgs des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten. Dahingehend sollen folgende Untersuchungsfragen beantwortet werden:

11.1: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer?

⁴⁵¹ Die Länge der Steuergesetzentwürfe, gemessen anhand der Anzahl der Wörter mit der Software LIWC, wurde als Kontrollvariable ausgeschlossen, da dies zu einer erheblichen Multikollinearität im Regressionsmodell geführt hätte.

⁴⁵² Vgl. Reutter (2007), S. 303.

⁴⁵³ Vgl. Leunig/Träger (2014), S. 177 ff.. Beispielsweise gab es bei der Verabschiedung des Wachstumschancengesetzes große Differenzen zwischen Bundes- und Landesinteressen (vgl. exemplarisch Karaïpek (2024), S. 153; Zwirner/Vodermeier (2024), S. 13).

⁴⁵⁴ Vgl. Leunig/Träger (2014), S. 180 ff..

11.2: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands, wenn es steuerliche Compliance-Kosten betrifft?

Die Regressionsgleichung nimmt folgende Form an:

$$\begin{aligned} EQ7: \text{Lobbying-Erfolg} = & \beta_0 + \beta_1 \text{Mittelstand} * \text{Erbschaftsteuer} + \beta_2 \text{Mittelstand} * \text{Compliance-Kosten} \\ & + \beta_3 \text{Mittelstand} + \beta_4 \text{Erbschaftsteuer} + \beta_5 \text{Compliance-Kosten} \\ & + \beta_6 \text{Gleichgerichtetes Lobbying} + \beta_7 \text{Beziehungskapital} + \beta_8 \text{Verband} + \beta_9 \text{Fundierung} \\ & + \beta_{10} \text{Defensives Lobbying} + \text{Weitere Kontrollvariablen} + \text{Steuergesetz-} \\ & \text{entwurf fixe Effekte} + \varepsilon \end{aligned}$$

Als erklärende Variablen dienen Interaktionsterme, die die Forderungen des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie in steuerlichen Compliance-Kosten betreffen. Als *Baseline* in der abgewandelten Regressionsanalyse dienen die Forderungen der übrigen kategorisierten Interessenvertreter. Signifikante positive (negative) Regressionskoeffizienten der Interaktionsterme indizieren somit einen verstärkten (geringeren) Lobbying-Erfolg des Mittelstands im Verhältnis zu den übrigen kategorisierten Interessenvertretern.

Die Erhebung der Erbschaftsteuervariable bzw. der steuerlichen Compliance-Kostenvariable erfolgt jeweils qualitativ als Indikatorvariable. Die Variable „Erbschaftsteuer“ nimmt den Wert eins an, wenn die Forderung sich auf eine erbschaft- und schenkungsteuerliche Gesetzesänderung bezieht, andernfalls null.⁴⁵⁵ Adressiert eine Forderung die steuerlichen Compliance-Kosten, so nimmt die Variable „Compliance-Kosten“ den Wert eins an, andernfalls null. Steuerliche Compliance-Kosten waren ausgehend von den Ausführungen in Kapitel 2.2.3 betroffen, wenn eine Forderung auf Reduzierung von Rechtsunsicherheiten, Komplexität oder Bürokratiekosten abzielte. Signifikante positive (negative) Regressionskoeffizienten der Interaktionsterme deuten somit auf einen höheren (geringeren) Lobbying-Erfolg der mittelständischen Interessenvertreter im Vergleich zu den anderen Interessenvertretern hin. Die Kontrollvariablen gleichen denen des Grundmodells EQ6, wodurch ebenfalls die Variablen gleichgerichtete Interessen, Beziehungskapital, Verband, Fundierung, defensives Lobbying, die weiteren Kontrollvariablen und die Steuergesetzentwurf fixen Effekte einbezogen sind.

⁴⁵⁵ Ein erbschaft- und schenkungsteuerlicher Hintergrund einer Forderung lag auch dann vor, wenn sich eine Forderung auf eine bewertungsrechtliche Vorschrift bezog, die sich auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer auswirkt.

Die in Anhang 16 inkludierte Tabelle 68 enthält eine Übersicht über die Definitionen der Variablen. Tabelle 69 in Anhang 17 erläutert das Kodierungsschema für die im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse nach *Mayring* erhobenen Variablen.

5.6.2 Ergebnisse

Die nachfolgende Tabelle 43 bildet die deskriptive Statistik zur Lobbying-Erfolgsuntersuchung ab. Auf Ebene des Finanzausschusses waren in der 18. Legislaturperiode von den 1.008 qualitativ identifizierten Forderungen 22,3 % erfolgreich. Durchschnittlich konnten knapp 19 Forderungen pro Stellungnahme herausgearbeitet werden. 6,5 % der Forderungen entstammen von mittelständischen Interessenvertretern. Im Gegenzug verantworteten die Interessenvertreter der Großunternehmen 10 % der Forderungen, die Interessenvertreter der allgemeinen Unternehmensverbände 35,2 % und die Berater 16,6 %. 31,6 % der Forderungen hatten ihren Ursprung in den Stellungnahmen der als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter. Dies stellt erneut ein Indikator für die Unterrepräsentanz des Mittelstandssegments in der deutschen Steuergesetzgebung dar. Denn in Relation zu den mittelständischen Interessenvertretern sollten die übrigen Interessenvertreter alleine aufgrund der Mehranzahl an Forderungen größere Chancen haben, dass ihre Interessen im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt umgesetzt werden. Dahingehend stützen die deskriptiven Ergebnisse die Erkenntnisse von *Schroeder und Weßels*, nach denen der Mittelstand mit einem Repräsentanzproblem konfrontiert ist.⁴⁵⁶ Diese empirischen Resultate stehen abermals im Kontrast zu den Ergebnissen von *Krickhahn*, welcher empirisch keine Unterrepräsentanz mittelständischer Interessenverbände auf bundespolitischer Ebene feststellen konnte.⁴⁵⁷

Weiterhin zeigt Tabelle 43, dass 84,6 % der Forderungen eine defensive Natur aufwiesen. Dies deutet in Übereinstimmung mit *de Figueiredo und Richter* darauf hin, dass das steuerliche Lobbying der Interessenvertreter in Deutschland überwiegend einen defensiven Charakter hat.⁴⁵⁸ Darüber hinaus waren 82,2 % der Forderungen mit einer Begründung versehen. Weiterhin entstammten 76,5 % der Forderungen von

⁴⁵⁶ Vgl. *Schroeder/Weßels* (2010), S. 15.

⁴⁵⁷ Vgl. *Krickhahn* (1993), S. 32.

⁴⁵⁸ Vgl. *de Figueiredo/Richter* (2014), S. 179.

kollektiven Interessenvertretern. Dies indiziert ebenfalls korrespondierend mit der Literatur, dass kollektive Interessenverbände die deutsche Lobbying-Landschaft prägen.⁴⁵⁹

Tabelle 43: Deskriptive Statistik zu den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen

Variable	N	M	SD	Min	Max
Lobbying-Erfolg	1.008	0,223	0,417	0	1
Interessenvertreter					
<i>Mittelstand</i>	1.008	0,065	0,247	0	1
<i>Großunternehmen</i>	1.008	0,100	0,300	0	1
<i>Allgemeine Unternehmen</i>	1.008	0,352	0,478	0	1
<i>Berater</i>	1.008	0,166	0,372	0	1
<i>Andere Interessen</i>	1.008	0,316	0,465	0	1
Lobbying-Kontrollvariablen					
<i>Gleichgerichtetes Lobbying</i>	1.008	0,669	1,312	0	6
<i>Beziehungskapital</i>	1.008	0,904	0,828	0	2,565
<i>Verband</i>	1.008	0,765	0,424	0	1
<i>Fundierung</i>	1.008	0,822	0,382	0	1
<i>Defensives Lobbying</i>	1.008	0,846	0,361	0	1
Weitere Kontrollvariablen					
<i>Anzahl der Forderungen</i>	1.008	18,924	17,283	1	67
<i>Länge der Stellungnahme</i>	1.008	8,552	0,773	6,068	9,625
Steuerlicher Bezug					
<i>Erbschaftsteuer</i>	1.008	0,121	0,326	0	1
<i>Compliance-Kosten</i>	1.008	0,449	0,498	0	1

Anmerkung: Die Tabelle präsentiert die deskriptive Übersicht über die Ausprägungen der Variablen zu den Untersuchungen des Lobbying-Erfolgs der Interessenvertreter. Die Werte sind gerundet auf drei Nachkommastellen.

Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Steuergesetzgebung

Die nachfolgende Tabelle 44 bildet die Ergebnisse der Regressionsuntersuchung zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der deutschen Steuergesetzgebung ab (Untersuchungsfrage 10). Ohne die Berücksichtigung der Kontrollvariablen (Spalte 1) lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen dem Lobbying-Erfolg des Mittelstands und der übrigen kategorisierten Interessenvertreter beobachten. Unter der Hinzunahme der Kontrollvariablen (Spalte 2) ändern sich jedoch die Regressionsergebnisse. Demnach sind Großunternehmen (Koeff.: 1,381, p-Wert: 0,001) mit ihren Forderungen hochsignifikant erfolgreicher als die Mittelstandsvertreter. Auch die Berater (Koeff.: 0,802, p-Wert: 0,037) und allgemeine Unternehmensrepräsentanten (Koeff.: 0,657, p-Wert: 0,043) sind mit ihren Forderungen signifikant auf einem 5 % Niveau erfolgreicher als die mittelständischen Interessenvertreter. Lediglich gegenüber

⁴⁵⁹ Vgl. Sebaldt (2007), S. 94 ff.; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321; Grotz/Schroeder (2021), S. 201.

dem Konglomerat der als andere Interessen Kategorisierten (Koeff.: -0,061, p-Wert: 0,855) deutet ein insignifikanter negativer Regressionskoeffizient darauf hin, dass es keine signifikanten Unterschiede im Verhältnis zum Mittelstand gibt. Die Umrechnung der Regressionskoeffizienten in Wahrscheinlichkeiten für den geringeren Lobbying-Erfolg erfolgt anhand der *odds ratios*. Demnach sind mittelständische Interessenvertreter mit ihren Forderungen im deutschen Steuergesetzgebungsverfahren im Verhältnis zu den Interessenvertretern der Großunternehmen mit einer Wahrscheinlichkeit von 74,9 % (*odds ratio*: 3,980), im Verhältnis zu den Interessenvertretern allgemeiner Unternehmensverbände mit einer Wahrscheinlichkeit von 48,2 % (*odds ratio*: 1,930) und im Verhältnis zu den Beratern mit einer Wahrscheinlichkeit von 55,2 % (*odds ratio*: 2,230) weniger erfolgreich.

Tabelle 44: Regressionsanalyse zur Lobbying-Erfolgsuntersuchung

Variable	(1) Lobbying-Erfolg	(2) Lobbying-Erfolg
Großunternehmen	0,253 (0,404)	1,381*** (0,398)
Unternehmen allgemein	-0,202 (0,450)	0,657** (0,325)
Berater	0,284 (0,425)	0,802** (0,385)
Andere Interessen	0,167 (0,389)	-0,061 (0,332)
Gleichgerichtetes Lobbying		0,684*** (0,062)
Beziehungskapital		0,377*** (0,100)
Verband		0,103 (0,183)
Fundierung		-0,087 (0,324)
Defensives Lobbying		0,610*** (0,232)
Weitere Kontrollvariablen	nein	ja
Steuergesetzentwurf FE	nein	ja
Konstante	ja	ja
Geclusterte SE nach	Interessenvertreter	Interessenvertreter
Beobachtungen	1.008	1.008
Pseudo R ²	0,006	0,215

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse zur logistischen Regressionsanalyse von EQ6. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Interessenvertretern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Im Ergebnis lassen die statistischen Resultate die Indikation zu, dass der Mittelstand angesichts seines geringeren Lobbying-Erfolgs vor dem Hintergrund der *Exchange Theory* im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt weniger einflussreich ist als die

anderen unternehmerischen oder beratenden Interessenvertreter. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass die geringste Anzahl von Forderungen von mittelständischen Interessensvertretern stammt, während die übrigen kategorisierten Interessensvertreter mehr Forderungen gestellt haben. Dahingehend bestätigt sich die aus dem *Resource-based View* abgeleitete Implikation, wonach der Mittelstand weniger Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung ausüben sollte.

Hinsichtlich der Kontrollvariablen illustrieren die Regressionsergebnisse in Tabelle 44, dass gleichgerichtete Forderungen (Koeff.: 0,684, p-Wert: 0,000) signifikant zum Lobbying-Erfolg beitragen. Weiterhin bildet das Beziehungskapital (Koeff.: 0,377, p-Wert: 0,000) einen wesentlichen Lobbying-Erfolgstreiber. Ebenfalls ist defensives Lobbying (Koeff.: 0,610, p-Wert: 0,009) signifikant auf einem 1 % Niveau erfolgreicher als opportunistisches Lobbying. Keine Signifikanz weisen hingegen die Regressionskoeffizienten der Kontrollvariablen Fundierung (Koeff.: -0,087, p-Wert: 0,789) und Verband (Koeff.: 0,103, p-Wert: 0,573) auf.

Da sich im Rahmen des Grundmodells wesentliche Unterschiede zwischen der Signifikanz der Regressionskoeffizienten der kategorisierten Interessenvertreter ohne Berücksichtigung und unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen ergeben, werden in der nachfolgenden Tabelle 45 die Kontrollvariablen jeweils einzeln eingeführt. Dadurch lässt sich der Effekt der Kontrollvariablen auf die Signifikanz der Regressionskoeffizienten der kategorisierten Interessenvertreter im Verhältnis zu den Mittelstandsrepräsentanten bestimmen.

Die statistischen Resultate in Tabelle 45 zeigen, dass die Steuergesetzentwurf fixe Effekte große Auswirkungen auf die Signifikanz der Regressionskoeffizienten der kategorisierten Interessenvertreter im Verhältnis zum Mittelstand besitzen (Spalte 7). Demnach sind die individuellen Charakteristika eines jeden Steuergesetzentwurfs von Bedeutung für den Lobbying-Erfolg der Interessenvertreter. Zudem tragen in der Einzelbetrachtung gleichgerichtete Forderungen (Spalte 1: Koeff.: 0,650, p-Wert: 0,000) und das defensive Lobbying (Spalte 5: Koeff.: 0,544, p-Wert: 0,010) signifikant zum Lobbying-Erfolg bei. Zudem sind fundierte Forderungen auf einem 10 % Signifikanzniveau erfolgreicher als nicht fundierte Forderungen (Spalte 4: Koeff.: 0,624, p-Wert: 0,055). Der Regressionskoeffizient für das Beziehungskapital (Spalte 2: Koeff.: 0,172, p-Wert: 0,174) und der Regressionskoeffizient für das kollektive Lobbying (Spalte 3: Koeff.: -0,139, p-Wert: 0,535) verbleibt in der Einzelbetrachtung insignifikant.

Tabelle 45: Ergebnisse der Lobbying-Erfolgsuntersuchung bei einzelner Hinzunahme der Kontrollvariablen

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Lobbying- Erfolg	Lobbying- Erfolg	Lobbying- Erfolg	Lobbying- Erfolg	Lobbying- Erfolg	Lobbying- Erfolg	Lobbying- Erfolg	Lobbying- Erfolg	Lobbying- Erfolg
Großunternehmen	0,562 (0,409)	0,221 (0,415)	0,242 (0,400)	0,370 (0,405)	0,191 (0,405)	0,359 (0,454)	1,341*** (0,357)	0,626 (0,461)	1,381*** (0,398)
Unternehmen allgemein	-0,050 (0,450)	-0,312 (0,452)	-0,194 (0,453)	-0,097 (0,421)	-0,208 (0,461)	0,072 (0,467)	0,322 (0,244)	0,125 (0,512)	0,657** (0,325)
Berater	-0,010 (0,487)	0,190 (0,406)	0,201 (0,412)	0,392 (0,424)	0,309 (0,425)	0,225 (0,506)	0,910** (0,358)	-0,040 (0,538)	0,802** (0,385)
Andere Interessen	-0,063 (0,420)	0,083 (0,383)	0,127 (0,394)	0,233 (0,382)	0,186 (0,386)	0,091 (0,418)	0,559* (0,290)	-0,125 (0,454)	-0,061 (0,332)
Gleichgerichtetes Lobbying	0,650*** (0,067)							0,628*** (0,064)	0,684*** (0,062)
Beziehungskapital		0,172 (0,126)						0,075 (0,141)	0,377*** (0,100)
Verband			-0,139 (0,223)					0,022 (0,221)	0,103 (0,183)
Fundierung				0,624* (0,325)				0,170 (0,299)	-0,087 (0,324)
Defensives Lobbying					0,544** (0,211)			0,277 (0,205)	0,610*** (0,232)
Weitere Kontrollvariablen	nein	nein	nein	nein	nein	ja	nein	ja	ja
Steuergesetzentwurf FE	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja	nein	Ja
Konstante	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Geclusterte SE nach	Interessen- vertreter	Interessen- vertreter	Interessen- vertreter	Interessen- vertreter	Interessen- vertreter	Interessen- vertreter	Interessen- vertreter	Interessen- vertreter	Interessen- vertreter
Beobachtungen	1.008	1.008	1.008	1.008	1.008	1.008	1.008	1.008	1.008
Pseudo R ²	0,132	0,009	0,007	0,014	0,012	0,016	0,071	0,141	0,215

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse bei einzelner Hinzunahme der Kontrollvariablen zur logistischen Regressionsanalyse von EQ6. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Interessenvertretern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Weiterhin durchgeführt wird eine Vielzahl von Robustheitstests, deren Ergebnisse Tabelle 46 abbildet. Zunächst erfolgt die Exkludierung nicht fundierter oder/und opportunistischer Forderungen (Spalte 1, 2, 3),⁴⁶⁰ wodurch sich das Signifikanzniveau der Regressionskoeffizienten zum Lobbying-Erfolg der Berater (Spalte 3: Koeff.: 0,963, p-Wert: 0,008) und der allgemeinen Unternehmensrepräsentanten (Spalte 3: Koeff.: 0,830, p-Wert: 0,005) im Verhältnis zum Mittelstand auf 1 % erhöht. Durch den Ausschluss von gleichgerichteten Forderungen (Spalte 4) entfällt die Signifikanz der Regressionskoeffizienten der Berater und allgemeinen Unternehmensrepräsentanten. Anschließend werden Robustheitstests durchgeführt, die sich aus strategischer Sicht auf die Art und Weise der Kommunikation der Forderung beziehen.⁴⁶¹ Aus strategischer Perspektive kann eine Forderung gegenüber einer steuergesetzlichen Änderung eine zustimmende, ablehnende oder neutrale Haltung einnehmen.⁴⁶² Dies wurde für jede identifizierte Forderung qualitativ erhoben.⁴⁶³ Im Rahmen der Robustheitstests wurden zunächst zustimmende, dann ablehnende und zuletzt zustimmende und ablehnende Forderungen exkludiert. Durch den Ausschluss von Forderungen mit einer ablehnenden Einstellung gegenüber der steuergesetzlichen Änderung (Spalte 5) erhöht sich das Signifikanzniveau der Regressionskoeffizienten bei den Beratern (Koeff.: 0,967, p-Wert: 0,005) und allgemeinen Unternehmensrepräsentanten (Koeff.: 0,855, p-Wert: 0,002) von 5 % auf 1 %. Erfolgt hingegen anstatt der Exklusion der ablehnenden Forderungen die Ausklammerung zustimmender Forderungen (Spalte 6), entfällt die Signifikanz der weiterhin positiven Regressionskoeffizienten bei den Beratern und allgemeinen Unternehmensrepräsentanten. Sind ausschließlich Forderungen mit neutralen Konnotationen gegenüber den steuergesetzlichen Änderungen inkludiert, ändert sich lediglich der positive Regressionskoeffizient der Berater (Koeff.: 0,737, p-Wert: 0,078) von einem 5 % Niveau auf ein 10 % Niveau (Spalte 7). Als abschließender Robustheitstest wird anstelle der logistischen Regression auf die Durchführung einer Probit-Regression zurückgegriffen (Spalte 9), was ebenfalls die Ergebnisse des Grundmodells im Wesentlichen bestätigt. Das Signifikanzniveau zum

⁴⁶⁰ Denn unfundierte Forderungen und opportunistisches Lobbying sollten nach den obigen Ausführungen weniger erfolgreich als fundierte Forderungen und defensives Lobbying sein.

⁴⁶¹ Vgl. Klüver et al. (2015), S. 495; Ihlen et al. (2018), S. 122; McGrath (2007), S. 274.

⁴⁶² Ebenso Eising/Spohr (2017), S. 321; Hoffmann/Zülch (2014), S. 715.

⁴⁶³ Das in Tabelle 69 in Anhang 17 enthaltene Kodierungsschema erläutert ebenfalls die Kriterien für die qualitative Beurteilung der strategischen Vermittlung der Forderungen.

Tabelle 46: Robustheitstests zur Lobbying-Erfolgsuntersuchung

Variable	(1) Lobbying- Erfolg Teildatensatz: Fundierte Forde- rungen	(2) Lobbying- Erfolg Teildatensatz: Defensive For- derungen	(3) Lobbying- Erfolg Teildatensatz: Fundierte und defensive Forde- rungen	(4) Lobbying- Erfolg Teildatensatz: Nicht gleichge- richtete Interes- sen	(5) Lobbying- Erfolg Teildatensatz: Neutrale oder positive Vermitt- lung der Forde- rungen an die politischen Ent- scheidungsträger	(6) Lobbying- Erfolg Teildatensatz: Neutrale oder negative Ver- mittlung der For- derungen an die politischen Ent- scheidungsträger	(7) Lobbying- Erfolg Teildatensatz: Neutrale Ver- mittlung der For- derungen an die politischen Ent- scheidungsträger	(8) Lobbying- Erfolg Probit-Regres- sion
Großunternehmen	1,397*** (0,394)	1,506*** (0,407)	1,514*** (0,410)	1,886*** (0,554)	1,845*** (0,336)	1,309*** (0,446)	1,737*** (0,370)	0,787*** (0,222)
Unternehmen allgemein	0,696** (0,299)	0,798** (0,308)	0,830*** (0,294)	0,394 (0,524)	0,855*** (0,274)	0,553 (0,369)	0,687** (0,306)	0,369** (0,184)
Berater	0,750** (0,358)	1,036*** (0,385)	0,963*** (0,364)	0,639 (0,578)	0,967*** (0,341)	0,679 (0,448)	0,737* (0,418)	0,453** (0,219)
Andere Interessen	-0,046 (0,314)	0,124 (0,343)	0,131 (0,336)	-0,276 (0,501)	0,020 (0,293)	-0,115 (0,375)	-0,107 (0,333)	-0,004 (0,187)
Gleichgerichtetes Lobbying	0,691*** (0,075)	0,644*** (0,054)	0,646*** (0,066)		0,703*** (0,071)	0,707*** (0,074)	0,738*** (0,083)	0,399*** (0,034)
Beziehungskapital	0,284*** (0,097)	0,325*** (0,094)	0,246*** (0,094)	0,513*** (0,151)	0,409*** (0,106)	0,364*** (0,105)	0,394*** (0,114)	0,217*** (0,055)
Verband	0,259 (0,219)	0,029 (0,204)	0,157 (0,229)	0,129 (0,321)	0,271 (0,186)	0,039 (0,216)	0,256 (0,237)	0,045 (0,099)
Fundierung		0,037 (0,348)		0,148 (0,364)	0,015 (0,309)	0,013 (0,366)	0,153 (0,333)	-0,042 (0,166)
Defensives Lobbying	0,579*** (0,219)			0,642** (0,256)	0,607** (0,237)	0,772*** (0,272)	0,803*** (0,293)	0,354*** (0,133)
Weitere Kontrollvariablen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
	Lobbying-Erfolg	Lobbying-Erfolg	Lobbying-Erfolg	Lobbying-Erfolg	Lobbying-Erfolg	Lobbying-Erfolg	Lobbying-Erfolg	Lobbying-Erfolg
	Teildatensatz: Fundierte Forderungen	Teildatensatz: Defensiv Forderungen	Teildatensatz: Fundierte und defensive Forderungen	Teildatensatz: Nicht gleichgerichtete Interessen	Teildatensatz: Neutrale oder positive Vermittlung der Forderungen an die politischen Entscheidungsträger	Teildatensatz: Neutrale oder negative Vermittlung der Forderungen an die politischen Entscheidungsträger	Teildatensatz: Neutrale Vermittlung der Forderungen an die politischen Entscheidungsträger	Probit-Regression
Steuergesetzentwurf FE	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Konstante	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Geclusterte SE nach	Interessenvertreter	Interessenvertreter	Interessenvertreter	Interessenvertreter	Interessenvertreter	Interessenvertreter	Interessenvertreter	Interessenvertreter
Beobachtungen	788	852	664	709	868	938	797	1.008
Pseudo R ²	0,189	0,203	0,173	0,124	0,225	0,229	0,241	0,215

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse der Robustheitstests zur logistischen Regressionsanalyse von EQ6. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Interessenvertretern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Lobbying-Erfolg der Großunternehmensrepräsentanten verbleibt robustheitstestübergreifend auf einem 1 % Niveau bestehen. Der Regressionskoeffizient für die Interessenvertreterkategorie der anderen Interessen gewinnt in keinem Robustheitstest an Signifikanz. In Summe bestätigen die Robustheitstests den geringeren Lobbying-Erfolg der mittelständischen Interessenvertreter im Verhältnis zu den Großunternehmen, allgemeinen Unternehmensrepräsentanten und Beratern.

Im Hinblick auf die Kontrollvariablen sind in den Robustheitstests die Regressionskoeffizienten für gleichgerichtetes Lobbying und Beziehungskapital stets auf einem 1 % Niveau signifikant. Ferner behält die Variable für defensives Lobbying zumeist ihre Signifikanz auf einem 1 % Niveau.

Zusammenfassend deuten die inferenzstatistischen Ergebnisse für die Steuergesetzgebung Deutschlands darauf hin (Untersuchungsfrage 10), dass das Lobbying des Mittelstands weniger erfolgreich ist in Relation zu den Interessenvertretern der Großunternehmen, allgemeinen Unternehmen und den Beratern. Der Lobbying-Erfolg des Mittelstands ähnelt im Wesentlichen dem Erfolg des Konglomerats der als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter. Verstärkend kommt hinzu, dass von den Interessenvertretern des Mittelstand im Vergleich zu den übrigen Interessenvertretern die wenigsten Forderungen entstammen. Vor dem Hintergrund des mit der *Exchange Theory* verbundenen steuerpolitischen Wettbewerbsmarkts ergibt sich übereinstimmend mit den aus dem *Resource-based View* abgeleiteten Indikationen eine geringere Durchsetzungskraft des Mittelstandssegments im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt, woraus sich ein geringerer Einfluss des Mittelstands auf die Steuergesetzgebung Deutschlands schlussfolgern lässt.

Im Hinblick auf die deutsche Lobbying-Forschung korrespondieren die statistischen Ergebnisse stellenweise mit den Feststellungen von *McLeay et al.* und *Eising und Spohr*, wonach vor allem unternehmerische Interessengruppen die deutsche Legislative und Regulatorik des Rechnungswesens beeinflussen.⁴⁶⁴ Dies sollte nach den in dieser Dissertationsschrift erzielten empirischen Erkenntnissen aber nicht auf die unternehmerischen Interessenvertreter des Mittelstands in der Steuergesetzgebung zutreffen. Darüber hinaus stehen die Ergebnisse im Hinblick auf die Berater in Kontrast

⁴⁶⁴ Vgl. Eising/Spohr (2017), S. 328; McLeay et al. (2000), S. 96.

zu den Erkenntnissen von *McLeay et al.*, nach denen die Berater im Bereich der Regulatorik des Rechnungswesens weniger einflussreich sind.⁴⁶⁵

Bezogen auf die Lobbying-Praxis lassen die inferenzstatistischen Ergebnisse folgende Schlussfolgerungen zu: Zunächst kann auf Basis der Signifikanz der Variable „Beziehungskapital“ konstatiert werden, dass der Aufbau von Verbindungen der Interessenvertreter zu politischen Entscheidungsträgern durch regelmäßige Partizipation im Steuergesetzgebungsverfahren wesentlich zum Lobbying-Erfolg beiträgt. Demgemäß bildet Beziehungskapital einen zentralen Faktor für erfolgreiche Einflussnahme.⁴⁶⁶ Darüber hinaus lässt sich aus der Signifikanz der Variable „gleichgerichtete Interessen“ ableiten, dass Multiplikatoreffekte erheblich zum Lobbying-Erfolg beitragen.⁴⁶⁷ Weiterhin offenbart die Untersuchung, dass defensives Lobbying signifikant erfolgreicher ist als opportunistisches Lobbying. Damit kommt dem defensiven Lobbying im formellen Steuergesetzgebungsverfahren in Deutschland eine erhebliche Bedeutung zu.⁴⁶⁸ Dahingehend sollte es erheblich schwieriger sein, nicht im Gesetzentwurf enthaltene steuerliche Änderungen im formellen Steuergesetzgebungsverfahren auf Ebene des Finanzausschusses zu initiieren.

Lobbying-Erfolg des Mittelstands in seinen steuerlichen Interessengebieten

Nachfolgende Tabelle 47 präsentiert die Ergebnisse zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten (Untersuchungsfrage 11.1 und 11.2). Die Regressionskoeffizienten der Interaktionsterme Mittelstand*Erbschaftsteuer (Koeff.: 0,632, p-Wert: 0,123) und Mittelstand*Compliance-Kosten (Koeff.: -0,252, p-Wert: 0,476) sind beide nicht signifikant. Demnach ist der Mittelstand mit seinen Forderungen, die die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die steuerlichen Compliance-Kosten betreffen, im Wesentlichen nicht weniger erfolgreich als die übrigen kategorisierten Interessenvertreter.⁴⁶⁹ Jedoch sind mittelständische Interessenvertreter auch nicht verhältnismäßig erfolgreicher. Überdies indizieren die Regressionsergebnisse, dass

⁴⁶⁵ Vgl. *McLeay et al.* (2000), S. 96.

⁴⁶⁶ Vgl. *Acemoglu et al.* (2016), S. 371; *Brown et al.* (2015), S. 96; *Bertrand et al.* (2014), S. 3891 f.; *Brown* (2016), S. 68; *Hillman/Hitt* (1999), S. 828 f.; *Blanes i Vidal et al.* (2012), S. 3732; *Barrick/Alexander* (2014), S. 14; *Mulligan/Oats* (2016), S. 72; *Sühlsen/Hisschemöller* (2014), S. 321.

⁴⁶⁷ Vgl. *McLeay et al.* (2000), S. 87. Ähnlich auch *Eising/Spohr* (2017), S. 321 ff.

⁴⁶⁸ Vgl. *Barrick/Alexander* (2014), S. 28.

⁴⁶⁹ Der Regressionskoeffizient der Variable „Mittelstand“ ist aufgrund der *Baseline*, die neben dem Lobbying-Erfolg der unternehmerischen und beratenden Akteure auch den Lobbying-Erfolg der als andere Interessen kategorisierten Interessenvertreter berücksichtigt, nicht signifikant.

Forderungen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer (Koeff.: 2.086, p-Wert: 0,003) sowie zu steuerlichen Compliance-Kosten (Koeff.: 0,827, p-Wert: 0,000) auf einem 1 % Signifikanzniveau den Lobbying-Erfolg erhöhen. Dies zeigt allgemein, dass innerhalb der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie innerhalb der steuerlichen Compliance-Kosten die Forderungen der Interessenvertreter erfolgreicher sind. Dahingehend ist die Mitwirkung innerhalb dieser steuerlichen Themen für den Mittelstand geboten, denn anlässlich der generell höheren Umsetzungsquote von Forderungen könnte eine fehlende Partizipation des Mittelstandssegments aufgrund des Lobbyings der übrigen Interessenvertreter mit negativen ökonomischen Konsequenzen für den Mittelstand behaftet sein.

Tabelle 47: Regressionsanalyse zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands in seinen steuerlichen Interessengebieten

Variable	(1) Lobbying-Erfolg	(2) Lobbying-Erfolg
Mittelstand*Erbschaftsteuer	0,067 (0,441)	0,632 (0,410)
Mittelstand*Compliance-Kosten	0,059 (0,377)	-0,252 (0,354)
Mittelstand	-0,317 (0,446)	-0,625 (0,431)
Erbschaftsteuer	0,953*** (0,205)	2,086*** (0,707)
Compliance-Kosten	0,623*** (0,192)	0,827*** (0,167)
Gleichgerichtetes Lobbying		0,661*** (0,114)
Beziehungskapital		0,285** (0,214)
Verband		-0,091 (0,312)
Fundierung		-0,110 (0,242)
Defensives Lobbying		0,562** (0,007)
Weitere Kontrollvariablen	nein	ja
Steuergesetzentwurf FE	nein	ja
Konstante	ja	ja
Geclusterte SE nach	Interessenvertreter	Interessenvertreter
Beobachtungen	1.008	1.008
Pseudo R ²	0,027	0,215

Anmerkungen: Die Tabelle zeigt die Ergebnisse zur logistischen Regressionsanalyse von EQ7 zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands in seinen steuerlichen Interessengebieten. Die eingeklammerten Werte unterhalb der Regressionskoeffizienten enthalten die nach Interessenvertretern geclusterten robusten Standardfehler. Alle Werte sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

In Bezug auf die Kontrollvariablen verdeutlicht sich in vorstehender Tabelle 47 durch die Signifikanz des Regressionskoeffizienten der Variable „Beziehungskapital“ (Koeff.: 0,285, p-Wert: 0.013) erneut die Relevanz des Aufbaus von intensiven Verbindungen zu politischen Entscheidungsträgern für verbesserten Lobbying-Erfolg.⁴⁷⁰ Ebenfalls deutet die Signifikanz der Variable für die Gleichgerichtetheit der Interessen (Koeff.: 0,661, p-Wert: 0.000) auf die Wichtigkeit von Multiplikatoreffekte hin.⁴⁷¹

In Summe lassen die empirischen Ergebnisse den Schluss zu, dass der Mittelstand in seinen speziellen Interessengebieten, der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten, ein ähnlich erfolgreiches Lobbying wie die übrigen Interessenvertreter aufweist (Untersuchungsfrage 11.1 und 11.2). Dies deutet darauf hin, dass der Mittelstand weniger Einfluss auf die generelle Steuergesetzgebung hat, mit Ausnahme im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten. Innerhalb dieser steuerlichen Themenkomplexe ist das Mittelstandssegment grundsätzlich ähnlich einflussreich wie die übrigen Interessenvertreter, nicht jedoch erfolgreicher. Damit decken sich die empirischen Ergebnisse teilweise mit den Feststellungen von *Schroeder und Weßels*, wonach der Mittelstand mitunter stärkeren Einfluss auf die Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzgebung ausüben sollte.⁴⁷²

⁴⁷⁰ Vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 371; Brown et al. (2015), S. 96; Bertrand et al. (2014), S. 3891 f.; Brown (2016), S. 68; Hillman/Hitt (1999), S. 828 f.; Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3732; Barrick/Alexander (2014), S. 14; Mulligan/Oats (2016), S. 72; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321.

⁴⁷¹ Vgl. McLeay et al. (2000), S. 87. Ähnlich auch Eising/Spohr (2017), S. 321 ff..

⁴⁷² Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12.

6 Qualitative Experteninterviewstudie zum Einfluss des Mittelstands

6.1 Forschungsdesign

Qualitative Untersuchungen eröffnen die Möglichkeit, Bereiche zu erforschen, die durch quantitative Forschungsansätze nicht erschlossen werden können.⁴⁷³ Auf diese Weise können umfassende Einblicke gewonnen werden, indem beispielsweise Hintergründe beleuchtet und detailliert dargestellt werden.⁴⁷⁴ Dies ermöglicht beispielhaft die Einordnung von Ergebnissen, die durch quantitative Methoden gewonnen wurden.⁴⁷⁵ Die im Folgenden durchgeführte qualitative Untersuchung soll die zuvor dargestellten empirischen Ergebnisse einordnen, indem Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands identifiziert werden. Für diesen Zweck werden leitfadengestützte, semi-strukturierte und anonymisierte Experteninterviews mit Interessenvertretern aus mittelständischen Interessenverbänden durchgeführt.

Grundsätzlich ist das Interview eine offene Befragungsform, die es ermöglicht, Sichtweisen aus Perspektive der Interviewpartner zur Erkenntnisgewinnung zum Untersuchungsgegenstand zu erlangen.⁴⁷⁶ Für die Einordnung der empirischen Ergebnisse eignen sich insbesondere Experteninterviews mit Interessenvertretern mittelständischer Verbände, da diese die Hintergründe aufgrund ihrer Erfahrungen und alltäglichen Arbeit beurteilen können und sich deren Spezialwissen erschließen lässt.⁴⁷⁷ Als Experten gelten zum Zwecke der Untersuchung Interessenvertreter, die als Referent oder in leitender bzw. geschäftsführender Position in mittelständischen Interessenverbänden tätig sind. Die interviewten Experten fungieren als Vertreter der Gruppe der Interessenvertreter des Mittelstands.⁴⁷⁸

Die Strukturierung von Experteninterviews ist stets semi-strukturiert.⁴⁷⁹ Semi-strukturierte Experteninterviews sind durch ihren offenen, flexiblen und interaktiven Charakter besonders geeignet, um wissenschaftliche Erkenntnisse aus Perspektive der

⁴⁷³ Vgl. Kelle (2007b), S. 57.

⁴⁷⁴ Vgl. Ng et al. (2018), S. 428.

⁴⁷⁵ Vgl. Kelle (2007b), S. 61.

⁴⁷⁶ Vgl. Al Balushi (2016), S. 731; Heinze (2001), S. 153 f.; McGrath et al. (2019), S. 1005.

⁴⁷⁷ Vgl. von dem Berge (2020), S. 281 f.; Wernitz (2018), S. 4; Gläser/Laudel (2009), S. 12; Bogner/Menz (2005), S. 43 f.; Kaufmann (2021), S. 116; Bogner/Menz (2001), S. 496.

⁴⁷⁸ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 25.

⁴⁷⁹ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 27.

Experten zu generieren.⁴⁸⁰ Denn die Antwortmöglichkeiten auf die gestellten Fragen sind den Interviewpartnern nicht vorgegeben.⁴⁸¹ Im Rahmen semi-strukturierter Interviews lassen sich auf Basis der Erläuterungen der Interviewpartner zudem vertiefende Fragen stellen, um den Erkenntnisgewinn zu vertiefen.⁴⁸² Somit bieten semi-strukturierte Interviews den Vorteil eines strukturierten Vorgehens bei gleichzeitiger Flexibilität.⁴⁸³

Da das Ziel der Experteninterviews in der Einordnung der empirischen Ergebnisse besteht, bietet sich als Interviewform ein theoriegenerierendes bzw. deutungswissenorientiertes Experteninterview an. In dessen Mittelpunkt steht die Erkenntnisgewinnung über die Erlangung des Deutungswissens der interviewten Experten. Im Allgemeinen sollen aus den Antworten der Experten interpretativ Zusammenhänge identifiziert und darauf aufbauend Erklärungen abgeleitet werden.⁴⁸⁴

Die Erschließung des Deutungswissens kann über einen *Grounded Theory*-Ansatz erreicht werden.⁴⁸⁵ Entwickelt wurde die *Grounded Theory* von *Glaser und Strauss*, die eine systematische Methode zur Auswertung qualitativer Daten für die Theoriegenerierung suchten.⁴⁸⁶ Mittels eines *Grounded Theory*-Ansatzes lassen sich auf Basis des Interviewmaterials theoretische Erklärungen ableiten.⁴⁸⁷ Dabei stützt sich die Auswertung auf die induktive Bildung von Kategorien auf Basis der Antworten der Interviewten.⁴⁸⁸ Für die Auswertung wird auf eine offene Kodierung zurückgegriffen, wodurch die Kategorien sich aus dem Interviewmaterial ergeben.⁴⁸⁹ Die Bildung der Kategorien ist im Rahmen des offenen Kodierens nicht durch theoretische Konstrukte beschränkt.⁴⁹⁰ Die Kodierung und Bildung der Kategorien erfolgt im Rahmen eines permanenten Vergleichs. Dabei wird das Interviewmaterial kontinuierlich miteinander verglichen, um fortlaufend die Kategorien zu verfeinern und Zusammenhänge zu

⁴⁸⁰ Vgl. Adeoye-Olatunde/Olenik (2021), S. 1360; McGrath et al. (2019), S. 1002; Ng et al. (2018), S. 431.

⁴⁸¹ Vgl. Wernitz (2018), S. 5.

⁴⁸² Vgl. McGrath et al. (2019), S. 1003; Adeoye-Olatunde/Olenik (2021), S. 1360.

⁴⁸³ Vgl. Al Balushi (2016), S. 728.

⁴⁸⁴ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 25; Bogner/Menz (2001), S. 480; Bogner/Menz (2005), S. 43 f..

⁴⁸⁵ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 76; Schmidt et al. (2015), S. 35.

⁴⁸⁶ Vgl. Glaser/Strauss (1967), S. 1; Ng et al. (2018), S. 428; Cutcliffe (2000), S. 1476; Mey/Mruck (2011), S. 16; Kelle (2007a), S. 32; Lueger (2009), S. 191.

⁴⁸⁷ Vgl. Ng et al. (2018), S. 428.

⁴⁸⁸ Vgl. Strübing (2021), S. 16 f.; Kelle (2007a), S. 40 f..

⁴⁸⁹ Vgl. Lueger (2009), S. 196; Breuer (2018), S. 269 ff.; Strübing (2021), S. 17.

⁴⁹⁰ Vgl. Lueger (2009), S. 196; Breuer (2018), S. 269 ff.; Strübing (2021), S. 17.

identifizieren.⁴⁹¹ Weiterhin können im Rahmen eines *Grounded Theory*-Ansatzes neben den qualitativen Aspekten aus dem Interviewmaterial auch situativ quantitative Aspekte herausgearbeitet werden.⁴⁹² Die Anzahl der Experteninterviews hängt bei einem *Grounded Theory*-Ansatz von der theoretischen Sättigung ab. Die theoretische Sättigung ist erreicht, wenn sich keine neuen Kategorien durch die Experteninterviews erschließen lassen.⁴⁹³ Im Rahmen dieser Dissertationsschrift werden für die Einordnung der empirischen Ergebnisse als Kategorien Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands aus dem Interviewmaterial herausgearbeitet. Schlussendlich eignet sich die *Grounded Theory*, um die zuvor dargestellten empirischen Ergebnisse auf Basis der qualitativ gewonnenen Erkenntnisse einzuordnen. Dahingehend bieten sich semi-strukturierte Experteninterviews für die Erforschung der Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands an.

Im Vorfeld der Durchführung von Experteninterviews ist ein Leitfaden zu konzipieren.⁴⁹⁴ Der Interviewleitfaden enthält übergeordnete offene Fragen, die den Interviewpartnern gestellt werden.⁴⁹⁵ Den Offenheitsgrad der Leitfragen bedingt das Forschungsziel.⁴⁹⁶ Bei theoriegenerierenden Experteninterviews dient der Leitfaden lediglich dem Zweck der thematischen Strukturierung, weshalb die Leitfragen weitgehend offen gehalten werden sollen.⁴⁹⁷ Bei Durchführung des Interviews können situativ vertiefende oder anschließende Fragen an die Leitfragen aus dem Leitfaden gestellt werden.⁴⁹⁸ Im Verlauf der Experteninterviewstudie kann der Leitfaden angepasst werden.⁴⁹⁹ Da bei theoriegenerierenden Interviews spontane Äußerungen und nicht zuvor zurechtgelegte Antworten im Vordergrund stehen, sollte der Interviewleitfaden den Interviewpartnern in der Regel nicht vorab zugesendet werden.⁵⁰⁰ Von diesem Grundsatz kann situationsbedingt abgewichen werden, um die angefragten Experten als

⁴⁹¹ Vgl. Strübing (2021), S. 15; Cutcliffe (2000), S. 1477.

⁴⁹² Vgl. Strübing (2021), S. 15.

⁴⁹³ Vgl. Strübing (2021), S. 34 f.; Schmidt et al. (2015), S. 46.

⁴⁹⁴ Vgl. Kallio et al (2016), S. 2961.

⁴⁹⁵ Vgl. Gläser/Laudel (2009), S. 91; McGrath et al. (2019), S. 1003; Ng et al. (2018), S. 431.

⁴⁹⁶ Vgl. von dem Berge (2020), S. 280.

⁴⁹⁷ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 25.

⁴⁹⁸ Vgl. Finkbeiner (2017), S. 146.

⁴⁹⁹ Vgl. Finkbeiner (2017), S. 144.

⁵⁰⁰ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 30.

Interviewpartner zu gewinnen.⁵⁰¹ Die Leitfragen aus dem finalen Interviewleitfaden bildet nachfolgende Tabelle 48 ab.

Tabelle 48: Interviewleitfaden

Zielsetzung	Leitfragen
Lobbying-Zielsetzungen und Stellenwert der Steuergesetzgebung	1. Welche Ziele verfolgt Ihre Interessenvertretung? 2. Welchen Stellenwert nimmt die Steuergesetzgebung in Ihrer Lobbying-Arbeit ein?
Gründe für geringeren Zugang und Lobbying-Erfolg des Mittelstands	3. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen für den vergleichsweise geringeren Zugang des Mittelstands zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren? 4. Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen dafür, dass der Mittelstand in seiner steuerlichen Interessenvertretung weniger erfolgreich ist?
Relevanz der Ressourcen- und Fähigkeitsausstattung sowie Trittbrettfahreffekten	5. Könnte die geringere Ressourcenausstattung mittelständischer Unternehmen und damit auch mittelständischer Verbände ein Grund für den geringeren Zugang und Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Steuergesetzgebung sein? 6. Überlassen Sie das Lobbying in der Steuergesetzgebung anderen unternehmerischen Interessenverbänden?
Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Entscheidungsträger	7. Könnte die Wahrnehmung durch politische Entscheidungsträger eine Ursache für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Steuergesetzgebung sein? 8. Gibt es Unterschiede in der Wahrnehmung des Mittelstands durch Bundesratspolitiker und Bundestagspolitiker?

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert den finalen Leitfaden für die semi-strukturierten Experteninterviews mit Interessenvertretern aus mittelständischen Interessenverbänden.

Der Interviewleitfaden für die Experteninterviewstudie ist wie folgt strukturiert: Nach der Begrüßung und Vorstellung des Forschungsprojekts wird das Interview durch eine Vorstellung des Interviewpartners und des jeweiligen mittelständischen Interessenverbands eröffnet. Um ein Grundverständnis für die Tätigkeit von mittelständischen Interessenverbänden zu schaffen, werden anschließend Fragen nach den allgemeinen Zielen des Lobbyings und nach dem Stellenwert der Steuergesetzgebung gestellt. Hierdurch sollen erste Informationen hinsichtlich der Relevanz der Steuergesetzgebung für den Interessenverband gewonnen werden. Gleichzeitig bietet der Stellenwert der Steuergesetzgebung einen ersten Indikator, weshalb der Mittelstand in der Steuergesetzgebung unterrepräsentiert und weniger erfolgreich sein könnte.⁵⁰² Anschließend zielen die Leitfragen auf die Ursachen für den vergleichsweise geringeren Zugang des Mittelstands und zum vergleichsweise geringeren Lobbying-Erfolg ab. Durch allgemein gehaltene Leitfragen nach den Ursachen sollen ergebnisoffene Erkenntnisse zur

⁵⁰¹ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 30 f..

⁵⁰² Die Frage nach dem Stellenwert der Steuergesetzgebung wurde nach dem ersten Interview in den Leitfaden aufgenommen. Denn der erste interviewte Experte schrieb diesem Aspekt eine hohe Relevanz für die Einordnung der empirischen Ergebnisse zu.

Einordnung der empirischen Ergebnisse gewonnen werden, ohne bereits auf potenzielle Ressourcenlimitationen und Trittbrettfahreneffekte im Interview anzuspielen. Darauf folgend wird explizit nach den Ressourcenlimitationen des Interessenverbands und nach Trittbrettfahreneffekten gefragt, soweit der Experte diese Aspekte nicht bereits im Vorfeld erwähnt hat. Weiterhin werden zur Ermittlung der Ursachen zwei Leitfragen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger ergänzt, insbesondere hinsichtlich der Unterschiede in der Wahrnehmung des Mittelstands durch Bundestagspolitiker und Bundesratspolitiker.⁵⁰³ Abschließend wird den Experten die Möglichkeit eingeräumt, weitere Aspekte zu ergänzen.

Für jedes Experteninterview wird üblicherweise eine Tonaufnahme angefertigt.⁵⁰⁴ Bei sensiblen Themen können jedoch anstelle von Tonaufnahmen handschriftliche Aufzeichnungen angefertigt werden.⁵⁰⁵ Anlässlich der Sensibilität von Lobbying und Einflussnahme wurden die Interviews nicht aufgezeichnet, sondern die Antworten der Interviewpartner stattdessen als handschriftliche Notizen festgehalten. Die Antworten wurden direkt im Nachgang eines Interviews für die anschließende Auswertung verschriftlicht. Weiterhin wurde den interviewten Experten vollständige Anonymität hinsichtlich ihrer Person und ihres Interessenverbands zugesichert. Dahingehend entstand im Interview ein geschützter Raum, in dem sich die Experten frei äußern konnten.⁵⁰⁶ Exemplarisch bestätigte ein Interviewpartner ungefragt die Wichtigkeit eines solchen geschützten Raums für Experteninterviews im Lobbying-Kontext.⁵⁰⁷

Von den 53 per E-Mail angefragten mittelständischen Interessenvertretern stellten sich acht Interessenvertreter als Interviewpartner zur Verfügung. Dies entspricht einer positiven Rückläuferquote von 15,09 %. Die Interviews wurden zwischen dem 5. April 2024 und dem 19. April 2024 persönlich via Zoom geführt. Drei der Experten wurde vorab der Interviewleitfaden übersendet, um diese als Interviewpartner zu gewinnen. Die Länge der Interviews variiert zwischen 17 und 96 Minuten.

⁵⁰³ Auch dieser Aspekt wurde in den Interviewleitfaden mitaufgenommen, da er vom ersten Experten als Ursache für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg genannt wurde.

⁵⁰⁴ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 39; Ng et al. (2018), S. 432; Gläser/Laudel (2009), S. 157 f.; von dem Berge (2020), S. 292.

⁵⁰⁵ Vgl. Bogner et al. (2014), S. 40; Gläser/Laudel (2009), S. 157.

⁵⁰⁶ Beispielsweise erwähnte einer der Experten explizit, dass er nicht an der Interviewstudie teilgenommen hätte, wenn die Interviews mit einer Tonaufnahme aufgezeichnet worden wären.

⁵⁰⁷ Die Sensibilität spiegelt sich unter anderem darin wider, dass Lobbying in der Gesellschaft gemeinhin negativ konnotiert ist (vgl. Chari et al. (2007), S. 422).

Durchschnittlich beanspruchte ein Interview in etwa 48 Minuten. Nachfolgende Tabelle 49 gibt einen Überblick über die geführten Interviews.⁵⁰⁸

Tabelle 49: Überblick über die Experteninterviews

Interviewpartner	Position im Interessenverband	Datum	Interviewdauer
Experte 1	Mitglied der Geschäftsführung	05.04.2024	96 Minuten
Experte 2	Mitglied der Geschäftsführung	09.04.2024	30 Minuten
Experte 3	Referent	09.04.2024	17 Minuten
Experte 4	Leitender Angestellter	12.04.2024	32 Minuten
Experte 5	Referent	15.04.2024	56 Minuten
Experte 6	Leitender Angestellter	16.04.2024	61 Minuten
Experte 7	Mitglied der Geschäftsführung	18.04.2024	69 Minuten
Experte 8	Mitglied der Geschäftsführung	19.04.2024	21 Minuten

Anmerkungen: Die Tabelle gibt einen Überblick über die Position der Experten im mittelständischen Interessenverband und die Länge der Experteninterviews.

6.2 Ergebnisse

Tabelle 50: Überblick über die Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands

Kategorie	Experte							
	1	2	3	4	5	6	7	8
Geringe Priorität	X	X	X	X	X	X	X	X
Situatives Lobbying	X	X	X		X		X	
Abstimmung der Interessenverbände				X	X		X	X
Politische Ressourcenausstattung								
<i>Ressourcen allgemein</i>	X		X	X		X	X	X
<i>Beziehungskapital</i>						X		X
<i>Finanzielle Ausstattung</i>			X			X	X	X
<i>Steuerliche Informationsbeschaffung</i>			X		X	X	X	
<i>Expertise</i>	X			X	X	X		X
<i>Verbandsgröße</i>				X				X
Trittbrettfahreffekte								
X	X	X	X	X	X	X		
Politische Aspekte								
<i>Regierungsparteien</i>				X	X		X	
<i>Geringe Wahrnehmung</i>	X			X		X		X
<i>Partikularität der Interessen</i>				X	X			
<i>Fiskalpolitische Interessen</i>				X	X	X		

Anmerkungen: Die Tabelle gibt einen Überblick über die mittels *Grounded Theory* unter Anwendung einer offenen Kodierung gebildeten Kategorien aus dem Interviewmaterial pro Experten. Die Kategorien bilden dabei die Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Steuergesetzgebung ab.

Für die Unterrepräsentanz des Mittelstands und den geringeren Lobbying-Erfolg konnten über die Experteninterviews einige Ursachen identifiziert werden. Vorstehende

⁵⁰⁸ Aufgrund der begrenzten Anzahl mittelständischer Verbände in Deutschland wird zur Anonymisierung der Interviewpartner auf eine tabellarische Auflistung der Ausbildung, der Berufserfahrung und der genauen Position der Interviewpartner im mittelständischen Interessenverband verzichtet, wie es sonst in Interviewstudien üblich ist (vgl. exemplarisch Barrick/Alexander (2014), S. 2). Andernfalls wäre es möglich, Rückschlüsse auf die Identität der interviewten Experten zu ziehen.

Tabelle 50 gibt einen Überblick über die mittels *Grounded Theory* gebildeten Kategorien und die Erwähnungen durch die Experten. Aus der Übersicht geht hervor, dass nach dem Interview mit Experte 6 keine neue Ursache unter Anwendung der offenen Kodierung ermittelt werden konnte. Demgemäß sollte aus methodischer Perspektive die theoretische Sättigung erreicht sein.

Zunächst kann als Ursache eine geringe Priorität der Steuergesetzgebung für die Interessenverbände angeführt werden (Experte 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8). Grundsätzlich verfolgt die Arbeit der Interessenvertreter das Ziel, optimale (rechtliche) Rahmenbedingungen und Wettbewerbsvorteile für die mittelständischen Mitgliedsunternehmen zu schaffen. In diesem Kontext stellt die Steuergesetzgebung lediglich ein Puzzlestück dar (Experte 1, 2, 4, 6 und 8), welches keinen Themenschwerpunkt der Interessenvertretung der mittelständischen Interessenverbände bildet (Experte 1, 2, 3, 5 und 7). Die Schwerpunkte der Interessenvertretung der mittelständischen Interessenverbände finden sich in anderen Bereichen (Experte 1, 2, 4 und 6). Beispielsweise nennt Interessenvertreter 6 allgemein den Fachkräftemangel oder die Digitalisierung als Themenschwerpunkte,⁵⁰⁹ die mittelständische Unternehmen stärker umtreiben als die Steuergesetzgebung.⁵¹⁰

Weiterhin lässt sich situatives Lobbying in der Steuergesetzgebung als Ursache identifizieren, denn mittelständische Interessenverbände vertreten ihre Mitglieder lediglich dann in der Steuergesetzgebung, wenn es die Situation erfordert (Experte 1, 2, 3, 5 und 7). Dies ist der Fall, wenn ein Steuergesetzentwurf Auswirkungen auf die Mitgliedsunternehmen entfalten sollte oder die Mitgliedsunternehmen ein spezielles steuerliches Anliegen an den mittelständischen Interessenverband herantragen. *Hillman und Hitt* bezeichnen diese Art der politischen Aktivität als transaktionalen Ansatz, wonach strategische Entschlüsse zur politischen Einflussnahme auf kurzfristiger Basis entwickelt werden und die für diesen Zweck notwendigen politischen Ressourcen zunächst geschaffen werden müssen.⁵¹¹ Dieses lediglich situative Lobbying impliziert, dass mittelständische Interessenverbände kein Beziehungskapital aufbauen, was laut

⁵⁰⁹ Vgl. beispielhaft zu den Herausforderungen des Mittelstands im Themenfeld der Digitalisierung Astor et al. (2016), S. 52, und zu den Herausforderungen im Themenfeld des Fachkräftemangels Astor et al. (2016), S. 78 f.

⁵¹⁰ Die interviewten Experten 1, 2, 3, 5 und 7 nannten ebenfalls ihre Themenschwerpunkte im Lobbying. Diese werden hier jedoch aus Gründen der Anonymisierung nicht aufgeführt, da ansonsten Rückschlüsse auf den mittelständischen Interessenverband und den interviewten Experten möglich wären.

⁵¹¹ Vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 828.

Literatur und den empirischen Ergebnissen ein wesentlicher Erfolgstreiber ist.⁵¹² Demgemäß bildet das situative Lobbying der mittelständischen Interessenvertreter eine Ursache für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg in der deutschen Steuergesetzgebung.

Ein weitere Ursache für den geringeren Lobbying-Erfolg und die Unterrepräsentanz des Mittelstandssegments ist laut drei mittelständischen Interessenvertretern die fehlende Abstimmung der mittelständischen Interessenvertreter untereinander (Experte 4, 5, 7 und 8). Dies ist eng verbunden mit der Gleichgerichtetheit von Interessen und den daraus resultierenden Multiplikatoreneffekten.⁵¹³ Laut Experte 8 sind zahlreiche mittelständische Interessenverbände in ihren Spezialthemen äußerst kompetent aufgestellt. In Bezug auf die Steuergesetzgebung offenbart sich jedoch eine mangelnde Organisation und Abstimmung der mittelständischen Interessenverbände untereinander. Demgemäß verantwortet den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands ein fehlendes einheitliches Auftreten in der Steuergesetzgebung gegenüber den politischen Entscheidungsträgern (Experte 4, 5 und 8). Die Ursache der fehlenden Abstimmung von mittelständischen Interessenverbänden korrespondiert mit den Erkenntnissen von *Götz*. Nach dessen Ergebnissen unterschieden sich die Lobbying-Positionen mittelständischer Interessenverbände bei den Verhandlungen von TTIP.⁵¹⁴ Weiterhin stehen die Ergebnisse im Einklang mit *Schroeder und Weßels*, nach denen der Mittelstand zwar über eine Vielzahl an heterogenen Interessenverbänden verfügt, die jedoch schwach organisiert sind.⁵¹⁵ Zudem stützen die Ergebnisse die Annahme von *Krickhahn*, nach dem eine effektive mittelständische Interessenrepräsentanz ein funktional aufeinander abgestimmtes Lobbying mittelständischer Interessenverbände bedarf.⁵¹⁶

Im Hinblick auf die geringere Ausstattung der Interessenverbände mit politischen Ressourcen konnten durch die interviewten Experten folgende Ursachen identifiziert werden. Eine geringere Ressourcenausstattung im Allgemeinen führen sechs mittelständische Interessenvertreter als Ursache an (Experte 1, 3, 4, 6, 7 und 8). Zunächst führen Experte 3, 6 und 8 eine geringere finanzielle Ausstattung ihres Interessenverbands und Experte 7 eine generell geringere finanzielle Ausstattung mittelständischer

⁵¹² Vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 371; Brown et al. (2015), S. 96; Bertrand et al. (2014), S. 3891 f.; Brown (2016), S. 68; Hillman/Hitt (1999), S. 828 f.; Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3732; Barrick/Alexander (2014), S. 14; Mulligan/Oats (2016), S. 72; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321.

⁵¹³ Vgl. McLeay et al. (2000), S. 87. Ähnlich auch Eising/Spohr (2017), S. 321 ff..

⁵¹⁴ Vgl. Götz (2019), S. 372 f..

⁵¹⁵ Vgl. Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

⁵¹⁶ Vgl. Krickhahn (2010), S. 103; Krickhahn (2017), S. 135.

Interessenverbände als Ursache an. So sind gemäß Experte 8 die mittelständischen Mitgliedsunternehmen weniger bereit, dem Interessenverband finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, was in einer geringeren politischen Aktivität und politischen Durchsetzungskraft resultiert.⁵¹⁷ Durch die limitierte Ausstattung mit finanziellen Ressourcen verfügen mittelständische Interessenverbände nicht über die Kapazität, die Steuergesetzgebung vollumfänglich abzudecken (Experte 3 und 6). Diese Ursache ist konform mit der Einflussnahmeliteratur zu politischen Ressourcen. Demnach ist die Art und Weise der politischen Aktivitäten sowie die Durchsetzungskraft eines Akteurs im politischen Wettbewerbsmarkt von seiner Ausstattung mit politischen Ressourcen abhängig (*Resource-based View*).⁵¹⁸ Eine wesentliche politische Ressource bildet der Literatur getreu die finanzielle Mittelausstattung.⁵¹⁹

Explizit wurde die politische Ressource „Beziehungskapital“,⁵²⁰ welches den empirischen Ergebnissen und der Literatur zufolge ein wesentlicher Erfolgstreiber ist,⁵²¹ von zwei mittelständischen Interessenvertretern als ursächlich für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg angesehen (Interessenvertreter 6 und 8). Demnach fehlt es den mittelständischen Interessenvertretern an Vernetzungen und Beziehungen zu steuerpolitischen Entscheidungsträgern (Experte 8). Eine in Anhang 18 durchgeführte statistische Überprüfung mittels einfaktorieller Varianzanalyse anhand des Datensatzes zur Lobbying-Erfolgsuntersuchung zeigt, dass die Forderungen mittelständischer Interessenvertreter mit signifikant weniger Beziehungskapital behaftet sind als die der allgemeinen Unternehmensrepräsentanten, die der Berater und die der Interessenvertreter aus dem Konglomerat der anderen Interessen.

Als weitere Ursache für Unterrepräsentanz, die auf eine limitierte Ressourcenausstattung der Mitgliedsunternehmen zurückzuführen ist, führen vier Interessenvertreter die Beschaffung von Informationen von den mittelständischen Mitgliedsunternehmen zu steuerlichen Aspekten an. Mittelständische Unternehmen treten mit steuerlichen Themen nicht an die mittelständischen Interessenverbände heran (Experte 3, 5, 6 und 7). Hintergrund ist, dass mittelständische Unternehmen anlässlich ihres operativen

⁵¹⁷ Experte 7 weist explizit darauf hin, dass sein Interessenverband zwar keine Ressourcenprobleme hat, es aber durchaus mittelständische Interessenverbände mit begrenzten Ressourcen geben kann.

⁵¹⁸ Vgl. Klüver (2012), S. 505; Barrick/Brown (2019), S. 65 f.. Ähnlich auch Bell/Hindmoor (2014), S. 348.

⁵¹⁹ Vgl. Dahan (2005a), S. 14; Dahan (2005b), S. 47; Alves (2020), S. 311.

⁵²⁰ Vgl. Dahan (2005a), S. 14; Dahan (2005b), S. 47.

⁵²¹ Vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 371; Brown et al. (2015), S. 96; Bertrand et al. (2014), S. 3891 f.; Brown (2016), S. 68; Hillman/Hitt (1999), S. 828 f.; Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3732; Barrick/Alexander (2014), S. 14; Mulligan/Oats (2016), S. 72; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321.

Tagesgeschäfts regelmäßig nicht die Ressourcen und Fähigkeiten besitzen, sich mit übergeordneten steuerlichen Fragestellungen und Themen auseinanderzusetzen (Experte 3, 5 und 6). Darüber hinaus haben Mittelständler selbst auch wenige Berührungspunkte mit Steuern, da sie steuerliche Fragestellungen und Themen ihren steuerlichen Beratern überlassen (Experte 6). Weiterhin bringen sich größere Unternehmen stärker in die Verbandsarbeit ein als kleinere Unternehmen (Experte 3 und 7). Denn größere Unternehmen messen der Steuergesetzgebung einen größeren Stellenwert bei, da sie im absoluten Vergleich mehr zu gewinnen haben (Experte 5). Selbiges gilt ebenfalls für die Verbandsarbeit der Unternehmensverbände, die allgemeine Unternehmen repräsentieren (Experte 3). Entsprechend geringer ist die Mitwirkung und Unterstützung mittelständischer Interessenverbände durch ihre mittelständischen Mitgliedsunternehmen. Die Ergebnisse korrespondieren mit der Literatur, wonach größere Unternehmen aus relativer Perspektive größere Gewinne durch politische Aktivitäten erzielen können.⁵²² Außerdem stehen die Ergebnisse im Einklang mit der aus dem *Resource-based View* gewonnenen Implikation, wonach sich Mittelständler aufgrund ihrer geringeren Ausstattung mit Ressourcen weniger intensiv an kollektiven Interessengruppen beteiligen bzw. diese weniger intensiv unterstützen sollten. In der Folge verfügen die kollektiven Interessenverbände des Mittelstands über weniger politische Ressourcen für die Ausübung von Einfluss auf die Steuergesetzgebung.

Weiterhin führen fünf mittelständische Interessenvertreter fehlende Expertise als Ursache für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg an (Experte 1, 4, 5, 6 und 8). Die steuerfachliche Expertise ist vor dem Hintergrund des *Resource-based View* eine zentrale politische Ressource im Einflussnahmekontext.⁵²³ Größere steuerliche Expertise führt zu mehr Anhörungspotenzial durch politische Entscheidungsträger (Experte 6). Im Vergleich zu mittelständischen Interessenverbänden verfügen große allgemeine Unternehmensverbände über mehr fachlich versiertes Personal in steuerlichen Fragestellungen und Themen, um in der Steuergesetzgebung aktiv zu werden (Experte 4, 5 und 8). Darüber hinaus fehlt es den Forderungen mittelständischer Interessenverbände aufgrund der geringeren steuerlichen Expertise an geeigneten Fundierungen für eine adäquate Mitwirkung innerhalb der Steuergesetzgebung (Experte 5). Beispielsweise können mittelständische Interessenverbände mangels fachlicher Kompetenz und fehlender personeller Ressourcen im Steuerbereich nicht auf

⁵²² Vgl. Hart (2001), S. 1232. Ähnlich auch Gawande (1998), S. 478.

⁵²³ Vgl. Alves (2020), S. 311; Dahan (2005a), S. 14; Dahan (2005b), S. 47.

steuerliche Schwachstellen in einem Steuergesetzentwurf hinweisen, während größere Interessenverbände und steuerliche Berater dazu in der Lage sind (Experte 5). Demgemäß weisen die großen allgemeinen Unternehmensverbände in der Steuergesetzgebung eine stärkere Aktivität und verstärkten Zugang auf. Darüber hinaus bedingt die größere Expertise auch eine höhere politische Durchsetzungskraft, wodurch diese erfolgreicher mit ihrem Lobbying sind als die Interessenverbände des Mittelstands (Experte 1, 4, 5, 6 und 8). Diese Ursache steht im Einklang mit der Literatur, wonach die Fundierung von Lobbying-Positionen einen wesentlichen Faktor für erfolgreiche Einflussnahme darstellt.⁵²⁴

Als letzte Ursache im Kontext der Ressourcenlimitierung kann die Größe der Interessenverbände identifiziert werden. Diese Ursache korrespondiert mit der Literatur, wonach die Größe eines Interessenverbands auch eine politische Ressource darstellt, die das politische Gewicht eines Interessenverbands mitbestimmt.⁵²⁵ Je größer ein Interessenverband ist, desto größer sind sein politisches Gewicht, sein Zugang und sein Lobbying-Erfolg (Experte 4 und 8). Interessenverbände mit mittelständischen Mitgliedsunternehmen weisen zumeist eine kleinere Größe auf, während größere Verbände auch eher größere Unternehmen repräsentieren (Experte 4 und 8). Wenn ein großer unternehmerischer Interessenverband im Rahmen eines Steuergesetzgebungsverfahrens nicht beteiligt wird und somit keinen Zugang zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren hat, finden die Beschwerden des Interessenverbands bei den politischen Entscheidungsträgern Anklang. Demzufolge verschafft sich der Interessenverband Zugang und politisches Gehör (Experte 4). Wird hingegen ein mittelständischer Interessenverband nicht einbezogen, finden seine Beschwerden bei den politischen Entscheidungsträgern kein Gehör und der Verband erhält keinen Zugang (Experte 4). In der Konsequenz finden mittelständische Interessenverbände aufgrund ihrer geringeren Größe bei politischen Entscheidungsträgern nicht das gleiche politische Gehör wie große Unternehmensverbände. In diesem Kontext stellt Experte 8 die rhetorische Frage, wie kleinere mittelständische Interessenverbände ohne ausreichend zur Verfügung stehende Ressourcen gegen die großen unternehmerischen Interessenverbände ankommen sollen.

⁵²⁴ Vgl. Flöthe (2019), S. 180; Bertrand et al. (2014), S. 3917; Hall/Deardorff (2006), S. 73 f.; Dahan (2005a), S. 17; Dahan (2005b), S. 49 f.; Bouwen (2004), S. 340; Bouwen (2002), S. 369 f.; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321.

⁵²⁵ Vgl. Dahan (2005a), S. 14; Dahan (2005b), S. 47.

Auch Trittbrettfahreffekte konnten als Ursache identifiziert werden. So gaben sechs der Experten auf explizite Nachfrage an, dass sie das Lobbying in der Steuergesetzgebung anderen unternehmerischen Interessenverbänden überlassen (Experte 1, 2, 3, 4, 5 und 6). Dabei wird das Lobbying insbesondere zu steuerlichen Querschnittsthemen bewusst allgemeinen unternehmerischen Interessenverbänden überlassen (Experte 1, 2, 3, 4 und 6). Dahingehend bestätigt sich die Vermutung der Literatur, wonach die Nutzung von Trittbrettfahreffekten für kleinere Unternehmen eine rationale Einflussnahmestrategie darstellt.⁵²⁶ Denn somit partizipiert der Mittelstand indirekt von den Erfolgen der anderen unternehmerischen Akteure.⁵²⁷ Darüber hinaus sind die mittelständischen Interessenverbände selbst Mitglied in den großen allgemeinen unternehmerischen Interessenverbänden. Drei der befragten mittelständischen Interessenvertreter gaben an, dass sie im Rahmen der Formulierung von Lobbying-Positionen und Forderungen versuchen, ihre spezifischen mittelständischen Interessen in die Lobbying-Aktivitäten der großen Unternehmensverbände einzubringen (Experte 3, 4 und 5). Inwieweit die Interessen eines mittelständischen Interessenverbands letztlich im Rahmen des Lobbyings der allgemeinen Unternehmensverbände berücksichtigt werden, ist nach Ansicht von Experte 4 jedoch fraglich. Die spezifischen Interessen der mittelständischen Verbände finden vereinzelt Eingang in das Lobbying der allgemeinen Unternehmensverbände (Experte 5). Allerdings sind es vor allem die großen Unternehmen, die die Lobbying-Positionen und Forderungen der großen unternehmerischen Interessenverbände zu steuerlichen Themen und Fragestellungen mitbestimmen (Experte 3). Die Ergebnisse sind konsistent mit den Feststellungen von *Rössl et al.* und *Henneberger*, nach denen größere Unternehmen ein größeres Gewicht in unternehmerischen Interessensvertretungen innehaben als kleinere Unternehmen.⁵²⁸ Darüber hinaus korrespondieren die Ergebnisse mit *Schroeder und Weßels*, nach denen unternehmerische Interessenverbände stärker die Interessen großer Unternehmen berücksichtigen sollten.⁵²⁹ Weiterhin indiziert die versuchte Beeinflussung der Positionen der großen Unternehmensverbände, dass allgemeine unternehmerische Verbände ohne primären Mittelstandsbezug die Interessen des Mittelstands nicht vollumfänglich repräsentieren. Im Ergebnis lässt sich konstatieren, dass auch Trittbrettfahreffekte die Unterrepräsentanz des Mittelstands in der Steuergesetzgebung verantworten.

⁵²⁶ Vgl. Vining et al. (2005), S. 160; Drope/Hansen (2008), S. 17; Schuler (1996), S. 724; Volokh (2010), S. 62.

⁵²⁷ Vgl. Drope/Hansen (2008), S. 3; Williams/Swenson (1999), S. 376.

⁵²⁸ Vgl. Rössl et al. (2006), S. 9. Henneberger (2017), S. 183.

⁵²⁹ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12; Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

Jedoch versuchen mittelständische Interessenverbände das Lobbying der großen Interessenverbände in der Steuergesetzgebung zu beeinflussen.

Weitere Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg bedingen politische Aspekte. Zunächst ist es nach Ansicht von drei Interessenvertretern für den Zugang und den Lobbying-Erfolg relevant, welche politischen Parteien die Regierungsverantwortung tragen (Experte 4, 5 und 7). In Übereinstimmung mit den in dieser Dissertation gewonnenen Ergebnissen zur Wahrnehmung und zum politischen Gehör sind Politiker der Union und der FDP die Hauptansprechpartner der mittelständischen Interessenverbände (Experte 2, 3, 4, 5, 6 und 7). Über Politiker dieser beiden Parteien erhalten mittelständische Interessenverbände Zugang zum Steuergesetzgebungsverfahren und politisches Gehör. Stellenweise erlangen die Mittelstandsverbände auch über die Grünen Zugang zum Steuergesetzgebungsverfahren und politisches Gehör (Experte 5, 6 und 7). Die Erkenntnisse korrespondieren mit den in dieser Dissertation gewonnenen empirischen Ergebnissen zur Wahrnehmung und zum politischen Gehör des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger. Ferner stimmt dies mit den Feststellungen von *Weßels* überein, wonach die FDP und Union innerhalb der deutschen Parteienlandschaft die stärkste Kommunikation mit Interessenvertretern aufweisen, die Arbeitgeber- und Wirtschaftsinteressen repräsentieren.⁵³⁰ In der laufenden 20. Legislaturperiode, in der die SPD, die FDP und die Grünen die Regierung stellen (Ampelkoalition), ist das Lobbying für mittelständische Interessenverbände daher deutlich schwieriger geworden (Experte 5 und 7). Aus Sicht von Experte 7 hat in Zeiten der Ampelkoalition die Relevanz des Kampagnen-Lobbyings deutlich zugenommen.

Darüber hinaus ist laut vier Interessenvertretern eine generell geringere Wahrnehmung des Mittelstands und seiner Interessen durch Politiker für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg ursächlich (Experte 1, 4, 6 und 8). Aus Sicht der Experten 4 und 6 erwähnen zahlreiche Politiker den Mittelstand zwar in ihren Reden und politischen Programmen, setzen dessen Interessen aber nicht um. Vor dem Hintergrund der positiven Konnotation des Begriffs Mittelstand bietet sich für Politiker dessen Verwendung kommunikationsstrategisch insbesondere im Wahlkampf als Schlagwort an.⁵³¹ Jedoch sind für Politiker die Großunternehmen in ihrem Wahlkreis wichtiger, da diese allein einen erheblichen Beitrag zum kommunalen Haushalt im Wahlkreis

⁵³⁰ Vgl. *Weßels* (2014), S. 145.

⁵³¹ Vgl. *Weiß* (2013), S. 7 f..

des Abgeordneten leisten (Experte 6). Ebenfalls spielt für Politiker die kommunale Wirtschaft eine wichtigere Rolle als das Mittelstandssegment, da Politiker in ihrem Wahlkreis auch eng mit der kommunalen Politik und damit auch mit der kommunalen Wirtschaft verbunden sind (Experte 1).

Weiterhin benennen zwei mittelständische Interessenvertreter die Partikularität der Interessen der mittelständischen Unternehmen als weiteren Faktor für den geringeren Lobbying-Erfolg (Experte 4 und 5). Die Forderungen mittelständischer Interessenverbände sind zumeist partikular, wodurch deren Umsetzung für die politischen Entscheidungsträger eine geringe Priorität einnimmt (Experte 4). Dementsprechend sind die Partikularinteressen nur schwer durchsetzbar, weshalb mittelständische Interessenverbände in ihrem Lobbying weniger erfolgreich sind (Experte 5). Eine mögliche Erklärung für die Partikularität der vertretenen steuerlichen Interessen könnte darin bestehen, dass viele Interessenverbände des Mittelstands eine branchenspezifische Ausrichtung aufweisen.⁵³²

Abschließend bilden auch fiskalische Interessen der politischen Entscheidungsträger laut drei mittelständischen Interessenvertretern eine Ursache, weshalb der Mittelstand mit seinen Forderungen weniger erfolgreich ist (Experte 4, 5 und 6). Interessen sind schwieriger umsetzbar, sobald diese mit Steuermindereinnahmen für den Staat einhergehen (Experte 4, 5 und 6). Dies gilt laut Experte 5 vor allem für Interessen, die das Mittelstandssegment betreffen. Denn angesichts der großen Anzahl mittelständischer Unternehmen würden steuerliche Forderungen, die die mittelständische Wirtschaft selbst nur geringfügig entlasten würden, zu erheblichen Steuerausfällen für den Fiskus führen.⁵³³ Eine Argumentation hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit einer steuerlichen Forderung für das Mittelstandssegment verliert in solchen Fällen für die politischen Entscheidungsträger an Relevanz (Experte 4, 5 und 6). Gleiches gilt für die Interessen im Hinblick auf steuerliche Compliance-Kosten. Es sind jedoch Unterschiede zwischen Bundestags- und Bundesratspolitikern zu beachten. Während Bundestagspolitiker in Teilen offen für wirtschaftlich und ökonomisch begründete mittelständische Interessen sind (Experte 5), konzentrieren sich Bundesratspolitiker rein auf fiskalpolitische Aspekte (Experte 4 und 5). Damit gelingt es den Interessenvertretern des Mittelstands auf föderaler Ebene nicht, ihre Interessen durchzusetzen. Dies gilt

⁵³² Vgl. Krickhahn (2010), S. 91 f.; Krickhahn (1993), S. 32 f.. Ebenso Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

⁵³³ Siehe diesbezüglich Krickhahn (2017), S. 116, nach dem Mittelständler in ihrer Gesamtheit von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft sind.

insbesondere für Bundesratspolitiker aus finanzschwachen Bundesländern (Experte 5). Die fiskalpolitischen Ziele der Bundesländer in der Steuergesetzgebung thematisiert bereits *Scharpf*. Denn während die Steuergesetze durch Bundesgesetze beschlossen und geändert werden,⁵³⁴ bedeuten Steuermindereinnahmen finanzielle Belastungen für Bundesländer.⁵³⁵ Ebenso können nach *Münch und Laufer* fiskalische Interessen der Bundesländer die Gesetzesvorhaben der Bundesregierung verwässern oder verhindern.⁵³⁶

Zusammenfassend konnten auf Basis der Experteninterviewstudie mittels *Grounded Theory* mehrere Ursachen für den geringeren Lobbying-Erfolg und die Unterrepräsentanz des Mittelstands in der deutschen Steuergesetzgebung identifiziert werden. Diese umfassen die geringe Priorität der Steuergesetzgebung für mittelständische Interessenverbände, die häufig nur situatives Lobbying betreiben und dadurch kein kontinuierliches Beziehungskapital zu politischen Entscheidungsträgern aufbauen können. Hinzu kommen limitierte finanzielle Ressourcen, mangelnde steuerliche Expertise und eine geringe Größe der mittelständischen Interessenverbände, was ihr Gewicht und ihre Durchsetzungskraft im steuerpolitischen Wettbewerb mindert. Darüber hinaus fehlt es an einer effektiven Abstimmung zwischen den mittelständischen Interessenverbänden. Zudem überlassen mittelständische Interessenverbände das steuerliche Lobbying, vor allem bei steuerlichen Querschnittsthemen, den größeren allgemeinen Unternehmensverbänden. Dadurch könnten ihre spezifischen Interessen in den Hintergrund gedrängt werden. Ferner nehmen Abgeordnete mittelständische Interessen weniger wahr, da Großunternehmen im eigenen Wahlkreis in relativer Hinsicht wirtschaftlich bedeutender sind. Außerdem wirken die partikularen Interessen der mittelständischen Verbände oft weniger prioritär für politische Entscheidungsträger. Schließlich ist die Umsetzung mittelständischer steuerlicher Forderungen für politische Entscheidungsträger aus fiskalischen Gründen oft weniger attraktiv, da sie aufgrund der Anzahl an mittelständischen Unternehmen zu erheblichen Steuermindereinnahmen führen.

⁵³⁴ Vgl. für das materielle Steuerrecht Jachmann-Michel/Vogel in: Huber/Voßkuhle, GG, 2024, Art. 105 Rz. 25 f.; Kube in: Epping/Hillgruber, 2024, GG, Art. 105 Rz. 35 ff.; Kment in: Jarass/Pieroth, 2024, GG, Art. 72 Rz. 22. In etwa Voßkuhle/Wischmeyer (2020), S. 316. Vgl. für das steuerliche Verfahrensrecht Kment in: Jarass/Pieroth, GG, 2024, Art. 108 Rz. 2; Siekmann in: Sachs, GG, 2021, Art. 108 Rz. 2.

⁵³⁵ Vgl. Scharpf (1989), S. 48.

⁵³⁶ Vgl. Münch/Laufer (1998), S. 189.

7 Diskussion

7.1 Synthese der Ergebnisse zur Beurteilung des Einflusses des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung

Der Mittelstand, welcher wesentliche Bedeutung für die deutsche Wirtschaft besitzt, weist als Charakteristika mitunter eine kleinere Unternehmensgröße und familienunternehmerische Strukturen auf.⁵³⁷ Darüber hinaus prägen das Unternehmenssegment Ressourcen- und Fähigkeitenlimitationen.⁵³⁸ Aufgrund dieser spezifischen Charakteristika konnte im Rahmen der steuerlich normativen Analyse gezeigt werden, dass der Mittelstand in der Steuergesetzgebung eigene Interessen zur Schaffung von Wettbewerbsvorteilen bzw. den Abbau von Wettbewerbsnachteilen verfolgen sollte.⁵³⁹ Diese Interessen, insbesondere im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten, können sich von anderen unternehmerischen und nicht unternehmerischen Interessen unterscheiden. Dahingehend stellt die deutsche Steuergesetzgebung angesichts ihrer Relevanz für die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen eine kritische Ressource im Sinne der *Resource Dependence Theory* dar, die der Mittelstand kontrollieren sollte. Diese Kontrolle und Schaffung mittelstandsfreundlicher steuerlicher Rahmenbedingungen kann durch Einflussnahme auf die deutsche Steuergesetzgebung erreicht werden.

Um den Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung zu untersuchen, wurden zunächst empirische Analysen durchgeführt, die auf dem durch die *Exchange Theory* konzipierten Informationsaustausch zwischen Interessenvertretern und politischen Entscheidungsträgern basieren. Daher wurden im Rahmen der empirischen Analysen zur Erforschung des Einflusses des Mittelstands sowohl die Ebene der politischen Entscheidungsträger als auch die Ebene der Interessenvertreter betrachtet. Die empirischen Ergebnisse wurden anschließend durch eine qualitative Experteninterviewstudie mit Interessenvertretern aus mittelständischen Interessenverbänden eingeordnet.

⁵³⁷ Vgl. Audretsch et al. (2018), S. 2 f.; Pahnke/Welter (2019), S. 347 ff.; Audretsch/Lehmann (2016), S. 19 ff.; de Massis et al. (2018), S. 127 ff.; Logue et al. (2015), S. 23; Block/Spiegel (2011), S. 9; Böttcher/Linnemann (2008), S. 163 ff.; Berghoff (2006), S. 271; Pichet/Lang (2012), S. 4 ff.; Haller (2015), S. 206 ff..

⁵³⁸ Vgl. de Massis et al. (2018), S. 128.

⁵³⁹ Bereits 1980 kam Molitor (1980), S. 69, zu dem Ergebnis, dass es Deutschland im Allgemeinen an einer mittelstandsgerechten Politik fehlt.

Hinsichtlich der Wahrnehmung des Mittelstands durch die politischen Parteien in den Plenarsitzungen (Untersuchungsfrage 1⁵⁴⁰) lässt sich aus den inferenzstatistischen Ergebnissen konstatieren, dass auf Bundestagebene insbesondere Politiker der Union und der FDP den Mittelstand verstärkt wahrnehmen. Bei Politikern der Grünen, der SPD und der Linken zeigt sich indes eine geringere Mittelstandswahrnehmung. Auf Bundesratsebene nehmen lediglich die Politiker der SPD den Mittelstand im Verhältnis zur Union weniger intensiv wahr. Darüber hinaus zeigen die empirischen Ergebnisse zur Untersuchung des politischen Gehörs der mittelständischen Interessenvertreter durch die politischen Parteien, dass Finanzausschusspolitiker der Union, der FDP und stellenweise der Grünen verstärkt den mittelständischen Interessenvertretern politisches Gehör schenken (Untersuchungsfrage 4.1⁵⁴¹). Vor dem Hintergrund der *Exchange Theory* sollte der Mittelstand demnach über die Politiker der Union und der FDP Einfluss auf die Steuergesetzgebung ausüben. Das bestätigen auch die mittelständischen Interessenvertreter in der Experteninterviewstudie. Die Ergebnisse decken sich zudem mit Studien, die die Wahlprogramme der politischen Parteien zur Bundestagswahl 2021 auf ihre Mittelstandsfreundlichkeit hin analysiert haben.⁵⁴² Weiterhin korrespondieren die Ergebnisse grundsätzlich mit Feststellungen der Literatur.⁵⁴³ Auch verdeutlicht dies grundsätzlich die Wahrnehmung des Mittelstands durch die dem Mittelstandssegment inhaltlich nahestehenden politischen Parteien.⁵⁴⁴

Die Untersuchungen zum politischen Gehör der mittelständischen Interessenvertreter in Relation zu anderen Interessenvertretern (Untersuchungsfrage 4.2⁵⁴⁵) zeigen jedoch, dass Politiker der Union und der FDP signifikant mehr Fragen an Interessenvertreter allgemeiner Unternehmensverbände richten als an Repräsentanten des Mittelstands. Dementsprechend erfahren Interessenvertreter allgemeiner unternehmerischer Interessensverbände ein stärkeres politisches Gehör durch die Union und die FDP als die Mittelstandsvertreter. Dies deutet darauf hin, dass mittelständische Interessenvertreter für die Union und die FDP eine vergleichsweise geringere Relevanz im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt einnehmen und dementsprechend über eine geringere

⁵⁴⁰ Untersuchungsfrage 1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt wahr?

⁵⁴¹ Untersuchungsfrage 4.1: Welche politischen Parteien schenken den mittelständischen Interessenvertretern verstärkt politisches Gehör?

⁵⁴² Vgl. Röhl (2021), S. 24; Deutscher Mittelstandsbund e. V. (2021), S. 3.

⁵⁴³ Vgl. Weßels (2014), S. 145; Schroeder/Weßels (2017), S. 12.

⁵⁴⁴ Vgl. Hall/Deardorff (2006), S. 75; Spohr (2021), S. 273 f.. Ähnlich Krickhahn (2010), S. 95; Krickhahn (2017), S. 124 f..

⁵⁴⁵ Untersuchungsfrage 4.2: In welchem Umfang schenken politische Parteien den mittelständischen Interessenvertretern im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern politisches Gehör?

Durchsetzungskraft verfügen.⁵⁴⁶ Einige Interviewpartner in der Experteninterviewstudie bestätigen das geringere politische Gehör und Durchsetzungsvermögen mittelständischer Interessenverbände im Vergleich zu anderen unternehmerischen und beratenden Akteuren. Daraus lässt sich ableiten, dass der Mittelstand weniger Einfluss auf die Steuergesetzgebung Deutschlands ausüben sollte.

Nach Ansicht der interviewten Experten ist es für die Einflussnahme von zentraler Bedeutung, welche politischen Parteien die Regierung stellen. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Verabschiedung von Steuergesetzen in der Verantwortung von Regierungskoalitionen liegt und eine politische Partei innerhalb einer Regierungskoalition allein ihre parteipolitischen Ziele nicht vollumfänglich durchsetzen kann. Aktuell in der 20. Legislaturperiode setzt sich die Regierung aus der SPD, den Grünen und der FDP zusammen. Da die Union nicht und die FDP nur zu einem geringen Teil in Regierungsverantwortung stehen, sollte sich die Einflussnahme für mittelständische Interessenvertreter deutlich schwieriger gestalten. Dies bestätigen die interviewten Mittelstandsvertreter. Im empirischen Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017 bildeten in der 16. und 18. Legislaturperiode die Union und die SPD, in der 17. Legislaturperiode die Union und die FDP und in der 15. Legislaturperiode die SPD und die Grünen die regierenden Parteien. Über einen Großteil der Zeit war die SPD demnach mit in der Regierungsverantwortung, die den Untersuchungsergebnissen zufolge eine signifikant geringere Wahrnehmung des Mittelstands in den Plenarsitzungen aufweist und den Interessenvertretern des Mittelstands signifikant weniger politisches Gehör schenkt. Dies dürfte ein weiterer Aspekt für die erschwerte Einflussnahme mittelständischer Interessenvertreter auf die deutsche Steuergesetzgebung gewesen sein.

Die deskriptive Analyse zum Zugang der Interessenvertreter zur gesamten Steuergesetzgebung (Untersuchungsfragen 5.1⁵⁴⁷ und 6.1⁵⁴⁸) verdeutlicht eine Unterrepräsentanz des Mittelstandssegments im formellen Steuergesetzgebungsverfahren auf Ebene des Bundesministeriums für Finanzen und auf Ebene des Finanzausschusses. Bezogen auf die *Exchange Theory* sollte der Mittelstand demgemäß weniger intensiv am Informationsaustausch mit den politischen Entscheidungsträgern teilnehmen. Entsprechend

⁵⁴⁶ Ähnlich Mulcahy (2015), S. 16.

⁵⁴⁷ Untersuchungsfrage 5.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags?

⁵⁴⁸ Untersuchungsfrage 6.1: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen?

geringer fällt die Repräsentanz mittelständischer Interessen im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern aus. Die Ergebnisse stehen damit in Kontrast zu den Schlussfolgerungen von *Krickhahn*, der auf bundespolitischer Ebene keine Unterrepräsentanz mittelständischer Interessenverbände beobachten konnte.⁵⁴⁹ Jedoch decken sich die Ergebnisse mit der Feststellung *Schroeder und Weßels*, wonach der Mittelstand mit einem Repräsentanzproblem konfrontiert ist.⁵⁵⁰ Im Kontext des steuerpolitischen Wettbewerbsmarkts sollte die Unterrepräsentanz implizieren, dass die übrigen Interessenvertreter im Verhältnis zum untersuchten Unternehmenssegment stärkeren Einfluss auf die Steuergesetzgebung ausüben können. Denn der Mittelstand ist anlässlich der geringen Partizipation nur bedingt befähigt, konkurrierende Ansichten und eigene Interessen in das Steuergesetzgebungsverfahren einzubringen. Verstärkend kommt hinzu, dass im Rahmen der Kategorisierung bereits auf ein breitgefasstes Mittelstandsverständnis abgestellt wurde. Somit lässt sich vor dem Hintergrund der Approximation von Einfluss über Zugang konstatieren,⁵⁵¹ dass der Mittelstand, bedingt durch seine geringeren Partizipationsquoten, weniger Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung ausüben sollte.

Dies bestätigen die inferenzstatistischen Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg (Untersuchungsfrage 10⁵⁵²), nach der mittelständisches Lobbying in der Steuergesetzgebung generell weniger erfolgreich ist als das der Interessenvertreter der Großunternehmen und allgemeinen Unternehmensverbände sowie der Berater. Dieser Effekt wird dadurch gesteigert, dass die mittelständischen Interessenvertreter im Vergleich zu den anderen kategorisierten Interessenvertretern die geringste Anzahl an Forderungen zu Steuergesetzentwürfen aufweisen.⁵⁵³ Dahingehend kann die Unterrepräsentanz und der geringere Lobbying-Erfolg negative ökonomische Konsequenzen für das Mittelstandssegment nach sich ziehen. Somit sollte der Mittelstand bestehende, aus dem Steuerrecht resultierende, Wettbewerbsbenachteiligungen nicht abbauen können. Mit Blick auf die Lobbying-Praxis indizieren die empirischen Ergebnisse im Einklang mit der Literatur, dass Beziehungskapital und gleichgerichtete Interessen wesentliche

⁵⁴⁹ Vgl. *Krickhahn* (1993), S. 32.

⁵⁵⁰ Vgl. *Schroeder/Weßels* (2010), S. 15.

⁵⁵¹ Vgl. *Bouwen* (2002), S. 366; *Alves* (2020), S. 308; *Coleman/Grant* (1988), S. 484. Ähnlich auch *Austen-Smith* (1995), S. 575.

⁵⁵² Untersuchungsfrage 10: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands?

⁵⁵³ Die geringere Anzahl an Forderungen stellt erneut ein Indiz für die Unterrepräsentanz des Mittelstands in der deutschen Steuergesetzgebung dar.

Faktoren für erfolgreiche Einflussnahme darstellen.⁵⁵⁴ Zudem besitzt das defensive Lobbying im formellen Steuergesetzgebungsverfahren Deutschlands erhebliche Bedeutung.⁵⁵⁵

Mit Blick auf den *Resource-based View* bestätigt sich, dass der Mittelstand verstärkt durch kollektive Akteure Zugang zum Steuergesetzgebungsverfahren erfährt,⁵⁵⁶ während Großunternehmen ein größeres individuelles Engagement aufweisen (Untersuchungsfrage 7⁵⁵⁷). Die Ergebnisse stehen zudem im Einklang mit der Literatur, wonach sich kleinere Unternehmen zur Ausübung von Einfluss in kollektiven Interessengruppen zusammenschließen bzw. Mitglied in einem kollektiven Interessenverband sind.⁵⁵⁸ Dem *Resource-based View* getreu ist dies auf die limitierte Ressourcen- und Fähigkeitsausstattung mittelständischer Unternehmen zurückzuführen. Darüber hinaus deuten die Ergebnisse im Einklang mit der Literatur auf eine Lobbying-Landschaft in Deutschland hin, die durch kollektive Interessenverbände geprägt ist.⁵⁵⁹

Bezogen auf die beiden steuerlichen Interessengebiete des Mittelstands ergibt sich folgendes Bild: In der Erbschaft- und Schenkungsteuer, welche für den Mittelstand aufgrund seiner mittelstandsspezifischen Charakteristika von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich auf Ebene des Finanzausschusses eine Unterrepräsentanz (Untersuchungsfrage 5.2⁵⁶⁰), nicht jedoch auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen (Untersuchungsfrage 6.2⁵⁶¹). Entsprechend sollte der Mittelstand in diesem steuerlichen Themengebiet größeren Einfluss aufweisen. Hinsichtlich der Repräsentanz steuerlicher Interessen im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten

⁵⁵⁴ Vgl. für das Beziehungskapital Acemoglu et al. (2016), S. 371; Brown et al. (2015), S. 96; Bertrand et al. (2014), S. 3891 f.; Brown (2016), S. 68; Hillman/Hitt (1999), S. 828 f.; Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3732; Barrick/Alexander (2014), S. 14; Mulligan/Oats (2016), S. 72; Sühsen/Hisschemöller (2014), S. 321. Vgl. für die gleichgerichteten Interessen: McLeay et al. (2000), S. 87. Ähnlich auch Eising/Spohr (2017), S. 321 ff..

⁵⁵⁵ Vgl. zur Relevanz defensiven Lobbyings im Allgemeinen Barrick/Alexander (2014), S. 28.

⁵⁵⁶ Vgl. de Figueiredo/Richter (2014), S. 169; Hillman/Hitt (1999), S. 831; Bouwen (2002), S. 374; Barrick/Alexander (2014), S. 20; Cook/Fox (2000), S. 106 f.; Bombardini/Trebbi (2020), S. 397. In etwa Priddat/Speth (2007), S. 26.

⁵⁵⁷ Untersuchungsfrage 7: Erfährt der Mittelstand verstärkt Repräsentanz durch Interessenverbände?

⁵⁵⁸ Vgl. Cook/Fox (2000), S. 107; Cook (1996), S. 62; Bennett/Ramsden (2007), S. 69.

⁵⁵⁹ Ebenso Hillman/Hitt (1999), S. 832; Ahrens (2007), S. 133.

⁵⁶⁰ Untersuchungsfrage 5.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zu den öffentlichen Anhörungssitzungen im Finanzausschuss des Bundestags, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?

⁵⁶¹ Untersuchungsfrage 6.2: In welchem Umfang hat der Mittelstand Zugang zum Bundesministerium der Finanzen, wenn die Erbschaft- und Schenkungsteuer behandelt wird?

(Untersuchungsfrage 8⁵⁶²) zeigen die inferenzstatistischen Untersuchungen eine im Verhältnis zu den übrigen Interessenvertretern verstärkte Repräsentanz solcher Interessen durch den Mittelstand auf ministerialer Ebene im formellen Steuergesetzgebungsverfahren. Demnach kann aus den empirischen Ergebnissen im Kontext der *Exchange Theory* geschlussfolgert werden, dass die Interessenvertreter des Mittelstands ihr Lobbying im Rahmen ihrer geringeren Partizipation verstärkt auf die Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen ausrichten. Es ist jedoch anzumerken, dass sich steuerliche Compliance-Kosteninteressen des Mittelstands in der gesamten Steuergesetzgebung wiederfinden, in der der Mittelstand unterrepräsentiert ist. Im Zusammenspiel mit der Unterrepräsentanz stellt sich daher die Frage, ob die steuerliche Interessenvertretung des Mittelstands in der gesamten Steuergesetzgebung ausreicht, um die Ziele des Mittelstands in diesem speziellen Interessenbereich vollumfänglich durchzusetzen.

Darüber hinaus zeigen die empirischen Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker bzw. politische Parteien in der Erbschaft- und Schenkungsteuer (Untersuchungsfragen 2.1⁵⁶³ und 3.1⁵⁶⁴) sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten (Untersuchungsfragen 2.2⁵⁶⁵ und 3.2⁵⁶⁶) übereinstimmend, dass der Mittelstand im Kontext seiner spezifischen Interessenfelder annähernd gleichermaßen durch die Politiker bzw. politischen Parteien wahrgenommen wird.⁵⁶⁷ Bezüglich der steuerlichen Compliance-Kosten decken sich die empirischen Ergebnisse grundsätzlich mit der Studie von Röhl. Demnach zielen die wirtschaftspolitischen Vorhaben von Union, Grünen und FDP in der Steuergesetzgebung auf einen Bürokratieabbau für den Mittelstand ab.⁵⁶⁸

⁵⁶² Untersuchungsfrage 8: Vertritt der Mittelstand verstärkt Interessen im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten?

⁵⁶³ Untersuchungsfrage 2.1: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?

⁵⁶⁴ Untersuchungsfrage 3.1: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt in der Erbschaft- und Schenkungsteuer wahr?

⁵⁶⁵ Untersuchungsfrage 2.2: Nehmen Politiker den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?

⁵⁶⁶ Untersuchungsfrage 3.2: Welche politischen Parteien nehmen den Mittelstand verstärkt im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten wahr?

⁵⁶⁷ Einzige Ausnahme ist die SPD, die im Bereich der steuerlichen Compliance-Kosten eine signifikant geringere Wahrnehmung des Mittelstands aufweist.

⁵⁶⁸ Vgl. Röhl (2021), S. 18. Die SPD befürwortet nach Röhl (2021), S. 18, hingegen eine Ausweitung der steuerlichen Dokumentationspflichten. In Übereinstimmung mit dieser Erkenntnis indizieren die empirischen Ergebnissen, dass Politiker der SPD im Verhältnis zu den anderen politischen Parteien den Mittelstand im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosten weniger stark wahrnehmen.

Die inferenzstatistische Untersuchung zum Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie im Zusammenhang mit steuerlichen Compliance-Kosteninteressen (Untersuchungsfragen 11.1⁵⁶⁹ und 11.2⁵⁷⁰) offenbart, dass sich keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich des Einflusses des Mittelstands im Vergleich zu den übrigen Interessenvertretern ergeben. Dahingehend üben Mittelstandsrepräsentanten zumindest nicht signifikant weniger Einfluss auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer und auf Regelungen zu steuerlichen Compliance-Kosten aus als die übrigen Interessenvertreter. Im Hinblick auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer korrespondieren die Ergebnisse teilweise mit den Feststellungen von *Schroeder und Weßels*, wonach das Mittelstandssegment mitunter stärkeren Einfluss auf die Erbschaft- und Schenkungsteuer ausüben sollte.⁵⁷¹ Insgesamt bestätigen die empirischen Untersuchungen die aus der *Resource Dependence Theory* abgeleitete Indikation, nach der die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die steuerlichen Compliance-Kosten wesentliche Zielsetzungen des mittelständischen Lobbyings bilden sollten.

Aus der Untersuchung zur strategischen Vermittlung der mittelständischen Interessen lässt sich entnehmen (Untersuchungsfrage 9⁵⁷²), dass der Mittelstand auf Finanzausschussebene seine Interessen verhältnismäßig mit mehr positiven Emotionen an die politischen Entscheidungsträger übermittelt als die übrigen Interessenvertreter. Auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen ergeben sich keine wesentlichen Unterschiede in der strategischen Vermittlung der Informationen. Da sprachliche Konnotationen eine strategische Vermittlung von Informationen ermöglichen, offenbaren die Ergebnisse,⁵⁷³ dass mittelständische Interessenvertreter auf der Ebene des Finanzausschusses im Vergleich zu anderen Interessenvertretern verstärkt positive Konnotationen strategisch einsetzen.⁵⁷⁴ Weiterhin lässt sich daraus schlussfolgern, dass mittelständische Interessenvertreter auf Finanzausschussebene eine andere Lobbying-Strategie verwenden als die Interessenvertreter von Großunternehmen und allgemeinen Unternehmensverbänden sowie die Berater und die als andere Interessen

⁵⁶⁹ Untersuchungsfrage 11.1: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands in der Erbschaft- und Schenkungsteuer?

⁵⁷⁰ Untersuchungsfrage 11.2: Wie erfolgreich ist das Lobbying des Mittelstands, wenn es steuerliche Compliance-Kosten betrifft?

⁵⁷¹ Vgl. Schroeder/Weßels (2017), S. 12.

⁵⁷² Untersuchungsfrage 9: Wie konnotiert der Mittelstand seine Interessen aus Lobbying-strategischer Perspektive?

⁵⁷³ Vgl. Crabtree et al. (2020), S. 1057.

⁵⁷⁴ Vgl. Septianto et al. (2021), S. 2889; Levin et al. (1998), S. 152; McCluskey et al. (2015), S. 480; Heiman/Zilberman (2011), S. 177; Zilker/Pachur (2021), S. 489.

kategorisierten Interessenvertreter. Darüber hinaus impliziert dies vor dem Hintergrund der *Exchange Theory*, dass die Interessenvertreter des Mittelstands im Rahmen der Vermittlung von Informationen auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen strategisch anders agieren als auf Ebene des Finanzausschusses.

Zusammenfassend lässt sich aus den empirischen Untersuchungen schlussfolgern, dass der Mittelstand geringeren Einfluss auf die Steuergesetzgebung ausübt als die Großunternehmen, die Interessenvertreter allgemeiner Unternehmensverbände und die Berater. Ausgenommen sind die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die Vorschriften zu steuerlichen Compliance-Kosten im Falle einer mittelständischen Partizipation. Innerhalb dieser spezifischen Interessengebiete übt das untersuchte Unternehmenssegment zumindest nicht weniger Einfluss aus als die Großunternehmen, allgemeinen Unternehmensrepräsentanten und Berater. Der geringere Einfluss kann mit negativen ökonomischen Konsequenzen für das Mittelstandssegment einhergehen.

Den Experteninterviews zufolge verantworten diverse Ursachen die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der deutschen Steuergesetzgebung. Einige der von den mittelständischen Interessenvertretern genannten Ursachen korrespondieren mit der Literatur. Neben der bereits angeführten Relevanz der Regierungsparteien konnten als Ursachen für die empirischen Ergebnisse ein geringerer Stellenwert der Steuergesetzgebung und ein situatives Lobbying der mittelständischen Interessenvertreter identifiziert werden. Das situative Lobbying lässt sich als transaktionales Lobbying begreifen, für das die für Einflussnahme notwendigen politischen Ressourcen zunächst geschaffen werden müssen.⁵⁷⁵ Demgegenüber können mittelständische Interessenverbände kein Beziehungskapital aufbauen, was nach der Literatur und den empirischen Resultaten ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist.⁵⁷⁶

Als weitere Ursachen konnten eine mangelnde Abstimmung der Interessenverbände untereinander und die geringe Wahrnehmung der Mittelstandsinteressen durch politische Entscheidungsträger herausgearbeitet werden. Außerdem konnte die Partikularität der steuerlichen Mittelstandsinteressen als Ursache identifiziert werden. Eine mögliche Erklärung ist, dass einige Interessenvertreter des Mittelstands eine

⁵⁷⁵ Vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 828.

⁵⁷⁶ Vgl. Acemoglu et al. (2016), S. 371; Brown et al. (2015), S. 96; Bertrand et al. (2014), S. 3891 f.; Brown (2016), S. 68; Hillman/Hitt (1999), S. 828 f.; Blanes i Vidal et al. (2012), S. 3732; Barrick/Alexander (2014), S. 14; Mulligan/Oats (2016), S. 72; Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 321.

branchenspezifische Ausrichtung aufweisen.⁵⁷⁷ Demzufolge ist anzunehmen, dass diese branchenspezifische Partikularinteressen in der Steuergesetzgebung vertreten. Darüber hinaus bilden auch fiskalpolitische Interessen der politischen Entscheidungsträger eine Ursache für die Unterrepräsentanz und den geringeren Einfluss. Aufgrund der Größe des Mittelstandssegments führen auch geringe Steuererleichterungen für mittelständische Unternehmen zu erheblichen Steuermindereinnahmen für den Staatshaushalt. Diese fiskalpolitischen Zielsetzungen der politischen Entscheidungsträger sind übereinstimmend mit der Literatur vor allem auf Ebene des Bundesrats ausgeprägt.⁵⁷⁸

Darüber hinaus bildet die geringere Ausstattung mittelständischer Interessenverbände mit politischen Ressourcen eine zentrale Ursache. Identifiziert werden konnte eine geringere finanzielle Ausstattung, mangelndes Beziehungskapital, fehlende Expertise in steuerlichen Themen und eine kleinere Größe der mittelständischen Interessenverbände. Auch ist die erschwerte Informationsbeschaffung zu steuerlichen Themen bei den mittelständischen Mitgliedsunternehmen aufgrund der Ressourcenlimitationen, von denen mittelständische Unternehmen betroffen sind, als Ursache zu nennen. Entsprechend fehlt es mittelständischen Interessenverbänden aus Perspektive des *Resource-based View* an politischen Ressourcen,⁵⁷⁹ die die Art und Weise der politischen Aktivität sowie die Durchsetzungskraft eines Akteurs im politischen Wettbewerbsmarkt verantworten.⁵⁸⁰

Abschließend bestätigt sich auch die Vermutung, dass die Nutzung von Trittbrettfahereffekten eine rationale Einflussnahmestrategie für den Mittelstand darstellt.⁵⁸¹ Jedoch versuchen mittelständische Interessenvertreter die Lobbying-Positionen von größeren allgemeinen Unternehmensverbänden zu beeinflussen, was jedoch nur vereinzelt erfolgreich ist. Dahingehend stützen die interviewten mittelständischen Interessenvertreter die Feststellung, der zufolge kleinere Unternehmen in Relation zu größeren Unternehmen weniger Gewicht und eine geringere Durchsetzungskraft bei der Festlegung der Lobbying-Positionen in unternehmerischen Interessenverbänden

⁵⁷⁷ Vgl. Krickhahn (2010), S. 91 f.; Krickhahn (1993), S. 32 f.. Ebenso Schroeder/Weßels (2010), S. 15.

⁵⁷⁸ Vgl. Scharpf (1989), S. 48; Münch/Laufer (1998), S. 189.

⁵⁷⁹ Vgl. Dahan (2005a), S. 14; Dahan (2005b), S. 47. In etwa Alves (2020), S. 311.

⁵⁸⁰ Vgl. Klüver (2012), S. 505; Barrick/Brown (2019), S. 65 f.. Ähnlich auch Bell/Hindmoor (2014), S. 348.

⁵⁸¹ Vgl. Vining et al. (2005), S. 160; Drope/Hansen (2008), S. 17; Schuler (1996), S. 724; Volokh (2010), S. 62.

besitzen.⁵⁸² Die versuchte Einflussnahme auf die Lobbying-Positionen der großen allgemeinen Unternehmensverbände deutet zudem darauf hin, dass Unternehmensverbände ohne primären Mittelstandsbezug die Interessen des Mittelstands nicht umfassend vertreten.

7.2 Praktische Implikationen zum Einfluss des Mittelstands

Aus den im Rahmen der Experteninterviewstudie identifizierten Ursachen lassen sich zunächst folgende praktische Implikationen für die Einflussnahme mittelständischer Interessenvertreter ableiten. Die Vielzahl der mittelständischen Interessenverbände sollte sich in einer formellen oder informellen Interessenskoalition zusammenschließen. Der Zusammenschluss ermöglicht die Repräsentanz der mittelständischen (Partikular-)Interessen durch eine einheitliche und organisierte Stimme gegenüber den politischen Entscheidungsträgern. Dies würde eine abgestimmte Ausübung von Einfluss auf die Steuergesetzgebung zulassen.⁵⁸³ Weiterhin würde dem bisherigen situativen Lobbying einzelner mittelständischer Interessenverbände entgegengewirkt werden. Darüber hinaus sollte sich dieser übergeordnete Verbund möglichst regelmäßig am Steuergesetzgebungsverfahren beteiligen. Die regelmäßige Partizipation fördert den Aufbau von langfristigem Beziehungskapital zu steuerpolitischen Entscheidungsträgern. Denn eine verstärkte Partizipation würde zur Schaffung engerer Beziehungen und Verbindungen zwischen Interessenvertretern und steuerpolitischen Entscheidungsträgern beitragen, was sich erhöhend auf den Lobbying-Erfolg auswirken sollte. Außerdem sollten engere Verbindungen und Beziehungen überdies zu einer zunehmenden Einladungsfrequenz zum formellen Steuergesetzgebungsverfahren beitragen. Gestützt wird diese Implikation durch die hohe Signifikanz der Kontrollvariable „Beziehungskapital“ in der empirischen Untersuchung zum Lobbying-Erfolg. Darüber hinaus bietet die organisierte und koordinierte Einflussnahme über eine Interessenskoalition mittelständischen Interessenverbänden den Vorteil der Bündelung von Stimmen, Expertise und Erfahrung sowie das Potenzial zur Realisierung von Skaleneffekten.⁵⁸⁴ Dahingehend wäre ein solches Vorgehen mit einer geringen politischen Ressourcenintensität für die Mitgliedsverbände verbunden, da die Kosten geteilt

⁵⁸² Vgl. Rössl et al. (2006), S. 9; Henneberger (2017), S. 183.

⁵⁸³ Ebenso Krickhahn (2010), S. 103, und Krickhahn (2017), S. 135, wonach eine effektive und optimale Interessenvertretung mittelständischer Interessenverbände ein funktional aufeinander abgestimmtes, arbeitsteiliges und organisiertes Lobbying erfordert.

⁵⁸⁴ Vgl. Dahan (2005b), S. 48; Hillman/Hitt (1999), S. 831; Barrick/Alexander (2014), S. 18. Ähnlich auch Klüver (2012), S. 505.

würden.⁵⁸⁵ Auf diese Weise könnten die Ursachen für die geringe Ressourcenausstattung im Allgemeinen und die mangelnde finanzielle und fachliche Expertise im Speziellen überwunden werden. Überdies würden die mittelständischen Verbände eine Institution schaffen, die durch die Bündelung der mittelständischen Interessenverbände auch mit den größeren Interessenverbänden gleichzusetzen wäre, was sich positiv auf die Wahrnehmung durch politische Entscheidungsträger und die politische Durchsetzungskraft des Mittelstands auswirken sollte. Weiterhin könnte die steuerliche Informationsbeschaffung bei den mittelständischen Mitgliedsunternehmen erleichtert werden, da sich die Interessenkoalition zielgerichteter und effizienter mit der Erlangung steuerlicher Informationen beschäftigen kann. Zudem müssten mittelständische Interessenvertreter das Lobbying nicht mehr den großen allgemeinen Unternehmensverbänden überlassen (Trittbrettfahreffekte) oder versuchen, ihre Interessen in das Lobbying der großen allgemeinen Unternehmensverbände zu integrieren. Dieses Vorgehen würde außerdem den einzelnen mittelständischen Interessenverbänden ermöglichen, sich weiterhin ihren Schwerpunktthemen zu widmen, da die übergeordnete mittelständische Interessenskoalition die Repräsentanz von mittelständischen Interessen in der Steuergesetzgebung verantwortet.

Außerdem ergäben sich folgende positive Effekte in Bezug auf die Ebene der steuerpolitischen Entscheidungsträger. Verknüpft mit der geringeren Wahrnehmung des Mittelstands durch einzelne politische Parteien könnte bereits die Intensivierung der Interessenvertretung und die damit verbundene höhere Zugangsquote zu einer verstärkten Wahrnehmung beitragen. Zudem würden die von einer mittelständischen Interessenkoalition vertretenen steuerlichen Partikularinteressen, die von den einzelnen mittelständischen Interessenverbänden verfolgt werden, für die politischen Entscheidungsträger nicht in hohem Maße partikular erscheinen. In der Folge würden mittelständische Partikularinteressen an politischer Relevanz gewinnen. Als einziger Nachteil bei der Bildung einer Interessenkoalition wäre zu nennen, dass diese im Falle divergierender Interessen laut Literatur nur den kleinsten gemeinsamen Nenner der Mittelstandsinteressen repräsentieren würde.⁵⁸⁶

Aus den Experteninterviews geht zudem hervor, dass fiskalpolitische Aspekte für politische Entscheidungsträger, insbesondere für Bundesratspolitiker, eine hohe

⁵⁸⁵ Vgl. Barrick/Alexander (2014), S. 18.

⁵⁸⁶ Vgl. Hillman/Hitt (1999), S. 832; van den Broek (2021), S. 387; Barrick/Brown (2019), S. 72. Ähnlich auch Conzelmann (2012), S. 199 ff..

Relevanz einnehmen und dahingehend eine Ursache für den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands bilden. Die auf Wettbewerbsvorteile abzielenden Interessen und Argumente der mittelständischen Interessenvertreter stehen häufig im Widerspruch zu den fiskalpolitischen Zielen der politischen Entscheidungsträger. Denn anlässlich der großen Anzahl mittelständischer Unternehmen können auch kleinere steuerliche Erleichterungen zunächst zu hohen Steuermindereinnahmen führen. Um dieser Ursache für den geringeren Lobbying-Erfolg entgegenzuwirken, sollte die Argumentation für die steuerlichen Interessen des Mittelstands neben den Wettbewerbsvorteilen auch auf der fiskalpolitischen Ebene ansetzen.

Damit der Mittelstand auch durch die Politiker der Grünen und insbesondere der SPD⁵⁸⁷ stärkeres politisches Gehör und damit Einfluss erfahren kann, böte sich eine Intensivierung des Lobbyings gegenüber diesen Parteien an. Denn anlässlich der Bedeutung des Mittelstands in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht sollten auch diese Parteien die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands fördern. Da der Mittelstand im Kontext der Erbschaft- und Schenkungsteuer und in Vorschriften zu steuerlichen Compliance-Kosten durch die Politiker bzw. politischen Parteien annähernd gleichermaßen wahrgenommen wird,⁵⁸⁸ sollte eine Intensivierung des Lobbyings im Besonderen die übrigen steuerlichen Themenfelder betreffen. Damit könnte auch die aus der Interviewstudie hervorgehende Ursache der generell geringeren Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker entgegengewirkt werden. Auch hierfür bietet sich eine mittelständische Interessenkoalition an, die diese Aufgabe ohne erheblich verstärkten Ressourceneinsatz der einzelnen mittelständischen Verbände übernehmen kann.

Darüber hinaus bietet die regelmäßige Partizipation einer mittelständischen Interessenkoalition den Vorteil, dass steuerliche Compliance-Kosteninteressen des Mittelstands, die sich in der gesamten deutschen Steuergesetzgebung wiederfinden, regelmäßig repräsentiert würden. Dahingehend wäre eine ausreichende Interessenrepräsentanz auf dem Gebiet der steuerlichen Compliance-Kosten sichergestellt, um die Ziele des Mittelstands in diesem speziellen Interessenbereich durchzusetzen.

Zusammenfassend böte dem Mittelstand eine häufigere Partizipation über eine mittelständische Interessenkoalition die Möglichkeit, verstärkt eigene

⁵⁸⁷ Da die Linke bisher keine Regierungsverantwortung innehatte, wird sie hier nicht aufgeführt.

⁵⁸⁸ Die einzige Ausnahme stellt die SPD dar, die den empirischen Ergebnissen zufolge den Mittelstand im Bereich der steuerlichen Compliance-Kosten signifikant weniger wahrnimmt.

mittelstandsspezifische Interessen im formellen Steuergesetzgebungsverfahren zu äußern, deren Umsetzung in einem mittelstandsfreundlicheren steuergesetzlichen Umfeld münden sollte. Weiterhin sollte die Argumentation neben der Vermittlung der Wettbewerbsvorteile für mittelständische Unternehmen auch fiskalische Aspekte berücksichtigen. Im Ergebnis könnten diese Maßnahmen in der Schaffung eines mittelstandsfreundlicheren Unternehmensumfelds münden, wodurch sich potenzielle negative ökonomische Konsequenzen für das Mittelstandssegment anlässlich der geringeren Ausübung von Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung reduzieren ließen.

8 Schlussbetrachtung

Die vorliegende Dissertationsschrift beleuchtet den Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung. In der bisherigen Forschung bildete das Thema keinen Untersuchungsgegenstand. In Deutschland nimmt der Mittelstand eine zentrale wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung ein. Jedoch kennzeichnen mittelständische Unternehmen Ressourcen- und Fähigkeitenlimitationen, die im Speziellen die finanzielle⁵⁸⁹ und personelle Situation⁵⁹⁰ betreffen.

In Bezug auf die Steuergesetzgebung wurde zunächst normativ gezeigt, dass der Mittelstand eigene steuerliche Interessen verfolgen sollte. Diese betreffen insbesondere die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die steuerlichen Compliance-Kosten. Aufgrund der Relevanz der steuerlichen Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen stellt die Steuergesetzgebung für den Mittelstand eine kritische Ressource im Sinne der *Resource Dependence Theory* dar. Daher sollte der Mittelstand zur Schaffung von Wettbewerbsvorteilen die Steuergesetzgebung kontrollieren und auf diese Einfluss ausüben.

Zur Erforschung des Einflusses des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung wurden zunächst mehrere empirische Untersuchungen durchgeführt, die auf den von der *Exchange Theory* beschriebenen Austauschprozessen zwischen Interessenvertretern und politischen Entscheidungsträgern beruhen. Im Einzelnen wurde die Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Parteien bzw. Politiker, das politische Gehör der mittelständischen Interessenvertreter durch politische Parteien, das Lobbying des Mittelstands und der Lobbying-Erfolg des Mittelstands empirisch beleuchtet. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen erlauben es, Schlussfolgerungen zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung abzuleiten. Zur Einordnung der empirisch erzielten Ergebnisse wurde eine qualitative Experteninterviewstudie durchgeführt. Auf Basis der Erkenntnisse wurden abschließend praktische Implikationen zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung erarbeitet.

Die empirischen Untersuchungen basieren auf öffentlich zugänglichen Textdokumenten aus dem formellen deutschen Steuergesetzgebungsverfahren. Der

⁵⁸⁹ Vgl. de Massis et al. (2018), S. 128; Khadjavi (2005), S. 53; Llach/Nordqvist (2010), S. 394; Carpenter/Petersen (2002), S. 307; Colombo et al. (2012), S. 187.

⁵⁹⁰ Vgl. de Massis et al. (2018), S. 128.

Untersuchungszeitraum umfasst grundsätzlich die 15. bis 18. Legislaturperiode, was einen Zeitraum von 2002 bis 2017 umschließt. Diese umfangreiche Beobachtungsperiode steigert die Verallgemeinerbarkeit der statistischen Ergebnisse. Die Erstellung der aus Textdokumenten bestehenden Untersuchungsstichproben erfolgte händisch. Die Erhebung von Daten aus den Textdokumenten vollzog sich mittels automatischer Textanalyse und qualitativer Inhaltsanalyse. Die Untersuchungsstichprobe für die Analysen der Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen besteht aus 2.782 Redebeiträge aus dem Bundestag und Bundesrat. Die Untersuchungen des politischen Gehörs der mittelständischen Interessenvertreter basiert auf 4.368 Fragen der Finanzausschusspolitiker, die an Interessenvertreter in den öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses gerichtet wurden. Für die Beurteilung des Lobbyings des Mittelstands wurden 2.220 Stellungnahmen herangezogen, die von Interessenvertretern zu steuerlichen Gesetzentwürfen auf Ebene des Finanzausschusses und zu steuerlichen Referentenentwürfen auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen eingereicht wurden. Für die Untersuchung des Lobbying-Erfolgs des Mittelstands wurde aus 207 Stellungnahmen, die auf Finanzausschuss-Ebene im Rahmen der 18. Legislaturperiode durch Interessenvertreter eingereicht wurden, 1.008 steuerliche Forderungen auf 2.249 Textseiten händisch identifiziert. Die Identifikation der Forderungen aus den Stellungnahmen erfolgte mittels strukturierender qualitativer Inhaltsanalyse nach *Mayring* anhand deduktiver Kriterien. Der Erfolg jeder Forderung wurde anhand des Berichts und der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses qualitativ geprüft.

Die Empirie zur Wahrnehmung des Mittelstands und der mittelständischen Interessenvertreter in der Steuergesetzgebung im Allgemeinen indizieren ein verstärktes politisches Gehör durch Politiker der Union und FDP. Demgemäß sollte der Mittelstand über die Union und die FDP Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung ausüben. In Belangen der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie in den steuerlichen Compliance-Kosten zeigen sich indes keine Unterschiede im politischen Gehör zwischen den politischen Parteien. Im Verhältnis zu anderen Interessenvertretern lässt die Empirie jedoch erkennen, dass die Union und die FDP allgemeinen unternehmerischen Interessenverbänden in Relation zu den mittelständischen Interessenvertretern mehr politisches Gehör schenken. Dahingehend könnte der Mittelstand verhältnismäßig weniger Durchsetzungskraft im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt aufweisen, woraus sich ein geringerer Einfluss auf die Steuergesetzgebung ableiten lässt.

Bezüglich des Lobbyings des Mittelstands zeigt sich, dass der Mittelstand größtenteils über kollektive Interessenverbände Zugang zum Steuergesetzgebungsverfahren erfährt, welche somit die Repräsentanz mittelständischer Interessen verantworten. Jedoch deuten die empirischen Forschungsergebnisse auf eine Unterrepräsentanz des Mittelstands im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt hin. Lediglich im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen zeigt die Statistik, dass der Mittelstand zumindest nicht unterrepräsentiert ist. Darüber hinaus repräsentieren die Interessenvertreter des Mittelstands auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen verstärkt steuerliche Compliance-Kosteninteressen im Rahmen ihrer Unterrepräsentanz. Weiterhin deuten die Ergebnisse auf eine unterschiedliche Lobbying-Strategie des Mittelstands hin, je nachdem, ob mittelständische Interessenvertreter auf Ebene des Finanzausschusses oder auf Ebene des Bundesministeriums der Finanzen politisch aktiv sind.

Die empirischen Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg zeigen, dass mittelständische Interessenvertreter im Vergleich zu den Interessenvertretern, die Unternehmen im Allgemeinen oder Großunternehmen repräsentieren sowie im Vergleich zu den Beratern, weniger erfolgreich mit ihrem steuerlichen Lobbying sind. Ausnahme bildet der Lobbying-Erfolg von Forderungen mittelständischer Interessenvertreter, die die Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die steuerlichen Compliance-Kosten betreffen. Denn hier lässt die inferenzstatistische Untersuchung zumindest keine signifikante Benachteiligung der mittelständischen Einflussnahme erkennen. Darüber hinaus deuten die empirischen Ergebnisse darauf hin, dass Beziehungskapital und die Gleichgerichtetheit von Interessen wesentliche Faktoren für erfolgreiches Lobbying bilden.

Insgesamt bestätigten die empirischen Ergebnisse die auf Basis der *Exchange Theory* und dem *Resource-based View* aufgestellte Annahme zur Benachteiligung des Mittelstands in seinem Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung im Verhältnis zu anderen unternehmerischen Interessenvertretern und Beratern. Der geringere Einfluss auf die deutsche Steuergesetzgebung kann mit negativen ökonomischen Konsequenzen behaftet sein. Für den Mittelstand verbleibt die Steuergesetzgebung eine exogene Determinante im rechtlichen Unternehmensumfeld, die verstärkt durch die Interessenvertreter allgemeiner Unternehmensverbände, die Interessenvertreter von Großunternehmen sowie die Berater im steuerpolitischen Wettbewerbsmarkt endogenisiert wird.

Mittels einer leitfadengestützten semi-strukturierten Experteninterviewstudie mit acht mittelständischen Interessenvertretern als Interviewpartner wurden zur Einordnung

der empirischen Ergebnisse Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands in der Steuergesetzgebung durch einen *Grounded Theory*-Ansatz identifiziert.⁵⁹¹ Zunächst verantworten die empirischen Ergebnisse eine geringere Priorität der Steuergesetzgebung und ein lediglich situatives Lobbying mittelständischer Interessenverbände. Darüber hinaus ist ein weiterer Grund die fehlende Abstimmung zwischen den mittelständischen Interessenverbänden.⁵⁹² Im Hinblick auf die politischen Ressourcen wurde festgestellt, dass mittelständische Interessenverbände über weniger finanzielle Mittel, ein geringeres Beziehungskapital und weniger steuerliche Expertise verfügen. Darüber hinaus ist eine weitere auf Ressourcen zurückführbare Ursache die kleinere Verbandsgröße mittelständischer Interessenverbände. Zudem ist durch Ressourcenlimitationen der mittelständischen Mitgliedsunternehmen die Informationsbeschaffung zu steuerlichen Themen erschwert, die mittelständische Unternehmen beschäftigen. Ferner überlassen mittelständische Interessenverbände bewusst das Lobbying in der Steuergesetzgebung anderen größeren Interessenverbänden (Trittbrettfahreneffekte). Die weiteren Ursachen sind auf politische Aspekte zurückzuführen. Zunächst ist eine generell geringere Wahrnehmung des Mittelstands durch Politiker zu nennen. Weiterhin werden die spezifischen steuerlichen Interessen des Mittelstands aufgrund ihrer Partikularität stellenweise von den politischen Entscheidungsträgern als weniger wichtig angesehen. Schließlich spielen fiskalpolitische Interessen der politischen Entscheidungsträger eine wesentliche Rolle für den geringeren Lobbying-Erfolg des Mittelstands, insbesondere auf der föderalen Bundesratsebene.

Auf Basis der Erkenntnisse aus den empirischen Untersuchungen und der Experteninterviewstudie wurden praktische Implikationen zum Einfluss des Mittelstands abgeleitet. Mittelständische Interessenvertreter sollten sich künftig zu einer mittelständischen Interessenskoalition zusammenschließen, die das mittelständische Unternehmenssegment einheitlich, organisiert und insbesondere regelmäßig in der deutschen Steuergesetzgebung repräsentiert.⁵⁹³ Dieses Vorgehen böte die Möglichkeit, die Ursachen für die Unterrepräsentanz und den geringeren Lobbying-Erfolg zu beseitigen. Dies würde zu einer verstärkten Endogenisierung der Steuergesetzgebung durch den

⁵⁹¹ Ein Großteil der Lobbying-Forschung konzentriert sich auf quantitative Forschungsmethoden, während qualitative Untersuchungen weitgehend vernachlässigt wurden (vgl. Barrick/Brown (2020), S. 78 f.).

⁵⁹² Ebenso Götz (2019), S. 372 f..

⁵⁹³ Ebenso Krickhahn (2010), S. 103; Krickhahn (2017), S. 135.

Mittelstand beitragen. Im Ergebnis könnte der Mittelstand durch dieses Vorgehen die Möglichkeit erhalten, eine mittelstandsfreundliche deutsche Steuergesetzgebung zu schaffen. Folglich ließen sich durch die zunehmende Erlangung von Kontrolle über die Steuergesetzgebung Wettbewerbsvorteile generieren bzw. Wettbewerbsnachteile überwinden (*Resource Dependence Theory*). Final würde dies in einer Reduktion von negativen ökonomischen Konsequenzen für den Mittelstand münden.

Die Dissertationsschrift leistet folgende Beiträge zur Wissenschaft: Zunächst wird durch die Identifizierung ausgewählter steuerlicher Interessen des Mittelstands ein Beitrag zur normativen Steuerliteratur geleistet.⁵⁹⁴ Übergreifend verbessern die Ausführungen das Verständnis der politischen Aktivität von Unternehmen im Bereich der nicht marktorientierten Strategien.⁵⁹⁵ Präziser trägt die Arbeit durch die Untersuchung eines bisher unerforschten Themengebiets zur Steuer-Lobbying-Literatur⁵⁹⁶, zur Forschung zur politischen Aktivität des Mittelstands,⁵⁹⁷ zur Lobbying-Forschung in Deutschland⁵⁹⁸ und zum Korpus der allgemeinen Mittelstandsforschung⁵⁹⁹ bei. Überdies weist die Arbeit mit den Untersuchungen zur Wahrnehmung des Mittelstands in den Plenarsitzungen und den Untersuchungen zum politischen Gehör mittelständischer Interessenvertreter auch einen politikwissenschaftlichen Bezug auf. Denn die gewonnenen Erkenntnisse führen zu einem verbesserten Verständnis über die Verbindungen zwischen politischen Entscheidungsträgern und mittelständischen Interessenvertretern.⁶⁰⁰ In Bezug auf die theoretischen Erklärungsmodelle bestätigen die Resultate die aus der *Exchange Theory* und dem *Resource-based View* abgeleiteten

⁵⁹⁴ Vgl. Elschner/Heckemeyer (2012), S. 3 ff.; Bensmann et al. (2012), S. 71 ff.; Haußmann/Schweinberger (2012), S. 99 ff.; Djanani et al. (2012), S. 157 ff.; Sitzmann (2018), S. 9 ff.; Jecht (1958), S. 92 ff.; Schmiel (2007), S. 695 ff.; Beznoska/Hentze (2017), S. 1 ff..

⁵⁹⁵ Vgl. Getz (1997), S. 31 f.; Mellahi et al. (2016), S. 144; Vining et al. (2005), S. 150; de Figueiredo (2009), S. 480; Lawton et al (2013), S. 97; Hadani/Coombes (2015), S. 862; Hadani et al. (2018), S. 2069; Baron (1995), S. 48; Tyllström/Murray (2021), S. 972.

⁵⁹⁶ Vgl. Barrick/Brown (2019), S. 59 ff..

⁵⁹⁷ Vgl. Cook/Fox (2000), S. 94 ff.; Götz (2019), S. 363 ff.; Bennett/Ramsden (2007), S. 49 ff.; Rössl et al. (2006), S. 1 ff.; Adomako et al. (2023), S. 1 ff.; Adomako/Nguyen (2020), S. 2701 ff.; Krickhahn (1993), S. 1 ff.; Cook (1996), S. 49 ff.; Cook/Barry (1995), S. 317 ff.; Krickhahn (2010), S. 85 ff..

⁵⁹⁸ Vgl. hierzu Polk (2020), S. 74, laut dem Lobbying in Deutschland empirisch weitgehend unerforscht ist.

⁵⁹⁹ Vgl. exemplarisch Kreer et al. (2018), S. 504 ff.; Berlemann/Jahn (2016), S. 1820 ff.; Pahnke/Welter (2019), S. 345 ff.; de Massis et al. (2018), S. 125 ff..

⁶⁰⁰ Vgl. Trampusch (2004), S. 646 ff.; Hall/Deardorff (2006), S. 75; Spohr (2021), S. 273 f.; Crepaz (2020), S. 1370 ff.. Ähnlich Sühlsen/Hisschemöller (2014), S. 324.

Implikationen. Zudem sind die statistischen Ergebnisse als konform mit den Indikationen zum Lobbying und Lobbying-Erfolg kleinerer Unternehmen zu beurteilen.⁶⁰¹

Die Untersuchungen konfrontieren mehrere Limitationen. Erstens wird der Mittelstand als eine gleichartige Einheit mit einheitlichen steuerlichen Zielsetzungen angesehen, obwohl das Unternehmenssegment durch Diversität gekennzeichnet ist.⁶⁰² Darüber hinaus ist es möglich, dass die als allgemeine Unternehmensrepräsentanten kategorisierten trotz des mangelnden primären Mittelstandsbezugs auch Mittelstandsinteressen vertreten. Kleinere Unternehmen sollten jedoch bei der Festlegung der Lobbying-Positionen in einem Interessenverband benachteiligt sein.⁶⁰³ Außerdem wurde nicht im Detail geprüft, ob und inwieweit einzelne Verbandsmitglieder Entscheidungsprozesse in einem kollektiven mittelständischen Interessenverband dominieren und somit das kollektive Lobbying eines Interessensverbands steuern. Ein solches Vorgehen eröffnet den Unternehmen die Möglichkeit, anonym unter dem Deckmantel des Interessenverbands ihre individuellen Ziele zu verfolgen.⁶⁰⁴ So könnten beispielsweise einige große Familienunternehmen durch kollektive Interessenverbände ihre eigenen Interessen in erbschaft- und schenkungsteuerlichen Fragen im Steuergesetzgebungsverfahren vertreten, ohne dass diese Interessenvertretung vorteilhaft auf kleinere Mittelständler wirkt. Diese Art der Interessenvertretung ist nicht unbedingt im Sinne des gesamten Mittelstandssegments.⁶⁰⁵

Darüber hinaus ist eine Auswertung durch automatische Textanalyse dadurch eingeschränkt, dass weder der gesamte Informationsgehalt der untersuchten Texte noch der Kontext, in dem Wörter erwähnt werden, ermittelt werden kann. Denn textanalysebasierte Erhebungen, insbesondere über einen Wörterbuchansatz, können die gesamte sprachliche Komplexität von Texten nicht erfassen.⁶⁰⁶ Darüber hinaus erfasst das Wörterbuch, mit dem die strategische Konnotation der von den Interessenvertretern

⁶⁰¹ Vgl. de Figueiredo/Richter (2014), S. 169; Hillman/Hitt (1999), S. 831; Bouwen (2002), S. 374; Barrick/Alexander (2014), S. 20; Cook/Fox (2000), S. 106 f.. Nach deren Ansicht werden die Interessen kleinerer Unternehmen aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen- und Fähigkeitsausstattung tendenziell durch kollektive Interessenvertreter vertreten.

⁶⁰² Vgl. Welter et al. (2015), S. 1; Welter et al. (2016), S. 1; Böttcher/Linnemann (2008), S. 163.

⁶⁰³ Vgl. Rössl et al. (2006), S. 9; Henneberger (2017), S. 183.

⁶⁰⁴ Vgl. Mulligan/Oats (2016), S. 72 f..

⁶⁰⁵ Eine Möglichkeit zur Überprüfung böten beispielhaft qualitative Interviewstudien.

⁶⁰⁶ Vgl. Loughran/McDonald (2016), S. 1226; Siano/Wysocki (2021), S. 222; Hassan/Marston (2019), S. 1950006-39; Grimmer/Stewart (2013), S. 274 f..

kommunizierten Informationen zur Steuergesetzgebung erhoben wird, ausschließlich positive und negative Emotionen, während neutrale Aspekte vernachlässigt werden.⁶⁰⁷

Auch die durchgeführte strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach *Mayring* anhand deduktiver Kriterien lässt anlässlich des Fokus auf die Herausarbeitung von Forderungen und deren Prüfung auf Erfolg andere inhaltliche Aspekte unberücksichtigt, wie beispielhaft die Wirkung einer Stellungnahme in ihrer Gesamtheit.⁶⁰⁸ Gerade diese könnte aber für die Beurteilung des Lobbying-Erfolgs des Mittelstands relevant sein. Außerdem wurden die ökonomischen Auswirkungen der steuerlichen Forderungen nicht berücksichtigt. Stattdessen wurden alle Forderungen als gleichwertig betrachtet. Überdies beschränkt sich die Empirie auf die Untersuchung des formellen Steuergesetzgebungsverfahrens. Informelles Lobbying oder andere Einflussnahmestrategien, wie exemplarisch nicht öffentliche Gespräche zwischen Interessenvertretern und Politikern sowie Parteispenden,⁶⁰⁹ bilden keinen Bestandteil der empirischen Untersuchungen.⁶¹⁰ Zudem werden durch die vorgenommene Kategorisierung individuelle Aspekte der Interessenvertreter vernachlässigt. Weiterhin wurden in den Untersuchungen auf Ebene der politischen Entscheidungsträger individuelle Aspekte der Politiker unberücksichtigt gelassen.

Die Erkenntnisse dieser Dissertationsschrift zum Einfluss des Mittelstands auf die deutsche Steuergesetzgebung bieten Anknüpfungspunkte für weitere Forschungsarbeiten. Künftige Untersuchungen könnten sich intensiver der Ebene der politischen Entscheidungsträger widmen. Denn diese sind eine wesentliche Ursache für die Unterrepräsentanz und den geringeren Einfluss mittelständischer Interessen in der Steuergesetzgebung Deutschlands. Darüber hinaus könnten sich künftige Forschungsarbeiten mit dem Lobbying außerhalb des formellen Steuergesetzgebungsverfahrens beschäftigen (informelles Lobbying). Ebenfalls könnte die Entwicklung von steuerlichen Positionen und Ansichten in einem mittelständischen Interessenverband qualitativ beleuchtet werden. Hinsichtlich des methodischen Vorgehens bietet automatische Textanalyse unter Verwendung von Wörterbüchern einen innovativen Ansatz für die Ergründung von Lobbying-Positionen. Des Weiteren könnten in Zukunft auch

⁶⁰⁷ Vgl. Luo/Zhou (2020), S. 109.

⁶⁰⁸ Vgl. Mayring (2014), S. 123 f..

⁶⁰⁹ Vgl. Spohr (2021), S. 268 f..

⁶¹⁰ Die Einflussnahme außerhalb des formellen Steuergesetzgebungsverfahrens (informelles Lobbying) ist nach Ansicht von drei mittelständischen Interessenvertretern (Experte 4, 6 und 7) wichtig. Experte 7 nennt beispielsweise die Mitwirkung am Koalitionsvertrag im Rahmen der Regierungsbildung oder das Kampagnen-Lobbying.

Forschungsmethoden zum Einsatz kommen, die auf künstlicher Intelligenz basieren. Ebenso könnte die normative Steuerforschung ihr Blickfeld stärker auf den Mittelstand richten, um weitere mittelstandsspezifische steuerliche Interessen aufgrund der mittelständischen Charakteristika zu identifizieren und Lösungsansätze zu entwickeln. Im Ergebnis handelt es sich bei der Ergründung des Einflusses des Mittelstands anlässlich seiner Bedeutung um ein wichtiges Forschungsgebiet in Deutschland, welches diverse Potenziale für weitere Forschungsarbeiten in qualitativer, quantitativer und normativer Hinsicht bietet.

Anhang

Anhang 1: Steuerlicher Bezug der öffentlichen Anhörungssitzungen

Tabelle 51: Steuerlicher Bezug der öffentlichen Anhörungssitzungen

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislaturperiode	Steuerbezug	ID
Thema: Europäisches System der Finanzaufsicht	31.05.2017	18	nein	
Antrag der Fraktion DIE LINKE: Zulassungspflicht für Finanzprodukte schaffen - Finanz-TÜV einführen (Drs. ⁶¹¹ 18/9709)	17.05.2017	18	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes (Drsn. 18/11493 und 18/11927) sowie zu einem von der Fraktion DIE LINKE zum Gesetzentwurf gesondert eingebrachter Änderungsantrag	15.05.2017	18	ja	1
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie (Drs. 18/11495) sowie zum Bericht der Bundesregierung über die Evaluierung der durch das Kleinanlegerschutzgesetz vom 3. Juli 2015 eingeführten Befreiungsvorschriften in §§ 2a bis 2c des Vermögensanlagengesetzes	26.04.2017	18	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Drs. 18/11555)	24.04.2017	18	ja	2
Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen (Drs. 18/11233)	29.03.2017	18	ja	3
Gesetzentwurf der Bundesregierung: zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz -StUmgBG) (Drsn. 18/11132 und 18/11184) und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für eine Bundessteuerverwaltung - Gleiche Grundsätze von Flensburg bis zum Bodensee (Drs. 18/2877)	27.03.2017	18	ja	4
Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Verkehrsteueränderungsgesetzes (Drs. 18/11235)	20.03.2017	18	ja	5
Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Drs. 18/11234)	20.03.2017	18	ja	6
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Zweites Finanzmarktnovellierungsgesetz - 2. FiMaNoG) (Drs. 18/10936)	08.03.2017	18	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Finanzdienstleistungsaufsichtsrechts im Bereich der Maßnahmen bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems und zur Änderung der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (Finanzaufsichtsrechtsergänzungsgesetz) (Drs. 18/10935)	06.03.2017	18	nein	

⁶¹¹ Abkürzungen, die sich auf die Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags beziehen, sind im Abkürzungsverzeichnis nicht aufgeführt.

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislatur- periode	Steuer- bezug	ID
Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Drs. 18/9958)	28.11.2016	18	ja	7
Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften (Drs. 18/9986)	21.11.2016	18	ja	8
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen sowie zu weiteren Vorlagen (Drsn. 18/9536, 18/9956, 18/2617 und 18/9043)	19.10.2016	18	ja	9
Gesetzesentwurf zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen (Drs. 18/9535) sowie zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Betrug mit manipulierten Registrierkassen gesetzlich verhindern - Zeitgleich Abschreibungsregeln für geringwertige Wirtschaftsgüter verbessern (Drs. 18/7879)	17.10.2016	18	ja	10
Gesetzesentwurf zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU-Forschungsförderungsgesetz) (Drs. 18/7872)	19.09.2016	18	ja	11
Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr (Drsn. 18/8828 und 18/9239)	05.09.2016	18	ja	12
Auswirkungen von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung auf die Entwicklungsländer	20.06.2016	18	ja	13
Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung (Investmentsteuerreformgesetz – InvStRefG)“ (Drs. 18/8045)	09.05.2016	18	ja	14
Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus (Drsn. 18/7736 und 18/8044)	25.04.2016	18	ja	15
Gesetzesentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens (Drs. 18/7457)	13.04.2016	18	ja	16
Gesetzesentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte (Erstes Finanzmarktnovellierungsgesetz - 1. FiMaNoG) (Drs. 18/7482)	14.03.2016	18	nein	
Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (Drs. 18/7204)	25.01.2016	18	nein	
Gesetzesentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/91/EU (OGAW-V-Umsetzungsgesetz) (Drs. 18/6744)	11.01.2016	18	nein	
Gesetzesentwurf des Bundesrates: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuereinbehalts in der Seeschifffahrt (Drs. 18/6679)	11.01.2016	18	ja	17
Gesetzesentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Bausparkassen (Drs. 18/6418)	23.11.2015	18	nein	

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislatur- periode	Steuer- bezug	ID
Gesetzentwurf zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen und zur Änderung weiterer Gesetze (Drsn. 18/5920, 18/2014, 18/6064 und 18/6065)	02.11.2015	18	ja	18
Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuorganisation der Zollverwaltung – (Drsn. 18/5294 und 18/5770)	12.10.2015	18	ja	19
Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Drs. 18/5923)	12.10.2015	18	ja	20
Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie (Drsn. 18/5010 und 18/5272)	07.09.2015	18	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Bankenabwicklungsrechts an den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und die europäischen Vorgaben zur Bankenabgabe (Abwicklungsmechanismusgesetz - AbwMechG) (Drs. 18/5009)	01.07.2015	18	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Protokollklärung zum Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Drs. 18/4902)	29.06.2015	18	ja	21
Entwurf eines Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags (Drs. 18/4649)	20.05.2015	18	ja	22
Entwurf eines Kleinanlegerschutzgesetzes (Drs. 18/3994)	16.03.2015	18	nein	
Entwurf eines Zweiten Verkehrsteueränderungsgesetzes (VerkehrStÄndG 2) (Drs. 18/3991)	16.03.2015	18	ja	23
Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (DGSD-Umsetzungsgesetz) (Drs. 18/3786)	23.02.2015	18	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen (Drsn. 18/2956 und 18/3252)	03.12.2014	18	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Drsn. 18/3017 und 18/3258)	24.11.2014	18	ja	24
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (Drs. 18/3018)	12.11.2014	18	ja	25
Thema: Umsetzung der gesetzlichen Normen und Ziele durch die Versicherungsaufsicht	05.11.2014	18	nein	
BRRD-Umsetzungsgesetz (Drsn. 18/2575 und 18/2626) sowie zu dem Gesetzentwurf zu dem Übereinkommen vom 21.5.14 über die Übertragung von Beiträgen auf den einheitlichen Abwicklungsfonds und über die gemeinsame Nutzung dieser Beiträge (Drsn. 18/2576 und 18/2627)	06.10.2014	18	nein	
Gesetzentwurf der Bundesregierung Lebensversicherungsreformgesetz - LVRG	30.06.2014	18	nein	

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislaturperiode	Steuerbezug	ID
Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Drs. 18/1529)	23.06.2014	18	ja	26
Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes (Drs. 18/1305)	19.05.2014	18	nein	
Einheitliche EU-Bankenaufsicht: Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und FDP (Drs. 17/13470) und Antrag der Fraktionen SPD und B90-DIE GRÜNEN (Drs. 17/11878)	03.06.2013	17	nein	
CRD IV-Umsetzungsgesetz (Drsn. 17/10974 und 17/11474)	07.05.2013	17	nein	
Gesetzentwurf zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen	22.04.2013	17	nein	
AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz (Drs. 17/12603)	17.04.2013	17	ja	27
Änderung des Gesetzes über die Kreditanstalt für Wiederaufbau und weiterer Gesetze (Drs. 17/12815)	15.04.2013	17	nein	
Umsetzung der Richtlinie 2011/89/EG des Europaparlaments und Rates vom 16.11.11 zur Änderung der Richtlinie 98/78/EG, 2002/87/EG, 2006/48/EG und 2009/138/EG hinsichtlich der zusätzlichen Beaufsichtigung der Finanzunternehmen und Finanzkonglomerats (Drs. 17/12602)	15.04.2013	17	nein	
Bekämpfung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	20.03.2013	17	ja	28
Honoraranlageberatungsgesetz (Drsn. 17/12295 und 17/8182)	18.03.2013	17	nein	
AIFM-Umsetzungsgesetz (Drs. 17/12294)	13.03.2013	17	nein	
Schlussbericht der hochrangigen Expertengruppe für Strukturreformen im EU-Bankensektor (Liikanen-Report)	27.02.2013	17	nein	
Hochfrequenzhandelsgesetz (Drs. 17/11631)	16.01.2013	17	nein	
Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz (Drs. 17/11316)	10.12.2012	17	ja	29
CRD IV-Umsetzungsgesetz (Drs. 17/10974)	28.11.2012	17	nein	
Libor-Manipulationen und andere Fehlentwicklungen in der Finanzbranche	28.11.2012	17	nein	
Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz	26.11.2012	17	ja	30
Ausführungsgesetz zur Verordnung (EU) Nr. 648/2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (EMIR-Ausführungsg)	26.11.2012	17	nein	
Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.11 in der Rechtssache C-284/07 (Streubesitzdividende)	19.11.2012	17	ja	31
Dienstwagenprivileg abbauen und Besteuerung CO ₂ -effizient ausrichten (Drs. 17/8462) sowie wirksame Anreize für klimafreundliche Firmenwagen (Drs. 17/9149)	07.11.2012	17	ja	32
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zu Anpassungen des Luftverkehrsteuergesetzes (im Zusammenhang mit dem Energiesteuer- und Stromsteuergesetz)	05.11.2012	17	ja	33
Ergänzung des Geldwäschegesetzes (GwGErgG) (Drs. 17/10745)	22.10.2012	17	nein	
Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung (Drsn. 17/10774 und 17/5525)	22.10.2012	17	ja	34

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislatur- periode	Steuer- bezug	ID
SEPA-Begleitgesetz (vorzuziehende Regelungen der 10. VAG-Novelle)	17.10.2012	17	nein	
Änderung des Energiesteuer- u. Stromsteuergesetzes (Drs. 17/10744)	17.10.2012	17	ja	35
Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland - Fürsten- tum Liechtenstein (Drs. 17/10753)	16.10.2012	17	ja	36
Verkehrsteueränderungsgesetz - VerkehrStÄndG (Drs. 17/10039)	15.10.2012	17	ja	37
SEPA-Begleitgesetz (Drs. 17/10038)	19.06.2012	17	nein	
Umsetzungsgesetz zum Abkommen Deutschland - Schweiz (BT-Drs. 17/10059)	24.09.2012	17	ja	38
Jahressteuergesetz 2013 (Drs. 17/10000)	26.09.2012	17	ja	39
Gesetzentwurf zur Stärkung der deutschen Finanzauf- sicht (Drs. 17/10040)	10.09.2012	17	nein	
Novelle zur Energiesteuerrichtlinie (Rats- dok. Nr. 9270/11)	27.06.2012	17	ja	40
EU-Leerverkaufs-Ausführungsgesetz (Drs. 17/9665)	13.06.2012	17	nein	
Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Euro-Staats- schuldenkrise und neue Instrumente der Staatsfinanzie- rung	09.05.2012	17	ja	41
Girokonto für jedermann (Drsn. 17/8312, 17/7823, 17/8141 und 17/7954)	25.04.2012	17	nein	
Umsetzung der Richtlinie 2010/73/EU und Änderung des Börsengesetzes (Drs. 17/8684)	28.03.2012	17	nein	
Besteuerung von Sportwetten (Drs. 17/8494)	21.03.2012	17	ja	42
Abbau der kalten Progression (Drsn. 17/8683 und 17/5550)	19.03.2012	17	ja	43
Beschränkung des steuerfreien Bezugs von Auslandsdi- videnden nach einem Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) / Beschränkung des steuerfreien Bezugs von Auslandsdividenden nach einem Doppelbesteuerungs- abkommen (in Zusammenhang mit dem Gemeindefin- anzreformG) (Drs. 17/8235)	08.02.2012	17	ja	44
Finanztransaktionssteuer in Europa einführen (Drs. 17/6086)	30.11.2011	17	ja	45
Optimierung der Geldwäscheprävention (Drs. 17/6804)	19.10.2011	17	nein	
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Um- satzsteuergesetzes (Drs. 17/7020)	17.10.2011	17	ja	46
Beitreibungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz - BeitrR- LUmsG (Drs. 17/6263)	21.09.2011	17	ja	47
Schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf zur Um- setzung der Richtlinie 2010/78/EU v. 24.11.2010 im Hinblick auf die Errichtung des Europäischen Finanz- aufsichtssystems (Drs. 17/6255)	ohne Datum	17	nein	
Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermö- gensanlagenrechts (Drs. 17/6051)	06.07.2011	17	nein	
Themenkreis Finanzmärkte sowie Finanzmärkte ökolo- gisch, ethisch und sozial neu ausrichten (Drs. 17/795)	04.07.2011	17	ja	48
Steuerliche Förderung von energetischen Sanierungs- maßnahmen an Wohngebäuden (Drs. 17/6074)	27.06.2011	17	ja	49
Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes 2011 (Drs. 17/5125)	11.05.2011	17	ja	50
Zins-Swap-Geschäfte deutscher Banken mit Gemein- den und mittelständischen Unternehmen	06.04.2011	17	ja	51

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislatur- periode	Steuer- bezug	ID
Umsetzung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW-IV-Umsetzungsgesetz) (Drs. 17/4510)	23.02.2011	17	ja	52
Schwarzgeldbekämpfungsgesetz (Drs. 17/4182)	21.02.2011	17	ja	53
Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz (Drsn. 17/3628; 17/2136; 17/3540, 17/3210 und 17/3481)	01.12.2010	17	nein	
Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen (Drs. 17-3025)	30.11.2010	17	ja	54
Entwurf eines Restrukturierungsgesetzes (Drs. 17/3024)	06.10.2010	17	nein	
Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2010 (JStG 2010) (Drsn. 17/2249 und 17/255) sowie zur Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (Drs. 17/2823)	29.09.2010	17	ja	55
Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Drsn. 17/1755, 17/1411, 17/1149, 17/1765 und Nr. 49 der Empfehlungen der Ausschüsse des Bundesrates)	07.07.2010	17	ja	56
Entwurf eines Gesetzes zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte (Drs. 17/1952)	16.06.2010	17	nein	
Gesetz zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie/Stabilisierung des Finanzsektors (Drsn. 17/1720 und 17/1756)	16.06.2010	17	nein	
Anforderungen an Vergütungssystem von Instituten und Versicherungsunternehmen/Boni-Steuer für Finanzbranche einführen (Drsn. 17/1291, 17/1457, 17/452 und 17/526)	09.06.2010	17	ja	57
Internationale Finanztransaktionssteuer einführen (Drsn. 17/527, 17/518, 17/471, 17/1422 und Ausschussdrucksache 17(7)46)	17.05.2010	17	ja	58
Ausführungsgesetz zur EU-Ratingverordnung (Drs. 17/716)	24.03.2010	17	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Drs. 17/506)	09.02.2010	17	ja	59
Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz) (Drs. 17/15)	30.11.2009	17	ja	60
Grauer Kapitalmarkt (Selbstbefassung) sowie Antrag: Grauen Kapitalmarkt durch einheitliches Anlegerschutzniveau überwinden (Drs. 16/13402)	01.07.2009	16	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes (Drs. 16/12851)	27.05.2009	16	ja	61
Gesetzentwurf zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht (Drs. 16/12783)	27.05.2009	16	nein	
Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz (Drs. 16/12852)	25.05.2009	16	ja	62
Gesetzentwurf zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (BürgerentlG Krankenversicherung) (Drs. 16/12254)	22.04.2009	16	ja	63

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislatur- periode	Steuer- bezug	ID
Gesetzentwurf zur Änderung der Einlagensicherungs- und AnlegerentschädigungsG (Drsn. 16/12255 und 16/12599) sowie Antrag: Reform der Anlegerentschä- digung in Deutschland (Drs. 16/11458)	22.04.2009	16	nein	
Anträge zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Drsn. 16/11389, 16/11734, 16/9836, 16/9479, 16/9166, 16/9168 und 16/9421)	25.03.2009	16	ja	64
Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Um- satzsteuergesetzes (Drsn. 16/11340 und 16/11674)	18.03.2009	16	ja	65
Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz (Drs. 16/12100)	16.03.2009	16	nein	
Gesetzentwurf zur Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Zahlungsdiensterichtlinie (Zahlungs- dienstleistungsgesetz) (Drsn. 16/11613 und 16/11640)	11.02.2009	16	nein	
Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Drs. 16/11741), Gesetzentwurf zur Neuregelung der Kfz-Steuer (Drs. 16/11742), Antrag: Klimaschutz im Verkehr (Drs. 16/8538) sowie Gesetzentwurf zur Siche- rung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Drs. 16/11740)	09.02.2009	16	ja	66
Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Pfand- briefrechts (Drsn. 16/11130 und 16/11195)	21.01.2009	16	nein	
Gesetzentwurf zu den Änderungen vom 28.4. und 5.5.2008 des Übereinkommens über den Intern. Wäh- rungsfonds (IWF) (Drs. 16/10535) sowie zur Rolle des IWF in einer neuen, internationalen Finanzarchitektur	17.12.2008	16	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäfti- gungssicherung durch Wachstumsstärkung (Drs. 16/10930)	27.11.2008	16	ja	67
Gesetzentwurf zur Förderung von Familien und haus- haltsnahen Dienstleistungen [FamilienleistungsG] (16/10809)	24.11.2008	16	ja	68
Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung der Mitarbei- terkapitalbeteiligung (Drs. 16/10531) sowie Antrag: Mitarbeiterbeteiligung - Eigenverantwortliche Vor- sorge stärken (Drs. 16/9337)	05.11.2008	16	ja	69
Gesetzentwurf zur Modernisierung und Entbürokrati- sierung des Steuerverfahrens (Steuerbürokratieabbau- gesetz) (Drs. 16/10188)	08.10.2008	16	ja	70
Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2009 (Drs. 16/10189)	08.10.2008	16	ja	71
Gesetz zur verbesserten Einbeziehung der selbstgenutz- ten Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge (Drs. 16/8869)	28.05.2008	16	ja	72
Erbschaftsteuerreformgesetz (Drsn. 16/7918, 16/2087, 16/7765, 16/3348 und 16/8185)	05.03.2008	16	ja	73
Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung der mit Finan- zinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegren- zungsgesetz) (Drs. 16/7438)	23.01.2008	16	nein	
Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Steu- erberatungsG (Drsn. 16/7077 und 16/7250) sowie An- trag Steuerberatung zukunftsfähig machen (Drs. 16/1886)	16.01.2008	16	ja	74

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislatur- periode	Steuer- bezug	ID
Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (Drs. 16/6518)	22.10.2007	16	nein	
Modernisierung d. Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (Drsn. 16/6311 und 16/6648), Antrag: Innovationsfähigkeit des Standortes stärken (Drs. 16/4758) sowie Gesetzentwurf Weiterentwicklung des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (Drs. 16/3229)	22.10.2007	16	ja	75
Entwurf eines JahressteuerG 2008, Änderungsantrag: Pendlerpauschale verfassungsgemäß regeln (Drs. 16/6290 sowie weitere Anträge (Drsn. 16/6396, 16/6374 und 16/3023)	10.10.2007	16	ja	76
Investmentänderungsgesetz (Drs. 16/5576) sowie Antrag: Offene Immobilienfonds - Marktstabilität sichern, Anlegervertrauen stärken (Drs. 16/661)	04.07.2007	16	nein	
Gesetzentwurf/Anträge zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements (Drsn. 16/5200, 16/5245 und 16/5410)	11.06.2007	16	ja	77
Entwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 (Abgeltungsteuer) (Drs. 16/4841), Antrag: Unternehmen leistungsgerecht besteuern (Drs. 16/4857) sowie Antrag Unternehmensteuerreform für Investitionen und Arbeitsplätze (Drs. 16/4855)	07.05.2007	16	ja	78
Entwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 (ohne AbgeltungSt) (Drsn. 16/4841, 16/4857 und 16/4855)	25.04.2007	16	ja	79
Finanzmarkt-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (Drsn. 16/4028 und 16/4037)	07.03.2007	16	nein	
Gesetzentwurf zur Schaffung dt. Immobilien-AG mit börsennotierten Anteilen (Drsn. 16/4026 und 16/4036) sowie Antrag REITs in Deutschland nicht einführen (Drs. 16/4046)	28.02.2007	16	ja	80
Gesetzentwurf zur Änderung des KraftfahrzeugsteuerG (Drs. 16/4010) sowie FörderG für Dieselpartikelfilter baldmöglichst vorlegen (Drs. 16/946)	31.01.2007	16	ja	81
Unterrichtung Girokonto für jedermann (Drs. 16/2265), Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen (Drs. 16/731) sowie Recht auf Girokonto auf Guthabenbasis gesetzlich verankern (Drs. 16/818)	29.11.2006	16	nein	
Gesetzentwurf zum Entwurf eines 8. Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie zur Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes und anderer Vorschriften (Drs. 16/1937)	29.11.2006	16	nein	
Gesetzentwurf zur Einführung einer Biokraftstoffquote durch Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und zur Änderung energie- und stromsteuerrechtlicher Vorschriften (Drs. 16/2709)	18.10.2006	16	ja	82
Gesetzentwurf über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (Drs. 16/2710)	18.10.2006	16	ja	83
Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (Drs. 16/2498)	18.10.2006	16	nein	
Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2007 (Drs. 16/2712)	16.10.2006	16	ja	84

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislatur- periode	Steuer- bezug	ID
Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2007 (Drs. 16/1545) sowie Antrag Steueränderungsgesetz 2007 zurückziehen (Drs. 16/1501)	01.06.2006	16	ja	85
Gesetzentwurf zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzrichtlinie (Drs. 16/1335)	30.05.2006	16	nein	
Gesetzentwurf zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des StromsteuerG (Drs. 16/1172) sowie zum Antrag: Biokraftstoffe intelligent fördern - Steuerbegünstigungen erhalten (Drs. 16/583)	17.05.2006	16	ja	86
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2004/25/EG des Europaparlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote (Übernehmerrichtlinie-Umsetzungsgesetz) (Drs. 16/1003)	10.05.2006	16	nein	
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol und von Verbrauchsteuergesetzen (Drs. 16/913)	05.04.2006	16	ja	87
Entwurf eines Gesetzes zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen (Drs. 16/634) (Gesetzentwurf der Bundesregierung) und Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung steuerlicher Missbräuche und Umgehungen (Drs. 16/520)	08.03.2006	16	ja	88
Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung (Drs. 16/643)	08.03.2006	16	ja	89
Gesetzentwurf zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm (Drs. 16/105), Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen (Drs. 16/107) sowie Gesetzentwurf zur Abschaffung der Eigenheimzulage (Drs. 16/108)	08.12.2005	16	ja	90
Gesetzentwurf zur Verbesserung der Steuerlichen Standortbedingungen/Gesetzentwürfe zur Sicherung der Unternehmensnachfolge	15.06.2005	15	ja	91
Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes; Einfügung eines Artikels 1a (neu) Auflösung der Staatlichen Versicherung der DDR in Abwicklung	11.05.2005	15	nein	
Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes	11.05.2005	15	nein	
Gesetzentwurf zum Prospektrichtlinie-Umsetzungsgesetz	13.04.2005	15	nein	
Sitzung am 16. März 2005 mit Vertretern der Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD)	16.03.2005	15	ja	92
Gesetzentwurf zur Neuordnung des Pfandbriefrechts	26.01.2005	15	nein	
Stabilitäts- und Wachstumspakt - Den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken	19.01.2005	15	nein	
Konzept 21/Einführung einer neuen Einkommensteuer und Abschaffung der Gewerbesteuer	19.01.2005	15	ja	93
Fragen der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung	10.11.2004	15	ja	94
Gesetzentwurf zur Ergänzung des Entschädigungsgesetzes (Entschädigungsrechtsergänzungsgesetz)	09.11.2004	15	nein	
Gesetzentwurf zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften (Richtlinien-Umsetzungsgesetz - EURLU-UmsG)	29.09.2004	15	ja	95

Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung im Finanzausschuss des Bundestags	Datum	Legislaturperiode	Steuerbezug	ID
Gesetzentwurf zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und anderer Gesetze	09.09.2004	15	ja	96
Gesetzentwurf zur Verbesserung des Anlegerschutzes (Anlegerschutzverbesserungsgesetz - AnSVG)	16.06.2004	15	nein	
Zukunft des Maßgeblichkeitsprinzips und zu möglichen mittelbaren Auswirkungen der Fortentwicklung der internen Rechnungslegung auf das deutsche Steuerrecht mit Herrn Prof. Dr. Norbert Herzig, Universität Köln	26.05.2004	15	ja	97
Gesetzentwurf zur Änderung der Abgabenordnung	26.05.2004	15	ja	98
Frühjahrgutachten 2004 der Gemeinschaftsdiagnose: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004	05.05.2004	15	ja	99
Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums	28.04.2004	15	ja	100
Gesetzentwurf zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung	24.03.2004	15	ja	101
Gesetzentwurf zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz)	28.01.2004	15	ja	102
Gesetzentwurf zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen (Investmentmodernisierungsgesetz)	15.10.2003	15	ja	103
Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003)	13.10.2003	15	ja	104
Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung des Entschädigungsgesetzes und anderer Vorschriften (Entschädigungsrechtsänderungsgesetz)	08.10.2003	15	nein	
Gesetzentwürfe/Antrag zur Reform der Gewerbesteuer; Finanzkraft der Kommunen stärken u. Kommunale Finanzreform	30.09.2003	15	ja	105
Gesetzentwurf zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz	26.09.2003	15	ja	106
Gesetzentwurf zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze	24.09.2003	15	ja	107
Gesetzentwürfe/Antrag zur Förderung der Steuerehrlichkeit	22.09.2003	15	ja	108
Finanzplatz Deutschland	04.06.2003	15	ja	109
Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Förderbanken des Bundes	07.05.2003	15	nein	
Gesetzentwurf zur Förderung von Kleinunternehmen und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung (Kleinunternehmerförderungsgesetz)	09.04.2003	15	ja	110
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 2. April 2003 - Insolvenz für Staaten	02.04.2003	15	nein	
Gesetzentwurf zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz)	15.01.2003	15	ja	111
Gesetzentwurf zur Fortsetzung der ökologischen Steuerreform	12.11.2002	15	ja	112

Anmerkungen: Die Tabelle gibt einen Überblick über den steuerlichen Bezug der öffentlichen Anhörungssitzungen des Finanzausschusses im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017. Die Bezeichnung der öffentlichen Anhörungssitzung folgt dabei der Betitelung durch den Finanzausschuss.

Anhang 2: In die Untersuchungsstichprobe einbezogene Plenarprotokolle für die Wahrnehmungsuntersuchungen

Tabelle 52: In die Untersuchungsstichprobe einbezogene Plenarprotokolle für die Wahrnehmungsuntersuchungen

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
1	Entwurf	18/11493	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes	Regierung	18/225	18/237				
2	Entwurf	18/11555	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen	Regierung	18/225	18/234			958	
3	Entwurf	18/11233	Entwurf eines Gesetzes gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	Regierung	18/221	18/231		954	958	
4	Entwurf	18/11132	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz – StUmgBG) ⁶¹²	Regierung	18/218	18/231		953		
4	Antrag	18/2877	Für eine Bundessteuerverwaltung - Gleiche Grundsätze von Flensburg bis zum Bodensee	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN						
5	Entwurf	18/11235	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Verkehrsteueränderungsgesetzes	Regierung	18/222	18/226	18/226	954	956	
6	Entwurf	18/11234	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes	Regierung	18/221	18/231				
7	Entwurf	18/9958	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	Regierung	18/196	18/209				
8	Entwurf	18/9986	Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften	Regierung	18/196	18/206		950		

⁶¹² Abkürzungen, die sich auf die Bezeichnung des Steuergesetzentwurfs oder -antrags beziehen, werden im Abkürzungsverzeichnis nicht aufgeführt, da es sich häufig nicht um offizielle Abkürzungen handelt und sie im Haupttext der Dissertation nicht verwendet werden.

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
9	Entwurf	18/9536	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	Regierung	18/190	18/206			948	952
9	Antrag	18/2617	Mit Transparenz Steuervermeidung multinationaler Unternehmen eindämmen – Country-by-Country-Reporting einführen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18/54	18/206				
9	Antrag	18/9043	Steuerschuldpflichter schließen – Gewinnverlagerung durch Lizenzzahlungen einschränken	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		18/206				
10	Entwurf	18/9535	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen	Regierung	18/190	18/209	18/209		948	952
10	Antrag	18/7879	Betrug mit manipulierten Registrierkassen gesetzlich verhindern – Zeitgleich Abschreibungsregeln für geringwertige Wirtschaftsgüter verbessern	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		18/209				
10	Antrag	18/1968	Umsatzsteuerbetrug bekämpfen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18/63	18/209				
11	Entwurf	18/7872	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU-Forschungsförderungsgesetz)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18/162	18/193				
12	Entwurf	18/8828	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr	Regierung	18/179	18/190				
13			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion							
14	Entwurf	18/8045	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung (Investmentsteuerreformgesetz – InvStRefG)	Regierung	18/164	18/176				947
15	Entwurf	18/7736	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus	Regierung	18/162				943	
16	Entwurf	18/7457	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens	Regierung	18/159	18/170			941	
17	Entwurf	18/6679	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuereinbehalts in der Seeschifffahrt	Hamburg	18/143	18/152				

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
18	Entwurf	18/5920	Entwurf eines Gesetzes zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen und zur Änderung weiterer Gesetze	Regierung	18/124	18/136				
18	Entwurf	18/5919	Entwurf eines Gesetzes zu der mehrseitigen Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten	Regierung	18/124	18/136				
18	Antrag	18/2014	Die Abgeltungsteuer abschaffen – Kapitalerträge wie Löhne besteuern	DIE LINKE	18/57	18/136				
18	Antrag	18/6064	Abgeltungsteuer abschaffen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18/124	18/136				
18	Antrag	18/6065	Transparenz von Kapitaleinkommen stärken – Automatischen Austausch von Informationen über Kapitalerträge auch im Inland einführen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18/124	18/136				
19	Entwurf	18/5294	Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Zollverwaltung	Regierung	18/115	18/133				
20	Entwurf	18/5923	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	Regierung	18/125	18/180	18/180	936	947	949
21	Entwurf	18/4902	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung zum Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften	Regierung	18/106	18/124		933	937	
22	Entwurf	18/4649	Entwurf eines Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags	Regierung	18/100	18/112		933	935	
23	Entwurf	18/3991	Entwurf eines Zweiten Verkehrsteueränderungsgesetzes (Verkehr-StÄndG 2)	Regierung	18/88	18/98	18/98	930	933	
24	Entwurf	18/3017	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften	Regierung	18/63	18/73		927	929	

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
25	Entwurf	18/3018	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung	Regierung	18/63	18/73		927	929	
26	Entwurf	18/1529	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften	Regierung	18/39	18/46		923		
27	Entwurf	17/12603	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Investmentsteuergesetzes und anderer Gesetze an das AIFM-Umsetzungsgesetz (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz – AIFM-StAnpG)	Regierung	17/229	17/240		908		
28			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion							
29	Entwurf	17/11316	Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts (Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz – GemEntBG)	CDU/CSU; FDP	17/204	17/220				
29	Entwurf	17/11632	Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts (Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz – GemEntBG)	Regierung		17/220		904	907	
30	Entwurf	17/10818	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge (Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz – AltvVerbG)	CDU/CSU; FDP	17/199	17/219			907	910
30	Antrag	17/9194	Risiken der Riester-Rente offenlegen – Altersvorsorge von Finanzmärkten entkoppeln	DIE LINKE	17/184	17/219				
31	Entwurf	17/11314	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09	CDU/CSU; FDP	17/205	17/211			904	907
32	Antrag	17/8462	Dienstwagenprivileg abbauen und Besteuerung CO2-effizient ausrichten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17/156					
32	Antrag	17/9149	Wirksame Anreize für klimafreundlichere Firmenwagen	DIE LINKE						
33	Entwurf	17/10744	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes	Regierung	17/195	17/204		900	903	

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle						
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat			
					1.	2.	3.	1.	2.	3.	
34	Entwurf	17/10774	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts	CDU/CSU; FDP	17/195	17/201	17/217				906
34	Antrag	17/5525	Verlustverrechnung einschränken – Steuereinnahmen sicherstellen	DIE LINKE	17/140	17/201					
35	Entwurf	17/10744	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes	Regierung	17/195	17/204		900	903		
36	Entwurf	17/10753	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. November 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Liechtenstein zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	Regierung		17/201					
37	Entwurf	17/10039	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versicherungsteuergesetzes und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes (Verkehrsteueränderungsgesetz – VerkehrStÄndG)	Regierung	17/187	17/201		899			
38	Entwurf	17/10059	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. September 2011 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt in der Fassung vom 5. April 2012	Regierung	17/188	17/201	17/217	897	903	906	
39	Entwurf	17/10000	Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2013	Regierung	17/187	17/201 & 17/202	17/217	899	903	906	
40			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion								
41			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion								
42	Entwurf	17/8494	Entwurf eines Gesetzes zur Besteuerung von Sportwetten	Sachsen-Anhalt		17/187		891			
43	Entwurf	17/8683	Entwurf eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression	Regierung	17/163	17/172	17/217	892	896	906	
44	Entwurf	17/8235	Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes	Regierung		17/165		891			

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle						
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat			
					1.	2.	3.	1.	2.	3.	
45	Antrag	17/6086	Finanztransaktionssteuer in Europa einführen – Gesetzesinitiative jetzt vorlegen	SPD	17/114						
45	Antrag	17/7549	Unterrichtung über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen bzw. nicht überwiesenen Unionsdokumente	Europäische Kommission					890		
46	Entwurf	17/7020	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes	CDU/CSU; FDP	17/126	17/133					
47	Entwurf	17/6263	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Beitreibungsrichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Beitreibungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz – BeitrRLUmsG)	Regierung	17/117	17/136			884	890	
48	Antrag	17/6313	Effektive Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise	CDU/CSU; FDP	17/117	17/140					
48	Antrag	17/795	Finanzmärkte ökologisch, ethisch und sozial neu ausrichten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17/34						
49	Entwurf	17/6074	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden	CDU/CSU; FDP	17/114	17/117					
49	Entwurf	17/6251	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden	Regierung		17/117	17/117 & 17/127 & 17/217		884	885	906
50	Entwurf	17/5125	Entwurf eines Steuervereinfachungsgesetzes 2011	Regierung	17/100	17/114			881		886
51			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion								
52	Entwurf	17/4510	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW-IV-Umsetzungsgesetz – OGAW-IV-UmsG)	Regierung	17/87	17/103					

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
53	Entwurf	17/4182	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung (Schwarzgeldbekämpfungsgesetz)	CDU/CSU; FDP	17/81	17/96				882
53	Antrag	17/4670	Instrumente zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung nutzen und ausbauen	SPD		17/96				
53	Entwurf	17/4802	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung (Schwarzgeldbekämpfungsgesetz)	Regierung		17/96		879		
54	Entwurf	17/3025	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung von Verbrauchsteuergesetzen	Regierung		17/78				
55	Entwurf	17/2249	Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2010 (JStG 2010)	Regierung	17/51	17/68				877
55	Entwurf	17/255	Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Progressionsvorbehalts für Kurzarbeitergeld	DIE LINKE	17/19	17/68				
56	Entwurf	17/1411	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung (Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung)	SPD	17/37	17/96				
56	Antrag	17/1755	Steuerhinterziehung wirksam und zielgenau bekämpfen	CDU/CSU; FDP	17/44	17/96				
56	Antrag	17/1149	Den Kampf gegen Steuerhinterziehung nicht dem Zufall überlassen	DIE LINKE	17/35	17/96				
56	Antrag	17/1765	Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17/44	17/96				
57	Entwurf	17/1291	Entwurf eines Gesetzes über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen	Regierung	17/37	17/49		868		873
57	Antrag	17/452	Dem Vorbild Großbritanniens und Frankreichs folgen – Boni-Steuer für die Finanzbranche einführen	DIE LINKE	17/24	17/49				

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
57	Antrag	17/526	Maßnahmenbündel gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Boni	SPD	17/20	17/49				
57	Antrag	17/794	Gehaltsexzesse nicht länger auf Kosten der Allgemeinheit	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17/24	17/49				
58	Antrag	17/518	Finanztransaktionssteuer international vorantreiben und national einführen	DIE LINKE	17/20	17/50				
58	Antrag	17/527	Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen – Internationale Finanztransaktionssteuer einführen	SPD	17/20	17/50				
58	Antrag	17/471	Die Banken sollen für die Krise zahlen	DIE LINKE	17/22	17/50				
58	Antrag	17/1422	Finanzumsatzsteuer auf EU-Ebene einführen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		17/50				
59	Entwurf	17/506	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften	Regierung	17/19	17/28			866	868
60	Entwurf	17/15	Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (Wachstumsbeschleunigungsgesetz)	CDU/CSU; FDP	17/5	17/10	17/10 & 17/12 & 17/14			865
60	Antrag	17/16	Soziale Gerechtigkeit statt Klientelpolitik	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17/5	17/10				
61	Entwurf	16/12851	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes	CDU/CSU; SPD	16/219	16/228				
61	Antrag	16/11670	Agrardieselbesteuerung senken – Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft abbauen	FDP	16/205	16/228				
62	Entwurf	16/12852	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz)	CDU/CSU; SPD	16/220	16/231				
62	Entwurf	16/13106	Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz)	Regierung		16/231			858	860

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
63	Entwurf	16/12254	Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung)	Regierung	16/211	16/228			860	
63	Entwurf	16/12525	Entwurf eines Gesetzes zur Korrektur der Unternehmensteuerreform	FDP		18/228				
64	Antrag	16/11389	Steuerhinterziehung bekämpfen	CDU/CSU; SPD	16/196	16/220				
64	Antrag	16/11734	Steuervollzug effektiver machen	FDP		16/220				
64	Antrag	16/9836	Umstellung der Umsatzsteuer von der Soll- auf die Istbesteuerung	FDP		16/220				
64	Antrag	16/9479	Bundesverantwortung für den Steuervollzug wahrnehmen	DIE LINKE	16/183	16/220				
64	Antrag	16/9166	Steuermisbrauch wirksam bekämpfen – Vorhandene Steuerquellen erschließen	DIE LINKE	16/166	16/220				
64	Antrag	16/9168	Steuerhinterziehung bekämpfen – Steueroasen austrocknen	DIE LINKE	16/166	16/220				
64	Antrag	16/9421	Keine Hintertür für Steuerhinterzieher	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/166	16/220				
65	Entwurf	16/11340	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes	Regierung	16/202					
65	Antrag	16/11674	Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes	FDP	16/202					
66	Entwurf	16/11741	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108)	CDU/CSU; SPD	16/203	16/206			855	856
66	Entwurf	16/11742	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze	CDU/CSU; SPD	16/203	16/206			855	856
66	Antrag	16/8538	Klimaschutz im Verkehr - Kfz-Steuer schnellstmöglich auf CO2-Bezug umstellen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/164	16/206				

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
66	Entwurf	16/11740	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland	CDU/CSU; SPD	16/203	16/206			855	
67	Entwurf	16/10930	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“	CDU/CSU; SPD	16/188	16/193			852	
68	Entwurf	16/10809	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz – FamLeistG)	Regierung	16/187	16/193		850	852	853
69	Entwurf	16/10531	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung (Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz)	Regierung	16/183	16/200			854	
69	Antrag	16/9337	Mitarbeiterbeteiligung – Eigenverantwortliche Vorsorge stärken	FDP	16/183	16/200				
70	Entwurf	16/10188	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Steuerverfahrens (Steuerbürokratieabbaugesetz)	Regierung		16/187			847	
71	Entwurf	16/10189	Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2009 (JStG 2009)	Regierung	16/179	16/191			847	
72	Entwurf	16/8869	Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge (Eigenheimrentengesetz – EigRentG)	CDU/CSU; SPD	16/158	16/170				
72	Entwurf	16/9274	Entwurf eines Gesetzes zur verbesserten Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge (Eigenheimrentengesetz – EigRentG)	Regierung		16/170			846	
73	Entwurf	16/7918	Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts (Erbschaftsteuerreformgesetz – ErbStRG)	Regierung	16/143	16/190		841	852	
73	Entwurf	16/2087	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes	FDP	16/105					
73	Antrag	16/7765	Keine Steuererhöhung bei der Erbschaftsteuer – Gesetzentwurf zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts zurückziehen	FDP	16/140	16/219				
73	Antrag	16/3348	Den Reichtum umverteilen – für eine sozial gerechte Reform der Erbschaftsbesteuerung	DIE LINKE	16/76	16/219				

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
73	Antrag	16/8185	Eckpunkte für eine gerechte Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		16/219				
73	Entwurf	16/10309	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Steuerautonomie in den Ländern (Erbschaftsteuerreformgesetz)	FDP		16/219				
74	Entwurf	16/7077	Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes	Regierung	16/126	16/139		838		
74	Entwurf	16/7250	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes	Bayern		16/139				
74	Antrag	16/1886	Steuerberatung zukunftsfähig machen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/61	16/139				
75	Entwurf	16/6311	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (MoRaKG)	Regierung	16/115	16/173		836	846	
75	Antrag	16/4758	Innovationsfähigkeit des Standortes stärken – Wagniskapital fördern	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/94	16/173				
75	Entwurf	16/3229	Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG)	Baden-Württemberg; Brandenburg; Hamburg; Niedersachsen; Nordrhein-Westfalen; Sachsen; Sachsen-Anhalt	16/115	16/173		825		
76	Entwurf	16/6290	Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2008 (JStG 2008)	Regierung	16/115	16/123		836	839	
76	Antrag	16/6396	Steuerklasse V abschaffen – Lohnsteuerabzug neu ordnen	FDP		16/123				
76	Antrag	16/6374	Entfernungspauschale vollständig anerkennen – Verfassungsmäßigkeit und Steuergerechtigkeit herstellen	DIE LINKE	16/115	16/123				
76	Antrag	16/3023	Steuervereinfachung – Lohnsteuerklassen III, IV und V abschaffen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/115	16/123				

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
77	Entwurf	16/5200	Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements	Regierung	16/97	16/109		832	836	
77	Antrag	16/5410	Mehr Freiheit wagen – Zivilgesellschaft stärken	FDP		16/109				
77	Antrag	16/5245	Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements	DIE LINKE	16/97	16/109				
78; 79	Entwurf	16/4841	Entwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008	CDU/CSU; SPD	16/92	16/101				
79	Antrag	16/4857	Unternehmen leistungsgerecht besteuern – Einnahmen der öffentlichen Hand stärken	DIE LINKE	16/92	16/101				
79	Antrag	16/4855	Unternehmensteuerreform für Investitionen und Arbeitsplätze	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/92	16/101				
79	Antrag	16/5249	Unternehmen leistungsgerecht besteuern – Einnahmen der öffentlichen Hand stärken	DIE LINKE		16/101				
79	Entwurf	16/5377	Entwurf eines Unternehmensteuerreformgesetzes 2008	Regierung		16/101	16/101	833	835	
79	Antrag	16/4310	Verlässliche und aussagekräftige Datenbasis für die Ermittlung der Unternehmenssteuern erfassen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/82	16/101				
80	Entwurf	16/4026	Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen	Regierung	16/76	16/89				832
80	Antrag	16/4046	Neue Steuervergünstigungen und Gewinnverlagerungen in das Ausland verhindern – REITs in Deutschland nicht einführen	DIE LINKE	16/76	16/89				
81	Entwurf	16/4010	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes	Regierung	16/76	16/82		829	831	
81	Antrag	16/946	Fördergesetz für Dieselpartikelfilter baldmöglichst vorlegen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/35	16/82				

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle						
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat			
					1.	2.	3.	1.	2.	3.	
82	Entwurf	16/2709	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Biokraftstoffquote durch Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und zur Änderung energie- und stromsteuerrechtlicher Vorschriften (Biokraftstoffquotengesetz – BioKraftQuG)	Regierung	16/54	16/60			826		
83	Entwurf	16/2710	Entwurf eines Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG)	Regierung	16/54	16/63					
84	Entwurf	16/2712	Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2007 (JStG 2007)	Regierung	16/54	16/63			826		
85	Entwurf	16/1545	Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2007	CDU/CSU; SPD	16/36 & 16/37	16/43					
85	Antrag	16/1501	Steueränderungsgesetz 2007 zurückziehen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/36 & 16/37	16/43					
85	Entwurf	16/1859	Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2007	Regierung		16/43			823		
85	Antrag	16/1654	Keine weiteren Steuererhöhungen	FDP	16/37	16/43					
86	Entwurf	16/1172	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes	Regierung	16/32	16/43			821		
86	Antrag	16/583	Biokraftstoffe intelligent fördern – Steuerbegünstigung erhalten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16/19	16/43					
87	Entwurf	16/913	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol und von Verbrauchsteuergesetzen	Regierung	16/25	16/36					
88	Entwurf	16/634	Entwurf eines Gesetzes zur Eindämmung missbräuchlicher Steuer- gestaltungen	Regierung	16/19	16/26				821	
88	Entwurf	16/520	Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung steuerlicher Missbräuche und Umgehungen	Hessen	16/19						
89	Entwurf	16/643	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung	CDU/CSU; SPD	16/19	16/26					

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
89	Entwurf	16/753	Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung	Regierung		16/26				
90	Entwurf	16/108	Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Eigenheimzulage	CDU/CSU; SPD	16/5	16/8 & 16/10			818	
90	Entwurf	16/107	Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen	CDU/CSU; SPD	16/5	16/8 & 16/10			818	
90	Entwurf	16/105	Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm	CDU/CSU; SPD	16/5	16/8 & 16/10			818	
91	Entwurf	15/5554	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Standortbedingungen	Regierung	15/178				811	
91	Entwurf	15/5555	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Unternehmensnachfolge	Regierung	15/178				811	
91	Entwurf	15/5448	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Unternehmensnachfolge	CDU/CSU	15/176					
91	Entwurf	15/5604	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Unternehmensnachfolge	Bayern					811	
92			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion							
93	Antrag	15/2745	Ein modernes Steuerrecht für Deutschland – Konzept 21	CDU/CSU	15/105	15/173				
93	Entwurf	15/2349	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer neuen Einkommensteuer und zur Abschaffung der Gewerbesteuer	FDP	15/91					
94			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion							
95	Entwurf	15/3677	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften	Regierung		15/135				
96	Entwurf	15/3418	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und anderer Gesetze	Regierung	15/118	15/133				
97			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion							

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle						
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat			
					1.	2.	3.	1.	2.	3.	
98	Entwurf	15/904	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung	Baden-Württemberg; Bayern; Hamburg; Hessen; Rheinland-Pfalz; Saarland		15/115					
99			Keine Plenarprotokolle verfügbar, da Diskussion								
100	Entwurf	15/2587	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/97	15/108			800	802	
100	Antrag	15/2646	Verbesserung der Maßnahmen zum Schutze der Kinder und Jugendlichen vor Alkoholsucht	CDU/CSU	15/97	15/108					
100	Antrag	15/2619	Besserer Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch von Alcopops und anderen alkoholischen Ready-To-Drink-Getränken	FDP	15/97	15/108					
101	Entwurf	15/2573	Entwurf eines Gesetzes zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/95	15/108					
101	Entwurf	15/2948	Entwurf eines Gesetzes zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung	Regierung		15/108	15/108	798	800	802	
102	Entwurf	15/2150	Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz – AltEinkG)	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/83	15/105					
102	Entwurf	15/2563	Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz – AltEinkG)	Regierung		15/105		796	799	800	
103	Entwurf	15/1553	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Investmentwesens und zur Besteuerung von Investmentvermögen (Investmentmodernisierungsgesetz)	Regierung		15/73					
104	Entwurf	15/1562	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003 – StÄndG 2003)	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/64	15/73					
104	Entwurf	15/1621	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2003 – StÄndG 2003)	Regierung		15/73					

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
105	Entwurf	15/1517	Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer	Regierung	15/58	15/67	15/67 & 15/71	791	793	795
105	Antrag	15/1217	Finanzkraft der Kommunen stärken – Kommunale Selbstverwaltung sichern	CDU/CSU	15/57	15/67				
105	Entwurf	15/1247	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Kommunale Finanzreform)	FDP	15/57	15/67				
105	Entwurf	15/1470	Entwurf eines Soforthilfegesetzes für die Gemeinden (SofortHiG)	Bayern; Hamburg; Niedersachsen	15/58	15/67		788 / 789		
105	Antrag	15/1321	Eckpunkte für eine umfassende Gemeindefinanzreform	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/57					
106	Entwurf	15/1518	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz	Regierung	15/58	15/67		791	793	795
107	Entwurf	15/1313	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes und anderer Verbrauchsteuergesetze	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		15/67			793	795
108	Entwurf	15/1309	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/56	15/67				
108	Entwurf	15/470	Entwurf eines Gesetzes zur vereinfachten Nachversteuerung als Brücke in die Steuerehrlichkeit	FDP	15/56	15/67				
108	Antrag	15/217	Zinsabgeltungsteuer einführen – Fluchtkapital zurückholen	FDP	15/20	15/67				
108	Entwurf	15/1521	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit	Regierung		15/67		791	793	795
109	Antrag	15/930	Finanzplatz Deutschland weiter fördern	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/43	15/73				
109	Antrag	15/748	Förderung des Finanzplatzes Deutschland	CDU/CSU	15/43	15/73				
109	Antrag	15/369	Finanzplatz Frankfurt stärken	FDP		15/73				

ID	Art	Druck- sache	Bezeichnung des steuerlichen Gesetzentwurfs oder Antrags	Initiator	Einbezogene Plenarprotokolle					
					Beratungen im Bundestag			Beratungen im Bundesrat		
					1.	2.	3.	1.	2.	3.
110	Entwurf	15/537	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung (Kleinunternehmerförderungsgesetz)	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/31	15/49				
110	Entwurf	15/900	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kleinunternehmern und zur Verbesserung der Unternehmensfinanzierung (Kleinunternehmerförderungsgesetz)	Regierung		15/49		787		790
111	Entwurf	15/119	Entwurf eines Gesetzes zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz – StVer-gAbG)	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/12	15/29				
111	Entwurf	15/287	Entwurf eines Gesetzes zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungsabbaugesetz – StVer-gAbG)	Regierung		15/29	15/29 & 15/41	784	786	787
111	Antrag	15/33	Eigenheimerwerb nicht erschweren – weitere Belastungen für Beschäftigte und Betriebe der Bauwirtschaft und für Familien vermeiden	FDP	15/19	15/29				
112	Entwurf	15/21	Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform	SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15/8	15/10			783	784

Anmerkungen: Die Tabelle gibt einen Überblick über die in die Wahrnehmungsuntersuchungen einbezogenen Plenarprotokolle aus dem Bundestag und Bundesrat im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017. Die ID gibt die in Anhang 1 Tabelle 51 zugeordnete öffentliche Anhörungssitzung zum steuerlichen Gesetzentwurf an.

Anhang 3: Kategorisierung der Stellungnahmen

Tabelle 53: Kategorisierung der Stellungnahmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1	1	Arepo Consult	Finanzausschuss	Berater
2	1	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ⁶¹³ und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
3	1	Prof. Dr. Roland Ismer, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg	Finanzausschuss	andere Interessen
4	1	Prof. Dr. Andreas Löschel, Westfälische Wilhelms-Universität Münster	Finanzausschuss	andere Interessen
5	1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Finanzausschuss	Mittelstand
6	1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
7	1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
8	1	Zukunft ERDGAS e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
9	1	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
10	1	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
11	1	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
12	1	Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e. V. (B.KWK), Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF), Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e. V. (eaD) und Verband für Wärmelieferung e. V. (VfW)	Bundesfinanzministerium	nicht kategorisierbar
13	1	Gemeinsamer Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V. (AGFW), Verband für Wärmelieferung e. V. (VfW) und des Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e. V. (B.KWK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
14	1	Bundesverband Erneuerbare Energie e. V. (BEE)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
15	1	Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
16	1	Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. (UNITI)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
17	1	Bundesverband der Energie-Abnehmer e. V. (VEA)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
18	1	Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V. (VIK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
19	1	ARGEnergie e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen

⁶¹³ Abkürzungen, die sich auf den Namen des/der Stellungnehmenden beziehen, werden im Abkürzungsverzeichnis nicht aufgeführt, da sie im Haupttext dieser Dissertationsschrift nicht verwendet werden.

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
20	1	Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
21	1	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
22	1	Groupement Européen des entreprises et Organismes de Distribution d'Energie (GEODE)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
23	1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
24	1	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
25	1	Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung e. V. (WEG)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
26	1	Wirtschaftsvereinigung Metalle e. V. (WVMETALLE)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
27	1	Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe e. V. (ZDS)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
28	1	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
29	1	Bundesverband Deutscher Sonderabfallverbrennungsanlagen e. V. (BDSAV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
30	1	Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
31	1	Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
32	1	Arbeitsgemeinschaft der Wasserwirtschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen (agw)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
33	1	Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V. (BVE)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
34	1	Deutscher Raiffeisenverband e. V. (DRV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
35	1	Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
36	1	Fachverband Biogas e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
37	1	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
38	1	Verband Deutscher Papierfabriken e. V. (VDP)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
39	1	Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
40	1	Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e. V. (DeSH)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
41	1	Bundesverband Solarwirtschaft e. V. (BSW)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
42	1	Dr. Hartwig von Bredow, Rechtsanwalt	Bundesfinanzministerium	Berater
43	1	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
44	1	Verband Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen e. V. (DWV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
45	1	Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e. V. (ZVEI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
46	1	Landesverband Erneuerbare Energien NRW e. V. (LEENRW)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
47	1	Bundesverband Energiespeicher e. V. (BVES)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
48	1	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
49	1	Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e. V. (AöW)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
50	1	Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE), des ITAD - Interessengemeinschaft der Thermischen Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e. V. und Geschäftsstelle ASA e. V. im Hause der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
51	1	Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie e. V. (BDH)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
52	1	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Bundesfinanzministerium	Berater
53	1	Karl Stengle GmbH & Co. KG	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
54	1	Milchindustrie-Verband e. V. (MIV)	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
55	1	Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie e. V. (VHI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
56	1	Wirtschaftsvereinigung Stahl	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
57	1	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e. V. (ADV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
58	1	Zentralverband des Tankstellengewerbes e. V. (ZTG)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
59	1	Becker Büttner Held	Bundesfinanzministerium	Berater
60	1	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
61	1	Deutsches Verkehrsforum e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
62	1	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
63	1	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
64	1	Deutscher Verband Flüssiggas e. V. (DVFG)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
65	1	Propan Rheingas GmbH & Co. KG	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
66	1	Bündnis Bürgerenergie e. V. (BBEn)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
67	1	BürgerEnergie Berlin eG	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
68	1	Bundesverband Bioenergie e. V. und des Fachverband Holzenergie im Bundesverband BioEnergie e. V. (BBE)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
69	1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
70	1	Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e. V. (BGL)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
71	1	GAZPROM Germania GmbH	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
72	1	Uniper SE	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
73	1	Verkehr und Wasser GmbH (VWG)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
74	1	Zukunft ERDGAS e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
75	2	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	Finanzausschuss	andere Interessen
76	2	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
77	2	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
78	2	Cash Payment Solutions GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
79	2	Deutscher Lotto- und Totoblock (DLTB)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
80	2	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
81	2	Andreas Frank	Finanzausschuss	Berater
82	2	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
83	2	Prof. Dr. Gregor Kirchhof, LL. M., Universität Augsburg	Finanzausschuss	andere Interessen
84	2	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
85	2	Prepaid Verband Deutschland e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
86	2	Transparency International Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
87	2	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
88	2	Bankenfachverband e. V.	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
89	2	BB Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	Bundesfinanzministerium	Berater
90	2	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
91	2	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
92	2	Immobilienverband Deutschland Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen e. V. (IVD)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
93	2	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
94	2	Verband Deutscher Versicherungsmakler e. V. (VDVM)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
95	2	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
96	2	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
97	2	Deutscher Factoring-Verband e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
98	2	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
99	2	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
100	2	Deutscher Lottoverband e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
101	2	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
102	2	Die Deutsche Automatenwirtschaft e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
103	2	Beiten Burkhardt Rechtsanwalts mbH	Bundesfinanzministerium	Berater
104	2	Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e. V. (BDIU)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
105	2	bitkom e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
106	2	Bayerische Motoren Werke AG (BMW)	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
107	2	Bundesnotarkammer	Bundesfinanzministerium	Berater

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
108	2	Bundesverband deutscher Spielbanken e. V. (BupriS) und Deutscher Spielbankenverband e. V. (DSbV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
109	2	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
110	2	Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e. V. (BVK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
111	2	Verband der Vereine Creditreform e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
112	2	Deutsche Fernsehlotterie	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
113	2	Lotto Hamburg GmbH	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
114	2	Deutscher Verband für Telekommunikation und Medien e. V. (DVTM)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
115	2	European Gaming & Betting Association (EGBA)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
116	2	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
117	2	Electronic Money Association e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
118	2	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
119	2	Fachverband Glücksspielsucht e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
120	2	Die Familienunternehmer	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
121	2	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
122	2	Gemeinsame Klassenlotterie der Länder (GKL)	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
123	2	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater
124	2	KfW	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
125	2	Open Knowledge Foundation Deutschland e. V. (OKF)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
126	2	Schwarz Dienstleistungs KG	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
127	2	Verband der Privaten Bausparkassen e. V. und Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Abteilung im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
128	2	Bundesverband Deutsche Startups e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
129	2	Prepaid Verband Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
130	2	Grenke Bank AG, Cash Payment Solutions GmbH und REWE Digital GmbH	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
131	2	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
132	2	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
133	2	Verband Deutscher Bürgschaftsbanken e. V. (VDB)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
134	2	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
135	2	Wirtschaftsprüferkammer (WPK)	Bundesfinanzministerium	Berater
136	2	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
137	2	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
138	3	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
139	3	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
140	3	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
141	3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
142	3	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
143	3	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
144	3	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen
145	3	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
146	3	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
147	3	Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	Finanzausschuss	andere Interessen
148	3	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Finanzausschuss	Großunternehmen
149	3	Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e. V. (VID)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
150	3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
151	3	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
152	3	bitkom e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
153	3	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
154	3	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
155	3	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater
156	4	Bankenfachverband e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
157	4	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
158	4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
159	4	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
160	4	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
161	4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
162	4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
163	4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
164	4	Bundeszentralamt für Steuern	Finanzausschuss	andere Interessen
165	4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
166	4	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
167	4	Sechs Spitzenverbände der Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
168	4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
169	4	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
170	4	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
171	4	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
172	4	Bundesnotarkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
173	4	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
174	4	dbb beamtenbund und tarifunion	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
175	4	Deutsche Bank AG	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
176	4	Deutscher Anwaltverein e. V.	Bundesfinanzministerium	Berater
177	4	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Bundesfinanzministerium	Berater
178	4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
179	4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
180	4	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
181	4	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
182	5	Auto Club Europa e. V. (ACE)	Finanzausschuss	andere Interessen
183	5	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
184	5	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
185	5	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
186	5	Prof. Dr. Christian Hillgruber, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	Finanzausschuss	andere Interessen
187	5	Prof. Dr. Friedemann Kainer, Universität Mannheim	Finanzausschuss	andere Interessen
188	5	Ralf Ratzenberger, Verkehrswissenschaftler	Finanzausschuss	andere Interessen
189	5	Pro Mobilität	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
190	5	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
191	5	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
192	6	Auto Club Europa e. V. (ACE)	Finanzausschuss	andere Interessen
193	6	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
194	6	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
195	6	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
196	6	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
197	6	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
198	6	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	Finanzausschuss	andere Interessen
199	6	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
200	6	Auto Club Europa e. V. (ACE)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
201	6	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
202	6	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
203	6	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
204	6	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
205	6	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
206	6	Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
207	7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
208	7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
209	7	Deutscher Landkreistag e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
210	7	Generalzolldirektion	Finanzausschuss	andere Interessen
211	7	IG Bauen-Agrar-Umwelt	Finanzausschuss	andere Interessen
212	7	dbb beamtenbund und tarifunion	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
213	7	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
214	7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
215	7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
216	7	Deutsche Städtetag	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
217	8	BIO Deutschland e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
218	8	bitkom e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
219	8	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
220	8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
221	8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
222	8	Deutsche Städtetag	Finanzausschuss	andere Interessen
223	8	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	Finanzausschuss	andere Interessen
224	8	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
225	8	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
226	8	Finanzministerium Baden-Württemberg	Finanzausschuss	andere Interessen
227	8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
228	8	BIO Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
229	8	bitkom e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
230	8	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
231	8	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
232	8	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
233	8	Deutsche Städtetag	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
234	8	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
235	8	Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
236	9	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
237	9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
238	9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
239	9	Hessisches Ministerium der Finanzen	Finanzausschuss	andere Interessen
240	9	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	Finanzausschuss	andere Interessen
241	9	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
242	9	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
243	9	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
244	9	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
245	9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
246	9	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Finanzausschuss	Großunternehmen
247	9	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
248	9	Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
249	9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
250	9	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
251	9	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
252	9	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
253	9	Der Mittelstandsverbund - ZGV e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
254	9	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
255	9	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater
256	10	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Finanzausschuss	andere Interessen
257	10	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
258	10	Deutscher Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
259	10	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	Finanzausschuss	andere Interessen
260	10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
261	10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
262	10	Oberfinanzdirektion Niedersachsen	Finanzausschuss	andere Interessen
263	10	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
264	10	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen
265	10	Finanzamt Münster	Finanzausschuss	andere Interessen
266	10	VECTRON Systems AG	Finanzausschuss	Mittelstand
267	10	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg	Finanzausschuss	andere Interessen
268	10	Sechs Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft, bestehend aus Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA), Handelsverband Deutschland e. V. (HDE) und Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
269	10	Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V. (ABDA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
270	10	Bundesverband Deutscher Apotheken-Softwarehäuser e. V. (ADAS)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
271	10	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
272	10	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
273	10	Bundesverband der Systemgastronomie e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
274	10	Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
275	10	Bundesverband Schnellgastronomie und Imbissbetriebe e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
276	10	Deutscher Taxi- und Mietwagenverband e. V. (BZP)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
277	10	Der Mittelstandsverbund - ZGV e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
278	10	Deutscher Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
279	10	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
280	10	Deutscher Konditorenbund	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
281	10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Bundesfinanzministerium	Berater
282	10	Deutschsprachigen SAP-Anwendergruppe e. V. (DSAG)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
283	10	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
284	10	Optimum Steuerberatungsgesellschaft mbH	Bundesfinanzministerium	Berater
285	10	Verband Automaten-Fachaufsteller e. V. (VAFA)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
286	10	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
287	10	VELODATA GmbH	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
288	10	Wincor Nixdorf International GmbH	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
289	10	Wirtschaftsprüferkammer (WPK)	Bundesfinanzministerium	Berater
290	10	Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
291	10	Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
292	11	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
293	11	bitkom e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
294	11	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
295	11	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
296	11	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
297	11	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Finanzausschuss	Mittelstand
298	12	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
299	12	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
300	12	IG Metall Baden-Württemberg	Finanzausschuss	andere Interessen
301	12	NABU Naturschutzbund Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
302	12	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
303	12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
304	13	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
305	13	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik	Finanzausschuss	andere Interessen
306	13	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
307	13	Richard Murphy, Tax Research LLP	Finanzausschuss	andere Interessen
308	13	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
309	13	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
310	13	Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	Finanzausschuss	andere Interessen
311	14	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	Finanzausschuss	andere Interessen
312	14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
313	14	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
314	14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
315	14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
316	14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
317	14	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
318	14	Allen & Overy LLP	Finanzausschuss	Berater
319	14	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
320	14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
321	14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
322	14	Arbeitsgemeinschaft betrieblicher Altersversorgung e. V. (aba), Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV) und Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
323	14	Association of the Luxembourg fund industry (ALFI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
324	14	BIO Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
325	14	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
326	14	Bundesverband Alternative Investments e. V. (BAI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
327	14	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
328	14	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
329	14	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
330	14	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
331	14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
332	14	Deutscher Derivate Verband e. V. (DDV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
333	14	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
334	14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
335	14	Die Familienunternehmer und Die Jungen Unternehmer	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
336	14	Deutsches Stiftungszentrum GmbH (DSZ)	Bundesfinanzministerium	Berater
337	14	Börse Berlin, Düsseldorf, München, Hamburg, Hannover und Stuttgart, der Deutschen Börse AG, der TradeGate Exchange und des Bundesverband der Wertpapierfirmen an den deutschen Börsen e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
338	14	Deutsche Börse AG	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
339	14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater
340	14	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
341	14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
342	14	Wirtschaftsprüferkammer (WPK)	Bundesfinanzministerium	Berater
343	14	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
344	15	UTB Projektmanagement und Verwaltungsgesellschaft mbH	Finanzausschuss	Mittelstand
345	15	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
346	15	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Finanzausschuss	Mittelstand
347	15	Dachverband Deutscher Immobilienverwalter e. V. (DDIV)	Finanzausschuss	Mittelstand
348	15	Deutsche Städtetag	Finanzausschuss	andere Interessen
349	15	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
350	15	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
351	15	KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH	Finanzausschuss	Berater
352	15	Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. (BBU)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
353	15	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
354	16	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
355	16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
356	16	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen
357	16	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
358	16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL), Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV) und Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
359	16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
360	16	Chaos Computer Club e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
361	16	DATEV eG	Finanzausschuss	Großunternehmen
362	16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
363	16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
364	16	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Finanzausschuss	andere Interessen
365	16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
366	16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
367	16	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
368	16	Sechs Spitzenverbände der Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
369	16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
370	16	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
371	16	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
372	16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
373	16	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
374	16	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
375	16	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
376	16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
377	16	Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
378	16	dbb beamtenbund und tarifunion	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
379	16	Deutsche Rentenversicherung Bund	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
380	16	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
381	16	Deutscher Richterbund, Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte e. V. (DRB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
382	16	Deutsche Städtetag	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
383	16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Bundesfinanzministerium	Berater
384	16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
385	16	Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e. V.	Bundesfinanzministerium	Berater
386	16	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater
387	16	Landwirtschaftlicher Buchführungsverband	Bundesfinanzministerium	Berater
388	16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (NVL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
389	16	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
390	16	Wirtschaftsprüferkammer (WPK)	Bundesfinanzministerium	Berater
391	17	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	Finanzausschuss	andere Interessen
392	17	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
393	17	Berufsbildungsstätte Seeschifffahrt e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
394	17	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	Finanzausschuss	andere Interessen
395	17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Finanzausschuss	Mittelstand
396	18	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	Finanzausschuss	andere Interessen
397	18	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
398	18	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
399	18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
400	18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
401	18	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
402	18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
403	18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
404	18	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
405	18	Bundesnotarkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
406	18	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
407	18	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
408	18	dbb beamtenbund und tarifunion	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
409	18	Deutsche Rentenversicherung Bund	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
410	18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
411	18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
412	18	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
413	18	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
414	18	Verband der Privaten Bausparkassen e. V. und Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Abteilung im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
415	19	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
416	19	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
417	19	Gewerkschaft der Polizei	Finanzausschuss	andere Interessen
418	19	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
419	19	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
420	19	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
421	20	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
422	20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
423	20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
424	20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
425	20	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
426	20	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
427	20	Dr. Carsten Kühl, Minister a. D.	Finanzausschuss	andere Interessen
428	20	UnternehmensGrün	Finanzausschuss	Mittelstand
429	20	Stiftung Familienunternehmen	Finanzausschuss	Mittelstand
430	20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
431	20	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
432	20	Sechs Spitzenverbände der Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
433	20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
434	20	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
435	20	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
436	20	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
437	20	Bundesnotarkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
438	20	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
439	20	Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
440	20	Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e. V. (BGL)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
441	20	Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (GaLaBau)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
442	20	Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V. (BDSV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
443	20	dbb beamtenbund und tarifunion	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
444	20	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
445	20	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Bundesfinanzministerium	Berater
446	20	Deutscher Anwaltverein e. V.	Bundesfinanzministerium	Berater
447	20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
448	20	Die Familienunternehmer	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
449	20	Deutscher Speditions- und Logistikverband e. V. (DSLTV)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
450	20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
451	20	Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e. V.	Bundesfinanzministerium	Berater
452	20	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater
453	20	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
454	20	Prof. Dr. Georg Loritz	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
455	20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
456	20	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
457	20	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
458	20	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
459	20	Wirtschaftsrat der CDU e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
460	20	Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
461	20	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
462	21	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
463	21	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
464	21	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
465	21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
466	21	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
467	21	Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag e. V., Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V., Kultusministerkonferenz, Verband der Universitätsklinika Deutschlands e. V. (VUD), Verband Kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) und Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
468	21	Prof. Dr. Markus Diller, Universität Passau	Finanzausschuss	andere Interessen
469	21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
470	21	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	Finanzausschuss	andere Interessen
471	21	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
472	21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
473	21	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
474	21	Verband der Universitätsklinika Deutschlands e. V. (VUD) und Medizinische Fakultätentag der Bundesrepublik Deutschland e. V. (MFT)	Finanzausschuss	andere Interessen
475	21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
476	21	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
477	21	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
478	21	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
479	21	Aurubis AG	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
480	21	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
481	21	Bundesnotarkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
482	21	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
483	21	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
484	21	Deutscher Anwaltverein e. V.	Bundesfinanzministerium	Berater
485	21	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V. und des Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
486	21	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
487	21	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
488	21	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
489	22	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
490	22	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
491	22	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
492	22	Deutscher Familienverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
493	22	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
494	22	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
495	22	Familienbund der Katholiken e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
496	22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
497	22	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
498	22	Prof. Dr. iur Anne Lenze, Hochschule Darmstadt	Finanzausschuss	andere Interessen
499	22	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
500	22	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
501	22	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	Finanzausschuss	andere Interessen
502	22	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen
503	22	Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
504	22	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
505	22	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
506	22	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
507	22	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
508	22	Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
509	22	dbb beamtenbund und tarifunion	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
510	22	Deutscher Caritasverband e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
511	22	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
512	22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
513	22	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
514	22	Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
515	22	Familienbund der Katholiken e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
516	22	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO), Evangelische Arbeitsgemeinschaft Familie e. V. (eaf), Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb), Familienbund der Katholiken e. V., Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e. V., Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V., Deutsches Kinderhilfswerk e. V. und Zukunftsforum Familie e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
517	22	Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Katholisches Büro in Berlin	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
518	22	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
519	22	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
520	22	Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
521	22	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
522	23	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
523	23	Gemeingut in Bürgerinnenhand e. V. (GIB)	Finanzausschuss	andere Interessen
524	23	Prof. Dr. Christian Hillgruber, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	Finanzausschuss	andere Interessen
525	23	Prof. Dr. Friedemann Kainer, Universität Mannheim	Finanzausschuss	andere Interessen
526	23	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	Finanzausschuss	andere Interessen
527	23	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
528	23	Deutsche Städtetag	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
529	23	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
530	23	Deutscher Speditions- und Logistikverband e. V. (DSLTV)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
531	23	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
532	23	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
533	24	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
534	24	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
535	24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
536	24	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
537	24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
538	24	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
539	24	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	Finanzausschuss	andere Interessen
540	24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
541	24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
542	24	Thyssen Krupp AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
543	24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
544	24	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
545	24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
546	24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
547	24	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
548	24	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
549	24	Bayerischen Waldbesitzer Verband e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
550	24	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
551	24	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
552	24	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
553	24	dbb beamtenbund und tarifunion	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
554	24	Der Mittelstandsverbund - ZGV e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
555	24	Deutsche Rentenversicherung Bund	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
556	24	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Bundesfinanzministerium	Berater
557	24	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
558	24	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V. und des Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
559	24	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater
560	24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (NVL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
561	24	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Bundesfinanzministerium	Großunternehmen
562	24	Verband der privaten Krankenversicherer e. V. (PKV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
563	24	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
564	25	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
565	25	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
566	25	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
567	25	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
568	25	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
569	25	Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz	Finanzausschuss	andere Interessen
570	25	Volkswagen AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
571	25	Stiftung Familienunternehmen	Finanzausschuss	Mittelstand
572	25	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
573	25	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
574	25	Sechs Spitzenverbände der Kreditwirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
575	25	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
576	25	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
577	25	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
578	25	Bund der Versicherten e. V.	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
579	25	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Bundesfinanzministerium	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
580	25	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
581	25	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
582	25	Bundesverband der Steuerberater e. V.	Bundesfinanzministerium	Berater
583	25	dbb beamtenbund und tarifunion	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
584	25	Deutscher Anwaltverein e. V.	Bundesfinanzministerium	Berater
585	25	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Bundesfinanzministerium	Berater
586	25	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Bundesfinanzministerium	Berater
587	25	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
588	26	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
589	26	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	Finanzausschuss	andere Interessen
590	26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
591	26	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
592	26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
593	26	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
594	26	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
595	26	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
596	26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
597	26	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
598	26	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
599	26	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
600	26	bitkom e. V.	Bundesfinanzministerium	Mittelstand
601	26	Bundessteuerberaterkammer	Bundesfinanzministerium	Berater
602	26	Bundesverband ambulanter medizinischer Rehabilitationszentren e. V. (BamR)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
603	26	Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e. V. (BBB)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
604	26	Bundesverband Deutscher Privatkliniken e. V. (BDPK)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
605	26	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
606	26	Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V.	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
607	26	Deutsche Rentenversicherung Bund	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
608	26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
609	26	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Bundesfinanzministerium	andere Interessen
610	26	Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e. V. (VATM)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
611	26	Verband der privaten Krankenversicherer e. V. (PKV)	Bundesfinanzministerium	allgemeine Unternehmen
612	27	Association of the Luxembourg fund industry (ALFI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
613	27	Prof. Dr. Swen Oliver Bäuml , Fachhochschule Mainz	Finanzausschuss	andere Interessen
614	27	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
615	27	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
616	27	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
617	27	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
618	27	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
619	27	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
620	27	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
621	27	Hengeler Mueller	Finanzausschuss	Berater
622	27	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
623	28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
624	28	Starbucks Coffee Deutschland GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
625	28	EU-Generaldirektion Steuern- und Zollunion - TAXUD	Finanzausschuss	andere Interessen
626	29	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
627	29	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
628	29	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
629	29	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
630	29	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
631	29	Deutscher Caritasverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
632	29	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
633	29	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
634	29	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
635	29	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	Finanzausschuss	andere Interessen
636	29	Prof. Dr. Rainer Hüttemann	Finanzausschuss	andere Interessen
637	29	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
638	29	Transparency International Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
639	29	Prof. Dr. Birgit Weitemeyer, Bucerius Law School	Finanzausschuss	andere Interessen
640	29	Deutscher Kulturrat e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
641	30	Bundesverband Finanzdienstleistungen e. V. (AfW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
642	30	Bund der Versicherten e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
643	30	Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V. (BDV)	Finanzausschuss	Berater
644	30	Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e. V. (BVK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
645	30	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
646	30	Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg	Finanzausschuss	andere Interessen
647	30	Deutsche Rentenversicherung Bund	Finanzausschuss	andere Interessen
648	30	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
649	30	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
650	30	Stiftung Warentest	Finanzausschuss	andere Interessen
651	30	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
652	30	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
653	30	Prof. Dr. Udo Reifner	Finanzausschuss	andere Interessen
654	30	Arne Leifels, Universität Freiburg	Finanzausschuss	andere Interessen
655	30	Morgen & Morgen GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
656	30	Prof. Dr. Gustav Horn	Finanzausschuss	andere Interessen
657	30	Institut für Finanz- und Aktuarwissenschaften (ifa)	Finanzausschuss	Berater
658	30	Verband der Privaten Bausparkassen e. V. und Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Abteilung im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
659	30	Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
660	31	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
661	31	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
662	31	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
663	31	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
664	31	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
665	31	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
666	31	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
667	31	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
668	31	HLB Deutschland GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
669	31	Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	Finanzausschuss	andere Interessen
670	31	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
671	32	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
672	32	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
673	32	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	Finanzausschuss	andere Interessen
674	32	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
675	32	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	Finanzausschuss	andere Interessen
676	33	Air Berlin	Finanzausschuss	Großunternehmen
677	33	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
678	33	Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
679	33	Deutsche Lufthansa	Finanzausschuss	Großunternehmen
680	33	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
681	33	Prof. Dr. Friedrich Thießen, Technische Universität Chemnitz	Finanzausschuss	andere Interessen
682	33	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	Finanzausschuss	andere Interessen
683	33	WWF Deutschland	Finanzausschuss	andere Interessen
684	34	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
685	34	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
686	34	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
687	34	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
688	34	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
689	34	Prof. Dr. jur. Oliver Fehrenbacher, Universität Konstanz	Finanzausschuss	andere Interessen
690	34	HLB Deutschland GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
691	34	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
692	34	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
693	34	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
694	35	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
695	35	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
696	35	Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
697	35	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
698	35	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
699	35	Energieintensive Industrien in Deutschland	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
700	35	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
701	35	Arepo Consult	Finanzausschuss	Berater
702	35	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
703	35	Deutsche Umwelthilfe e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
704	35	Dr. Hans-Joachim Ziesing, Ecologic Institut	Finanzausschuss	andere Interessen
705	36	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
706	36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	Finanzausschuss	andere Interessen
707	36	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
708	36	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
709	36	Prof. Dr. Martin Wenz , Universität Liechtenstein	Finanzausschuss	andere Interessen
710	37	Sieben Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft, bestehend aus Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA), Handelsverband Deutschland e. V. (HDE), Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA) und Bundesverband deutscher Banken e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
711	37	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
712	37	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
713	37	Deutsche Umwelthilfe e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
714	37	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
715	37	Prof. Dr. Klaus-Dieter Drüen, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	Finanzausschuss	andere Interessen
716	37	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
717	37	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	Finanzausschuss	andere Interessen
718	37	Prof. Dr. Anderas Musil , Universität Potsdam	Finanzausschuss	andere Interessen
719	37	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
720	37	Verband Deutscher Versicherungsmakler e. V. (VDVM)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
721	38	Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)	Finanzausschuss	andere Interessen
722	38	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	Finanzausschuss	andere Interessen
723	38	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
724	38	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
725	38	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
726	38	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
727	38	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
728	38	Prof. Itai Grinberg , Georgetown University Law Center	Finanzausschuss	andere Interessen
729	38	UBS AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
730	38	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
731	38	Prof. Dr. Wolfgang Joecks	Finanzausschuss	andere Interessen
732	38	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
733	38	Freshfields Bruckhaus Deringer	Finanzausschuss	Berater
734	38	Mark Morris, Experte Zinsbesteuerungsrichtlinie	Finanzausschuss	Berater
735	38	Schweizerische Bankenvereinigung, SwissBanking	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
736	38	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
737	38	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
738	39	Andreas Bertheau, Universität Potsdam	Finanzausschuss	andere Interessen
739	39	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
740	39	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
741	39	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
742	39	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
743	39	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
744	39	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
745	39	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
746	39	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
747	39	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
748	39	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
749	39	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
750	39	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
751	39	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
752	39	General Electric Deutschland	Finanzausschuss	Großunternehmen
753	39	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
754	39	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Finanzausschuss	Großunternehmen
755	39	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
756	39	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
757	39	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
758	39	Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
759	39	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)	Finanzausschuss	andere Interessen
760	39	Siemens AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
761	39	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
762	40	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
763	40	Deutscher Speditions- und Logistikverband e. V. (DSLTV)	Finanzausschuss	Mittelstand
764	40	Energieintensive Industrien in Deutschland	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
765	40	Prof. Dr. Ferdinand Dudenhöffer, Universität Duisburg Essen	Finanzausschuss	andere Interessen
766	40	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
767	40	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
768	40	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
769	41	Prof. Dr. Claudia Buch, Universität Tübingen	Finanzausschuss	andere Interessen
770	41	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
771	41	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
772	41	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
773	41	Prof. Dr. Sebastian Dullien, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
774	41	Prof. Dr. Henrik Enderlein, Hertie School of Governance	Finanzausschuss	andere Interessen
775	41	Prof. Dr. Clemens Fuest, Oxford University, Centre for business taxation	Finanzausschuss	andere Interessen
776	41	Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)	Finanzausschuss	andere Interessen
777	41	KfW	Finanzausschuss	andere Interessen
778	41	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Finanzausschuss	andere Interessen
779	41	Prof. Dr. Paul J. J. Welfens, Bergische Universität Wuppertal	Finanzausschuss	andere Interessen
780	42	Deutscher Buchmacher Verband e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
781	42	Prof. Dr. Tilman Becker, Universität Hohenheim	Finanzausschuss	andere Interessen
782	42	Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin gGmbH und präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH (pad)	Finanzausschuss	andere Interessen
783	42	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
784	42	Freshfields Bruckhaus Deringer	Finanzausschuss	Berater
785	42	Andreas Frank	Finanzausschuss	Berater

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
786	42	Hauptverband der Traberzucht e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
787	42	Prof. Dr. Anderas Musil , Universität Potsdam	Finanzausschuss	andere Interessen
788	42	Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier und Christoph Krönke, Ludwig-Maximilians-Universität München	Finanzausschuss	andere Interessen
789	42	Redeker Sellner Dahs	Finanzausschuss	Berater
790	42	Direktorium für Vollblutzucht und Rennen e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
791	42	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
792	43	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
793	43	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	Finanzausschuss	andere Interessen
794	43	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
795	43	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
796	43	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
797	43	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
798	43	Prof. Dr. Dr. Giacomo Corneo, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
799	43	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
800	43	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
801	43	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen
802	43	Dr. Rainer Kambeck, Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	Finanzausschuss	andere Interessen
803	43	Prof. Dr. Ashok Kaul , Universität des Saarlandes	Finanzausschuss	andere Interessen
804	43	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
805	43	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
806	43	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen
807	43	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
808	44	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
809	44	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
810	45	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
811	45	Attac	Finanzausschuss	andere Interessen
812	45	Baden-Württembergische Wertpapierbörse GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
813	45	Bank für Kirche und Caritas e. G.	Finanzausschuss	Großunternehmen
814	45	Bundesverband der Wertpapierfirmen e. V. (bwf)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
815	45	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
816	45	Prof. Lieven Denys, University of Brussels	Finanzausschuss	andere Interessen
817	45	Deutsche Börse AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
818	45	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
819	45	Deutscher Derivate Verband e. V. (DDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
820	45	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
821	45	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
822	45	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
823	45	PD Dr. Heribert Dieter, Stiftung Wissenschaft und Politik	Finanzausschuss	andere Interessen
824	45	Prof. Dr. Christoph Kaserer	Finanzausschuss	andere Interessen
825	45	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
826	45	Prof. Dr. Franz C. Mayer, Universität Bielefeld	Finanzausschuss	andere Interessen
827	45	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
828	45	Rodney Schmidt, The North-South Institute	Finanzausschuss	andere Interessen
829	45	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
830	45	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
831	45	Prof. Dr. Alfons Weichenrieder, Goethe Universität Frankfurt	Finanzausschuss	andere Interessen
832	45	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	Finanzausschuss	andere Interessen
833	45	Prof. Dr. Volker Wieland, House of Finance	Finanzausschuss	andere Interessen
834	45	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
835	46	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
836	46	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
837	46	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Finanzausschuss	Mittelstand
838	46	Prof. Dr. Anderas Musil , Universität Potsdam	Finanzausschuss	andere Interessen
839	46	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
840	47	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
841	47	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
842	47	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
843	47	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Finanzausschuss	andere Interessen
844	47	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
845	47	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
846	47	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
847	47	Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V. (BDV)	Finanzausschuss	Berater
848	47	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
849	47	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
850	47	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
851	47	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
852	47	Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. (BdSt), Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL), Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV) und Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NLV)	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
853	47	Familienbund der Katholiken e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
854	47	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
855	47	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
856	47	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
857	47	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
858	47	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
859	47	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
860	47	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
861	47	Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	Finanzausschuss	andere Interessen
862	47	Deutsche Rentenversicherung Bund	Finanzausschuss	andere Interessen
863	47	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
864	48	Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
865	48	Bundesverband deutscher Banken e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
866	48	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
867	48	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V. (VÖB)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
868	48	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
869	48	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
870	48	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
871	48	Prof. Dr. Bernhard Emunds	Finanzausschuss	andere Interessen
872	48	Forum Nachhaltige Geldanlagen e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
873	48	SD-M GmbH, Sustainable Development Management	Finanzausschuss	Mittelstand
874	48	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
875	48	GLS Gemeinschaftsbank eG	Finanzausschuss	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
876	48	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
877	48	Verband Deutscher Pfandbriefbanken e. V. (vdp)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
878	49	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
879	49	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
880	49	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
881	49	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
882	49	Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
883	49	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
884	49	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
885	49	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
886	49	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
887	49	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
888	49	IG Bauen-Agrar-Umwelt	Finanzausschuss	andere Interessen
889	49	KfW	Finanzausschuss	andere Interessen
890	49	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
891	49	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	Finanzausschuss	andere Interessen
892	49	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
893	49	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
894	49	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Finanzausschuss	Mittelstand
895	50	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V. (AGDW)	Finanzausschuss	andere Interessen
896	50	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
897	50	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
898	50	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
899	50	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
900	50	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
901	50	Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (BVKM)	Finanzausschuss	andere Interessen
902	50	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
903	50	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
904	50	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
905	50	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
906	50	Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
907	50	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
908	50	Familienbund der Katholiken e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
909	50	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
910	50	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
911	50	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
912	50	Prof. Dr. Monika Jachmann	Finanzausschuss	andere Interessen
913	50	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
914	50	Prof. Dr. Bernhard Möhring, Abteilung Forstökonomie und Forsteinrichtung des Burckhardt-Instituts Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie der Georg-August-Universität Göttingen	Finanzausschuss	andere Interessen
915	50	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
916	50	Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	Finanzausschuss	andere Interessen
917	50	Lutz Schmidt, Steuerberater	Finanzausschuss	Berater
918	50	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen
919	50	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
920	50	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
921	51	Prof. Dr. Liane Buchholz, Deutsche Sparkassenakademie	Finanzausschuss	andere Interessen
922	51	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
923	51	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
924	51	Gert Hager, Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim	Finanzausschuss	andere Interessen
925	51	Sachsen Asset Management GmbH (SAM)	Finanzausschuss	Berater
926	51	Prof. Dr. Matthias Lehmann, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Finanzausschuss	andere Interessen
927	51	Nieding+Barth	Finanzausschuss	Berater
928	51	Prof. Dr. J. Oebbecke, Westfälische Wilhelms-Universität Münster	Finanzausschuss	andere Interessen
929	51	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	Finanzausschuss	andere Interessen
930	51	Rössner Rechtsanwälte München	Finanzausschuss	Berater
931	51	Finanz- und Wirtschaftsberatung Dr. Winkler GmbH	Finanzausschuss	Berater
932	52	Bund Katholischer Unternehmer e. V. (BKU)	Finanzausschuss	Mittelstand
933	52	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
934	52	Bundesverband Alternative Investments e. V. (BAI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
935	52	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI) und Association of the Luxembourg fund industry (ALFI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
936	52	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
937	52	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
938	52	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
939	52	Prof. Dr. Andreas Engert	Finanzausschuss	andere Interessen
940	52	Verband der Firmenpensionskassen e. V. (VFPK)	Finanzausschuss	andere Interessen
941	52	Prof. Dr. Raimond Maurer	Finanzausschuss	andere Interessen
942	52	Prof. Dr. Udo Reifner	Finanzausschuss	andere Interessen
943	52	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
944	52	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
945	52	Hengeler Mueller	Finanzausschuss	Berater
946	52	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
947	53	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
948	53	Bundesrechtsanwaltskammer	Finanzausschuss	Berater
949	53	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
950	53	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
951	53	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
952	53	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
953	53	Andreas Frank	Finanzausschuss	Berater
954	53	Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz	Finanzausschuss	andere Interessen
955	53	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
956	53	Prof. Dr. Wolfgang Joecks	Finanzausschuss	andere Interessen
957	53	Axel Kleinlein, Math concepts	Finanzausschuss	Berater
958	53	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
959	53	Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	Finanzausschuss	andere Interessen
960	53	Prof. Dr. Christian Schröder, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Finanzausschuss	andere Interessen
961	53	Prof. Dr. Roman Seer	Finanzausschuss	andere Interessen
962	53	Dr. Rainer Spatscheck, Rechtsanwalt	Finanzausschuss	Berater
963	53	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
964	53	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
965	53	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
966	53	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
967	54	Prof. Dr. Michael Adams, Universität Hamburg	Finanzausschuss	andere Interessen
968	54	British American Tobacco (Germany) GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
969	54	Bundesverband der Zigarrenindustrie e. V. (BdZ)	Finanzausschuss	Mittelstand
970	54	Bundesverband Deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BTDA) und Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e. V. (BTWE)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
971	54	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
972	54	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
973	54	Deutscher Zigarettenverband e. V. (DZV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
974	54	Dr. Tobias Effertz, Universität Hamburg	Finanzausschuss	andere Interessen
975	54	JT International Germany GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
976	54	Philip Morris GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
977	54	Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
978	54	Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
979	54	Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V. (VdR)	Finanzausschuss	Mittelstand
980	54	Prof. Dr. Berthold U. Wigger, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)	Finanzausschuss	andere Interessen
981	54	Zollkriminalamt	Finanzausschuss	andere Interessen
982	55	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
983	55	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
984	55	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
985	55	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
986	55	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
987	55	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
988	55	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
989	55	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
990	55	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
991	55	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
992	55	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
993	55	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
994	55	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
995	55	Deutscher Derivate Verband e. V. (DDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
996	55	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
997	55	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
998	55	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
999	55	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.000	55	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.001	55	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.002	55	General Electric Deutschland	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.003	55	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.004	55	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.005	55	Axel Kleinlein, Math concepts	Finanzausschuss	Berater
1.006	55	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.007	55	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.008	55	Barbara Sternberger-Frey, Finanzjournalistin	Finanzausschuss	andere Interessen
1.009	55	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.010	55	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.011	55	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.012	55	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.013	55	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.014	56	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.015	56	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.016	56	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.017	56	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.018	56	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.019	56	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.020	56	Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.021	56	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen
1.022	56	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.023	56	Prof. Dr. Wolfgang Joecks	Finanzausschuss	andere Interessen
1.024	56	Finanzgericht	Finanzausschuss	andere Interessen
1.025	56	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.026	56	Schweizerische Bankenvereinigung, SwissBanking	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.027	56	Prof. Dr. Roman Seer	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.028	56	Dr. Rainer Spatscheck, Rechtsanwalt	Finanzausschuss	Berater
1.029	56	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.030	56	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.031	56	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.032	57	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.033	57	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.034	57	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.035	57	Prof. Dr. Peter Hanau	Finanzausschuss	andere Interessen
1.036	57	Prof. Dr. Christoph Kaserer	Finanzausschuss	andere Interessen
1.037	57	Prof. Dr. Udo Reifner	Finanzausschuss	andere Interessen
1.038	57	DWS Investment GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.039	57	Dr. Ulrich Thielemann, Universität St. Gallen	Finanzausschuss	andere Interessen
1.040	57	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.041	57	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.042	57	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.043	58	Pater Dr. Alt, Jesuit	Finanzausschuss	andere Interessen
1.044	58	Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.045	58	Bundesverband deutscher Banken e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.046	58	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V. (VÖB)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.047	58	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.048	58	Deutsche Börse AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.049	58	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
1.050	58	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.051	58	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.052	58	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.053	58	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.054	58	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.055	58	Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung	Finanzausschuss	andere Interessen
1.056	58	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen
1.057	58	Re-Define, an International Think Tank	Finanzausschuss	andere Interessen
1.058	58	Prof. Dr. Gustav Horn	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.059	58	Prof. Dr. Christoph Kaserer	Finanzausschuss	andere Interessen
1.060	58	Dr. Inge Kaul, Hertie School of Governance GmbH	Finanzausschuss	andere Interessen
1.061	58	Attac	Finanzausschuss	andere Interessen
1.062	58	GLS Gemeinschaftsbank eG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.063	58	Prof. Dr. Max Otte, Fondsmanager	Finanzausschuss	andere Interessen
1.064	58	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.065	58	Dr. Margit Schratzenstaller-Altzinger, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Finanzausschuss	andere Interessen
1.066	58	Deutsche Bank AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.067	58	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.068	58	Prof. Dr. Roland Vaubel	Finanzausschuss	andere Interessen
1.069	58	Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.070	58	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.071	58	Verband Deutscher Pfandbriefbanken e. V. (vdp)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.072	58	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.073	58	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.074	58	Wirtschaftskammer Österreich	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.075	58	Center for Economic and Policy Research	Finanzausschuss	andere Interessen
1.076	59	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.077	59	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.078	59	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.079	59	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.080	59	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.081	59	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.082	59	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.083	59	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.084	59	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
1.085	59	Bündnis für Gemeinnützigkeit	Finanzausschuss	andere Interessen
1.086	59	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.087	59	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.088	59	Deutsche Post AG	Finanzausschuss	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.089	59	Deutsche Rentenversicherung Bund	Finanzausschuss	andere Interessen
1.090	59	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.091	59	Deutscher Factoring-Verband e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.092	59	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.093	59	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.094	59	Freshfields Bruckhaus Deringer	Finanzausschuss	Berater
1.095	59	GEPRO mbH	Finanzausschuss	Berater
1.096	59	Prof. Dr. Justus Haucap	Finanzausschuss	andere Interessen
1.097	59	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.098	59	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.099	59	Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.100	59	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
1.101	59	Prof. Dr. Rupert Scholz	Finanzausschuss	Berater
1.102	59	Francotyp-Postalia Holding AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.103	59	TNT Post Holding Deutschland GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.104	59	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.105	59	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.106	60	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.107	60	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.108	60	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.109	60	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.110	60	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.111	60	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.112	60	Bundesverband der Steuerberater e. V.	Finanzausschuss	Berater
1.113	60	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.114	60	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.115	60	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
1.116	60	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.117	60	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.118	60	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.119	60	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA)	Finanzausschuss	Mittelstand

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.120	60	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.121	60	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
1.122	60	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
1.123	60	Familienbund der Katholiken e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.124	60	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.125	60	Prof. Dr. Stefan Homburg	Finanzausschuss	andere Interessen
1.126	60	Prof. Dr. Jochen Hundsdoerfer	Finanzausschuss	andere Interessen
1.127	60	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.128	60	Prof. Dr. Gustav Horn	Finanzausschuss	andere Interessen
1.129	60	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.130	60	Prof. Dr. Ralph Landsittel, Universität Mannheim	Finanzausschuss	andere Interessen
1.131	60	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.132	60	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.133	60	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.134	60	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen
1.135	60	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.136	60	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.137	61	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (AdöR)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.138	61	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.139	61	Deutscher Raiffeisenverband e. V. (DRV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.140	61	EU-Generaldirektion Steuern- und Zollunion - TAXUD	Finanzausschuss	andere Interessen
1.141	61	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
1.142	62	Luxemburger Bankenvereinigung (ABBL)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.143	62	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.144	62	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.145	62	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.146	62	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.147	62	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.148	62	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.149	62	Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.150	62	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.151	62	Schweizerische Bankenvereinigung, SwissBanking	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.152	62	Wirtschaftskammer Österreich	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.153	62	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.154	63	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.155	63	AOK-Bundesverband GbR	Finanzausschuss	andere Interessen
1.156	63	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.157	63	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.158	63	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.159	63	Bund der Versicherten e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.160	63	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.161	63	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.162	63	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.163	63	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.164	63	Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e. V. (BVK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.165	63	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.166	63	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.167	63	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.168	63	Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung e. V. (B.KWK), Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF), Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e. V. (eaD) und Verband für Wärmelieferung e. V. (VfW)	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
1.169	63	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.170	63	Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.171	63	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.172	63	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.173	63	Verband der privaten Krankenversicherer e. V. (PKV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.174	63	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen
1.175	63	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.176	63	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.177	64	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.178	64	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.179	64	Commerz Grundbesitz-Investmentgesellschaft mbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.180	64	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.181	64	Deutsche Bank AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.182	64	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.183	64	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.184	64	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.185	64	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.186	64	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.187	64	Prof. Dr. Wolfgang Joecks	Finanzausschuss	andere Interessen
1.188	64	LGT Group Bank in Liechtenstein	Finanzausschuss	Mittelstand
1.189	64	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.190	64	Schweizerische Bankenvereinigung, SwissBanking	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.191	64	Prof. Dr. Roman Seer	Finanzausschuss	andere Interessen
1.192	64	Staatsanwaltschaft Bochum	Finanzausschuss	andere Interessen
1.193	64	Deutscher Anwaltverein e. V.	Finanzausschuss	Berater
1.194	64	Dr. Ulrich Thielemann, Universität St. Gallen	Finanzausschuss	andere Interessen
1.195	64	UBS AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.196	64	Gassner Stockmann & Kollegen (GSK)	Finanzausschuss	Berater
1.197	64	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.198	65	Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.199	65	Bundesinnung des Gebäudereiniger-Handwerks	Finanzausschuss	Mittelstand
1.200	65	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.201	65	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.202	65	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.203	65	Deutsche Post AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.204	65	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.205	65	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.206	65	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.207	65	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.208	65	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.209	65	Prof. Dr. Justus Haucap	Finanzausschuss	andere Interessen
1.210	65	Kraftverkehr Torgau Citypost GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.211	65	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
1.212	65	Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski	Finanzausschuss	andere Interessen
1.213	65	Francotyp-Postalia Holding AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.214	65	TNT Post Holding Deutschland GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.215	65	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.216	65	Verband Deutscher Metallhändler und Recycler e. V. (VDM)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.217	65	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.218	65	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.219	66	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.220	66	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.221	66	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.222	66	Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.223	66	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.224	66	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.225	66	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.226	66	Familienbund der Katholiken e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.227	66	Prof. Dr. Ulrich Häde, Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder	Finanzausschuss	andere Interessen
1.228	66	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.229	66	Zukunftsforum Familie e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.230	66	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.231	66	Deutsche Umwelthilfe e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.232	66	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.233	66	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.234	66	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen
1.235	66	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.236	66	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.237	66	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.238	66	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.239	67	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.240	67	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.241	67	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.242	67	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.243	67	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.244	67	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.245	67	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.246	67	Prof. Dr. Gustav Horn	Finanzausschuss	andere Interessen
1.247	67	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.248	67	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.249	67	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.250	67	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.251	68	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.252	68	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.253	68	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.254	68	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.255	68	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.256	68	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.257	68	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.258	68	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	Finanzausschuss	andere Interessen
1.259	68	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.260	68	Familienbund der Katholiken e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.261	68	Zukunftsforum Familie e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.262	68	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.263	68	Prognos AG	Finanzausschuss	Berater
1.264	68	Deutsches Jugendinstitut e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.265	68	Kinder in Not Osnabrück e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.266	68	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.267	68	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.268	68	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.269	68	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.270	69	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.271	69	Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.272	69	Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, Fachhochschule Gelsenkirchen	Finanzausschuss	andere Interessen
1.273	69	Bund Katholischer Unternehmer e. V. (BKU)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.274	69	Bundesverband Alternative Investments e. V. (BAI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.275	69	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.276	69	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.277	69	Deutsche Bank AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.278	69	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.279	69	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.280	69	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.281	69	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
1.282	69	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.283	69	Holtmann Messe + Event GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.284	69	Verband der Privaten Bausparkassen e. V. und Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Abteilung im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.285	69	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.286	70	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.287	70	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.288	70	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.289	70	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.290	70	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.291	70	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.292	71	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.293	71	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.294	71	Bundesverband WindEnergie e. V. (BWE)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.295	71	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.296	71	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.297	71	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.298	71	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.299	71	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.300	71	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.301	71	Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft e. V. (idkv) und Verband der Deutschen Konzertdirektionen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.302	71	Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.303	71	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.304	71	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.305	71	Bundesverband Factoring für den Mittelstand e. V. (BFM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.306	71	Bundesverband Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.307	71	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.308	71	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.309	71	Deutsche Sparkassen Leasing Verwaltungs-AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.310	71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.311	71	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.312	71	Deutscher Bühnenverein Bundesverband der Theater und Orchester e. V. (DBV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.313	71	Deutscher Bundeswehrverband e. V. (DBwV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.314	71	Deutscher Factoring-Verband e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.315	71	Deutscher Frauenrat Lobby der Frauen in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.316	71	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.317	71	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.318	71	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.319	71	Prof. Dr. Joachim Englisch, Universität Augsburg	Finanzausschuss	andere Interessen
1.320	71	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.321	71	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
1.322	71	Prof. Dr. Gisela Färber, Universität Speyer Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften	Finanzausschuss	andere Interessen
1.323	71	General Electric Deutschland	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.324	71	Grams und Partner	Finanzausschuss	Berater
1.325	71	Prof. Dr. Johanna Hey	Finanzausschuss	andere Interessen
1.326	71	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.327	71	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.328	71	ISF Internationale Schule Frankfurt am Main	Finanzausschuss	andere Interessen
1.329	71	Prof. Dr. Frank-Rüdiger Jach	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.330	71	FZF Rechtsanwälte (Franke & Zdarsky Rechtsanwälte) / Klaus G. Brinkmann, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	Finanzausschuss	Berater
1.331	71	Rupert Graf Strachewitz, Maecenata Institut	Finanzausschuss	andere Interessen
1.332	71	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.333	71	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.334	71	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.335	71	Verband Deutscher Privatschulverbände e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.336	71	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.337	71	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.338	71	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
1.339	71	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.340	71	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.341	71	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.342	71	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.343	72	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.344	72	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.345	72	Prof. Dr. Eckart Bomsdorf	Finanzausschuss	andere Interessen
1.346	72	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.347	72	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.348	72	Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.349	72	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH); Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V. (HDE) und Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.350	72	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.351	72	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.352	72	Deutsche Rentenversicherung Bund	Finanzausschuss	andere Interessen
1.353	72	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.354	72	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.355	72	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.356	72	empirica Wirtschaftsforschung und Beratung	Finanzausschuss	Mittelstand
1.357	72	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.358	72	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.359	72	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.360	72	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.361	72	Stiftung Warentest	Finanzausschuss	andere Interessen
1.362	72	Verband der Privaten Bausparkassen e. V. und Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Abteilung im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.363	72	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.364	72	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.365	72	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.366	72	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.367	72	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.368	73	Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e. V. und Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzer e. V.	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
1.369	73	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.370	73	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.371	73	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.372	73	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.373	73	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.374	73	Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (BVMW)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.375	73	Prof. Dr. Georg Crezelius	Finanzausschuss	andere Interessen
1.376	73	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.377	73	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.378	73	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.379	73	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.380	73	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.381	73	Deutsche Städtetag	Finanzausschuss	andere Interessen
1.382	73	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.383	73	Deutscher Unternehmensverband Vermögensberatung e. V. (DUV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.384	73	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.385	73	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
1.386	73	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.387	73	HAAG ECKHARD SCHOENPFLUG - Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte	Finanzausschuss	Berater
1.388	73	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.389	73	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen
1.390	73	Immobilienverband Deutschland Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen e. V. (IVD)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.391	73	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.392	73	Kaeser Kompressoren GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.393	73	KPMG AG	Finanzausschuss	Berater
1.394	73	Prof. Dr. Ralph Landsittel, Universität Mannheim	Finanzausschuss	andere Interessen
1.395	73	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.396	73	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.397	73	P+P Pöllath + Partners Rechtsanwälte und Steuerberater mbB	Finanzausschuss	Berater
1.398	73	Rödl & Partner	Finanzausschuss	Berater
1.399	73	Prof. Dr. Roman Seer	Finanzausschuss	andere Interessen
1.400	73	Stiftung Familienunternehmen	Finanzausschuss	Mittelstand
1.401	73	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.402	73	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.403	73	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.404	73	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen
1.405	73	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.406	73	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.407	73	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.408	74	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.409	74	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.410	74	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.411	74	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.412	74	Sieben Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft, bestehend aus Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA), Handelsverband Deutschland e. V. (HDE), Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA) und Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.413	74	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.414	74	Bundesverband der Steuerberater e. V.	Finanzausschuss	Berater
1.415	74	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.416	74	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.417	74	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.418	74	Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e. V.	Finanzausschuss	Berater
1.419	74	Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.420	74	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.421	74	Verein zur Förderung der Buchhalter in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.422	74	Wirtschaftsprüferkammer (WPK)	Finanzausschuss	Berater
1.423	75	BIO Deutschland e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.424	75	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.425	75	Bundesverband Kapital für den Mittelstand e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.426	75	Business Angels Netzwerk Deutschland e. V. (BAND)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.427	75	Deutsche Beteiligungs AG	Finanzausschuss	Mittelstand
1.428	75	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI) und Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DBI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.429	75	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.430	75	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.431	75	Odewald & Compagnie Gesellschaft für Beteiligungen GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.432	75	Colinvest Finanz Consulting GmbH	Finanzausschuss	Berater
1.433	75	SJ Berwin LLP	Finanzausschuss	Berater
1.434	75	Hans Knürr, Advisor to Entrepreneurs	Finanzausschuss	Berater
1.435	75	KfW	Finanzausschuss	andere Interessen
1.436	75	Prof. Dr. Dr. Ann-Kristin Achleitner und Prof. Dr. Christoph Kaserer, beide Technische Universität München	Finanzausschuss	andere Interessen
1.437	75	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.438	75	White & Case LLP	Finanzausschuss	Berater
1.439	75	Rödl & Partner	Finanzausschuss	Berater
1.440	75	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.441	75	UnternehmensGrün	Finanzausschuss	Mittelstand
1.442	75	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.443	75	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.444	75	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.445	76	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.446	76	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.447	76	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.448	76	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.449	76	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Finanzausschuss	andere Interessen
1.450	76	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.451	76	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW) und Verband der Elektrizitätswirtschaft e. V. (VDEW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.452	76	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.453	76	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.454	76	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.455	76	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.456	76	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
1.457	76	Bundeszentralamt für Steuern	Finanzausschuss	andere Interessen
1.458	76	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.459	76	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.460	76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.461	76	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.462	76	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.463	76	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.464	76	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.465	76	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.466	76	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.467	76	Evangelisches Siedlungswerk in Deutschland (ESW) und Katholischer Siedlungsdienst e. V. (KSD)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.468	76	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.469	76	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.470	76	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.471	76	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.472	76	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.473	76	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.474	76	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.475	76	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.476	76	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.477	76	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.478	76	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.479	77	Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V. (bpa)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.480	77	Prof. Dr. Gerhard Kröger	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
1.481	77	Prof. Dr. Monika Jachmann	Finanzausschuss	andere Interessen
1.482	77	Bayerischer Jugendring	Finanzausschuss	andere Interessen
1.483	77	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.484	77	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen
1.485	77	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.486	77	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.487	77	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.488	77	Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.489	77	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
1.490	77	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.491	77	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.492	77	Deutscher Kulturrat e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.493	77	Deutscher Naturschutzring e. V. (DNR)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.494	77	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.495	77	Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.496	77	Dr. Eckhard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH	Finanzausschuss	andere Interessen
1.497	77	C. O. X. Steuerberatungs- und Treuhandgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.498	77	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
1.499	77	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
1.500	77	Beckschäfer & Partner	Finanzausschuss	Berater
1.501	77	Horst Lienig, Steuerberater	Finanzausschuss	Berater
1.502	77	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.503	77	Rupert Graf Strachewitz, Maecenata Institut	Finanzausschuss	andere Interessen
1.504	77	Deutscher Feuerwehrverband e. V. (DFV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.505	77	Prof. Dr. Lars Feld	Finanzausschuss	andere Interessen
1.506	77	Prof. Dr. Peter Fischer	Finanzausschuss	andere Interessen
1.507	77	Prof. Dr. Rainer Hüttemann	Finanzausschuss	andere Interessen
1.508	77	Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement	Finanzausschuss	andere Interessen
1.509	77	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.510	77	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.511	77	Verband Wohneigentum e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.512	77	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.513	77	Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.514	78	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.515	78	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.516	78	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.517	78	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
1.518	78	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.519	78	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.520	78	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.521	78	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.522	78	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
1.523	78	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.524	78	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.525	78	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.526	78	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen
1.527	78	Prof. Dr. Stefan Homburg	Finanzausschuss	andere Interessen
1.528	78	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	Finanzausschuss	andere Interessen
1.529	78	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.530	78	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.531	78	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.532	78	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.533	78	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.534	78	Timo Reister, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.535	79	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.536	79	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.537	79	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
1.538	79	BIO Deutschland e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.539	79	bitkom e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.540	79	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.541	79	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.542	79	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.543	79	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.544	79	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.545	79	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.546	79	Bundesverband Finanzierung und Leasing e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.547	79	Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (BVMW)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.548	79	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
1.549	79	Bundeszentralamt für Steuern	Finanzausschuss	andere Interessen
1.550	79	Union Investment Privatfonds GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.551	79	Daimler Chrysler AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.552	79	Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.553	79	Deutsche Sparkassen Leasing Verwaltungs-AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.554	79	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.555	79	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.556	79	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.557	79	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.558	79	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.559	79	Dr. Manfred Busch, Kämmerer der Stadt Bochum	Finanzausschuss	andere Interessen
1.560	79	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
1.561	79	General Electric Deutschland	Finanzausschuss	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.562	79	Fraunhofer-Institut	Finanzausschuss	andere Interessen
1.563	79	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.564	79	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.565	79	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.566	79	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.567	79	Prof. Dr. Gustav Horn	Finanzausschuss	andere Interessen
1.568	79	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.569	79	Prof. Dr. Clemens Fuest, Oxford University, Centre for business taxation	Finanzausschuss	andere Interessen
1.570	79	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.571	79	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.572	79	Prof. Dr. Patrick Spohn	Finanzausschuss	Berater
1.573	79	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen
1.574	79	Prof. Dr. Stefan Homburg	Finanzausschuss	andere Interessen
1.575	79	Prof. Dr. Wolfgang Kessler, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg	Finanzausschuss	andere Interessen
1.576	79	Prof. Dr. Wolfgang Schön	Finanzausschuss	andere Interessen
1.577	79	Dr. Rainer Kambeck, Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.578	79	Rödl & Partner	Finanzausschuss	Berater
1.579	79	Siemens AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.580	79	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.581	79	True Sale International GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.582	79	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.583	79	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.584	79	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.585	79	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.586	79	Wunderlich & Partner, Wirtschaftsberatung für den Mittelstand GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.587	79	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.588	79	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.589	79	Timo Reister, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.590	79	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.591	80	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.592	80	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Finanzausschuss	Mittelstand

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.593	80	Bürgerinitiative "Wohnen ist Menschenrecht"	Finanzausschuss	andere Interessen
1.594	80	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.595	80	Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH (DEGI)	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.596	80	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.597	80	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.598	80	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.599	80	Deutsche Städtetag	Finanzausschuss	andere Interessen
1.600	80	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.601	80	Beiten Burkhardt Rechtsanwalts mbH	Finanzausschuss	Berater
1.602	80	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.603	80	Fried Frank Harris Shriver & Jacobson LLP	Finanzausschuss	Berater
1.604	80	Dr. Werner Rügemer, Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln	Finanzausschuss	andere Interessen
1.605	80	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hengeler Mueller und Breiten Burkhardt	Finanzausschuss	Berater
1.606	80	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.607	80	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.608	80	Initiative Finanzstandort Deutschland (IFD)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.609	80	Jan F. Bron, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Finanzausschuss	andere Interessen
1.610	80	KPMG AG	Finanzausschuss	Berater
1.611	80	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Finanzausschuss	Berater
1.612	80	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.613	80	Prof. Dr. Stefan Kofner	Finanzausschuss	andere Interessen
1.614	80	Roland Schmidtbleicher	Finanzausschuss	andere Interessen
1.615	80	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.616	80	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.617	80	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.618	80	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.619	80	IVG Immobilien GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.620	81	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.621	81	Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (BVKM)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.622	81	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.623	81	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.624	81	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.625	82	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.626	82	Cognis Deutschland GmbH & Co. KG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.627	82	Bundesverband Altöl e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.628	82	Bundesverband BioEnergie e. V. (BBE)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.629	82	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.630	82	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.631	82	Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e. V. (BGL)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.632	82	Bundesverband Pflanzenöle e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.633	82	Choren Industrie GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.634	82	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.635	82	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.636	82	Hydro Aluminium Deutschland AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.637	82	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.638	82	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.639	82	Prof. Dr. Dr. Reinhard F. Hüttl, Brandenburgische Technische Universität Cottbus	Finanzausschuss	andere Interessen
1.640	82	Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.641	82	Saria Bio-Industries AG & Co.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.642	82	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.643	82	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.644	82	Verband der Biodieselhersteller e. V. (VDB)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.645	82	Landwirtschaftliche Biokraftstoffe e. V. (LAB)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.646	82	Vereinigte Werkstätten für Pflanzenöltechnologie	Finanzausschuss	Mittelstand
1.647	82	Wirtschaftsvereinigung Metalle e. V. (WVMETALLE)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.648	82	Wirtschaftsvereinigung Stahl	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.649	83	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.650	83	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.651	83	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.652	83	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.653	83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.654	83	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.655	83	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.656	83	Fried Frank Harris Shriver & Jacobson LLP	Finanzausschuss	Berater
1.657	83	Freudenberg & Co. KG	Finanzausschuss	Mittelstand
1.658	83	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.659	83	Linklaters	Finanzausschuss	Berater
1.660	83	Prof. Dr. Johanna Hey	Finanzausschuss	andere Interessen
1.661	83	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.662	84	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.663	84	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.664	84	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.665	84	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen
1.666	84	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.667	84	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.668	84	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.669	84	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.670	84	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.671	84	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.672	84	Bundesgerichtshof	Finanzausschuss	andere Interessen
1.673	84	Edmund Pelikan Kompetenz GmbH & Co. KG	Finanzausschuss	Berater
1.674	84	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD), Diakonischen Werk der EKD, Kommissariat der deutschen Bischöfe und Deutscher Caritasverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.675	84	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.676	84	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
1.677	84	Malteser Hilfsdienst e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.678	84	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.679	84	Prof. Dr. Hanno Kube	Finanzausschuss	andere Interessen
1.680	84	Prof. Dr. Johanna Hey	Finanzausschuss	andere Interessen
1.681	84	Prof. Dr. Rupert Scholz	Finanzausschuss	Berater
1.682	84	v. Boetticher Hasse Lohmann Partnerschaft von Rechtsanwälten	Finanzausschuss	Berater
1.683	84	Clifford Chance LLP	Finanzausschuss	Berater
1.684	84	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.685	84	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.686	84	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.687	85	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.688	85	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.689	85	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.690	85	Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (BVKM)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.691	85	dbb beamtenbund und tarifunion	Finanzausschuss	andere Interessen
1.692	85	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.693	85	Deutscher Familienverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.694	85	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.695	85	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.696	85	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.697	85	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.698	85	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.699	85	Deutsches Studentenwerk e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.700	85	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	Finanzausschuss	andere Interessen
1.701	85	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	Finanzausschuss	andere Interessen
1.702	85	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.703	85	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.704	85	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.705	85	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.706	85	Prof. Dr. Joachim Lang	Finanzausschuss	andere Interessen
1.707	85	Prof. Dr. Georg Loritz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.708	85	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen
1.709	85	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.710	85	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.711	85	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.712	86	Bundesverband BioEnergie e. V. (BBE)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.713	86	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.714	86	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.715	86	Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung e. V. (BGL)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.716	86	Wirtschaftsvereinigung Bergbau e. V. (WVB)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.717	86	Deutsche Bahn AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.718	86	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Finanzausschuss	Berater
1.719	86	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.720	86	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.721	86	Deutscher Verband Flüssiggas e. V. (DVFG)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.722	86	Gesamtverband des Deutschen Brennstoff- und Mineralölhandels e. V. (gdbm)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.723	86	Gesamtverband des Deutschen Steinkohlebergbaus e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.724	86	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.725	86	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.726	86	Ölmühle Daniels	Finanzausschuss	Mittelstand
1.727	86	Choren Industrie GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.728	86	Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.729	86	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.730	86	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.731	86	Verband der Biodieselhersteller e. V. (VDB)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.732	86	Verband der Elektrizitätswirtschaft e. V. (VDEW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.733	86	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.734	86	Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.735	86	Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V. (VIK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.736	86	Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.737	86	Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe e. V. (ZDS)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.738	87	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.739	87	Deutsche Weinbauverband e. V. (DWV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.740	87	Verband deutscher Alkoholhersteller u. Verarbeiter e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.741	88	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.742	88	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.743	88	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.744	88	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.745	88	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.746	88	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.747	88	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
1.748	88	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.749	88	Arbeitsausschuss Münzautomaten	Finanzausschuss	Mittelstand
1.750	88	Deutsche Spielbanken Interessen- und Arbeitsgemeinschaft (DeSIA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.751	88	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.752	88	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.753	88	Bundesinnung des Gebäudereiniger-Handwerks	Finanzausschuss	Mittelstand
1.754	88	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.755	88	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.756	89	Bundesverband Möbelspedition und Logistik e. V. (AMÖ)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.757	89	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.758	89	Deutscher Familienverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.759	89	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.760	89	Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (GaLaBau)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.761	89	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.762	89	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.763	89	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.764	89	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.765	89	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.766	89	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.767	89	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.768	89	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.769	89	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.770	89	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.771	89	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.772	89	Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.773	89	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.774	89	Familienbund der Katholiken e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.775	90	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Abteilung im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.776	90	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.777	90	Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.778	90	Deutsche Städtetag	Finanzausschuss	andere Interessen
1.779	90	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.780	90	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.781	90	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.782	90	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.783	90	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.784	90	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.785	90	Deutscher Bundeswehrverband e. V. (DBwV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.786	90	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.787	90	Verband Deutscher Medienfonds e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.788	90	Finanzgericht Berlin	Finanzausschuss	andere Interessen
1.789	90	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.790	90	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.791	90	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.792	90	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.793	90	Bundesabgeordnetenverband Chemie e. V. (BAVC) und Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
1.794	90	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.795	90	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.796	90	Deutscher Führungskräfte Verband e. V. (ULA)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.797	90	Deutscher Journalistenverband e. V. (DJV)	Finanzausschuss	Berater
1.798	90	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.799	90	Schnee Service GmbH & Co. KG	Finanzausschuss	Mittelstand
1.800	90	Verband Deutscher Pfandbriefbanken e. V. (vdp)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.801	90	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.802	90	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.803	90	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.804	91	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.805	91	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.806	91	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.807	91	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.808	91	Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.809	91	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.810	91	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.811	91	Bundesverband WindEnergie e. V. (BWE) und Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft (UVS)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.812	91	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.813	91	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.814	91	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.815	91	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.816	91	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.817	91	Freshfields Bruckhaus Deringer	Finanzausschuss	Berater
1.818	91	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.819	91	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.820	91	Porsche AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.821	91	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.822	91	Verband Deutscher Medienfonds e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.823	91	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.824	91	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.825	91	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.826	91	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.827	91	Hübner + Partner	Finanzausschuss	Berater
1.828	91	Prof. Dr. Jens Peter Meincke, Universität zu Köln	Finanzausschuss	andere Interessen
1.829	92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.830	93	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
1.831	93	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.832	93	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
1.833	93	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.834	93	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.835	93	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.836	93	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.837	93	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
1.838	93	Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein	Finanzausschuss	andere Interessen
1.839	93	Prof. Dr. Peter Bareis	Finanzausschuss	andere Interessen
1.840	93	Prof. Dr. Johanna Hey	Finanzausschuss	andere Interessen
1.841	93	Attac, Memo, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler Stiftung	Finanzausschuss	andere Interessen
1.842	93	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.843	93	Prof. Dr. Joachim Lang	Finanzausschuss	andere Interessen
1.844	93	Prof. Dr. Jörg Manfred Mössner	Finanzausschuss	andere Interessen
1.845	93	Prof. Dr. h. c. Bert Rürup, Technische Universität Darmstadt, Prof. Dr. Wolfgang Wiegard, Universität Regensburg, Prof. Dr. Christoph Spengel, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.846	93	Prof. Dr. Johann Eekhoff	Finanzausschuss	andere Interessen
1.847	93	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.848	93	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.849	93	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.850	94	EU-Generaldirektion Steuern- und Zollunion - TAXUD	Finanzausschuss	andere Interessen
1.851	94	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen
1.852	94	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.853	94	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.854	94	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	Finanzausschuss	andere Interessen
1.855	94	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.856	94	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.857	94	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.858	94	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.859	95	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.860	95	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.861	95	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.862	95	Dr. Rainer Frehland, Rechtsanwalt und Steuerberater	Finanzausschuss	Berater
1.863	95	Schiffer.Peters. Ziegler	Finanzausschuss	Berater
1.864	95	Prof. Dr. Wolfram Reiß	Finanzausschuss	andere Interessen
1.865	95	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.866	95	Bundesverband Sachwerte und Investmentvermögen e. V. (bsi)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.867	95	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.868	95	Prof. Dr. Gerrit Frotscher	Finanzausschuss	andere Interessen
1.869	95	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.870	95	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.871	95	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.872	95	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.873	95	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen
1.874	95	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.875	95	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.876	95	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.877	95	Prof. Dr. Manfred Groh	Finanzausschuss	andere Interessen
1.878	95	UmsatzsteuerForum e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.879	95	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.880	95	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.881	95	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.882	95	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.883	96	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.884	96	Bund der Versicherten e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.885	96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.886	96	Dr. Horsch	Finanzausschuss	andere Interessen
1.887	96	Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski	Finanzausschuss	andere Interessen
1.888	96	Prof. Dr. Helmut Schirmer	Finanzausschuss	andere Interessen
1.889	96	Verband der privaten Krankenversicherer e. V. (PKV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.890	96	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.891	97	Prof. Dr. Norbert Herzig	Finanzausschuss	andere Interessen
1.892	98	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.893	98	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.894	98	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.895	98	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.896	98	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.897	98	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.898	98	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	Finanzausschuss	andere Interessen
1.899	98	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD) und Kommissariat der deutschen Bischöfe	Finanzausschuss	andere Interessen
1.900	98	Prof. Dr. Joachim Wieland	Finanzausschuss	andere Interessen
1.901	98	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
1.902	98	Prof. Dr. Joachim Lang	Finanzausschuss	andere Interessen
1.903	98	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.904	98	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.905	98	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.906	99	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München (ifo), Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen (RWI)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.907	100	Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.908	100	Union Deutscher Agraralkoholerzeuger und -bearbeiter	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.909	100	Arbeitskreis Jugend und Drogenberatung im Kreis Warendorf e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.910	100	Bacardi Deutschland GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
1.911	100	Bayerisches Landesjugendamt	Finanzausschuss	andere Interessen
1.912	100	Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.913	100	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.914	100	Caritas Passau, Psychosoziale Beratung und Behandlung	Finanzausschuss	andere Interessen
1.915	100	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.916	100	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V. (DHS)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.917	100	Deutsches Krebsforschungszentrum	Finanzausschuss	andere Interessen
1.918	100	Fachverband Sucht e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.919	100	Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels e. V. (BVL) und Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V. (HDE)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.920	100	AOK-Bundesverband GbR, Bundesverband der Betriebskassen, IKK-Bundesverband GbR, Bundesverband der Landwirtschaftlichen Krankenkassen, Bundesknappschaft, See-Krankenkassen, Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V. und Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.921	100	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.922	100	Prof. Dr. Helmut Siekmann	Finanzausschuss	andere Interessen
1.923	100	Dr. Wolfgang Settertobulte, Universität Bielefeld	Finanzausschuss	andere Interessen
1.924	100	Prof. Dr. Michael Adams, Universität Hamburg	Finanzausschuss	andere Interessen
1.925	100	Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte e. V. (BVKJ)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.926	100	Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und -Importeure e. V. (BSI)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.927	100	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Finanzausschuss	andere Interessen
1.928	101	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.929	101	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA) und Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.930	101	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.931	101	Bundesagentur für Arbeit	Finanzausschuss	andere Interessen
1.932	101	Bundesknappschaft	Finanzausschuss	andere Interessen
1.933	101	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
1.934	101	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.935	101	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.936	101	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.937	101	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.938	101	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
1.939	101	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.940	101	IG Bauen-Agrar-Umwelt	Finanzausschuss	andere Interessen
1.941	101	Norbert Cyrus, Universität Oldenburg, EU-Forschungsprojekt POLITIS	Finanzausschuss	andere Interessen
1.942	101	Oberfinanzdirektion Köln	Finanzausschuss	andere Interessen
1.943	101	Prof. Dr. Herbert Buchner, Universität Augsburg	Finanzausschuss	andere Interessen
1.944	101	Prof. Dr. Felix Herzog	Finanzausschuss	andere Interessen
1.945	101	Prof. Dr. Wolfram Reiß	Finanzausschuss	andere Interessen
1.946	101	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.947	101	Rechtsanwalt Ignor Bärlein & Partner GbR	Finanzausschuss	Berater
1.948	101	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.949	101	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.950	101	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.951	102	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.952	102	Allianz AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.953	102	Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.954	102	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.955	102	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.956	102	Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen	Finanzausschuss	andere Interessen
1.957	102	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.958	102	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Finanzausschuss	Mittelstand
1.959	102	Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V. (BDV)	Finanzausschuss	Berater
1.960	102	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.961	102	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Finanzausschuss	andere Interessen
1.962	102	dbb beamtenbund und tarifunion	Finanzausschuss	andere Interessen
1.963	102	Deutscher Führungskräfte Verband e. V. (ULA)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.964	102	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
1.965	102	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.966	102	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.967	102	Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der BRD und EU (EKD)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.968	102	Finanzamt Darmstadt	Finanzausschuss	andere Interessen
1.969	102	Finanzamt Herne-Ost	Finanzausschuss	andere Interessen
1.970	102	Forum Nachhaltige Geldanlagen e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.971	102	Germanwatch e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.972	102	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.973	102	Kirchliche ZusatzVersorgungskasse des Verbandes der Diözesen Deutschland	Finanzausschuss	andere Interessen
1.974	102	Prof. Dr. Peter Bareis	Finanzausschuss	andere Interessen
1.975	102	Prof. Dr. Eckart Bomsdorf	Finanzausschuss	andere Interessen
1.976	102	Prof. Dr. Johann Eekhoff	Finanzausschuss	andere Interessen
1.977	102	Prof. Dr. Johanna Hey	Finanzausschuss	andere Interessen
1.978	102	Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup, Technische Universität Darmstadt	Finanzausschuss	andere Interessen
1.979	102	Prof. Dr. Ursula Rust, Universität Bremen	Finanzausschuss	andere Interessen
1.980	102	Prof. Dr. Dietmar Wellisch	Finanzausschuss	andere Interessen
1.981	102	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
1.982	102	Sechs Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft, bestehend aus Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH), Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V. (BDA), Handelsverband Deutschland e. V. (HDE) und Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.983	102	Verband der Privaten Bausparkassen e. V. und Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Abteilung im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.984	102	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.985	102	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. (VDR)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.986	102	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
1.987	102	Prof. Dr. Peter Fischer	Finanzausschuss	andere Interessen
1.988	102	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.989	103	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
1.990	103	Bundesverband Alternative Investments e. V. (BAI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.991	103	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.992	103	Deutsche Börse AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
1.993	103	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. (DSW)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.994	103	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
1.995	103	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.996	103	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
1.997	103	Gassner Stockmann & Kollegen (GSK)	Finanzausschuss	Berater
1.998	103	Prof. Dr. Bernd Rudolph, Ludwig-Maximilians-Universität München, Seminar für Kapitalmarktforschung und Finanzierung	Finanzausschuss	andere Interessen
1.999	103	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	Finanzausschuss	andere Interessen
2.000	103	Geicke - Bruder & Partner Rechtsanwälte	Finanzausschuss	Berater
2.001	103	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.002	103	Verband der Finanzdienstleistungsinstitute e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.003	103	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.004	103	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.005	103	UnternehmensGrün	Finanzausschuss	Mittelstand
2.006	103	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
2.007	104	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
2.008	104	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.009	104	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
2.010	104	Bundesrechnungshof	Finanzausschuss	andere Interessen
2.011	104	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
2.012	104	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.013	104	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.014	104	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) und Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.015	104	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.016	104	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.017	104	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.018	104	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.019	104	UmsatzsteuerForum e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.020	104	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.021	104	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
2.022	104	Kuhbier Rechtsanwälte	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
2.023	104	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.024	105	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
2.025	105	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
2.026	105	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.027	105	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.028	105	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.029	105	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.030	105	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.031	105	Deutscher Landkreistag e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.032	105	Deutscher Städtetag; Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.033	105	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
2.034	105	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.035	105	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
2.036	105	Stadt Frankfurt am Main, Kassen- und Steueramt	Finanzausschuss	andere Interessen
2.037	105	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
2.038	105	Prof. Dr. Charles Blankart	Finanzausschuss	andere Interessen
2.039	105	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
2.040	105	Prof. Dr. Martin Junkernheinrich	Finanzausschuss	andere Interessen
2.041	105	Prof. Dr. Peter Bareis	Finanzausschuss	andere Interessen
2.042	105	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.043	105	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.044	105	Wolfram Dette, Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar	Finanzausschuss	andere Interessen
2.045	105	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.046	105	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.047	105	Wirtschaftsprüferkammer (WPK)	Finanzausschuss	Berater
2.048	105	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.049	106	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.050	106	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.051	106	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
2.052	106	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
2.053	106	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.054	106	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.055	106	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
2.056	106	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.057	106	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.058	106	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
2.059	106	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.060	106	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
2.061	106	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.062	106	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
2.063	106	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
2.064	106	Prof. Dr. Michael Schefczyk	Finanzausschuss	nicht kategorisierbar
2.065	106	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.066	106	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.067	106	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.068	106	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
2.069	106	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.070	106	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.071	106	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
2.072	107	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.073	107	Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e. V. (BTWE)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.074	107	Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BDTA)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.075	107	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.076	107	Roland Berger Strategy Consultants	Finanzausschuss	Berater
2.077	107	Deutsches Krebsforschungszentrum	Finanzausschuss	andere Interessen
2.078	107	Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten e. V. (NGG)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.079	107	Kristina van Deuverden, Institut für Wirtschaftsforschung Halle	Finanzausschuss	andere Interessen
2.080	107	MSI Market Services GmbH	Finanzausschuss	Mittelstand
2.081	107	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.082	107	Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V. (VdR)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.083	107	Verband der Cigarettenindustrie e. V. (VdC)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.084	107	TÜV Anlagentechnik GmbH	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.085	107	Prof. Dr. Fritz Ossenbühl und Dr. Udo Di Fabio	Finanzausschuss	andere Interessen
2.086	107	Norton Rose Vieregge Rechtsanwälte	Finanzausschuss	Berater
2.087	107	Warth & Klein Grant Thornton AG	Finanzausschuss	Berater
2.088	107	Zollkriminalamt	Finanzausschuss	andere Interessen
2.089	107	Prof. Dr. Michael Adams, Universität Hamburg	Finanzausschuss	andere Interessen
2.090	107	Prof. Dr. Helmut Siekmann	Finanzausschuss	andere Interessen
2.091	107	Bundesverband der Zigarrenindustrie e. V. (BdZ)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.092	108	Prof. Dr. Johanna Hey	Finanzausschuss	andere Interessen
2.093	108	Prof. Dr. Stefan Homburg	Finanzausschuss	andere Interessen
2.094	108	Prof. Dr. Ursula Nelles, Universität Münster	Finanzausschuss	andere Interessen
2.095	108	Prof. Dr. Wolfram Reiß	Finanzausschuss	andere Interessen
2.096	108	Prof. Dr. Bernd Schünemann, Ludwig-Maximilians Universität München	Finanzausschuss	andere Interessen
2.097	108	Prof. Dr. Wolfgang Joecks	Finanzausschuss	andere Interessen
2.098	108	Bundesfinanzhof (BFH)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.099	108	Staatsanwaltschaft Bielefeld	Finanzausschuss	andere Interessen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
2.100	108	Staatsanwaltschaft Bochum	Finanzausschuss	andere Interessen
2.101	108	Bundesrechtsanwaltskammer	Finanzausschuss	Berater
2.102	108	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.103	108	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
2.104	108	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
2.105	108	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.106	108	Deutscher Anwaltverein e. V.	Finanzausschuss	Berater
2.107	108	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.108	108	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
2.109	108	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.110	108	Institut Finanzen und Steuern e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.111	108	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.112	108	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.113	108	UnternehmensGrün	Finanzausschuss	Mittelstand
2.114	108	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.115	108	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
2.116	109	Börse Berlin Bremen	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.117	109	Bundesverband der Finanzintermediäre an den deutschen Wertpapierbörsen e. V. (BFI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.118	109	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.119	109	Deutsche Börse AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.120	109	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
2.121	109	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V. (DSW)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.122	109	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.123	109	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.124	109	Goldman Sachs & Co	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.125	109	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	Finanzausschuss	andere Interessen
2.126	109	Prof. Dr. Paul Bernd Spahn	Finanzausschuss	andere Interessen
2.127	109	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.128	110	Die Familienunternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
2.129	110	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.130	110	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
2.131	110	Bundesverband Junger Unternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
2.132	110	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.133	110	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.134	110	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.135	110	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
2.136	110	UnternehmensGrün	Finanzausschuss	Mittelstand
2.137	110	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.138	110	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.139	110	Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.140	111	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.141	111	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.142	111	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Luftfahrt-Unternehmen (ADL)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.143	111	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V. (AGDW)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.144	111	Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.145	111	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.146	111	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	Finanzausschuss	andere Interessen
2.147	111	Verband der Privaten Bausparkassen e. V. und Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen, Abteilung im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.148	111	Bundessteuerberaterkammer	Finanzausschuss	Berater
2.149	111	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.150	111	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.151	111	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.152	111	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.153	111	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.154	111	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.155	111	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.156	111	Bundesverband Junger Unternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
2.157	111	Deutsche Bahn AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.158	111	Deutsche Börse AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.159	111	Deutsche Bundesbank	Finanzausschuss	andere Interessen
2.160	111	Deutsche Lufthansa	Finanzausschuss	Großunternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
2.161	111	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.162	111	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.163	111	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.164	111	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Finanzausschuss	andere Interessen
2.165	111	Deutsche Städtetag	Finanzausschuss	andere Interessen
2.166	111	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Finanzausschuss	Berater
2.167	111	Deutsches Aktieninstitut e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.168	111	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.169	111	Deutsches Verkehrsforum e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.170	111	empirica Wirtschaftsforschung und Beratung	Finanzausschuss	Mittelstand
2.171	111	Fachverband Deutscher Floristen Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.172	111	Gesamtverband der Werbeartikel-Wirtschaft e. V. (GWW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.173	111	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Finanzausschuss	Mittelstand
2.174	111	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.175	111	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Finanzausschuss	Berater
2.176	111	Institut Finanzen und Steuern e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.177	111	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.178	111	Aurubis AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.179	111	Linklaters	Finanzausschuss	Berater
2.180	111	Flick Gocke Schaumburg	Finanzausschuss	Berater
2.181	111	Prof. Dr. Johann Eekhoff	Finanzausschuss	andere Interessen
2.182	111	Prof. Dr. Lorenz Jarass	Finanzausschuss	andere Interessen
2.183	111	Prof. Dr. Norbert Krawitz	Finanzausschuss	andere Interessen
2.184	111	Prof. Dr. Peter Bareis	Finanzausschuss	andere Interessen
2.185	111	Prof. Dr. Rudolf Hickel	Finanzausschuss	andere Interessen
2.186	111	Prof. Dr. Wolfgang Schön	Finanzausschuss	andere Interessen
2.187	111	Prof. Dr. Wolfram Reiß	Finanzausschuss	andere Interessen
2.188	111	Dr. Rainer Kambeck, Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.189	111	Threadneedle Investment	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.190	111	UnternehmensGrün	Finanzausschuss	Mittelstand
2.191	111	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Finanzausschuss	Mittelstand

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
2.192	111	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.193	111	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.194	111	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.195	111	Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V. (BDSI)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.196	111	Verband des Deutschen Blumen-Groß- und Importhandel e. V. (BGI)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.197	111	KPMG AG	Finanzausschuss	Berater
2.198	111	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.199	111	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.200	111	Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft e. V. (ZAW)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.201	111	Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.202	111	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.203	111	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.204	112	Dr. Hans-Jochen Luhmann, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen	Finanzausschuss	andere Interessen
2.205	112	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.206	112	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.207	112	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.208	112	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V.	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.209	112	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) und Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.210	112	Bundesverband Junger Unternehmer	Finanzausschuss	Mittelstand
2.211	112	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	Finanzausschuss	andere Interessen
2.212	112	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.213	112	Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e. V. (DEBRIV)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.214	112	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.215	112	Deutscher Naturschutzring e. V. (DNR)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.216	112	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.217	112	Wirtschaftsvereinigung Metalle e. V. (WVMETALLE)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.218	112	Hydro Aluminium Deutschland AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.219	112	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.220	112	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen

Nr.	ID	Stellungnahme	Ebene	Kategorie
2.221	112	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.222	112	NABU Naturschutzbund Deutschland e. V.	Finanzausschuss	andere Interessen
2.223	112	Dr. Rainer Kambeck, Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	Finanzausschuss	andere Interessen
2.224	112	Ruhrgas AG	Finanzausschuss	Großunternehmen
2.225	112	Umweltbundesamt	Finanzausschuss	andere Interessen
2.226	112	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.227	112	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Finanzausschuss	Mittelstand
2.228	112	Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V. (VIK)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.229	112	Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)	Finanzausschuss	allgemeine Unternehmen
2.230	112	Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG)	Finanzausschuss	Mittelstand

Anmerkungen: Die Tabelle gibt einen Überblick über die identifizierten Stellungnahmen und deren Zuordnung zu den Kategorien im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017. Die ID gibt die in Anhang 1 Tabelle 51 zugeordnete steuerliche öffentliche Anhörungssitzung an, zu der die jeweilige Stellungnahme eingereicht wurde.

Anhang 4: Kategorisierung der durch die Finanzausschusspolitiker in den öffentlichen Anhörungssitzungen befragten Interessenvertreter

Tabelle 54: Kategorisierung der durch die Finanzausschusspolitiker in den öffentlichen Anhörungssitzungen befragten Interessenvertreter

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
1	Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg	andere Interessen	Union
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	Union
1	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Berater	SPD
1	Zukunft ERDGAS e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
1	Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg	andere Interessen	Union
1	Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes	andere Interessen	Linke
1	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
1	Westfälische Wilhelms-Universität Münster	andere Interessen	Grüne
1	Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes	andere Interessen	SPD
1	Deutscher Verband Flüssiggas e. V. (DVFG)	Mittelstand	SPD
1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Mittelstand	Union
1	Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. (UNITI)	Mittelstand	Union
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	Union
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	Union
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	Union
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
1	Arepo Consult	Berater	SPD
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
1	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
1	Arepo Consult	Berater	Linke
1	Westfälische Wilhelms-Universität Münster	andere Interessen	Grüne
1	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	Union
1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Mittelstand	Union
1	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Berater	SPD
1	Zukunft ERDGAS e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
1	Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg	andere Interessen	Union
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	SPD
1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Mittelstand	Union
1	Deutscher Verband Flüssiggas e. V. (DVFG)	Mittelstand	Union
1	Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes	andere Interessen	Linke
1	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
1	Westfälische Wilhelms-Universität Münster	andere Interessen	Grüne
1	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
2	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
2	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
2	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
2	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
2	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
2	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
2	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
2	Transparency International Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
2	Andreas Frank	Berater	Grüne
2	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	SPD
2	Universität Augsburg	andere Interessen	Union
2	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
2	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
2	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
2	Deutscher Lotto- und Totoblock (DLTB)	allgemeine Unternehmen	SPD
2	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
2	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
2	Transparency International Deutschland e. V.	andere Interessen	Linke
2	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
2	Bundesfinanzministerium	andere Interessen	Grüne
2	Bundesfinanzministerium	andere Interessen	Grüne
2	Andreas Frank	Berater	Grüne
2	Prepaid Verband Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
2	Prepaid Verband Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
2	Cash Payment Solutions GmbH	Mittelstand	Union
3	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
3	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
3	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
3	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
3	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
3	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
3	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
3	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
3	Hessisches Ministerium der Finanzen	andere Interessen	Grüne
3	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
3	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
3	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Großunternehmen	Union
3	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
3	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
3	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
3	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
3	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
3	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
3	Verband Insolvenzverwalter Deutschlands e. V. (VID)	allgemeine Unternehmen	Union
3	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
3	Hessisches Ministerium der Finanzen	andere Interessen	Grüne
3	Universität Heidelberg	andere Interessen	Grüne
3	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
3	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	Union
3	Hessisches Ministerium der Finanzen	andere Interessen	SPD
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	SPD
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
4	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
4	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	Linke
4	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	Grüne
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
4	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	SPD
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
4	Bankenfachverband e. V.	Großunternehmen	Union
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
4	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
4	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
4	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Grüne
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
4	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
4	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
4	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
4	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Linke
4	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Grüne
5	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
5	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
5	Auto Club Europa e. V. (ACE)	andere Interessen	SPD
5	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	andere Interessen	Union
5	Universität Mannheim	andere Interessen	Union
5	Ralf Ratzenberger	andere Interessen	Linke
5	Zeppelin Universität Friedrichshafen	andere Interessen	Linke
5	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
5	Zeppelin Universität Friedrichshafen	andere Interessen	Grüne
5	Auto Club Europa e. V. (ACE)	andere Interessen	SPD
5	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	andere Interessen	Union
5	Universität Mannheim	andere Interessen	Union
5	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
5	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	andere Interessen	Linke
6	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
6	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
6	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
6	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
6	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
6	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
6	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
6	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	allgemeine Unternehmen	Union
6	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Linke
6	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
6	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
6	Auto Club Europa e. V. (ACE)	andere Interessen	SPD
6	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
6	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
6	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	allgemeine Unternehmen	Union
6	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	allgemeine Unternehmen	Union
6	Auto Club Europa e. V. (ACE)	andere Interessen	Union
6	Auto Club Europa e. V. (ACE)	andere Interessen	SPD
6	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Linke
6	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
6	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
6	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Grüne
7	Generalzolldirektion	andere Interessen	Union
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	SPD
7	Hauptzollamt Stuttgart	andere Interessen	Union
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	Linke
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Linke
7	IG Bauen-Agrar-Umwelt	andere Interessen	Grüne
7	Hauptzollamt Stuttgart	andere Interessen	Grüne
7	Generalzolldirektion	andere Interessen	SPD
7	Hauptzollamt Stuttgart	andere Interessen	SPD
7	Deutscher Landkreistag e. V.	andere Interessen	Union
7	Hauptzollamt Stuttgart	andere Interessen	SPD
7	Deutscher Landkreistag e. V.	andere Interessen	SPD
7	Hauptzollamt Stuttgart	andere Interessen	Union
7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	SPD
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
7	Generalzolldirektion	andere Interessen	Union
7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	Linke
7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	Linke
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Grüne
7	Hauptzollamt Stuttgart	andere Interessen	Grüne
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	SPD
7	Deutscher Landkreistag e. V.	andere Interessen	Union
7	Generalzolldirektion	andere Interessen	Union
7	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	Linke
7	Hauptzollamt Stuttgart	andere Interessen	Linke
7	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Grüne
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
8	Bundesverband Deutsche Startups e. V.	Mittelstand	Union
8	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
8	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
8	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
8	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
8	Deutsche Städtetag	andere Interessen	Linke
8	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
8	Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg	andere Interessen	Grüne
8	Deutsche Städtetag	andere Interessen	SPD
8	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
8	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
8	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
8	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
8	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
8	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
8	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Union
8	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
8	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Linke
8	Bitkom e. V.	Mittelstand	Grüne
8	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
8	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
8	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
8	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
8	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Grüne
8	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Grüne
9	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
9	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
9	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
9	Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg	andere Interessen	SPD
9	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
9	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Großunternehmen	Union
9	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
9	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
9	Hessisches Ministerium der Finanzen	andere Interessen	Grüne
9	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
9	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	SPD
9	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
9	PricewaterhouseCoopers AG (PWC)	Berater	Union
9	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
9	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Großunternehmen	Union
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
9	Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
9	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
9	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
9	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
9	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
9	Hessisches Ministerium der Finanzen	andere Interessen	Grüne
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
9	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
9	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
9	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
9	Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	andere Interessen	Grüne
9	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
9	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
9	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Grüne
9	Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	andere Interessen	Grüne
10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
10	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
10	Finanzamt Münster	andere Interessen	SPD
10	Deutschen Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	allgemeine Unternehmen	SPD
10	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	andere Interessen	Union
10	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
10	Oberfinanzdirektion Niedersachsen	andere Interessen	Grüne
10	VECTRON Systems AG	Mittelstand	Grüne
10	Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich	andere Interessen	SPD
10	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
10	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	andere Interessen	Union
10	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
10	Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich	andere Interessen	SPD
10	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Hamburg	andere Interessen	SPD
10	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
10	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Mittelstand	Union
10	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
10	VECTRON Systems AG	Mittelstand	Linke
10	Oberfinanzdirektion Niedersachsen	andere Interessen	Grüne
10	Deutschen Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	allgemeine Unternehmen	Grüne
11	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
11	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
11	Ludwig-Maximilians-Universität München	andere Interessen	SPD
11	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
11	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
11	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
11	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Linke

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
11	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)	andere Interessen	Grüne
11	Bitkom e. V.	Mittelstand	Grüne
11	CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis	andere Interessen	SPD
11	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
11	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	Union
11	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
11	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
11	Ludwig-Maximilians-Universität München	andere Interessen	Union
11	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	SPD
11	CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis	andere Interessen	SPD
11	Bitkom e. V.	Mittelstand	Union
11	Ludwig-Maximilians-Universität München	andere Interessen	Union
11	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Linke
11	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Linke
11	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Linke
11	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)	andere Interessen	Grüne
11	Bitkom e. V.	Mittelstand	Grüne
11	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	Union
11	Ludwig-Maximilians-Universität München	andere Interessen	SPD
11	Ludwig-Maximilians-Universität München	andere Interessen	Grüne
12	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
12	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
12	IG Metall Baden-Württemberg	andere Interessen	SPD
12	Bayerische Motoren Werke AG (BMW)	Großunternehmen	Union
12	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Union
12	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
12	Fraunhofer-Institut	andere Interessen	Grüne
12	NABU Naturschutzbund Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
12	IG Metall Baden-Württemberg	andere Interessen	SPD
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
12	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
12	IG Metall Baden-Württemberg	andere Interessen	SPD
12	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
12	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Linke
12	NABU Naturschutzbund Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
12	Fraunhofer-Institut	andere Interessen	Grüne
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
12	Bayerische Motoren Werke AG (BMW)	Großunternehmen	Union
12	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
12	IG Metall Baden-Württemberg	andere Interessen	SPD
12	Bayerische Motoren Werke AG (BMW)	Großunternehmen	SPD
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
12	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
13	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
13	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
13	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
13	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
13	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
13	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
13	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
13	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik	andere Interessen	Grüne
13	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	andere Interessen	Grüne
13	Tax Research LLP	andere Interessen	SPD
13	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
13	BASF SE	Großunternehmen	Union
13	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
13	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
13	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik	andere Interessen	Union
13	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
13	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
13	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
13	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)	andere Interessen	Union
13	Netzwerk Steuergerechtigkeit Afrika	andere Interessen	Linke
13	Netzwerk Steuergerechtigkeit Afrika	andere Interessen	Grüne
13	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Grüne
13	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
13	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik	andere Interessen	Union
14	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
14	Universität Ulm	andere Interessen	SPD
14	Allen & Overy LLP	Berater	SPD
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
14	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
14	Prof. Dr. Falko Tappen	nicht kategorisierbar	Grüne
14	Prof. Dr. Falko Tappen	nicht kategorisierbar	Grüne
14	Universität Ulm	andere Interessen	Grüne
14	Institut für Finanzrecht, Universität Wien	andere Interessen	SPD
14	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
14	WTS Group AG, Steuerberatungsgesellschaft	Berater	Union
14	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
14	Die Familienunternehmer	Mittelstand	Union
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	SPD
14	Allen & Overy LLP	Berater	SPD
14	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
14	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
14	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
14	Institut für Finanzrecht Universität Wien	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
14	Institut für Finanzrecht Universität Wien	andere Interessen	Grüne
14	Prof. Dr. Falko Tappen	nicht kategorisierbar	Grüne
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
14	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
14	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
14	Universität Ulm	andere Interessen	SPD
14	Institut für Finanzrecht Universität Wien	andere Interessen	SPD
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
14	WTS Group AG, Steuerberatungsgesellschaft	Berater	Union
14	WTS Group AG, Steuerberatungsgesellschaft	Berater	Grüne
14	Universität Ulm	andere Interessen	SPD
14	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
15	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
15	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	allgemeine Unternehmen	Union
15	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
15	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
15	Bundesarchitektenkammer	andere Interessen	Union
15	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	Linke
15	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Linke
15	UTB Projektmanagement und Verwaltungsgesellschaft mbH	Mittelstand	Grüne
15	KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH	Berater	Grüne
15	Deutsche Städtetag	andere Interessen	SPD
15	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Union
15	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
15	Dachverband Deutscher Immobilienverwalter e. V. (DDIV)	Mittelstand	Union
15	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Union
15	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
15	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
15	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
15	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	Linke
15	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Linke
15	UTB Projektmanagement und Verwaltungsgesellschaft mbH	Mittelstand	Grüne
15	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
15	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
15	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
15	IG Bauen-Agrar-Umwelt	andere Interessen	SPD
15	KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH	Berater	SPD
15	Bundesarchitektenkammer	andere Interessen	Union
15	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
15	Deutsche Städtetag	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
15	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	SPD
15	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	allgemeine Unternehmen	Union
15	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
15	KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH	Berater	Linke
15	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	Linke
15	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
15	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Grüne
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
16	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
16	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
16	BdSt	andere Interessen	Union
16	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Linke
16	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Linke
16	Chaos Computer Club e. V.	andere Interessen	Grüne
16	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Grüne
16	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
16	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Union
16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
16	DATEV eG	Großunternehmen	Union
16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
16	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Union
16	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Union
16	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	Linke
16	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	Linke
16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
16	Chaos Computer Club e. V.	andere Interessen	Grüne
16	Hessisches Ministerium der Finanzen	andere Interessen	Union
16	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	andere Interessen	SPD
17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	Union
17	Berufsbildungsstätte Seeschifffahrt e. V.	andere Interessen	Union
17	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	Union
17	PricewaterhouseCoopers AG (PWC)	Berater	Union
17	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	Linke
17	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	Grüne
17	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	SPD
17	Berufsbildungsstätte Seeschifffahrt e. V.	andere Interessen	SPD
17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	Union
17	PricewaterhouseCoopers AG (PWC)	Berater	Union
17	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	Union
17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
17	Berufsbildungsstätte Seeschifffahrt e. V.	andere Interessen	SPD
17	Berufsbildungsstätte Seeschifffahrt e. V.	andere Interessen	Union
17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	Linke
17	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	Linke
17	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	Grüne
17	PricewaterhouseCoopers AG (PWC)	Berater	Grüne
17	PricewaterhouseCoopers AG (PWC)	Berater	Union
17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	Union
17	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
18	Universität Ulm	andere Interessen	Union
18	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
18	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
18	Universität Ulm	andere Interessen	Union
18	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
18	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
18	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
18	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
18	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
18	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
18	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
18	Universität Ulm	andere Interessen	Union
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
18	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
18	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	SPD
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
18	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
18	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Grüne
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Grüne
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Grüne
19	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
19	Gewerkschaft der Polizei	andere Interessen	SPD
19	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
19	Gewerkschaft der Polizei	andere Interessen	Linke
19	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Grüne
19	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	Grüne
19	Gewerkschaft der Polizei	andere Interessen	Union
19	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
19	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
19	Gewerkschaft der Polizei	andere Interessen	Linke
19	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Grüne
19	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
19	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
20	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Union
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	Union
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	Union
20	Universität Speyer	andere Interessen	SPD
20	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
20	Schnellecke Group AG & Co. KG	Mittelstand	Union
20	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
20	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
20	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
20	UnternehmensGrün	Mittelstand	Grüne
20	Ruhr-Universität Bochum	andere Interessen	Grüne
20	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
20	Dr. Carsten Kühl, Minister a. D.	andere Interessen	SPD
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	Union
20	Warth & Klein Grant Thornton AG	Berater	Union
20	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
20	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
20	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
20	Warth & Klein Grant Thornton AG	Berater	Union
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
20	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
20	Ruhr-Universität Bochum	andere Interessen	Grüne
20	Ruhr-Universität Bochum	andere Interessen	Grüne
21	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
21	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
21	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
21	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
21	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
21	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
21	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
21	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Linke
21	Universität Passau	andere Interessen	Grüne
21	Deutsche Städtetag	andere Interessen	SPD
21	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
21	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
21	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
21	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
21	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
21	Verband der Universitätsklinika Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
21	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
21	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
21	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
21	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
21	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
21	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
21	Universität Passau	andere Interessen	Grüne
21	Deutsche Städtetag	andere Interessen	SPD
22	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
22	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
22	Universität Speyer	andere Interessen	SPD
22	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
22	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
22	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	Linke
22	Universität Speyer	andere Interessen	Grüne
22	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.	andere Interessen	SPD
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	SPD
22	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
22	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
22	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
22	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
22	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Union
22	Deutscher Familienverband	andere Interessen	Union
22	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	Linke
22	Hochschule Darmstadt	andere Interessen	Grüne
22	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Grüne
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Union
22	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	andere Interessen	Union
22	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
22	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
22	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
22	Ludwig-Maximilians-Universität München	andere Interessen	SPD
22	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
22	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
22	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
22	Universität Speyer	andere Interessen	Grüne
22	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	Linke
22	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Grüne
22	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	andere Interessen	Grüne
23	Universität Mannheim	andere Interessen	Union
23	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
23	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	andere Interessen	Union
23	Gemeingut in Bürgerinnenhand e. V. (GIB)	andere Interessen	Linke
23	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
23	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Grüne
23	Universität Mannheim	andere Interessen	SPD
23	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
23	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	Großunternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
23	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	Großunternehmen	Union
23	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
23	Universität Mannheim	andere Interessen	SPD
23	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
23	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
23	Gemeingut in Bürgerinnenhand e. V. (GIB)	andere Interessen	Linke
23	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	andere Interessen	Grüne
23	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
23	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH	Großunternehmen	Union
23	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	SPD
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
24	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
24	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
24	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
24	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
24	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
24	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
24	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Linke
24	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	Grüne
24	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Grüne
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
24	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	SPD
24	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	SPD
24	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
24	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
24	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
24	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
24	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
24	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Union
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Linke
24	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Linke
24	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Grüne
24	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Grüne
24	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
24	Thyssen Krupp AG	Großunternehmen	SPD
24	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
24	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
25	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
25	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
25	Finanzamt Hagen	andere Interessen	SPD
25	Bundesgerichtshof	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
25	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
25	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
25	Frank Wehrheim, Steuerberater	Berater	Linke
25	Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz	andere Interessen	Grüne
25	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
25	Finanzamt Verden	andere Interessen	SPD
25	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
25	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
25	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
25	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
25	Bundesgerichtshof	andere Interessen	SPD
25	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
25	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
25	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Linke
25	Bundesgerichtshof	andere Interessen	Linke
25	Frank Wehrheim, Steuerberater	Berater	Grüne
25	Finanzamt Hagen	andere Interessen	Grüne
25	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	Union
25	Volkswagen AG	Großunternehmen	Union
25	Finanzamt Hagen	andere Interessen	SPD
25	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
25	Bundesverband deutscher Banken e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
25	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	Union
25	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
25	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
25	Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz	andere Interessen	Linke
25	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Linke
25	Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz	andere Interessen	Grüne
26	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
26	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
26	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
26	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Union
26	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
26	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Linke
26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
26	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
26	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
26	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
26	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Union
26	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
26	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Linke
26	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Linke

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
26	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
26	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	Grüne
26	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Grüne
26	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
26	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
26	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
26	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
26	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	Linke
26	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Linke
26	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Grüne
26	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
26	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Union
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
26	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
26	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
27	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
27	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
27	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
27	Finanzgericht	andere Interessen	SPD
27	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
27	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
27	PricewaterhouseCoopers AG	Berater	Grüne
27	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
27	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
27	Finanzgericht	andere Interessen	SPD
27	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
27	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
27	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
27	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
27	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
27	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	FDP
27	Hengeler Müller	Berater	FDP
27	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
27	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
27	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
27	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
27	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
27	PricewaterhouseCoopers AG	Berater	Grüne
27	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Grüne
27	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
27	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
27	Finanzgericht	andere Interessen	SPD
27	Zentraler Immobilien Ausschuss e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
27	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
27	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
28	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	SPD
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
28	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	FDP
28	Flick Gocke Schaumburg	Berater	FDP
28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
28	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Grüne
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Grüne
28	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	SPD
28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	SPD
28	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
28	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Union
28	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
28	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
28	Flick Gocke Schaumburg	Berater	FDP
28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	FDP
28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	FDP
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
28	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
28	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
28	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
28	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Linke
28	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Grüne
29	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	andere Interessen	Union
29	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Union
29	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
29	Bündnis für Gemeinnützigkeit	andere Interessen	SPD
29	Bucerius Law School	andere Interessen	FDP
29	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
29	Universität Magdeburg	andere Interessen	Linke
29	Transparency International Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
29	Bucerius Law School	andere Interessen	Grüne
29	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Union
29	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
29	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts- pflege e. V.	andere Interessen	SPD
29	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	andere Interessen	Union
29	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
29	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
29	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
29	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	andere Interessen	Union
29	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
29	Bündnis für Gemeinnützigkeit	andere Interessen	SPD
29	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
29	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	Union
29	Universität Magdeburg	andere Interessen	Linke
29	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Linke
29	Transparency International Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
29	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
29	Deutscher Caritasverband e. V.	andere Interessen	Union
29	Bündnis für Gemeinnützigkeit	andere Interessen	SPD
29	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	SPD
29	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	andere Interessen	SPD
29	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
29	Bucerius Law School	andere Interessen	FDP
29	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Union
30	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirt- schaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
30	Stiftung Warentest	andere Interessen	Union
30	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
30	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirt- schaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
30	Bundesverband Finanzdienstleistungen e. V. (AfW)	allgemeine Unternehmen	FDP
30	Morgen & Morgen GmbH	Mittelstand	FDP
30	Institut für Makroökonomie und Konjunkturfors- chung (IMK)	andere Interessen	Linke
30	Bund der Versicherten e. V.	andere Interessen	Linke
30	Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V.	andere Interessen	Grüne
30	Bund der Versicherten e. V.	andere Interessen	Grüne
30	Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V. (BDV)	Berater	Union
30	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
30	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
30	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
30	Institut für Finanz- und Aktuarwissenschaften (ifa)	Berater	Union
30	Morgen & Morgen GmbH	Mittelstand	Union
30	Universität Freiburg	andere Interessen	Union
30	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
30	Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	FDP
30	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirt- schaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
30	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirt- schaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
30	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
30	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobi- lienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
30	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	Linke
30	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
30	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
30	Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg	andere Interessen	Grüne
30	Stiftung Warentest	andere Interessen	Union
30	Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V.	andere Interessen	Union
30	Stiftung Warentest	andere Interessen	SPD
30	Deutsche Rentenversicherung Bund	andere Interessen	SPD
30	Stiftung Warentest	andere Interessen	FDP
30	Stiftung Warentest	andere Interessen	FDP
30	Bund der Versicherten e. V.	andere Interessen	FDP
30	Institut für Finanz- und Aktuarwissenschaften (ifa)	Berater	Union
30	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
30	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
30	Deutsche Rentenversicherung Bund	andere Interessen	SPD
30	Deutsche Rentenversicherung Bund	andere Interessen	Union
30	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
30	Bund der Versicherten e. V.	andere Interessen	Linke
30	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	Linke
30	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
30	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
30	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
30	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
30	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
31	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
31	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
31	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
31	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	andere Interessen	SPD
31	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
31	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	FDP
31	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin	andere Interessen	Linke
31	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
31	Dr. Falko Tappen	nicht kategorisierbar	Grüne
31	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
31	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
31	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin	andere Interessen	SPD
31	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
31	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Union
31	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
31	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
31	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
31	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin	andere Interessen	FDP
31	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	FDP
31	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	andere Interessen	SPD
31	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
31	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
31	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Linke

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
31	Dr. Falko Tappen	nicht kategorisierbar	Grüne
31	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Grüne
31	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
31	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Union
31	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
31	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	FDP
31	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
31	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
31	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
31	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
31	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	SPD
31	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	SPD
31	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
31	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
32	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
32	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
32	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	SPD
32	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
32	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	FDP
32	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Linke
32	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	Grüne
32	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
32	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
32	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	Union
32	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
32	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
32	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	FDP
32	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
32	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	SPD
32	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
32	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Union
32	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	Linke
32	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Linke
32	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	Grüne
32	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
32	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
32	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Union
32	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	SPD
32	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
32	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
32	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
32	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
32	Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo)	andere Interessen	Grüne
32	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
33	Technische Universität Chemnitz	andere Interessen	Union
33	Technische Universität Chemnitz	andere Interessen	Union
33	Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
33	Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
33	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	SPD
33	Air Berlin	Großunternehmen	FDP
33	Deutsche Lufthansa	Großunternehmen	FDP
33	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	Linke
33	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
33	WWF Deutschland	andere Interessen	Grüne
33	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
33	Deutsche Lufthansa	Großunternehmen	Union
33	Technische Universität Chemnitz	andere Interessen	Union
33	Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
33	Technische Universität Chemnitz	andere Interessen	SPD
33	Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
33	Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
33	Deutsche Lufthansa	Großunternehmen	FDP
33	Air Berlin	Großunternehmen	FDP
33	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	SPD
33	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	SPD
33	Technische Universität Chemnitz	andere Interessen	Union
33	Technische Universität Chemnitz	andere Interessen	Linke
33	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
33	Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
34	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
34	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
34	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
34	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
34	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
34	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	FDP
34	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
34	Hochschule Rhein-Main	andere Interessen	Linke
34	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
34	Hochschule Rhein-Main	andere Interessen	Grüne
34	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
34	HLB Deutschland GmbH	Mittelstand	Union
34	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
34	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
34	PricewaterhouseCoopers AG (PWC)	Berater	Union
34	Universität Konstanz	andere Interessen	Union
34	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
34	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
35	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
35	Energieintensive Industrien in Deutschland	allgemeine Unternehmen	Union
35	Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF)	allgemeine Unternehmen	SPD
35	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
35	Handwerkskammer Stuttgart	Mittelstand	FDP
35	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
35	Energieintensive Industrien in Deutschland	allgemeine Unternehmen	FDP
35	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Linke
35	Arepo Consult	Berater	Linke
35	Dr. Hans-Joachim Ziesing, Ecologic Institut	andere Interessen	Grüne
35	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
35	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	SPD
35	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
35	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
35	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
35	Energy Environment Forecast Analysis GmbH & Co. KG	Berater	Grüne
35	Energy Environment Forecast Analysis GmbH & Co. KG	Berater	Union
35	Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF)	allgemeine Unternehmen	SPD
35	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
35	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
35	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
35	Energieintensive Industrien in Deutschland	allgemeine Unternehmen	FDP
35	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
35	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
35	Arepo Consult	Berater	Linke
35	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Linke
35	Senior Policy Advisor am Ecologic Institut	andere Interessen	Grüne
35	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
36	Universität Liechtenstein	andere Interessen	Union
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	Union
36	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	SPD
36	Hilti AG	Mittelstand	FDP
36	ThyssenKrupp AG	Großunternehmen	FDP
36	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	Grüne
36	Universität Liechtenstein	andere Interessen	Grüne
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	Union
36	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	SPD
36	Staatsanwaltschaft Liechtenstein	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
36	Universität Liechtenstein	andere Interessen	SPD
36	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
36	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	Union
36	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	FDP
36	Universität Hamburg und PricewaterhouseCoopers AG (PWC)	Berater	FDP
36	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	SPD
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	SPD
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	Union
36	Universität Liechtenstein	andere Interessen	Union
36	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
36	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Grüne
36	Ministerium für Präsidiales und Finanzen, Regierung Liechtenstein	andere Interessen	Grüne
37	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
37	Verband Deutscher Versicherungsmakler e. V. (VDVM)	allgemeine Unternehmen	Union
37	Universität Potsdam	andere Interessen	SPD
37	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
37	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
37	Verband Deutscher Versicherungsmakler e. V. (VDVM)	allgemeine Unternehmen	FDP
37	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Linke
37	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Linke
37	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
37	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Grüne
37	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
37	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
37	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
37	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
37	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
37	Deutscher Bauernverband e. V.	Mittelstand	Union
37	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	FDP
37	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	FDP
37	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
37	Universität Potsdam	andere Interessen	SPD
37	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
37	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Grüne
37	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
37	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
38	Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)	andere Interessen	Union
38	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
38	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
38	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	SPD
38	Schweizerische Bankenvereinigung, SwissBanking	allgemeine Unternehmen	FDP
38	UBS AG	Großunternehmen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
38	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
38	Freien Universität Berlin	andere Interessen	Linke
38	Prof. Itai Grinberg , Georgetown University Law Center	andere Interessen	Grüne
38	Schweizerische Bankenvereinigung, SwissBanking	allgemeine Unternehmen	Union
38	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
38	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
38	UBS AG	Großunternehmen	SPD
38	UBS AG	Großunternehmen	SPD
38	Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)	andere Interessen	Union
38	Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)	andere Interessen	Union
38	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
38	Freshfields Bruckhaus Deringer	Berater	FDP
38	Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)	andere Interessen	FDP
38	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
38	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	SPD
38	Schweizerische Bankenvereinigung, SwissBanking	allgemeine Unternehmen	Union
38	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
38	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
38	Freien Universität Berlin	andere Interessen	Linke
38	UBS AG	Großunternehmen	Grüne
38	Mark Morris, Experte Zinsbesteuerungsrichtlinie	Berater	Grüne
38	Freshfields Bruckhaus Deringer	Berater	Union
38	Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)	andere Interessen	Union
38	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
38	UBS AG	Großunternehmen	SPD
39	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
39	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
39	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
39	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
39	Siemens AG	Großunternehmen	FDP
39	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
39	Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V.	andere Interessen	Linke
39	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
39	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
39	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
39	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
39	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
39	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
39	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	FDP
39	Universität Bayreuth	andere Interessen	FDP
39	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
39	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
39	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
39	Sozietät Rowedder Zimmermann Haß	Berater	Union
39	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
39	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
39	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
39	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Linke
39	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
39	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Union
39	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Union
39	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
39	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
39	Freie Universität Berlin	andere Interessen	FDP
39	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
39	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
39	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
39	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
39	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
39	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Linke
39	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Linke
39	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Union
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
39	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
39	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Grüne
39	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
39	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
39	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)	andere Interessen	SPD
39	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
39	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Union
39	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
39	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
39	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
39	Universität Bayreuth	andere Interessen	SPD
39	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
39	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
39	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
39	Freie Universität Berlin	andere Interessen	FDP
40	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
40	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
40	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	SPD
40	Universität Duisburg-Essen	andere Interessen	SPD
40	BASF SE	Großunternehmen	FDP
40	K + S AG	Großunternehmen	FDP
40	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Linke
40	Universität Duisburg-Essen	andere Interessen	Grüne
40	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Grüne
40	Deutscher Speditions- und Logistikverband e. V. (DSLTV)	Mittelstand	Union
40	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
40	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Berater	Union
40	Energieintensive Industrien in Deutschland	allgemeine Unternehmen	Union
40	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) (ZDH)	Mittelstand	Union
40	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
40	BASF SE	Großunternehmen	FDP
40	Universität Duisburg-Essen	andere Interessen	SPD
40	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Berater	SPD
40	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Linke
40	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
40	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
40	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
41	Stiftung Marktwirtschaft	andere Interessen	Union
41	Commerzbank AG	Großunternehmen	Union
41	Bergische Universität Wuppertal	andere Interessen	SPD
41	Hertie School of Governance	andere Interessen	SPD
41	University of Oxford	andere Interessen	FDP
41	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	FDP
41	University of Oxford	andere Interessen	FDP
41	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin	andere Interessen	Linke
41	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
41	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin	andere Interessen	Linke
41	Hans-Böckler-Stiftung	andere Interessen	Grüne
41	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin	andere Interessen	Grüne
41	Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)	andere Interessen	Union
41	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
41	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	andere Interessen	SPD
41	Hertie School of Governance	andere Interessen	SPD
41	Universität Tübingen	andere Interessen	Union
41	Stiftung Marktwirtschaft	andere Interessen	Union
41	Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)	andere Interessen	Union
41	Stiftung Marktwirtschaft	andere Interessen	Union
41	Commerzbank AG	Großunternehmen	FDP
41	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
41	Universität Tübingen	andere Interessen	SPD
41	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
41	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	Union
41	KfW	andere Interessen	Union
41	Hertie School of Governance	andere Interessen	Linke
41	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
41	Universität Tübingen	andere Interessen	Grüne
41	Hans-Böckler-Stiftung	andere Interessen	Grüne
42	Freshfields Bruckhaus Deringer	Berater	Union
42	Universität Potsdam	andere Interessen	Union
42	Universität Potsdam	andere Interessen	SPD
42	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
42	Redeker Sellner Dahs	Berater	FDP
42	Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin gGmbH und präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH (pad)	andere Interessen	Linke
42	Universität Hohenheim	andere Interessen	Grüne
42	FRANK Consultancy Services GmbH	Berater	Grüne
42	Hauptverband für Traberzucht e. V.	andere Interessen	Union
42	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
42	Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin gGmbH und präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH (pad)	andere Interessen	SPD
42	Redeker Sellner Dahs	Berater	Union
42	Deutscher Buchmacherverband e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
42	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Union
42	Universität Hohenheim	andere Interessen	Union
42	Universität Potsdam	andere Interessen	FDP
42	Redeker Sellner Dahs	Berater	FDP
42	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	SPD
42	Universität Potsdam	andere Interessen	SPD
42	Universität Potsdam	andere Interessen	Union
42	Universität Potsdam	andere Interessen	Union
42	Hauptverband der Traberzucht e. V.	andere Interessen	Union
42	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Linke
42	FRANK Consultancy Services GmbH	Berater	Linke
42	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
42	FRANK Consultancy Services GmbH	Berater	Grüne
42	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Grüne
42	Direktorium für Vollblutzucht und Rennen e. V.	andere Interessen	Union
42	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Union
42	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
42	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Union
42	Direktorium für Vollblutzucht und Rennen e. V.	andere Interessen	Union
42	Hauptverband für Traberzucht e. V.	andere Interessen	Union
43	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
43	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
43	Universität Bremen	andere Interessen	SPD
43	Freie Universität Berlin	andere Interessen	SPD
43	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
43	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	FDP
43	Universität Bremen	andere Interessen	Linke
43	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Linke
43	Universität des Saarlandes	andere Interessen	Grüne
43	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
43	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
43	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
43	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
43	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
43	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZdH)	Mittelstand	Union
43	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
43	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
43	Universität des Saarlandes	andere Interessen	FDP
43	Universität des Saarlandes	andere Interessen	FDP
43	Universität Bayreuth	andere Interessen	FDP
43	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
43	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
43	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Union
43	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
43	Universität Bremen	andere Interessen	Linke
43	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Linke
43	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Grüne
43	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
43	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	Union
43	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
43	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
43	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
43	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
43	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	FDP
43	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
44	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
44	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
44	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
44	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
44	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
44	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
44	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
44	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
44	Dr. Falko Tappen	nicht kategorisierbar	Grüne
44	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
44	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
44	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
44	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
44	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
44	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
44	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Union
44	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
44	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
44	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
44	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
44	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	FDP
44	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	FDP
44	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
44	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	SPD
45	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	Union
45	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	Union
45	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie	andere Interessen	SPD
45	Universität Bielefeld	andere Interessen	SPD
45	Technische Universität München	andere Interessen	FDP
45	PricewaterhouseCoopers	Berater	FDP
45	Attac	andere Interessen	Linke
45	Coalition PLUS	andere Interessen	Linke
45	Re-Define, an International Think Tank	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
45	Universität Bielefeld	andere Interessen	Grüne
45	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
45	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
45	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	andere Interessen	SPD
45	Hans-Böckler-Stiftung	andere Interessen	SPD
45	Deutsche Börse AG	Großunternehmen	Union
45	House of Finance	andere Interessen	Union
45	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
45	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
45	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	FDP
45	Deutscher Derivate Verband e. V. (DDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
45	Bank für Kirche und Caritas e.G.	Großunternehmen	SPD
45	Dirk Müller, Börsenmakler	Mittelstand	SPD
46	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
46	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
46	Universität Potsdam	andere Interessen	SPD
46	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
46	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
46	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
46	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
46	Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (BVMW)	Mittelstand	Grüne
46	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
46	Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (BVMW)	Mittelstand	Union
46	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
46	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
46	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
46	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Mittelstand	Union
46	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
46	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
46	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
46	Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (BVMW)	Mittelstand	FDP
46	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
46	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
46	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
46	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
47	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
47	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
47	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
47	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
47	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	FDP
47	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
47	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
47	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
47	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Union
47	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
47	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	andere Interessen	SPD
47	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
47	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Union
47	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Union
47	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
47	Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V. (BDV)	Berater	Union
47	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
47	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
47	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	SPD
47	Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	andere Interessen	SPD
47	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Union
47	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Union
47	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
47	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	Grüne
47	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Grüne
47	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
47	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
47	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
47	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
47	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
47	Universität Bayreuth	andere Interessen	FDP
47	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Union
47	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
47	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
47	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
47	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
47	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
47	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
47	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Linke
47	Deutscher Bauernverband e. V.	Mittelstand	Union
47	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	Grüne
47	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
47	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	FDP
47	Universität Bayreuth	andere Interessen	SPD
47	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
47	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Union
47	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
48	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
48	Bundesverband deutscher Banken e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
48	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Verband Deutscher Pfandbriefbanken e. V. (vdp)	allgemeine Unternehmen	FDP
48	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
48	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
48	Prof. Dr. Bernhard Emunds	andere Interessen	Linke
48	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Grüne
48	Murphy & Spitz Capital Aktiengesellschaft	Großunternehmen	Grüne
48	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	Union
48	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
48	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V. (VÖB)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
48	Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)	allgemeine Unternehmen	Union
48	Sustainable Development Management	Mittelstand	Grüne
48	GLS Gemeinschaftsbank eG	Großunternehmen	Grüne
48	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	FDP
48	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	FDP
48	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Prof. Dr. Bernhard Emunds	andere Interessen	SPD
48	Bundesverband deutscher Banken e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
48	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
48	Prof. Dr. Bernhard Emunds	andere Interessen	Linke
48	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Linke
48	Forum Nachhaltige Geldanlagen e. V.	andere Interessen	Grüne
48	Forum Nachhaltige Geldanlagen e. V.	andere Interessen	Grüne
48	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
48	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
48	GLS Gemeinschaftsbank eG	Großunternehmen	SPD
48	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	SPD
48	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	FDP
48	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	FDP
48	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
48	Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
49	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	Union
49	Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF)	allgemeine Unternehmen	Union
49	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
49	KfW	andere Interessen	SPD
49	Zentraler Immobilien Ausschuss e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
49	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	FDP
49	InWIS Forschung und Beratung GmbH	Berater	Linke
49	IG Bauen-Agrar-Umwelt	andere Interessen	Linke
49	KfW	andere Interessen	Grüne
49	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
49	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
49	Zentralverband Deutsches Baugewerbe	Mittelstand	Union
49	IG Bauen-Agrar-Umwelt	andere Interessen	SPD
49	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
49	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
49	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
49	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
49	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	FDP
49	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	FDP
49	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
49	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	SPD
49	Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. (DENEFF)	allgemeine Unternehmen	Union
49	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Union
49	IG Bauen-Agrar-Umwelt	andere Interessen	Linke
49	KfW	andere Interessen	Linke
49	KfW	andere Interessen	Grüne
49	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Grüne
49	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
49	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Union
49	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
49	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
49	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
49	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
49	Zentraler Immobilien Ausschuss e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
49	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
49	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
49	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
49	KfW	andere Interessen	Grüne
49	IG Bauen-Agrar-Umwelt	andere Interessen	Linke

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
49	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	Grüne
49	Zentraler Immobilien Ausschuss e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
50	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
50	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
50	Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer	andere Interessen	SPD
50	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
50	Freien Universität Berlin	andere Interessen	FDP
50	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
50	Lutz Schmidt, Steuerberater	Berater	Linke
50	Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (BVKM)	andere Interessen	Linke
50	Lutz Schmidt, Steuerberater	Berater	Grüne
50	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
50	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Union
50	Verband Deutscher Unternehmerinnen e. V.	Mittelstand	Union
50	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
50	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
50	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
50	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
50	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
50	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
50	Universität Bayreuth	andere Interessen	FDP
50	Freien Universität Berlin	andere Interessen	FDP
50	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
50	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
50	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Union
50	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
50	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
50	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
50	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Grüne
50	Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS)	andere Interessen	Grüne
50	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Union
50	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	Union
50	Universität Hamburg	andere Interessen	SPD
50	Freien Universität Berlin	andere Interessen	SPD
50	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
50	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
50	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
50	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
50	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
50	Freien Universität Berlin	andere Interessen	SPD
50	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
50	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
50	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
50	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
50	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V. (AGDW)	andere Interessen	Union
50	Deutscher Bauernverband	Mittelstand	Union
50	Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer	andere Interessen	Grüne
50	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Grüne
50	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	FDP
50	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
50	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
51	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
51	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
51	Oberbürgermeister Pforzheim	andere Interessen	SPD
51	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	FDP
51	Finanz- und Wirtschaftsberatung Dr. Winkler GmbH Chemnitz	Berater	Linke
51	WestLB	Großunternehmen	Linke
51	Rössner Rechtsanwälte München	Berater	Grüne
51	Oberbürgermeister Pforzheim	andere Interessen	Grüne
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Union
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Union
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Union
51	Oberbürgermeister Pforzheim	andere Interessen	SPD
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	SPD
51	Oberbürgermeister Pforzheim	andere Interessen	SPD
51	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Union
51	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	andere Interessen	Union
51	WestLB	Großunternehmen	Union
51	Sachsen Asset Management GmbH (SAM)	Berater	FDP
51	Deutsche Sparkassenakademie	andere Interessen	SPD
51	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
51	WestLB	Großunternehmen	Union
51	Finanz- und Wirtschaftsberatung Dr. Winkler GmbH Chemnitz	Berater	Linke
51	Rössner Rechtsanwälte München	Berater	Linke
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Grüne
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Grüne
51	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Grüne
51	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	andere Interessen	Grüne
51	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Grüne
51	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
51	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	andere Interessen	Union
51	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
51	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	andere Interessen	SPD
51	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
51	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
51	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	andere Interessen	Grüne
52	Bundesverband Alternative Investments e. V. (BAI)	allgemeine Unternehmen	Union
52	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
52	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
52	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
52	Prof. Dr. Andreas Engert	andere Interessen	FDP
52	Verband der Firmenpensionskassen / Nestlé Deutschland	andere Interessen	FDP
52	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
52	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
52	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Grüne
52	Südwind-Institut	andere Interessen	Grüne
52	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
52	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
52	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
52	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
52	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	SPD
52	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	FDP
52	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
52	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
52	Bund Katholischer Unternehmer e. V. (BKU)	Mittelstand	Union
52	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
52	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
52	Hengeler Mueller	Berater	FDP
52	Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger	andere Interessen	SPD
52	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
52	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
52	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
52	Prof. Benoit Granger, französischer Professor	andere Interessen	Linke
52	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	Grüne
52	Prof. Benoit Granger, französischer Professor	andere Interessen	Grüne
52	Prof. Benoit Granger, französischer Professor	andere Interessen	Grüne
52	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	Union
52	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
52	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
52	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
52	Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger	andere Interessen	SPD
52	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	FDP
52	Prof. Dr. Raimond Maurer	andere Interessen	FDP
53	Bundesgerichtshof	andere Interessen	Union
53	Universität Heidelberg	andere Interessen	Union
53	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
53	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
53	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
53	Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern	andere Interessen	FDP
53	Hochschule Rhein-Main	andere Interessen	Linke

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
53	Oberfinanzdirektion Koblenz	andere Interessen	Linke
53	Oberfinanzdirektion Koblenz	andere Interessen	Grüne
53	Rechtsanwalt	Berater	Grüne
53	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
53	Oberfinanzdirektion Koblenz	andere Interessen	Union
53	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
53	Universität Leipzig	andere Interessen	SPD
53	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	andere Interessen	Union
53	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
53	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
53	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
53	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
53	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
53	Oberfinanzdirektion Koblenz	andere Interessen	SPD
53	Kölner Steuerrechtsschule	andere Interessen	Union
53	Dr. Rainer Spatscheck, Steueranwalt	Berater	Union
53	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
53	FRANK Consultancy Services GmbH	Berater	Linke
53	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
53	FRANK Consultancy Services GmbH	Berater	Grüne
54	Deutscher Zigarettenverband e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
54	Karlsruher Institut für Technologie (KIT)	andere Interessen	Union
54	Karlsruher Institut für Technologie (KIT)	andere Interessen	SPD
54	Universität Hamburg	andere Interessen	SPD
54	Universität Hamburg	andere Interessen	FDP
54	Universität Hamburg	andere Interessen	FDP
54	Deutscher Zigarettenverband e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
54	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
54	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
54	Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BDTA)	Mittelstand	Linke
54	Karlsruher Institut für Technologie (KIT)	andere Interessen	Grüne
54	Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V. (VdR)	Mittelstand	Union
54	Dietmar Jazbinsek, Soziologe und freier Journalist	andere Interessen	SPD
54	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
54	Zollkriminalamt	andere Interessen	SPD
54	Philip Morris GmbH	Großunternehmen	Union
54	JT International Germany GmbH	Großunternehmen	Union
54	Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft e. V.	Mittelstand	Union
54	Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft e. V.	Mittelstand	FDP
54	Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BDTA)	Mittelstand	FDP
54	Universität Hamburg	andere Interessen	SPD
54	Technische Universität München	andere Interessen	SPD
54	Karlsruher Institut für Technologie (KIT)	andere Interessen	Union
54	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
54	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Linke
54	Zollkriminalamt	andere Interessen	Linke
54	Universität Hamburg	andere Interessen	Grüne
54	Dietmar Jazbinsek, Soziologe und freier Journalist	andere Interessen	Grüne
54	Deutscher Zigarettenverband e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
54	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
54	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
54	Universität Hamburg	andere Interessen	SPD
54	Bundesverband der Zigarrenindustrie e. V. (BdZ)	Mittelstand	FDP
54	Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V. (VdR)	Mittelstand	FDP
54	Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V. (VdR)	Mittelstand	Union
54	Philip Morris GmbH	Großunternehmen	Union
54	Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH	Großunternehmen	Union
54	Universität Hamburg	andere Interessen	Grüne
54	Mittelständische Unternehmen der Tabakwirtschaft e. V.	Mittelstand	Grüne
55	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
55	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
55	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
55	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
55	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	FDP
55	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
55	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	Linke
55	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V.	andere Interessen	Linke
55	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
55	Die Familienunternehmer	Mittelstand	Union
55	Die Familienunternehmer	Mittelstand	Union
55	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
55	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
55	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
55	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
55	Deutscher Bauernverband e. V.	Mittelstand	Union
55	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
55	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
55	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
55	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
55	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Großunternehmen	FDP
55	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	FDP
55	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
55	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
55	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
55	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
55	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
55	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Linke
55	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
55	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
55	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
55	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
55	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
55	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
55	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	FDP
55	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Union
55	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
55	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
55	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
55	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
55	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
55	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
55	Barbara Sternberger-Frey, Finanzjournalistin	andere Interessen	Linke
55	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
55	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
55	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
55	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
56	Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommerns	andere Interessen	Union
56	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
56	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
56	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
56	Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommerns	andere Interessen	FDP
56	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
56	Universität Bremen	andere Interessen	Linke
56	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Linke
56	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Grüne
56	Bundesgerichtshof	andere Interessen	Union
56	Dr. Rainer Spatscheck, Steueranwalt	Berater	Union
56	Finanzgericht	andere Interessen	SPD
56	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
56	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
56	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Union
56	Bundesgerichtshof	andere Interessen	Union
56	Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommerns	andere Interessen	FDP
56	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
56	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
56	Universität Bremen	andere Interessen	SPD
56	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
56	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
56	Centre for Tax Policy and Administration	andere Interessen	Union
56	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
56	Oberfinanzdirektion Koblenz	andere Interessen	Linke
56	Finanzgericht	andere Interessen	Grüne
56	Finanzgericht	andere Interessen	Grüne
57	DWS Investment GmbH	Großunternehmen	Union
57	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
57	Prof. Dr. Peter Hanau	andere Interessen	SPD
57	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	FDP
57	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP
57	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
57	Prof. Dr. Peter Hanau	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
57	Prof. Dr. Udo Reifner	andere Interessen	Grüne
57	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
57	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
57	Technische Universität München	andere Interessen	Union
57	Dr. Ulrich Thielemann, Universität St. Gallen	andere Interessen	Union
57	DWS Investment GmbH	Großunternehmen	Union
57	Technische Universität München	andere Interessen	Union
57	Technische Universität München	andere Interessen	FDP
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
57	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
57	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
57	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	Linke
57	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
57	Equal Pay Day	andere Interessen	Grüne
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Grüne
57	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
57	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
57	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
57	Dr. Ulrich Thielemann, Universität St. Gallen	andere Interessen	SPD
57	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
57	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
57	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
57	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
57	Technische Universität München	andere Interessen	Union
57	Dr. Ulrich Thielemann, Universität St. Gallen	andere Interessen	SPD
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
57	Dr. Ulrich Thielemann, Universität St. Gallen	andere Interessen	Linke
57	Prof. Dr. Udo Reifner	andere Interessen	Linke
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
57	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
57	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Grüne
58	Technische Universität München (TUM)	andere Interessen	Union
58	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	Union
58	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	Union
58	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	andere Interessen	SPD
58	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	SPD
58	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	FDP
58	Universität Mannheim	andere Interessen	FDP
58	Universität Bremen	andere Interessen	Linke
58	Attac	andere Interessen	Linke

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
58	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	Grüne
58	Re-Define, an International Think Tank	andere Interessen	Grüne
58	Universität Mainz, Kontrollgremien des Stahlproduzenten ThyssenKrupp und des Pharmakonzerns Hoffmann-La Roche	andere Interessen	Union
58	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Union
58	Prof. Dr. Max Otte, Fondsmanager	andere Interessen	SPD
58	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	andere Interessen	SPD
58	Universität Mainz, Kontrollgremien des Stahlproduzenten ThyssenKrupp und des Pharmakonzerns Hoffmann-La Roche	andere Interessen	SPD
58	Technische Universität München (TUM)	andere Interessen	Union
58	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
58	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
58	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
58	Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)	allgemeine Unternehmen	FDP
58	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
58	Wirtschaftskammer Österreich	allgemeine Unternehmen	SPD
58	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
58	Bundesverband deutscher Banken e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
58	Verband Deutscher Pfandbriefbanken e. V. (vdpp)	allgemeine Unternehmen	Union
58	Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich	andere Interessen	SPD
58	Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich	andere Interessen	Linke
58	Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich	andere Interessen	Union
58	Bundesministerium der Finanzen der Republik Österreich	andere Interessen	Union
58	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
58	Sozialwissenschaftliches Institut der EKD	andere Interessen	Linke
58	Pater Dr. Alt, Jesuit	andere Interessen	Grüne
58	GLS-Bank	Großunternehmen	Grüne
58	Deutsche Börse AG	Großunternehmen	Union
58	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	SPD
58	Bundesverband deutscher Banken e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
58	Prof. Dr. Roland Vaubel	andere Interessen	FDP
58	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Union
58	Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e. V. (VÖB)	allgemeine Unternehmen	Union
58	Re-Define, an International Think Tank	andere Interessen	SPD
58	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	FDP
58	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	SPD
58	Technische Universität München (TUM)	andere Interessen	Union
58	Technische Universität München (TUM)	andere Interessen	Union
58	Deutsche Börse AG	Großunternehmen	Union
58	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Linke
58	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Linke
58	Landeskirchenamt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern	andere Interessen	Linke
58	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
58	Prof. Dr. Max Otte, Fondsmanager	andere Interessen	Union
58	Baden-Württembergische Wertpapierbörse GmbH	Großunternehmen	Grüne
58	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	Grüne
58	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	SPD
58	Pater Dr. Alt, Jesuit	andere Interessen	SPD
58	Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung	andere Interessen	SPD
58	Prof. Dr. Max Otte, Fondsmanager	andere Interessen	SPD
58	Re-Define, an International Think Tank	andere Interessen	SPD
58	Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung	andere Interessen	SPD
58	Re-Define, an International Think Tank	andere Interessen	Grüne
58	Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)	allgemeine Unternehmen	Grüne
58	Hertie School of Governance GmbH	andere Interessen	Grüne
59	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V.	Großunternehmen	Union
59	Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
59	Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
59	Freshfields Bruckhaus Deringer	Berater	SPD
59	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
59	Deutsche Post AG	Großunternehmen	FDP
59	TNT Post Holding Deutschland GmbH	Großunternehmen	FDP
59	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V.	Großunternehmen	FDP
59	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
59	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Linke
59	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	FDP
59	GEPRO mbH	Berater	Grüne
59	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
59	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
59	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
59	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
59	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
59	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
59	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
59	Gleiss Lutz	Berater	Union
59	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V.	Großunternehmen	Union
59	Gleiss Lutz	Berater	SPD
59	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V.	Großunternehmen	Union
59	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
59	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
59	PricewaterhouseCoopers AG	Berater	FDP
59	Flick Gocke Schaumburg	Berater	FDP
59	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
59	Freshfields Bruckhaus Deringer	Berater	SPD
59	Deutscher Factoring Verband	Mittelstand	Union
59	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
59	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	Grüne
59	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
59	Universität Bayreuth	andere Interessen	Union
59	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V.	Großunternehmen	Union
59	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
59	Bündnis für Gemeinnützigkeit	andere Interessen	SPD
59	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
59	Gleiss Lutz	Berater	Union
59	Deutsche Post AG	Großunternehmen	Union
59	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
59	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
59	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V.	Großunternehmen	Union
59	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienste e. V.	Großunternehmen	Union
59	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
59	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Linke
59	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	Union
59	GEPRO mbH	Berater	Grüne
60	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
60	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
60	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	SPD
60	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
60	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
60	Die Familienunternehmer	Mittelstand	FDP
60	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
60	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
60	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
60	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
60	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
60	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
60	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
60	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
60	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	FDP
60	Die Familienunternehmer	Mittelstand	Union
60	Sozietät Rowedder Zimmermann Haß	Berater	Union
60	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
60	Sozietät Rowedder Zimmermann Haß	Berater	Union
60	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	FDP
60	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	FDP
60	Universität Speyer	andere Interessen	SPD
60	Prof. Dr. Jochen Hundsdoerfer	andere Interessen	SPD
60	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
60	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	Linke
60	Universität Speyer	andere Interessen	Linke
60	Universität Speyer	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
60	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	Grüne
60	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
60	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Mittelstand	Union
60	Prof. Dr. Jochen Hundsdoerfer	andere Interessen	SPD
60	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
60	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
60	Sozietät Rowedder Zimmermann Haß	Berater	FDP
60	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA)	Mittelstand	Union
60	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
60	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
60	Universität Speyer	andere Interessen	SPD
60	Prof. Dr. Stefan Homburg	andere Interessen	Union
60	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
60	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	Linke
60	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
60	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA)	Mittelstand	Union
60	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Grüne
60	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Grüne
60	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW)	Mittelstand	FDP
60	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	FDP
60	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
60	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
60	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
60	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
60	Die Familienunternehmer	Mittelstand	Union
60	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
60	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
60	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
60	Prof. Dr. Jochen Hundsdoerfer	andere Interessen	Linke
60	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
60	Prof. Dr. Stefan Homburg	andere Interessen	SPD
60	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
60	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	Grüne
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
61	Deutscher Raiffeisenverband e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
61	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (AdöR)	andere Interessen	SPD
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	SPD
61	Deutscher Raiffeisenverband e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	FDP
61	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (AdöR)	andere Interessen	FDP
61	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Linke
61	Wariner Pflanzenbau eG	Mittelstand	Linke
61	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
61	Wariner Pflanzenbau eG	Mittelstand	Grüne
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
61	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (AdöR)	andere Interessen	Union
61	Bundesfinanzministerium	andere Interessen	Union
61	Bundesfinanzministerium	andere Interessen	Union
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Grüne
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	SPD
61	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	SPD
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	SPD
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	FDP
61	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	FDP
61	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	FDP
61	Wariner Pflanzenbau eG	Mittelstand	Linke
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Linke
61	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS)	andere Interessen	Grüne
61	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Grüne
61	Wariner Pflanzenbau eG	Mittelstand	Union
62	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
62	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
62	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
62	Oberfinanzdirektion Koblenz	andere Interessen	SPD
62	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP
62	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	FDP
62	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
62	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
62	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
62	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
62	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
62	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	Union
62	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
62	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
62	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
62	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
62	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
62	Oberfinanzdirektion Koblenz	andere Interessen	SPD
62	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
62	Wirtschaftskammer Österreich	allgemeine Unternehmen	Union
62	Luxemburger Bankenvereinigung (ABBL)	allgemeine Unternehmen	SPD
62	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	SPD
62	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
62	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
62	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	SPD
62	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
62	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
62	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
62	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
62	Commerzbank AG	Großunternehmen	SPD
62	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
62	Oberfinanzdirektion Koblenz	andere Interessen	Grüne
62	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
62	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
62	Luxemburger Bankenvereinigung (ABBL)	allgemeine Unternehmen	FDP
62	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	FDP
62	Wirtschaftskammer Österreich	allgemeine Unternehmen	FDP
62	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
62	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
62	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
63	GKV Spitzenverband	nicht kategorisierbar	Union
63	Verband der privaten Krankenversicherungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
63	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
63	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
63	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
63	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
63	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Linke
63	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
63	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Grüne
63	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Grüne
63	Allianz SE	Großunternehmen	Union
63	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
63	GKV Spitzenverband	nicht kategorisierbar	SPD
63	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
63	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
63	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
63	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
63	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
63	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
63	Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Union
63	Verband der privaten Krankenversicherungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
63	Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V.	andere Interessen	SPD
63	Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V.	andere Interessen	SPD
63	Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V.	andere Interessen	SPD
63	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
63	Prof. Dr. Norbert Herzig	andere Interessen	Union
63	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
63	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
63	Allianz SE	Großunternehmen	FDP
63	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
63	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Linke
63	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
63	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
63	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
63	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
63	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
63	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	SPD
63	Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V.	andere Interessen	SPD
63	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
63	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Union
64	Bundesgerichtshof	andere Interessen	Union
64	Prof. Dr. Wolfgang Joecks	andere Interessen	Union
64	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	SPD
64	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	SPD
64	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
64	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
64	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
64	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
64	Dr. Ulrich Thielemann, Universität St. Gallen	andere Interessen	Grüne
64	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
64	Dr. Christian Waigel, Rechtsanwalt	Berater	Union
64	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
64	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	SPD
64	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
64	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	SPD
64	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
64	Deutscher Anwaltverein e. V.	Berater	Union
64	Universität St. Gallen	andere Interessen	SPD
64	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
64	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
64	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	Union
64	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
64	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
64	Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main	andere Interessen	Union
64	Staatsanwaltschaft Bochum	andere Interessen	Union
64	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	SPD
64	Schweizerische Bankiervereinigung	allgemeine Unternehmen	SPD
64	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
64	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
64	Commerzbank AG	Großunternehmen	SPD
64	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
64	Bundesverband deutscher Banken e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
64	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
64	Amtsgericht Essen	andere Interessen	Linke
64	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	Linke
64	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Grüne
64	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	Grüne
64	Commerzbank AG	Großunternehmen	Union
64	Prof. Dr. Wolfgang Joecks	andere Interessen	Union
64	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
64	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland	andere Interessen	SPD
64	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
64	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
64	Amtsgericht Essen	andere Interessen	SPD
64	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
64	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
64	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
64	Commerzbank AG	Großunternehmen	Grüne
64	Commerzbank AG	Großunternehmen	Grüne
64	Commerzbank AG	Großunternehmen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
64	Commerzbank AG	Großunternehmen	Linke
65	Deutsche Post AG	Großunternehmen	Union
65	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Großunternehmen	Union
65	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
65	Francotyp-Postalia Holding AG	Großunternehmen	FDP
65	TNT Post Holding Deutschland GmbH	Großunternehmen	FDP
65	Prof. Dr. Justus Haucap	andere Interessen	Linke
65	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	Linke
65	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Grüne
65	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
65	Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski	andere Interessen	Union
65	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Großunternehmen	Union
65	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
65	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
65	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Großunternehmen	Union
65	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Großunternehmen	Union
65	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
65	TNT Post Holding Deutschland GmbH	Großunternehmen	Union
65	Kraftverkehr Torgau GmbH	Mittelstand	Union
65	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
65	Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
65	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Großunternehmen	Union
65	Bundesverband Internationaler Express- und Kurierdienst e. V.	Großunternehmen	Union
65	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
65	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
65	TNT Post Holding Deutschland GmbH	Großunternehmen	FDP
65	TNT Post Holding Deutschland GmbH	Großunternehmen	Union
65	Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski	andere Interessen	Union
65	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
65	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	Union
65	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
65	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
65	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
65	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
65	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
65	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	Union
65	Verband Deutscher Metallhändler und Recycler e. V. (VDM)	allgemeine Unternehmen	Union
65	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
65	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
66	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	Union
66	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
66	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
66	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
66	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
66	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
66	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Linke
66	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Linke
66	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
66	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Grüne
66	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
66	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	Union
66	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
66	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
66	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
66	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
66	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Mittelstand	SPD
66	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	allgemeine Unternehmen	SPD
66	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
66	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
66	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	Union
66	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
66	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	SPD
66	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Mittelstand	Linke
66	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Linke
66	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
66	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	SPD
66	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	SPD
66	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	SPD
66	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
66	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
66	Zukunftsforum Familie e. V.	andere Interessen	SPD
66	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
66	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
66	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	FDP
66	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
66	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
66	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Grüne
66	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
66	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
66	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	SPD
66	Zukunftsforum Familie e. V.	andere Interessen	SPD
66	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
66	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
66	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
66	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
66	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Union
66	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
66	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	SPD
66	Zukunftsforum Familie e. V.	andere Interessen	SPD
66	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
66	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
66	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
66	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
67	Zentralverband Deutsches Baugewerbe	Mittelstand	Union
67	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
67	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
67	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
67	Dr. Gustav Horn	andere Interessen	SPD
67	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
67	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
67	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
67	Dr. Gustav Horn	andere Interessen	Linke
67	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
67	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
67	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
67	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
67	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
67	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
67	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	SPD
67	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
67	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
67	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
67	Dr. Gustav Horn	andere Interessen	SPD
67	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	SPD
67	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
67	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
67	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
67	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	SPD
67	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
67	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
67	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
67	Verband der Internationalen Kraftfahrzeughersteller e. V. (VDIK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
67	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Mittelstand	Grüne
67	Zentralverband Deutsches Baugewerbe	Mittelstand	Union
67	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
68	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
68	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Union
68	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
68	Zukunftsforum Familie e. V.	andere Interessen	SPD
68	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	FDP
68	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
68	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Linke
68	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	Linke
68	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
68	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	andere Interessen	Grüne
68	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	Union
68	Deutsche Bischofskonferenz	andere Interessen	Union
68	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	Union
68	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	andere Interessen	Union
68	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	SPD
68	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
68	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Union
68	Prognos AG	Berater	Union
68	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	SPD
68	Zukunftsforum Familie e. V.	andere Interessen	SPD
68	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Union
68	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Union
68	Kinder in Not Osnabrück e. V.	andere Interessen	FDP
68	Kinder in Not Osnabrück e. V.	andere Interessen	FDP
68	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	andere Interessen	Linke
68	Zukunftsforum Familie e. V.	andere Interessen	Grüne
68	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Grüne
68	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
68	Prognos AG	Berater	Union
68	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
68	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
68	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
68	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
68	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Linke
68	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
68	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Grüne
68	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	Grüne
68	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
68	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Union
68	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
68	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
68	Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft	Mittelstand	Union
68	Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft	Mittelstand	Union
68	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
69	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
69	Allianz SE	Großunternehmen	Union
69	Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
69	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
69	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
69	Bundesverband Alternative Investments e. V. (BAI)	allgemeine Unternehmen	FDP
69	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
69	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
69	Holtmann Messe + Event GmbH	Mittelstand	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
69	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
69	Die Familienunternehmer	Mittelstand	Union
69	Bund Katholischer Unternehmer e. V. (BKU)	Mittelstand	Union
69	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
69	AG Partnerschaft in der Wirtschaft e. V.	andere Interessen	SPD
69	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	Union
69	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
69	Holtmann Messe + Event GmbH	Mittelstand	SPD
69	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	SPD
69	Deutsche Bank AG	Großunternehmen	SPD
69	Allianz SE	Großunternehmen	Union
69	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
69	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
69	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
69	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
69	Bund Katholischer Unternehmer e. V. (BKU)	Mittelstand	Union
69	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
69	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	FDP
69	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
69	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	Grüne
69	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
69	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
69	Allianz SE	Großunternehmen	Union
69	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
69	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
70	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
70	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
70	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
70	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
70	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
70	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
70	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
70	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
70	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
70	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Linke
70	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Linke
70	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Grüne
70	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
70	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
70	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
70	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
70	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
70	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Mittelstand	Union
70	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
70	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
70	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
70	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
70	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
70	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
71	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
71	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
71	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
71	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
71	ISF Internationale Schule Frankfurt am Main	andere Interessen	FDP
71	Prof. Dr. Frank-Rüdiger Jach	andere Interessen	FDP
71	Deutscher Frauenrat Lobby der Frauen in Deutschland e. V.	andere Interessen	Linke
71	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
71	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	Grüne
71	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Grüne
71	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Großunternehmen	Union
71	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
71	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
71	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
71	Deutscher Bundeswehrverband e. V. (DBwV)	andere Interessen	Union
71	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
71	Allianz SE	Großunternehmen	Union
71	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	Union
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
71	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Linke
71	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	Linke
71	Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Linke
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
71	Allianz SE	Großunternehmen	Union
71	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	Union
71	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
71	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
71	True Sale International GmbH (TSI)	Mittelstand	Union
71	Bundesverband Factoring für den Mittelstand e. V.	Mittelstand	SPD
71	Deutscher Factoring-Verband e. V.	Mittelstand	SPD
71	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
71	Allianz SE	Großunternehmen	FDP
71	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Linke
71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
71	BGZ Beteiligungsgesellschaft Zukunftsenergien AG	Großunternehmen	Grüne
71	Bohl & Collegen Rechtsanwälte	Berater	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
71	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
71	Verband des Deutschen Einzelhandels	Mittelstand	Union
71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
71	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
71	Deutsche Leasing AG	Großunternehmen	Union
71	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
71	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
71	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
71	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
71	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
71	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
71	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
71	General Electric Deutschland Holding GmbH	Großunternehmen	Union
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
71	General Electric Deutschland Holding GmbH	Großunternehmen	Union
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
71	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
71	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Grüne
71	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Linke
71	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
71	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
71	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
71	Kanzlei Franke & Zdarsky	Berater	Union
71	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	SPD
71	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
71	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
71	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
71	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	Union
71	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
71	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP
71	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	Union
71	Grams und Partner	Berater	Union
71	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	SPD
71	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
71	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
72	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
72	Prof. Dr. Eckart Bomsdorf	andere Interessen	Union
72	empirica Wirtschaftsforschung und Beratung	Mittelstand	SPD
72	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
72	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	FDP
72	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
72	Stiftung Warentest	andere Interessen	Linke
72	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	Linke
72	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
72	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Grüne
72	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	Union
72	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
72	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
72	empirica Wirtschaftsforschung und Beratung	Mittelstand	SPD
72	Deutsche Rentenversicherung Bund	andere Interessen	Union
72	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
72	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
72	Stiftung Warentest	andere Interessen	SPD
72	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	SPD
72	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	SPD
72	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	SPD
72	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
72	Prof. Dr. Eckart Bomsdorf	andere Interessen	Union
72	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
72	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
72	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
72	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	Union
72	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	SPD
72	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
72	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	Union
72	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
72	empirica Wirtschaftsforschung und Beratung	Mittelstand	SPD
72	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
72	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	FDP
72	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
72	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Linke
72	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
72	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
72	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
72	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	andere Interessen	Union
72	Prof. Dr. Eckart Bomsdorf	andere Interessen	Union
72	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	SPD
72	Zentralverband Deutsches Baugewerbe	Mittelstand	Union
72	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
72	Deutsche Rentenversicherung Bund	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
72	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	FDP
72	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	FDP
72	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
72	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	allgemeine Unternehmen	Union
72	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
72	empirica Wirtschaftsforschung und Beratung	Mittelstand	SPD
72	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	SPD
73	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Union
73	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
73	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	SPD
73	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
73	Prof. Dr. Georg Crezelius	andere Interessen	FDP
73	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
73	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
73	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	Linke
73	Prof. Dr. Georg Crezelius	andere Interessen	Grüne
73	Prof. Dr. Ralph Landsittel, Universität Mannheim	andere Interessen	Grüne
73	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
73	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	Union
73	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
73	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	SPD
73	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
73	Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e. V. / Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V.	nicht kategorisierbar	Union
73	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
73	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	SPD
73	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	Union
73	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
73	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	SPD
73	Prof. Dr. Georg Crezelius	andere Interessen	SPD
73	Deutscher Unternehmensverband Vermögensberatungen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
73	Die Familienunternehmer	Mittelstand	FDP
73	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
73	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Linke
73	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
73	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	Grüne
73	Prof. Dr. Ralph Landsittel, Universität Mannheim	andere Interessen	Union
73	Die Familienunternehmer	Mittelstand	Union
73	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
73	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	SPD
73	Die Familienunternehmer	Mittelstand	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
73	Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (BVMW)	Mittelstand	Union
73	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
73	Prof. Dr. Roman Seer	andere Interessen	SPD
73	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
73	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
73	Deutscher Unternehmensverband Vermögensberatungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
73	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
73	Prof. Dr. Roman Seer	andere Interessen	SPD
73	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	allgemeine Unternehmen	Union
73	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
73	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	SPD
73	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
73	Prof. Dr. Reinhard Pöllath	Berater	Union
73	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Union
73	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
73	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
73	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
73	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
73	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
73	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Linke
73	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Linke
73	Rödl & Partner	Berater	Grüne
73	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
73	Rödl & Partner	Berater	Union
73	Kaeser Kompressoren GmbH	Mittelstand	Union
73	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
73	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
73	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
73	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
73	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	SPD
73	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
73	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	Linke
73	Prof. Dr. Roman Seer	andere Interessen	Grüne
73	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
73	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	Grüne
73	Immobilienverband Deutschland Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
73	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V.	andere Interessen	SPD
73	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
73	Immobilienverband Deutschland Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
73	KPMG AG	Berater	Union
73	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
73	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	SPD
73	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	SPD
73	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
73	Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e. V. / Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V. (AGDW)	nicht kategorisierbar	Union
73	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	FDP
73	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	FDP
73	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	FDP
73	Immobilienverband Deutschland Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen e. V.	allgemeine Unternehmen	Linke
73	Prof. Dr. Roman Seer	andere Interessen	Linke
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
74	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
74	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	SPD
74	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
74	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
74	Wirtschaftsprüferkammer	Berater	FDP
74	Verein zur Förderung der Buchhalter in Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Linke
74	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Mittelstand	Linke
74	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	Grüne
74	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Mittelstand	Grüne
74	Verein zur Förderung der Buchhalter in Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
74	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Union
74	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
74	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
74	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
74	Bundesrechtsanwaltskammer	Berater	SPD
74	Verein zur Förderung der Buchhalter in Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
74	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
74	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Union
74	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	Union
74	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
74	Hauptverband der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e. V.	Berater	SPD
74	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
74	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	SPD
74	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
74	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
74	Bundesrechtsanwaltskammer	Berater	SPD
74	Berufsverband Buchführungshelfer in Deutschland e. V.	Mittelstand	Linke
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Linke
74	Wirtschaftsprüferkammer	Berater	Union
74	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
74	Bundesrechtsanwaltskammer	Berater	Union
74	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
74	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
75	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Union
75	Allianz Capital Partners GmbH	Großunternehmen	Union
75	Deutsche Beteiligungs AG	Mittelstand	SPD
75	VFA Bio - Biotechnologie im Verband Forschender Arzneimittelhersteller e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
75	Prof. Dr. Christoph Kaserer	andere Interessen	FDP
75	Bundesverband Alternative Investments e. V. (BAI)	allgemeine Unternehmen	FDP
75	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
75	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
75	UnternehmensGrün	Mittelstand	Grüne
75	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
75	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
75	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
75	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
75	KfW	andere Interessen	SPD
75	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
75	Odewald & Compagnie Gesellschaft für Beteiligungen GmbH	Mittelstand	Union
75	Colinvest Finanz Consulting GmbH	Berater	Union
75	KfW	andere Interessen	SPD
75	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
75	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
75	White & Case LLP	Berater	Union
75	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
75	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
75	Rödl & Partner	Berater	Union
75	Prof. Dr. Christoph Kaserer	andere Interessen	Union
75	Business Angels Netzwerk Deutschland e. V. (BAND)	Mittelstand	Union
75	White & Case LLP	Berater	Union
75	Willex AG, München	Mittelstand	Union
75	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	SPD
75	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
75	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
75	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Union
75	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
75	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
75	White & Case LLP	Berater	FDP
75	Deutsche Beteiligungs AG	Mittelstand	FDP
75	Allianz Capital Partners GmbH	Großunternehmen	FDP
75	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
75	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
75	Business Angels Netzwerk Deutschland e. V. (BAND)	Mittelstand	Grüne
75	Business Angels Netzwerk Deutschland e. V. (BAND)	Mittelstand	Grüne
75	White & Case LLP	Berater	Grüne
75	Bundesverband Kapital für den Mittelstand e. V.	Mittelstand	Union
75	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	Union
75	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
75	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	SPD
75	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
75	Colinvest Finanz Consulting GmbH	Berater	Union
75	Business Angels Netzwerk Deutschland e. V. (BAND)	Mittelstand	Union
75	Hans Knürr, langjähriger Praktiker	Berater	Union
75	Wilex AG, München	Mittelstand	Union
75	Bundesverband Alternative Investments e. V. (BAI)	allgemeine Unternehmen	Union
76	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	andere Interessen	Union
76	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	Union
76	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
76	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
76	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	FDP
76	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	Linke
76	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
76	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	andere Interessen	Grüne
76	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	andere Interessen	Grüne
76	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	Grüne
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
76	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
76	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
76	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
76	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
76	Prof. Dr. Loritz	andere Interessen	FDP
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
76	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
76	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
76	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
76	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
76	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
76	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Linke
76	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
76	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Grüne
76	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
76	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
76	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
76	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
76	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
76	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
76	Die Familienunternehmer	Mittelstand	FDP
76	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
76	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
76	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	Union
76	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	SPD
76	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
76	Deloitte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	FDP
76	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
76	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Linke
76	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Linke
76	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
76	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
76	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Großunternehmen	Union
76	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Großunternehmen	Union
76	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
76	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
76	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
76	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
76	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
76	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
76	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
76	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
76	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
76	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Mittelstand	Union
76	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
76	Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft	Mittelstand	FDP
76	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	allgemeine Unternehmen	Union
76	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Union
76	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
76	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
76	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Großunternehmen	Union
76	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
76	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
76	Allianz SE	Großunternehmen	FDP
76	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
76	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
77	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.	andere Interessen	Union
77	Prof. Dr. Peter Fischer	andere Interessen	Union
77	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)	andere Interessen	SPD
77	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
77	Maecenata Institut	andere Interessen	FDP
77	Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft	Mittelstand	FDP
77	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH	andere Interessen	Linke
77	Deutscher Naturschutzring e. V. (DNR)	andere Interessen	Linke
77	Bayerischer Jugendring	andere Interessen	Grüne
77	Deutscher Naturschutzring e. V. (DNR)	andere Interessen	Grüne
77	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
77	Prof. Dr. Gerhard Kröger	nicht kategorisierbar	Union
77	Prof. Dr. Monika Jachmann	andere Interessen	SPD
77	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
77	Deutscher Olympischer Sportbund e. V.	andere Interessen	Union
77	Horst Lienig, Steuerberater	Berater	Union
77	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
77	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
77	Prof. Dr. Rainer Hüttemann	andere Interessen	Union
77	Deutscher Feuerwehrverband e. V. (DFV)	andere Interessen	Union
77	Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement	andere Interessen	SPD
77	Prof. Dr. Rainer Hüttemann	andere Interessen	SPD
77	Deutscher Kulturrat e. V.	andere Interessen	Union
77	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
77	Prof. Dr. Kröger	nicht kategorisierbar	Union
77	Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland	andere Interessen	SPD
77	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH	andere Interessen	SPD
77	Dr. Schauhoff	Berater	SPD
77	Deutscher Feuerwehrverband e. V. (DFV)	andere Interessen	Union
77	Deutscher Kulturrat e. V.	andere Interessen	Union
77	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
77	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
77	Prof. Dr. Rainer Hüttemann	andere Interessen	SPD
77	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
77	Prof. Dr. Lars Feld	andere Interessen	FDP
77	Prof. Dr. Rainer Hüttemann	andere Interessen	FDP
77	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
77	Deutscher Kulturrat e. V.	andere Interessen	Linke
77	Deutscher Naturschutzring e. V. (DNR)	andere Interessen	Linke
77	Maecenata Institut	andere Interessen	Linke
77	Forum Nachhaltige Geldanlagen	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
77	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
77	Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
77	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrts- pflege e. V.	andere Interessen	Grüne
77	Deutscher Kulturrat e. V.	andere Interessen	Union
77	Dr. Stephan Schauhoff	Berater	Union
77	Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG)	andere Interessen	SPD
77	Deutscher Feuerwehrverband e. V. (DFV)	andere Interessen	SPD
77	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Union
77	Zentralkomitee der deutschen Katholiken	andere Interessen	Union
77	Deutscher Caritasverband e. V.	andere Interessen	Union
77	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Union
77	Prof. Dr. Monika Jachmann	andere Interessen	SPD
77	Prof. Dr. Monika Jachmann	andere Interessen	SPD
77	Prof. Dr. Rainer Hüttemann	andere Interessen	SPD
78	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
78	Prof. Dr. Georg Loritz	andere Interessen	Union
78	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	andere Interessen	SPD
78	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
78	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
78	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	FDP
78	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	Linke
78	Prof. Dr. Stefan Homburg	andere Interessen	Linke
78	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)	andere Interessen	Grüne
78	Prof. Dr. Stefan Homburg	andere Interessen	Grüne
78	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
78	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
78	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	SPD
78	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
78	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
78	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Union
78	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
78	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
78	Allianz SE	Großunternehmen	Union
78	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
78	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
78	Prof. Dr. Stefan Homburg	andere Interessen	SPD
78	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
78	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
78	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	SPD
78	Deutsche Bischofskonferenz	andere Interessen	SPD
78	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
78	Deutsche Bischofskonferenz	andere Interessen	Union
78	Evangelische Kirche in Deutschland	andere Interessen	Union
78	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
78	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
78	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
78	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP
78	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
78	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
78	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
78	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
78	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.	andere Interessen	Grüne
78	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
78	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
78	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
78	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
78	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
78	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Union
79	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
79	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)	andere Interessen	Union
79	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
79	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
79	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	SPD
79	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	SPD
79	Prof. Dr. Wolfgang Schön	andere Interessen	FDP
79	Prof. Dr. Stefan Homburg	andere Interessen	FDP
79	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	Linke
79	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	Linke
79	Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft	Mittelstand	Grüne
79	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Grüne
79	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
79	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
79	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände / Deutscher Städtetag	andere Interessen	SPD
79	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
79	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
79	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
79	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) / Ernst & Young AG	Berater	SPD
79	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
79	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
79	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
79	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
79	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) / Ernst & Young AG	Berater	SPD
79	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
79	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	FDP
79	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
79	Prof. Dr. Stefan Homburg	andere Interessen	Linke
79	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	Linke
79	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
79	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
79	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
79	DHPG Dr. Harzem & Partner	Berater	Union
79	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
79	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) / Ernst & Young AG	Berater	SPD
79	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
79	Rödl & Partner	Berater	Union
79	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
79	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) / Ernst & Young AG	Berater	SPD
79	Bundesverband Finanzierung und Leasing e. V.	andere Interessen	Union
79	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
79	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
79	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	SPD
79	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände / Deutscher Städte- und Gemeindebund	andere Interessen	SPD
79	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
79	Deutsche Leasing AG	Großunternehmen	FDP
79	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
79	Stadtkämmerer Bochum	andere Interessen	Linke
79	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	Linke
79	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände / Deutscher Städte- und Gemeindebund	andere Interessen	Grüne
79	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
79	Allianz SE	Großunternehmen	Union
79	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
79	Prof. Dr. Martin Junkernheinrich	andere Interessen	SPD
79	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände / Deutscher Städtetag	andere Interessen	SPD
79	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
79	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	allgemeine Unternehmen	Union
79	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Union
79	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
79	Deutsche Leasing AG	Großunternehmen	Union
79	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
79	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	SPD
79	General Electric Deutschland	Großunternehmen	Union
79	Prof. Dr. Wolfgang Schön	andere Interessen	FDP
79	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	FDP
79	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
79	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Linke
79	Prof. Dr. Stefan Homburg	andere Interessen	Grüne
79	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Grüne
79	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	allgemeine Unternehmen	Union
79	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
79	Prof. Dr. Patrick Spohn	Berater	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
79	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
79	Deutsche Bischofskonferenz / Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Union
79	True Sale International GmbH (TSI)	Mittelstand	Union
79	Prof. Dr. Wolfgang Schön	andere Interessen	SPD
79	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	SPD
79	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Union
79	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	allgemeine Unternehmen	Union
79	Allianz SE	Großunternehmen	Union
79	Bitkom e. V.	Mittelstand	Union
79	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Union
79	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
79	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	SPD
79	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
79	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
79	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	FDP
79	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	Linke
79	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	Linke
79	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
79	Prof. Dr. Wolfgang Schön	andere Interessen	Grüne
79	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
79	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Union
79	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
79	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
79	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
79	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
79	Siemens AG	Großunternehmen	Union
79	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	SPD
79	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
79	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
79	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
79	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
79	Prof. Dr. Wolfgang Schön	andere Interessen	FDP
79	Flick Gocke Schaumburg	Berater	FDP
79	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
79	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
79	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
79	Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V. (BVMW)	Mittelstand	Grüne
79	Fraunhofer-Institut	andere Interessen	Union
79	Siemens AG	Großunternehmen	Union
79	Wunderlich & Partner Wirtschaftsberatung für den Mittelstand GmbH	Mittelstand	Union
79	General Electric Deutschland	Großunternehmen	Union
79	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
79	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	SPD
79	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Mittelstand	Union
79	Daimler Chrysler AG	Großunternehmen	SPD
79	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
79	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
79	Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft	Mittelstand	Grüne
79	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
79	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
79	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
79	Daimler Chrysler AG	Großunternehmen	Union
79	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	allgemeine Unternehmen	Union
80	Commerz Grundbesitz-Investmentgesellschaft mbH	Großunternehmen	Union
80	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	allgemeine Unternehmen	Union
80	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	SPD
80	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	SPD
80	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	allgemeine Unternehmen	FDP
80	Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH	Großunternehmen	FDP
80	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
80	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
80	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
80	Verband Geschlossene Fonds e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
80	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	Union
80	Beiten Burkhardt Rechtsanwalts mbH	Berater	Union
80	Prof. Dr. Stefan Kofner	andere Interessen	SPD
80	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
80	Zentralen Immobilien-Ausschuss e. V. (ZIA)	allgemeine Unternehmen	Union
80	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
80	Roland Schmidtbleicher	andere Interessen	SPD
80	Hannes Klihs	andere Interessen	SPD
80	Fried Frank Harris Shriver & Jacobson LLP	Berater	Union
80	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
80	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
80	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
80	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	Union
80	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Union
80	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
80	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
80	KPMG Deutschland Treuhand-Gesellschaft AG	Berater	Union
80	Beiten Burkhardt Rechtsanwalts mbH	Berater	Union
80	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
80	Roland Schmidtbleicher	andere Interessen	SPD
80	Roland Schmidtbleicher	andere Interessen	SPD
80	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Großunternehmen	FDP
80	Prof. Dr. Hartmut Häußermann	andere Interessen	Linke
80	Bürgerinitiative "Wohnen ist Menschenrecht"	andere Interessen	Linke
80	Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln	andere Interessen	Linke
80	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	andere Interessen	Grüne
80	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Union
80	Initiative Deutsche Wohnimmobilien-REITs (IDWR)	Großunternehmen	Union
80	Prof. Dr. Stefan Kofner	andere Interessen	SPD
80	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
80	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
80	Allianz Global Investors AG	Großunternehmen	Union
80	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	SPD
80	Bürgerinitiative "Wohnen ist Menschenrecht"	andere Interessen	SPD
80	Commerz Grundbesitz-Investmentgesellschaft mbH	Großunternehmen	FDP
80	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	FDP
81	Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (BVKM)	andere Interessen	Union
81	HJS Fahrzeugtechnik GmbH & Co. KG	Mittelstand	SPD
81	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Mittelstand	SPD
81	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	FDP
81	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	FDP
81	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	Linke
81	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	Linke
81	Deutsche Umwelthilfe e. V.	andere Interessen	Grüne
81	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Grüne
81	Gesellschaft für Emissionstechnologie mbH	Großunternehmen	Union
81	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Union
81	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
81	Gesellschaft für Emissionstechnologie mbH	Großunternehmen	Union
81	Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (BVKM)	andere Interessen	Union
81	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
81	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Mittelstand	SPD
81	HJS Fahrzeugtechnik GmbH & Co. KG	Mittelstand	SPD
81	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Mittelstand	Union
81	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	Union
81	HJS Fahrzeugtechnik GmbH & Co. KG	Mittelstand	Union
81	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Mittelstand	SPD
81	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
81	HJS Fahrzeugtechnik GmbH & Co. KG	Mittelstand	Union
81	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
81	Emitec - Gesellschaft für Emissionstechnologie mbH	Großunternehmen	Union
81	Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V.	Mittelstand	FDP
81	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	FDP
81	HJS Fahrzeugtechnik GmbH & Co. KG	Mittelstand	FDP
81	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	Linke
81	Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)	andere Interessen	Linke
81	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Grüne
81	HJS Fahrzeugtechnik GmbH & Co. KG	Mittelstand	Grüne
82	Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) e. V.	Mittelstand	Union
82	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
82	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Interessengemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände e. V.	Mittelstand	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
82	Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
82	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	FDP
82	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	FDP
82	Bundesverband Pflanzenöle e. V.	allgemeine Unternehmen	Linke
82	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	Grüne
82	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Grüne
82	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Grüne
82	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	FDP
82	Baerlocher GmbH	Mittelstand	Union
82	Saria Bio-Industries AG & Co.	Mittelstand	Union
82	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
82	Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
82	Institut für Energetik und Umwelt	andere Interessen	SPD
82	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
82	Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) e. V.	Mittelstand	Union
82	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Choren Industries GmbH	Mittelstand	SPD
82	Choren Industries GmbH	Mittelstand	SPD
82	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
82	Bundesverband Altöl e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
82	Bundesverband Altöl e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Verein Landwirtschaftlicher Biokraftstoffe (LAB)	allgemeine Unternehmen	Union
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
82	Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	SPD
82	Verein Landwirtschaftlicher Biokraftstoffe (LAB)	allgemeine Unternehmen	Union
82	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft e. V. (BDBe)	Mittelstand	SPD
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Verein Landwirtschaftlicher Biokraftstoffe (LAB)	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
82	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	FDP
82	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	FDP
82	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	Linke
82	Bundesverband Pflanzenöle e. V.	allgemeine Unternehmen	Linke
82	Vereinigte Werkstätten für Pflanzenöltechnologie	Mittelstand	Grüne
82	Bundesverband Pflanzenöle e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
82	Dr. Jakob Seiler	allgemeine Unternehmen	Union
82	Dr. Jakob Seiler	allgemeine Unternehmen	Union
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
82	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	Union
82	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Interessensgemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände e. V.	Mittelstand	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
82	Saria Bio-Industries AG & Co.	Mittelstand	Union
82	Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
82	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
82	Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft e. V. (BDBe)	Mittelstand	SPD
82	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	Linke
82	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. (ADAC)	andere Interessen	Linke
82	Institut für Energetik und Umwelt	andere Interessen	Union
83	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
83	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
83	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
83	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Union
83	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	FDP
83	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
83	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Linke
83	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
83	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
83	Bundeszentralamt für Steuern	andere Interessen	Union
83	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Union
83	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
83	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
83	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	Union
83	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
83	Freudenberg & Co. Kommanditgesellschaft	Mittelstand	SPD
83	Linklaters	Berater	Union
83	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
83	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
83	Fried Frank Harris Shriver & Jacobson LLP	Berater	Union
83	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	Union
83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
83	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
83	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
83	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	SPD
83	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
83	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
83	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
83	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
83	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
83	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
83	Freudenberg & Co. Kommanditgesellschaft	Mittelstand	Union
83	Linklaters	Berater	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
83	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
83	Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband	Mittelstand	Union
83	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
83	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	SPD
83	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
83	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
83	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	FDP
83	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	Grüne
83	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
83	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
83	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
83	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
83	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
83	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
83	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
83	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
84	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
84	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
84	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
84	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
84	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
84	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
84	Prof. Dr. Hanno Kube	andere Interessen	Linke
84	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
84	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Grüne
84	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
84	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
84	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
84	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
84	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
84	Prof. Dr. Rupert Scholz	Berater	Union
84	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
84	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
84	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
84	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
84	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP
84	Edmund Pelikan Kompetenz GmbH & Co. KG	Berater	FDP
84	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
84	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
84	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
84	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
84	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
84	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
84	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
84	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
84	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
84	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	Union
84	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
84	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Union
84	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
84	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
84	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
84	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
84	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
84	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
84	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
84	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
84	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
84	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Grüne
84	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Grüne
84	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
84	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
84	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
84	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
84	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
84	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	Union
84	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
84	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	FDP
84	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
84	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Union
84	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. (AWO)	andere Interessen	SPD
84	Malteser Hilfsdienst e. V.	andere Interessen	SPD
84	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
84	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
84	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
84	Malteser Hilfsdienst e. V.	andere Interessen	Linke
84	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Linke
84	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
84	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Grüne
84	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
84	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
84	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
84	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
84	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
84	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
85	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
85	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
85	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
85	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
85	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	FDP
85	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	FDP
85	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	Linke
85	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Linke
85	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Grüne
85	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Grüne
85	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
85	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
85	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	SPD
85	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
85	dbb beamtenbund und tarifunion	andere Interessen	Union
85	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
85	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
85	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	andere Interessen	SPD
85	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
85	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	FDP
85	Deutsches Studentenwerk	andere Interessen	Linke
85	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	andere Interessen	Linke
85	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
85	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
85	Deutsches Studentenwerk	andere Interessen	Grüne
85	Prof. Dr. Karl-Georg Loritz	andere Interessen	Union
85	Deutscher Familienverband	andere Interessen	Union
85	Deutscher Familienverband	andere Interessen	SPD
85	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
85	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	SPD
85	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
85	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Linke
85	Deutsches Studentenwerk	andere Interessen	Linke
85	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
85	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
85	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
85	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
85	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	FDP
85	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	FDP
85	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	FDP
85	Prof. Dr. Rainer Wernsmann	andere Interessen	Linke
85	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	andere Interessen	Linke
85	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
85	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
85	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD
85	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
85	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
85	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
85	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
85	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	SPD
85	Bundesverband deutscher Banken e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
85	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP
85	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Linke
85	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
85	Deutscher Finanzgerichtstag e. V.	andere Interessen	Grüne
85	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
85	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
85	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
86	Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) e. V.	Mittelstand	Union
86	Interessensgemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände e. V.	Mittelstand	Union
86	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
86	Bundesverband BioEnergie e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
86	Ölpflanzenverarbeitung Daniels	Mittelstand	Linke
86	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	Linke
86	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	Grüne
86	Ölpflanzenverarbeitung Daniels	Mittelstand	Grüne
86	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
86	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
86	Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Ölpflanzenverarbeitung Daniels	Mittelstand	SPD
86	Gesamtverband des Deutschen Brennstoff- und Mineralölhandels e. V.	Mittelstand	Union
86	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
86	Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Berater	Union
86	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
86	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Warburg Pincus Deutschland GmbH	Großunternehmen	Union
86	Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
86	Deutscher Verband Flüssiggas e. V.	Mittelstand	SPD
86	Verband kommunaler Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW)	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
86	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
86	Umweltbundesamt	andere Interessen	SPD
86	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	SPD
86	Interessensgemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände e. V.	Mittelstand	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
86	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	FDP
86	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	Linke
86	Deutsche Bahn AG	Großunternehmen	Linke
86	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
86	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
86	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
86	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	Union
86	Choren Industries	Mittelstand	SPD
86	Union Deutscher Agraralkoholerzeuger und -verarbeiter	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	FDP
86	Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
86	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	Linke
86	Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)	allgemeine Unternehmen	Grüne
86	Union Deutscher Agraralkoholerzeuger und -verarbeiter	allgemeine Unternehmen	Grüne
86	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW)	allgemeine Unternehmen	Union
86	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
86	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	SPD
86	Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)	allgemeine Unternehmen	SPD
86	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	Union
86	Interessensgemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände e. V.	Mittelstand	Union
86	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	FDP
87	Verband Deutscher Alkoholhersteller und Verarbeiter e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
87	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	andere Interessen	Union
87	MR im Bundesministerium der Finanzen	andere Interessen	Union
87	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	SPD
87	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	andere Interessen	SPD
87	Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und Importeure e. V.	Mittelstand	FDP
87	Bundesverband Deutscher Korn- und Getreidebrenner e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
87	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	Linke
87	Bundesverband Deutscher Obst- und Gemeinschaftsbrennereien	allgemeine Unternehmen	Grüne
87	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	Grüne
87	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Union
87	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	andere Interessen	Union
87	Bundesmonopolverwaltung für Branntwein	andere Interessen	SPD
87	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	SPD
87	Bundesverband Deutscher Kartoffelbrenner e. V. / Union Deutscher Agraralkoholerzeuger und -verarbeiter	allgemeine Unternehmen	SPD
87	Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und Importeure e. V.	Mittelstand	Union
87	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
87	Bundesverband Deutscher Obst- und Gemeinschaftsbrennereien	allgemeine Unternehmen	Union
87	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
87	Deutscher Kaffee-Verband e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
87	Bundesverband der Obstverschlussbrenner e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
87	Bundesverband Deutscher Obst- und Gemeinschaftsbrennereien	allgemeine Unternehmen	Linke
87	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	Linke
87	Verband Deutscher Alkoholhersteller und Verarbeiter e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
87	Bundesverband Deutscher Kartoffelbrenner e. V. / Union Deutscher Agraralkoholherzeuger und -verarbeiter	allgemeine Unternehmen	Grüne
87	Verband Deutscher Alkoholhersteller und Verarbeiter e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
87	Deutscher Kaffee-Verband e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
87	Bundesministerium der Finanzen (BMF)	andere Interessen	Union
87	Bundesministerium der Finanzen (BMF)	andere Interessen	Union
87	Deutscher Kaffee-Verband e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
87	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	Union
88	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
88	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
88	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
88	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
88	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
88	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
88	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
88	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
88	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Mittelstand	Grüne
88	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
88	Bundesverband Automatenunternehmer	Mittelstand	Union
88	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Union
88	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
88	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
88	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
88	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
88	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
88	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
88	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
88	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
88	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
88	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
88	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
88	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
88	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Union
88	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
88	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
88	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
88	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
88	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
88	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
88	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
88	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Linke
88	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Linke
88	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Grüne
88	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Grüne
88	Verband der Deutschen Automatenindustrie	Mittelstand	FDP
89	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
89	Zentralverband Deutsches Baugewerbe	Mittelstand	Union
89	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	SPD
89	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
89	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
89	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP
89	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)	andere Interessen	Linke
89	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
89	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
89	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
89	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
89	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
89	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
89	Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
89	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
89	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djB)	andere Interessen	SPD
89	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
89	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Union
89	Deutscher Familienverband	andere Interessen	Union
89	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
89	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
89	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	Union
89	Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau	allgemeine Unternehmen	Union
89	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
89	Bundesverband Möbelspedition (AMÖ)	allgemeine Unternehmen	SPD
89	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	Union
89	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
89	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djB)	andere Interessen	SPD
89	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
89	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
89	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
89	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
89	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	andere Interessen	Linke
89	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djB)	andere Interessen	Linke
89	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
89	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
89	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Grüne
89	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
89	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
89	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	Union
90	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	Union
90	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
90	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
90	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
90	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
90	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	FDP
90	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
90	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Linke
90	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
90	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	Grüne
90	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
90	Verband Deutscher Medienfonds e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
90	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
90	Finanzgericht Berlin (Vorsitzender Richter)	andere Interessen	SPD
90	Hannover Leasing GmbH & Co. KG	Großunternehmen	FDP
90	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
90	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
90	Conergy AG	Großunternehmen	Grüne
90	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Linke
90	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen	andere Interessen	Linke
90	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
90	Verband Deutscher Medienfonds e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
90	Hannover Leasing GmbH & Co. KG	Großunternehmen	Union
90	Verband Deutscher Medienfonds e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
90	Hannover Leasing GmbH & Co. KG	Großunternehmen	Union
90	Verband Deutscher Medienfonds e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
90	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
90	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
90	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
90	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Union
90	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
90	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Union
90	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
90	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
90	Deutscher Bundeswehrverband e. V. (DBwV)	andere Interessen	FDP
90	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
90	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
90	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
90	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen	andere Interessen	Union
90	Deutscher Bundeswehrverband e. V. (DBwV)	andere Interessen	SPD
90	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen	andere Interessen	SPD
90	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
90	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
90	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen	andere Interessen	Linke
90	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	Linke
90	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Linke
91	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
91	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
91	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
91	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
91	Conergy / Voltwerk AG	Großunternehmen	Grüne
91	Reconcept GmbH	Mittelstand	Grüne
91	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
91	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
91	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
91	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
91	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
91	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	Union
91	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
91	Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
91	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	allgemeine Unternehmen	SPD
91	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
91	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
91	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
91	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
91	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
91	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
91	Dr. Lüdicke, Partner in Steuerberatungskanzlei	Berater	Union
91	Egoli Tossell Film AG	Mittelstand	SPD
91	Verband Deutscher Medienfonds e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
91	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	allgemeine Unternehmen	Union
91	Bundesverband WindEnergie e. V. (BWE)	allgemeine Unternehmen	SPD
91	Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft (UVS)	allgemeine Unternehmen	SPD
91	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
91	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
91	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
91	Verband Deutscher Medienfonds e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
91	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
91	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
91	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
91	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	Union
91	Prof. Dr. Ralph Landsittel, Universität Mannheim	andere Interessen	Union
91	Prof. Dr. Roman Seer	andere Interessen	Grüne
91	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Grüne
91	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
91	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
91	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
91	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
91	Prof. Dr. Roman Seer	andere Interessen	SPD
91	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
91	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
91	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
92	Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Grüne
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Grüne
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	FDP
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Union
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	Grüne
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
92	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	andere Interessen	SPD
93	Finanzministerium Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
93	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
93	Prof. Dr. Paul Kirchhof	andere Interessen	Union
93	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	Union
93	Finanzministerium Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
93	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
93	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
93	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	Union
93	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
93	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
93	Prof. Dr. Paul Kirchhof	andere Interessen	FDP
93	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	FDP
93	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
93	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
93	Prof. Dr. Johann Eekhoff	andere Interessen	Union
93	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
93	Deutscher Städtetag	andere Interessen	SPD
93	Deutscher Städte- und Gemeindebund	andere Interessen	SPD
93	Deutscher Landkreistag e. V.	andere Interessen	SPD
93	Finanzministerium Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
93	Prof. Dr. Johann Eekhoff	andere Interessen	Union
93	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
93	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Grüne
93	Finanzministerium Schleswig-Holstein	andere Interessen	Grüne
93	Prof. Dr. Jörg Manfred Mössner	andere Interessen	FDP
93	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
93	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
93	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
93	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	Union
93	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DSStV)	Berater	Union
93	Prof. Dr. Peter Bareis	andere Interessen	SPD
93	Prof. Dr. Rudolf Hickel	andere Interessen	SPD
93	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
93	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
93	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
93	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
93	Deutscher Städtetag	andere Interessen	Grüne
93	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	FDP
93	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	FDP
93	Finanzministerium Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	SPD
93	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DSStG)	andere Interessen	SPD
93	Finanzministerium Schleswig-Holstein	andere Interessen	Union
93	Finanzministerium Nordrhein-Westfalen	andere Interessen	Union
93	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
93	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DSStG)	andere Interessen	Union
94	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
94	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
94	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
94	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
94	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
94	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	andere Interessen	SPD
94	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
94	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
94	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
94	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
94	Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz	andere Interessen	Grüne
94	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Grüne
94	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
94	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
94	Bundesrechnungshof	andere Interessen	FDP
94	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung - OLAF	andere Interessen	SPD
94	Staatsanwaltschaft Kaiserslautern	andere Interessen	SPD
94	Bundesrechnungshof	andere Interessen	Union
94	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung - OLAF	andere Interessen	Union
94	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung - OLAF	andere Interessen	Union
94	EU-Generaldirektion Steuern- und Zollunion - TAXUD	andere Interessen	SPD
94	Staatsanwaltschaft Kaiserslautern	andere Interessen	SPD
94	DATEV eG	Großunternehmen	Union
94	EU-Generaldirektion Steuern- und Zollunion - TAXUD	andere Interessen	Union
94	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
94	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
94	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
94	Staatsanwaltschaft Kaiserslautern	andere Interessen	FDP
94	Staatsanwaltschaft Kaiserslautern	andere Interessen	FDP
94	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
94	EU-Generaldirektion Steuern- und Zollunion - TAXUD	andere Interessen	SPD
94	Finanzministerium Baden-Württemberg	andere Interessen	Union
95	Prof. Dr. Wolfram Reiß	andere Interessen	SPD
95	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
95	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
95	Prof. Dr. Gerrit Frotscher	andere Interessen	Union
95	Prof. Dr. Manfred Groh	andere Interessen	SPD
95	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
95	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
95	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
95	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
95	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
95	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
95	Prof. Dr. Gerrit Frotscher	andere Interessen	FDP
95	Verband Geschlossene Fonds e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
95	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
95	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
95	Prof. Dr. Wolfram Reiß	andere Interessen	Union
95	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	allgemeine Unternehmen	SPD
95	Verband Geschlossene Fonds e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
95	Verband Geschlossene Fonds e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
95	Prof. Dr. Wolfram Reiß	andere Interessen	Union
95	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
95	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
95	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Grüne
95	Prof. Dr. Gerrit Frotscher	andere Interessen	FDP
95	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	allgemeine Unternehmen	FDP
95	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW)	allgemeine Unternehmen	Union
95	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
95	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	allgemeine Unternehmen	Union
95	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
95	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
95	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Mittelstand	SPD
95	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	SPD
95	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
95	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Mittelstand	Union
95	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
95	Bundesverband der Steuerberater	Berater	SPD
95	Berufsverband Buchführungshelfer in Deutschland e. V.	Mittelstand	Union
95	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
95	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
95	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	Grüne
95	Bundesverband selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter e. V. (b.b.h.)	Mittelstand	Union
95	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
95	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	SPD
95	Neuen Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	Grüne
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
96	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
96	Allianz Group	Großunternehmen	Union
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
96	Prof. Dr. Helmut Schirmer	andere Interessen	Union
96	Dr. Horsch	andere Interessen	Union
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Grüne
96	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	FDP
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	FDP
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
96	Assekurata Assekuranz Rating-Agentur GmbH	Mittelstand	SPD
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
96	Verband der privaten Krankenversicherer	allgemeine Unternehmen	Union
96	Prof. Dr. Helmut Schirmer	andere Interessen	Union
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
96	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
96	Prof. Dr. Helmut Schirmer	andere Interessen	Union
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
96	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	Grüne
96	Dr. Dannischewski / Prof. Schwintowski	andere Interessen	Grüne
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
96	Assekurata Assekuranz Rating-Agentur GmbH	Mittelstand	SPD
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
96	Prof. Dr. Helmut Schirmer	andere Interessen	Union
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
96	Verband der privaten Krankenversicherer	allgemeine Unternehmen	SPD
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
96	Prof. Dr. Helmut Schirmer	andere Interessen	Union
96	Dr. Dannischewski / Prof. Schwintowski	andere Interessen	Grüne
96	Dr. Horsch	andere Interessen	Grüne
96	Allianz Group	Großunternehmen	FDP
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	FDP
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	FDP
96	Prof. Dr. Helmut Schirmer	andere Interessen	SPD
96	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
96	Verband der privaten Krankenversicherer	allgemeine Unternehmen	Union
96	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
97	Prof. Dr. Norbert Herzig	andere Interessen	Union
97	Prof. Dr. Norbert Herzig	andere Interessen	Union
97	Prof. Dr. Norbert Herzig	andere Interessen	SPD
97	Prof. Dr. Norbert Herzig	andere Interessen	FDP
97	Prof. Dr. Norbert Herzig	andere Interessen	Union
98	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
98	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	SPD
98	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	Union
98	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	Union
98	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
98	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
98	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	Union
98	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
98	Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V. (VAMV)	andere Interessen	Grüne
98	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	andere Interessen	Grüne
98	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
98	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	Union
98	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	Union
98	Kommissariat der deutschen Bischöfe	andere Interessen	SPD
98	Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	andere Interessen	SPD
98	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
98	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	allgemeine Unternehmen	Union
98	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
98	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	andere Interessen	Grüne
98	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	Grüne
98	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	FDP
98	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	SPD
98	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
98	Prof. Dr. Joachim Lang	andere Interessen	Union
99	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	Union
99	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Union
99	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	SPD
99	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	SPD
99	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	andere Interessen	SPD
99	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
99	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	SPD
99	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
99	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	Union
99	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	andere Interessen	SPD
99	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	SPD
99	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	andere Interessen	SPD
99	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)	andere Interessen	SPD
99	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
99	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	FDP
99	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	FDP
99	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	FDP
99	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	andere Interessen	Grüne
99	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
99	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
99	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	Union
99	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
99	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)	andere Interessen	SPD
99	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
99	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	SPD
99	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	Union
99	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	SPD
99	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	SPD
99	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	SPD
99	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	andere Interessen	SPD
99	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
100	Universität Bielefeld	andere Interessen	SPD
100	Arbeitskreis Jugend und Drogenberatung im Kreis Warendorf e. V.	andere Interessen	SPD
100	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Mittelstand	Union
100	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
100	Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz	andere Interessen	SPD
100	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	andere Interessen	SPD
100	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	Union
100	Bacardi Deutschland GmbH	Mittelstand	Union
100	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	andere Interessen	Grüne
100	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	andere Interessen	Grüne
100	Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Geschäftsführer	andere Interessen	FDP
100	Jugendschutz Landesarbeitstelle Bayern e. V.	andere Interessen	FDP
100	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	andere Interessen	SPD
100	Fachverband Sucht e. V.	andere Interessen	SPD
100	Stadt Köln	andere Interessen	Union
100	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA)	Mittelstand	Union
100	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Mittelstand	SPD
100	Bayerisches Landesjugendamt	andere Interessen	SPD
100	Freie Universität Berlin	andere Interessen	Union
100	Bundesverband Wein und Spirituosen	allgemeine Unternehmen	Union
100	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	andere Interessen	Grüne
100	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	andere Interessen	Grüne
100	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	andere Interessen	Grüne
100	Bundesverband der Deutschen Klein- und Obstbrenner e. V.	Mittelstand	Grüne
100	Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Geschäftsführer	andere Interessen	FDP
100	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	andere Interessen	FDP
100	Suchtbeauftragter des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte	andere Interessen	SPD
100	Leitender Oberarzt der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Vivantes Berlin	andere Interessen	SPD
100	Caritas Passau, Psychosoziale Beratung und Behandlung	andere Interessen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
100	Universität Hamburg	andere Interessen	Union
100	Arbeitskreis Jugend und Drogenberatung im Kreis Warendorf e. V.	andere Interessen	SPD
100	Bacardi Deutschland GmbH	Mittelstand	Union
100	Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und Importeure e. V.	Mittelstand	Union
100	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	andere Interessen	Grüne
100	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	andere Interessen	Grüne
100	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Grüne
100	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	SPD
100	Prof. Dr. Adams	andere Interessen	SPD
100	Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und Importeure e. V.	Mittelstand	Union
100	Bacardi Deutschland GmbH	Mittelstand	Union
100	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Mittelstand	Union
100	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	andere Interessen	SPD
100	Deutsches Krebsforschungszentrum	andere Interessen	SPD
100	IKK Bundesverband Bergisch-Gladbach	andere Interessen	SPD
100	Prof. Dr. Helmut Siekmann	andere Interessen	SPD
100	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	andere Interessen	SPD
100	Hauptverband des Deutschen Einzelhandels e. V.	Mittelstand	Union
101	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
101	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	SPD
101	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
101	Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA)	Mittelstand	Union
101	Zweckverbund Ostdeutscher Bauverbände	Mittelstand	SPD
101	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
101	Universität Augsburg	andere Interessen	Union
101	Prof. Dr. Felix Herzog	andere Interessen	Union
101	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	Grüne
101	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Grüne
101	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
101	Rechtsanwalt Ignor Bärlein & Partner GbR	Berater	FDP
101	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
101	Oberfinanzdirektion Köln	andere Interessen	SPD
101	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	Union
101	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
101	Oberfinanzdirektion Köln	andere Interessen	SPD
101	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
101	Prof. Dr. Felix Herzog	andere Interessen	Union
101	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
101	Rechtsanwalt Ignor Bärlein & Partner GbR	Berater	Grüne
101	Prof. Dr. Felix Herzog	andere Interessen	Grüne
101	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
101	Prof. Dr. Felix Herzog	andere Interessen	FDP
101	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	SPD
101	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Mittelstand	Union
101	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
101	Bundesagentur für Arbeit	andere Interessen	SPD
101	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	SPD
101	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Mittelstand	Union
101	Zweckverbund Ostdeutscher Bauverbände	Mittelstand	Union
101	Norbert Cyrus, Universität Oldenburg	andere Interessen	Grüne
101	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Mittelstand	FDP
101	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
101	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
101	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	Union
101	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
101	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Mittelstand	SPD
101	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
101	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Mittelstand	Union
101	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
101	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	Grüne
101	Rechtsanwalt Ignor Bärlein & Partner GbR	Berater	Grüne
101	IG Bauen-Agrar-Umwelt	andere Interessen	SPD
101	Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V. (bdk)	andere Interessen	Union
101	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
101	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
101	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V. (ZDB)	Mittelstand	Union
101	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Mittelstand	Union
101	Bundesknappschaft	andere Interessen	Grüne
102	Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV)	andere Interessen	SPD
102	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	SPD
102	Prof. Dr. Johann Eekhoff	andere Interessen	Union
102	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
102	Prof. Dr. Peter Bareis	andere Interessen	SPD
102	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
102	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	Union
102	Prof. Dr. Eckart Bomsdorf	andere Interessen	Union
102	Finanzamt Darmstadt	andere Interessen	Grüne
102	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
102	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
102	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
102	Prof. Dr. Peter Bareis	andere Interessen	SPD
102	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
102	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
102	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. (VDR)	andere Interessen	SPD
102	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
102	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Mittelstand	Union
102	Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V. (BDV)	Berater	Union
102	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. (VDR)	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
102	Deutscher Führungskräfteverband (ULA)	andere Interessen	FDP
102	Versorgungswerk der Presse	andere Interessen	FDP
102	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	SPD
102	Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV)	andere Interessen	SPD
102	Prof. Dr. Eckart Bomsdorf	andere Interessen	Union
102	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte / Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen	andere Interessen	Union
102	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. (VDR)	andere Interessen	SPD
102	dbb beamtenbund und tarifunion	andere Interessen	SPD
102	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	Union
102	Prof. Dr. Dietmar Wellisch	andere Interessen	Union
102	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. (VDR)	andere Interessen	Grüne
102	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Grüne
102	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Mittelstand	FDP
102	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
102	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
102	Prof. Dr. Johanna Hey	andere Interessen	SPD
102	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
102	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
102	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
102	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	SPD
102	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
102	Prof. Dr. Johann Eekhoff	andere Interessen	Union
102	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	andere Interessen	Grüne
102	Allianz Group	Großunternehmen	Grüne
102	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
102	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
102	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
102	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	SPD
102	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	SPD
102	Arbeitgeberverband der finanzdienstleistenden Wirtschaft	Berater	Union
102	Allianz Group	Großunternehmen	Union
102	Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e. V. (AKA)	andere Interessen	SPD
102	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände	andere Interessen	SPD
102	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
102	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Union
102	Germanwatch e. V.	andere Interessen	Grüne
102	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	FDP
102	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
102	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	SPD
102	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
102	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	Union
102	Deutscher Führungskräfteverband (ULA)	andere Interessen	Union
102	Prof. Dr. Reinhold Höfer	Mittelstand	SPD
102	Verband Deutscher Rentenversicherungsträger e. V. (VDR)	andere Interessen	Union
102	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
102	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Grüne
102	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	FDP
102	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	FDP
102	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
102	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
102	Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. (aba)	andere Interessen	Union
102	Becker / Prof.in. Dr. Rust)	andere Interessen	SPD
102	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
102	Prof. Dr. Johann Eekhoff	andere Interessen	Union
102	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
102	Germanwatch e. V.	andere Interessen	Grüne
102	Bundesverband Deutscher Vermögensberater e. V. (BDV)	Berater	FDP
102	Prof. Dr. Dietmar Wellisch	andere Interessen	FDP
102	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
102	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
102	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
102	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
102	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
102	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	Union
102	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
102	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
102	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
102	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Mittelstand	FDP
102	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
102	Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen e. V. (ABV)	andere Interessen	Union
103	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
103	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
103	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	andere Interessen	Union
103	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
103	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
103	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	SPD
103	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
103	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
103	Unternehmensgrün	Mittelstand	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
103	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.	andere Interessen	Grüne
103	Bundesverband deutscher Banken e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
103	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	andere Interessen	FDP
103	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
103	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	Union
103	Threadneedle Investment	Großunternehmen	Union
103	Threadneedle Investment	Großunternehmen	Union
103	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	andere Interessen	SPD
103	Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre	andere Interessen	SPD
103	Verband Unabhängiger Vermögenverwalter Deutschland	allgemeine Unternehmen	Union
103	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
103	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	andere Interessen	Grüne
103	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
103	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	FDP
103	Prof. Dr. Wolfgang Schön	andere Interessen	FDP
103	Prof. Dr. Wolfgang Schön	andere Interessen	SPD
103	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	SPD
103	Gassner Stockmann & Kollegen (GSK)	Berater	Union
103	Rechtsanwälte Geicke-Bruder & Partner	Berater	Union
103	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
103	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
103	Verband der Finanzdienstleistungsinstitute	allgemeine Unternehmen	Union
103	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
103	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
103	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.	andere Interessen	Union
103	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
104	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
104	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
104	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
104	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
104	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	SPD
104	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
104	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
104	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
104	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
104	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
104	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	FDP
104	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
104	Bundesrechnungshof	andere Interessen	SPD
104	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	SPD
104	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
104	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	Union
104	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
104	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
104	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	allgemeine Unternehmen	Union
104	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
104	UmsatzsteuerForum e. V.	andere Interessen	Grüne
104	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Grüne
104	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	FDP
104	Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)	allgemeine Unternehmen	FDP
104	Union Deutscher Agraralkoholerzeuger und -bearbeiter	allgemeine Unternehmen	SPD
104	Verein der Zuckerindustrie e. V. (VdZ)	allgemeine Unternehmen	SPD
104	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	Union
104	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
104	Dr. Fouquet	nicht kategorisierbar	SPD
104	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	SPD
104	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	SPD
104	Verband der Biodieselhersteller	allgemeine Unternehmen	SPD
104	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
104	Prof. Dr. Wolfram Reiß	andere Interessen	Union
104	Dr. Fouquet	nicht kategorisierbar	Grüne
104	Bundesverband Erneuerbare Energien	allgemeine Unternehmen	Grüne
104	Dr. Fouquet	nicht kategorisierbar	SPD
104	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	SPD
104	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	SPD
104	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
104	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
104	Linklaters	Berater	Grüne
105	Prof. Dr. Martin Junkernheinrich	andere Interessen	SPD
105	Prof. Dr. Peter Bareis	andere Interessen	SPD
105	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
105	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
105	Deutscher Städtetag	andere Interessen	SPD
105	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
105	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
105	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
105	Deutscher Städte und Gemeindebund	andere Interessen	Grüne
105	Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart	andere Interessen	Grüne
105	Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar	andere Interessen	FDP
105	Prof. Dr. Peter Bareis	andere Interessen	FDP
105	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
105	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
105	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
105	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
105	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
105	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
105	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
105	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
105	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
105	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
105	Stadt Frankfurt am Main, Kassen- und Steueramtes	andere Interessen	SPD
105	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Mittelstand	Union
105	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	Union
105	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Mittelstand	Grüne
105	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Mittelstand	Grüne
105	Stadt Frankfurt am Main, Kassen- und Steueramtes	andere Interessen	Grüne
105	Prof. Dr. Charles Blankart	andere Interessen	FDP
105	Prof. Dr. Charles Blankart	andere Interessen	SPD
105	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	SPD
105	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
105	Prof. Dr. Martin Junkernheinrich	andere Interessen	SPD
105	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
105	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
105	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
105	Stadt Frankfurt am Main, Kassen- und Steueramtes	andere Interessen	SPD
105	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
105	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
105	Deutscher Städtetag	andere Interessen	Grüne
105	Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart	andere Interessen	Grüne
105	Deutscher Landkreistag e. V.	andere Interessen	FDP
105	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Mittelstand	FDP
105	Deutscher Städte und Gemeindebund	andere Interessen	SPD
105	Prof. Dr. Peter Bareis	andere Interessen	Union
105	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	Union
105	Stadt Frankfurt am Main, Kassen- und Steueramtes	andere Interessen	Grüne
105	Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar	andere Interessen	FDP
106	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
106	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
106	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
106	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
106	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
106	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
106	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
106	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
106	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Grüne
106	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	SPD
106	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
106	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Mittelstand	FDP
106	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
106	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Mittelstand	SPD
106	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
106	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
106	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
106	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	Union
106	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
106	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
106	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
106	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
106	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
106	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
106	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
106	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
106	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
106	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	Grüne
106	Prof. Dr. Michael Schefczyk	nicht kategorisierbar	FDP
106	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	FDP
106	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
106	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
106	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
106	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
106	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
106	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
106	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	Union
106	Verband für Schiffbau und Meerestechnik e. V. (VSM)	allgemeine Unternehmen	Union
107	Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	andere Interessen	SPD
107	Warth & Klein Grant Thornton AG	Berater	SPD
107	Verband der Cigarettenindustrie e. V. (VdC)	allgemeine Unternehmen	Union
107	Roland Berger Strategy Consultants	Berater	Union
107	Sachverständigenrat im Gesundheitswesen	andere Interessen	SPD
107	Prof. Dr. Dr. Lauterbach	andere Interessen	SPD
107	Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e. V. (BTWE)	allgemeine Unternehmen	Union
107	Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BDTA)	Mittelstand	Union
107	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	andere Interessen	Grüne
107	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
107	Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten	andere Interessen	FDP
107	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	SPD
107	Zollkriminalamt	andere Interessen	SPD
107	Verband der deutschen Rauchtabakindustrie e. V. (VdR)	Mittelstand	Union
107	MSI Market Services GmbH	Mittelstand	Union
107	Deutsches Krebsforschungszentrum	andere Interessen	SPD
107	Roland Berger Strategy Consultants	Berater	SPD
107	Verband der Cigarettenindustrie e. V. (VdC)	allgemeine Unternehmen	Union
107	Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BDTA)	Mittelstand	Union
107	Deutsches Krebsforschungszentrum	andere Interessen	Grüne
107	Verband der Cigarettenindustrie e. V. (VdC)	allgemeine Unternehmen	FDP
107	Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten	andere Interessen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
107	Zollkriminalamt	andere Interessen	SPD
107	Verband der Cigarettenindustrie e. V. (VdC)	allgemeine Unternehmen	SPD
107	Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V. (VdR)	Mittelstand	Union
107	Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BDTA)	Mittelstand	Union
107	Sachverständigenrat im Gesundheitswesen	andere Interessen	SPD
107	Deutsches Krebsforschungszentrum	andere Interessen	SPD
107	Prof. Dr. Helmut Siekmann	andere Interessen	Union
107	Prof. Dr. Adams	andere Interessen	Union
107	Prof. Dr. Adams	andere Interessen	Grüne
107	Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.	andere Interessen	Grüne
107	Roland Berger Strategy Consultants	Berater	FDP
107	Sachverständigenrat im Gesundheitswesen	andere Interessen	FDP
107	Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e. V. (BTWE)	allgemeine Unternehmen	SPD
107	Verband der deutschen Rauchtobakindustrie e. V. (VdR)	Mittelstand	SPD
107	Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)	andere Interessen	Union
107	Zollkriminalamt	andere Interessen	Union
107	Verband der Cigarettenindustrie e. V. (VdC)	allgemeine Unternehmen	SPD
107	Bundesverband deutscher Tabakwaren-Großhändler und Automatenaufsteller e. V. (BDTA)	Mittelstand	SPD
107	Bundesverband deutscher Tabakpflanzler	allgemeine Unternehmen	Union
107	Bundesverband der Zigarrenindustrie e. V. (BdZ)	Mittelstand	Union
107	Deutsches Krebsforschungszentrum	andere Interessen	Grüne
107	Sachverständigenrat im Gesundheitswesen	andere Interessen	FDP
107	Sachverständigenrat im Gesundheitswesen	andere Interessen	FDP
107	Bundesverband des Tabakwaren-Einzelhandels e. V. (BTWE)	allgemeine Unternehmen	Union
107	MSI Market Services GmbH	Mittelstand	Union
107	Verband der Cigarettenindustrie e. V. (VdC)	allgemeine Unternehmen	Union
108	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
108	Universität Greifswald	andere Interessen	SPD
108	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	Union
108	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
108	Westfälische Wilhelms-Universität Münster	andere Interessen	SPD
108	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	SPD
108	Universität Hannover	andere Interessen	Union
108	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
108	Unternehmensgrün	Mittelstand	Grüne
108	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Grüne
108	Flick Gocke Schaumburg	Berater	FDP
108	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	FDP
108	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
108	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	SPD
108	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
108	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
108	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
108	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
108	Universität Düsseldorf	andere Interessen	Union
108	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
108	Staatsanwaltschaft Bochum	andere Interessen	Grüne
108	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
108	Universität Greifswald	andere Interessen	FDP
108	Universität Greifswald	andere Interessen	SPD
108	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
108	Universität Mannheim	andere Interessen	Union
108	Universität Hannover	andere Interessen	Union
108	Staatsanwaltschaft Bochum	andere Interessen	SPD
108	Staatsanwaltschaft Bochum	andere Interessen	SPD
108	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
108	Bundesrechtsanwaltskammer	Berater	Union
108	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
108	Universität Hannover	andere Interessen	Grüne
108	Universität Greifswald	andere Interessen	Grüne
108	Universität Düsseldorf	andere Interessen	FDP
108	Universität Greifswald	andere Interessen	SPD
108	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	SPD
108	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
108	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Union
108	Flick Gocke Schaumburg	Berater	SPD
108	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
108	Westfälische Wilhelms-Universität Münster	andere Interessen	Union
108	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
108	Universität Greifswald	andere Interessen	Grüne
108	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Grüne
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
109	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
109	Goldman Sachs & Co	Großunternehmen	Union
109	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
109	Deutsche Börse AG	Großunternehmen	SPD
109	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
109	Bundesverband der Finanzintermediäre an den deut- schen Wertpapierbörsen	allgemeine Unternehmen	Union
109	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Grüne
109	Prof. Dr. Paul Bernd Spahn	andere Interessen	Grüne
109	Goldman Sachs & Co	Großunternehmen	FDP
109	Goldman Sachs & Co	Großunternehmen	FDP
109	Prof. Dr. Paul Bernd Spahn	andere Interessen	FDP
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
109	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirt- schaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
109	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
109	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	andere Interessen	Union
109	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	SPD
109	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
109	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirt- schaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	Union
109	Deutsche Börse AG	Großunternehmen	Union
109	Deutsche Börse AG	Großunternehmen	Grüne
109	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
109	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
109	Prof. Dr. Wolfgang Gerke	andere Interessen	SPD
109	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
109	Börse Berlin Bremen	Großunternehmen	Union
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
109	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	SPD
109	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	SPD
109	Prof. Dr. Paul Bernd Spahn	andere Interessen	Union
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
109	Börse Berlin Bremen	Großunternehmen	SPD
109	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	SPD
109	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.	andere Interessen	Union
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
109	Deutsche Börse AG	Großunternehmen	Union
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
109	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Grüne
109	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
109	Goldman Sachs & Co	Großunternehmen	Union
109	Bundesverband der Finanzintermediäre an den deutschen Wertpapierbörsen	allgemeine Unternehmen	Union
110	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
110	Bundesverband Junger Unternehmer	Mittelstand	SPD
110	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
110	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Mittelstand	Union
110	Bundessteuerberaterkammer	Berater	SPD
110	Bund der Selbständigen Deutschland e. V. (BDS)	Mittelstand	SPD
110	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
110	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	Union
110	Unternehmensgrün	Mittelstand	Grüne
110	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	Grüne
110	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
110	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Mittelstand	FDP
110	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	SPD
110	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Mittelstand	SPD
110	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	allgemeine Unternehmen	Union
110	Bund der Selbständigen Deutschland e. V.	Mittelstand	Union
110	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	SPD
110	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	allgemeine Unternehmen	SPD
110	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
110	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	Union
110	KfW	andere Interessen	Grüne
110	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
110	Bundessteuerberaterkammer	Berater	FDP
110	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.	Mittelstand	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
110	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	andere Interessen	SPD
110	KfW für Wiederaufbau	andere Interessen	SPD
110	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
110	Bundessteuerberaterkammer	Berater	Union
110	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Mittelstand	Union
110	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
110	KfW	andere Interessen	Union
110	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
111	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
111	Deutsche Bundesbank	andere Interessen	SPD
111	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
111	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
111	Deutscher Städtetag	andere Interessen	SPD
111	Deutscher Städte und Gemeindebund	andere Interessen	SPD
111	Prof. Dr. Johann Eekhoff	andere Interessen	Union
111	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
111	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Grüne
111	Unternehmensgrün	Mittelstand	Grüne
111	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
111	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Mittelstand	FDP
111	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.	Mittelstand	FDP
111	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
111	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
111	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	Union
111	Prof. Dr. Wolfram Reiß	andere Interessen	Union
111	Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
111	Deutscher Städte und Gemeindebund	andere Interessen	SPD
111	Norddeutsche Affinerie AG	Großunternehmen	Union
111	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	Union
111	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Grüne
111	Flick Gocke Schaumburg	Berater	Grüne
111	Prof. Dr. Norbert Krawitz	andere Interessen	FDP
111	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	FDP
111	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	SPD
111	Deutscher Städtetag	andere Interessen	SPD
111	Zentraler Kreditausschuss	Großunternehmen	Union
111	Gesamtverband der Werbeartikel-Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	SPD
111	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
111	Lorenz, Wirtschaftsprüfer	Berater	Union
111	Bundesverband Junger Unternehmer der ASU	Mittelstand	Grüne
111	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	Grüne
111	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
111	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)	Mittelstand	FDP
111	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (GdW)	allgemeine Unternehmen	SPD
111	Deutscher Mieterbund e. V. (DMB)	andere Interessen	SPD
111	Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V. (BFW)	Mittelstand	Union
111	Bund Deutscher Finanzrichterinnen und Finanzrichter	andere Interessen	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
111	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	Union
111	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	SPD
111	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
111	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Union
111	Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	Mittelstand	Union
111	Deutsches Aktieninstitut e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
111	Unternehmensgrün	Mittelstand	Grüne
111	Haus & Grund Deutschland - Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer e. V.	andere Interessen	FDP
111	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	FDP
111	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	SPD
111	Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft	allgemeine Unternehmen	Union
111	Gesamtverband der Werbearbeitgeber-Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	Union
111	Prof. Dr. Wolfram Reiß	andere Interessen	SPD
111	Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen im DSGV	Großunternehmen	Union
111	Prof. Dr. Johann Eekhoff	andere Interessen	Union
111	Verband der Privaten Bausparkassen e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
111	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	Grüne
111	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	FDP
111	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	FDP
111	Prof. Dr. Wolfram Reiß	andere Interessen	SPD
111	Bundessteuerberaterkammer / Bundesverband der Freien Berufe e. V. (BFB)	nicht kategorisierbar	Union
111	Deutscher Städte und Gemeindebund	andere Interessen	SPD
111	empirica Wirtschaftsforschung und Beratung	Mittelstand	SPD
111	Institut Finanzen und Steuern	andere Interessen	Union
111	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Mittelstand	Union
111	Deutsche Bahn AG	Großunternehmen	Grüne
111	Deutsches Verkehrsforum e. V.	allgemeine Unternehmen	Grüne
111	Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG)	Mittelstand	FDP
111	Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V. (BDSI)	allgemeine Unternehmen	FDP
111	Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V. (BDSI)	allgemeine Unternehmen	FDP
111	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V. (AGDW)	andere Interessen	SPD
111	Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG)	Mittelstand	SPD
111	Deutsche Lufthansa	Großunternehmen	Union
111	Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft	allgemeine Unternehmen	Union
111	Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V. (BDSI)	allgemeine Unternehmen	SPD
111	Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
111	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
111	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände e. V. (AGDW)	andere Interessen	Union
111	Verband des Deutschen Blumen-Groß- und Importhandel	Mittelstand	Grüne
111	Deutsche Lufthansa	Großunternehmen	FDP
111	Fachverband Deutscher Floristen Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.	allgemeine Unternehmen	Union
111	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
111	Handelsverband Deutschland e. V. (HDE)	Mittelstand	Union
112	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
112	Umweltbundesamt	andere Interessen	SPD
112	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
112	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)	allgemeine Unternehmen	Union
112	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	Union
112	Umweltbundesamt	andere Interessen	SPD
112	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. (ifo)	andere Interessen	SPD
112	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	Union
112	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	Union
112	Naturschutzbund Deutschland	andere Interessen	Grüne
112	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung	andere Interessen	Grüne
112	Ruhrgas AG	Großunternehmen	FDP
112	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW)	allgemeine Unternehmen	FDP
112	Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
112	Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V.	allgemeine Unternehmen	SPD
112	Prof. Dr. Wolfgang Arndt	andere Interessen	Union
112	Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Mittelstand	Union
112	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie	andere Interessen	SPD
112	Umweltbundesamt	andere Interessen	SPD
112	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
112	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	Union
112	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	Mittelstand	Union
112	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	Grüne
112	Förderverein ökologische Steuerreform	andere Interessen	Grüne
112	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	FDP
112	Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	allgemeine Unternehmen	FDP
112	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	SPD
112	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	SPD
112	Deutscher Gewerkschaftsbund	andere Interessen	SPD
112	Prof. Dr. Wolfgang Grünbein	Großunternehmen	Union
112	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW)	allgemeine Unternehmen	Union
112	Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI)	andere Interessen	SPD
112	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW)	andere Interessen	SPD
112	Ruhrgas AG	Großunternehmen	Union
112	Interessensgemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände e. V.	Mittelstand	Union
112	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	andere Interessen	Grüne
112	Deutscher Naturschutzring e. V. (DNR)	andere Interessen	Grüne
112	Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie e. V. (GDB)	allgemeine Unternehmen	FDP
112	Hydro Aluminium Deutschland AG	Großunternehmen	FDP

ID	Interessenvertreter	Kategorie	Fragensteller
112	Interessensgemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände e. V.	Mittelstand	FDP
112	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen (RWI)	andere Interessen	SPD
112	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	SPD
112	Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen	allgemeine Unternehmen	Union
112	Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW)	allgemeine Unternehmen	Union
112	Umweltbundesamt	andere Interessen	SPD
112	Förderverein ökologische Steuerreform	andere Interessen	SPD
112	Zentralverband Gartenbau e. V. (ZVG)	Mittelstand	Union
112	Deutscher Bauernverband (DBV)	Mittelstand	Union
112	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	FDP
112	Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie e. V. (GDB)	allgemeine Unternehmen	FDP

Anmerkungen: Die Tabelle gibt einen Überblick über die Kategorisierung der durch die Finanzausschusspolitiker in den öffentlichen Anhörungssitzungen befragten Interessenvertreter pro öffentlicher Anhörungssitzung im Untersuchungszeitraum von 2002 bis 2017. Die ID gibt die in Anhang 1 Tabelle 51 zugeordnete steuerliche öffentliche Anhörungssitzung an, in der die Interessenvertreter durch die Finanzausschusspolitiker eine Frage gestellt bekommen haben. Die befragten Interessenvertreter sind chronologisch anhand des Wortprotokolls zu den öffentlichen Anhörungssitzungen angeordnet.

Anhang 5: Schreibweisen der Begriffe im Mittelstandswörterbuch

Tabelle 55: Überblick über alle Schreibweisen der ins Mittelstandswörterbuch eingeflossenen Begrifflichkeiten

Schreibweisen der im Mittelstandswörterbuch enthaltenen Begriffe und Synonyme		
familien beherrschte Betri*	familienkontrollierter Betri*	kleineren Unt*
familienbeherrschte Betri*	familien kontrollierter Betri*	kleineres Unt*
familien beherrschter Betri*	familienkontrollierten Betri*	kleinerer Unt*
familienbeherrschter Betri*	familien kontrollierten Betri*	kleinerem Unt*
familien beherrschten Betri*	familienkontrolliertem Betri*	Kleinbetri*
familienbeherrschten Betri*	familien kontrolliertem Betri*	klein Betri*
familien beherrschtem Betri*	familienkontrollierte Fir*	Kleinfir*
familienbeherrschtem Betri*	familien kontrollierte Fir*	klein Fir*
familien beherrschte Fir*	familienkontrollierter Fir*	Kleingesell*
familienbeherrschte Fir*	familien kontrollierter Fir*	klein Gesell*
familien beherrschter Fir*	familienkontrollierten Fir*	Kleinunt*
familienbeherrschter Fir*	familien kontrollierten Fir*	klein Unt*
familien beherrschten Fir*	familienkontrollierte Gesell*	Kleinstbetri*
familienbeherrschten Fir*	familien kontrollierte Gesell*	kleinst Betri*
familien beherrschte Gesell*	familienkontrollierter Gesell*	Kleinstfir*
familienbeherrschte Gesell*	familien kontrollierter Gesell*	kleinst Fir*
familien beherrschter Gesell*	familienkontrollierten Gesell*	Kleinstgesell*
familienbeherrschter Gesell*	familien kontrollierten Gesell*	kleinst Gesell*
familien beherrschten Gesell*	familienkontrollierte Unt*	Kleinstunt*
familienbeherrschten Gesell*	familien kontrollierte Unt*	kleinst Unt*
familien beherrschte Unt*	familienkontrollierter Unt*	KMB*
familienbeherrschte Unt*	familien kontrollierter Unt*	K M B*
familien beherrschtes Unt*	familienkontrollierten Unt*	KMU*
familienbeherrschtes Unt*	familien kontrollierten Unt*	K M U*
familien beherrschten Unt*	familienkontrolliertes Unt*	mittelgroße Betri*
familienbeherrschten Unt*	familien kontrolliertes Unt*	mittelgroßen Betri*
familien beherrschter Unt*	familienkontrolliertem Unt*	mittelgroßer Betri*
familienbeherrschter Unt*	familien kontrolliertem Unt*	mittelgroßem Betri*
familien beherrschtem Unt*	Familienbetri*	mittelgroße Fir*
familienbeherrschtem Unt*	Familien Betri*	mittelgroßen Fir*
familiengeführte Betri*	Familienfir*	mittelgroßer Fir*
familien geführte Betri*	Familien Fir*	mittelgroßer Gesell*
familiengeführten Betri*	Familiengesell*	mittelgroßen Gesell*
familien geführten Betri*	Familien Gesell*	mittelgroßer Gesell*
familiengeführter Betri*	Familienunt*	mittelgroße Unt*
familien geführter Betri*	Familien Untern*	mittelgroßen Unt*
familiengeführtem Betri*	kleine Betri*	mittelgroßer Unt*
familien geführtem Betri*	kleinen Betri*	mittelgroßes Unt*
familiengeführte Fir*	kleiner Betri*	mittelgroßem Unt*
familien geführte Fir*	kleinem Betri*	mittelst*
familiengeführter Fir*	kleine Fir*	Mittelbetri*
familien geführter Fir*	kleinen Fir*	Mittelfir*
familiengeführten Fir*	kleiner Fir*	Mittelgesell*
familien geführten Fir*	kleine Gesell*	Mittelunt*
familiengeführte Gesell*	kleinen Gesell*	mittlere Betri*
familien geführte Gesell*	kleiner Gesell*	mittleren Betri*
familiengeführter Gesell*	kleine Unt*	mittlerer Betri*
familien geführter Gesell*	kleines Unt*	mittlerem Betri*

familiengeführten Gesell*	kleinen Unt*	mittlere Fir*
familien geführten Gesell*	kleiner Unt*	mittleren Fir*
familiengeführte Unt*	kleinem Unt*	mittlerer Fir*
familien geführte Unt*	kleinere Betri*	mittlere Gesell*
familiengeführter Unt*	kleineren Betri*	mittleren Gesell*
familien geführter Unt*	kleinerer Betri*	mittlerer Gesell*
familiengeführten Unt*	kleinerem Betri*	mittlere Unt*
familien geführten Unt*	kleinere Fir*	mittleren Unt*
familiengeführtes Unt*	kleineren Fir*	mittlerer Unt*
familiengeführtes Unt*	kleinerer Fir*	mittleres Unt*
familiengeführtem Unt*	kleinere Gesell*	mittlerem Unt*
familiengeführtem Unt*	kleineren Gesell*	SME*
familienkontrollierte Betri*	kleinerer Gesell*	S M E*
familien kontrollierte Betri*	kleinere Unt*	

Anmerkungen: Die Tabelle bildet alle Schreibweisen der Begriffe und Synonyme für Mittelstand ab, die im Mittelstandswörterbuch enthalten sind. Bei den Abkürzungen KMB und SME, die für kleine und mittlere Betriebe bzw. *small and medium-sized enterprises* stehen, handelt es sich um Synonyme für KMU.

Anhang 6: Erstellungsprozess und Begriffsauswahl des Mittelstandswörterbuchs

Die Erstellung eines Wörterbuchs gestaltet sich durch die Funktionsweise von LIWC wie folgt: Grundsätzlich benötigt LIWC für die Auswertung der Textdokumente die exakte Schreibweise der Begriffe, die ins Wörterbuch einfließen sollen. Dementsprechend müssen bei der Erstellung des Wörterbuchs für jeden einzelnen Begriff alle möglichen Schreibweisen und jede grammatikalische Form berücksichtigt werden. Ausnahme bildet die Verwendung des Sternchensymbols (*), durch welche LIWC einen im Wörterbuch enthaltenen Begriff unabhängig von seiner Endung berücksichtigt. Weiterhin beachtet LIWC Groß- und Kleinschreibung nicht. Im Ergebnis lässt sich exemplarisch über die Abkürzung „mittelst*“ jede mögliche grammatikalische Form der Schlagwörter Mittelstand und mittelständisch im Wörterbuch erfassen. Demnach identifiziert LIWC über das Wort „mittelst*“ sowohl „Mittelstand/s/es“, „Mittelständler/n“ und „mittelständisch/e/es/en/er“ als Treffer.

Sich aus einem Adjektiv und Nomen zusammensetzenden Wortkombinationen, wie beispielsweise „mittelgroßer Betrieb“, verkomplizieren den Wörterbucherstellungsprozess. Eingesetzt werden kann das Sternchensymbol ausschließlich im letzten Begriff einer Wortkombination, was Abkürzungen wie „mittelgroß* Betri*“ unmöglich macht. Demnach erforderlich ist die Aufnahme aller potenziell möglichen grammatikalischen Ausprägungen des Adjektivs im Wörterbuch. Die erforderliche Flexion der Adjektive berücksichtigt dabei alle in Betracht kommenden Affixe in Abhängigkeit vom Genus⁶¹⁴, Numerus⁶¹⁵ und Kasus⁶¹⁶ des beschriebenen Nomens sowie unter Beachtung der Verwendung eines bestimmten oder unbestimmten Artikels sowie ohne Artikel. Es ergeben sich im Falle eines maskulinen Genus die Affixe „-e“, „-en“, „-er“, „-em“, im Falle eines femininen Genus „-e“, „-en“, „-er“ und im Fall eines neutralen Genus „-e“, „-en“, „-es“, „-em“, „-er“. Die unterschiedlichen Endungen des Nomens in den verschiedenen Kasus und Numeri können wiederum durch die Verwendung des Sternchensymbols erfasst werden. Daraus resultierend ergeben sich beispielsweise für

⁶¹⁴ Die Berücksichtigung des Genus ist im Konzeptionsprozess des Mittelstandswörterbuchs notwendig, da das Wort „Betrieb“ ein maskulines Genus hat, das Wort „Unternehmen“ ein neutrales Genus hat und die Wörter „Gesellschaft“ und „Firma“ jeweils ein feminines Genus aufweisen. Andernfalls würde nicht jede grammatikalische Form eines Begriffs in einem deutschsprachigen Text erfasst werden können.

⁶¹⁵ Der Numerus eines Nomens gibt an, ob es sich um eine Singular- oder Pluralform handelt.

⁶¹⁶ Der Kasus eines Substantivs beschreibt das Vorliegen der Deklinationsformen Nominativ, Genitiv, Dativ oder Akkusativ.

die Wortkombination „mittelgroße Betriebe“ folgende Abkürzungen: „mittelgroße Betri*“, „mittelgroßen Betri*“, „mittelgroßer Betri*“ und „mittelgroßem Betri*“ sowie für die Abkürzung „mittelgroße Unternehmen“ „mittelgroße Unt*“, „mittelgroßen Unt*“, „mittelgroßer Unt*“.

Nicht notwendig ist das Einfügen von Silbentrennungszeichen wie beispielsweise „mit-telgroße Unt*“ oder „mit- telgroße Unt*“, da LIWC keine über zwei Zeilen gehende Wörter in Dokumenten im *Portable Document Format* (PDF) erkennt. Solche Worttrennungen sollten jedoch erstens sehr selten vorkommen und zweitens alle untersuchten Textdokumente betreffen, weshalb sich der Fehler systematisch auf alle untersuchten Dokumente erstreckt. Folglich sollte es keine essentiellen Auswirkungen auf das Endergebnis der textanalysebasierten Erhebung mit dem Mittelstandswörterbuch aufweisen. Auch deutsche Umlaute werden durch LIWC erkannt, wenn die das Wörterbuch enthaltene Editor-Datei in *8-Bit Unicode Transformation Format* (UTF-8) kodiert ist.⁶¹⁷

Im Wörterbuch inkludiert sind ausschließlich Begriffe, die auf den Mittelstand schließen lassen. Die Begriffe und deren Schreibweise sowie die Verwendung des Sternchensymbols wurden so gewählt, dass keine andere Bedeutung als der intendierte Begriff durch die Software LIWC erkannt wird. Jeder Begriff aus dem Wörterbuch wurde daher einer stichprobenartigen Überprüfung zur Vermeidung von Fehltreffern unterzogen. Die Überprüfung erfolgte mittels der „*Color-Code-Text-Funktion*“ von LIWC, mittels derer die im Wörterbuch enthaltenen Begriffe in einem untersuchten Textdokument farblich markiert werden. Dies ermöglicht die Exklusion von Begriffen, die auch in einem anderen Kontext gebraucht werden können. Nicht inkludiert sind demnach allgemeine und unspezifizierte Begriffe, wie Industrie, Handwerk oder Handel. Auch der Begriff „Selbständige“ ist nicht in das Wörterbuch eingeflossen, denn es ergäben sich Fehltreffer für den steuerlichen Begriff der „Selbständige Einkünfte“.

Weiterhin birgt die Verwendung des Sternchensymbols Gefahr für Fehltreffer, die ebenfalls im Rahmen der manuellen Prüfung erkannt und eliminiert wurden. Dafür wurde entweder das Sternchensymbol im Wort versetzt oder gänzlich weggelassen. Wäre exemplarisch anstelle der Abkürzung „mittelst*“ die Abkürzung „mittels*“ eingeflossen, so hätte LIWC Begrifflichkeiten als Fehltreffer erfasst, die nicht den Mittelstand meinen, exemplarisch „Mittelschicht“ oder „mittels“.

⁶¹⁷ Vgl. exemplarisch zur Nutzung der UTF-8 Kodierung Teahan/Alhawiti (2015), S. 42 ff..

Tabelle 56: Erläuterung zur Auswahl der den Mittelstand beschreibenden Begrifflichkeiten für das Mittelstandswörterbuch

Begriffe	Begriffsauswahl
Aktiengesellschaften; AG; Gesellschaft mit beschränkter Haftung; GmbH; Offene Handelsgesellschaft; OHG; Kommanditgesellschaft; KG; Einzelunternehmen; Kapitalgesellschaft; Personengesellschaft; Personenhandelsgesellschaft; Partnerschaftsgesellschaft	Begriffe, die sich auf die Organisationsform von Unternehmen beziehen, werden im Mittelstandswörterbuch nicht berücksichtigt, da sie sich nicht explizit auf den Mittelstand bezogen sind. Vielmehr ist die Organisationsform für die Besteuerung von Unternehmen und die Anwendung steuerlicher Vorschriften relevant.
Betrieb; Betriebe	Das Wort „Betrieb“ führt zu einer erheblichen Anzahl von Fehltreffern, weshalb das Mittelstandswörterbuch den Begriff nicht als eigenständiges Wort enthält. Von daher wird es lediglich als Wortkombination mit einem Adjektiv verwendet, wie beispielsweise "kleinere Betriebe".
Betriebsstätten; Tochterunternehmen	Beide Begriffe sind insbesondere für grenzüberschreitende Investitionen im internationalen Steuerrecht relevant, sogenannte <i>Outbound</i> - und <i>Inbound</i> -Investitionen. Weiterhin sind es Begriffe, die in steuerlichen Kontexten Relevanz entfalten, ohne explizit auf den Mittelstand abzielen. Der Begriff der Betriebsstätte ist beispielsweise in § 12 AO definiert. Entsprechend bilden beide Begriffe kein Bestandteil des Mittelstandswörterbuchs.
Familienbeherrschte Unternehmen; familiengeführte Unternehmen; familienkontrollierte Unternehmen; Familienunternehmen	Die Begriffe sind im Mittelstandswörterbuch enthalten, da diese Synonyme für Familienunternehmen und damit auch ein Synonym für Mittelstand darstellen. Die Überprüfung der Begriffe auf Fehltreffer mit der <i>Color-Code</i> -Funktion von LIWC zeigt, dass die Wörter in keinem falschen Kontext verwendet werden.
Firma; Firmen	Firma ist ein allgemeiner Begriff ohne direkten Mittelstandsbezug, weshalb dieser nicht ins Mittelstandswörterbuch eingeflossen ist.
Forstwirtschaft/forstwirtschaftlich; Landwirtschaft/landwirtschaftlich	Landwirt- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft stellen gem. der §§ 13 bis 14a EStG eine eigene Einkunftsart dar, weshalb die Begriffe angesichts der fehlenden Fokussierung auf den Mittelstand im steuerlichen Kontext für das Mittelstandswörterbuch ungeeignet sind.
Gesellschaft; Gesellschaften	Das Wort "Gesellschaft" ist grundsätzlich allgemeiner Natur, welches sich in diversen Kontexten verwenden lässt. Entsprechendes ergab auch die Überprüfung mit der <i>Color-Code</i> -Funktion von LIWC. Hiernach stand die unternehmerische Bedeutung von "Gesellschaft" nicht immer im Vordergrund. Das soziologische, ethnologische oder staatsrechtliche Verständnis zum Begriff "Gesellschaft" trat teilweise auf. Daher wird der Singular „Gesellschaft“ nicht als eigenständige Abkürzung im Mittelstandswörterbuch verwendet, sondern der Begriff fließt als Wortkombination mit einem Adjektiv wie "mittelgroße Gesellschaften" ein.

Begriffe	Begriffsauswahl
Gewerbe; gewerblich; Gewerbebetrieb	Die Wörter „Gewerbe“, "gewerblich" oder „Gewerbebetrieb“ lassen sich aufgrund ihrer steuerrechtlichen Natur (§ 15 EStG oder § 2 Gewerbesteuer-gesetz (GewStG)) nicht explizit dem Mittelstandssegment zuordnen. Entsprechend umfasst das Mittelstandswörterbuch die Begriffe nicht.
Handwerk; Industrie; Handel	Die Begrifflichkeiten sind von zu allgemeiner Natur. Entsprechend bilden diese Begriffe keinen Bestandteil des Mittelstandswörterbuchs.
kleine Unternehmen; kleinere Unternehmen; Kleinunternehmen; Kleinstunternehmen; KMB; KMU; SME	Die Begriffe bezeichnen Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen und fungieren somit als Synonym für den Mittelstand. Die stichprobenhafte <i>Color-Code</i> -Prüfung mit LIWC ergab keine Verwendungen in anderen Kontexten.
kommunale Unternehmen	Der Begriff „kommunale Unternehmen“ beschreibt Unternehmen der öffentlichen Hand, wie beispielsweise kommunale Wasserwerke oder Energieversorger. Entsprechend sind die Begrifflichkeiten nicht im Mittelstandswörterbuch enthalten.
Mittelstand; mittelständisch	Begriffe für mittelständische Unternehmen, die ins Mittelstandswörterbuch eingeflossen sind.
Mittelunternehmen; mittelgroße Unternehmen; mittlere Unternehmen	Mittelunternehmen sowie mittlere und mittelgroße Unternehmen sind Synonyme für den Mittelstand und demgemäß im Mittelstandswörterbuch enthalten.
Unternehmen	Hierbei handelt es sich um einen Begriff allgemeiner unternehmerischer Natur. Daher wird dieser auch nur in Wortkombination mit Adjektiven, wie „mittelgroße Unternehmen“, im Mittelstandswörterbuch berücksichtigt.

Anmerkungen: Die Tabelle beschreibt die Auswahl der im Mittelstandswörterbuch enthaltenen Begriffe und Synonyme.

Anhang 7: Schreibweisen der Begriffe im steuerlichen Compliance-Kostenwörterbuch

Tabelle 57: Überblick über alle Schreibweisen der ins steuerliche Compliance-Kostenwörterbuch eingeflossenen Begrifflichkeiten

Schreibweisen der im steuerlichen Compliance-Kostenwörterbuch enthaltenen Begriffe		
Aufbewahrungsp*	Compliancek*	Mitwirkungs Pfl*
Aufbewahrungs Pfl*	Compliance Kos*	Nachweis*
Aufbewahrungsk*	Compliancep*	Nachweis Pfl*
Aufbewahrungs Kos*	Compliance Pfl*	Offenlegungsp*
Befolgungsp*	Dokumentationsa*	Offenlegungs Pfl*
Berichterstattungs*	Dokumentations Auf*	Rechtsun*
Berichtsk*	Dokumentationsk*	Steuerbür*
Berichts Kos*	Dokumentations Kos*	Steuer Bür*
Berichts*	Dokumentationsp*	Steuerbuer*
Berichts Auf*	Dokumentations Pfl*	Steuer Buer*
Berichtsp*	Komplexi*	Steuercompliancea*
Berichts Pfl*	Mitwirkungs*	Steuercompliance Aufw*
Bürok*	Mitwirkungs a Auf*	Steuercompliancek*
Buerok*	Mitwirkungsk*	Steuercompliance Kos*
Compliancea*	Mitwirkungs Kos*	Steuercompliancep*
Compliance Aufw*	Mitwirkungsp*	Steuercompliance Pfl*

Anmerkungen: Die Tabelle erhält alle Schreibweisen der im steuerlichen Compliance-Kostenwörterbuch enthaltenen Begrifflichkeiten. Der Konzeptionsprozess erfolgte übereinstimmend mit Anhang 6.

Anhang 8: Überprüfung der logistischen Regression zu den Untersuchungen der Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen auf Ausreißer und Multikollinearität

Überprüft wird das Grundmodell der logistischen Regression zu den Untersuchungen der Wahrnehmung des Mittelstands durch politische Entscheidungsträger in den Plenarsitzungen auf Ausreißer und Multikollinearität. Als Ausreißer gelten standardisierte Residuen, die Werte größer zwei bzw. kleiner minus zwei annehmen.⁶¹⁸ Die standardisierten Residuen bildet die nachfolgende Abbildung 2 ab. Demnach liegt eine nicht unerhebliche Anzahl an Ausreißern im Modell vor, worauf die logistische Regressionsanalyse jedoch relativ unempfindlich reagieren sollte.⁶¹⁹ Weiterhin ist das Vorliegen von Multikollinearität zu prüfen.⁶²⁰ Validitätsprobleme entfalten Korrelationskoeffizienten von über 80 %.⁶²¹ Die Überprüfung auf das Vorliegen von Multikollinearität zwischen den Prädiktoren erfolgt mittels Korrelationskoeffizienten nach Pearson. Die Ergebnisse bildet die nachfolgende Tabelle 58 ab. Es ergibt sich keine Verletzung der Multikollinearitätsvoraussetzung.

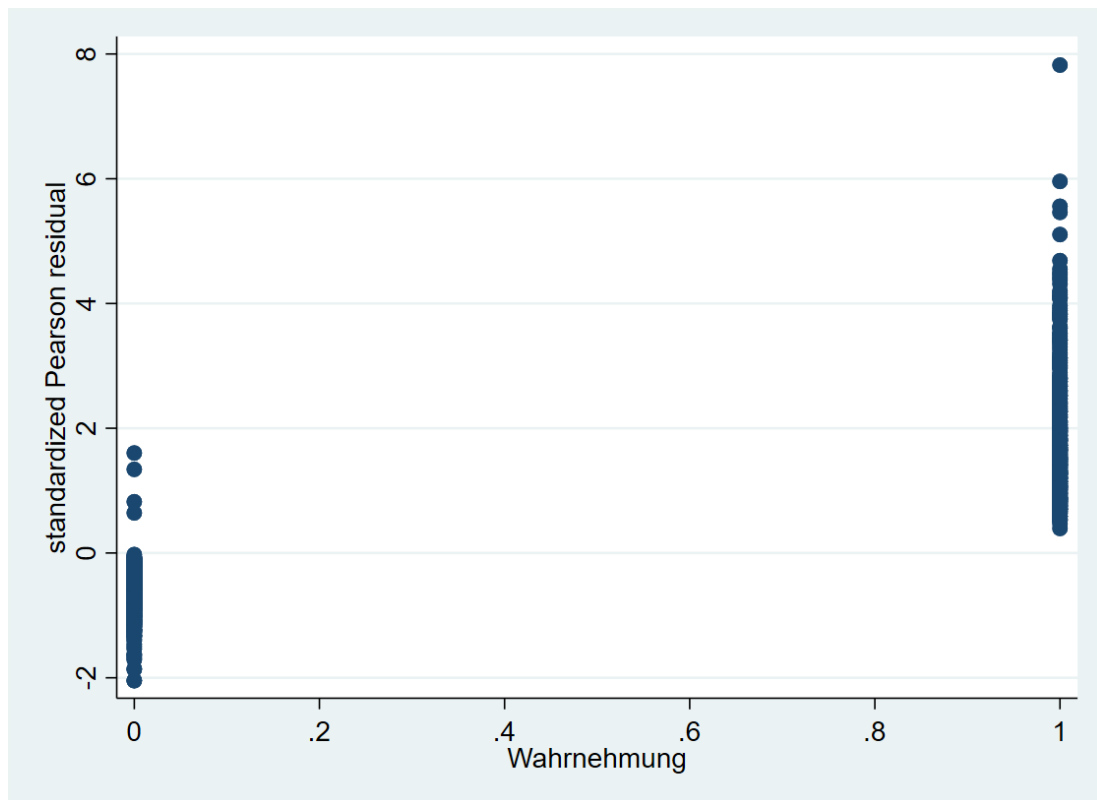
⁶¹⁸ Vgl. Backhaus et al. (2016), S. 323.

⁶¹⁹ Vgl. Backhaus et al. (2016), S. 321.

⁶²⁰ Vgl. Kühnel/Krebs (2010), S. 883; Senaviratna/Cooray (2019), S. 2.

⁶²¹ Vgl. Senaviratna/Cooray (2019), S. 3.

Abbildung 2: Standardisierte Residuen zu den Wahrnehmungsuntersuchungen



Anmerkungen: Die Abbildung präsentiert die standardisierten Residuen nach Pearson.

Tabelle 58: Korrelationskoeffizienten nach Pearson zu den Wahrnehmungsuntersuchungen

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
(1) Wahrnehmung	1					
(2) Union	0,099***	1				
(3) FDP	0,042**	-0,274***	1			
(4) SPD	-0,053***	-0,446***	-0,251***	1		
(5) Die Linke	-0,052***	-0,245***	-0,138***	-0,225***	1	
(6) Die Grünen	-0,060***	-0,281***	-0,158***	-0,258***	-0,141***	1
(7) Erbschaftsteuer	0,162***	0,024	0,051***	-0,020	-0,050***	-0,011
(8) Compliance-Kosten	0,143***	0,082***	0,010	-0,026	-0,095***	-0,001
(9) Ertragsteuern	0,005	0,013	0,030	0,016	-0,030	-0,041**
(10) Umsatzsteuer	-0,008	-0,009	0,036*	0,013	-0,037*	-0,006
(11) Textlänge	0,241***	0,057***	-0,087***	0,065***	-0,047**	-0,034*

Variable	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
(1) Wahrnehmung					
(2) Union					
(3) FDP					
(4) SPD					
(5) Die Linke					
(6) Die Grünen					
(7) Erbschaftsteuer	1				
(8) Compliance-Kosten	0,050***	1			
(9) Ertragsteuern	-0,082***	0,046**	1		
(10) Umsatzsteuer	0,176***	0,075***	0,216***	1	
(11) Textlänge	-0,033*	0,213***	0,035*	0,000	0,090***

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Pearson-Korrelationskoeffizienten zur Überprüfung der Wahrnehmungsuntersuchungen auf Multikollinearität. Die Korrelationskoeffizienten sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Anhang 9: Definition der Variablen zu den Wahrnehmungsuntersuchungen

Tabelle 59: Variablendefinitionen zu den Wahrnehmungsuntersuchungen

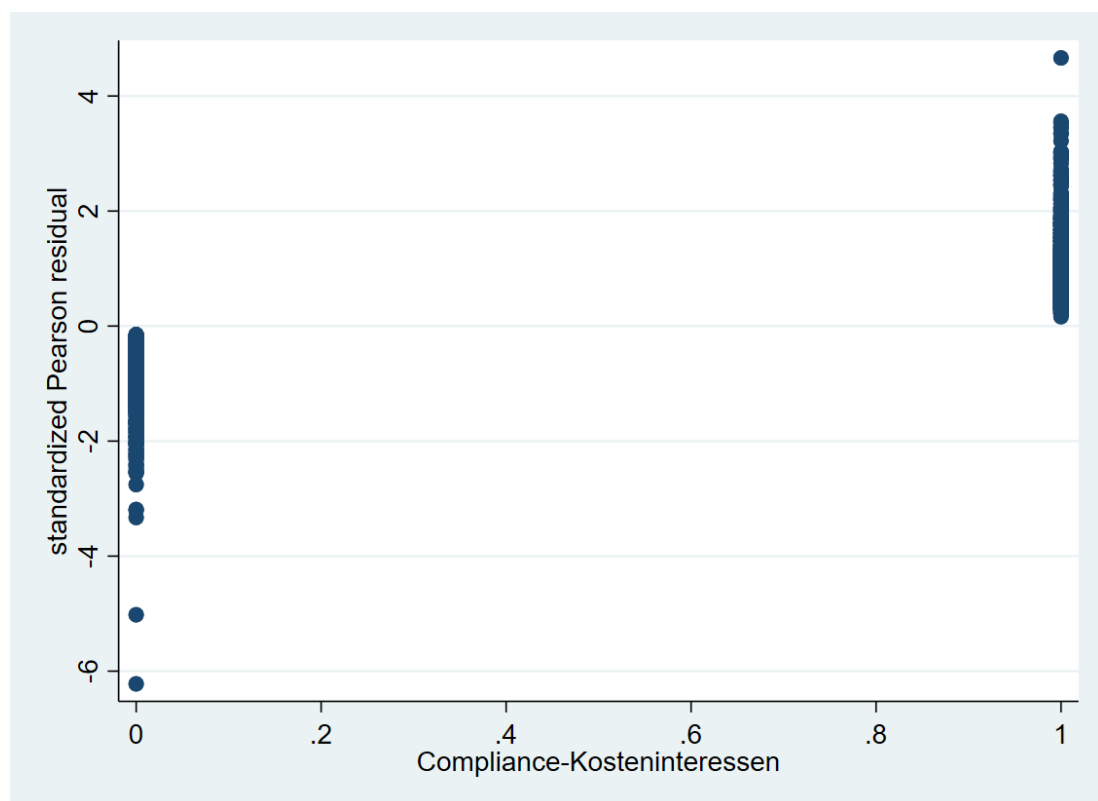
Variable	Definition
Wahrnehmung	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn in einem Redebeitrag eines Politikers der Mittelstand mindestens einmal erwähnt wurde. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Politische Parteien	
<i>Union</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn der Plenarsitzungsbeitrag von einem Politiker der Partei CDU oder CSU entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>FDP</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn der Plenarsitzungsbeitrag von einem Politiker der Partei FDP entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>SPD</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn der Plenarsitzungsbeitrag von einem Politiker der Partei SPD entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Linke</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn der Plenarsitzungsbeitrag von einem Politiker der Partei Die Linke entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Grüne</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn der Plenarsitzungsbeitrag von einem Politiker der Partei Bündnis 90/Die Grünen entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Steuerthemen	
<i>Erbschaftsteuer</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn der Redebeitrag eines Politikers zu einem Steuergesetzentwurf gehalten wurde, der Änderungen (keine bloßen redaktionellen Änderungen) in der Erbschaft- und Schenkungsteuer vorsieht. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Compliance-Kosten</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn in einem Redebeitrag eines Politikers steuerliche Compliance-Kosten mindestens einmal erwähnt wurden. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Andere steuerliche Themen	
<i>Ertragsteuern</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn der Redebeitrag eines Politikers zu einem Steuergesetzentwurf gehalten wurde, der Änderungen (keine bloßen redaktionellen Änderungen) in den Ertragsteuern vorsieht. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Umsatzsteuer</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn der Redebeitrag eines Politikers zu einem Steuergesetzentwurf gehalten wurde, der Änderungen (keine bloßen redaktionellen Änderungen) in der Umsatzsteuer vorsieht. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Länge der Redebeiträge	Logarithmierte Gesamtanzahl an Wörtern, die ein Redebeitrag in den Plenarsitzungen enthält.

Anmerkungen: Die Tabelle gibt einen Überblick über die Definitionen der in den Wahrnehmungsuntersuchungen enthaltenen Variablen.

Anhang 10: Überprüfung der logistischen Regression zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen auf Ausreißer und Multikollinearität

Analog zu Anhang 8 erfolgt eine Überprüfung des Grundmodells der logistischen Regression zur Untersuchung der Repräsentanz von steuerlichen Compliance-Kosteninteressen auf das Vorliegen von Ausreißern und Multikollinearität. Die standardisierten Residuen in Abbildung 3 zeigt das Vorliegen einiger Ausreißer, auf die die logistische Regression jedoch relativ unempfindlich reagieren sollte.⁶²² Die in Tabelle 60 abgebildeten Korrelationskoeffizienten nach Pearson zeugen von keiner Verletzung der Multikollinearitätsvoraussetzung.

Abbildung 3: Standardisierte Residuen zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen



Anmerkungen: Die Abbildung präsentiert die standardisierten Residuen nach Pearson.

⁶²² Vgl. Backhaus et al. (2016), S. 321.

Tabelle 60: Korrelationskoeffizienten nach Pearson zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
(1) Compliance-Kosteninteressen	1					
(2) Mittelstand	0,039*	1				
(3) Großunternehmen	0,037*	-0,102***	1			
(4) Unternehmen allgemein	0,033	-0,188***	-0,158***	1		
(5) Berater	0,086***	-0,137***	-0,115***	-0,211***	1	
(6) Andere Interessen	-0,131***	-0,319***	-0,267***	-0,492***	-0,357***	1
(7) Erbschaftsteuer	0,065***	0,044**	-0,016	-0,036*	0,016	0
(8) Ertragsteuern	0,106***	-0,093***	0,036*	-0,062***	0,031	0,070***
(9) Umsatzsteuern	0,027	-0,038*	0,041*	-0,013	0,035*	-0,012
(10) Verfahrensrecht	0,175***	-0,029***	-0,010	-0,079	0,062***	0,047**
(11) Länge Stellungnahme	0,367***	-0,087***	0,011	0,011	0,129***	-0,049**
(12) Länge Steuergesetzentwurf	0,148***	-0,019	0,040*	0,047**	0,072***	-0,099***

Variable	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
(1) Compliance-Kosteninteressen						
(2) Mittelstand						
(3) Großunternehmen						
(4) Unternehmen allgemein						
(5) Berater						
(6) Andere Interessen						
(7) Erbschaftsteuer	1					
(8) Ertragsteuern	-0,116***	1				
(9) Umsatzsteuern	0,010	0,227***	1			
(10) Verfahrensrecht	-0,054***	0,072***	0,044	1		
(11) Länge Stellungnahme	0,075***	0,137***	0,030	0,069***	1	
(12) Länge Steuergesetzentwurf	-0,022	0,242***	0,240***	-0,067***	0,166***	1

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Pearson-Korrelationskoeffizienten zur Überprüfung der Untersuchung zur Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen auf Multikollinearität. Die Korrelationskoeffizienten sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Anhang 11: Definition der Variablen zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen

Tabelle 61: Variablendefinitionen zur Untersuchung der Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosteninteressen

Variable	Definition
Compliance-Kosteninteressen	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn steuerliche Compliance-Kosten in einer Stellungnahme mindestens einmal Erwähnung finden. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Interessenvertreter	
<i>Mittelstand</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von Interessenvertretern des Mittelstands entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Großunternehmen</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von Interessenvertretern von Großunternehmen entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Unternehmen allgemein</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von einem kollektiven unternehmerischen Interessenvertreter ohne primären Mittelstands- oder Großunternehmensbezugs entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Berater</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von Interessenvertretern mit Beratungshintergrund entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Anderer Interessen</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von einem Interessenvertreter entstammt, der weder Unternehmen noch Berater repräsentiert. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Steuerthemen	
<i>Erbchaftsteuer</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn die Stellungnahme zu einem steuerlichen Gesetzentwurf eingereicht wurde, der Änderungen (keine bloßen redaktionellen Änderungen) in der Erbschaft- und Schenkungsteuer vorsieht. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Ertragsteuern</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn die Stellungnahme zu einem steuerlichen Gesetzentwurf eingereicht wurde, der Änderungen (keine bloßen redaktionellen Änderungen) in den Ertragsteuern vorsieht. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Umsatzsteuer</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn die Stellungnahme zu einem steuerlichen Gesetzentwurf eingereicht wurde, der Änderungen (keine bloßen redaktionellen Änderungen) in der Umsatzsteuer vorsieht. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Verfahrensrecht</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn die Stellungnahme zu einem steuerlichen Gesetzentwurf eingereicht wurde, der Änderungen (keine bloßen redaktionellen Änderungen) im steuerlichen Verfahrensrecht vorsieht. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Länge der Stellungnahme	
<i>Länge der Stellungnahme</i>	Logarithmierte Gesamtanzahl an Wörtern, die eine Stellungnahme enthält.
<i>Länge des Steuergesetzentwurfs</i>	Logarithmierte Gesamtanzahl an Wörtern, die ein Steuergesetzentwurf enthält.

Anmerkungen: Die Tabelle enthält eine Übersicht über die Definitionen der in der Untersuchung zur Repräsentanz steuerlicher Compliance-Kosten enthaltenen Variablen.

Anhang 12: Überprüfung der Regressionsvoraussetzungen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen

Die Durchführung einer multivariaten linearen Regression ist an mehrere Voraussetzungen gekoppelt, die einer Überprüfung bedürfen. Regressionsvoraussetzungen bilden Linearität, keine Ausreißer, keine Autokorrelation, keine Multikollinearität, Homoskedastizität der Residuen und die Normalverteilung der Residuen.⁶²³ Die Überprüfung auf Linearität erfolgt mittels zweier Residualplots, einem standardmäßigen Residualplot (Abbildung 4) und einem Residualplot, der die Linearität in Kurvenform abbildet (Abbildung 5). Beide Abbildungen verdeutlichen trotz der leichten Kurvenform in Abbildung 5 im Wesentlichen das Vorliegen der Linearitätsvoraussetzung. Die Ermittlung potenzieller Ausreißer erfolgt grafisch über ein Boxplot (Abbildung 6). Die Auswertung verdeutlicht das Vorliegen zweier Ausreißer nach dem *Winsorizing*. Die Regression sollte jedoch robust auf die Ausreißer reagieren, denn diese liegen im Boxplot nur leicht oberhalb der Antenne. Die Überprüfung auf das Bestehen von Autokorrelation wird über den Durbin-Watson Test durchgeführt, wobei bei einem Wert von zwei keine Autokorrelation vorliegen würde. Im vorliegenden Modell ergibt sich ein Wert von 1,624, weshalb sich die Modellprämisse zur Autokorrelation als erfüllt betrachten lässt. Die Überprüfung auf Multikollinearität erfolgt mittels Pearson-Korrelationskoeffizienten (Tabelle 62) und zusätzlich für die Prädikatoren mittels *Variance Inflation Factor* (VIF) (Tabelle 63). Ein VIF von über zehn stellt ein starkes Indiz für Multikollinearität zwischen den Prädikatoren dar.⁶²⁴ Tabelle 63 zufolge überschreitet kein VIF den kritischen Wert von zehn, sodass die Multikollinearitätsvoraussetzung als erfüllt betrachtet werden kann. Der Durchschnitts-VIF beläuft sich auf 4,79. Darüber hinaus liegt auch keine Multikollinearität zwischen der erklärenden Variable und den Prädikatoren vor, wie die Pearson-Korrelationskoeffizienten in Tabelle 62 aufzeigen.⁶²⁵ Das Vorliegen von Homoskedastizität erfolgt über den Breusch-Pagan Test. Die Signifikanz des Testergebnisses impliziert das Bestehen von Heteroskedastizität. Durch das *Clustering* der Standardfehler kann die Wirkung der Heteroskedastizität in der Regressionsanalyse konterkariert werden, wodurch sich diese Voraussetzungsverletzung nicht wesentlich auf die Regressionsergebnisse auswirken sollte. Abschließend erfolgt die Überprüfung auf Normalverteilung mittels Shapiro-

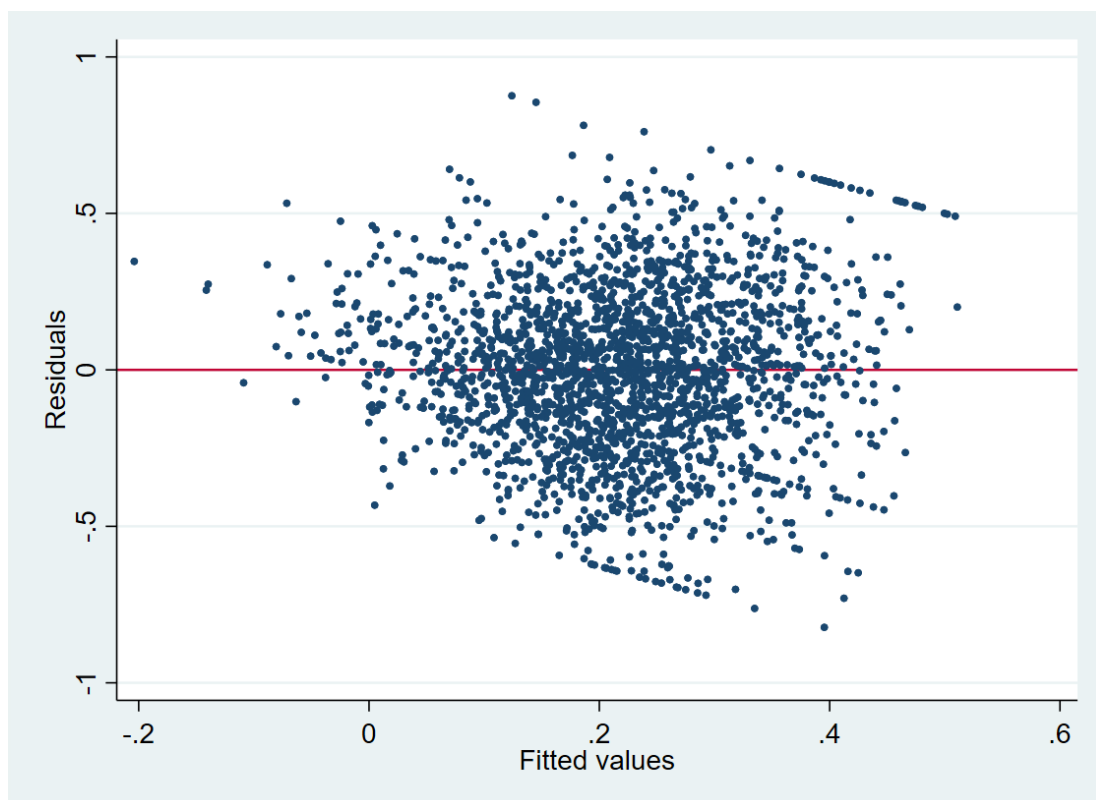
⁶²³ Vgl. Backhaus et al. (2016), S. 98; Chatterjee/Simonoff (2012), S. 8 f..

⁶²⁴ Vgl. Groß (2003), S. 14; Chatterjee/Simonoff (2012), S. 28 f.; Backhaus et al. (2016), S. 108.

⁶²⁵ Darüber hinaus bestätigen die Pearson-Korrelationskoeffizienten die Ergebnisse der VIF.

Francia Teststatistiken (Tabelle 64).⁶²⁶ Nicht signifikante Werte deuten auf eine Normalverteilung der Residuen hin. Zusätzlich ist die Normalverteilung der abhängigen Variable „Tone“ beispielhaft grafisch als Histogramm (Abbildung 7) enthalten. Einige Variablen lassen eine fehlende Normalverteilung der Residuen erkennen. Jedoch sollte die lineare Regressionsanalyse unempfindlich auf eine fehlende Normalverteilungsannahme reagieren, insbesondere vor dem Hintergrund der Anzahl an Beobachtungen durch den langen Untersuchungszeitraum.⁶²⁷ Zusammenfassend lässt sich aus der Überprüfung der Regressionsvoraussetzungen die Anwendbarkeit der multivariaten linearen Regressionsanalyse konstatieren.

Abbildung 4: Residualplot zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen

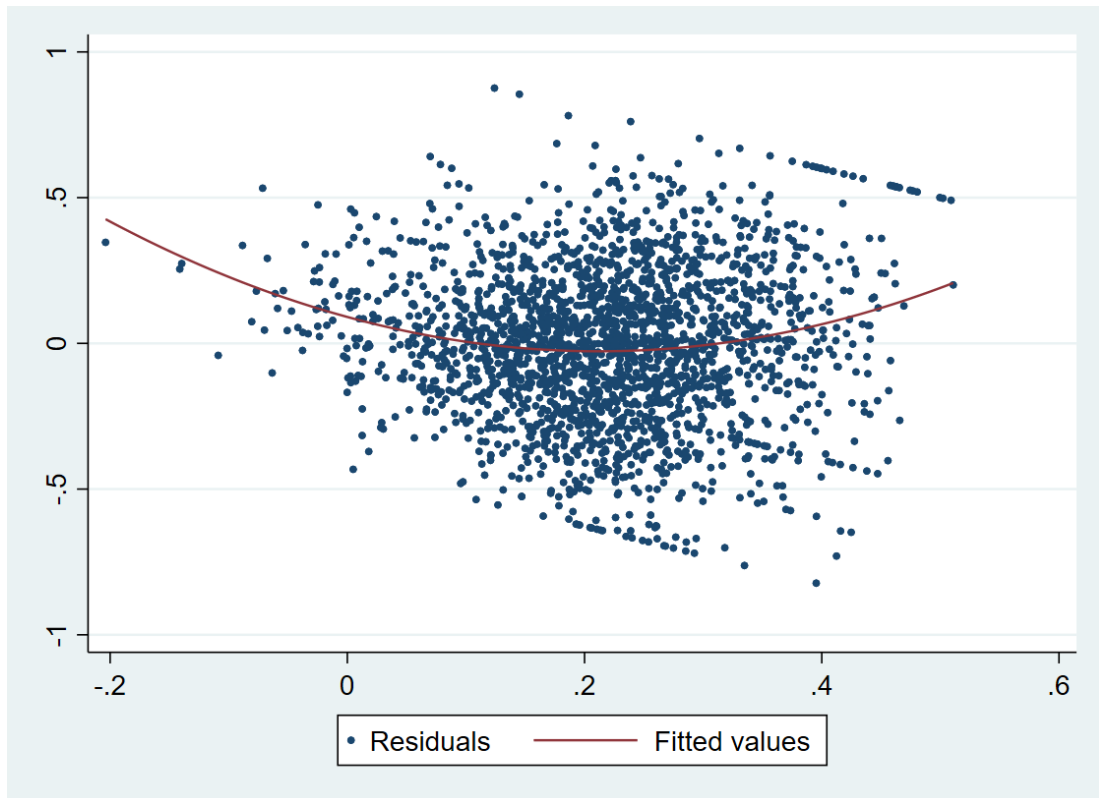


Anmerkungen: Die Abbildung präsentiert den Residualplot.

⁶²⁶ Als Testverfahren wurde der Shapiro-Francia-Test gewählt, da mehr als 2.000 Beobachtungen vorlagen.

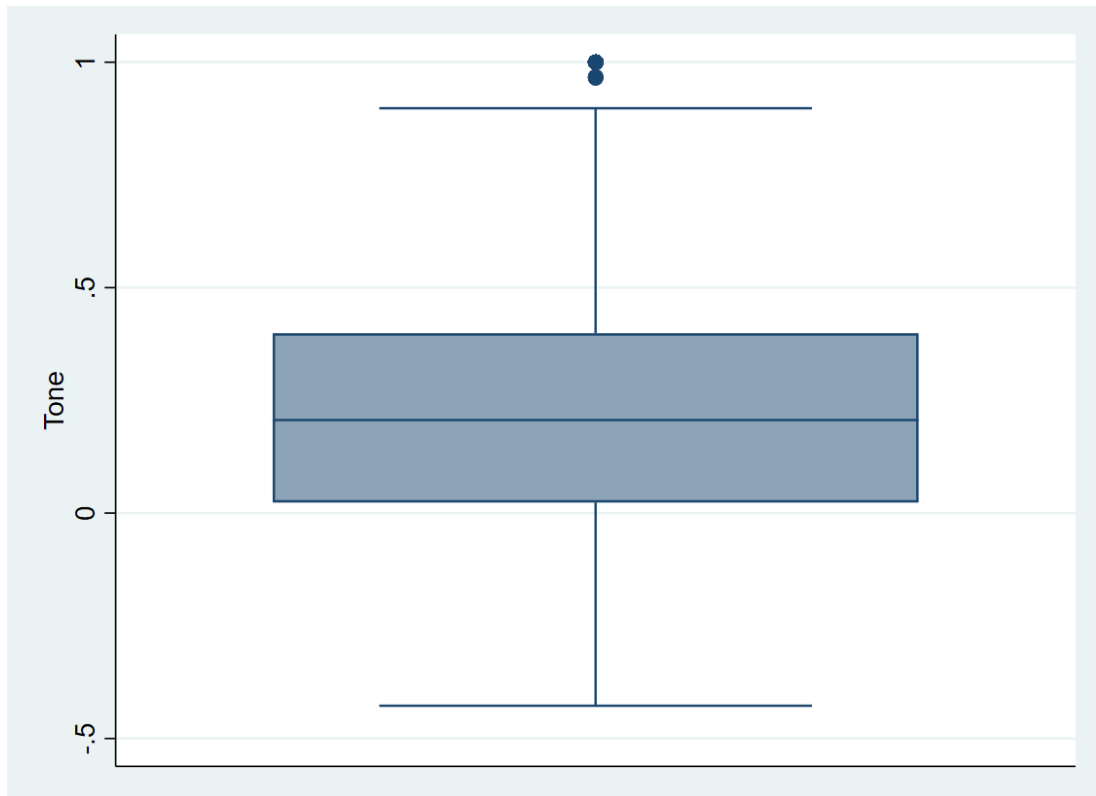
⁶²⁷ Vgl. Backhaus et al. (2016), S. 111.

Abbildung 5: Residualplot als Kurvenschätzung zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen



Anmerkungen: Die Abbildung präsentiert den Residualplot, wobei die Linearität als Kurve geschätzt wurde.

**Abbildung 6: Boxplot-Diagramm zur Untersuchung der strategischen
Vermittlung von Informationen**



Anmerkungen: Die Abbildung präsentiert den Boxplot für die grafische Überprüfung auf Ausreißer.

Tabelle 62: Korrelationskoeffizienten nach Pearson zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
(1) <i>Tone</i>	1								
(2) Mittelstand	0,093***	1							
(3) Großunternehmen	-0,003	-0,102***	1						
(4) Unternehmen allgemein	0,044**	-0,188***	-0,158***	1					
(5) Berater	-0,083***	-0,137***	-0,115***	-0,211***	1				
(6) Andere Interessen	-0,037*	-0,319***	-0,267***	-0,492***	-0,357***	1			
(7) <i>Tone</i> -Steuergesetzentwurf	0,179***	0,093***	-0,005	0,105***	-0,079***	-0,090***	1		
(8) Länge Stellungnahme	-0,241***	-0,087***	0,011	0,011	0,129***	-0,049**	-0,072***	1	
(9) Länge Steuergesetzentwurf	-0,031	-0,019	0,040*	0,047**	0,072***	-0,099***	0,112***	0,166***	1

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Pearson-Korrelationskoeffizienten zur Überprüfung der Untersuchung zur strategischen Vermittlung von Informationen auf Multikollinearität. Die Korrelationskoeffizienten sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Tabelle 63: VIF zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen

Variable	VIF
Großunternehmen	1,64
Unternehmen allgemein	2,44
Berater	2,03
Andere Interessen	2,94
<i>Tone</i> -Steuergesetzentwurf	1,23
Länge Stellungnahme	1,10
Länge Steuergesetzentwurf	1,30
<i>Jahres fixe Effekte</i>	
2003	8,41
2004	6,11
2005	3,76
2006	6,26
2007	8,00
2008	7,44
2009	5,67
2010	6,06
2011	6,52
2012	7,45
2013	1,56
2014	3,94
2015	5,80
2016	7,59
2017	8,21

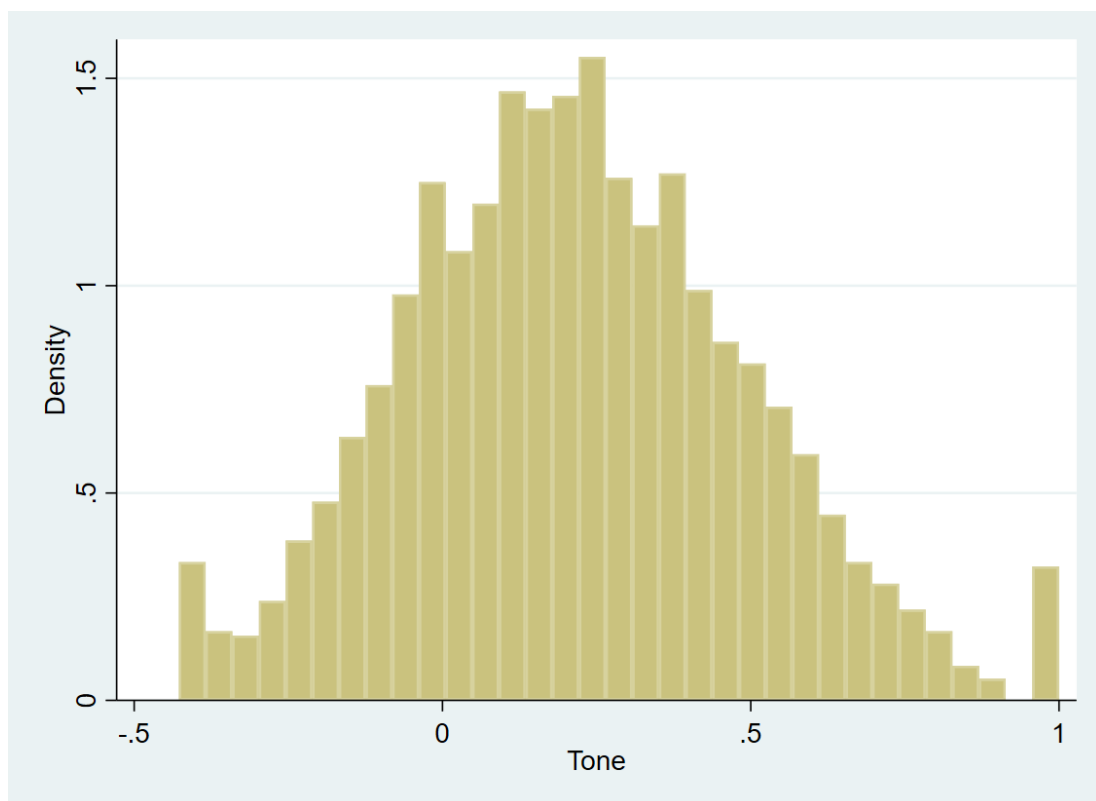
Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die VIF zur Überprüfung des Vorliegens von Multikollinearität zwischen den Prädiktoren zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen. Der Durchschnitts-VIF beläuft sich auf 4,79.

Tabelle 64: Prüfung der Variablen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen auf Normalverteilung mittels Shapiro-Franca Tests

Variable	Beobachtungen	Teststatistik	Signifikanz
<i>Tone</i>	2.220	0,996	0,000
Mittelstand	2.220	1	0,000
Großunternehmen	2.220	1	1,000
Unternehmen allgemein	2.220	1	1,000
Berater	2.220	1	0,000
Andere Interessen	2.220	1	0,000
<i>Tone</i> -Steuergesetzentwurf	2.220	0,965	0,000
Länge Stellungnahme	2.220	0,995	0,000
Länge Steuergesetzentwurf	2.220	0,961	0,000

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Überprüfung der Variablen auf Normalverteilung zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen mittels Shapiro-Franca Tests. Signifikante Werte deuten auf eine fehlende Normalverteilung hin.

Abbildung 7: Histogramm zur abhängigen Konnotationsvariable



Anmerkungen: Die Abbildung präsentiert das Histogramm zur abhängigen *Tone*-Variable nach dem Winsorizing.

Anhang 13: Definition der Variablen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen

Tabelle 65: Variablendefinitionen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen

Variable	Definition
<i>Tone</i>	Erfasst als metrische Variable die sprachlich positive oder negative Konnotation der vermittelten Interessen durch die Interessenvertreter an politische Entscheidungsträger im formellen deutschen Steuergesetzgebungsverfahren.
Interessenvertreter	
<i>Mittelstand</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von Interessenvertretern des Mittelstands entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Großunternehmen</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von Interessenvertretern von Großunternehmen entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Unternehmen allgemein</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von einem kollektiven unternehmerischen Interessenvertreter ohne primären Mittelstands- oder Großunternehmensbezugs entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Berater</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme von Interessenvertretern mit Beratungshintergrund entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Andere Interessen</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Stellungnahme einem Interessenvertreter entstammt, der weder Unternehmen noch Berater repräsentiert. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Tone-SteuerGesetzentwurf</i>	Erfasst als metrische Variable die sprachlich positive oder negative Konnotation des den Stellungnahmen zugrundeliegenden Gesetzesentwurfs.
Länge der Stellungnahme	
<i>Länge der Stellungnahme</i>	Logarithmierte Gesamtanzahl an Wörtern, die eine Stellungnahme enthält.
<i>Länge des SteuerGesetzentwurfs</i>	Logarithmierte Gesamtanzahl an Wörtern, die ein SteuerGesetzentwurf enthält.

Anmerkungen: Die Tabelle enthält eine Übersicht über die Variablendefinitionen zur Untersuchung der strategischen Vermittlung von Informationen.

Anhang 14: Steuerliche Forderungen der Interessenvertreter und deren Erfolg

Tabelle 66: Steuerliche Forderungen der Interessenvertreter und deren Erfolg

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
1	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ⁶²⁸ und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	andere Interessen	§ 2 Energiesteuergesetz-Entwurf (EnergieStG-E): Gefordert ist ein sektorübergreifender Preis von 30 Euro je Tonne, der im Zeitverlauf auf 80 Euro ansteigen soll. (S. 1)	nein
1	Prof. Dr. Roland Ismer, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg	andere Interessen	§ 3b EnergieStG-E und § 2a Stromsteuergesetz-Entwurf (StomStG-E): Auch Unternehmen in Schwierigkeiten sollen von Steuervergünstigungen profitieren. (S. 4)	nein
1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Mittelstand	§ 60 EnergieStG-E: Norm soll nicht gestrichen werden. (S. 1)	ja
1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Mittelstand	§ 46 EnergieStG-E: Gefordert ist eine Umformulierung. (S. 3)	nein
1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Mittelstand	§§ 8 und 30 EnergieStG-E: Ergänzungen gefordert. (S. 4-5)	nein
1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Mittelstand	§ 2 Abs. 2 EnergieStG-E: Steuerliche Gleichbehandlung von Flüssiggas und Erdgas gefordert. (S. 6)	ja
1	Mittelständische Energiewirtschaft Deutschland e. V. (MEW) und Bundesverband Freier Tankstellen e. V. (bft)	Mittelstand	§ 2 Abs. 2 EnergieStG-E: Fordert unabhängige steuerliche Behandlung von <i>Liquefied Natural Gas</i> (LNG) (S. 6)	nein
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	§ 1a EnergieStG-E: Verweis auf die Kombinierte Nomenklatur dynamisch ausgestalten oder einmal jährlich die im EnergieStG-E verwendeten Codes der Kombinierte Nomenklatur aktualisieren. (S. 2)	nein
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	§ 2 Abs. 2 EnergieStG-E: Fordert degressive Verlängerung der steuerlichen Förderung von Flüssiggas. (S. 2)	ja
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	§ 26 EnergieStG-E: Fordert Wettbewerbsgleichheit für deutsche Raffinerien durch Steuerfreistellung des Eigenverbrauchs auch bei Fremdbezug. (S. 4)	nein

⁶²⁸ Abkürzungen, die sich auf den Namen des/der Stellungnehmenden beziehen, werden im Abkürzungsverzeichnis nicht aufgeführt, da sie im Haupttext dieser Dissertationsschrift nicht verwendet werden.

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	§ 26 EnergieStG-E: Umfang des Eigenverbrauchs durch Streichung des Worts "ausschließlich" nicht unnötig einengen. (S. 4)	ja
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	§§ 8 und 30 EnergieStG-E: Fordert Einfügung eines wirksamen Heilungstatbestands. (S. 5-6)	nein
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	§ 46 EnergieStG-E: Fordert Umformulierung. (S. 8-9)	nein
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	§ 50 EnergieStG-E: Fordert, dass die Norm nicht aufgehoben wird. (S. 10)	nein
1	Mineralölwirtschaftsverband e. V. (MWV)	allgemeine Unternehmen	§ 47a EnergieStG-E: Fordert Ergänzungen. (S. 11)	nein
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	§ 3b EnergieStG-E, § 2a StomStG-E: Streichung der Normen gefordert. (S. 2)	nein
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	§ 26 EnergieStG-E: Umfang des Eigenverbrauchs durch Streichung des Worts "ausschließlich" nicht unnötig einengen (S. 3)	ja
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	§ 26 EnergieStG-E: Wettbewerbsgleichheit für deutsche Raffinerien durch Steuerfreistellung des Eigenverbrauchs auch bei Fremdbezug. Der 3. Absatz müsste für diesen Zweck gestrichen werden. (S. 3)	nein
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	§ 47a EnergieStG-E: Ergänzung des 2. Absatzes um zwei weitere Nummern gefordert. (S. 3)	nein
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	§ 30 Abs. 2 EnergieStG-E: Fordert Streichung der Norm. (S. 3)	nein
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	§§ 2 und 5 Stromsteuergesetz-Entwurf (StromStG-E): Begriff des stationären Stromspeichers sollte gewählt und legal definiert werden. (S. 4)	nein
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	§ 9a StromStG-E: Fordert die Umformulierung von Nummer 1. (S. 5)	nein
1	Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)	Mittelstand	§ 9c StromStG-E: Fordert die Wiederaufhebung der Norm. (S. 6)	nein
3	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 4j Einkommensteuergesetz-Entwurf (EStG-E): Der gesamte Gesetzentwurf soll zurückgestellt werden. (S. 3)	nein
3	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 4j Abs. 1 Satz 1 EStG-E: Fordert klare Abgrenzung, was beispielsweise unter dem Begriff der Regelbesteuerung zu verstehen ist. (S. 5)	ja
3	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 4j EStG-E: Fordert, dass die in der Norm enthaltene überschießende Wirkung an den Abschlussbericht des <i>Base Erosion and Profit Shifting</i> (BEPS)-Projekts angepasst werden soll. (S. 5)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
3	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 4j Abs. 2 und 3 EStG-E: Herabsetzung des Steuersatzes von 25 % auf 15 % gefordert. (S. 5)	nein
3	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 52 Abs. 8a EStG-E: Rückwirkende Wirkung auf 01.01.2017 gefordert. (S. 2)	nein
3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4j Abs. 1 Satz 4 EStG-E: EU-rechtskonforme Ausgestaltung gefordert. (S. 2)	nein
3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4j EStG-E: Verweis auf Abschlussbericht des BEPS-Projekts aufnehmen (S. 5)	ja
3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4j Abs. 2 EStG-E: Herabsetzung des Steuersatzes von 25 % auf 15 % gefordert. (S. 5)	nein
3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4j Abs. 1 Satz 1 EStG-E: Klarere Abgrenzung, was beispielsweise unter dem Begriff Regelbesteuerung zu verstehen ist. (S. 6)	ja
3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4j Abs. 2 EStG-E: Fordert Klarstellung, dass verrechenbare Verluste aus Vorperioden nicht zu einer Niedrigbesteuerung führen dürfen. (S. 6)	nein
3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4j Abs. 2 EStG-E: Auch Quellensteuern sind zu berücksichtigen. (S. 6)	nein
3	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4j Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz EStG-E: Klarstellung gefordert, welche Gesellschaften keine Einschränkung erfahren. (S. 7)	nein
3	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 4j EStG-E: Gefordert ist ein Verweis auf den Abschlussbericht für den Nexus-Ansatz. (S. 7)	ja
3	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 4j Abs. 2 EStG-E: Konkretisierung der Belastungsmessung gefordert. (S. 7)	ja
3	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 4j Abs. 3 EStG-E: Beschränkung des Quotienten auf Werte zwischen null und eins gefordert. (S. 8)	nein
3	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 4j EStG-E: Gesetzliche Kodifizierung des Nexus-Ansatzes gefordert. (S. 2)	ja
3	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 4j Abs. 1 Satz 1 EStG-E: Konkretisierung des Begriffs der Regelbesteuerung gefordert. (S. 3)	ja
3	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 4j Abs. 2 EStG-E: Gesetzlich klarstellen, dass auf Einnahmen bei der Berechnung von Niedrigbesteuerung abgestellt wird. (S. 4)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
3	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 4j Abs. 2 und 3 EStG-E: Herabsetzung des Steuersatzes von 25 % auf 15 % gefordert. (S. 5)	nein
3	Bundesrechnungshof	andere Interessen	§ 4j Abs. 1 Satz 2 EStG-E: Die Abzugsbeschränkung soll nicht lediglich konzerninterne Umsätze betreffen, sondern auf alle Umsätze erweitert werden. (S. 3)	ja
3	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 4j Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist der Einbezug aller Unternehmen, nicht nur von nahestehenden Personen. (S. 4)	nein
3	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	Gewerbsteuergesetz-Entwurf (GewStG-E): Auch gewerbesteuerlich bedingte Gewinnverschiebungen sollten per Gesetz unterbunden werden. (S. 5)	nein
3	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 4j EStG-E: Der Begriff des Schuldners soll durch den des Steuerpflichtigen ersetzt werden. (S. 15)	nein
3	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 4j Abs. 1 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die Klarstellung diverser Begrifflichkeiten. (S. 16)	nein
3	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 4j Abs. 1 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist eine Begrenzung auf "echte" Konzernsachverhalte. Diese könnten an die Hinzurechnungsbesteuerung angelehnt sein. (S. 19-20)	nein
3	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 4j Abs. 2 Satz 1 EStG-E: Herabsetzung des Steuersatzes von 25 % auf 15 % gefordert. (S. 20)	nein
3	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 4j EStG-E: Fordert die Implementierung eines Freibetrags aus Compliance-Gründen. (S. 26)	nein
3	Prof. Dr. Ekkehart Reimer, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	andere Interessen	§ 4j Abs. 2 EStG-E: Herabsenkung des Steuersatzes von 25 % auf 22,8 % gefordert. (S. 5)	nein
3	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Mittelstand	§ 4j Abs. 2 EStG-E: Herabsetzung des Steuersatzes von 25 % auf 15 % gefordert. (S. 2)	nein
3	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Mittelstand	§ 4j EStG-E: Fordert, dass das Gesetz in Gänze nicht umgesetzt wird. (S. 5)	nein
4	Bankenfachverband e. V.	Großunternehmen	§ 154 Abgabenordnung-Entwurf (AO-E): Fordert die Legaldefinition des Begriffs Konto. (S. 3)	nein
4	Bankenfachverband e. V.	Großunternehmen	§ 154 AO-E: Fordert die Schaffung einer Ausnahmeregelung für Kreditkonten. (S. 3)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
4	Bankenfachverband e. V.	Großunternehmen	§ 154 AO-E: Fordert Schaffung einer Ausnahmeregelung bezüglich der Steueridentifikationsnummer für Verbraucherkredite. (S. 5)	ja
4	Bankenfachverband e. V.	Großunternehmen	§ 154 AO-E: Fordert Gleichlauf des Geldwäschegesetzes und des § 154 AO-E. (S. 7)	ja
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 93 AO-E: Anstelle des Wortlauts nicht gerechtfertigter Steuervorteile sollte es im Gesetz rechtswidrig erlangte oder gesetzlich nicht vorgesehene Steuervorteile heißen. (S. 5)	nein
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 93 AO-E: Alternative Formulierung aus Referentenentwurf mit entsprechenden Anhaltspunkten soll wiederaufgenommen werden. (S. 5)	nein
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 138 AO-E: Gefordert ist eine genaue gesetzliche Kennzeichnung, wonach sich der Begriff der Betriebsstätte richtet. (S. 5)	nein
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 138 AO-E: Gefordert ist die Anhebung des Betrags im 2. Absatz in Nummer 3 auf beispielsweise 500.000 Euro. (S. 5)	nein
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 138 AO-E: Gefordert ist die Ergänzung, dass eine Meldung von mittelbaren Beteiligungen nur erforderlich ist, wenn diese der meldepflichtigen Gesellschaft auch bekannt sind. (S. 5)	nein
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 138b AO-E: Fordert Meldepflicht gegenüber den Steuerpflichtigen über den Inhalt der Meldung. (S. 6)	nein
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 154 AO-E: Gefordert ist der Wegfall der überschießenden Wirkung der Regelung. (S. 7)	ja
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 3c Steuerberatungsgesetz-Entwurf (StBerG-E): Fordert Implementierung einer vom Verband vorgeschlagene alternativen Formulierung. (S. 9)	nein
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§§ 77b und 85 StBerG-E: Fordert, dass die Tätigkeit als Mitglied des Vorstands oder eines Ausschusses der Steuerberaterkammern per Gesetz als Ehrenamt eingestuft wird. (S. 10)	ja
4	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 203 Bewertungsgesetz-Entwurf (BewG-E): Fordert die Einführung eines Wahlrechts für den Kapitalisierungsfaktor. (S. 13)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 30a AO-E: Die Norm soll nicht gestrichen, sondern erhalten bleiben. (S. 3)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AO-E: Fordert die Erhaltung der bestehenden Beteiligungsquoten. (S. 4)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138 AO-E: Fordert, dass lediglich das herrschende Unternehmen zur Mitteilung verpflichtet ist. (S. 4-5)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AO-E: Fordert eine Überarbeitung, da unklar ist, wann die Mitteilungspflicht bei Beteiligungsveräußerung greift. (S. 6)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138 AO-E: Fordert keine Absenkung der Beteiligungsrelevanzschwelle bei mittelbaren Beteiligungen. (S. 7)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§§ 138b und 138c AO-E: Fordert eine weitgehende Überarbeitung des Paragraphen für eine praxisgerechtere Ausgestaltung, analog zum Vorschlag des Verbands der Kreditwirtschaft. (S. 10)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 154 AO-E: Die Steueridentifikationsnummer soll nicht erfasst werden. (S. 13)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 154 AO-E: Fordert, dass die Erweiterungen zur Erfassung der Steueridentifikationsnummer nicht für Kreditkonten gelten. (S. 13)	ja
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 1 Abs. 12 Einführungsgesetz zur Abgabenordnung-Entwurf (EGAO-E): Streichung gefordert. (S. 13)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 26 Abs. 4 EGAO-E: Fordert gesetzliche Klarstellung, dass die Norm keine generelle Nacherhebungspflicht der Steueridentifikationsnummer vorsieht. (S. 15)	ja
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 16 Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz-Entwurf (ErbStG-E): Fordert, dass es zu keiner anteiligen Gewährung des Freibetrags bei beschränkt Steuerpflichtigen kommt. (S. 15)	nein
4	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 37 Abs. 14 ErbStG-E: Es sollte die rückwirkende Wirkung berücksichtigt werden. (S. 16)	ja
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 26 Abs. 2 EGAO-E: Das erweiterte Kontenabrufverfahren (§ 93 Abs. 7 AO) soll bereits ab 2018 eingeführt werden. (S. 5)	ja
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 26 Abs. 4 EGAO-E: Es ist eine Prüfungsmöglichkeit bereits ab dem 01.01.2018 zu schaffen. (S. 6)	nein
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 138 AO-E: Ausweitung der Mitteilungspflichten über beherrschende Einflüsse nicht nur auf Drittstaaten beschränken, sondern diese sollen generell ausländische Staaten umfassen. (S. 7)	nein
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 138 AO-E: Es soll keine Fristverlängerung eingeführt werden. (S. 7)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
4	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 147a AO-E: Gefordert ist die Festsetzung der Aufbewahrungspflicht auf zehn Jahre. (S. 8)	nein
4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 138 AO-E: Ausweitung der Mitteilungspflichten über beherrschende Einflüsse nicht nur auf Drittstaaten beschränken, sondern diese sollen generell ausländische Staaten umfassen. (S. 3)	nein
4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 138b AO-E: Gefordert ist die Normierung, dass die Meldepflicht durch Protokollierung entsprechender Beratungsgespräche flankiert werden muss bei gleichzeitiger gesetzlicher Präzision des "mitteilungs-pflichtigen Sachverhalts". (S. 4)	nein
4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 138b AO-E: Gefordert ist die Verpflichtung, dass in Deutschland an-sässige Muttergesellschaften Informationen über Geschäftsbeziehun-gen zu ihren Tochterunternehmen vorhalten müssen. (S. 4)	nein
4	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 154 AO-E: Gefordert ist die Festsetzung der Aufbewahrungspflicht auf zehn Jahre. (S. 6)	nein
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 30a AO-E: Die Norm ist nicht zu erhalten. (S. 6)	nein
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 93 Abs. 1a AO-E: Gefordert ist die Wiederaufnahme der Definition des "hinreichenden Anlasses" in den Gesetzestext. (S. 7)	nein
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 138 AO-E: Die Meldepflicht soll auf unkooperative Staaten einge-schränkt werden, wobei sich der Umfang der unkooperativen Staaten nach der EU bestimmt. (S. 8)	nein
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 138b AO-E: Fordert eine weitgehende Überarbeitung des Paragraphen für eine praxisgerechtere Ausgestaltung, analog zum Vorschlag des Verbands der Kreditwirtschaft. (S. 10)	nein
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 154 AO-E: Fordert eine gesetzliche Ausnahme für Kreditkonten. (S. 16-17)	ja
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 154 AO-E: Es ist ein 4. Absatz mit vorgegebenen Inhalt zu ergänzen. (S. 17)	nein
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 139b AO-E: Gefordert ist eine Ergänzung um kreditwirtschaftliche Verbundgruppen. (S. 17)	nein
4	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 1 Abs. 12 EGAO-E: Streichung gefordert. (S. 17)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138 AO-E: Ausweitung der Mitteilungspflichten nicht nur auf Drittstaaten beschränken, sondern diese sollen generell ausländische Staaten umfassen. (S. 3)	nein
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138 AO-E: Überdies sollen auch Veränderungen der Beteiligungsverhältnisse gesetzlich verpflichtend gemeldet werden müssen. (S. 3)	nein
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138 AO-E: Gefordert sind spezielle Ergänzung in Nr. 2 und 3 im Kontext der bestehenden Beteiligungen. (S. 3)	nein
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138 AO-E: Der Begriff "erstmalig" ist zu streichen. (S. 3)	nein
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138b AO-E: Auch Steuerberater und andere Berufsgruppen sollen meldepflichtig sein. (S. 4)	nein
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138b AO-E: Es ist auch die Vergangenheit mit einzubeziehen. (S. 5)	nein
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	AO-E: Gefordert ist die gesetzliche Einführung eines zentralen Registers über die wirtschaftlich Berechtigten. (S. 6)	nein
4	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz Einführungsgesetz: Gefordert ist die Vornahme von Nachbesserungen in dem Gesetz. (S. 7)	nein
4	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 138b AO-E: Gesetzlich ist klarzustellen, dass es auf die Kenntnis ankommt. (S. 4)	nein
4	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 138b AO-E: Fordert Konkretisierung, unter welchen Voraussetzungen ein die Mitteilungspflicht auslösender, beherrschender oder bestimmender Einfluss vorliegen. (S. 6)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8c Körperschaftsteuergesetz-Entwurf (KStG-E): Fordert eine am Leistungsprinzip ausgerichtete Besteuerung. (S. 6)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist eine Klarstellung im Gesetz, dass fortführungsgebundener Verlustvortrag nur den Verlust betrifft, der nach § 8c Körperschaftsteuergesetz (KStG) nicht abziehbar wäre. (S. 6)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Fordert gesetzliche Klarstellung, dass ein verbleibender Verlustvortrag nicht am Schluss des Veranlagungszeitraums erfasst wird, sondern bereits bei seiner Entstehung. (S. 6)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist die Präzisierung des Begriffs des zusätzlichen Geschäftsbetriebs in Nummer 3. (S. 6-7)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Fordert eine Präzisierung der Phrase "derselbe Geschäftsbetrieb" in Nummer 2. (S. 7)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Nummer 1 im 2. Absatz sollte gestrichen bzw. ruhend gestellt werden. (S. 8)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Es sollte eine gesetzliche Ausnahme für zeitweises ruhend stellen in den Gesetzeswortlaut aufgenommen werden. (S. 8)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Der Erwerb einer mitunternehmerischen Beteiligung sollte unschädlich sein. (S. 8)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Die Begründung einer Organschaft sollte nicht per se als schädlich eingestuft sein. (S. 8)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Nummer 2 im 6. Absatz sollte gestrichen werden. (S. 9)	nein
8	BIO Deutschland e. V.	allgemeine Unternehmen	KStG-E: Ergänzt werden sollte eine Sofortauszahlung des Steueranteils, analog zu dem englischen Modell. (S. 9)	nein
8	bitkom e. V.	Mittelstand	§ 8d KStG-E: Gefordert ist das Abstellen auf den Verlust, der nach Anwendung des § 8c KStG noch verbleibt. (S. 2-3)	nein
8	bitkom e. V.	Mittelstand	§ 8d KStG-E: Der Begriff "Geschäftsbetrieb" sollte nach der von dem Verband Bitkom e. V. vorgeschlagenen Definition im Gesetz definiert werden. (S. 3)	nein
8	bitkom e. V.	Mittelstand	§ 8d KStG-E: Die Zweckänderung in Nummer 2 des 2. Absatzes ist zu eng gefasst und sollte daher nicht in jedem Fall zum Untergang steuerlicher Verluste führen. (S. 4-5)	nein
8	bitkom e. V.	Mittelstand	§ 8d KStG-E: Gefordert ist die Streichung von Nummer 3 im 2. Absatz, wodurch dann die Aufnahme eines zusätzlichen Geschäftsbetriebs nicht zu einem Verlustuntergang führen wird. (S. 4-5)	nein
8	bitkom e. V.	Mittelstand	§ 8d KStG-E: Klarstellung der Norm, dass deren Inhalt auf Verluste abstellt, die am Tag des Beteiligungserwerbs vorlagen. Im Anschluss daran angefallene Verluste sollten nach allgemeinen Vorschriften verrechenbar sein. (S. 5)	nein
8	bitkom e. V.	Mittelstand	§ 8d KStG-E: Gefordert ist die Integration eines Schwellenwerts an Verlusten, welcher immer oder innerhalb eines Zeitraums bestehen bleibt. (S. 6)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
8	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist die Präzisierung des 1. Absatzes zur Phrase "selber Geschäftsbetrieb". (S. 4)	nein
8	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist, dass sich die Kriterien zur Feststellung der Unternehmensidentität an der Gewerbesteuer orientieren. (S. 5)	nein
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist die Begrenzung der Rechtsfolge der Norm auf die Rechtsfolge von § 8c KStG. (S. 1)	nein
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist, dass § 8c KStG für seine Anwendung kein Antragserfordernis vorsieht. (S. 2)	nein
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Ein bloßes Ruhenlassen sollte gesetzlich als nicht schädlich qualifiziert werden. (S. 2)	nein
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist die gesetzliche Implementierung einer zeitlichen Grenze für die Wahrnehmung der Möglichkeit eines Branchenwechsels. (S. 2)	nein
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Nummer 3 sollte nicht eingeführt werden. (S. 2)	nein
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist eine Ergänzung der Nummer 4 dahingehend, dass eine Beteiligung nur dann das Kriterium erfüllt, wenn es mit einer schädlichen Änderung des Geschäftsbetriebs verbunden ist. (S. 3)	nein
8	Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e. V. (BVK)	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist, dass die Regelung zu Organschaften in Nummer 5 nicht eingeführt wird. (S. 3)	nein
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist, dass die Norm auf den Verlust abstellt, der nach Anwendung des § 8c KStG noch verbleibt. (S. 2)	nein
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist eine Klarstellung im 2. Absatz, dass es sich um den zuletzt festgestellten fortführungsgebundenen Verlustvortrag handelt. (S. 3)	ja
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist eine Klarstellung im 2. Absatz, dass die Einschränkungen nur bis zum vollständigen Verbrauch des fortführungsgebundenen Verlusts einzuhalten sind. (S. 3)	nein
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Die Anwendung soll von Amts wegen erfolgen und nicht antragsgebunden sein. (S. 3)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Anstelle des Tatbestands eines zusätzlichen Geschäftsbetriebs sollte lediglich ein Branchenwechsel durch die Norm als schädlich eingestuft werden. (S. 4)	nein
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist eine Entschärfung des Kriteriums der Beteiligung an einer Mitunternehmerschaft. (S. 4)	nein
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Nicht umgesetzt werden sollte der Wortlaut zur Organschaft. (S. 5)	nein
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8d KStG-E: Die Nummer 6 sollte nicht in der Form umgesetzt werden. (S. 5)	nein
8	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 89 AO-E: Gefordert ist die Verkürzung der Frist für verbindliche Auskünfte. (S. 6)	nein
8	Deutsche Städtetag	andere Interessen	GewStG-E und KStG-E: Gefordert ist die Einführung einer erweiterten Gewerbesteuerumlage als Kompensation. (S. 2)	nein
8	Deutsche Städtetag	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Verlangt, dass die gesamte Norm im Gesetzentwurf nicht umgesetzt wird. (S. 2)	nein
8	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Fordert die Anlehnung des Begriffs an das Gewerbesteuerrecht. (S. 4)	nein
8	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 8d KStG: Gefordert ist gesetzliche Statuierung, dass ein fortführungsgebundener Verlustvortrag nicht mit Gewinnen bzw. stillen Reserven aus neuen Geschäftsbetrieben verrechnet werden darf. (S. 7)	nein
8	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§§ 8c und 8d KStG-E: Gefordert ist eine verbesserte Abstimmung der beiden Normen aufeinander. So könnte auf den Zeitpunkt des schädlichen Beteiligungserwerbs abgestellt werden. (S. 8-9)	nein
8	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist die Präzisierung des Begriffs "Geschäftsbetrieb". (S. 4)	nein
8	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Fordert Konkretisierung des Begriffs des schädlichen Beteiligungserwerbs durch Implementierung eines gesetzlichen Verweises. (S. 4)	nein
8	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Fordert gesetzliche Integration eines Verweises auf § 10d Abs. 2 EStG, um Gleichlauf zu schaffen, unter anderem im Hinblick auf den Sockelbetrag. (S. 5)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
8	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	§ 8c KStG-E: Schlägt als Alternative zur geplanten Norm die Verabschiedung eines Abschmelzmodells vor. (S. 2)	nein
8	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	§ 8c KStG: Fordert weitere Beschränkungen der steuerlichen Verlustverrechnung innerhalb von Konzernstrukturen. (S. 2)	nein
8	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Fordert anstelle der erleichterten Verlustverrechnung die Normierung direkter Förderungen von Unternehmensgründungen. (S. 4)	nein
8	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Gefordert ist, dass der Gesetzentwurf nicht umgesetzt wird. (S. 4)	nein
8	Finanzministerium Baden-Württemberg	andere Interessen	§ 8d KStG-E: Fordert eine gesetzlich präzisere Abgrenzung einer schädlichen Geschäftserweiterung von einer unschädlichen Geschäftserweiterung. (S. 5)	nein
8	Finanzministerium Baden-Württemberg	andere Interessen	§ 34 KStG-E: Die Anwendung des § 8d KStG-E sollte erst ab 2017 gelten. (S. 6)	nein
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 90 Abs. 3 AO-E: Die Masterfile soll auch abhängig vom Volumen der grenzüberschreitenden Transaktionen angefertigt werden. (S. 4)	nein
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 117c AO: Gefordert ist die gesetzliche Normierung zur Durchführung einer Anhörung des Steuerpflichtigen. (S. 4)	ja
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 138a AO-E: Die Norm sollte sich an der Gewinnabgrenzungsaufzeichnungs-Verordnung orientieren. (S. 4)	nein
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 1 Außensteuergesetz-Entwurf (AStG-E): Gefordert ist, dass § 1 Abs. 1 Satz 5 AStG-E nicht eingeführt wird. (S. 10)	ja
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 7 GewStG-E: Fordert die Nichteinführung des § 7 Satz 7 GewStG-E. (S. 13-14)	nein
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 7a GewStG-E: Gefordert ist die Streichung von Satz 2 im 1. Absatz. (S. 15)	nein
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 7a GewStG-E: Satz 1 im 2. Absatz sollte nicht in der Gestalt eingeführt werden. (S. 16)	nein
9	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 33a EStG-E: Satz 1 des 1. Absatzes ist dahingehend zu ändern, dass der geplante Wortlaut "bis zu xx Euro" in die Wörter "bis zur Höhe des Grundfreibetrags" ersetzt wird. (S. 19)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 90 Abs. 3 AO-E: Gefordert ist die Normierung einer Verpflichtung der Finanzverwaltung zur Mitteilung der Gründe für den Wertansatz der Verrechnungspreise. (S. 5)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 90 Abs. 3 AO-E: Gefordert ist die Einschränkung des Anwendungsbereichs der Masterfile auf die wesentlichen Geschäftsvorfälle. (S. 6)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 90 Abs. 3 AO-E: Der Zeitpunkt zur Bestimmung von Verrechnungspreisen soll gesetzlich festgeschrieben werden. (S. 7)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Gesetzlich sind die Sorgfalts- und Überprüfungspflichten der Finanzverwaltung zu fixieren. (S. 8)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Gesetzlich ist zu fixieren, dass das <i>Country by Country Reporting</i> nur für die Risikoeinschätzung verwendet werden darf. (S. 9)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Gefordert ist die Normierung eines Informationsaustauschvorbehalts. (S. 9)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Aus Satz 2 des 1. Absatzes ist die Phrase zur Beherrschung zu streichen. (S. 11)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO: Gefordert ist eine Änderung der Formulierung der Nr. 1 im 2. Absatz. (S. 12)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Fordert die Heranziehung von anderen Daten neben der Konzernrechnungslegung. (S. 13)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Gefordert ist, dass konzerninterne Dividenden nicht berichtet werden sollen. (S. 14)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Der Begriff der Ertragsteuern sollte klargestellt werden. (S. 15)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Gefordert ist eine Klarstellung des Vorsteuergewinns. (S. 15)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Der Ausdruck " <i>stated capital</i> " soll klargestellt oder korrekt übersetzt werden. (S. 16)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Keine Abweichung zur Empfehlung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Hinblick auf die Mitarbeiteranzahl. (S. 16)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Gefordert ist eine Klarstellung im Kontext von Betriebsstätten. (S. 17)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 138a AO-E: Gefordert ist, dass auch die englische Sprache zulässig ist. (S. 18)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 162 AO-E: Die Sanktionen sollte nicht auf einzelne Geschäftsvorfälle ausgedehnt werden. (S. 19)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 50d Abs. 9 EStG-E: Gefordert ist, dass der 9. Absatz nicht eingeführt wird. (S. 22)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8b KStG-E: Der 7. Absatz sollte auf Bezüge nach den Absätzen 1 und 6 abstellen. (S. 23)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 21 KStG-E: Satz 2 des 2. Absatz ist zu streichen. (S. 24)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 1 AStG-E: Gefordert ist die Nichteinführung des § 1 Abs. 1 Satz 5 AStG-E. (S. 26)	ja
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	FATCA-USA-Umsetzungsverordnung-E: Konkretisierungen im Hinblick auf die FATCA-USA-Umsetzungsverordnung-E gefordert. (S. 27)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 7 GewStG-E: § 7 Satz 7 GewStG-E sollte nicht eingeführt werden. (S. 28)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§§ 7 ff. AStG-E: Die Niedrigbesteuerungsquote sollte auf 15 % abgesenkt werden. (S. 28)	nein
9	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 7a GewStG-E: Gefordert ist die Beibehaltung des Regelungskonzepts des § 7a GewStG-E. (S. 29)	ja
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 90 Abs. 3 AO-E: Gefordert ist die Normierung eines expliziten Verweises auf § 146 Abs. 2b AO-E. (S. 3)	nein
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 162 AO: Gefordert ist eine Klarstellung, wofür die 5.000 Euro festgesetzt werden können. (S. 3)	nein
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 162 AO-E: Gefordert ist die Anhebung des Betrags auf 50.000 Euro. (S. 4)	nein
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 138a AO-E: Gefordert ist eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf Tochterunternehmen ohne inländische Mutterunternehmen. (S. 4)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 138a AO-E: Die Konzernumsatzmindestschwelle sollte auf 250 Mio. Euro herabgesenkt werden. (S. 4)	nein
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 138a AO-E: Fordert gesetzliche Normierung von Druckmitteln, wodurch Unternehmen das <i>Country by Country Reporting</i> rechtzeitig abgeben werden. (S. 5)	ja
9	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 32a EStG-E: Keine Spaltung auf zwei Jahre aufgrund der kalten Progression. (S. 12)	nein
9	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 1 AStG-E: Der 5. Satz sollte nicht eingeführt werden. (S. 7)	ja
9	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 7 GewStG-E: Gefordert ist, dass der Hinzurechnungsbetrag gewerbesteuerlich nicht erfasst wird. (S. 9)	nein
9	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 7a GewStG-E: Gefordert ist eine Vereinfachung des § 7a GewStG. (S. 10)	nein
9	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138a AO-E: Die Schwellenwerte für die verpflichtende Anwendung sind herabzusenken. (S. 2)	nein
9	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138a AO-E: Fordert die Normierung einer Publikationspflicht für das <i>Country by Country Reporting</i> . (S. 2)	nein
9	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 90 Abs. 3 AO-E: Gefordert ist die Absenkung des Schwellenwerts von 90 Mio. Euro. (S. 2)	nein
9	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 138a AO-E: Gefordert ist die gesetzliche Statuierung einer unverzüglichen Weitergabe des <i>Country by Country Reportings</i> an ärmere Länder. (S. 2)	nein
9	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 162 AO-E: Die Strafe sollte erheblich erhöht werden. (S. 3)	nein
9	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	Doppelbesteuerungsabkommensrecht-Entwurf: Künftig sollte ausschließlich das Steueranrechnungsverfahren zugelassen sein. (S. 4)	nein
9	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 7 EU-Amtshilfegesetz-E: Keine Ausnahmen sollen zugelassen sein. (S. 5)	nein
9	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 50d Abs. 9 EStG-E: Gefordert ist keine Ausweitung des 9. Absatzes. (S. 5)	nein
9	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 1 AStG-E: Fordert, dass § 1 Abs. 1 Satz 5 AStG-E nicht eingeführt wird. (S. 6)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
9	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 7a GewStG-E: Die Bruttomethode sollte Anwendung finden. (S. 10)	nein
9	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	§ 138a AO-E: Verpflichtende gesetzliche Publikationspflicht für das <i>Country by Country Reporting</i> gefordert. (S. 3)	nein
9	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 162 AO-E: Die Norm sollte verständlicher und präziser formuliert werden. (S. 12-13)	nein
9	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 1 AStG-E: Fordert, dass die Rechtsänderung nicht umgesetzt wird. (S. 20)	ja
9	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§§ 7 ff. GewStG-E: Die Rechtsänderung sollte nicht in der Form umgesetzt werden. (S. 22)	nein
9	Flick Gocke Schaumburg	Berater	EStG-E, KStG-E und GewStG-E: Gefordert ist eine vollständige Reformierung des deutschen Ertragsteuerrechts. (S. 29)	nein
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§§ 90 und 138 AO-E: Die Norm sollte lediglich auf konzerninterne Umsätze abstellen. (S. 1)	nein
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 138a AO-E: Gefordert ist, dass Tochterunternehmen das <i>Country by Country Reporting</i> generell nie übermitteln müssen. (S. 1)	nein
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 138a AO-E: Gefordert ist eine Verlängerung der Frist im 4. Absatz. (S. 1)	nein
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 117c AO-E: Gefordert ist, dass Steuerpflichtige mindestens informiert werden. (S. 1)	ja
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 162 AO-E: Fordert Klarstellung, dass der Zuschlag nicht mehrfach vergeben werden kann. (S. 2)	nein
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 50d Abs. 9 EStG-E: Diese Rechtsänderung sollte nicht umgesetzt werden. (S. 3)	nein
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 1 AStG-E: Die Neuregelung sollte nicht umgesetzt werden. (S. 4)	ja
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 7 GewStG-E: Fordert Normierung einer Regelung zur Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer oder Absenkung der außensteuerrechtlichen Niedrigbesteuerungsgrenze. (S. 5)	nein
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 36 GewStG-E: Fordert Klarstellung, ab wann § 7 Satz 7 GewStG-E anzuwenden ist. (S. 5)	nein
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 7 GewStG-E: Der 8. Satz sollte nicht eingeführt werden. (S. 6)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
9	PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 7a GewStG-E: Statt Gewinn der Organgesellschaft sollte es Gewerbeertrag der Organgesellschaft heißen. (S. 7)	nein
9	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Mittelstand	§ 90 Abs. 3 AO-E: Gefordert ist Klarstellung, dass Verrechnungspreise nicht ausschließlich im Vorfeld festzulegen sind. (S. 3)	nein
9	Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG	Mittelstand	§ 7 GewStG-E: Der 7. Satz sollte nicht umgesetzt werden. (S. 6)	nein
9	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 33a EStG-E: Fordert die Kopplung des Existenzminimums an Vorschriften des § 32a EStG-E. (S. 4)	nein
9	Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.	andere Interessen	§ 24b EStG-E: Gefordert ist eine Dynamisierung des Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende. (S. 3)	nein
10	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 146 Abs. 1 AO-E: Gefordert ist ein Verzicht auf Einzelaufzeichnung bei Vielzahl an unbekanntenen Personen. (S. 3)	ja
10	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 146b AO-E: Es sollte keine unangekündigte Kassennachschau geben. (S. 4)	nein
10	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 30 EGAO-E: Die Übergangsregelungen sollten ausgeweitet werden. (S. 4)	nein
10	Deutscher Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	allgemeine Unternehmen	§ 146 AO-E: Es sollte eine allgemeine Kassenpflicht eingeführt werden. (S. 5)	nein
10	Deutscher Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	allgemeine Unternehmen	§ 146a AO-E: Es sollte eine Belegausgabepflicht integriert werden. (S. 5)	ja
10	Deutscher Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	allgemeine Unternehmen	§ 146a AO-E: Es sollten zentrale Verzeichnisse über Sicherheitslösungen eingeführt werden. (S. 7)	ja
10	Deutscher Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	allgemeine Unternehmen	§ 146a AO-E: Gesetzlich normiert werden sollten Details zur Festlegung konkreter Dateninhalte. (S. 7)	ja
10	Deutscher Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	allgemeine Unternehmen	AO-E: Das INSIKA-Verfahren sollte gesetzlich zugelassen werden. (S. 8)	nein
10	Deutscher Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik im bargeld- und bargeldlosen Zahlungsverkehr e. V. (DFKA)	allgemeine Unternehmen	§ 30 EGAO-E: Die Übergangsfristen sollten verkürzt werden. (S. 8)	nein
10	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	andere Interessen	§ 146 AO-E: Gefordert ist die Beibehaltung der offenen Kassen. (S. 2-4)	ja
10	Deutscher Fußball-Bund e. V. (DFB)	andere Interessen	§ 146a AO-E: Eine Belegpflicht sollte nicht eingeführt werden. (S. 4)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 146 AO-E: Die Pflicht sollte entfallen, wenn sie aus diversen Gründen nicht zumutbar sein sollte. (S. 5)	ja
10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 146 AO-E: Gefordert ist, dass das Gesetz keine taggleiche Erfassung der Bareinnahmen und -ausgaben normiert. (S. 5)	nein
10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 146a AO-E: Gesetzliche Konkretisierung des Ausdrucks des elektronischen Aufzeichnungssystems gefordert. (S. 6)	nein
10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 146a AO-E: Geldautomaten sind nicht zu erfassen. (S. 6)	ja
10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 146a AO-E: Die Phrase der „anderen Vorgänge“ ist zu streichen. (S. 7)	nein
10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 379 AO: Nummer 5 im 1. Satz des 1. Absatzes sollte praxistauglicher ausgestaltet sein. (S. 9)	nein
10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 30 EGAO-E: Die Norm sollte nicht in der geplanten Fassung verschärft werden. (S. 11)	ja
10	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 146a AO-E: Gefordert ist die gesetzliche Umsetzung einer praxistauglichen Ausgestaltung bei Ausfall eines Sicherheitsmoduls. (S. 16)	nein
10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 146 AO-E: Es sollte eine Ausnahmeregelung zur Einzelaufzeichnungspflicht gesetzlich kodifiziert werden. (S. 4)	ja
10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 146a AO-E: Es sollte eine Legaldefinition zur Phrase "anderer Vorgänge" integriert werden. (S. 6-7)	nein
10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 146a Abs. 3 Satz 2 AO-E: Konfigurationen der Kassensysteme, die aus rechtlichen oder betrieblichen Anlässen erfolgen, sollen nicht erneut rezertifiziert werden müssen. (S. 9)	nein
10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 146b AO-E: Gefordert ist gesetzliche Definition des Ausdrucks "ordnungsgemäßer Einsatz". (S. 11)	nein
10	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 147 Abs. 6 AO-E: Gefordert ist die Einführung einer Frist für Kassennachschau bei Steuerberatern. (S. 14)	ja
10	Oberfinanzdirektion Niedersachsen	andere Interessen	§ 146a AO-E: Es ist eine Einbonnungspflicht gesetzlich zu normieren, wonach ein Geschäftsvorfall sofort signiert und festgeschrieben wird. (S. 3)	nein
10	Oberfinanzdirektion Niedersachsen	andere Interessen	§ 30 EGAO-E: Die Möglichkeit der Kassennachschau sollte bereits zu einem früheren Zeitpunkt ermöglicht werden. (S. 5)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
10	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 146 AO-E: Es sollte eine Registerkassenpflicht eingeführt werden. (S. 3)	nein
10	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 146a AO-E: Es sollte das INSIKA-Konzept eingeführt werden. (S. 8)	nein
10	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 146a AO-E: Gefordert ist die Streichung des Tatbestandsmerkmals der Gewerbsmäßigkeit. (S. 9)	nein
10	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 146b AO-E: Gesetzlich sollte eine häufigere Kassenschaufrequenz normiert werden. (S. 11)	nein
12	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	andere Interessen	EStG-E: Gefordert sind höhere steuerliche Belastungen für Kraftfahrzeuge mit Verbrennermotoren. (S. 2)	nein
12	Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft (FÖS) und Förderverein ökologische Steuerreform und Green Budget Germany	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist die Gewährung der Steuerbefreiung, wenn eine bestimmte Anzahl an Ladesäulen öffentlich zugänglich zur Verfügung gestellt wird. (S. 3)	nein
12	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	EStG-E: Gesetzlich ist zu fixieren, was unter dem Begriff der Ladestation bzw. Ladevorrichtung zu verstehen ist. (S. 4)	nein
12	NABU Naturschutzbund Deutschland e. V.	andere Interessen	EStG-E: Die Regelungen zum geldwerten Vorteil sollten ebenfalls für E-Bikes und E-Scooter gelten. (S. 2)	nein
12	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 3 Nr. 46 EStG-E: Gefordert ist bei verbundenen Unternehmen einen Verweis auf § 15 Aktiengesetz. (S. 5)	ja
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	§ 3d Kraftfahrzeugsteuergesetz-Entwurf (KraftStG-E): Änderungen in § 3d Abs. 1 KraftStG-E gefordert. (S. 3)	nein
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	§ 3 Nr. 46 EStG-E: Gefordert ist ein veränderter Wortlaut der Norm. (S. 6)	nein
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	§ 3 Nr. 46 EStG-E: Auch E-Bikes und ähnliches sollten einbezogen werden. (S. 6)	nein
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	§ 3 Nr. 50 EStG-E: Gefordert ist die Einführung von Vereinfachungsregelung, wonach das Aufladen an einer heimischen Steckdose vereinfacht begünstigt würde. (S. 7)	nein
12	Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA)	allgemeine Unternehmen	§ 52 EStG-E: Gefordert ist die rückwirkende Anwendung der Regelungen. (S. 8)	nein
14	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	andere Interessen	EStG-E: Anstelle von absoluten Prozentsätzen sollten die Regelungen nicht gesetzlich, sondern über Verordnungen geregelt werden. (S. 8)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	andere Interessen	§ 36 Abs. 2a EStG-E: Gefordert ist die Aufnahme von Anzeigepflichten oder nicht Umsetzung der Regelung aufgrund ihrer überschießenden Wirkung. (S. 13)	ja
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 1 Investmentsteuergesetz-Entwurf (InvStG-E): In § 1 Abs. 3 InvStG-E sollte die Phrase „interne Fonds“ nach § 124 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 Versicherungsaufsichtsgesetz ausdrücklich aufgenommen werden. (S. 9)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 6 InvStG-E: Gefordert ist der Erhalt der 10-Jahresfrist. (S. 10)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8 InvStG-E: Gefordert ist eine Ausdehnung des Anwendungsbereichs des § 8 InvStG-E. (S. 12)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 16 InvStG-E: In § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 InvStG-E sollte ergänzt werden, dass Vorabpauschalen auch nicht anzusetzen sind, wenn die Investmentanteile vom Pensions-Sicherungs-Vereinen auf Gegenseitigkeit gehalten werden. (S. 13)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 21 InvStG-E: Gefordert ist die ersatzlose Streichung der Regelung. (S. 15)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 21 InvStG-E: In Satz 1 sollte die Phrase "unmittelbar vor wirtschaftlichen Zusammenhang" ergänzen werden. (S. 15)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 21 InvStG-E: Gefordert ist die Streichung des 3. Satzes. (S. 15)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 26 InvStG-E: Gefordert ist eine Erweiterung des Katalogs der Buchstabe a in Nummer 4, da Buchstabe a zu eng gefasst ist. (S. 17)	ja
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 26 InvStG-E: Gefordert ist eine Ergänzung von Regelungen, wonach Anlagen in Infrastrukturinvestments auch außerhalb von Öffentlichen Privaten Partnerschaften Projektgesellschaften ausdrücklich zulässig sind. (S. 17)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 35 InvStG-E: Der Ertragsausgleich sollte erhalten bleiben. (S. 18)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 39 InvStG-E: § 39 Abs. 3 InvStG-E sollte ausschließlich Kopplungsgeschäfte erfassen, deren Ziel die Erlangung von steuerlichen Vorteilen bildet. (S. 18)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 56 InvStG-E: Verlangt Änderungen im 3. Absatz. (S. 18-19)	nein
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 36 EStG-E: Der Absatz 2a sollte nicht eingeführt werden. (S. 22-23)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 44 EStG-E: Gefordert ist keine Ausdehnung des Anwendungsbereichs. (S. 24)	nein
14	Bundesrechnungshof	andere Interessen	§ 56 InvStG-E: das Inkrafttreten ist auf den 01.01.2017 vorzuziehen. (S. 3)	nein
14	Bundesrechnungshof	andere Interessen	§ 36 InvStG-E: Gefordert sind weitere Ergänzungen. (S. 4)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 1 InvStG-E: Konzernfonds sollten auch in Anwendungsbereich einbezogen werden. (S. 5)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 1 InvStG-E: Gefordert sind Klarstellungen, was keine Investmentfonds bzw. keine Anteile an Investmentfonds sind. (S. 5-6)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 2 InvStG-E: Im 5. Absatz ist klarzustellen, dass das Halten von Investmentanteilen durch Dach-Spezial-Investmentfonds weiterhin möglich ist. (S. 8)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 2 InvStG-E: Fordert weitere Klarstellungen bezüglich des Ziel-Spezial-Investmentfonds. (S. 8)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 2 InvStG-E: Mischfonds sollten bereits bei 5 % anzunehmen sein. (S. 8)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 2 InvStG-E: Es sind Erhöhungen bzw. Herabsetzungen der Prozentwerte gefordert. (S. 9)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 2 InvStG-E: Gefordert ist eine Ergänzung, dass Beiträge nach § 11 Abs. 1 InvStG-E keine Ausschüttungen darstellen. (S. 9)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 5 InvStG-E: Gefordert ist, dass verbindliche Auskünfte im Rahmen einer Betriebsprüfung erlaubt werden. (S. 10)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 5a InvStG-E: Gefordert ist die Einfügung eines § 5a InvStG-E, wonach abweichende Geschäftsjahre erlaubt werden. (S. 11)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 6 InvStG-E: Gefordert ist die Streichung des 3. Satzes in Nummer 4 und die Neufassung der Nummer 2 im 1. Satz der Nummer 4. (S. 12)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 8 InvStG-E: Gefordert ist eine Neufassung des § 8 Abs. 1 InvStG-E. (S. 13 und 17)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 8 InvStG-E: Gefordert ist eine Neufassung des § 8 Abs. 4 InvStG-E. (S. 14)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 9 InvStG-E: Gefordert sind Anpassungen, die den Nachweis der Steuerbefreiung verändern. (S. 15)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 10 InvStG-E: Gefordert ist eine Anpassung, dass bestimmte Fälle keine Haftung auslösen. (S. 17)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 10 InvStG-E: Es ist ein Absatz über Dach-Investmentfonds anzufügen. (S. 17)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 11 InvStG-E: Der 2. Absatz sollte auf die allgemeinen verfahrensrechtlichen Regelungen Bezug nehmen. (S. 18)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 12 InvStG-E: Gefordert ist die Schaffung einer Option. (S. 19)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 12 InvStG-E: Der 2. Absatz ist zu streichen. (S. 19)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 14 InvStG-E: Gefordert ist die Neufassung des 5. Absatzes aufgrund von Haftungsaspekten. (S. 20)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 12 InvStG-E: Gefordert ist die Neufassung des 4. Absatzes (S. 21)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 16 InvStG-E: Gefordert sind Erweiterungen. (S. 22)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 17 InvStG-E: Fordert Änderung des § 17 InvStG-E. (S. 23)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 20 InvStG-E: Ein 2. Absatz ist zu ergänzen und Schwellenwerte sind herabzusetzen. (S. 25)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 20 InvStG-E: Der 3. Absatz ist zu ändern und die Schwellenwerte sind anzupassen. (S. 25)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 20 InvStG-E: Der 4. Absatz soll verändert und spezifiziert werden. (S. 27)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 20 InvStG-E: Der 5. Absatz sollte auf den 1. und 2. Absatz verweisen. (S. 27)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 21 InvStG-E: Gefordert ist die Streichung der Norm. (S. 28)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 24 InvStG-E: Gefordert ist die Zulässigkeit eines Wechsels nach drei Jahren. (S. 29)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 26 InvStG-E: Gefordert ist die Vornahme sprachlicher Anpassungen. (S. 32)	ja
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 26 InvStG-E: Der Wertpapierbegriff sollte aus § 284 Kapitalanlagegesetzbuch steuerlich übernommen werden. (S. 32)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 26 InvStG-E: Gefordert ist die steuerliche Anknüpfung an erwerbzbare Zielfonds im Sinne des Aufsichtsrechts. (S. 34)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 26 InvStG-E: Gefordert ist die steuerliche Anknüpfung an erwerbzbare Unternehmensbeteiligungen im Sinne des Aufsichtsrechts. (S. 34)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 26 InvStG-E: Gefordert ist eine Bereinigung von Problemen im Kontext von Sonderkündigungsrechten. (S. 34)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 30 InvStG-E: Fordert Änderungen zur verbesserten Administrierbarkeit. (S. 35)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 30 InvStG-E: Änderung des 4. Absatzes gefordert. (S. 35)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 31 InvStG-E: Spezialregelung für Kapitalertragsteuer gefordert. (S. 36)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 31 InvStG-E: Klarstellungen gefordert. (S. 36)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 32 InvStG-E: Der 3. Absatz ist zu streichen. (S. 37)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 33 InvStG-E: Fordert gesetzliche Normierung, dass keine Körperschaftsteuer auf Fondsebene entstehen kann. (S. 38)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 34 InvStG-E: Änderung verlangt (S. 39)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 34 InvStG-E: Fordert Ergänzung eines 4. Absatzes. (S. 39)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 35 InvStG-E: Fordert Änderung des 6. Absatzes. (S. 40)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 36 InvStG-E: Änderung gefordert. (S. 42-43)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 37a InvStG-E: Gefordert ist die Einführung eines § 37a InvStG-E. (S. 42-43)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 40 InvStG-E: Gefordert ist die Ergänzung eines weiteren Satzes im 1. Absatz. (S. 45)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 42 InvStG-E: Satz 3 im 2. Absatz sollte geändert werden. (S. 45)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 48 InvStG-E: Gewinne aus einem Fond nicht zwingend in Euro ermitteln. (S. 47)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 48 InvStG-E: Klarstellung bezüglich der Werbungskosten. (S. 47)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 48 InvStG-E: Fordert redaktionelle Anpassung der Norm. (S. 47)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 49 InvStG-E: Fordert redaktionelle Anpassung der Norm (S. 48)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 50 InvStG-E: Materiell-rechtlich steuerfrei gestellte Erträge sollten nicht der Kapitalertragsteuer unterliegen. (S. 49)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 50 InvStG-E: Verlangt Änderung in Nummer 2. (S. 49)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 50 InvStG-E: Fordert Änderungen des 1. Satzes im 2. Absatz. (S. 49)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 50 InvStG-E: Fordert Änderung des 3. Absatzes. (S. 50)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 51 InvStG-E: Fordert Änderung des 1. Absatzes. (S. 51)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 51 InvStG-E: Fordert Änderung des 3. Absatzes. (S. 51)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 51 InvStG-E: Fordert Streichung der Nummer 7 im 4. Absatz. (S. 51)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 54 InvStG-E: Fordert, dass steuerneutrale Verschmelzungen zugelassen werden. (S. 52)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 56 InvStG-E: Fordert Änderungen im 2. Absatz. (S. 55)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 56 InvStG-E: Fordert Ergänzung im 6. Absatz zur Klarstellung der Verlustverrechnung. (S. 55)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 56 InvStG-E: Fordert die Ergänzung eines 7. Absatzes. (S. 55)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 56 InvStG-E: Fordert Ergänzung eines 8. Absatzes. (S. 56)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 5 InvStG-E: Fordert die Erhöhung der Bagatellgrenze auf 1.000 Euro sowie weitere Änderungen. (S. 57)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 5 InvStG-E: Satz 3 des Absatzes 1a sollte geändert werden. (S. 57)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 22 EStG-E: Fordert eine Ergänzung um einen weiteren Satz. (S. 59)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 22 EStG-E: Gefordert ist Ergänzung der 5. Nummer um einen weiteren Satz. (S. 59)	nein
14	Bundesverband Investment und Asset Management e. V. (BVI)	allgemeine Unternehmen	§ 36 EStG-E: Ablehnung des 2. Absatzes anlässlich diverser offener Fragestellungen. (S. 60)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 1 InvStG-E: Gefordert ist der Erhalt der Regelungen zu Zertifikaten für die Klarstellung. (S. 7)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 1 InvStG-E: Gefordert ist die ausdrückliche Klarstellung, dass Vermögensverwaltungsmandate keine Investmentfonds bilden. (S. 7)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 6 InvStG-E: Gefordert ist eine Steuerfreiheit für "Bestandsimmobilien". (S. 8)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 7 InvStG-E: Gefordert ist die Aufnahme einer Regelung, wonach die §§ 43 ff. EStG-E entsprechende Anwendung finden sollen. (S. 8)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 7 InvStG-E: Gefordert ist Änderung des 4. Absatzes. (S. 9)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 7 InvStG-E: Der 5. Absatz ist nach dem Vorbild des § 44 Abs. 5 EStG-E auszuformulieren. (S. 10)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 7 InvStG-E: Die Sätze 3 und 4 im 5. Absatz sollen eine entsprechende Anwendung des § 45a Abs. 6 EStG-E vorsehen. (S. 10)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 11 InvStG-E: Gefordert sind Umformulierungen des 1. Satzes in Absatz 1. (S. 11)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 17 InvStG-E: Gefordert ist, § 17 InvStG-E nicht in der geplanten Form umzusetzen. (S. 11)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 18 InvStG-E: Die Norm sollte um einen weiteren Absatz ergänzt werden. (S. 12)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 20 InvStG-E: Gefordert ist, dass die Ermittlung der Bemessungsgrundlage der Kapiteletragsteuer nicht anlegerbezogen erfolgt. (S. 13)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 21 InvStG-E: Gefordert ist die Streichung der Norm. (S. 14)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 22 InvStG-E: Gefordert ist Klarstellung, dass § 22 InvStG-E nur in der Veranlagung, nicht aber im Steuerabzugsverfahren anzuwenden ist. (S. 14)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 30 InvStG-E: Gefordert ist die Fortführung der alten Regelung zur Transparenzoption. (S. 14)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 56 InvStG-E: Der 2. Absatz sollte um einen weiteren Satz erweitert werden. (S. 15)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 56 InvStG-E: Gefordert ist Klarstellung des 2. Satzes im 3. Absatz. (S. 15)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 56 InvStG-E: Satz 4 im 3. Absatz bedarf einer Klarstellung. (S. 15)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 56 InvStG-E: In Satz 1 des 4. Absatzes ist ein Verweis auf § 7 InvStG zu integrieren. (S. 16)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 56 InvStG-E: Satz 2 des 4. Absatzes ist zu streichen oder umzuformulieren. (S. 17)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 56 InvStG-E: Gefordert ist Klarstellung von Satz 1 im 6. Absatz. (S. 18)	nein
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 36 Abs. 2a EStG-E: Fordert die Nichteinführung der Norm. (S. 24-25)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 43 EStG-E: Gefordert ist eine Anpassung der Definition von Investmentanteilen in der 5. Nummer des 1. Absatzes. (S. 24)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 43 EStG-E: Gefordert ist Anpassung der Definition von Investmentanteilen in der 9. Nummer des 1. Absatzes. (S. 24)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 43 EStG-E: Gefordert ist die Streichung des 3. Satzes. (S. 25)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 43a EStG-E: Anpassung des 1. Satzes des 2. Absatzes gefordert. (S. 27)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 43a EStG-E: Anpassung analog zu § 43 Abs. 1 Nr. 5 und 9 EStG-E gefordert. (S. 27)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 44 EStG-E: Ergänzung des Absatzes 1b gefordert. (S. 30)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 44 EStG-E: Ergänzung gefordert. (S. 30-31)	ja
14	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 44b EStG-E: Streichung des 1. Absatzes gefordert. (S. 31)	nein
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 6 InvStG-E: Die 10-Jahresfrist für Immobilienvermögen sollte erhalten bleiben. (S. 3)	nein
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 14 Abs. 1 Satz 2 InvStG-E: Gefordert ist die Eingrenzung der Haftung. (S. 4)	nein
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 17 Abs. 1 Satz 4 InvStG-E: Gefordert ist eine längere Frist auf Antrag. (S. 4)	nein
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 20 Abs. 5 InvStG-E: Ergänzung zur Vermeidung einer gewerbsteuerlichen Doppelbesteuerung gefordert. (S. 7)	nein
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 56 InvStG-E: Die Norm sollte einen gleitenden Übergang der Neuregelungen für eine Minderung des Umstellungsaufwands bei abweichenden bzw. Rumpfwirtschaftsjahren vorsehen. (S. 8-9)	nein
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§§ 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 1a, 24 InvStG-E: Gefordert ist Klarstellung, dass die Paragraphen erst für Geschäftsjahre anwendbar sind, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes enden. (S. 11)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 6 Abs. 2 InvStG-E: Keine Einschränkung auf Investmentfonds in der EU. (S. 11-12)	ja
14	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 36 Abs. 2a EStG-E: Gefordert ist eine Begrenzung der überschießenden Wirkung der Cum/Cum-Regelung. (S. 12-13)	ja
14	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	§ 36 Abs. 2a EStG-E: Gefordert ist die Einführung einer längeren Mindesthaltedauer. (S. 2)	nein
14	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	InvStG-E: Der gesamte Gesetzentwurf zum InvStG-E sollte nicht umgesetzt werden. (S. 4)	nein
14	Allen & Overy LLP	Berater	§ 36 Abs. 2a EStG-E: Gefordert sind weitgehende Entschärfungen. (S. 2-3)	ja
14	Die Familienunternehmer	Mittelstand	§§ 16 und 26 InvStG-E: Als Wagniskapital eingestufte Beteiligungen sollten Steuerfreiheit genießen. (S. 3)	nein
14	Die Familienunternehmer	Mittelstand	§ 41 InvStG-E: Verluste aus Wagniskapital sollten abzugsfähig sein. (S. 3)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 2 InvStG-E: Klarstellung zur gesetzlichen Definition von Aktien im Sinne des 6. Absatzes gefordert. (S. 3)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 2 InvStG-E: Die Absätze 2 und 3 sollten angepasst werden. (S. 4)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 4 Abs. 2 Nr. 1 InvStG-E: Gefordert ist die Ergänzung des Worts "ausschließlich". (S. 5)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 11 InvStG-E: Gefordert ist eine Änderung des § 11 Abs. 1 InvStG-E. (S. 6)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 11 InvStG-E: Gefordert ist die Verlängerung der Antragsfrist für Erstattung der Kapitalertragsteuer auf vier Jahre. (S. 6)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 5 Finanzverwaltungsgesetz-Entwurf: Ausschließlich das Bundeszentralamt für Steuern soll verantwortlich sein. (S. 7)	ja
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 7 Abs. 1 InvStG-E: Gefordert ist die Einfügung eines neuen 3. Satzes bezüglich der Anwendung des § 50d EStG und der Mutter-Tochter-Richtlinie. (S. 8)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 26 InvStG-E: Gefordert ist eine Änderung der 8. Nummer. (S. 9)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 26 InvStG-E: Fordert eine Anpassung des in der 4. Nummer enthaltenen Verweises auf die Nummern 1 bis 7. (S. 9)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 38 Abs. 2 InvStG-E: Gefordert ist das Abstellen auf den Tag des Zuflusses, der als Tag der Auszahlung bestimmt worden ist. (S. 10)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§§ 5 Abs. 1a, 24 InvStG-E: Gefordert ist eine Streichung der Normen. (S. 11)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 6 InvStG-E: Keine Einschränkung auf Investmentfonds in der EU. (S. 13)	ja
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 6 InvStG-E: Die Summen- und Saldenliste sollte kein Bestandteil der zu übermittelnden Daten sein. (S. 13)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 6 InvStG-E: Gefordert ist, dass auch Unterlagen auch in englischer Sprache eingereicht und akzeptiert werden. (S. 13)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 44 Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist die Streichung des 4. Satzes im 1. Absatz. (S. 14)	nein
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 36 Abs. 2a EStG-E: Fordert eine wesentliche Entschärfung durch den Vorschlag zur Fünftel-Regelung. (S. 16)	ja
14	Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.	Großunternehmen	§ 4 Nr. 8 Umsatzsteuergesetz-Entwurf (UStG-E): Klarstellungen gefordert. (S. 17)	nein
16	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Satz 2 im 2. Absatz sollte gestrichen werden. (S. 1-7)	nein
16	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Verlangt werden Konkretisierungen zu den Kriterien des 5. Absatzes. (S. 7-8)	nein
16	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert ist eine Konkretisierung der Phrase der "Wirtschaftlichkeit der Verwaltung" im 5. Absatz. (S. 8-9)	nein
16	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 155 AO-E: Gefordert ist, dass auf den Rechentermin und nicht auf den Zeitraum abgestellt wird. (S. 10-12)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 29a AO-E: Gefordert ist eine Ergänzung, dass ein Steuerpflichtiger im Steuerbescheid über eine Unterstützung durch ein anderes Finanzamt informiert wird. (S. 3)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 87b AO-E: Gefordert ist die gesetzliche Verpflichtung der Finanzverwaltung, dass Schnittstellen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. (S. 3-4)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Fordert Konkretisierungen im 3. Absatz. (S. 4-5)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Fordert eine Verkürzung der im 4. Absatz normierten Frist. (S. 5)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 93c AO-E: Gefordert ist eine Unterrichtung der Bürger. (S. 5-6)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 109 AO-E: Gefordert ist eine unkompliziertere Möglichkeit zur Fristverlängerung. (S. 6)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 122a AO-E: Gefordert ist eine gesetzlich normierte Informationspflicht der Steuerzahler über Bekanntgabe. (S. 6-7)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 149 AO-E: Gefordert ist, dass auch Bürger, die nicht durch Steuerberater beraten werden, von den verlängerten Erklärungsfristen profitieren. (S. 7-8)	ja
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 152 AO-E: Bei Nullfestsetzungen und in Erstattungsfällen sollte Verspätungszuschlag nicht automatisch festgesetzt werden dürfen. (S. 8)	ja
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 152 AO-E: Gefordert ist eine Herabsetzung der 50 Euro. (S. 8)	ja
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 163 AO-E: Gefordert ist, dass die Altregelung erhalten bleibt. (S. 9)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 171 Abs. 10 AO-E: Gefordert ist, dass der 10. Absatz nicht aufgenommen wird. (S. 9-10)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 171 Abs. 10a AO-E: Gefordert ist, dass auf Zeitpunkt der Übermittlung der Daten an Finanzverwaltung abgestellt wird, nicht auf deren Zugang. (S. 10)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 173 AO-E: Fordert Ergänzung der Norm um ähnliche Versehen. (S. 10-11)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 175b AO-E: Fordert keine automatische Änderung der Steuerfestsetzung. (S. 11)	ja
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 36 Abs. 2 EStG-E: Gefordert ist eine Klarstellung, dass Belege nicht über die Bestandskraft des Steuerbescheids hinaus vorgehalten werden müssen. (S. 11-12)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 41 EStG-E: Fordert die Streichung des § 41 EStG-E. (S. 12)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 42b EStG-E: Es sollte eine Übergangszeit eingeführt werden. (S. 12)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	EStG-E: Der Betrag für Kleinbetragsspenden sollte auf mehr als 200 Euro angehoben werden. (S. 13)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 50 Abs. 8 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung-Entwurf (EStDV-E): Die einjährige Aufbewahrungsfrist sollte entfallen. (S. 13)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§ 65 EStDV-E: Auch Papiernachweise über Behinderungen sollten akzeptiert werden. (S. 13)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	AO-E: Gefordert ist die Streichung der Anlage "Statistische Angaben". (S. 14)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	§§ 233 und 238 AO-E: Gefordert ist die Absenkung der Höhe der Verzinsung. (S. 14)	nein
16	Bund der Steuerzahler e. V. (BdSt)	andere Interessen	AO-E: Die steuerrechtliche Sprache ist an den modernen Sprachgebrauch anzupassen. (S. 14)	nein
16	Bundesrechnungshof	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert ist die gesetzliche Präzisierung von unbestimmten Rechtsbegriffen. (S. 1-2)	nein
16	Bundesrechnungshof	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert ist die Präzisierung der Vorgaben zum Risikomanagementsystem als einvernehmliche Lösung zwischen Bundesministerium der Finanzen und den Landesfinanzbehörden. (S. 2)	ja
16	Bundesrechnungshof	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert ist eine Präzisierung der Regelungen zur Überprüfung des Risikomanagementsystems. (S. 2)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 29a AO-E: Gefordert ist eine Ergänzung, dass Steuerpflichtige im Steuerbescheid über eine Unterstützung durch andere Finanzämter informiert werden. (S. 4)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 80 AO-E: Gefordert ist eine Benachrichtigung an die Steuerberaterkammer. (S. 4-5)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 87d AO-E: Gefordert ist Entbürokratisierung des 3. Absatzes.(S. 7-8)	ja
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 88 AO-E: Gefordert ist Präzisierung, dass einheitlich nur von Weisungen gesprochen wird. (S. 9)	ja
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 88 AO-E: Gefordert ist eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung der Risikoparameter. (S. 9)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 88 AO-E: Gefordert ist die Verkürzung des 15-Jahreszeitraums. (S. 10)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 93c AO-E: Gefordert ist die Integration von Regelungen, die für Steuerpflichtige vorteilhaft sind. (S. 11)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 109 AO-E: Gefordert ist eine Verlängerung der Frist. (S. 12)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 122a AO-E: Fordert Vereinheitlichung des 5. Absatzes auf Verwaltungsakte. (S. 13)	ja
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 149 AO-E: Fordert die Entfernung eines Kriteriums aus dem Katalog. (S. 13)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 149 AO-E: Es sind Subsidiaritätsregelungen in den Gesetzestext zu übernehmen. (S. 14)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 152 AO-E: Fordert, dass es bei Nullfestsetzungen und in Erstattungsfällen nicht zu einer automatischen Festsetzung des Verspätungszuschlags kommt. (S. 17)	ja
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 152 AO-E: Fordert die Herabsetzung der 50 Euro auf 25 Euro. (S. 17)	ja
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 155 AO-E: Es sollte eine Informationspflicht für Steuerpflichtige integriert werden. (S. 18)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 157 AO-E: Gefordert ist die Benennung des Fristablaufdatums. (S. 18)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 165 AO-E: Gefordert ist die Ausweitung der Norm auf EU-Recht. (S. 19)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 171a AO-E: Gefordert ist die Verschiebung der Norm. (S. 19)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 171a AO-E: Gefordert ist eine Erweiterung auf andere offenbare Unrichtigkeiten. (S. 20)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 175b AO-E: Gefordert ist eine Korrektur ausschließlich zu Gunsten der Steuerpflichtigen. (S. 20)	ja
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 383b AO-E: Gefordert ist die Begrenzung des Haftungsmaßstabs auf vorsätzliches Handeln. (S. 20)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 36 EStG-E, § 50 EStDV-E: Verlangt eine Klarstellung des Art. 50 EStDV-E. (S. 22)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 39e EStG-E: Fordert, dass der 5. Absatz nicht eingeführt wird. (S. 23)	ja
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 3 Abs. 2a Lohnsteuer-Durchführungsverordnung-Entwurf: Fordert Aufhebung der Norm. (S. 24)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 89 Abs. 2 AO-E: Gefordert ist eine Implementierung eines rechtlichen Anspruchs auf eine verbindliche Auskunft. (S. 28)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§§ 233 und 238 AO-E: Die Höhe der Verzinsung bedarf einer Absenkung. (S. 28-29)	nein
16	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 147 AO-E: Gefordert ist eine Eingrenzung auf Einzelfälle. (S. 29)	nein
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL), Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV) und Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	nicht kategorisierbar	§ 109 Abs. 2 AO-E: Gefordert ist die Streichung der 2. Nummer im 2. Absatz. (S. 6)	nein
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL), Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV) und Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	nicht kategorisierbar	§ 152 Abs. 2 AO-E: Gefordert ist die Streichung der 3. Nummer im 2. Absatz. (S. 6)	nein
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL), Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV) und Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	nicht kategorisierbar	§ 149 Abs. 4 AO-E: Gefordert ist eine Verlängerung der Frist. (S. 6)	ja
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL), Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV) und Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	nicht kategorisierbar	§ 149 Abs. 4 AO-E: Festlegung eines gesetzlichen Termins zum frühestmöglichen Versand der Vorabanforderungen, frühestens jedoch nach dem 31. März. (S. 6)	nein
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL), Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV) und Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	nicht kategorisierbar	§ 152 AO-E: Gefordert ist die ersatzlose Streichung des obligatorisch festzusetzenden Mindestverspätungszuschlags. (S. 8)	ja
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 29a AO-E: Gefordert ist Ergänzung, dass Steuerpflichtige im Steuerbescheid über eine Unterstützung durch ein anderes Finanzamt informiert werden müssen. (S. 3)	nein
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 80 Abs. 1 AO-E: Gefordert ist eine Übergangslösung im Zusammenhang mit Vorhaltung von Vollmachten in Papierform. (S. 4)	nein
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 93c AO-E: Gefordert ist die Präzisierung der Formulierung. (S. 7)	nein
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§§ 109 und 149 AO-E: Gefordert ist eine Ausdehnung der Frist. (S. 7-8)	ja
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§§ 109 und 149 AO-E: Gefordert ist die Festlegung eines gesetzlichen Termins zum frühestmöglichen Versand der Vorabanforderungen, frühestens nach dem 31. März. (S. 7-8)	nein
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 122a Abs. 5, 6 AO-E: Gefordert ist eine einheitliche Geltung der Dreitagesfiktion. (S. 9)	ja
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 152 AO-E: Gefordert ist die Einfügung von Ausnahmetatbeständen. (S. 11)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 155 Abs. 4 Satz 1 AO-E: Gefordert ist eine Ergänzung um einen weiteren Satz zum Anlass von Eintragungen ins Freifeld. (S. 11)	ja
16	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§§ 129 und 173a AO-E: Gefordert ist eine Angleichung beider Vorschriften. (S. 13)	nein
16	Chaos Computer Club e. V.	andere Interessen	AO-E: Gefordert sind gesetzliche Vorschriften einer Mindestüberprüfung, welche überdies veröffentlicht werden sollten. (S. 8)	nein
16	Chaos Computer Club e. V.	andere Interessen	AO-E: Gefordert ist verstärkte Transparenz beim Risikomanagementsystem. (S. 9)	nein
16	Chaos Computer Club e. V.	andere Interessen	AO-E: Gefordert ist die gesetzliche Fixierung einer schriftlichen Begründung für (abgelehnte) Prüfeempfehlung aufgrund potenzieller Willkür. (S. 9)	nein
16	Chaos Computer Club e. V.	andere Interessen	AO-E: Das Risikomanagementsystem sollte durch eine Prüfinstanz geprüft werden. (S. 10)	nein
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 87a AO-E: Gefordert ist Definition darüber, was als „sicherer Übertragungsweg“ gilt. (S. 3)	nein
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 87c AO-E: Gefordert ist Änderung der gesetzlichen Formulierung für Prüfpflicht. (S. 4)	ja
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 87c AO-E: Gefordert ist Präzisierung der Aufbewahrungspflichten. (S. 4)	ja
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 87c AO-E: Gefordert ist eine Änderung des 4. Absatzes. (S. 5)	nein
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 87c AO-E: Der 5. Absatz sollte nur unter bestimmten Bedingungen greifen. (S. 5)	nein
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 87c AO-E: Gefordert ist eine gesetzliche Regelung, dass die Bestimmungen öffentlich-rechtlicher Natur sind. (S. 5)	ja
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 87d AO-E: Gefordert ist eine Entbürokratisierung, verbesserte Praxistauglichkeit und Anpassung an geltendes Recht des 3. Absatzes. (S. 6)	ja
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 93c AO-E: Gefordert ist, dass es dem Steuerpflichtigen ermöglicht wird, fehlerhafte Daten zu korrigieren. (S. 6)	nein
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 122a AO-E: Gefordert ist die Normierung eines Sammeldatenabrufs für die steuerberatenden Berufe. (S. 6)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 150 AO-E: Gefordert ist die Änderung des 6. Absatzes, sodass Rechtsverordnungen nicht als Gesetzgebung fungieren können. (S. 7)	nein
16	DATEV eG	Großunternehmen	§ 76 StBerG: Gefordert sind Ergänzungen analog zur Bundesrechtsanwaltsordnung und Wirtschaftsprüferordnung. (S. 7)	nein
16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert ist der Wegfall der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit im Kontext des verfahrensrechtlichen Untersuchungsgrundsatzes. (S. 4)	nein
16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 149 AO-E: Gefordert ist eine Ausweitung über die fünf Monate hinaus. (S. 6)	ja
16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 152 AO-E: Gefordert ist die Absenkung des Mindestverspätungszuschlags auf 10 Euro. (S. 6)	ja
16	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 50 EStDV-E: Gefordert ist der Erhalt der Belegvorhaltepflcht für Spenden. (S. 8)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 29a AO-E: Gefordert ist eine Informationspflicht für Schaffung von Transparenz. (S. 5)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 72a AO-E: Gefordert ist die Einschränkung der Weite der Haftungsregelung des § 72a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AO-E (S. 8)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 87d AO-E: Satz 1 im 3. Absatz sollte praxisnäher und an die noch geltende Rechtslage angeglichen werden. (S. 9)	ja
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 88 AO-E: Gefordert ist die gesetzliche Definition der Begriffe "Zweckmäßigkeit" und "Wirtschaftlichkeit". (S. 11)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 88 AO-E: Gefordert ist Streichung des 5. Absatzes aufgrund des unbestimmten Rechtsbegriffs. (S. 13)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 93c AO-E: Gefordert ist eine Anpassung des Wortlauts zur Erleichterung der Anwendung. (S. 14)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§§ 109 und 149 AO-E: Gefordert ist die Streichung der Fälle der Vorabanforderung. (S. 18)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§§ 109 und 149 AO-E: Gefordert ist die Verlängerung der dreimonatigen Bearbeitungsfrist für Fälle der Vorabanforderung. (S. 18)	ja
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 122a AO-E: Fordert, dass auch für elektronische Verwaltungsakte die Dreitagesfrist für Bekanntgegeben greift. (S. 23)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 149 AO-E: Gefordert ist die Streichung eines Teils der Norm. (S. 26)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 150 AO-E: Gefordert ist, dass Satz 2 im 6. Absatz gestrichen wird. (S. 27)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 152 AO-E: Gefordert ist eine Änderung zum ermessensunabhängigen Verspätungszuschlag. (S. 30)	ja
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 171 AO-E: Der 10. Absatz sollte gestrichen oder eine zeitliche Anwendungsbegrenzung integriert werden. (S. 32)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 171 AO-E: Gefordert ist die Streichung von Absatz 10a. (S. 33)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 383b AO-E: Gefordert ist, dass Leichtfertigkeit nicht mit Sanktionen behaftet ist. (S. 34)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 383b AO-E: Gefordert ist, dass der Begriff "unverzüglich" gestrichen wird. (S. 34)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 10a EGAO-E: Gefordert ist eine vorgezogene Anwendung. (S. 35)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 10a EGAO-E: Gefordert ist die Vornahme von Änderungen. (S. 36)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	AO-E: Gefordert ist eine Verkürzung auf sieben Jahre. (S. 39)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	EStG-E: Gefordert ist Implementierung von Erleichterungen bei Unternehmenssanierungen. (S. 39)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 1 Abs. 1 Nr. 1b EStG-E: Gefordert ist eine Verankerung der bisherigen Verwaltungspraxis in geltendes Recht. (S. 40)	ja
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 51a EStG-E: Gefordert ist eine effizientere Abfrage des Kirchensteuerabzugsmerkmals. (S. 41)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 6 Abs. 2 EStG-E: Gefordert ist die Anhebung der Grenze für Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) auf 1.000 Euro. (S. 41)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 7 Abs. 2 EStG-E: Gefordert ist die Wiederzulassung der degressiven Abschreibung. (S. 42)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 34a EStG-E: Gefordert ist die Öffnung des Anwendungsbereichs der Thesaurierungsbegünstigung auf Einzelunternehmen. (S. 42)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§§ 18-20 UStG-E: Gefordert ist die Anpassung der Kleinunternehmerregelung an die Inflation. (S. 42-43)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 14 UStG-E: Fordert die Anhebung der Grenze für Kleinbetragsrechnungen. (S. 43)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§§ 18 und 18a UStG-E: Gefordert ist eine Angleichung der Fristen. (S. 43)	nein
16	Deutscher Steuerberaterverband e. V. (DStV)	Berater	§ 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG-E: Gefordert ist ein Wahlrecht für die umsatzsteuerrechtliche Organschaft. (S. 43-44)	nein
16	Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	andere Interessen	AO-E: Gefordert ist die Einführung diverser Regelungen zur Normierung des steuerrechtlichen Datenschutzes. (S. 1-33)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 29a AO-E: Gefordert ist eine Ergänzung, dass Steuerpflichtige in ihrem Steuerbescheid über eine Unterstützung durch andere Finanzämter informiert werden. (S. 6)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 87a AO-E: Gefordert ist die Verschlüsselung von einfachen Benachrichtigungen. (S. 7)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 87a AO-E: EU-Organisationszertifikate sollen für eine Identifikation geeignet sein. (S. 7)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 88 AO-E: Gefordert ist Streichung des 3. Satzes im 3. Absatz oder die Schaffung effektiver Kontrollmöglichkeiten. (S. 8)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 88 AO-E: Der 5. Absatz sollte sicherstellen, dass Rechtsschutzmöglichkeit gegen eine Zufallsauswahl normiert werden. (S. 9)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 88 AO-E: Der 4. Satz im 5. Absatz ist zu streichen oder alternativ sind effektive Kontrollmöglichkeiten zu normieren. (S. 9)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 88 AO-E: Das Risikomanagement sollte erkennen und direkt korrigieren, wenn etwas zu Ungunsten eines Steuerpflichtigen ausgefüllt wurde. (S. 9)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 88 AO-E: Gefordert ist, dass der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit auch für Steuerpflichtige gilt, nicht nur für die Verwaltung. (S. 10)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 93a AO-E: Gefordert ist die Nichtumsetzung der Norm. (S. 10)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 93c AO-E: Buchstabe d in Nummer 2 des 1. Absatzes soll Ausnahmen zulassen. (S. 10)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 93c AO-E: Gefordert ist die Vereinheitlichung der Fristen. (S. 11)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 109 AO-E: Der 2. Absatz ist um eine Fristverlängerungsmöglichkeit mitunter für Konzerne und tiefgestaffelte Personengesellschaften zu ergänzen. (S. 13)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 149 AO-E: Gefordert ist die Fristverlängerung auch für nicht extern beratende Steuerpflichtige, sondern auch für intern Beratende, beispielsweise durch einen Syndikus-Steuerberater. (S. 13-14)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 152 AO-E: Die im 2. Absatz genannte Frist von 14 Monatsfrist sollte verlängert werden. (S. 15)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 152 AO-E: Gefordert ist die Verwendung des Begriffs "Kalenderjahr" anstatt "Besteuerungszeitraum". (S. 15)	ja
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 152 AO-E: Gefordert ist, dass entschuld bare Fälle ausgenommen werden. (S. 15)	ja
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 87a Abs. 8 AO-E: Anpassung im 8. Absatz gefordert. (S. 16)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 171 AO-E: Satz 2 im 10. Absatz bedarf einer Entschärfung. (S. 17)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 171 AO-E: Gefordert ist Verkürzung der Frist auf zwei Jahre in Absatz 10a. (S. 17)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	EGAO-E: Gefordert ist eine Ausweitung der Fristen. (S. 19)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 10 Abs. 2a EStG-E: Die Anschrift des Kunden sollte nicht angegeben werden. (S. 21)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 10 Abs. 2a Satz 7 EStG-E: Der Passus „bei Vorliegen der Einwilligung“ sollte gestrichen werden. (S. 21)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 22a Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist, dass die Anschrift des Kunden nicht angegeben werden muss. (S. 21)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 22a EStG-E: Gefordert ist die Verlängerung der Frist der Einführung von Absatz 1 Nummer 6. (S. 22)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 22a EStG-E: Gefordert ist die Streichung der Regelungen zum Verspätungszuschlag im 5. Absatz. (S. 22)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 36 EStG-E: Gefordert ist die Normierung einer vollständigen Belegvorhaltep flicht. (S. 25)	nein
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 39e EStG-E: Fordert Streichung des Passus: "..., wenn der Arbeitnehmer nicht widerspricht". (S. 26-27)	ja
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 39e EStG-E: Gefordert ist die Streichung einiger Sätze. (S. 26-27)	ja
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 41b EStG-E: Die allgemeinen Haftungsregelung des § 72a Abs. 4 AO sollte keine Anwendung finden. (S. 27)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 42b EStG-E: Gefordert ist die Streichung der Vorverlegung auf Februar oder die Einführung eines Übergangszeitraums. (S. 28)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 29a AO-E: Gefordert ist die Normierung einer Informationspflicht des Steuerpflichtigen. (S. 3)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 80 AO-E: Gefordert ist Erweiterung auf Lohnsteuerhilfvereine. (S. 4)	ja
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 80a AO-E: Eine rechtsverbindliche Anerkennung sollte normiert werden. (S. 5)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 87d AO-E: Gefordert ist eine Anpassung der Formulierung. (S. 6)	ja
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert ist die Streichung des 3. Absatzes. (S. 7)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert ist die Einschränkung der Anwendung der Ermächtigungsvorschrift. (S. 8)	ja
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 93c AO-E: Gefordert ist eine Mitteilungspflicht an Steuerpflichtige. (S. 9)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 93c AO-E: Gefordert sind Konkretisierungen. (S. 9)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 109 AO-E: Im 2. Absatz sollte die Phrase "ohne Verschulden" gestrichen werden. (S. 10)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 149 AO-E: Gefordert ist Verlängerung der Abgabefrist um zwei Monate. (S. 11)	ja
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 149 AO-E: Gefordert ist die Streichung des Tatbestandsmerkmals aus Buchstabe c in der 1. Nummer. (S. 12)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 149 AO-E: Gefordert ist, dass die Vorabanforderung nicht vor dem gesetzlichen Abgabetermin erfolgen darf. (S. 12)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 149 AO-E: Gefordert ist die Ausdehnung auf vier statt drei Monate. (S. 12)	ja
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 149 AO-E: Gefordert ist eine Einschränkung der quotalen Vorabanforderung im 6. Absatz. (S. 12)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 150 AO-E: Gefordert ist die Streichung der Ermächtigungsvorschrift aus dem 6. Absatz. (S. 12)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 152 AO-E: Gefordert ist, dass Verspätungszuschlag nicht greift, wenn die Steuerfestsetzung null Euro beträgt. (S. 13)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 152 AO-E: Eine Aufforderung sollte frühzeitig ergehen, um Steuerpflichtige zur Abgabe der Steuererklärung aufzufordern. (S. 13)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 155 AO-E: Die Steuerfestsetzung sollte auf Grundlage der Angaben des Steuerpflichtigen erfolgen, nicht umgekehrt. (S. 16)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 156 AO-E: Die Erweiterung sollte nicht eingeführt werden. (S. 16)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 175b AO-E: Gefordert sind zeitliche und sachliche Modifikationen. (S. 19)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 383b AO-E: Gefordert ist eine Beschränkung auf Vorsatz. (S. 20)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 383b AO-E: Gefordert ist die Streichung der Norm. (S. 20)	nein
16	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 50 EStDV-E: Gefordert ist eine Aufhebung der zusätzlichen Aufbewahrungspflicht. (S. 21)	nein
16	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert sind Präzisierungen der Grundsätze "Wirtschaftlichkeit" und "Zweckmäßigkeit". (S. 6)	nein
16	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	§ 88 AO-E: Gefordert ist die Aufhebung des 2. Absatzes. (S. 6-7)	nein
16	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	§ 155 AO-E: Gefordert ist ein Verweis auf § 88 AO-E im 4. Absatz. (S. 8)	nein
17	Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist, dass der Lohnsteuereinbehalt nicht ausgedehnt wird. (S. 1-3)	nein
17	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist Aufhebung der mit dem Lohnsteuereinbehalt in Verbindung stehenden 183-Tageregelung. (S. 1)	ja
17	Berufsbildungsstätte Seeschifffahrt e. V.	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist Aufhebung der mit dem Lohnsteuereinbehalt in Verbindung stehenden 183-Tageregelung. (S. 1-3)	ja
17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	EStG-E: Gefordert ist Aufhebung der mit dem Lohnsteuereinbehalt in Verbindung stehenden 183-Tageregelung. (S. 1-7)	ja
17	Verband Deutscher Reeder e. V. (VDR)	Mittelstand	§ 52 Abs. 40a EStG-E: § 52 Abs. 40a EStG-E ist mit einer Evaluierungsklausel gesetzlich zu normieren, welche weit über das Ende des Jahres 2020 hinausgeht. (S. 7)	nein
18	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	andere Interessen	§ 3 Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen-Entwurf (FKAustG-E): Gefordert ist die Normierung eines Auskunftsanspruchs gegenüber dem Bundeszentralamt für Steuern. (S. 5, 9-11)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
18	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	andere Interessen	§ 1 FKAustG-E: Gefordert ist eine Anpassung der Überschrift des § 1 FKAustG oder die Verschiebung des 2. Absatzes in § 3 FKAustG. (S. 7)	nein
18	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	andere Interessen	§ 1 FKAustG-E: Gefordert ist einer Erweiterung des § 1 Abs. 1 Nr. 2 FKAustG-E. (S. 8)	nein
18	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	andere Interessen	§ 3 FKAustG-E: Gefordert ist die Umsetzung der durch die Deutsche Kreditwirtschaft vorgeschlagenen Änderung. (S. 9)	ja
18	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	andere Interessen	§ 5 FKAustG-E: Gefordert ist verkürzte Speicherdauer. (S. 10)	nein
18	Prof. Dr. Heribert Anzinger, Universität Ulm	andere Interessen	§ 6 FKAustG-E: Gefordert ist eine Präzisierung. (S. 11)	nein
18	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 5 FKAustG-E: Gefordert sind verschärfende Regelungen zur Prüfung im 6. Absatz. (S. 3)	ja
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 2 FKAustG-E: Gefordert ist eine Entschärfung auf die Ursprungsformulierung. (S. 4)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 3 FKAustG-E: Gefordert ist eine Anpassung der Norm an datenschutzrechtliche Bestimmungen. (S. 5)	ja
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 6 FKAustG-E: Fordert datenschutzrechtliche Ergänzungen im 1. Absatz. (S. 6)	ja
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 6 FKAustG-E: Gefordert ist eine Ergänzung um einen 4. Absatz. (S. 7)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 8 FKAustG-E: Gefordert ist die Streichung des erweiterten Zeitpunkts. (S. 7)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 8 FKAustG-E: Der 5. Absatz ist zu streichen. (S. 8)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 9 FKAustG-E: Der 2. Absatz ist zu ändern. (S. 8)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 9 FKAustG-E: Fordert Ergänzungen in Form eines weiteren Absatzes. (S. 8)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§§ 11, 12 und 15 FKAustG-E: Gefordert ist eine Ergänzung um jeweils einen weiteren Satz. (S. 9)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 13 FKAustG-E: Gefordert ist Änderung des 1. Absatzes. (S. 9)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 13 FKAustG-E: Gefordert ist Änderung des 2. Absatzes. (S. 9-10)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 13 FKAustG-E: Gefordert ist Änderung des 3. Absatzes. (S. 10)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 14 FKAustG-E: Änderung zum Zwecke der Klarstellung gefordert. (S. 10)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 14 FKAustG-E: Änderung des 2. Absatzes gefordert. (S. 11)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 14 FKAustG-E: Änderung des 3. Absatzes gefordert. (S. 11)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 16 FKAustG-E: Änderung des 4. Absatzes gefordert. (S. 12)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 18 FKAustG-E: Änderung des 1. Absatzes gefordert. (S. 12)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 18 FKAustG-E: Änderung des 4. Absatzes gefordert. (S. 13)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 19 FKAustG-E: In der 7. Nummer sollte es „Warengeschäfte“ anstatt „Warengeschäften“ heißen. (S. 13-14)	ja
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 19 FKAustG-E: in der 7. Nummer sollte es Rechte statt Beteiligungen heißen. (S. 13-14)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 19 FKAustG-E: Gefordert sind Änderungen in Nummer 26a. (S. 15)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 19 FKAustG-E: Streichung der Nummer 26b gefordert. (S. 15)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 19 FKAustG-E: Änderung der Nummer 34g verlangt. (S. 15-16)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 19 FKAustG-E: Gefordert ist Änderung der 39. Nummer. (S. 16)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 20 FKAustG-E: Änderung der 6. Nummer gefordert. (S. 16)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 20 FKAustG-E: Änderung von Satz 2 in der 6. Nummer gefordert. (S. 16-17)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 20 FKAustG-E: Neufassung der 7. Nummer gefordert. (S. 17)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	§ 22 FKAustG-E: Gefordert ist Änderung im 2. Absatz, die auf § 13 FKAustG-E durchschlägt. (S. 17)	nein
18	Die Deutsche Kreditwirtschaft	Großunternehmen	FKAustG-E: Ergänzung um eine Korrekturvorschrift gefordert. (S. 18)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 6 FKAustG-E: Gefordert ist eine ausdrückliche Regelung, nach der die Berechtigung für alle erforderlichen Daten besteht. (S. 4-6)	ja
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 6 FKAustG-E: Ergänzung gefordert. (S. 6-7)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 6 FKAustG-E: Gefordert ist eine Klarstellung des 2. Absatzes. (S. 7)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 8 FKAustG-E: Gefordert ist eine Klarstellung des 2. Absatzes. (S. 7)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 9 FKAustG-E: Fordert die Streichung des 2. Satzes. (S. 7-8)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§§ 11 und 12 FKAustG-E: Fordert die Aufnahme eines Hinweises. (S. 8)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 13 FKAustG-E: Änderung des 4. Absatzes gefordert. (S. 9)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 14 FKAustG-E: Änderung gefordert. (S. 9-11)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 15 FKAustG-E: Anpassung gefordert. (S. 11-12)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§§ 16, 17, 18 und 21 FKAustG-E: Änderung gefordert. (S. 12, 13, 17)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 17 FKAustG-E: Änderung gefordert. (S. 12-13)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 18 FKAustG-E: Änderung gefordert. (S. 13)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 19 FKAustG-E: Gefordert ist eine Änderung der 22. und 23. Nummer. (S. 14)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 19 FKAustG-E: Neugliederung der Nummer 38 gefordert. (S. 14)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 19 FKAustG-E: Änderungen der 39. Nummer gefordert. (S. 14)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 19 FKAustG-E: Änderungen der 42. Nummer gefordert. (S. 15)	nein
18	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	allgemeine Unternehmen	§ 20 FKAustG-E: Streichung der Norm gefordert. (S. 15)	nein
18	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 5 FKAustG-E: Gefordert ist eine eindeutigere Formulierung, wonach die Übermittlung an Staaten unter bestimmten Voraussetzungen zu unterbleiben hat. (S. 8)	nein
18	Flick Gocke Schaumburg	Berater	§ 5 FKAustG-E: Gefordert ist eine Absenkung der 15 Jahre. (S. 8-9, 12)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 1 FKAustG-E: Gefordert ist die Ergänzung eines Satzes zu Entwicklungsländern. (S. 1-2)	nein
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 28 FKAustG-E: Gefordert ist eine Erhöhung der Strafzahlung. (S. 2-3)	ja
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 28 FKAustG-E: Gefordert ist die Klarstellung des Begriffs der "Meldung". (S. 2-3)	nein
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 6 FKAustG-E: Gefordert sind Änderungen hinsichtlich der Steueridentifikationsnummer und hinsichtlich des Geburtsdatums. (S. 3)	ja
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§§ 14 und 15 FKAustG-E: Der Betrag von 250.000 Euro ist zu hoch angesetzt als eine Ausnahmvorschrift. (S. 4)	nein
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 19 Nr. 34 FKAustG-E: Gefordert ist, dass unbewegliche und bewegliche Wirtschaftsgüter keine Ausnahme bilden. (S. 4)	nein
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 19 Nr. 34 FKAustG-E: Gefordert ist, dass Kreditkarten keine Ausnahme bilden. (S. 5)	nein
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 19 Nr. 7 und 39 FKAustG-E: Gefordert sind Änderungen. (S. 5-6)	nein
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 1 FKAustG-E: Es sollte ein Satz zu Entwicklungsländern ergänzt werden. (S. 2-3)	nein
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	FKAustG-E: Gefordert ist die Einführung von 35 % Quellensteuer auf Zahlungen, die in die USA gehen. (S. 3)	nein
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 28 FKAustG-E: Gefordert ist die Erhöhung der Strafzahlung. (S. 3-4)	ja
18	Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland, Verein zur Förderung der Steuergerechtigkeit e. V.	andere Interessen	§ 6 FKAustG-E: Gefordert ist die Umsetzung des "Wider Approach". (S. 5)	ja
20	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 13a Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist die Beibehaltung einer einheitlichen Mindestlohnsumme von 400 %. (S. 6)	nein
20	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 13a Abs. 3 Satz 13 ErbStG-E: Gefordert ist die Anwendung der vom Bundesrat geforderten Lösung. (S. 7)	nein
20	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 13b Abs. 2 Satz 2 ErbStG-E: Gefordert ist eine größere Offenheit beim Verwaltungsvermögen durch Verwendung des Worts "insbesondere". (S. 8)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 13b Abs. 3 Satz 1 ErbStG-E: Der Katalog des Verwaltungsvermögens sollte als positiver Regelbeispielkatalog wieder eingeführt werden. (S. 11)	ja
20	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 13b Abs. 4 ErbStG-E: Das junge Verwaltungsvermögen sollte nicht durch Schuldenverrechnung neutralisiert werden dürfen. (S. 12)	ja
20	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 13b Abs. 5 Satz 3 und 5 ErbStG-E: Gefordert ist Ergänzung einer Konzernklausel. (S. 12)	nein
20	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 13b Abs. 5 Satz 3 und 5 ErbStG-E: Gefordert ist, dass eine Cash-GmbH nicht mehr möglich sein wird. (S. 12)	ja
20	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 13a Abs. 9 Satz 5 ErbStG-E: Gefordert ist, dass die Prüfschwelle nicht verdoppelt wird. (S. 15-16)	ja
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13a Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist, dass keine unterschiedlichen Lohnsummen normiert werden. (S. 4)	nein
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist die Absenkung des Schwellenwerts. (S. 4)	nein
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist, dass kein zweiter Schwellenwert normiert wird. (S. 4-5)	ja
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist die Absenkung der 10-jährigen bzw. 30-jährigen Dauer. (S. 5)	ja
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13a Abs. 3 Satz 13 ErbStG-E: Satz 13 des 3. Absatzes sollte nach Maßgabe des Bundesrats ausgestaltet werden. (S. 6)	nein
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist eine positive Definition von Verwaltungsvermögen. (S. 6-7)	ja
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist eine größere Offenheit beim Verwaltungsvermögen durch Verwendung des Worts "insbesondere". (S. 7)	nein
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13b Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist eine Anpassung der Konzernklausel. (S. 7)	nein
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13b Abs. 4 Satz 1, 2 ErbStG-E: Gefordert ist eine Präzisierung hinsichtlich des jungen Verwaltungsvermögens und der Schuldenverrechnung. (S. 7)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 13b Abs. 2 Nr. 5, Abs. 4 ErbStG-E: Gefordert ist, dass es zu keiner Wiederbelebung der Cash-GmbH kommt. (S. 7)	ja
20	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 28a ErbStG-E: Gefordert ist die Streichung des 3. Satzes im 4. Absatz. (S. 9)	nein
20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 13b ErbStG-E: Gefordert ist, dass saldierte Finanzmittel nicht in das begünstigte Vermögen einbezogen werden, zumindest nicht in Höhe von 20 %. (S. 5)	ja
20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 13b ErbStG-E: Gefordert ist, dass nicht begünstigungsfähiges Vermögen tatsächlich nicht begünstigt wird. (S. 5)	nein
20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 28a ErbStG-E: Gefordert ist die Ausdehnung der Frist für weiteres Vermögen auf 30 Jahre. (S. 8)	nein
20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 13a und c ErbStG-E: Die 52 Mio. Euro Verschönerungsgrenze soll entfallen. (S. 10)	ja
20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	ErbStG-E: Gefordert ist keine Vorzugsbehandlung von Vermögensarten. (S. 11)	nein
20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	ErbStG-E: Gefordert ist die Einfügung von Härtefallregelungen, die dem Erwerber bei Nachweis von Liquiditätsschwierigkeiten die Stundung der Steuer ermöglichen. (S. 11)	nein
20	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 9 BewG-E: Gefordert ist die Aufnahme einer Regelung zu verfügbaren beschränkten Gesellschaften. (S. 11)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist die Erweiterung für eine Befreiung von der Lohnsummenregelung von fünf auf sieben Beschäftigte. (S. 6)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist die Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigten mit 0,5 bzw. 0,75 für Berechnung. (S. 6)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist, dass Saison- oder Leiharbeiter nicht in die Berechnung der Lohnsumme einbezogen werden. (S. 7)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist eine Staffelung der Mindestlohnsumme um eine weitere dritte Stufe für Betriebe mit 16 bis 20 Beschäftigten. (S. 7)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist die Anhebung der 26 Mio. Euro Verschönerungsgrenze. (S. 8)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist eine deutliche Verkürzung der Zeiträume, in denen Verfügungsbeschränkungen nachgewiesen werden müssen. (S. 9)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert sind konkretere Anhaltspunkte im Gesetz für Auslegung der Rechtsbegriffe. (S. 10)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist eine praxismgerechte Konkretisierung von Gewinnentnahmebeschränkungen. (S. 10)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 9 Satz 3 Nr. 2 ErbStG-E: Gefordert ist Ausweitung des Kreises der Begünstigten auf Abkömmlinge aller Gesellschafter. (S. 11)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist zur Klarstellung, dass anstelle von des Begriffs "erheblich" von "20 %" ausgegangen wird. (S. 11)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 1 ErbStG-E: Gefordert ist, dass Wirtschaftsgüter gewerblich geprägter Personengesellschaften den Gesellschaftern anteilig zugeordnet werden. (S. 11)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 1 ErbStG-E: Gefordert sind keine Einschränkungen bezüglich Drittlandsbeteiligungen. (S. 13)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert sind Klarstellungen zur Zuordnung von Wirtschaftsgütern zum begünstigungsfähigen Vermögen. (S. 15)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist eine Begünstigung von sämtlichen Vermögen zur Deckung von Pensionsverpflichtungen. (S. 17)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Fremdvermietete und eigengenutzte Immobilien sollten begünstigtes Vermögen darstellen. (S. 17)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 4 ErbStG-E: Gefordert ist der Einbezug von Finanzmitteln wie mitunter Immobilien und Wertpapiere in den Anwendungsbereich des 4. Absatzes. (S. 18)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 5 und 8 ErbStG-E: Gefordert ist das Abstellen auf den gemeinen Wert anstelle des Substanzwerts sowie bei Schulden auf den Veranlassungszusammenhang. (S. 19)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 6 ErbStG-E: Die 10 % Grenze sollte auf 20 % angehoben werden. (S. 19)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist die Anerkennung des Konzernabschlusses. (S. 19)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 8 ErbStG-E: Gefordert ist die Bestimmung des Anteils des begünstigten Vermögens am gemeinen Wert des begünstigten und nicht begünstigten Vermögens. (S. 20)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13c ErbStG-E: Gefordert ist eine Erhöhung der Abschläge. (S. 21)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13c ErbStG-E: Im 7. Satz des 3. Absatzes sollte das Wort "unwider- ruflich" gestrichen werden. (S. 21)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 28 Abs. 1 ErbStG-E: Gefordert ist eine praxisnähere Ausgestaltung des 1. Absatzes. (S. 22)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 28a ErbStG-E: Gefordert ist der ausschließliche Einbezug des mit- übertragenden Privatvermögens, nicht jedoch des sonstigen Privatver- mögens. Besser wäre die Durchführung einer Bedürfnisprüfung, wel- che diverse Kriterien berücksichtigt. (S. 23)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 28a ErbStG-E: Die 50 % Grenze sollte erst nach Abzug der darauf entfallenden Erbschaft- und Schenkungsteuer greifen, wodurch die Erbschaft- und Schenkungsteuer als Nachlassverbindlichkeit gelten würde. (S. 23)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 28a ErbStG-E: Gefordert ist die Ausdehnung der Stundungsregelung auf zehn Jahre. (S. 24)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 28a ErbStG-E: In Nummer 3 des 1. Satzes im 4 Absatz ist klarzustel- len, dass lediglich auf 50 % des erworbenen Vermögens abgestellt wird. (S. 24)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 28a ErbStG-E: Der zehn Jahreszeitraum ist zu verkürzen, exempla- risch durch Anpassung dieser an die Behaltensfristen. (S. 24)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 28a ErbStG-E: Der 7. Absatz sollte auch auf die §§ 13a und 13c ErbStG-E ausgeweitet werden. (S. 25)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	ErbStG-E: Gefordert ist die Aufnahme einer Sanierungsklausel, wo- nach keine Nachversteuerung in Krisenfällen auslöst wird. (S. 26)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	ErbStG-E und BewG-E: Gefordert ist die Berücksichtigung von Ver- fügungsbeschränkungen und Thesaurierungsvorgaben. (S. 28)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 9 BewG-E: Gefordert ist die Berücksichtigung von gesellschafts- rechtlichen Verfügungsbeschränkungen und Thesaurierungsvorgaben bereits im Zeitpunkt der Bewertung von Unternehmen. (S. 29-30)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§§ 199 ff. BewG-E: Gefordert ist die Berücksichtigung von Schwankungen des Zinssatzes, exemplarisch durch Abstellen auf einen Jahresdurchschnittswerts. (S. 33)	ja
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§§ 199 ff. BewG-E: Gefordert ist eine Anpassung des Risikozuschlags an die Marktgegebenheiten. (S. 33)	nein
20	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§§ 199 ff. BewG-E: Gefordert ist die Berücksichtigung von Verfügungsbeschränkungen durch einen pauschalierten Abschlag von 20 %. (S. 33)	nein
20	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	andere Interessen	ErbStG-E: Gefordert ist die Herabsetzung der Freibeträge oder Verschonungsabschläge auf niedrige einstellige Millionenbeträge. (S. 2)	nein
20	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	andere Interessen	ErbStG-E: Gefordert ist anstelle der geplanten Verschonung die Einführung von erweiterten Stundungsmodellen. (S. 2)	nein
20	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	andere Interessen	ErbStG-E: Gefordert ist eine Absenkung der Erbschaft- und Schenkungsteuersätze. (S. 2)	nein
20	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	andere Interessen	ErbStG-E: Gefordert ist die Abschaffung von erbschaft- und schenkungsteuerlichen Privilegien für vermietete oder eigengenutzte Immobilien. (S. 4)	nein
20	Deutsches Institut für Wirtschaftsförderung (DIW)	andere Interessen	ErbStG: Gefordert ist, dass die 10-Jahresfrist verlängert oder nur einmal im Leben gewährt wird bei einer zugleich stattfindenden Erhöhung der persönlichen erbschaft- und schenkungsteuerlichen Freibeträge. (S. 4)	nein
20	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	ErbStG-E: Betriebsvermögen sollte gleichmäßig belastet werden durch eine alternative Besteuerung (Alternative I) (S. 2)	nein
20	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	ErbStG-E: Betriebsvermögen sollte gleichmäßig belastet werden durch eine alternative Besteuerung (Alternative II) (S. 2)	nein
20	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	ErbStG-E: Gefordert ist anstelle der Verschonung die Einführung erweiterter Stundungsmodelle. (S. 3)	nein
20	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	ErbSt-E: Gefordert ist die Einführung einer gleichmäßigen Belastung durch die Erbschaft- und Schenkungsteuer. (S. 4)	nein
20	Prof. Dr. Lorenz Jarass	andere Interessen	ErbSt-E: Gefordert ist die Einführung von jährlichen Vorauszahlungen anstelle der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Zeitpunkt des Erbens bzw. Schenkens. (S. 4)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Dr. Carsten Kühnl, Minister a. D.	andere Interessen	ErbSt-E: Gefordert ist eine synthetische Erbschaft- und Schenkungsteuer. (S. 1)	nein
20	UnternehmensGrün	Mittelstand	ErbStG-E: Gefordert ist ein grundlegender Systemwechsel in der Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht. (S. 3)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§§ 199 ff. BewG-E: Gefordert ist die Erhöhung des Basiszinssatzes auf 9 %. (S. 13)	ja
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 3 und 4 ErbStG-E: Gefordert ist die Beibehaltung der alten Definition von Verwaltungsvermögen. (S. 14)	ja
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Verlangt Änderungen beim Hauptzwecktest und fordert Klarstellungen. (S. 16)	ja
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert sind klarstellende Regelungen zu betrieblichen Pensionszusagen. (S. 16)	ja
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 5 ErbStG-E: Gefordert ist eine vollständige Berücksichtigung der Schulden. (S. 18)	ja
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 6 ErbStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Sockelbetrags von 10 % auf 20 %. (S. 18)	ja
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist eine Klarstellung, dass auch nicht gewerblich tätige Gesellschaften die Begünstigungen erhalten. (S. 18)	ja
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist die Anerkennung des Konzernabschlusses. (S. 19)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 8 ErbStG-E: Gefordert ist anstelle der Substanzwertberechnung das Abstellen auf den Ertragswert. (S. 20)	ja
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist der Einbezug von Drittlandsbeteiligungen. (S. 22)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist die Erhöhung der 26 Mio. Euro Grenze. (S. 22-23, 27)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 28a ErbStG-E: Gefordert ist, dass Privatvermögen nicht zur Begleichung der Steuer herangezogen wird und stattdessen auf vorhandenes Verwaltungsvermögen abgestellt wird. (S. 26)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13c ErbStG-E: Anstelle der 26 Mio. Euro Freigrenze sollte ein Freibetrag normiert werden. (S. 27)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13c ErbStG-E: Gefordert sind höhere Mindestabschläge. (S. 27)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist die Begrenzung des jungen Verwaltungsvermögens auf Einlagen von Gesellschaftern. (S. 28)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 4 ErbStG-E: Gefordert ist der Erhalt der bisherigen Methodik zur Ermittlung der jungen nicht begünstigten Finanzmittel. (S. 29)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 13b Abs. 4 ErbStG-E: Gefordert ist die Zulassung des Schuldenabzug bei jungen Finanzvermögen. (S. 29)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 28a Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist die Verlängerung der Stundung, bis die Erbschaft- und Schenkungsteuer aus den Gewinnausschüttungen beglichen werden kann. (S. 29)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 28a Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist eine Möglichkeit zur zinslosen Stundung. (S. 29)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	ErbStG-E: Gefordert ist die Normierung einer Investitionsrücklage, die eine Umqualifizierung von nicht begünstigtem Vermögen in begünstigtes Vermögen ermöglicht. (S. 30)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	ErbStG-E: Gefordert ist die Einführung von erweiterten Stundungsfristen im Zusammenhang mit der Investitionsrücklage. (S. 31)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 37 ErbStG-E: Gefordert ist ein Inkrafttreten des Gesetzes bereits drei Monate nach Verkündung. (S. 31-32)	nein
20	Stiftung Familienunternehmen	Mittelstand	§ 37 ErbStG-E: Gefordert ist keine rückwirkende Wirkung. (S. 31-32)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 1 Nr. 2 ErbStG-E: Gefordert sind Änderungen im Hinblick auf Vermietungsgesellschaften. (S. 12)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist eine Präzisierung von begünstigtem und nicht begünstigtem Vermögen. (S. 13)	ja
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist gesetzliche Fixierung einer Ausnahmeregelung für Altersvorsorgeverpflichtungen. (S. 16)	ja
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 8 ErbStG-E: Gefordert ist das Abstellen auf den gemeinen Wert anstelle des Nettowerts nach Anwendung des Substanzwertverfahrens. (S. 17)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13b ErbStG-E: Gefordert ist Ergänzung eines weiteren Absatzes, der nicht begünstigtes Vermögen im Falle von Investitionen dennoch begünstigt. (S. 18)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 1 Satz 1 ErbStG-E: Gefordert ist, dass auch ausländische bzw. drittstaatenansässige Tochterunternehmen und Betriebsstätten in die Begünstigungen einbezogen werden. (S. 20-21)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 28a Abs. 2 ErbStG-E: Gefordert ist, dass Privatvermögen nicht einbezogen wird. (S. 24)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 28a ErbStG-E: Gefordert ist eine Eingrenzung der Erwerbe innerhalb der zehn Jahre auf den gleichen Überträger. (S. 25)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 9 Satz 5 ErbStG-E: Gefordert ist die Entschärfung der Bedingungen für die Nutzung der 52 Mio. Euro Grenze. (S. 28-29)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 9 Satz 5 ErbStG-E: Gefordert ist die Entschärfung der Frist. (S. 28-29)	ja
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13c Abs. 2 ErbStG-E: Fordert eine Erhöhung der Beträge. (S. 32)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 28a Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist eine zinslose Stundung für zehn Jahre. (S. 34)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 28a Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist die gesetzliche Zulassung von Ratenzahlungen der gestundeten Steuer. (S. 34)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 28a Abs. 7 ErbStG-E: Gefordert ist ein Erlass der Steuer nach zehn Jahren für den Fall, dass die Steuer nicht zahlbar ist. (S. 34-35)	nein
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist die Anhebung der Beschäftigtenzahl von drei auf fünf. (S. 38)	ja
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 13a Abs. 3 ErbStG-E: Saisonarbeiter sollten nicht einbezogen werden. (S. 39)	ja
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 203 BewG-E: Gefordert ist eine Anhebung des Basiszinssatzes, sodass die bewertungsrechtliche Wertermittlung unternehmerischen Vermögens geringer ausfällt. (S. 42)	ja
20	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)	allgemeine Unternehmen	§ 19b EStG-E: Gefordert ist die Einführung eines neuen § 19b EStG-E. (S. 46-47)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
20	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 13a Abs. 9 ErbStG-E: Gefordert ist die Herabsetzung der Verschönerungsgrenzen von 26 bzw. insbesondere 52 Mio. Euro. (S. 6-7)	ja
20	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 13c ErbStG-E: Gefordert ist, dass es zu keiner Sockelverschönerung kommt. (S. 7)	nein
20	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 28a ErbStG-E: Gefordert ist, dass Erwerber, die die Steuer zahlen können, nicht durch den Steuererlass profitieren. (S. 7-8)	nein
20	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 13b Abs. 3 ErbStG-E: Gefordert ist ein Festhalten an der Definition von Verwaltungsvermögen. (S. 8)	ja
20	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 13b Abs. 2 ErbStG-E: Gefordert ist die Reduzierung des zulässigen Verwaltungsvermögens auf 10 %. (S. 8)	ja
21	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8c KStG-E: Gefordert ist die Absenkung auf 95 % statt 100 %. (S. 2)	nein
21	American Chamber of Commerce in Germany e. V.	allgemeine Unternehmen	§ 8c KStG-E: Gefordert ist, dass sich die stille Reserven Klausel auch auf Organschaftsfälle erstreckt. (S. 2)	nein
21	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 7g EStG-E: Fordert das Absehen von Neuregelung zum Funktionsbenennungserfordernis. (S. 5-6)	nein
21	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 44 Abs. 1 Satz 3 EStG-E: Gefordert ist, dass es zu keiner Vermischung der Kompetenzen der Legislative und Exekutive kommt. (S. 3)	nein
21	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 8c KStG-E: Gefordert ist ein Verweis auf Personengesellschaften statt Personenhandelsgesellschaften. (S. 4)	nein
21	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§§ 20 bis 24 UmwStG-E: Ungeklärt ist, wenn der Wert der Zusatzleistung höher als Buchwert des eingebrachten Vermögens ist. Daher sollte Regelung nicht in der Form umgesetzt werden. (S. 6)	ja
21	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 27 Abs. 14 UmwStG-E: Gefordert ist keine rückwirkende Anwendung für 2014. (S. 6)	nein
21	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 50i EStG-E: Gefordert ist eine intensive Überarbeitung der Vorschrift. (S. 16)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8c Abs. 1 Satz 5 KStG-E: Gefordert ist eine Bereinigung von Ungeheimheiten im Bereich der stillen Reserven Klausel. (S. 6)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 8c Abs. 1 Satz 5 KStG-E: Gefordert ist die Herabsetzung der Beteiligungsquote bei der Konzernklausel. (S. 6)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	UmwStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Schwellenwerts auf 1. Mio. Euro. (S. 8)	ja
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	UmwStG-E: Gefordert ist, dass mitübergehende Gesellschafterdarlehen keine Steuerbelastungen auslösen dürfen. (S. 8)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 27 Abs. 14 UmwStG-E: Gefordert ist, dass es zu keiner rückwirkende Anwendung für 2014 kommt. (S. 8)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 1 Abs. 2a Satz 2 bis 4 Grunderwerbsteuergesetz-Entwurf (GrEStG-E): Gefordert ist eine Klarstellung, dass die Anforderungen sich auf den Fünfjahreszeitraum des Satzes 1 beziehen (S. 10)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 1 Abs. 2a Satz 2 bis 4 GrEStG-E: Gefordert ist im 3. Satz eine Konkretisierung der Phrase der "neuen Gesellschafter". (S. 10)	ja
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 21 GrEStG-E: Gefordert ist ein Zurückschrauben der Anforderungen auf ein erfüllbares Maß. (S. 11)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 1 Nr. 11 UStG-E: Gefordert ist eine Überprüfung der Warenbezeichnung der Anlage 4 zu § 13b Abs. 1 Nr. 11 UStG-E. (S. 11)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 6a EStG-E: Handelsrechtlich gebildete Rückstellungen für Altersversorgung sollten steuerlich voll anerkannt werden. (S. 17)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4f Abs. 2 EStG-E: Gefordert ist eine Neufassung. (S. 18)	nein
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 44 Abs. 2 Satz 2 EStG-E: Gefordert ist eine Änderung im 2. Satz des 2. Absatzes. (S. 18-19)	ja
21	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	UStG-E: Das Bundeszentralamt für Steuern sollte ermächtigt sein, dem Leistenden im Wege einer elektronischen Abfrage kostenlos Auskunft über die Gültigkeit der von Finanzämtern der Leistungsempfänger erteilten Bescheinigung USt 1 TG zu geben. (S. 20-21)	nein
21	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 7g EStG-E: Gefordert ist kein Verzicht auf Investitionsabsicht und Funktionsbenennung. (S. 1)	nein
21	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 20 Abs. 2 UmwStG-E: Verlangt die Integration eines "insoweit". (S. 3)	nein
21	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 33b EStG-E: Gefordert ist eine Erhöhung der Pauschbeträge für Körperbehinderte. (S. 4)	nein
21	Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag e. V., Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V., Kultusministerkonferenz,	nicht kategorisierbar	§ 2b UStG-E: Gefordert ist eine Ergänzung des § 2b UStG-E. (S. 1-9)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
	Verband der Universitätsklinik Deutschlands e. V. (VUD), Verband Kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) und Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)			
21	Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag e. V., Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V., Kultusministerkonferenz, Verband der Universitätsklinik Deutschlands e. V. (VUD), Verband Kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) und Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	nicht kategorisierbar	§ 2b UStG-E: Das Wort "insbesondere" ist aus dem im 1. Satz des 2. Absatz und im 3. Absatz zu streichen. (S. 2)	nein
21	Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag e. V., Deutscher Städte- und Gemeindebund e. V., Kultusministerkonferenz, Verband der Universitätsklinik Deutschlands e. V. (VUD), Verband Kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) und Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	nicht kategorisierbar	§ 2b UStG-E: Im 3. Absatz ist die Phrase "allen Beteiligten obliegenden" zu streichen. (S. 2)	nein
21	Prof. Dr. Markus Diller, Universität Passau	andere Interessen	UmwStG-E: Gefordert sind technische Nachbesserungen in der alten Fassung anstelle der Neufassung. (S. 1-2)	nein
21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	UmwStG-E: Gefordert ist Einfügung von Rückausnahme, die weitergehend für Fälle gilt, die außersteuerlich bedingt sind. (S. 3)	nein
21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	UmwStG-E: Gefordert ist klarere Regelung zur Betriebsnotwendigkeit und sonstigen Gegenleistung. (S. 4)	nein
21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	UmwStG-E: Gefordert ist, dass sämtliche Betriebsschulden bei Kapitalgesellschaften als betriebsnotwendig eingestuft werden. (S. 4)	nein
21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	UmwStG-E: Forderung zu Pensionsrückstellungen formuliert. (S. 5)	nein
21	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 50i EStG-E: Gefordert ist die Überarbeitung. (S. 9-11)	nein
21	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 20 UmwStG-E: Gefordert ist die Wiederherstellung der alten Rechtslage. (S. 3)	nein
21	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	UmwStG-E: Gefordert ist eine Anhebung der Werte um mehr als 25 % und um mehr als 300.000 Euro. (S. 4)	ja
21	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 27 UmwStG-E: Keine Rückwirkung auf 2014 gefordert. (S. 5)	nein
21	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 6b EStG-E: Fordert zu Absatz 2a zusätzlich im 4. Absatz eine Ergänzung. (S. 7)	nein
21	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 6b EStG-E: Fordert zu Abs. 2a zusätzlich eine Ergänzung eines Absatz 6a. (S. 7)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
21	Prof. Dr. Guido Förster, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf	andere Interessen	§ 50i EStG-E: Gefordert ist eine Änderung des § 50i EStG-E. (S. 7-9)	nein
21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 44 Abs. 1 Satz 3 EStG-E: Gefordert ist, dass es zu keiner Vermischung der Kompetenzen der Legislative und Exekutive kommt. (S. 2)	nein
21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 8c Abs. 1 Satz 5 KStG-E: Gefordert ist die Vornahme einer Änderung. (S. 2)	nein
21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	UmwStG-E: Gefordert ist eine Erhöhung der 25 % auf 50 %. (S. 3)	nein
21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	UmwStG: Gefordert ist, dass es zu keiner Rückwirkung auf das Jahr 2014 kommt. (S. 6)	nein
21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 2b UStG-E: Gefordert ist, dass die Norm keinen Bezug auf das Vergaberecht nimmt. (S. 7)	nein
21	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 50i EStG-E: Gefordert ist die vollständige Neufassung der Norm. (S. 11-19)	nein
21	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 EStG-E: Gefordert ist die Aufnahme einer Klarstellung zu Batteriesystemen (S. 1-2)	nein
21	Verband der Universitätsklinika Deutschlands e. V. (VUD) und Medizinische Fakultätentag der Bundesrepublik Deutschland e. V. (MFT)	nicht kategorisierbar	§ 2b UStG-E: Gefordert ist die Konkretisierung des Handelns im Rahmen der öffentlichen Gewalt. (S. 1-10)	nein
22	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.	andere Interessen	§ 32 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist eine rückwirkende Anwendung auf das Jahr 2014. (S. 4)	nein
22	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.	andere Interessen	EStG-E: Fordert vollumfängliche Reformierung des Kinderfreibetrags und des Kindergelds. (S. 5)	nein
22	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 32 EStG-E: Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende auf 1.908 Euro gefordert. (S. 3)	ja
22	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 32 EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Entlastungsbetrag um je 240 Euro pro Kind. (S. 3)	ja
22	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 32 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die Durchführung weiterer Komponenten zur minimalen Anhebung des Kinderfreibetrags- und Kindergelds. (S. 3)	ja
22	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 32a EStG-E: Gefordert ist eine weitere Rechtsverschiebung des Einkommensteuertarifs. (S. 3)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
22	Bundessteuerberaterkammer	Berater	EStG-E: Gefordert ist Normierung eines Wahlrechts, wonach die Arbeitgeber die Anhebung des Freibetrags unkompliziert durchführen können. (S. 4)	ja
22	Deutscher Familienverband e. V.	andere Interessen	EStG-E: Der Kinderfreibetrag sollte auf die Höhe des Grundfreibetrags angehoben werden. (S. 2)	nein
22	Deutscher Familienverband e. V.	andere Interessen	EStG-E: Das Kindergeld sollte auf Höhe des Grundfreibetrags angehoben werden. (S. 3)	nein
22	Deutscher Familienverband e. V.	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist die Anpassung des Kinderfreibetrags und Kindergelds an die Preisentwicklung über die gesetzliche Implementierung von Dynamisierungsregelungen. (S. 4)	nein
22	Deutscher Familienverband e. V.	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist ein Ausweis im Steuerbescheid, dass das Kindergeld eine Steuerrückerstattung darstellt. (S. 4)	nein
22	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist ein progressionsunabhängiger Freibetrag für alle Kinder. (S. 3-4)	nein
22	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	EStG-E: Gefordert ist angesichts der rückwirkenden Erhöhung des Grundfreibetrags eine praxisgerechte Lösung. (S. 1)	ja
22	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	EStG-E: Gefordert ist ein Wahlrecht, wonach Arbeitgeber die Anhebung des Freibetrags unkompliziert durchführen können. (S. 2)	ja
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	§ 32 Abs. 6 EStG-E: Gefordert sind weitere Erhöhungen des Kinderfreibetrags. (S. 2-4)	nein
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	§ 32 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist eine Rückwirkung auf das Jahr 2014. (S. 5)	nein
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	§ 66 EStG-E: Gefordert ist eine rückwirkende Erhöhung für 2014. (S. 5)	nein
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	§ 66 EStG-E: Gefordert ist eine Erhöhung des Kindergelds für 2016 um 10 Euro. (S. 5)	nein
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Entlastungsbetrags. (S. 8)	ja
22	Familienbund der Katholiken e. V.	andere Interessen	§ 32a EStG-E: Gefordert ist die Kopplung des Steuertarifs an die Inflationsentwicklung. (S. 9)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	§ 31 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die Beseitigung der Differenz von Kinderfreibetrag und Kindergeld im Rahmen einer grundlegenden Reformierung. (S. 2 und 3)	nein
22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	§ 66 EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Kindergelds. (S. 2)	nein
22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	§ 66 EStG-E: Gefordert ist eine Dynamisierung des Kindergelds. (S. 3)	nein
22	Der Paritätische Gesamtverband e. V.	andere Interessen	§ 24b EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende. (S. 5)	ja
22	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 32 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Die für das Jahr 2016 vorgesehene Erhöhung sollte bereits auf das Jahr 2015 vorgezogen werden. (S. 5)	nein
22	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 32a EStG-E: Gefordert ist eine Anpassung des Einkommensteuertarifs auch in höheren Tarifstufen. (S. 4)	ja
22	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 33a Abs. 1 EStG-E: Der Höchstbetrag nach § 33a Abs. 1 Satz 1 EStG-E sollte abgehoben werden, bestenfalls durch Kopplung an § 32 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG-E. (S. 4)	ja
22	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 24b EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende. (S. 4)	ja
22	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 24a EStG-E: Gefordert ist die Gewährung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende, auch wenn ein Kind Grundwehrdienst oder ähnliches leistet. (S. 6)	nein
22	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 32 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die Anpassung des Freibetrags für Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf. (S. 6)	nein
22	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 32 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die rückwirkende Absenkung des Kinderfreibetrags. (S. 1-2)	nein
22	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 32 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die Abschaffung des Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs. (S. 3)	nein
22	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 32 Abs. 6 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die Ersetzung des Kinderfreibetrags durch einen Kindergrundfreibetrag. (S. 5)	nein
22	Prof. Dr. Joachim Wieland	andere Interessen	§ 24b EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Entlastungsfreibetrags für Alleinerziehende. (S. 5)	ja
24	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§§ 4 Abs. 9, 9 Abs. 6 EStG-E: Gefordert ist eine Anpassung der Berufsausbildungszeit auf zwölf Monate. (S. 2-4)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Fordert die Aufweichung des Erfordernisses, dass eine steuerbegünstigte Betriebsveranstaltung allen Betriebsangehörigen offenstehen muss. (S. 6)	ja
24	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Die Gemeinkosten sollten eher unmittelbare Zuwendung umfassen. (S. 6)	ja
24	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist die Ersetzung der steuerlichen Freigrenze durch eine Freibetragsregelung. (S. 6)	ja
24	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist keine rückwirkende Anwendung. (S. 6)	ja
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 3c Abs. 2 EStG-E: Es sollte anstelle von Nachweisen auf eine Glaubhaftmachung abgestellt werden. (S. 4)	nein
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Gefordert ist die Ausdehnung der Regelung auf schulpflichtige Kinder. (S. 5)	nein
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 10 Abs. 3 EStG-E: Gefordert ist eine höhere Anhebung des Abzugsvolumens für Beiträge zugunsten der Basisversorgung im Alter. (S. 6)	ja
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist eine Aufweichung des Erfordernisses, dass eine steuerbegünstigte Betriebsveranstaltung allen Betriebsangehörigen offenstehen muss. (S. 6-8)	ja
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist, dass Reisekosten keine Kosten der Betriebsveranstaltung darstellen. (S. 6-8)	ja
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Gemeinkosten sollten eher unmittelbare Zuwendung umfassen. (S. 6-8)	ja
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Es sollten ausschließlich volljährige Personen erfasst werden, nicht Kinder. (S. 6-8)	ja
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist eine Anhebung der Freigrenze aufgrund des Einbezugs von Gemeinkosten. (S. 6-8)	ja
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 34c Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist die Anwendung der Neuregelung über § 52 EStG-E auf alle offenen Fälle. (S. 9)	nein
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 26 Abs. 2 Satz 1 KStG-E: Gefordert ist, dass die Körperschaftsteuerliche Anrechnungsmethode ebenfalls auf den Durchschnittsteuersatz abstellt. (S. 9)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 13b Abs. 10 UStG-E: Gefordert ist, dass die Normierung einer Verordnungs Ermächtigung nicht erfolgt. (S. 10-12)	nein
24	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 50i EStG-E: Gefordert ist die überschießenden Tendenzen des § 50i EStG-E dringendst zu bereinigen. (S. 22-25)	nein
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 139b Abs. 2 Satz 2 AO-E: Gefordert ist, eine Informierung des Steuerpflichtigen gesetzlich zu normieren. (S. 3)	nein
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 9 Abs. 6 EStG-E: Gefordert ist eine Herabsetzung auf mindestens 12 Monate. (S. 4-5)	ja
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 9 Abs. 6 EStG-E: Verlangt wird, dass die Norm erst nach der Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht geändert wird. (S. 5)	nein
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Auch Teile im Betrieb sollten die Vorteile erfahren dürfen. (S. 6)	ja
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Bei der Aufteilung der Kosten sollten nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Familienmitglieder einberechnet werden. (S. 6)	nein
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist die Änderung der Gemeinkosten in tatsächlich zurechenbare Kosten. (S. 7)	ja
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Gefordert ist keine rückwirkende Einführung der Norm. (S. 7)	nein
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 26a Abs. 2 EStG-E: Fordert klare Definition der Ausgangsgröße für die Aufteilung. (S. 7-8)	nein
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 26a Abs. 2 EStG-E: Fordert eine klare Gesetzesformulierung für den Aufteilungsmaßstab. (S. 9)	nein
24	Bundesverband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 26a Abs. 2 EStG-E: Gefordert sind Änderungen in der Norm. (S. 9-10)	nein
24	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§§ 4 Abs. 9, 9 Abs. 6 EStG-E: Die Normen sollten nicht in dieser Form eingeführt werden. (S. 2-3)	nein
24	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Anstelle auf Gemeinkosten soll der Gesetzeswortlaut auf zurechenbare Kosten abstellen. (S. 3)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Gefordert ist eine Anhebung der Freigrenze aufgrund des Einbezugs der Gemeinkosten oder die Ersetzung der Freigrenze durch einen Freibetrag. (S. 3)	ja
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13 Abs. 3 EStG-E: Gefordert ist die Erhöhung der Summe der Einkünfte im 2. Satz des 3. Absatzes auf 35.000 Euro. (S. 2)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 und 6 EStG-E: Gefordert ist keine Abkehr vom Nettoprinzip. (S. 3)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 3 Satz 2 EStG-E: Gefordert ist, dass verausgabte Pachtzinsen, Schuldzinsen und dauernde Lasten darüber hinaus abzugsfähig bleiben. (S. 3)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 5, 6 EStG-E: Gefordert ist die Einführung einer Betriebsausgabenabzugspauschale. (S. 4)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 4, Anlage 1a EStG-E: Gefordert ist die Herabsetzung eines Grundbetrags und Zuschlags. (S. 5)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 Buchstaben (lit.) b und c EStG-E: Gefordert ist, dass es zu keiner gesonderten Erfassung von Sondergewinnen kommt. (S. 5)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 lit. b und c EStG-E: Gefordert ist der Erhalt des Freibetrags. (S. 5)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 lit. b und c EStG-E: Gefordert ist die Anhebung der Veräußerungsgewinnngrenze auf beispielsweise 50.000 Euro. (S. 6)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 lit. b und c EStG-E: Gefordert ist eine zielgerichteterere Ausgestaltung der Norm. (S. 6)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 lit. b und c EStG-E: Gefordert ist eine veränderte steuerliche Erfassung von Veräußerungsgewinnen und Entnahmegewinnen. (S. 6)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13a Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 EStG-E: Gefordert ist ein Festhalten an der bisherigen Besteuerungspraxis. (S. 7)	nein
24	Deutscher Bauernverband e. V. (DBV)	Mittelstand	§ 13b Abs. 2 Nr. 11 UStG-E: Norm sollte nur für Lieferungen greifen, die über 5.000 Euro liegen. (S. 8)	ja

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§§ 4 Abs. 9, 9 Abs. 6 EStG-E: Der Nachweis über die Berufspraxisjahre sollte auch als Nachweis für die 18 Monaten Berufsausbildung zählen. (S. 2)	nein
24	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a EStG-E: Gefordert ist die Umwandlung der Freigrenze in einen Freibetrag, der mindestens 200 Euro aufgrund des Abstellens auf Gemeinkosten beträgt. (S. 3)	ja
24	Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)	andere Interessen	§ 8 Abs. 1 Satz 2 EStG-E: Der Betrag von 44 Euro sollte an die Lebenshaltungskosten angepasst werden. (S. 3)	nein
24	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Gefordert ist das Abstellen auf die Betreuung und nicht auf die Vermittlung. (S. 2)	nein
24	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	§ 10 Abs. 3 EStG-E: Die Anhebung sollte nicht erfolgen. (S. 2)	nein
24	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	§ 26a EStG-E: Gefordert ist die Streichung der Regelung. (S. 3)	ja
24	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist eine Reformierung des Kinderfreibetrags und der Kosten für Betreuungs-, Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf. (S. 4)	nein
24	Deutscher Juristinnenbund e. V. (djb)	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Einführung zum Entlastungsfreibetrag für Alleinerziehende und zum Faktorverfahren. (S. 5)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 184 AO-E: Gefordert ist die Anwendung der Norm bereits für das Jahr 2014. (S. 3-4)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3c Abs. 2 Satz 2 EStG-E: Gefordert ist eine zielgenauere Zuschneidung auf Darlehen. (S. 4)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3c Abs. 2 Satz 2 EStG-E: Gefordert ist, dass keine zusätzliche Nachweispflicht eingeführt wird. (S. 4)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Fordert Änderungen bei Zuwendungen an Versorgungseinrichtungen nach § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 EStG-E. (S. 5)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 EStG-E: Der Verweis auf den § 112 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ist zu streichen. (S. 5)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Der Eigenauftrag durch Arbeitnehmer und Erstattung sollten ebenfalls steuerfrei sein. (S. 6)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Gefordert ist eine Klarstellung zu den Nachweispflichten. (S. 6)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Gefordert ist die Streichung der Einschränkung auf "zwingende Gründe". (S. 6)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 10 Abs. 3 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die Beibehaltung der Anhebung des Abzugsvolumens. (S. 7)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Es sollte ein Freibetrag anstelle einer Freigrenze eingeführt werden. (S. 8)	ja
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Es sollte nicht auf den ganzen Betrieb, sondern auf einzelne Organisationseinheiten abgestellt werden. (S. 8)	ja
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Betrags auf 300 Euro. (S. 9)	ja
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Es sollte auf zuordenbare Kosten anstatt auf Gemeinkosten abgestellt werden. (S. 9)	ja
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Es ist eine Aufzählung erforderlich, die Gemeinkosten definiert. (S. 9)	ja
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Bestimmte Geschenke sollten nicht mit einbezogen werden. (S. 10)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Gefordert ist eine Änderung des 5. Satzes. (S. 10)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Satz 6 sollte gestrichen werden. (S. 10)	ja
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 26 KStG-E: Die Norm sollte analog zu § 34c EStG-E ausgestaltet werden. (S. 11)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 1 Abs. 4 AStG-E: Die Norm sollte an die Vorgaben der OECD angepasst werden. (S. 13)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4 Nr. 14b UStG-E: Gefordert sind Änderungen. (S. 13)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 10 UStG-E: Gefordert sind Änderungen im 10. Absatz. (S. 14-15)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 10 UStG-E: Gefordert sind Änderungen im 10. Absatz. (S. 15)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b Abs. 10 UStG-E: Gefordert ist eine Möglichkeit zur Überprüfung von Umsatzsteueridentifikationsnummern. (S. 15)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 18 Abs. 2 Satz 4 UStG-E: Gefordert ist die Streichung der monatlichen Abgabe von Voranmeldungen. (S. 16)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 6 Abs. 2 Satz 1 EStG-E: Gefordert ist die Anhebung der GWG-Grenzen. (S. 29)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG-E: Gefordert ist eine Änderung bei den Kinderbetreuungskosten. (S. 29)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 20 EStG-E: Gefordert ist die Ergänzung einer finalen Abgeltungsbesteuerung für unbare Kapitalmaßnahmen. (S. 30)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 34a EStG-E: Gefordert ist der Wegfall der Verwendungsreihenfolge. (S. 31)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 34a EStG-E: Gefordert ist, dass unternehmerische Ertragsteuern ebenfalls zum thesaurierten Betrag gehören. (S. 31)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 34a EStG-E: Gefordert ist eine Nachversteuerung mit dem individuellen Steuersatz. (S. 31)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 34a EStG-E: Gefordert ist, dass die Thesaurierungsrücklage bereits bei der Steuervorauszahlung Berücksichtigung findet. (S. 31)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 34a EStG-E: Gefordert ist, dass keine Mindestbeteiligung vorliegt. (S. 31)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 51a Abs. 2c EStG-E: Verlangt Änderung. (S. 32)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 51a Abs. 2c EStG-E: Gefordert ist eine Änderung. (S. 32)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b UStG-E: Gefordert ist, dass der Beginn der Leistungserbringung den Zeitpunkt für die Erteilung der Bescheinigung fixiert. (S. 33)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 17 Abs. 2 Satz 4 UStG-E: Die quartalsweise Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen sollte in § 18 Abs. 2 UStG-E geregelt sein. (S. 34)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	UStG-E: Die vollelektronische Abfrage der Umsatzsteueridentifikationsnummer soll ermöglicht werden. (S. 34)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 33 Satz 1 Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung-Entwurf: Die Kleinbetragsgrenze sollte auf 300 Euro angehoben werden. (S. 34)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 89 AO-E: Gefordert ist eine Änderung der Absätze 2 bis 7. (S. 35)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§§ 233, 238 AO-E: Gefordert ist eine Orientierung am Marktniveau. (S. 35)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 233 AO-E: Gefordert ist eine Begrenzung des Zinslaufs auf vier Jahre. (S. 35)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 233 AO-E: Gefordert ist der Verzicht auf Umsatzsteuernachforderungen im <i>business-to-business</i> Bereich. (S. 35-36)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 21 Abs. 1 Nr. 1 KStG-E: Gefordert ist eine steuerliche Abzugsfähigkeit von Beitragsrückerstattungen in Organschaftsfällen. (S. 36)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 4 Versicherungsteuergesetz-Entwurf: Änderung gefordert. (S. 37)	nein
24	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 50i EStG-E: Neuformulierung gefordert. (S. 39-46)	nein
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	EStG-E: Gefordert ist das Inkrafttreten des Gesetzentwurfs erst ab dem 01.07.2015. (S. 1)	nein
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 8c KStG-E: Gefordert ist Änderung in Bezug auf Organschaften. (S. 2)	nein
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 3c Abs. 2 EStG-E: Gefordert ist klarstellende Umformulierung im Hinblick auf mehrfache Anwendung des Teilabzugsverbots. (S. 8)	nein
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 3c Abs. 2 EStG-E: Gefordert sind klarstellende Umformulierungen. (S. 8)	nein
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 3c Abs. 2 EStG-E: Gefordert ist Ausschluss von Refinanzierungsaufwendungen vom Anwendungskreis. (S. 8)	nein
24	Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berater	§ 50i EStG-E: Gefordert ist Eliminierung der überschießenden Besteuerung. (S. 11)	nein
24	Thyssen Krupp AG	Großunternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Gefordert ist die Anhebung der Freigrenze. (S. 1)	ja
24	Thyssen Krupp AG	Großunternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Gefordert ist, dass Zuwendungen Lohncharakter aufweisen, jedoch sollte das nicht für die Betriebsfeiern gelten. (S. 1)	ja
24	Thyssen Krupp AG	Großunternehmen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Familienangehörige sollten unberücksichtigt bleiben. (S. 1-2)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Gefordert ist die Abstimmung der Norm auf bestehende Instrumente. (S. 3)	nein
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Gefordert sind weitere Konkretisierungen. (S. 3)	nein
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 3 Nr. 71 EStG-E: Gefordert ist Behandlung des Zuschusses im Rahmen eines Gesamtpakets. (S. 3-4)	nein
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 3 Nr. 71 EStG-E: Fremdfinanzierte Beteiligungen von Innovationsunternehmen sollten nicht ausgeschlossen werden. (S. 3-4)	nein
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§§ 4 Abs. 9, 9 Abs. 6 EStG-E: Gefordert ist die Lockerung der zeitlichen Restriktion auf zwölf Monate. (S. 4)	ja
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§§ 4 Abs. 9, 9 Abs. 6 EStG-E: Gefordert ist, die Schaffung einer Alternativbehandlung für Personen mit weniger als 18 Monaten Ausbildungszeit, jedoch Berufserfahrung. (S. 5)	nein
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Gefordert ist, dass nicht auf Gemeinkosten abgestellt wird. (S. 6)	ja
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 10 Abs. 3 EStG-E: Gefordert ist, die Höchstbetragserhöhung auf 24.000 Euro nicht umzusetzen. (S. 6)	ja
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 10 Abs. 1 EStG-E: Der Höchstbetrag im 1. Absatz sollte nicht erhöht werden. (S. 7)	nein
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	EStG-E: Gefordert ist Anpassung des Kinderfreibetrags und Kindergelds auf das sächliche Existenzminimum. (S. 13-14)	nein
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 32a EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Grundfreibetrags. (S. 14)	nein
24	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 32d EStG-E: Gefordert sind Konkretisierungen für Kapitalüberlassungen durch oder an nahestehende Personen. (S. 14)	nein
24	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 50i EStG-E: Gefordert sind Änderungen des 2. Absatzes. (S. 15)	nein
24	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW)	Berater	§ 6 Abs. 1 Nr. 2a Satz 1 EStG: Gefordert ist eine Änderung der Norm. (S. 16-17)	nein
24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 139b AO-E: Gefordert ist die Schaffung einer zentralen Vorschrift für Mitteilungspflicht gegenüber Steuerpflichtigen. (S. 2)	nein
24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 10 Abs. 12 EGAO-E: Gefordert ist eine Konkretisierung. (S. 2)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Der Regelungsinhalt einer steuerlichen Richtlinie sollte gesetzlich normiert werden. (S. 5)	nein
24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 3 Nr. 34a EStG-E: Gefordert ist Konkretisierung des Begriffs des "Dienstleistungsunternehmens". (S. 5)	nein
24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§§ 4 Abs. 9, 9 Abs. 6 EStG-E: Gefordert ist eine Änderung hinsichtlich der 18 Monate Berufsausbildung. (S. 5-9)	ja
24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§§ 4 Abs. 9, 9 Abs. 6 EStG-E: Gefordert ist die Schaffung von <i>Escape-Klauseln</i> für Sonderfälle. (S. 5-9)	nein
24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Gefordert ist, dass Betriebsfeiern auch für Teile der Belegschaft möglich sein sollen. (S. 9-10)	ja
24	Neuer Verband der Lohnsteuerhilfvereine e. V. (NVL)	andere Interessen	§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a EStG-E: Gefordert ist, dass nicht auf Gemeinkosten abgestellt wird. (S. 9-10)	ja
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 52 EStG-E: Gefordert ist die Straffung der Anwendungsvorschriften zurückzustellen. (S. 4)	nein
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 34 Abs. 10b Satz 1 KStG-E: Die Altregelung des 1. Satzes sollte fortgelten. (S. 4)	ja
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 34 Abs. 10b Satz 2 KStG-E: Die Altregelung des 2. Satzes sollte fortgelten. (S. 4-5)	ja
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 34 Abs. 10b KStG-E: Gefordert ist eine Klarstellung für mehr Rechtssicherheit. (S. 5-8)	nein
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 34 Abs. 10b Satz 2 KStG-E: Gefordert ist Klarstellung, dass bei Gewinnabführungsverträgen auf diejenige Fassung abzustellen ist, die bei Abschluss des Vertrags galt. (S. 8)	nein
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 3 Nr. 20 lit. c GewStG: Fordert generelle Gewerbesteuerfreiheit von Rehabilitationseinrichtungen. (S. 8)	nein
26	Bundessteuerberaterkammer	Berater	§ 3a UStG-E: Frühzeitige Umsetzung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie zu <i>Mini-One-Stop-Shop</i> . (S. 13)	ja
26	Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller e. V. (BVBC)	andere Interessen	§ 10a StBerG: Gefordert ist die ersatzlose Streichung. (S. 3)	nein

ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 6-8 EStG-E: Es ist die Umformulierung im Kontext der Besteuerung von Risikoleistungen aus Lebensversicherungen im Falle entgeltlicher Veräußerungen gefordert. (S. 3-5)	ja
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 41c Abs. 3 EStG-E: Gefordert ist eine Anwendbarkeit für alle offenen Fälle. (S. 7)	nein
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 52 Abs. 28 EStG-E: Gefordert ist die Überführung der Anwendungsregelungen zur Besteuerung von Risikolebensversicherungen. (S. 8-9)	ja
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 90 Abs. 5 EStG-E: Gefordert ist die Nichteinführung der Norm zur zusätzlichen Meldepflicht. (S. 11)	ja
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 34 KStG-E: Gefordert ist eine Neufassung des bisherigen § 34 KStG-E, anstatt § 34 Abs. 10b KStG-E zu streichen. (S. 13)	ja
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3 Abs. 11a Satz 1 UStG-E: Gefordert ist eine Anpassung der Formulierung. (S. 14-15)	nein
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3 Abs. 11a Satz 2 UStG-E: Gefordert ist eine Anpassung der Formulierung. (S. 15)	nein
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3 Absatz 11a Satz 3 Nr. 1 bis 3 UStG-E: Gefordert ist Anpassung der Formulierung. (S. 17)	nein
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3 Abs. 11a UStG-E: Einführung der Ausnahme aus Art. 9a Abs. 3 EU-Durchführungsverordnung. (S. 18)	nein
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 3a UStG-E: Fordert frühzeitige Umsetzung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie im Hinblick auf die <i>Mini-One-Stop-Shop</i> Regelung. (S. 25)	ja
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b UStG-E: Gefordert ist eine Anknüpfung an der 10 % Regelung. (S. 26-27)	ja
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b UStG-E: Gefordert ist, dass die Bescheinigung auf drei Jahre angelegt ist. (S. 27)	ja
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b UStG-E: Gefordert ist, dass die Regelung für Grundstückslieferungen keine Anwendung findet. (S. 28)	nein
26	Acht Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft	allgemeine Unternehmen	§ 13b UStG-E: Gefordert ist eine gesetzliche Ausgleichsregelung, welche die fehlerhafte Anwendung und Nichtanwendung umfasst. (S. 26-29)	nein

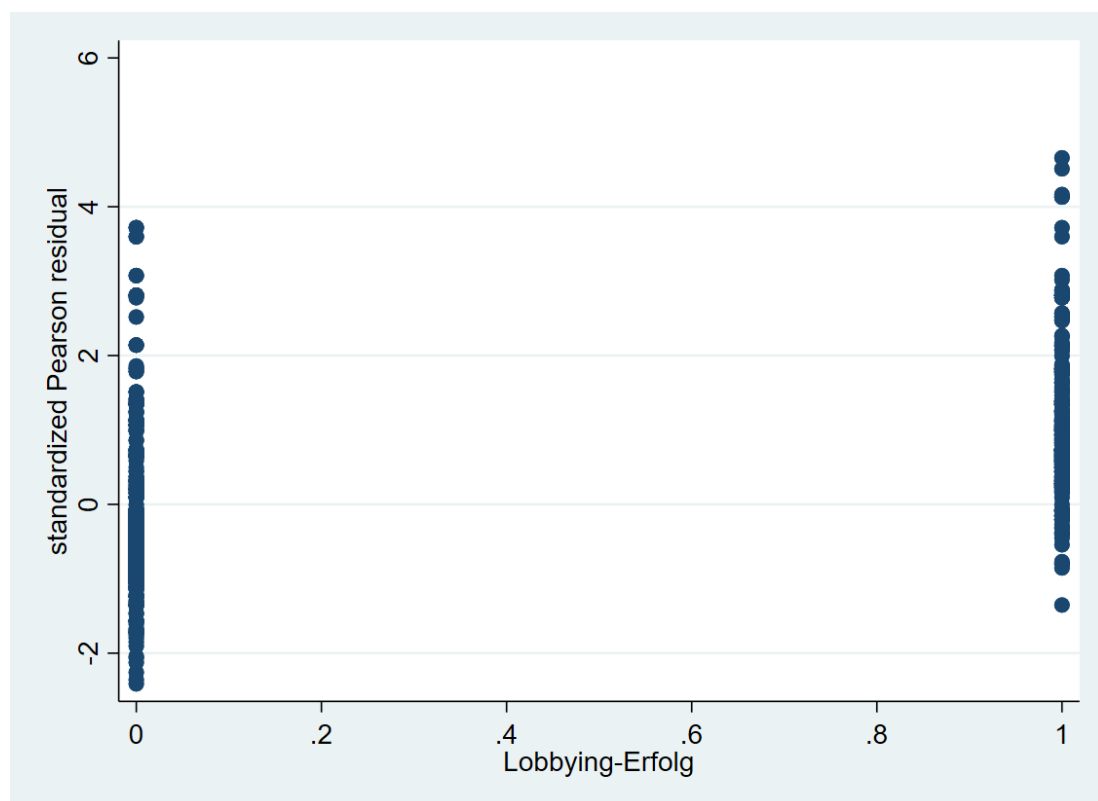
ID	Stellungnahme	Kategorie	Forderung	Erfolg
26	Bundesverband der Lohnsteuerhilfevereine e. V. (BDL)	andere Interessen	§ 52 EStG-E: Die Straffung der Anwendungsvorschriften sollte erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. (S. 3)	nein
26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 33a Abs. 1 Satz 9 bis 11 EStG-E: Gefordert ist eine rechtssichere Ausgestaltung gemeinsam mit § 30 AO. (S. 9)	nein
26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	§ 41a Abs. 2 Satz 2 EStG-E: Gefordert ist die Anhebung des Betrags um weit mehr als lediglich 1.080 Euro. (S. 10)	nein
26	Deutsche Steuer-Gewerkschaft e. V. (DStG)	andere Interessen	UStG-E: Gefordert ist die Umsetzung der Regelungen zum <i>Mini-One-Stop-Shop</i> Verfahren. (S. 15-16)	ja
26	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 20 Abs. 1 Nr. 6 Satz 6-8 EStG-E: Gefordert ist der Zusatz "nicht nahestehende Person" im Rahmen der Besteuerung von Risikoleistungen aus Lebensversicherungen im Falle entgeltlicher Veräußerungen. (S. 2-3)	nein
26	Bundesfinanzhof (BFH)	andere Interessen	§ 52 EStG-E: Die Straffung der Anwendungsvorschriften sollte zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. (S. 15)	nein
26	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	§ 52 EStG-E: Die Straffung der Anwendungsvorschriften sollte zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. (S. 4)	nein
26	Dr. Frank Hechtner, Freie Universität Berlin	andere Interessen	UStG-E: Gefordert ist eine ermäßigte Umsatzsteuer für Hörbücher. (S. 14)	nein

Anmerkungen: Die Tabelle gibt einen Überblick über die mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach *Mayring* identifizierten Forderungen aus den kategorisierten Stellungnahmen zu den Steuergesetzesentwürfen der 18. Legislaturperiode auf Ebene des Finanzausschusses. Die ID gibt die in Anhang 1 Tabelle 51 zugeordnete steuerliche öffentliche Anhörungssitzung des Finanzausschusses an, zu der die Stellungnahme eingereicht wurde, die die Forderung enthält.

Anhang 15: Überprüfung der logistischen Regression zu den Untersuchungen des Lobbying-Erfolgs auf Ausreißer und Multikollinearität

Nachfolgend wird das Grundmodell der logistischen Regression zur Beurteilung des Lobbying-Erfolgs des Mittelstands auf Ausreißer und Multikollinearität überprüft. Aus der Abbildung 8 zu den standardisierten Residuen ergibt sich das Vorliegen von Ausreißern, auf die die logistische Regression jedoch relativ unempfindlich reagieren sollte.⁶²⁹ Die Korrelationskoeffizienten nach Pearson in Tabelle 67 zeigen kein Vorliegen von Multikollinearität.

Abbildung 8: Standardisierte Residuen zur Lobbying-Erfolgsuntersuchung



Anmerkungen: Die Abbildung präsentiert die standardisierten Residuen nach Pearson.

⁶²⁹ Vgl. Backhaus et al. (2016), S. 321.

Tabelle 67: Korrelationskoeffizienten nach Pearson zu den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen

Variable	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
(1) Lobbying-Erfolg	1							
(2) Mittelstand	-0,007	1						
(3) Großunternehmen	0,027	-0,087***	1					
(4) Unternehmen allgemein	-0,076**	-0,193***	-0,234***	1				
(5) Berater	0,043	-0,117***	-0,142***	-0,315***	1			
(6) Andere Interessen	0,030	-0,191***	-0,231***	-0,512***	-0,311***	1		
(7) Gleichgerichtetes Lobbying	0,397***	-0,009	-0,098***	-0,146***	0,117***	0,124***	1	
(8) Beziehungskapital	0,048	-0,152***	-0,097***	0,119***	0,040	-0,010	0,054*	1
(9) Verband	-0,057*	0,097***	0,087***	0,421***	-0,410***	-0,210***	-0,133***	0,013
(10) Fundierung	0,087***	0,113***	-0,044	-0,070**	-0,037	0,071**	0,142***	0,090***
(11) Defensives Lobbying	0,070**	-0,012	0,141***	0,067**	-0,018	-0,135***	0,082***	0,152***
(12) Anzahl Forderungen	-0,112***	-0,092***	0,059*	0,536***	-0,114***	-0,440***	-0,155***	-0,076**
(13) Länge Stellungnahme	-0,057*	-0,130***	0,139***	0,389***	0,117***	-0,499***	-0,113***	0,096***
(14) Erbschaftsteuer	0,115***	0,185***	-0,116***	0,082***	-0,148***	0,006	0,030	0,071**
(15) Compliance-Kosten	0,104	-0,086	0,115	-0,050	0,094	-0,048	0,047	0,100

Variable	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)
(1) Lobbying-Erfolg							
(2) Mittelstand							
(3) Großunternehmen							
(4) Unternehmen allgemein							
(5) Berater							
(6) Andere Interessen							
(7) Gleichgerichtetes Lobbying							
(8) Beziehungskapital							
(9) Verband	1						
(10) Fundierung	0,061*	1					
(11) Defensives Lobbying	0,118***	-0,018	1				

Variable	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)
(12) Anzahl Forderungen	0,354***	-0,242***	0,142***	1			
(13) Länge Stellungnahme	0,274***	-0,081**	0,179***	0,717***	1		
(14) Erbschaftsteuer	0,040	0,124***	-0,015	0,037	0,160***	1	
(15) Compliance-Kosten	0,092	0,018	0,204	0,041	0,132	-0,140	1

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert die Pearson-Korrelationskoeffizienten zur Überprüfung der Lobbying-Erfolgsuntersuchungen auf Multikollinearität. Die Korrelationskoeffizienten sind auf drei Nachkommastellen gerundet. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %.

Anhang 16: Definition der Variablen zu den Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg

Tabelle 68: Variablendefinitionen zu den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen

Variable	Definition
Lobbying-Erfolg	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine qualitativ identifizierte Forderung von Interessenvertretern in den Steuergesetzesentwürfen im Wesentlichen umgesetzt wurde. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Interessenvertreter	
<i>Mittelstand</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Forderung von Interessenvertretern des Mittelstands entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Großunternehmen</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Forderung von Interessenvertretern von Großunternehmen entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Unternehmen allgemein</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Forderung von einem kollektiven unternehmerischen Interessenvertreter ohne primären Mittelstands- oder Großunternehmensbezugs entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Berater</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Forderung von Interessenvertretern mit Beratungshintergrund entstammt. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
<i>Anderer Interessen</i>	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Forderung von einem Interessenvertreter entstammt, der weder Unternehmen noch Berater repräsentiert. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Gleichgerichtete Interessen	Metrische Variable, welche die aufsummierte Anzahl an gleichgerichteten Forderungen pro Forderung zu einem steuerlichen Gesetzesentwurf erfasst.
Beziehungskapital	Metrische Variable, die für jede Forderung das Beziehungskapital erfasst. Das Beziehungskapital ist die logarithmierte Anzahl an Stellungnahmen aus der 17. Legislaturperiode zuzüglich der aufsteigend gezählten Anzahl an Stellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode.
Verband	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn die Forderung von einem kollektiven Interessenvertreter verfasst wurde. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Fundierung	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn die Forderung durch Expertise in Form von Erfahrungswerten, Fachwissen, Berichten oder Studien begründet ist. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Defensives Lobbying	Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn die Forderung sich auf steuerliche Themen aus dem Steuergesetzesentwurf bezieht. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.
Weitere Kontrollvariablen	
<i>Länge der Stellungnahme</i>	Logarithmierte Anzahl an Wörtern, die eine Stellungnahme enthält.
<i>Anzahl der Stellungnahmen</i>	Anzahl der qualitativ identifizierten Forderungen pro Stellungnahme.

Steuerliches Thema

Erbschaftsteuer

Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Forderung das Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht betrifft. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.

Compliance-Kosten

Indikatorvariable, die den Wert eins annimmt, wenn eine Forderung die steuerlichen Compliance-Kosten betrifft. Andernfalls nimmt die Variable den Wert null an.

Anmerkungen: Die Tabelle enthält einen Überblick über die Definitionen der in den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen enthaltenen Variablen.

Anhang 17: Kodierungsschema zu den Untersuchungen zum Lobbying-Erfolg

Tabelle 69: Kodierleitfaden der qualitativ erhobenen Variablen in den Lobbying-Erfolgsuntersuchungen

Variable	Erläuterung	Anwendung und Beispiele
Lobbying-Erfolg	Lobbying-Erfolg erfasst die erfolgreiche Umsetzung des wesentlichen Inhalts einer identifizierten Forderung aus den Stellungnahmen der Interessenvertreter.	
<i>Forderung</i>	<p>Qualitativ als Forderungen identifiziert wurden Formulierungen in einer Stellungnahme, in denen der Wunsch nach einer Änderung des Steuergesetzentwurfs geäußert wurde. Interessenvertreter formulieren ihre Forderungen in den Stellungnahmen zu den Steuergesetzentwürfen mehr oder weniger direkt.</p> <p>Nicht als Forderungen klassifiziert werden Meinungen und Ansichten, über welche Interessenvertreter keine konkreten Änderungsabsichten zu einem Steuergesetzentwurf verlauten lassen.</p> <p>Überdies bleiben konkrete Änderungswünsche unberücksichtigt, die nicht auf den Gesetzestext im Steuergesetzentwurf abzielen. Weiterhin unberücksichtigt bleiben Forderungen, die die Gesetzesbegründung oder finanzmarktregulatorische Aspekte sowie Änderungsvorschläge der Empfehlungen des Bundesrats und die Anträge der Abgeordneten betreffen.</p>	<p>Forderungen sind exemplarisch: Petition: ...; Forderung: ...; Gefordert ist ...; Wir regen an, dass ...; Die Änderung wird abgelehnt.; ... sollte ergänzt werden.; Es ist klarzustellen, dass ...; ... sollte (nicht) eingeführt werden.; ... sollte beibehalten werden.</p> <p>Keine Forderungen sind exemplarisch: Das bloße Begrüßen eines Aspekts im Steuergesetzentwurf ohne die explizite Äußerung eines Wunschs nach einer Änderung im Steuergesetzentwurf.</p>
<i>Erfolgreiche Forderung</i>	Erfolgreich war eine identifizierte Forderung, wenn Inhalt der Forderung im Wesentlichen in den Bericht und in die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses übernommen wurde. Nicht erfolgreich waren Forderungen, deren wesentliche Inhalte im Bericht und in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses keine Umsetzung fanden.	<p>Der wesentliche Teil einer Forderung war erfolgreich, wenn eine Stellungnahme die Erhöhung eines Freibetrags von 300.000 Euro auf 1. Mio. Euro forderte, und der Freibetrag auf 500.000 Euro angehoben wurde. Damit war der Interessenvertreter mit der geforderten Erhöhung des Freibetrags erfolgreich, welche einen wesentlichen Teil des Inhalts seiner Forderung bildete. Denn fraglich ist, ob der Interessenvertreter den Freibetrag wirklich auf 1. Mio. Euro angehoben haben wollte oder diese Formulierung lediglich gewählt hat, damit es zu einer möglichst hohen Anhebung des Freibetrags kommt.</p> <p>Ein weiteres Beispiel stellt die Forderung eines Interessenvertreters nach der Erhöhung einer Freigrenze zur besseren Nutzbarkeit einer steuerlichen</p>

Variable	Erläuterung	Anwendung und Beispiele
Gleichgerichtete Interessen	Forderungen waren gleichgerichteter Natur, wenn über deren Inhalt dieselbe wesentliche Zielsetzung in einem Steuergeszentwurf verfolgt wurde.	Regelung dar. In dem Bericht und der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses wurde sodann die Freigrenze in einen Freibetrag umgewandelt haben. Damit verbessert sich die Nutzbarkeit der Regelung, weshalb das Lobbying des Interessenvertreters als ein Erfolg gewertet wurde. In einer Stellungnahme wird die Erhöhung des oben genannten Freibetrags von 300.000 Euro auf 500.000 Euro gefordert. In einer anderen Stellungnahme zu dem gleichen steuerlichen Geszentwurf ist eine Erhöhung auf 1. Mio. Euro gefordert. Beide Forderungen sind gleichgerichtet, da ihr jeweiliger Inhalt im Wesentlichen die Erhöhung des Freibetrags zum Ziel hat.
Fundierung	Eine Forderung wies eine Fundierung auf, wenn ihr Inhalt durch Expertise fundiert war.	Durch Expertise sind Forderungen begründet, deren Umsetzungsrelevanz durch Erfahrungswerte, Fachwissen, Berichte oder Studien begründet wurde. Die Erhebung der Variable erfolgte objektiv, sodass lediglich durch das Vorhandensein einer Begründung die Fundierung einer Forderung bejaht wurde. Die subjektiv empfundene Sinnhaftigkeit oder Richtigkeit der Begründung einer Forderung war somit kein qualitatives Kriterium für die Beurteilung der Fundiertheit.
Defensives Lobbying	Eine Forderung war defensiver Natur, wenn sie sich auf die geplanten Änderungen in dem jeweiligen Steuergeszentwurf bezog. Opportunistische Forderungen bezogen sich auf steuerliche Änderungen, die im Steuergeszentwurf bisher keinen Gegenstand bildeten.	Verlangte eine Forderung beispielhaft eine Ergänzung zu einer im Steuergeszentwurf geplanten Änderung, so galt die Forderung als defensiv. Forderte eine Stellungnahme die Integration einer bisher nicht vom Steuergeszentwurf vorgesehenen Änderung, wurde der Forderungscharakter als opportunistisch evaluiert.
Strategische Vermittlung	Erfasst die strategische Art und Weise der Vermittlung der Forderung an politische Entscheidungsträger.	
<i>Positive Einstellung</i>	Eine positive strategische Konnotation wies eine Forderung gegenüber einer steuergesetzlichen Änderung auf, wenn diese eine begrüßende Einstellung gegenüber der steuergesetzlichen Änderung erkennen ließ.	Eine begrüßende positive strategische Konnotation der Forderung lag vor, wenn beispielsweise die Formulierung vorlag: "Die geplante Änderung wird begrüßt, wobei jedoch eine Konkretisierung ... angeregt wird".
<i>Negative Einstellung</i>	Eine negative Konnotation wurde testiert, wenn eine geplante Steuerrechtsänderung im Rahmen der Forderung negativ kritisiert wurde oder vollständige Ablehnung erfuhr.	Negative Kritik erfuhr eine steuerrechtliche Änderung, wenn diese im Rahmen der Forderung beanstandet oder bemängelt wurde. Abgelehnt wurde

Variable	Erläuterung	Anwendung und Beispiele
<i>Neutrale Einstellung</i>	Eine neutrale Konnotation wurde festgestellt, wenn eine Forderung weder negativ noch positiv gegenüber einer steuergesetzlichen Änderung eingestellt war.	eine geplante Steuerrechtsänderung, wenn eine Forderung für die Nichteinführung bzw. den Wegfall einer Norm plädierte.
Erbschaftsteuer	Die Erbschaftsteuer war betroffen, wenn eine geplante Änderung auf eine Rechtsänderung im Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht oder im Bewertungsrecht abzielte.	
Compliance-Kosten	Steuerliche Compliance-Kosten waren betroffen, wenn sich als Hintergrund einer Forderung die steuerlichen Compliance-Kosten identifizieren ließen. Die Definition steuerlicher Compliance-Kosten folgt dabei den in Kapitel 2.2.3 beschriebenen Ursachen, wozu insbesondere steuerrechtliche Komplexität, Bürokratieaufwendungen und Rechtsunsicherheiten zählen. Zu beachten ist, dass nicht jede geforderte Klarstellung auch anlässlich steuerlicher Rechtsunsicherheiten gefordert wurde.	

Anmerkungen: Die Tabelle präsentiert den Kodierleitfaden für die mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach *Mayring* erhobenen Variablen für die Lobbying-Erfolgsuntersuchungen.

Anhang 18: Ergänzende empirische Untersuchung zum Beziehungskapital des Mittelstands

Nachfolgend wird mittels einfaktorieller Varianzanalyse mit anschließenden Mehrfachvergleichstests das Beziehungskapital des Mittelstands empirisch untersucht. Als Untersuchungsstichprobe dient der Datensatz für die Lobbying-Erfolgsuntersuchungen, welcher aus den 1.008 steuerlichen Forderungen besteht, die aus 207 Stellungnahmen händisch identifiziert wurde. Die Beziehungskapitalvariable bildet die abhängige Variable. Dessen Erhebung gleicht dem in Kapitel 5.6.1 beschriebenen Prozess. Somit erfolgt die Erhebung der Beziehungskapitalvariable auf Basis der Gesamtzahl der Stellungnahmen, die ein Interessenvertreter in der 17. Legislaturperiode beim Finanzausschuss eingereicht hat, zuzüglich der aufsteigend kumulierten Anzahl der Stellungnahmen desselben Interessenvertreters in der 18. Legislaturperiode. Anschließend wurde die Variable logarithmiert. Als unabhängige Variablen dienen die kategorisierten Stellungnahmen, aus denen die Forderungen entstammen. Somit wird empirisch ausgewertet, inwieweit die Forderungen der einzelnen kategorisierten Interessenvertreter durch Beziehungskapital untermauert waren. Signifikante positive (negative) Werte in den Mehrfachvergleichstests indizieren ein verstärktes (geringeres) Beziehungskapital. Die nachfolgende Tabelle 70 präsentiert die deskriptiven Auswertungsergebnisse. Tabelle 71 enthält die Ergebnisse der Mehrfachvergleichstests.

Tabelle 70: Deskriptive Statistik zur Untersuchung des Beziehungskapitals der Forderungen der Interessenvertreter

Interessenvertreter	Beziehungskapital							
	<i>M</i>	<i>SD</i>	<i>Min</i>	<i>Q1</i>	<i>Med</i>	<i>Q3</i>	<i>Max</i>	<i>N</i>
Mittelstand	0,441	0,336	0	0	0,693	0,693	0,693	66
Großunternehmen	0,624	0,499	0	0	0,693	1,099	1,386	101
Unternehmen allgemein	1,036	0,980	0	0	1,099	1,946	2,565	355
Andere Interessen	0,968	0,796	0	0	1,099	1,792	2,197	167
Berater	0,909	0,761	0	0	1,099	1,609	2,398	319
Gesamt	0,904	0,828	0	0	0,693	1,609	2,565	1.008

Anmerkung: Die Tabelle enthält die deskriptive Übersicht über das Beziehungskapital der einzelnen Forderungen der Interessenvertreter aus den kategorisierten Stellungnahmen, aus denen die Forderungen stammen, gerundet auf drei Nachkommastellen.⁶³⁰

⁶³⁰ Da die Software LIWC die relativen Werte auf zwei Nachkommastellen rundet, kann die Berechnung der absoluten Werte Dezimalzahlen ergeben.

Tabelle 71: Mehrfachvergleichstests zur Untersuchung des Beziehungskapitals der Forderungen der Interessenvertreter

Interessenvertreter	Mittelstand	Groß- unternehmen	Unternehmen allgemein	Andere Interessen
Großunternehmen	0,183			
Unternehmen allgemein	0,595***	0,412***		
Andere Interessen	0,527***	0,344***	-0,068	
Berater	0,468***	0,284**	-0,128	-0,059

Anmerkung: Die Tabelle enthält die Mehrfachvergleichstests unter Anwendung einer Bonferroni-Korrektur. Die auf drei Nachkommastellen gerundeten Werte sind die Mittelwertdifferenzen des Beziehungskapitals der einzelnen Forderungen der Interessenvertreter zwischen den kategorisierten Stellungnahmen, aus denen die Forderungen stammen. *, ** respektive *** kennzeichnen Signifikanzniveaus von 10 %, 5 % respektive 1 %. Der p-Wert der einfaktoriellen Varianzanalyse beträgt 0,000.

Tabelle 70 und Tabelle 71 veranschaulichen, dass die steuerlichen Forderungen der Interessenvertreter des Mittelstands (M: 0,441) signifikant auf einem 1 % Niveau weniger Beziehungskapital aufweisen als die Forderungen der allgemeinen Unternehmensrepräsentanten (M: 1,036, Mittelwertdifferenz: 0,595, p-Wert: 0,000), Berater (M: 0,909, Mittelwertdifferenz: 0,468, p-Wert: 0,000) und als anderen Interessen kategorisierte Interessenvertreter (M: 0,968, Mittelwertdifferenz: 0,527, p-Wert: 0,000). Keine signifikanten Unterschiede ergeben sich hinsichtlich des Beziehungskapitals der Großunternehmensrepräsentanten (M: 0,624, Mittelwertdifferenz: 0,183, p-Wert: 1,000). Dahingehend bestätigen die Mehrfachvergleichstests der einfaktorielle Varianzanalyse zum Beziehungskapital im Wesentlichen die Aussagen der interviewten Experten hinsichtlich des geringeren Beziehungskapitals des Mittelstands in der Steuergesetzgebung.

Literaturverzeichnis

- Acemoglu, D./Johnson, S./Kermani, A./Kwak, J./Mitton, T.* (2016): The value of connections in turbulent times: Evidence from the United States, in: *Journal of Financial Economics* 121 (2), 2016, S. 368-391.
- Adeoye-Olatunde, O. A./Olenik, N. L.* (2021): Research and scholarly methods: Semi-structured interviews, in: *Journal of the American College of Clinical Pharmacy* 4 (10), 2021, S. 1358-1367.
- Adomako, S./Abdelgawad, S. G./Ahsan, M./Amankwah-Amoah, J./Liedong, T. A.* (2023): Nonmarket strategy in emerging markets: The link between SMEs' corporate political activity, corporate social responsibility, and firm competitiveness?, in: *Journal of Business Research* 160, 2023, 113767.
- Adomako, S./Nguyen, N. P.* (2020): Politically connected firms and corporate social responsibility implementation expenditure in sub-Saharan Africa: Evidence from Ghana, in: *Corporate Social Responsibility and Environmental Management* 27 (6), 2020, S. 2701-2711.
- Adrian, C./Gard, M./Pham, A. V./Phang, S.-Y./Truong, C.* (2022): Policy and oversight of corporate political activities and the cost of equity capital, in: *Journal of Contemporary Accounting & Economics* 18 (2), 2022, 100314.
- Aggarwal, R. K./Meschke, F./Wang, T. Y.* (2012): Corporate political donations: Investment or agency?, in: *Business and Politics* 14 (1), 2012, S. 1-38.
- Ahaneku, O./Siegl, M./Stromberger, S./Vidrascu, R.* (2023): A scalable AI-driven chatbot for real-time diagnostics in manufacturing plants: Merging Google Dialogflow, BERT, and a Self-Learning Module, in: *The 12th IEEE International Conference on Intelligent Data Acquisition and Advanced Computing Systems: Technology and Applications*, 2023, S. 853-858.
- Ahrens, K.* (2007): Nutzen und Grenzen der Regulierung von Lobbying, in: Kleinfeld, R./Zimmer, A./Willems, U. (Hrsg.): *Lobbying: Strukturen. Akteure. Strategien*, Heidelberg, 2007, S. 124-147.
- Al Balushi, K.* (2017): The use of online semi-structured interviews in interpretive research, in: *International Journal of Science and Research* 7 (4), 2017, S. 726-732.

- Allen, A./Ramanna, K./Roychowdhury, S.* (2018): Auditor lobbying on accounting standards, in: *Journal of Law, Finance, and Accounting* 3 (2), 2018, S. 291-331.
- Alexander, R./Mazza, S. W./Scholz, S.* (2009): Measuring rates of return on lobbying expenditures: An empirical case study of tax breaks for multinational corporations, in: *Journal of Law & Politics* 25 (4), 2009, S. 401-457.
- Allern, E. H./Aylott, N./Christiansen, F. J.* (2007): Social Democrats and trade unions in Scandinavia: The decline and persistence of institutional relationships, in: *European Journal of Political Research* 46 (5), 2007, S. 607-635.
- Alt, R./Bachmann, C./Seifert, C.* (2022): Nutzen und Einführung eines prozessbasierten Tax-Compliance-Management-Systems, in: *DB* 71 (39), 2022, S. 2308-2315.
- Alves, A. M.* (2020): Corporate political strategies in Europe: The determinants of firms' access to the European Commission, in: *Business and Politics* 22 (2), 2020, S. 307-338.
- Ansolabehere, S./de Figueiredo, J. M./Snyder Jr., J. M.* (2003): Why is there so little money in U.S. Politics?, in: *The Journal of Economic Perspectives* 17 (1), 2003, S. 105-130.
- Ansolabehere, S./Snyder Jr., J. M./Ueda, M.* (2004): Did firms profit from soft money?, in: *Election Law Journal* 3 (2), 2004, S. 193-198.
- Ansolabehere, S./Tripathi, M./Snyder Jr., J. M.* (2002): Are PAC contributions and lobbying linked? New evidence from the 1995 Lobby Disclosure Act, in: *Business and Politics* 4 (2), 2002, S. 131-155.
- Astor, M./Rammer, C./Klaus, C./Klose, G.* (2016): *Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik*, Berlin, 2016.
- Arregle, J.-L./Hitt, M. A./Sirmon, D. G./Very, P.* (2007): The development of organizational social capital: Attributes of family firms, in: *Journal of Management Studies* 44 (1), 2007, S. 73-95.
- Aschebrock, H./Stibbe, G.* (Hrsg.): *Schulsportforschung: Wissenschaftstheoretische und methodologische Reflexionen*, Münster, 2017.

- Audretsch, D. B./Lehmann, E. E.* (2016): The seven secrets of Germany: Economic resilience in an era of global turbulence, New York, 2016.
- Audretsch, D. B./Lehmann, E. E./Schenkenhofer, J.* (2018): Internationalization strategies of hidden champions: Lessons from Germany, in: *Multinational Business Review* 26 (1), 2018, S. 2-24.
- Austen-Smith, D.* (1995): Campaign contributions and access, in: *The American Political Science Review* 89 (3), 1995, S. 566-581.
- Austermann, P.* (2021): Das neue Lobbyregistergesetz des Bundes, in: *NVwZ* 40 (9), 2021, S. 585-589.
- Backhaus, K./Plinke, W./Erichson, B./Weiber, R.* (2016): *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung*, 14. Auflage, Wiesbaden, 2016.
- Baier, P./Berninger, M./Kiesel, F.* (2020): Environmental, social and governance reporting in annual reports: A textual analysis, in: *Financial Markets, Institutions & Instruments* 29 (3), 2018, S. 93-118.
- Baloria, V. P./Klassen, K. J.* (2018): Supporting tax policy change through accounting discretion: Evidence from the 2012 elections, in: *Management Science* 64 (10), 2018, S. 4893-4914.
- Bannier, C./Pauls, T./Walter, A.* (2019): Content analysis of business communication: introducing a German dictionary 89 (1), in: *Journal of Business Economics*, 2019, S. 79-123.
- Barney, J.* (1991): Firm resources and sustained competitive advantage, in: *Journal of Management* 17 (1), 1991, S. 99-120.
- Barney, J.* (2001): Is the resource-based “View” a useful perspective for strategic management research? Yes, in: *Academy of Management Review* 26 (1), 2001, S. 41-56.
- Baron, D. P.* (1995): Integrated strategy: Market and nonmarket components, in: *California Management Review* 37 (2), 1995, S. 47-65.
- Baron, D. P.* (2019): Lobbying dynamics, in: *Journal of Theoretical Politics* 31 (3), 2019, S. 403-452.

- Barrick, J. A./Alexander, R. M.* (2014): Tax lobbying and corporate political activity: How do firms seek tax relief?, Working Paper, Provo, Lexington, 2014.
- Barrick, J. A./Brown, J. L.* (2019): Tax-related corporate political activity research: A literature review, in: *The Journal of the American Taxation Association* 30 (6), 2019, S. 59-89.
- Barron, A./Hultén, P.* (2014): Exploring corporate lobbyists' perceptions of prospective coalition partners in Brussels, in: *Environment and Planning C: Government and Policy* 32 (6), 2014, S. 963-981.
- Battis, U.* (2009): Outsourcing von Gesetzentwürfen?, in: *ZRP* 42 (7), 2009, S. 201-202.
- Bäumerich, M.* (2018): Grundfälle zu den Gesetzgebungskompetenzen, in: *JuS* 58 (2), 2018, S. 123-128.
- Baumgartner, F. R./Leech, B. L.* (2001): Interest niches and policy bandwagons: Patterns of interest group involvement in national politics, in: *The Journal of Politics*, 2001 63 (4), S. 1191-1213.
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie* (2020): Bayerischer Mittelstandsbericht 2020, München, 2020.
- Beck, M./Baumgärtner, L./Bürk, K.-V./Redecker, M.* (2020): Auswirkungen der Einführung des EU-Unternehmensbegriffs, in: *Wirtschaft und Statistik* 72 (3), 2020, S. 49-60.
- Becker, G. S.* (1983): A theory of competition among pressure groups for political influence, in: *The Quarterly Journal of Economics* 98 (3), 1983, S. 371-400.
- Becker, W./Ulrich, P./Botzkowski, T.* (2015): Finanzierung im Mittelstand, Management und Controlling im Mittelstand, Wiesbaden, 2015.
- Bednářová, P.* (2018): What benefits does transparent lobbying bring, in: *Law, Economic and Social Issues Review* 9 (3), 2018, S. 193-205.
- Behringer, S.* (2016): Ausgestaltung und Prüfung eines Tax Compliance Management Systems gemäß IDW PS 980: Entwurf eines IDW-Praxishinweises 1/2016, in: *BBK* 23 (16), 2016, S. 791-795.

- Bell, S./Hindmoor, A.* (2014): The ideational shaping of state power and capacity: Winning battles but losing the war over bank reform in the US and UK, in: *Government and Opposition* 49 (3), 2014, S. 342-368.
- Bello, A./Ng, S.-C./Leung, M.-F.* (2023): A BERT Framework to sentiment analysis of tweets, in: *Sensors* 23 (1):506, 2023, S. 1-14.
- Bennett, R. J./Ramsden, M.* (2007): The contribution of business associations to SMEs: Strategy, bundling or reassurance?, in: *International Small Business Journal* 25 (1), 2007, S. 49-76.
- Bensmann, M./Brähler, G./Scholz, C.* (2012): Die Auswirkungen der Zinsschranke auf kleine und mittlere Unternehmen - eine empirische Untersuchung unter Einsatz einer Bilanzsimulation, in: Brähler, G./Trost, R. (Hrsg.): *Besteuerung, Finanzierung und Unternehmensnachfolge in kleinen und mittleren Unternehmen*, Ilmenau, 2012, S. 71-98.
- Benzer, B.* (1989): *Ministerialbürokratie und Interessensgruppen: Eine empirische Analyse der personellen Verflechtung zwischen bundesstaatlicher Ministerialorganisation und gesellschaftlichen Gruppeninteressen in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1949-1984*, Baden-Baden, 1989.
- Berghoff, H.* (2006): The end of family business? The Mittelstand and German capitalism in transition, 1949–2000, in: *Business History Review* 80(2), 2006, S. 263-295.
- Berlemann, M./Jahn, V.* (2016): Regional importance of Mittelstand firms and innovation performance, in: *Regional Studies* 50 (11), 2016, S. 1819-1833.
- Berlemann, M./Jahn, V./Lehmann, R.* (2018): Auswege aus dem Dilemma der empirischen Mittelstandsforschung, in: *ifo Schnelldienst* 71 (23), S. 22-28.
- Berlemann, M./Jahn, V./Lehmann, R.* (2022): Is the German Mittelstand more resistant to crises? Empirical evidence from the Great Recession, in: *Small Business Economic* 59 (3), 2022, S. 1169-1195.
- Bertrand, M./Bombardini, M./Trebbi, F.* (2014): Is it whom you know or what you know? An empirical assessment of the lobbying process, in: *American Economic Review* 104 (12), 2014, S. 3885-3920.

- Beznoska, M./Hentze, T./Kauder, B. (2023):* Freibeträge und Mindestbesteuerung bei Erbschaften und Schenkungen: Stellungnahme für den Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/501, in: IW-Report 24/2023, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.
- Beznoska, M./Hentze, T. (2017):* Erbschaftsteuer: Flat-Tax-Modell schlecht für kleine Unternehmen, in: IW-Kurzberichte 32, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.
- Beznoska, M./Hentze, T. (2021):* Eine Abschätzung des Potenzials der Erbschaftsteuer zur Entlastung des Faktors Arbeit, in: IW-Policy Paper 18/21, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.
- Bikner-Ahsbals, A./Knipping, C./Presmeg, N. (Hrsg.):* Approaches to Qualitative Research in Mathematics Education: Examples of Methodology and Methods, Wiesbaden, 2015.
- Bils, P./Carroll, R. J./Rothenberg, L. S. (2020):* Strategic avoidance and rulemaking procedures, Working Paper, Nashville, Urbana, Rochester, 2020.
- Bischof, J./Daske, H./Sextroh, C. J. (2020):* Why do politicians intervene in accounting regulation? The role of ideology and special interests, in: Journal of Accounting Research 58 (3), 2020, S. 589-642.
- Blanes i Vidal, J./Draca, M./Fons-Rosen, C. (2012):* Revolving door lobbyists, in: American Economic Review 102 (7), 2012, S. 3731-3748.
- Blau, P. M. (1964):* Justice in social exchange, in: Sociological Inquiry 34 (2), 1964, S. 193-206.
- Bleses, P./Offe, C./Peter, E. (1997):* Öffentliche Rechtfertigungen auf dem parlamentarischen "Wissensmarkt" – Argumentstypen und Rechtfertigungsstrategien in sozialpolitischen Bundestagsdebatten, in: Politische Vierteljahresschrift 38 (3), 1997, S. 498-529.
- Block, J./Spiegel, F. (2011):* Family firms and regional innovation activity: Evidence from the German Mittelstand, MPRA Paper No. 28604, Rotterdam, 2011.
- Bodnaruk, A./Loughran, T./McDonald, B. (2015):* Using 10-K text to gauge financial constraints, in: Journal of Financial and Quantitative Analysis 50 (4), 2015, S. 623-646.

- Bogner, A./Littig, B./Menz, W.* (Hrsg.): Das Experteninterview: Theorie, Methode, Anwendung, 2. Auflage, Wiesbaden, 2005.
- Bogner, A./Littig, B./Menz, W.* (2014): Interviews mit Experten: Eine praxisorientierte Einführung, Wiesbaden, 2014.
- Bogner, A./Menz, W.* (2001): „Deutungswissen“ und Interaktion Zu Methodologie und Methodik des theoriegenerierenden Experteninterviews, in: Soziale Welt 52 (4), 2001, S. 477-500.
- Bogner, A./Menz, W.* (2005): Das theoriegenerierende Experteninterview: Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion, in: Bogner, A./Littig, B./Menz, W. (Hrsg.): Das Experteninterview: Theorie, Methode, Anwendung, 2. Auflage, 2005, S. 33-70.
- Bohlinger, S./Wolf, S.* (2016): Zwischen Dynamik und Stagnation. Politiktransfer kooperativer Berufsausbildung als Weg aus der Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, in: Zeitschrift für Pädagogik 62 (3), 2016, S. 340-357.
- Bombardini, M./Trebbi, F.* (2020): Empirical models of lobbying, in: Annual Review of Economics 12 (1), 2020, S. 391-413.
- Bonardi, J.-P.* (2011): Corporate political resources and the resource-based view of the firm, in: Strategic Organization 9 (3), 2011, S. 247-255.
- Bonardi, J.-P./Hillman, A. J./Keim, G. D.* (2005): The attractiveness of political markets: Implications for firm strategy, in: Academy of Management Review 30 (2), 2005, S. 397-413.
- Boräng, F./Eising, R./Klüver, H./Mahoney, C./Naurin, D./Rasch, D./Rozbicka, P.* (2014): Identifying frames: A comparison of research methods, in: Interest Groups & Advocacy 3 (2), 2014, S. 188-201.
- Borrego, A. C./Lopes, C. M. M./Ferreira, C. M. S.* (2016): Tax complexity indices and their relation with tax noncompliance: Empirical evidence from the Portuguese tax professionals, in: Review of Applied Management Studies 14 (1), 2016, S. 20-30.
- Böttcher, B./Linnemann, C.* (2008): Erfolgsmodell Mittelstand – Fakten und Irrtümer, in: Finanz Betrieb 10 (2), 2008, S. 163-166.

- Bouwen, P.* (2002): Corporate lobbying in the European Union: The logic of access, in: *Journal of European Public Policy* 9 (3), 2002, S. 365-390.
- Bouwen, P.* (2004): Exchanging access goods for access: A comparative study of business lobbying in the European Union institutions, in: *European Journal of Political Research* 43 (3), 2004, S. 337-369.
- Brabender, M./Gräfe, M./Freund, F.* (2020): Die ErbStR 2019 im Spannungsverhältnis zu den ErbStH 2019: Abweichungen, Konkretisierungen und strittige Fragen im Bereich der Unternehmensnachfolge, in: *ZEV* 27 (2), 2020, S. 79-85.
- Brähler, G./Trost, R.* (Hrsg.): Besteuerung, Finanzierung und Unternehmensnachfolge in kleinen und mittleren Unternehmen, Ilmenau, 2012.
- Brandis, P./Heuermann, B.* (Hrsg.): Ertragsteuerrecht: Kommentar, 171. Ergänzungslieferung, München, 2024.
- Braun, S./Kay, R.* (2021): Unternehmensgrößenstatistik 2019: Auswirkungen der Berücksichtigung geringfügig Beschäftigter im Unternehmensregister auf die KMU-Kennzahlen, Daten und Fakten Nr. 26, Bonn, 2021.
- Braunerhjelm, P./Eklund, J. E.* (2014): Taxes, tax administrative burdens and new firm formation, in: *KYKLOS International Review of Social Science* 67 (1), 2014, S. 1-11.
- Braunerhjelm, P./Eklund, J. E./Thulin, P.* (2021): Taxes, the tax administrative burdens and the entrepreneurial life cycle, in: *Small Business Economics* 56 (2), 2021, S. 681-694.
- Breithecker, V./Garden, C./Thönnies, M.* (2007): Steuerbelastung jenseits der Steuerbelastung, in: *DStR* 45 (8), 2007, S. 361-367.
- Breuer, F./Muckel, P./Dieris, B.* (2018): Reflexive Grounded Theory: Eine Einführung in die Forschungspraxis, 3. Auflage, Wiesbaden, 2018.
- Brown, J. L./Drake, K./Wellman, L.* (2015): The benefits of a relational approach to corporate political activity: Evidence from political contributions to tax policymakers, in: *Journal of the American Taxation Association* 37 (1), 2015, S. 69-102.

- Brown, N. C./Crowley, R. M./Elliott, W. B. (2020):* What are you saying? Using topic to detect financial misreporting, in: *Journal of Accounting Research* 58 (1), 2020, S. 237-291.
- Brown, R. S. (2016):* Lobbying, political connectedness and financial performance in the air transportation industry, in: *Journal of Air Transport Management* 54 (C), 2016, S. 61-69.
- Bruckmeier, G./Zwirner, C./Vodermeier, M. (2017):* Unternehmensbewertung im Erbschaftsteuerrecht: Handlungsempfehlungen und Modellrechnungen: §§ 199 ff. BewG und IDW S 1 nach der Erbschaftsteuerreform 2016 im Vergleich, in: *DStR*, 2017, S. 678-685.
- Bryde, B.-O.* in: von Münch, I./Kunig, P. (Hrsg.): *Grundgesetz Kommentar, Band 2*, 7. Auflage, München, 2021, Art. 76 GG Rz. 10-25.
- Buber, R./Holzmüller, H. H. (Hrsg.):* Qualitative Marktforschung: Konzepte – Methoden – Analysen, 2. Auflage, Wiesbaden, 2009.
- Büdenbender, E./Kahl, H. (2018):* Kann die duale Ausbildung zur Bildungsgerechtigkeit beitragen?, in: *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, 2018, S. 7-16.
- Buechtemann, C. F./Schupp, J./Soloff, D. (1993):* Roads to work: School-to-work transition patterns in Germany and the United States, in: *Industrial Relations Journal* 24 (2), 1993, S. 97-111.
- Bührer, W. (2017):* Geschichte und Funktion der deutschen Wirtschaftsverbände, in: Schroeder, W./Weßels, B. (Hrsg.): *Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland*, 2. Auflage, Wiesbaden, 2017, S. 53-84.
- Bültmann-Hinz, B. (2018):* Staatscompliance als Standortvorteil, in: *DStR* 56 (2), 2018, S. 49-55.
- Bundesministerium der Finanzen (2015):* Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen und zur Änderung weiterer Gesetze, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Abteilungen/Abteilung_IV/18_Legislaturperiode/Gesetze_Verordnungen/2015-12-30-Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz/0-Gesetz.html, zugegriffen 17. März 2024.

- Bundesministerium der Finanzen* (2024): Gesetze und Gesetzesvorhaben, https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Service/Gesetze_Gesetzesvorhaben/Gesetze_Gesetzgebungsvorhaben.html, zugegriffen 17. März 2024.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat* (2024): Weg der Gesetzgebung, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/verfassung/weg-der-gesetzgebung.pdf;jsessionid=0AE7E198BF7EFB580D2CE1354390EA76.live861?__blob=publication-File&v=7, zugegriffen 14. März 2024.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie* (2018): Wirtschaftsmotor Mittelstand: Zahlen und Fakten zu den deutschen KMU, Berlin, 2018.
- Bundesrat* (2024): Finanzausschuss, <https://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/ausschuesse/fz/fz-node.html>, zugegriffen 17. März 2024.
- Bundestag* (2015a): Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung zum Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften, Bundestags-Drucksache 18/4902, Berlin, 2015.
- Bundestag* (2015b): Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 18/4902 – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung zum Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften, Bundestags-Drucksache 18/6094, Berlin, 2015.
- Bundestag* (2016): Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem zu dem Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Bundestags-Drucksache 18/9690, Berlin, 2016.
- Bundestag* (2024a): Parlamentsbegriffe A - Z: Antrag, <https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/A/antraege-245326>, zugegriffen 17. März 2024.
- Bundestag* (2024b): Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz), Bundestags-Drucksache 20/10410, Berlin, 2024.

- Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V.* (2020): Positionspapier: Steuern und Finanzen im Mittelstand, Berlin, 2020.
- Bundesverband mittelständische Wirtschaft e. V.* (2021): Steuern – Abschaffen, entlasten, vereinheitlichen, <https://www.bvmw.de/de/steuern-und-finanzen/news/steuern---abschaffen-entlasten-vereinheitlichen>, zugegriffen 17. März 2024.
- Bunea, A./Gross, V.* (2019): Regulating lobbying through voluntary transparency clubs: The connoisseurs' assessment. Evidence from the European Union, in: *Public Administration* 97 (4), 2019, S. 797-813.
- Bunjes, J.* (Hrsg.): *Umsatzsteuergesetz: Kommentar*, 23. Auflage, München, 2023.
- Burandt, W./Rojahn, D.* (Hrsg.): *Erbrecht: Kommentar*, 4. Auflage, München, 2022.
- Bureau van Dijk* (2024): Amadeus: Vergleichbare Finanzdaten für börsennotierte und private Unternehmen in ganz Europa, <https://login.bvdinfo.com/R0/Amadeus-Neo>, zugegriffen 17. März 2024.
- Callahan, S.* (2019): Do campaign contributions from farmers influence agricultural policy? Evidence from a 2008 Farm Bill Amendment Vote to curtail cotton subsidies, in: *Journal of Agricultural and Applied Economics* 51 (3), 2019, S. 417-433.
- Carpenter, R. E./Petersen, B. C.* (2002): Is the growth of small firms constrained by internal finance?, in: *The Review of Economics and Statistics* 84 (2), 2002, S. 298-309.
- Catt, H./Murphy, M.* (2003): What voice for the people? Categorising methods of public consultation, in: *Australian Journal of Political Science* 38 (3), 2003, S. 407-421.
- Celtekligil, K.* (2020): Resource dependency Theory, in: *Dincer, H./Yüksel, S.* (Hrsg.): *Strategic outlook for innovative work behaviours: Interdisciplinary and multidimensional perspectives*, 2020, S. 131-148.
- Chakraborty, B./Bhattacharjee, T.* (2020): A review on textual analysis of corporate disclosure according to the evolution of different automated methods, in: *Journal of Financial Reporting and Accounting* 18 (4), 2020, S. 757-777.

- Chalmers, A. W.* (2013): Trading information for access: Informational lobbying strategies and interest group access to the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 20 (1), 2013, S. 39-58.
- Chalmers, A. W./Young, K. L.* (2020): Network effects in the formation of the financial industry's regulatory preferences in the European Union, in: *Business and Politics* 22 (1), 2020, S. 52-84.
- Chari, R./Murphy, G./Hogan, J.* (2007): Regulating lobbyists: A comparative analysis of the United States, Canada, Germany and the European Union, in: *The Political Quarterly* 78 (3), 2007, S. 422-438.
- Chatterjee, S./Simonoff, J. S.* (2013): *Handbook of regression analysis*, Hoboken, 2013.
- Chen, H./Parsley, D./Yang, Y.-W.* (2015): Corporate lobbying and firm performance, in: *Journal of Business Finance & Accounting* 42 (3-4), 2015, S. 444-481.
- Chen, S./Schuchard, K./Stomberg, B.* (2019): Media coverage of corporate taxes, in: *The Accounting Review* 94 (5), 2019, S. 83-116.
- Chen, Z./Dyreg, S. D./Li, B.* (2018): Corporate political contributions and tax avoidance, Working Paper, New Orleans, Durham, Dallas, 2018.
- Chin, M. L./Bond, J. R./Geva, N.* (2000): A foot in the door: An experimental study of PAC and constituency effects on access, in: *The Journal of Politics* 62 (2), 2000, S. 534-549.
- Choi, S.* (2017): Politician's ideology and campaign contributions from interest groups, in: *Empirical Economics* 53 (4), 2017, S. 1733-1746.
- Chrisman, J. J./Chua, J. H./Pearson, A. W./Barnett, T.* (2012): Family involvement, family influence, and family-centered non-economic goals in small firms, in: *Entrepreneurship Theory and Practice* 36 (2), 2012, S. 267-293.
- Clotfelter, C. T.* (1983): Tax evasion and tax rates: An analysis of individual returns, in: *The Review of Economics and Statistics* 65 (3), 1983, S. 363-373.
- Coates IV, J. C.* (2012): Corporate politics, governance, and value before and after *Citizens United*, in: *Journal of Empirical Legal Studies* 9 (4), 2012, S. 657-696.

- Coleman, W./Grant, W.* (1988): The organizational cohesion and political access of business: A study of comprehensive associations, in: *European Journal of Political Research* 16 (5), 1988, S. 467-487.
- Collier, R./Kari, S./Ropponen, O./Simmler, M./Todtenhaup, M.* (2018): Dissecting the EU's recent anti-tax avoidance measures: Merits and problems, *EconPol Policy Report*, No. 08, München, 2018.
- Colombo, M. G./Laursen, K./Magnusson, M./Rossi-Iamastra, C.* (2012): Introduction: Small business and networked innovation: Organizational and managerial challenges, in: *Journal of Small Business Management* 50 (2), 2012, S. 181-190.
- Conzelmann, T.* (2012): A procedural approach to the design of voluntary clubs: Negotiating the Responsible Care Global Charter, in: *Socio-Economic Review* 10 (1), 2012, S. 193-214.
- Cook, R. G.* (1996): Influencing Government: What do small firms do? in: *Journal of Small Business Strategy* 7 (1), 1996, S. 49-67.
- Cook, R. G./Barry, D.* (1995): Shaping the external environment: A study of small firms' attempts to influence public policy, in: *Business and Society* 34 (3), 1995, S. 317-344.
- Cook, R. G./Fox, D. R.* (2000): Resources, frequency, and methods: An analysis of small and medium-sized firms' public policy activities, in: *Business & Society* 39 (1), 2000, S. 94-113.
- Coolidge, J.* (2012): Findings of tax compliance cost surveys in developing countries, in: *eJournal of Tax Research* 10 (2), 2012, S. 250-287.
- Cooper, M. J./Gulen, H./Ovtchinnikov, A. V.* (2010): Corporate political contributions and stock returns, in: *The Journal of Finance* 65 (2), 2010, S. 687-724.
- Crabtree, C./Golder, M./Gschwend, T./Indriðason, I. H.* (2020): It is not only what you say, it is also how you say it: The strategic use of campaign sentiment, in: *The Journal of Politics* 82 (3), 2020, S. 1044-1060.
- Crepaz, M.* (2020): How parties and interest groups protect their ties: The case of lobbying laws, in: *Regulation & Governance* 15 (4), 2020, S. 1370-1387.
- Crezelius, G.* (2016): Erbschaftsteuerreform 2016: Ein rechtssystematischer Überblick, in: *ZEV* 23 (10), 2016, S. 541-546.

- Cutcliffe, J. R.* (2000): Methodological issues in grounded theory, in: *Journal of Advanced Nursing* 31 (6), 2000, S. 1476-1484.
- Dahan, N.* (2005a): Can there be a resource-based view of politics?, in: *International Studies of Management & Organization* 35 (2), 2005, S. 8-27.
- Dahan, N.* (2005b): A contribution to the conceptualization of political resources utilized in corporate political action, in *Journal of Public Affairs* 5 (1), 2005, S. 43-54.
- Dann, D./Müller, R./Werner, A.-C./Teubner, T./Mädche, A./Spengel, C.* (2022): How do tax compliance labels impact sharing platform consumers? An empirical study on the interplay of trust, moral, and intention to book, in: *Information Systems and e-Business Management* 20 (3), 2022, S. 409-439.
- Dannecker, A.* (2020): Unternehmensnachfolge bei Kapitalgesellschaften: Erbschafts- und ertragsteuerliche Aspekte, in: *DStR* 58 (17), 2020, S. 853-865.
- Davis, A. K./Guenther, D. A./Krull, L. K./Williams, B. M.* (2016): Do socially responsible firms pay more taxes?, in: *The Accounting Review* 91 (1), 2016, S. 47-68.
- Daviter, F.* (2007): Policy framing in the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 14 (4), 2007, S. 654-666.
- de Bruycker, I./Beyers, J.* (2019): Lobbying strategies and success: Inside and outside lobbying in European Union legislative politics, in: *European Political Science Review* 11 (1), 2019, S. 57-74.
- de Figueiredo, J. M.* (2009): Integrated political strategy, in: Nickerson, J. A./Silverman, B. S. (Hrsg.): *Economic institutions of strategy*, Bingley, 2009, S. 459-486.
- de Figueiredo, J. M./de Figueiredo Jr., R. J. P.* (2002): The allocation of resources by interest groups: Lobbying, litigation and administrative regulation, in: *Business and Politics* 4 (2), 2002, S. 161-181.
- de Figueiredo, J. M./Richter, B. K.* (2014): Advancing the empirical research on lobbying, in: *Annual Review of Political Science* 17 (1), 2014, S. 163-185.
- de Figueiredo, J. M./Silverman, B. S.* (2006): Academic earmarks and the return to lobbying, in: *The Journal of Law and Economic* 49 (2), 2006, S. 597-625.

- de Figueiredo Jr., R. J. P./Spiller, P. T./Urbiztondo, S. (1999):* An informational perspective on administrative procedures, in: *Journal of Law, Economics, and Organization* 15 (1), 1999, S. 283-305.
- de Massis, M./Audretsch, D./Uhlener, L./Kammerlander, N. (2018):* Innovation with limited resources: Management lessons from the German Mittelstand, in: *Journal of Product Innovation Management* 35 (1), 2018, S. 125-146.
- Decker, C./Günther, C. (2017):* The impact of family ownership on innovation: Evidence from the German machine tool industry, in: *Small Business Economics* 48 (1), 2017, S. 199-212.
- Dedden, J./Denker, D. (2022):* Auswirkungen von Krisen auf die erbschaftsteuerliche Begünstigung und die Wohlverhaltensregelungen: Praktische Gestaltungsempfehlungen vor und nach der Vermögensübertragung, in: *NWB* (42), 2022, S. 2976-2982.
- Demuth, R./Bodden, G. (2017):* Der koord. Ländererlass zum neuen Unternehmenserbschaftsteuerrecht – Auswirkungen und erste Gestaltungsüberlegungen, in: *kösdi*, 2017, S. 20481-20497.
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V./Bundesverband der Deutschen Industrie e. V./Zentralverband des deutschen Handwerks e. V./Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V./Bundesverband Deutscher Banken e. V./Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V./Handelsverband Deutschland der Einzelhandel/Bundesverband Grosshandel, Aussenhandel, Dienstleistungen e. V. (2015):* Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Protokollerklärung zum Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften: Stellungnahme anlässlich der Anhörung am 29. Juni 2015, Berlin, 2015.
- Deutscher Mittelstandsbund e. V. (2021):* Die DMB-Wahlprogrammanalyse zur Bundestagswahl 2021: Wie mittelstandsfreundlich sind die Wahlprogramme der Parteien?, Düsseldorf, 2021.
- Dhaliwal, D. S./Li, O. Z./Tsang, A./Yang, Y. G. (2011):* Voluntary nonfinancial disclosure and the cost of equity capital: The initiation of corporate social responsibility reporting, in: *The Accounting Review* 86 (1), 2011, S. 59-100.

- Dialer, D./Richter, M.* (Hrsg.): Lobbying in the European Union: Strategies, Dynamics and Trends, Cham, 2019.
- Die Familienunternehmer e. V.* (2018): Stellungnahme: Erbschaftsteuer-Richtlinien 2019 (ErbStR-E 2019): Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Anwendung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechts, Berlin, 2018.
- Die Familienunternehmer e. V.* (2022): Konkret: Steuerpolitik für Familienunternehmer, Publikation der Kommission Steuerpolitik von Die Familienunternehmer, Berlin, 2022.
- Die Familienunternehmer e. V.* (2024): Steuerpolitik, <https://www.familienunternehmer.eu/positionen/steuerpolitik.html>, zugegriffen 17. März 2024.
- Dieners, P.* (Hrsg.): Compliance im Gesundheitswesen: Handbuch zur Kooperation von Ärzten, Industrie und Patienten, 4. Auflage, München, 2022.
- Dieners, P./Volland, T.* in: Dieners, P. (Hrsg.): Compliance im Gesundheitswesen: Handbuch zur Kooperation von Ärzten, Industrie und Patienten, 4. Auflage, München, 2022, Kapitel 13. Lobbying Rz. 44-45.
- Diller, M./Grottko, M./Schneider, G.* (2013): Komplexität steuerrechtlicher Normen – Ein spieltheoretischer Erklärungsansatz, in: Zfbf 65 (2), 2013, S. 110-135.
- Dincer, H./Yüksel, S.* (Hrsg.): Strategic outlook for innovative work behaviours: Interdisciplinary and multidimensional perspectives, Cham, 2020.
- Djanani, C./Frey, M./Krezin, A.* (2012): Unternehmensübertragungen nach dem Erbschaftsteuerreformgesetz – eine Untersuchung rechtsformabhängiger Belastungswirkungen, in: Brähler, G./Trost, R. (Hrsg.): Besteuerung, Finanzierung und Unternehmensnachfolge in kleinen und mittleren Unternehmen, Ilmenau, 2012, S. 157-176.
- Doh, J. P./Lawton, T. C./Rajwani, T.* (2012): Advancing nonmarket strategy research: Institutional perspectives in a changing world, in: Academy of Management Perspectives 26 (3), 2012, S. 22-39.
- Dorn, K./Saecker, C.* (2023): BFH: Unwiderruflicher Antrag auf Optionsverschonung kann Steuerbegünstigung nach § 13a ErbStG ausschließen!, in: DStR 61 (6), 2023, S. 248-253.
- Dreier, H.* (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar, Band 2, 3. Auflage, Tübingen, 2015.

- Dreier, H.* (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar, Band 3, 3. Auflage, Tübingen, 2015.
- Drope, J. M./Hansen, W. L.* (2006): Does firm size matter? Analyzing business lobbying in the United States, in: *Business and Politics* 8 (2), 2006, S. 1-17.
- Drope, J. M./Hansen, W. L.* (2008): Futility and free-riding: Corporate political participation and taxation rates in the United States, in: *Business and Politics* 10 (3), 2008, S. 1-23.
- Drüen, K.-D.* (2021): Selbstständigkeit im Handwerk unter besonderer Berücksichtigung der Betriebsnachfolge: Steuerrechtliche Rahmenbedingungen und Erleichterungen de lege lata und de lege ferenda, *Wirtschaft und Recht für Mittelstand und Handwerk Band 4*, Baden-Baden, 2021.
- Drüen, K.-D.* in: Tipke, K./Kruse, H. W. (Hrsg.): AO FGO: Kommentar, 180. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 90 AO Rz. 93-100.
- Dücker, T.* (2020): Eigentümerstruktur und Unternehmenssteuerung in wirtschaftlichen Krisenzeiten, Wiesbaden, 2020.
- Duncan, S. Y./Chohan, R./Ferreira, J. J.* (2019): What makes the difference? Employee social media brand engagement, in: *Journal of Business & Industrial Marketing* 34 (7), 2019, S. 1459-1467.
- Dürig, G./Herzog, R./Scholz, R.* (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar, 103. Ergänzungslieferung, München, 2024.
- Dwidar, M. A.* (2022): Diverse lobbying coalitions and influence in notice-and-comment rulemaking, in: *Policy Studies Journal* 50 (1), 2022, S. 199-240.
- Edelman, L. B./Uggen, C./Erlanger, H. S.* (1999): The endogeneity of legal regulation: Grievance procedures as rational myth, in: *American Journal of Sociology* 105 (2), 1999, S. 406-454.
- Edwards, C.* (2006): Income tax rife with complexity and inefficiency, *Cato Institute Tax & Budget Bulletin No. 33* April 2006, San Francisco, 2006.
- Ehrlich, S. D./Jones, E.* (2016): Whom do European corporations lobby? The domestic institutional determinants of interest group activity in the European Union, in: *Business and Politics* 18 (4), 2016, S. 467-488.

- Eichfelder, E.* (2010): Steuerkomplexität als Markteintrittsbarriere? Entscheidungsanreize steuerlicher Bürokratiekosten, Schlumpeter Discussion Papers 2010-001, Wuppertal, 2010.
- Eichfelder, S./Schorn, M.* (2012): Tax compliance costs: A business-administration perspective, in: FinanzArchiv/Public Finance Analysis 68 (2), 2012, S. 191-230.
- Eisenhardt, K. M./Martin, J. A.* (2000): Dynamic capabilities: What are they?, in: Strategic Management Journal 21 (10/11), 2000, S. 1105-1121.
- Eising, R.* (2007): Institutional context, organizational resources and strategic choices, in: European Union Politics 8 (3), 2007, S. 329-362.
- Eising, R./Spohr, F.* (2017): The more, the merrier? Interest groups and legislative change in the public hearings of the German parliamentary committees, in: German Politics 26 (2), 2017, S. 314-333.
- Ellul, A./Pagano, M./Panunzi, F.* (2010): Inheritance law and investment in family firms, in: American Economic Review 100 (5), 2010, S. 2414-2450.
- Elschner, C./Hardeck, I.* (2022): Assessing the influence of different interest groups on international tax policy: Evidence from the BEPS project, in: Contemporary Accounting Research 39 (1), 2022, S. 304-338.
- Elschner, C./Heckemeyer, J. H.* (2012): Qual der Wahl: Die Besteuerung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Europäischen Union, in: Brähler, G./Trost, R. (Hrsg.): Besteuerung, Finanzierung und Unternehmensnachfolge in kleinen und mittleren Unternehmen, Ilmenau, 2012, S. 3-30.
- Epping, V./Hillgruber, C.* (Hrsg.): GG: Grundgesetz: Kommentar, Stand: Januar 2024, München, 2024.
- Esskandari, M.* in: Stenger, A./Loose, M. (Hrsg.): Bewertungsrecht: BewG ErbStG GrStG: Kommentar, 170. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, Kommentierung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes, Einführung Rz. 42.
- Esskandari, M.* in: Stenger, A./Loose, M. (Hrsg.): Bewertungsrecht: BewG ErbStG GrStG: Kommentar, 170. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 13a ErbStG Rz. 62-65, 81-82 und 162-175.

- Ernest, B.-T./Danie, S./Nicholas, A. (2022):* Determinants of tax compliance costs of small and medium enterprises in emerging economies from Ghana, in: *Social Science & Humanities Open* 6 (1), 2022, S. 100343.
- Europäische Kommission (2019):* 2019 SBA Fact Sheet & Scoreboard, Brüssel, 2019.
- Europäische Kommission (2022):* Tax compliance costs for SMEs: An update and a complement: Final report, Brüssel, 2022.
- Evang, K./Kallmeyer, L./Osswald, R./Waszczuk, J./Zesch, T. (Hrsg.):* Proceedings of the 17th Conference on Natural Language Processing (KONVENS 2021), Düsseldorf, 2021.
- Evans, C./Hansford, A./Hasseldine, J./Lignier, P./Smulders, S./Vaillancourt, F. (2014):* Small business and tax compliance costs: A cross-country study of managerial benefits and tax concessions, in: *eJournal of Tax Research* 12 (2), 2014, S. 453-482.
- Fahrenschon, G. (2015):* Sparkassen und Mittelstand – natürliche Partner, in: *Fahrenschon, G./Kirchhoff, A. G./Simmert, D. B. (Hrsg.): Mittelstand – Motor und Zukunft der deutschen Wirtschaft: Erfolgskonzepte für Management, Finanzierung und Organisation*, 2015, S. 3-12.
- Fahrenschon, G./Kirchhoff, A. G./Simmert, D. B. (Hrsg.):* Mittelstand – Motor und Zukunft der deutschen Wirtschaft: Erfolgskonzepte für Management, Finanzierung und Organisation, Wiesbaden, 2015.
- Färe, R./Grosskopf, S./Lovell, C. A. K. (1986):* Scale economies and duality, in: *Journal of Economics* 46 (2), 1986, S. 175-182.
- Fassas, A./Bellos, S./Kladakis, G. (2021):* Corporate liquidity, supply chain and cost issues awareness within the Covid-19 context: Evidence from us management reports’ textual analysis, in: *The International Journal of Business in Society* 21 (6), 2021, S. 1155-1171.
- Fauziati, P./Kassim, A. A. M. (2018):* The effect of business characteristics on tax compliance costs, in: *Management Science Letter* 24 (6), 2018, S. 353-358.
- Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2015):* “Future of the German Mittelstand” Action Programme, Berlin, 2015.

- Federal Ministry for Economic Affairs and Energy* (2019): SMEs digital: Strategies for the digital transformation, Berlin, 2019.
- Fehle, J./Schmidt, T./Wolff, C.* (2021): Lexicon-based sentiment analysis in German: Systematic evaluation of resources and preprocessing techniques, in: Evang, K./Kallmeyer, L./Osswald, R./Waszczuk, J./Zesch, T. (Hrsg.): Proceedings of the 17th Conference on Natural Language Processing (KONVENS 2021), Düsseldorf, 2021, S. 353-358.
- Fels, M./Suprinovič, O./Schlömer-Laufen, N./Kay, R.* (2021): Unternehmensnachfolgen in Deutschland 2022 bis 2026, Daten und Fakten Nr. 27, Bonn, 2021.
- Fels, M./Wolter, H. J.* (2022): Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Familien- und Frauenunternehmen, Daten und Fakten Nr. 28, Bonn, 2022.
- Figueiredo, S./Devezas, M./Vieira, N./Soares, A.* (2020): A psycholinguistic analysis of world leaders' discourses concerning the COVID-19 context: Authenticity and emotional tone, in: International Journal of Social Science 9 (2), 2020, S. 66-81.
- Finanzausschuss des Deutschen Bundestags* (2017): Beschlussempfehlungen und Berichte, <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse18/a07/berichte/berichte-214550>, zugegriffen 17. März 2024.
- Finanzausschuss des Deutschen Bundestags* (2021): Basisinformationen, <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/a07/basisinformationen-538776>, zugegriffen 17. März 2024.
- Fink, A.* (2012): The effects of party campaign spending under proportional representation: Evidence from Germany, in: European Journal of Political Economy 28 (4), 2012, S. 574-592.
- Finkbeiner, P.* (2017): Social media for knowledge sharing in automotive repair, Basel, 2017.
- Fisman, R.* (2001): Estimating the value of political connections, in: American Economic Review 91 (4), 2001, S. 1095-1102.
- Flöthe, L.* (2019): Technocratic or democratic interest representation? How different types of information affect lobbying success, in: Interest Groups & Advocacy 8 (2), 2019, S. 165-183.

- Fremeth, A. R./Richter, B. K.* (2011): Profiting from environmental regulatory uncertainty: Integrated strategies for competitive advantage, in: *California Management Review* 54 (1), 2011, S. 145-165.
- Frenzel, E. M.* (2010): Das Gesetzgebungsverfahren – Grundlagen, Problemfälle und neuere Entwicklungen, in: *JuS* 50 (2), 2010, S. 119-124.
- Fuchs, M.* (2021): Das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten, in: *NVwZ* 40 (1-2), 2021, S. 25-30.
- Fung, A.* (2006): Varieties of participation in complex governance, in: *Public Administration Review* 66 (Special Issue), 2006, S. 66-75.
- Gantzel, K.-J.* (1962): Wesen und Begriff der mittelständischen Unternehmung, Abhandlung zu Mittelstandsforschung Nr. 4, Köln, 1962.
- Garnitz, J./von Maltzan, A./Müller, J.* (2023): Nachfolge-Monitoring deutscher Familienunternehmen: Eine empirische Analyse auf Datenbasis der Datenbank FamData, in: *ifo Schnelldienst* 76 (12), 2023, S. 46-50.
- Gawande, K.* (1998): Stigler–Olson lobbying behavior in protectionist industries: Evidence from the lobbying power function, in: *Journal of Economic Behavior / Organization* 35 (4), 1998, S. 477-499.
- Gawande, K./Krishna, P./Olarreaga, M.* (2012): Lobbying competition over trade policy, in: *International Economic Review*, 2012, S. 115-132.
- Geck, R.* in: Kapp, R./Ebeling, J. (Hrsg.): Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: Kommentar, 100. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 13b ErbStG Rz. 1-4.
- Geminn, C.* (2022): Zur Institutionalisierung einer Überwachungsgesamtrechnung, in: *DÖV* 75 (19), 2022, S. 789-795.
- Georgiou, G.* (2004): Corporate lobbying on accounting standards: Methods, timing and perceived effectiveness, in: *ABACUS A Journal of Accounting, Finance and Business Studies* 40 (2), 2004, S. 219-237.
- Gerig, M.* (2014): Der rechtliche Rahmen für Lobbyisten, in: *ZRP* 47 (8), 2014, S. 247-249.

- Gerstenhauer, D.* (2014): Parlamentarier und Interessenverbände – Lobbying im Bundestag?, in: von Winter, T./von Blumenthal, J. (Hrsg.): Interessengruppen und Parlamente, Wiesbaden, 2014, S. 71-91.
- Getz, K. A.* (1997): Research in corporate political action, in: *Business & Society* 36 (1), 1997, S. 32-72.
- Girotra, K./Netessine, S.* (12.02.2013): Extreme Focus and the Success of Germany's Mittelstand, in: *Harvard Business Review*.
- Gjøølberg, M.* (2011): Explaining regulatory preferences: CSR, soft law, or hard law? Insights from a survey of Nordic pioneers in CSR, in: *Business and Politics* 13 (2), 2011, S. 1-31.
- Glaser, B. G./Strauss, A. L.* (1967): *The discovery of Grounded Theory: Strategies for qualitative research*, New York, 1967.
- Gläser, J./Laudel, G.* (2009): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*, 3. Auflage, Wiesbaden, 2009.
- Goerres, A./Höpner, M.* (2014): Polarizers or landscape groomers? An empirical analysis of party donations by the 100 largest German companies in 1984–2005, in: *Socio-Economic Review* 12 (3), 2014, S. 517-544.
- Gómez-Mejía, L. R./ Haynes, K. T./ Núñez-Nickel, M./Jacobson, K. J. L./ Moyano-Fuentes, J.* (2007): Socioemotional wealth and business risks in family-controlled firms: Evidence from Spanish olive oil, in: *Administrative Science Quarterly* 52 (1), 2007, S. 106-137.
- Götz, M.* (2019): The representation of SME interests in the TTIP negotiations: A German case study, in: *Dialer, D./Richter, M.* (Hrsg.): *Lobbying in the European Union: Strategies, Dynamics and Trends*, Cham, 2019, S. 363-374.
- Gracia, L./Oats, L.* (2012): Boundary work and tax regulation: A Bourdieusian view, in: *Accounting, Organizations and Society* 37 (5), 2012, S. 304-321.
- Grashoff, D./Mach, H.* in: *Grashoff, D./Mach, H.* (Hrsg.): *Grundzüge des Steuerrechts: Alle wichtigen Steuerarten: Internationales Steuerrechts, Verfahrensrecht*, 16. Auflage, München, 2023, 2. Kapitel: Steuerarten/Unternehmensteuerrecht Rz. 467-468.

- Grashoff, D./Mach, H.* (Hrsg.): Grundzüge des Steuerrechts: Alle wichtigen Steuerarten: Internationales Steuerrechts, Verfahrensrecht, 16. Auflage, München, 2023.
- Gray, V./Lowery, D.* (1997): Reconceptualizing PAC formation: It's not a collective action problem, and it may be an arms race, in: *American Politics Quarterly* 25 (3), 1997, S. 319-346.
- Grimmer, J./Stewart, B. M.* (2013): Text as data: The promise and pitfalls of automatic content analysis methods for political texts, in: *Political Analysis* 21 (3), 2013, S. 267-297.
- Groll, T./Ellis, C. J.* (2017): Repeated lobbying by commercial lobbyists and special interests, in: *Economic Inquiry* 55 (4), 2017, S. 1868-1897.
- Grootens, M.* in: Lippross, O.-G./Seibel, W. (Hrsg.): *Basiskommentar Steuerrecht*, 143. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 11 BewG Rz. 29-105.
- Groß, J.* (2003): Variance inflation factors, in: *The R Journal* 3 (1), 2003, S. 13-15.
- Grosse, H.* (2023): Möglichkeiten zur Herstellung der erbschaftsteuerlichen Begünstigungsfähigkeit und zur Optimierung des begünstigten Vermögens, in: *ErbStB*, 2023, S. 179-185.
- Grossman, G. M./Helpman, E.* (1994): Protection for sale, in: *The American Economic Review* 84 (4), 1994, S. 833-850.
- Grottke, M./Kühne, D.* (2016): Insights from and challenges of experiments on tax complexity: A literature survey, in: *DBW* 76 (1), 2016, S. 21-63.
- Grotz, F./Schroeder, W.* (2021): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung*, Wiesbaden, 2021.
- Guckelberger, A.* (2020): Modernisierung der Gesetzgebung aufgrund der Digitalisierung, in: *DÖV* 73 (18), 2020, S. 797-809.
- Guhr, O./Schumann, A.-K./Bahrman, F./Böhme, H.-J.* (2020): Training a broad coverage German sentiment classification model for dialog systems, in: *Proceedings of the 12th Conference on Language Resources and Evaluation (LREC 2020)*, 2020, S. 1627-1632.

- Hadani, M./Bonardi, J.-P./Dahan, N. M.* (2017): Corporate political activity, public policy uncertainty, and firm outcomes: A meta-analysis, in: *Strategic Organization* 15 (3), 2017, S. 338-366.
- Hadani, M./Coombes, S.* (2015): Complementary relationships between corporate philanthropy and corporate political activity: An exploratory study of political marketplace contingencies, in: *Business & Society* 54 (6), 2015, S. 859-881.
- Hadani, M./Doh, J. P./Schneider, M. A.* (2018): Corporate political activity and regulatory capture: How some companies blunt the knife of socially oriented investor activism, in: *Journal of Management* 44 (5), 2018, S. 2064-2093.
- Hadani, M./Schuler, D. A.* (2013): In search of El Dorado: The elusive financial returns on corporate political investments, in: *Strategic Management Journal* 34 (2), 2013, S. 165-181.
- Haffert, L./Mertens, D.* (2019): Between distribution and allocation: Growth models, sectoral coalitions and the politics of taxation revisited, in: *Socio-Economic Review* 19 (2), 2019, S. 1-24.
- Hahlweg, J.* in: Koenig, U. (Hrsg.): *Abgabenordnung: Kommentar*, 5. Auflage, München, 2024, § 90 AO Rz. 1-12.
- Hailpern, S. M./Visintainer, P. F.* (2003): Odds ratios and logistic regression: Further examples of their use and interpretation, in: *The Stata Journal* 3 (3), 2003, S. 213-225.
- Hall, R. L./Deardorff, A. V.* (2006): Lobbying as legislative subsidy, in: *American Political Science Review* 100 (1), 2006, S. 69-84.
- Haller, A.* (2015): Integrierte Berichterstattung im Mittelstand, in: Fahrenschon, G./Kirchhoff, A. G./Simmert, D. B. (Hrsg.): *Mittelstand – Motor und Zukunft der deutschen Wirtschaft: Erfolgskonzepte für Management, Finanzierung und Organisation*, 2015, S. 199-216.
- Hanegraaff, M./Pritoni, A.* (2019): United in fear: Interest group coalition formation as a weapon of the weak?, in: *European Union Politics* 20 (2), 2019, S. 198-128.
- Hannes, F./Lorenz, K.* (2020): Corona-Pandemie: Handlungsmöglichkeiten bei krisengefährdeter Unternehmensnachfolge, in: *ZEV* 27 (7), 2020, S. 385-939.

- Hannes, F./Onderka, W.* (2008): Die Bewertung von Betriebsvermögen und Anteilen an Kapitalgesellschaften nach der „AntBVBewV“, in: ZEV 15 (4), 2008, S. 173-177.
- Harimaya, K./Kagitani, K.* (2022): Efficiency, and economies of scale and scope in Japanese agricultural cooperatives, in: Journal of Economic Structures 11 (1), 2022, S. 1-19.
- Hart, D. M.* (2001): Why do some firms give? Why do some give a lot?: High-tech PACs, 1977-1996, in: The Journal of Politics 63 (4), 2001, S. 1230-1249.
- Hassan, O. A. G./Marston, C.* (2019): Corporate financial disclosure measurement in the empirical accounting literature: A review article, in: The International Journal of Accounting 54 (2), 2019, S. 1950006.
- Haußmann, K./Schweinberger, A.* (2012): Die Grundsteuer als Standortfaktor für den Mittelstand? – Eine empirische Analyse der Property Tax Capitalization am Beispiel Brandenburgs, in: Brähler, G./Trost, R. (Hrsg.): Besteuerung, Finanzierung und Unternehmensnachfolge in kleinen und mittleren Unternehmen, Ilmenau, 2012, S. 99-118.
- He, Y./Qu, L./Wei, R./Zhou, X.* (2022): Media-based investor sentiment and stock returns: a textual analysis based on newspapers, in: Applied Economics 54 (7), 2022, S. 774-792.
- Hebeler, T.* (2017): Die Einbringung von Gesetzesvorlagen gem. Art. 76 GG, in: JA 49 (6), 2017, S. 413-418.
- Heiman, A./Zilberman, D.* (2011): The effects of framing on consumers' choice of GM foods, in: AgBioForum 14 (3), 2011, S. 171-179.
- Heinze, T.* (2001): Qualitative Sozialforschung: Einführung, Methodologie und Forschungspraxis, Wien, 2001.
- Helbig, R.* (2018): Steuerkomplexität: Ein systemtheoretischer Ansatz, Wiesbaden, 2018.
- Helfat, C. E./Peteraf, M. A.* (2003): The dynamic resource-based view: Capability lifecycles, in: Strategic Management Journal 24 (10), 2003, S. 997-1010.

- Henard, D. H./McFadyen, M. A.* (2012): Resource dedication and new product performance: A resource-based view, in: *Journal of Product Innovation Management* 29 (2), 2012, S. 193-204.
- Henneberger, F.* (2017): Zentrale Theorien und etwas Empirie zur Analyse des kollektiven Handelns von Unternehmern, in: *Schroeder, W./Weßels, B. (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland*, 2. Auflage, Wiesbaden, 2017, S. 173-200.
- Herdegen, M./Masing, J./Poscher, R./Gärditz, K. F.* (Hrsg.): *Handbuch des Verfassungsrechts: Darstellung in transnationaler Perspektive*, 1. Auflage, München, 2021.
- Hermes, G.* in: *Dreier, H. (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar*, Band 2, 3. Auflage, Tübingen, 2015, Art. 65 GG Rz. 46-51.
- Herndon, J. F.* (1982): Access, record, and competition as influences on interest group contributions to congressional campaigns, in: *The Journal of Politics* 44 (4), 1982, S. 996-1019.
- Heun, W.* in: *Dreier, H. (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar*, Band 3, 3. Auflage, Tübingen, 2015, Art. 105 GG Rz. 6-9, 33-38 und 43-44.
- Heun, W./Thiele, A.* in: *Dreier, H. (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar*, Band 3, 3. Auflage, Tübingen, 2015, Art. 108 GG Rz. 8-35.
- Heuser, S./Lechtenberg, A.* (2022): Die verdeckte Gewinnausschüttung – Ein Veräußerungspreisbestandteil iSd § 6b EStG, in: *DStR* 60 (41), 2022, S. 2085--2090.
- Hill, M. D./Kelly, G. W./Lockhart, G. B./Van Ness, R. A.* (2013a): Determinants and effects of corporate lobbying, in: *Financial Management* 42 (4), 2013, S. 931-957.
- Hill, M. D./Kubick, T. R./Lockhart, G. B./Wan, H.* (2013b): The effectiveness and valuation of political tax minimization, in: *Journal of Banking & Finance* 37 (8), 2013, S. 2836-2849.
- Hillman, A. J./Keim, G.* (1995): International variation in the business-government interface: Institutional and organizational considerations, in: *The Academy of Management Review* 20 (1), 1995, S. 193-214.

- Hillman, A. J./Keim, G. D./Schuler, D.* (2004): Corporate political activity: A review and research agenda, in: *Journal of Management* 30 (6), 2004, S. 837-857.
- Hillman, A. J./Hitt, M. A.* (1999): Corporate political strategy formulation: A model of approach, participation, and strategy decisions, in: *The Academy of Management Review* 24 (4), 1999, S. 825-842.
- Hillman, A. J./Withers, M. C./Collins, B. J.* (2009): Resource dependency theory: A review, in: *Journal of Management*, 2009, S. 1404-1427.
- Hillman, A. J./Zardkoohi A./Bierman, L.* (1999): Corporate political strategies and firm performance: Indications of firm-specific benefits from personal service in the U.S. government, in: *Strategic Management Journal* 35 (6), 1999, S. 67-81.
- Hoffmann, N.* (2021): Die Übertragung von GmbH-Geschäftsanteilen auf die nächste Generation – Anforderungen an die Gestaltung eines Poolvertrages nach § 13b Abs. 1 Nr. 3 S. 2 ErbStG, in: *ErbR* 16, 2021, S. 939-942.
- Hofmann, G.* in: Viskorf, U./Schuck, S./Wälzholz, E. (Hrsg.): *Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz, Bewertungsgesetz - Kommentar*, 7. Auflage, Herne, 2023, § 199 BewG Rz. 1-6.
- Hoffmann, J./Wisser, M.* (2012): Sachverständige Rechtsetzung: Die Ausschüsse des Bundesrates in der Gesetzgebung des Bundes, in: *ZParl* 43 (3), 2012, S. 598-608.
- Hoffmann, S./Zülch, H.* (2014): Lobbying on accounting standard setting in the parliamentary environment of Germany, in: *Critical Perspectives on Accounting* 25 (8), 2014, S. 709-723.
- Holler, G./Schmidt, G.* in: Kroiß, L./Horn, C.-H./Solomon, D. (Hrsg.): *Nachfolgerecht: Erbrechtliche Spezialgesetze: Zivilrecht | Strafrecht | Verwaltungsrecht | Steuerrecht | Verfahrensrecht | Internationales Erbrecht*, 3. Auflage, Baden-Baden, 2023, Teil 6 Steuerrecht 35. Steuerfolgen des Erbfalls und Gestaltungsmöglichkeiten Rz. 173-182.
- Holman, C./Lunenburg, W.* (2012): Lobbying and transparency: A comparative analysis of regulatory reform, in: *Interest Groups & Advocacy* 1 (1), 2012, S. 75-104.

- Holtz, M.* in: Roth, W./Holtz, M./Klose, M. (Hrsg.): Strategie und Taktik im Erbrecht, 2. Auflage, München, 2019, 7. Teil. Erbschaftsteuer § 65 Grundlagen der Erbschaftsteuer Rz. 133-139.
- Hoppe, T./Rechbauer, M./Sturm, S.* (2019): Steuerkomplexität im Vergleich zwischen Deutschland und Österreich – Eine Analyse des Status quo, in: *StuW* 96 (4), 2019, 397-412.
- Hoppe, T./Schanz, D./Schipp, A./Siegel, F./Sturm, S./Sureth-Sloane, C.* (2018a): 2018 global MNC tax complexity survey, TRR 266 Accounting for Transparency, München, Paderborn, 2018.
- Hoppe, T./Schanz, D./Sturm, S./Sureth-Sloane, C.* (2018b): What are the drivers of tax complexity for MNCs? Global evidence, in: *Intertax* 46 (8/9), 2018, S. 654-675.
- Hoppe, T./Schanz, D./Sturm, S./Sureth-Sloane, C.* (2021): The tax complexity index – A survey-based country measure of tax code and framework complexity, in: *European Accounting Review* 32 (2), 2021, S. 1-35.
- Horgos, D./Zimmermann, K. W.* (2009): Interest groups and economic performance: Some new evidence, in: *Public Choice* 138 (3/4), 2009, S. 301-315.
- Hörmann, R./Fischer, P.* (2022): Der Dritte Sektor im Spannungsfeld zwischen Lobbyregister und den Vorgaben des Gemeinnützigkeitsrechts zur politischen Betätigung, in: *npoR* 14 (2), 2022, S. 92-95.
- Huber, P. M./Voßkuhle, A.* (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar, Band 3, 8. Auflage, München, 2024.
- Hugging Face* (2024): German sentiment classification with Bert, <https://hugging-face.co/oliverguhr/german-sentiment-bert>, zugegriffen 17. März 2024.
- Hughes, S. B./Larson, R. K./Sander, J. F./Xiques, G.* (2017): Difficulties converging US GAAP and IFRS through joint projects: The case of business combinations, in: *Advances in Accounting* 39, 2017, S. 1-20.
- Hutchens, M./Rego, S./Sheneman, A.* (2016): Influencing profits: The differential impact of lobbying on corporate stock returns, Working Paper, Indiana, 2016.
- IfM Bonn* (Hrsg.): Jahrbuch zur Mittelstandsforschung 1/2001, Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 90, Wiesbaden 2001.

- IfM Bonn* (2024a): Mittelstandsdefinition des IfM Bonn, <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/mittelstandsdefinition-des-ifm-bonn>, zugegriffen 17. März 2024.
- IfM Bonn* (2024b): KMU-Definition des IfM Bonn, <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/kmu-definition-des-ifm-bonn>, zugegriffen 17. März 2024.
- IfM Bonn* (2024c): Mittelstand im Überblick, <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-ueberblick/volkswirtschaftliche-bedeutung-der-kmu/deutschland>, zugegriffen 17. März 2024.
- IfM Bonn* (2024d): Familienunternehmen-Definition des IfM Bonn, <https://www.ifm-bonn.org/definitionen/familienunternehmen-definition>, zugegriffen 17. März 2024.
- Ihlen, Ø./Raknes, K./Somerville, I./Valentini, C./Stachel, C./Lock, I./Davidson, S./Seele, P.* (2018): Framing “the public interest”: Comparing public lobbying campaigns in four European states, in: *Journal of Public Interest Communications* 2 (1), 2018, S. 107-128.
- Ilyas, S./Butt, M./Ashfaq, F./Maran, D. A.* (2020): Drivers for non-profits’ success: Volunteer engagement and financial sustainability practices through the resource dependence theory, in: *Economies* 8 (4), 2020, S. 1-17.
- Ingraham, L. R./Karlinsky, S. S.* (2005): Tax professionals’ perceptions of small business tax law complexity, in: *Tax Notes* 107 (1), 2005, S. 79-89.
- Israng, M.* (2022): Die Gesetzes- und Verordnungstypen in der Rechtsetzung des Bundes oder: Sind Forderungen nach mehr Transparenz in der Rechtsetzung berechtigt?, in: *DÖV* 75 (22), 2022, S. 948-953.
- Jachmann-Michel, M./Vogel, M.* in: Huber, P. M./Voßkuhle, A. (Hrsg.): *Grundgesetz: Kommentar*, Band 3, 8. Auflage, München, 2024, Art. 105 GG Rz. 25-27 und 47-53.
- Jahn, V.* (2015): The importance of Mittelstand firms for regional apprenticeship activity: Lessons for policy, *Diskussionspapier*, No. 158, No. 234, München, 2015.
- James, H. S.* (1999): Owner as manager, extended horizons and the family firm, in: *International Journal of the Economics of Business* 6 (1), 1999, S. 41-55.

- Jarass, H. D./Pieroth, B.* (Hrsg.): GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar, 18. Auflage, München, 2024.
- Jecht, H.* (1958): Zur Geschichte und Problematik mittelstandsorientierter Steuerpolitik, in: *Finanzarchiv / Public Finance Analysis* 19(1), S. 92-109.
- Jochum, G.* in: *Wilms, H./Jochum, G./Götz, H./Meßbacher-Hönsch, C.* (Hrsg.): Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: Kommentar, 130. Ergänzungslieferung, Bonn, 2024, Einführung zum Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz Rz. 1-13.
- Jülicher, M.* in: *Troll, M./Gebel, D./Jülicher, M./Gottschalk, P. R.* (Hrsg.): Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz mit Bewertungsrecht und Verfahrensrecht: Kommentar, 68. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 13a ErbStG Rz. 191-265 und 501-525.
- Kallio, H./Pietilä, A.-M./Johnson, M./Kangasniemi, M.* (2016): Systematic methodological review: Developing a framework for a qualitative semi-structured interview guide, in: *Journal of Advanced Nursing* 72 (12), 2016, S. 2754-2965.
- Kamps, H.-W.* (2023): Einführung ins Verschonungssystem für Betriebsvermögen, LuF-Wirtschaft und Anteile an Kapitalgesellschaften (§§ 13a, 13b, 13c und 28a ErbStG), in: *ErbR* 18, 2023, S. 355-361.
- Kamps, H.-W.* (2024): Betriebsvermögen als begünstigungsfähiges Vermögen iSv § 13b Abs. 1 Nr. 2 ErbStG, in: *ErbR* 19, 2024, S. 110-119.
- Kanodia, N./Ahmed, K./Miao, Y.* (2021): Question answering model based conversational chatbot using BERT Model and Google Dialogflow, in: 31st International Telecommunication Networks and Applications Conference (ITNAC), 2021, S. 19-22.
- Kapp, R./Ebeling, J.* (Hrsg.): Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: Kommentar, 100. Ergänzungslieferung, Köln, 2024.
- Karabay, B.* (2009): Lobbying under asymmetric information, in: *Economics & Politics* 74 (3), 2009, S. 1-41.
- Karaipek, D. T.* (2024): Vermittlungsergebnis zum Wachstumschancengesetz beschlossen, in: *MwStR* 12 (5), 2024, S. 153.

- Karim, K. E./Lin, K. J./Pinsker, R. E./Zhu, H.* (2019): Using linguistics to mine unstructured data from FASB exposure drafts, in: *Journal of Information Systems* 33 (1), 2019, S. 67-83.
- Kau, M.* in: Stern, K./Sodan, H./Möstl, M. (Hrsg.): *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschlands im europäischen Staatenverbund*, Band 2, 2. Auflage, München, 2022, 3. Kapitel. Funktionen § 43 Gesetzgebungsverfahren Rz. 70-94.
- Kaufmann, G.* (2021): *Stiftung und Konflikt: Ausgestaltung, Familienbezogenheit und Konfliktpotenzial in Deutschland*, Wiesbaden, 2021.
- Kay, R./Suprinovič, O./Schlömer-Laufen, N./Rauch, A.* (2018): *Unternehmensnachfolgen in Deutschland 2018 bis 2022, Daten und Fakten Nr. 18*, Bonn, 2018.
- Kearney, C./Liu, S.* (2014): Textual sentiment in finance: A survey of methods and models, in: *International Review of Financial Analysis* 33, 2014, S. 171-185.
- Keim, G.* (2002): Managing business political activities in the USA: Bridging between theory and practice, in: *Journal of Public Affairs* 1 (4), 2002, S. 362-375.
- Keim, G. D./Zeithaml, C. P.* (1986): Corporate political strategy and legislative decision making: A review and contingency approach, in: *The Academy of Management Review* 11 (4), 1986, S. 828-843.
- Kelle, U.* (2007a): Theoretisches Vorwissen und Kategorienbildung in der „Grounded Theory“, in: Kuckartz, U./Grunenberg, H./Dresing, T. (Hrsg.): *Qualitative Datenanalyse: Computergestützt: Methodische Hintergründe und Beispiele aus der Forschungspraxis*, 2. Auflage, Wiesbaden, 2007, S. 32-49.
- Kelle, U.* (2007b): Integration qualitativer und quantitativer Methoden, in: Kuckartz, U./Grunenberg, H./Dresing, T. (Hrsg.): *Qualitative Datenanalyse: Computergestützt: Methodische Hintergründe und Beispiele aus der Forschungspraxis*, 2. Auflage, Wiesbaden, 2007, S. 50-65.
- Kersh, R.* (2000): State autonomy & civil society: The lobbyist connection, in: *Critical Review* 14 (2-3), 2000, S. 237-258.
- Kersten, J.* in: Dürig, G./Herzog, R./Scholz, R. (Hrsg.): *Grundgesetz: Kommentar*, 103. Ergänzungslieferung, München, 2024, Art. 76 GG Rz. 1-17 und 27-54.

- KfW* (2020): KfW-Mittelstandspanel 2020: Corona-Pandemie trübt Erwartungen für 2020 – Mittelstand vor der Krise auf solidem Fundament, Frankfurt am Main, 2020.
- KfW* (2023): KfW-Mittelstandspanel 2023: Belastungsfähigkeit des Mittelstands wird auf die Probe gestellt: bislang nur leichte Blessuren, aber erhöhte Anspannung ist spürbar, Frankfurt am Main, 2023.
- Khadjavi, K.* (2005): Wertmanagement im Mittelstand, Eschen, 2005.
- Kirchhof, F.* in: Huber, P. M./Voßkuhle, A. (Hrsg.): Grundgesetz: Kommentar, Band 3, 8. Auflage, München, 2024, Art. 108 GG Rz. 13-34.
- Kirchhof, P.* (2010): Die Erneuerung der Gemeindesteuer, in: FR 92 (21), 2010, S. 961-965.
- Kirchhof, P.* (2021): Steuervereinfachung – Schritt für Schritt, in: DStR 59 (48), 2021, S. 2761-2768.
- Kirkland, J. H./Gray, V./Lowery, D.* (2010): Policy agendas, party control, and PAC contributions in the American States, in: Business and Politics 12 (4), 2010, S. 1-24.
- Kleinfeld, R./Zimmer, A./Willems, U.* (Hrsg.): Lobbying: Strukturen. Akteure. Strategien, Heidelberg, 2007.
- Kleinschmidt, E. J./de Brentani, U./Salomo, S.* (2007): Performance of global new product development programs: A resource-based view, in: Journal of Product Innovation Management 24 (5), 2007, S. 419-441.
- Klüver, H.* (2010): Europeanization of lobbying activities: When national interest groups spill over to the European level, in: European Integration 32 (2), 2010, S. 175-191.
- Klüver, H.* (2012): Informational lobbying in the European Union: The effect of organizational characteristics, in: West European Politics 35 (3), 2012, S. 491-510.
- Klüver, H.* (2015): Interest groups in the German Bundestag: Exploring the issue linkage between citizens and interest groups, in: German Politics 24 (2), 2015, S. 137-153.

- Klüver, H.* (2020): The survival of interest groups: evidence from Germany, in: *West European Politics* 43 (7), 2020, S. 1436-1454.
- Klüver, H./Mahoney, C./Opper, M.* (2015): Framing in context: How interest groups employ framing to lobby the European Commission, in: *Journal of European Public Policy* 22 (4), 2015, S. 481-498.
- Klüver, H./Zeidler, E.* (2019): Explaining interest group density across economic sectors: Evidence from Germany, in: *Political Studies* 67 (2), 2019, S. 459-478.
- Kment, M.* in: Jarass, H. D./Pieroth, B. (Hrsg.): GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar, 18. Auflage, München, 2024, Art. 70 GG Rz. 1-3.
- Kment, M.* in: Jarass, H. D./Pieroth, B. (Hrsg.): GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar, 18. Auflage, München, 2024, Art. 72 GG Rz. 15-27.
- Kment, M.* in: Jarass, H. D./Pieroth, B. (Hrsg.): GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar, 18. Auflage, München, 2024, Art. 105 GG Rz. 1-2.
- Kment, M.* in: Jarass, H. D./Pieroth, B. (Hrsg.): GG: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar, 18. Auflage, München, 2024, Art. 108 GG Rz. 1-3 und 11-18.
- Knauff, M.* (2016): Strukturfragen des neuen Vergaberechts, in: *NZBau* 17 (4), 2016, S. 195-198.
- Koenig, U.* (Hrsg.): Abgabenordnung: Kommentar, 5. Auflage, München, 2024.
- Koenig, U.* in: Koenig, U. (Hrsg.): Abgabenordnung: Kommentar, 5. Auflage, München, 2024, § 3 AO Rz. 90-92.
- Korezkij, L.* (2019): Die Lohnsummenregelung in einem international agierenden Konzern: Ausgewählte Praxisprobleme, in: *DB* 72 (45), 2019, S. 2482-2487.
- Korezkij, L.* (2024): Anmerkungen zu den Ländererlassen v. 22.12.2023 betreffend Optionsverschonung nach § 13a Abs. 10 ErbStG, in: *DStR* 62 (12), 2024, S. 650-655.

- Korn, C.* in: Bunjes, J. (Hrsg.): Umsatzsteuergesetz: Kommentar, 23. Auflage, München, 2023, § 6b EStG Rz. 5-16.
- Kowanda, M.* (2020): Vereinfachtes Ertragswertverfahren und gutachterliche Stellungnahme: Fragen zur Anwendbarkeit und konkrete Anwendungsprobleme – Teil II, in: ErbStB, 2020, S. 77-82.
- Kreer, F./Mauer, R./Strese, S./Brettel, M.* (2018): On private equity exits of family firms in the German Mittelstand, in: Journal of Business Economics 88 (3), 2018, S. 503-529.
- Kreutziger, S./Jacobs, D.* in: Kreutziger, S./Schaffner, M./Stephany, R. (Hrsg.): Bewertungsgesetz: Kommentar, 5. Auflage, München, 2021, § 11 BewG Rz. 45-89.
- Kreutziger, S./Schaffner, M./Stephany, R.* (Hrsg.): Bewertungsgesetz: Kommentar, 5. Auflage, München, 2021.
- Krickhahn, T.* (1993): Lobbyismus und Mittelstand: Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland, FFB Diskussionspapier, No. 7, Universität Lüneburg, Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB), Lüneburg, 1993.
- Krickhahn, T.* (1995): Die Verbände des wirtschaftlichen Mittelstands in Deutschland, Wiesbaden, 1995.
- Krickhahn, T.* (2010): Mittelstandsverbände in Deutschland, in: Schroeder, W./Weßels, B. (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland: Ein Handbuch, 1. Auflage, Wiesbaden, 2010, S. 85-104.
- Krickhahn, T.* (2017): Mittelstandsverbände in Deutschland, in: Schroeder, W./Weßels, B. (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland, 2. Auflage, Wiesbaden, 2017, S. 111-140.
- Kroiß, L./Horn, C.-H./Solomon, D.* (Hrsg.): Nachfolgerecht: Erbrechtliche Spezialgesetze: Zivilrecht | Strafrecht | Verwaltungsrecht | Steuerrecht | Verfahrensrecht | Internationales Erbrecht, 3. Auflage, Baden-Baden, 2023.
- Kromer, C./Pumpler, R./Henschel, K.* (2013): Tax Compliance, in: Wecker, G./Ohl, B. (Hrsg.): Compliance in der Unternehmerpraxis: Grundlagen, Organisation und Umsetzung, 3. Auflage, Wiesbaden, 2013, S. 231-268.

- Kroszner, R. S./Stratmann, T.* (2005): Corporate campaign contributions, repeat giving, and the rewards to legislator reputation, in: *The Journal of Law and Economics* 48 (1), 2005, S. 41-71.
- Kruhl, A.* (2023): Gesetzgebung: Auswirkung des Inflationsausgleichsgesetzes, in: *AStW* 19, 2023, S. 254-268.
- Kube, H.* in: Epping, V./Hillgruber, C. (Hrsg.): *GG: Grundgesetz: Kommentar*, Stand: Januar 2024, München, 2024, Art. 105 GG Rz. 35-44.
- Kübler, R. V./Colicev, A./Pauwels, K. H.* (2020): Social media's impact on the consumer mindset: When to use which sentiment extraction tool?, in: *Journal of Interactive Marketing* 50 (1), 2020, S. 136-155.
- Kuckartz, U./Grunenberg, H./Dresing, T.* (Hrsg.): *Qualitative Datenanalyse: Computergestützt: Methodische Hintergründe und Beispiele aus der Forschungspraxis*, 2. Auflage, Wiesbaden, 2007.
- Kuckartz, U./Rädiker, S.* (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung: Grundlagentexte Methoden*, 5. Auflage, Weinheim, 2022.
- Kuhn, B.* (2010): *EU-Leitfaden für Unternehmen: Die Vorgaben der Europäischen Union optimal nutzen*, Wiesbaden, 2010.
- Kühn, M.* (2012): Stand und Perspektiven der Einkommensteuer-Vereinfachung, in: *FR* 94 (12), 2012, S. 543-550.
- Kühnel, S. M./Krebs, D.* (2010): Multinomiale und ordinale Regression, in: Wolf, C./Best, H. (Hrsg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, 2010, S. 855-886.
- Kuhnen, C. M./Niessen, A.* (2012): Public opinion and executive compensation, in: *Management Science* 58 (7), 2012, S. 1249-1272.
- Kulkarni, A. J./Mirjalili, S./Udgata, S. K.* (Hrsg.): *Intelligent systems and applications: Select proceedings of ICISA 2022*, Singapur, 2023.
- Kuß, A./Wildner, R./Kreis, H.* (2014): *Marktforschung: Grundlagen der Datenerhebung und Datenanalyse*, 5. Auflage, Wiesbaden, 2014.

- Kußmaul, H./Schumann, A. (2020): Unternehmensnachfolge mittels Vererbung und vorweggenommener Erbfolge: Steuerliche Auswirkungen mit dem Schwerpunkt der Erbschaft- und Schenkungsteuer, in: StB 71, 2020, S. 201-209.*
- Kwok, W. C. C./Sharp, D. (2005): Power and international accounting standard setting: Evidence from segment reporting and intangible assets projects, in: Accounting, Auditing & Accountability Journal 18 (1), 2005, S. 74-99.*
- Lake, J. (2015): Revisiting the link between PAC contributions and lobbying expenditures, in: European Journal of Political Economy 37, 2015, S. 86-101.*
- Langpap, C. (2022): Interest groups, litigation, and agency decisions: Evidence from the Endangered Species Act, in: Journal of the Association of Environmental and Resource Economists 9 (1), 2022, S. 1-26.*
- Larcker, D. F./Zakolyukina, A. A. (2012): Detecting deceptive discussions in conference calls, in: Journal of Accounting Research 50 (2), 2012, S. 495-540.*
- Larson, R. K. (2008): An examination of comment letters to the IASC: Special purpose entities, in: Research in Accounting Regulation 20, 2008, S. 27-46.*
- Larson, R. K./Brown, K. L. (2001): Lobbying of the International Accounting Standards Committee: The case of construction contracts, in: Advances in International Accounting 14, 2001, S. 47-73.*
- Law, K. K. F./Mills, L. F. (2015): Taxes and financial constraints: Evidence from linguistic cues, in: Journal of Accounting Research 53 (4), 2015, S. 777-819.*
- Lawton, T./McGuire, S./Rajwani, T. (2013): Corporate political activity: A literature review and research agenda, in: International Journal of Management Reviews 15 (1), 2013, S. 86-105.*
- Llach, J./Nordqvist, M. (2010): Innovation in family and non-family businesses: A resource perspective, in: International Journal of Entrepreneurial Venturing 2 (3/4), 2010, S. 381-399.*
- Lehrer, M./Schmid, S. (2015): Germany's industrial family firms: Prospering islands of social capital in a financialized world?, in: Competition & Change 19 (4), 2015, S. 301-316.*

- Lehrer, M./Schmid, S.* (2022): Keeping it personal while growing the business: The German Mittelstand approach, in: *Journal of Business Strategy* 43 (3), 2022, S. 148-156.
- Lepsius, O.* in: Herdegen, M./Masing, J./Poscher, R./Gärditz, K. F. (Hrsg.): *Handbuch des Verfassungsrechts: Darstellung in transnationaler Perspektive*, 1. Auflage, München, 2021, III. Staatsorganisation § 12 Gesetz und Gesetzgebung Rz. 123-144.
- Letmathe, P./Eigler, J./Welter, F./Kathan, D./Heupel, T.* (Hrsg.): *Management kleinerer und mittlerer Unternehmen: Stand und Perspektiven der KMU-Forschung*, Wiesbaden, 2007.
- Leunig, S./Träger, H.* (2014): Zur Nutzbarkeit der Tätigkeitsberichte des Vermittlungsausschusses für die Kategorisierung von Konflikttypen im Gesetzgebungsverfahren, in: Vorstand des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF) (Hrsg.): *Jahrbuch des Föderalismus 2014*, Band 15, Baden-Baden, 2014, S. 174-191.
- Levin, I. P.* (1998): All frames are not created equal: A typology and critical analysis of framing effects, in: *Organizational Behavior and Human Decision Processes* 76 (2), 1998, S. 149-188.
- Levine, S./White, P. E.* (1961): Exchange as a conceptual framework for the study of interorganizational relationships, in: *Administrative Science Quarterly* 5 (4), 1961, S. 583-601.
- Li, F.* (2008): Annual report readability, current earnings, and earnings persistence, in: *Journal of Accounting and Economics* 45 (2-3), 2008, S. 221-247.
- Lin, W. L.* (2019): Do firm's organizational slacks influence the relationship between corporate lobbying and corporate financial performance? More is not always better, in: *International Journal of Financial Studies* 7 (1), 2019, S. 1-23.
- Lipross, O.-G./Seibel, W.* (Hrsg.): *Basiskommentar Steuerrecht*, 143. Ergänzungslieferung, Köln, 2024.
- Logue, D. M./Jarvis, W. P./Clegg, S./Hermens, A.* (2015): Translating models of organization: Can the Mittelstand move from Bavaria to Geelong?, in: *Journal of Management and Organization* 21 (1), 2015, S. 17-36.

- Long, S. B./Swingen, J. A. (1987): An approach to the measurement of tax law complexity, in: The Journal of the American Taxation Association 8 (2), 1987, S. 22-36.*
- Loughran, T./McDonald, B. (2016): Textual analysis in accounting and finance: A survey, in: Journal of Accounting Research 54 (4), 2016, S. 1187-1230.*
- Loughran, T./McDonald, B. (2020): Textual analysis in finance, in: Annual Review of Financial Economics 12 (1), 2020, S. 357-375.*
- Lowery, D./Marchetti, K. (2012): You don't know Jack: Principals, agents and lobbying, in: Interest Groups & Advocacy 1 (2), 2012, S. 139-170.*
- Lueger, M. (2009): Grounded Theory, in: Buber, R./Holzmüller, H. H. (Hrsg.): Qualitative Marktforschung: Konzepte – Methoden – Analysen, 2. Auflage, Wiesbaden, 2009, S. 189-205.*
- Lundberg, E./Hysing, E. (2016): The value of participation: Exploring the role of public consultations from the vantage point of interest groups, in: Scandinavian Political Studies 39 (1), 2016, S. 1-21.*
- Luo, Y./Zhou, L. (2020): Textual tone in corporate financial disclosures: a survey of the literature, in: International Journal of Disclosure and Governance 17 (2-3), 2020, S. 101-110.*
- Lutter, I. in: Lippross, O.-G./Seibel, W. (Hrsg.): Basiskommentar Steuerrecht, 143. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 28a ErbStG Rz. 13-20.*
- Lux, S./Crook, T. R./Woehr, D. J. (2011): Mixing business with politics: A meta-analysis of the antecedents and outcomes of corporate political activity, in: Journal of Management 37 (1), 2011, S. 223-247.*
- Maaz, K./Blossfeld, H.-P. (2019): Editorial "Strukturveränderungen in der beruflichen Ausbildung", in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 22 (3), 2019, S. 481-483.*
- Macho, R./Oertel, E. (2019): Tax Compliance Ansätze im Vergleich: Die österr. begleitende Kontrolle und der deutsche Status quo, in: ISR 8 (6), 2019, S. 232-239.*

- Mann, S./Arora, J./Bhatia, M./Sharma, R./Taragi, R.* (2023): Twitter sentiment analysis using enhanced BERT, in: Kulkarni, A. J./Mirjalili, S./Udgata, S. K. (Hrsg.): Intelligent systems and applications: Select proceedings of ICISA 2022, 2023, S. 263-271.
- Mannek, W.* in: Stenger, A./Loose, M. (Hrsg.): Bewertungsrecht: BewG ErbStG GrStG: Kommentar, 170. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 11 BewG Rz. 288-303.
- Mannek, W.* in: Stenger, A./Loose, M. (Hrsg.): Bewertungsrecht: BewG ErbStG GrStG: Kommentar, 170. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 199 BewG Rz. 177-182.
- Marceau, N./Smart, M.* (2003): Corporate lobbying and commitment failure in capital taxation, in: American Economic Review 93 (1), 2003, S. 241-251.
- Marcinkowski, F./Pfetsch, B.* (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie, PVS – Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42/2009, Wiesbaden, 2009.
- Marcuss, R./Contos, G./Guyton, J./Langetieg, P./Lerman, A./Nelson, S./Schafer, B./Vigil, M.* (2013): Income taxes and compliance costs: How are they related?, in: National Tax Journal 66 (4), 2013, S. 833-854.
- Mascagni, G.* (2018): From the lab to the field: A review of tax experiments, in: Journal of Economic Surveys 32 (2), 2018, S. 273-301.
- Masters, M. F./Gibney, R./Zagenczyk, T. J.* (2009): Worker pay protection: Implications for labor's political spending and voice, in: A Journal of Economy and Society 48 (4), 2009, S. 557-577.
- Matarirano, O./Makina, D./Chiloane-Tsoka, G. E.* (2019): Tax compliance costs and small business performance: Evidence from the South African construction industry, in: South African Journal of Business Management 50 (1), 2019, S. 1-9.
- Mayring, P.* (2014): Qualitative content analysis: Theoretical foundation, basic procedures and software solution, Klagenfurt, 2014.
- Mayring, P.* (2015): Qualitative content analysis: Theoretical background and procedures, in: Bikner-Ahsbahr, A./Knipping, C./Presmeg, N. (Hrsg.): Approaches to Qualitative Research in Mathematics Education: Examples of Methodology and Methods, Wiesbaden, 2015, S. 365-380.

- Mayring, P.* (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, 13. Auflage, Weinheim, 2022.
- Mazzarol, T.* (19.05.2012): *The missing middle: What could Australia learn from Germany?*, in: *The Conversation*.
- McCluskey, J. J./Kalaitzandonakes, N./Swinnen, J.* (2016): *Media coverage, public perceptions, and consumer behavior: Insights from new food technologies*, in: *Annual Review of Resource Economics* 8 (1), 2016, S. 467-486.
- McGrath, C.* (2007): *Framing lobbying messages: Defining and communicating political issues persuasively*, in: *Journal of Public Affairs* 7 (3), 2007, S. 269-280.
- McGrath, C./Palmgren, P. J./Liljedahl, M.* (2019): *Twelve tips for conducting qualitative research interviews*, in: *Medical Teacher* 41 (9), 2019, S. 1002-1006.
- McLeay, S./Ordelheide, D./Young, S.* (2000): *Constituent lobbying and its impact on the development of financial reporting regulations: Evidence from Germany*, in: *Accounting, Organizations and Society* 25 (1), 2000, S. 79-98.
- Meade, J. A./Li, S.* (2015): *Strategic corporate tax lobbying*, in: *American Accounting Association* 37 (2), 2015, S. 23-48.
- Meier, T./Boyd, R. L./Pennebaker, J. W./Mehl, M. R./Martin, M./Wolf, M./Horn, A. B.* (2018): *LIWC auf DeutschTM: The development, psychometrics, and introduction of DE-LIWC2015*, 2018.
- Mele, E./Kerkhof, P./Cantoni, L.* (2021): *Analyzing cultural tourism promotion on Instagram: A cross-cultural perspective*, in: *Journal of Travel & Tourism Marketing* 38 (3), 2021, S. 326-340.
- Mellahi, K./Frynas, J. G./Sun, P./Siegel, D.* (2016): *A review of the nonmarket strategy literature*, in: *Journal of Management* 42 (1), 2016, S. 143-173.
- Meßbacher-Hönsch, C./Götz, H.* (Hrsg.): *ErbStG eKommentar, Stand: März 2023*, Bonn, 2023.
- Mey, G./Mruck, K.* (Hrsg.): *Grounded Theory Reader*, 2. Auflage, Wiesbaden, 2011.
- Mey, G./Mruck, K.* (2011): *Grounded-Theory-Methodologie: Entwicklung, Stand, Perspektiven*, in: *Mey, G./Mruck, K. (Hrsg.): Grounded Theory Reader*, 2. Auflage, Wiesbaden, 2011, S. 11-48.

- Milatz, J. E./Christopeit, I.* in: Burandt, W./Rojahn, D. (Hrsg.): *Erbrecht: Kommentar*, 4. Auflage, München, 2022, § 13a ErbStG Rz. 30-31.
- Miller, B. P.* (2010): The effects of reporting complexity on small and large investor trading, in: *The Accounting Review* 85 (6), 2010, S. 2107-2143.
- Minnick, K./Noga, T.* (2017): The influence of firm and industry political spending on tax management among S&P 500 firms, in: *Journal of Corporate Finance* 44, 2017, S. 233-254.
- Mithani, M. A.* (2019): Corporate political transparency, in: *Business & Society* 58 (3), 2019, S. 644-678.
- Moench, D./Weinmann, N.* (Hrsg.): *ErbStG Kommentar: Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz mit Bewertungsgesetz*, 97. Ergänzungslieferung, Freiburg im Breisgau, 2023.
- Molitor, B.* (1980): Mittelstand in unserer Zeit, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 29 (1), S.57-70.
- Monsen, B. R.* (2022): The determinants and consequences of Big 4 lobbying positions on proposed financial accounting standards, in: *American Accounting Association* 97 (3), 2022, S. 309-341.
- Morrell, K./Tuck, P.* (2014): Governance, tax and folk tales, in: *Accounting, Organizations and Society* 39 (2), 2014, S. 134-147.
- Mulcahy, S.* (2015): *Lobbying in Europe: Hidden influence, privileged access*, Kiel, 2015.
- Müller-Gatermann, G.* (2018): Notwendige strukturelle Steuergesetzgebung in dieser Legislaturperiode bei den direkten Steuern, in: *FR* 100 (9), 2018, S. 389-407.
- Müller-Gatermann, G.* (2021): Überfällige Strukturreformen bei den direkten Steuern, in: *FR* 103 (2), 2021, S. 72-75.
- Mulligan, E./Oats, L.* (2016): Tax professionals at work in Silicon Valley, in: *Accounting, Organizations and Society* 52, 2016, S. 63-76.
- Münch, U./Laufer, H.* (1998): *Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen, 1998.

- Musimenta, D.* (2020): Knowledge requirements, tax complexity, compliance costs and tax compliance in Uganda, in: *Cogent Business & Management* 7 (1), 2020, S. 1-19.
- Muzyka, D./Breuninger, H./Rossell, G.* (1997): The secret of new growth in old German 'Mittelstand' companies, in: *European Management Journal* 15 (2), 1997, S. 147-157.
- Nagel, K.* (2021a): Steuerliche Immobilienbewertung: vom Einheitswert zum Verkehrswert: Teil I: Überblick über die Bewertungsnormen und Anlässe der steuerlichen Bewertung in der Praxis, in: *NWB*, 2021, S. 2377-2389.
- Nagel, K.* (2021b): Steuerliche Immobilienbewertung: vom Einheitswert zum Verkehrswert: Teil IV: Verfahren zur Wertermittlung für Ertragsteuern und Grundsteuer im Bundesmodell ab 1.1.2022, in: *NWB*, 2021, S. 2688-2705.
- Nettersheim, A.* (2012): Steuervereinfachung: Aktuelle Reformvorhaben, in: *EStB*, 2012, S. 271-272.
- Ng, D./Khodakarami, N.* (2022): Fitting in as an outsider: A resource dependence theory approach to outside boards, in: *Journal of Health Organization and Management* 36 (2), 2022, S. 178-196.
- Ng, S. L./Baker, L./Cristancho, S./Kennedy, T. J./Lingard, L.* (2018): Qualitative research in medical education: Methodologies and method, in: Swanwick, T./Forrest, K./O'Brien, B. C. (Hrsg.): *Understanding medical education: Evidence, theory, and practice*, 3. Auflage, Hoboken, 2018, S. 427-441.
- Nickerson, J. A./Silverman, B. S.* (Hrsg.): *Economic institutions of strategy*, Bingley, 2009.
- Niessen, A./Ruenzi, S.* (2010): Political connectedness and firm performance: Evidence from Germany, in: *German Economic Review* 11 (4), 2010, S. 441-464.
- Niemann, W./Dodos, P.* (2021): Aufbau und digitale Umsetzung eines Tax Compliance Management Systems, in: *DStR* 59 (7), 2021, S. 392-400.
- Nugroho, K. S./Sukmadewa, A. Y./Dw, H. W./Bachtiar, F. A./Yudistira, N.* (2021): BERT fine-tuning for sentiment analysis on Indonesia mobile apps reviews, *Proceedings of the 6th International Conference on Sustainable Information Engineering and Technology*, 2021, S. 258-264.

- O'Leary, D. E.* (2022): Massive data language models and conversational artificial intelligence: Emerging issues, in: *Intelligent Systems in Accounting, Finance and Management* 29 (3), 2022, S. 182-198.
- Oehmer, F.* (2014): Ausmaß und Muster der inneren Lobby: Eine Analyse der Interessenbindungen zwischen Verbänden und Abgeordneten der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, in: von Winter, T./von Blumenthal, J. (Hrsg): *Interessengruppen und Parlamente*, Wiesbaden, 2014, S. 47-70.
- Oliver, C./Holzinger, I.* (2008): The effectiveness of strategic political management: A dynamic capabilities framework, in: *Academy of Management Review* 33 (2), 2008, S. 496-520.
- Olson, M.* (1965): *The logic of collective action - public goods and the theory of groups*, 1. Auflage, Cambridge, 1965.
- Ormrod, R. P./Müller, A. C.* (2022): The impact of corporate political activity on corporate reputation amongst industry stakeholder, in: *Corporate Reputation Review* 25 (3), 2022, S. 226-238.
- Ozturk, O.* (2021): Bibliometric review of resource dependence theory literature: An overview, in: *Management Review Quarterly* 71 (3), 2021, S. 525-552.
- Pahnke, A./Welter, F.* (2019): The German Mittelstand: Antithesis to Silicon Valley entrepreneurship?, in: *Small Business Economics* 52 (2), 2019, S. 345-358.
- Papadakis, H. N./Atsalakis, G. S.* (2019): Survey of interest groups influence in an economy, in: *International Journal of Sustainable Economies Management* 8 (2), 2019, S. 49-67.
- Pappi, F. U./Henning, C. H. C. A.* (1999): The organization of influence on the EC's common agricultural policy: A network approach, in: *European Journal of Political Research* 36 (2), 1999, S. 257-281.
- Pau, C./Sawyer, A./Maples, A.* (2007): Complexity of New Zealand's tax laws: An empirical study, in: *Australian Tax Forum* 22 (1), 2007, S. 59-92.
- Pavel, J./Vitek, L.* (2014): Tax compliance costs: Selected post-transitional countries and the Czech Republic, in: *Procedia Economics and Finance* 12, 2014, S. 508-515.

- Peteranderl, F. X./Fuest, C./Schierer, F. J./Schanz, D.* (2018): Sprudelnde Einnahmen, große Herausforderungen – Erwartungen an eine zukunftsfähige Steuer- und Finanzpolitik, ifo Schnelldienst 71(6), S. 3-17.
- Pfeffer, J./Salancik, G. R.* (1978): The external control of organizations: A resource dependence perspective, in: Harper & Row, New York, 1978.
- Picciotto, S.* (2007): Constructing compliance: Game playing, tax law, and the regulatory state, in: Law & Policy 29 (1), 2007, S. 11-30.
- Pichet, E./Lang, G.* (2012): The German Mittelstand and its fiscal competitiveness: Lessons for France, Bordeaux, 2012.
- Piltz, D. J.* (2008): Unternehmensbewertung im neuen Erbschaftsteuerrecht, DStR 46 (16), 2008, S. 745-753.
- Pistrui, D./Welsch, H. P./Wintermantel, O./Liao, J./Pohl, H. J.* (2000): Entrepreneurial orientation and family forces in the new Germany: Similarities and differences between east and west German entrepreneurs, in: Family Business Review 13 (3), 2000, S. 251-263.
- Polk, A.* (2020): What do we know about lobbying in Germany?, in: Review of Economics 71 (1), 2020, S. 43-79.
- Polk, A.* (2021): Mehr Transparenz durch das Lobbyregister?, in: Wirtschaftsdienst 101 (2), 2021, S. 121-126.
- Pope, J./Abdul-Jabbar, H.* (2008): Tax compliance costs of small and medium enterprises in Malaysia policy implications, Working Paper, Curtin, 2008.
- Potrafke, N./Kauder, B./Reischmann, M./Riem, M./Schinke, C.* (2014): Die Auswirkungen der Erbschaftsteuer auf Familienunternehmen, ifo Institut, München, 2014.
- PricewaterhouseCoopers* (2020): Studie zum Stand der Implementierung von Tax Compliance Management Systemen: Tax CMS – Status Quo und Ausblick, München, 2020.
- Priddat, B. P./Speth, R.* (2007): Das neue Lobbying von Unternehmen: Public affairs, Arbeitspapier, No. 145, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 2007.

- Prinz, U.* (2010): Besteuerung der Personengesellschaften – unpraktikabel und realitätsfremd? 4 Thesen zu Bestandsaufnahme und Neujustierung der deutschen Personengesellschaftsbesteuerung, in: *FR 92* (16), 2010, S. 736-744.
- Prinz, U.* (2015): Rechtsformbedarf im Bilanzsteuerrecht, in: Schön, W./Schindler, J. (Hrsg.): *Rechtsformfragen des deutschen Steuerrechts*, 2020, S. 55-93.
- Radcliffe, V. S./Spence, C./Stein, M./Wilkinson, B.* (2018): Professional repositioning during times of institutional change: The case of tax practitioners and changing moral boundaries, in: *Accounting, Organizations and Society* 66, 2018, S. 45-59.
- Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex* (2022): *Deutscher Corporate Governance Kodex: In der Fassung vom 28. April 2022*, Berlin, 2022.
- Reutter, W.* (2007): Struktur und Dauer der Gesetzgebungsverfahren des Bundes, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2), 2007, S. 299-315.
- Rey, A./Maglio, R./Rapone, V.* (2020): Lobbying during IASB and FASB convergence due processes: Evidence from the IFRS 16 project on leases, in: *Journal of International Accounting, Auditing and Taxation* 41, 2020, S. 100348.
- Richter, B. K./Samphantharak, K./Timmons, J. F.* (2009): Lobbying and taxes, in: *American Journal of Political Science* 53 (4), 2009, S. 893-909.
- Richter, A./Welling, B.* (2021): Tagungs- und Diskussionsbericht zum Webinar des 76. Berliner Steuergesprächs „Die Besteuerung der Digitalwirtschaft – Neuordnung der Zuweisung von Besteuerungsrechten“, in: *FR 103* (1), 2021, S. 18-24.
- Ridge, J. W./Ingram, A./Hill, A. D.* (2017): Beyond lobbying expenditures: How lobbying breadth and political connectedness affect firm outcomes, in: *Academy of Management Journal* 60 (3), 2017, S. 1138-1163.
- Roberts, R. W./Bobek, D. D.* (2004): The politics of tax accounting in the United States: Evidence from the Taxpayer Relief Act of 1997, in: *Accounting, Organizations, and Society* 29 (5-6), S. 565-590.
- Röhl, K.-H.* (2005): *Mittelstandspolitik: Eine wirtschaftspolitische Agenda zur Stärkung mittelständischer Unternehmen, IW Positionen, Beiträge zur Ordnungspolitik am Institut der deutschen Wirtschaft Köln Nr. 16*, Köln, 2005.

- Röhl, K.-H.* (2021): Die Wahlprogramme der Parteien für Mittelstand und Unternehmensgründungen: Nicht immer wird die Bedeutung des Mittelstands anerkannt, IW-Policy Paper, No. 16/2021, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, 2021.
- Ronit, K./Schneider, V.* (1998): The strange case of regulating lobbying in Germany, in: *Parliamentary Affairs* 51 (4), 1998, S. 559-567.
- Rössl, D./Fink, M./Kraus, S.* (2006): KMU im Spannungsfeld zwischen Regelungen und Lobbying, Wien, 2006.
- Roth, W./Holtz, M./Klose, M.* (Hrsg.): Strategie und Taktik im Erbrecht, 2. Auflage, München, 2019.
- Röttger, C./Schwitte, K.-U.* (2021): Die wichtigsten Bewertungsverfahren für KMU – Teil 2: Ertragswertverfahren: Checklisten und Praxisbeispiele, in: *NWB-BB*, 2021, S. 123-127.
- Ruin, S.* (2017): Ansätze und Verfahren der Kategorienbildung in der qualitativen Inhaltsanalyse, in: *Aschebrock, H./Stibbe, G.* (Hrsg.): *Schulsportforschung: Wissenschaftstheoretische und methodologische Reflexionen*, Münster, 2017, S. 119-134.
- Rundshagen, H.* in: *Wiese, G. T.* (Hrsg.): *Unternehmensnachfolge: Steuerliche und rechtliche Gestaltung*, 2. Auflage, Köln, 2020, 2. Teil Unternehmensnachfolge in der Familie Kapitel 9 Vorweggenommene Erbfolge Rz. 9.1-9.8.
- Russell, L. A.* (2018): Ideology, electoral incentives, PAC Contributions, and the agricultural Act of 2014, in: *Journal of Agricultural and Resource Economics* 43 (2), 2018, S. 274-291.
- Rux, J.* in: *Epping, V./Hillgruber, C.* (Hrsg.): *GG: Grundgesetz: Kommentar*, Stand: Januar 2024, München, 2024, Art. 20 GG Rz. 6-35.1.
- Sachs, M.* (Hrsg.): *GG: Grundgesetz: Kommentar*, 9. Auflage, München, 2021.
- Schaefer, R./Bai, X./Stede, M./Zesch, T.* (Hrsg.): *Proceedings of the 18th Conference on Natural Language Processing (KONVENS 2022)*, Potsdam, 2022.
- Salvino, R. F./Randolph, G. M./Turnbull, G. K./Tasto, M. T.* (2019): The effects of decentralization on special interest groups, in: *Public Choice* 181 (3), 2019, S. 191-213.

- Sancllemente Arciniegas, J.* (2019): Compliance: Norms as an instrument and a threat to the administration, in: *Journal of Management* 35 (65), 2019, S. 118-130.
- Scharpf, F. W.* (1989): Der Bundesrat und die Kooperation auf der dritten Ebene, MPIfG Discussion Paper, No. 89/4, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, 1989.
- Scheuerlein, J./Chládková, H.* (2022): Leadership and effectiveness: A content analysis of letters to shareholders during the financial crisis, in: *International Journal of Business Communication* 59 (3), 2022, S. 385-405.
- Schießl, H.* in: Brandis, P./Heuermann, B. (Hrsg.): *Ertragsteuerrecht: Kommentar*, 171. Ergänzungslieferung, München, 2024, § 6b EStG Rz. 1-20.
- Schlömer-Laufen, N./Schneck, S.* (2020): Data for Mittelstand companies in Germany at the IfM Bonn, in: *Journal of Economics and Statistics* 240 (6), 2020, S. 849-859.
- Schmidt, J./Dunger, C./Schulz, C.* (2015): Was ist „Grounded Theory“?, in: Schnell, M. W./Schulz, C./Heller, A./Dunger, C. (Hrsg.): *Palliative Care und Hospiz: Eine Grounded Theory*, Wiesbaden, 2015, S. 35-59.
- Schmidt, T./Fehle, J./Weissenbacher, M./Richter, J./Gottschalk, P./Wolff, C.* (2022): Sentiment analysis on Twitter for the major German parties during the 2021 German federal election, in: Schaefer, R./Bai, X./Stede, M./Zesch, T. (Hrsg.): *Proceedings of the 18th Conference on Natural Language Processing (KONVENS 2022)*, Potsdam, 2022, S. 74-87.
- Schmiel, U.* (2007): Erfordert eine Reform der Unternehmensbesteuerung die Berücksichtigung von KMU?, in: Letmathe, P./Eigler, J./Welter, F./Kathan, D./Heupel, T. (Hrsg.): *Management kleinerer und mittlerer Unternehmen: Stand und Perspektiven der KMU-Forschung*, Wiesbaden, 2007, S. 695-712.
- Schmieszek, H.-P.* (2013): Großkanzleien als Ersatzgesetzgeber, in: *ZRP* 46 (6), 2013, S. 175-178.
- Schmitter, P. C./Streeck, W.* (1999): The organization of business interests: Studying the associative action of business in advanced industrial societies, MPIfG Discussion Paper 99/1, Köln, 1999.

- Schmitz, R.* (2015): Steuerliche Rechtsformoptimierungen für den Mittelstand, in: Fahrnschon, G./Kirchhoff, A. G./Simmert, D. B. (Hrsg.): Mittelstand – Motor und Zukunft der deutschen Wirtschaft: Erfolgskonzepte für Management, Finanzierung und Organisation, 2015, S. 447-466.
- Schneider, D.* (2004): Steuervereinfachung durch Rechtsformneutralität?, in: DB 57 (29), 2004, S. 1517-1522.
- Schnell, M. W./Schulz, C./Heller, A./Dunger, C.* (Hrsg.): Palliative Care und Hospiz: Eine Grounded Theory, Wiesbaden, 2015.
- Schön, W./Schindler, J.* (Hrsg.): Rechtsformfragen des deutschen Steuerrechts, Wiesbaden, 2020.
- Schroeder, W./Schreiter, B.* (2017): Unternehmensverbände und das politische System, in: Schroeder, W./Weßels, B. (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland, 2. Auflage, Wiesbaden, 2017, S. 369-394.
- Schroeder, W./Weßels, B.* (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland: Ein Handbuch, 1. Auflage, Wiesbaden, 2010.
- Schroeder, W./Weßels, B.* (2010): Einleitung, in: Schroeder, W./Weßels, B. (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland: Ein Handbuch, 1. Auflage, Wiesbaden, 2010, S. 9-25.
- Schroeder, W./Weßels, B.* (2017): Die deutsche Unternehmerverbändelandschaft: vom Zeitalter der Verbände zum Zeitalter der Mitglieder, in: Schroeder, W./Weßels, B. (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland, 2. Auflage, Wiesbaden, 2017, S. 3-28.
- Schroeder, W./Weßels, B.* (Hrsg.): Handbuch Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Deutschland, 2. Auflage, Wiesbaden, 2017.
- Schuler, D. A.* (1996): Corporate political strategy and foreign competition: The case of the steel industry, in: The Academy of Management Journal 39 (3), 1996, S. 720-737.
- Schuler, D. A./Rehbein, K./Cramer, R. D.* (2002): Pursuing strategic advantage through political means: A multivariate approach, in: The Academy of Management Journal 45 (4), 2002, S. 659-672.

- Schulte, W./Birnbaum, M./Hinkers, J.* (2009): Unternehmensvermögen im neuen Erbschaftsteuer- und Bewertungsrecht - Zweifelsfragen und Gestaltungsansätze, in: BB, 2009, S. 300-306.
- Sebaldt, M.* (2007): Strukturen des Lobbyings: Deutschland und die USA im Vergleich, in: Kleinfeld, R./Zimmer, A./Willems, U. (Hrsg.): Lobbying: Strukturen. Akteure. Strategien, Heidelberg, 2007, S. 92-123.
- Seer, R.* (2021): Steuervereinfachung – Postulat des Rechts, in: BB, 2021, S. 1433-1439.
- Seiler, C.* in: Epping, V./Hillgruber, C. (Hrsg.): GG: Grundgesetz: Kommentar, Stand: Januar 2024, München, 2024, Art. 70 GG Rz. 11-13.
- Senaviratna, N. A. M. R./Cooray, T. M. J. A.* (2019): Diagnosing multicollinearity of logistic regression model, in: Asian Journal of Probability and Statistics 5 (2), 2019, S. 1-9.
- Septianto, F./Northey, G./Weaven, S.* (2021): The organizational framing effect on consumer evaluations of corporate donations, in: European Journal of Marketing 55 (11), 2021, S. 2871-2893.
- Sethi, S. P.* (1982): Corporate political activism, in: California Management Review 24 (3), 1982, S. 32-42.
- Shackleton, J. R.* (1997): Training in Germany: A view from abroad, in: Education + Training 39 (8), 1997, S. 303-308.
- Shi, Y./Zhu, L./Li, W./Guo, K./Zheng, Y.* (2019): Survey on classic and latest textual sentiment analysis articles and techniques, in: International Journal of Information Technology & Decision Making 18 (4), 2019, S. 1243-1287.
- Shields, K./Clacher, I./Zhang, Q.* (2019): Negative tone in lobbying the International Accounting Standards Board, in: The International Journal of Accounting 54 (3), 2019, S. 1950010.
- Siano, F./Wysocki, P.* (2021): Transfer learning and textual analysis of accounting disclosures: Applying big data methods to small(er) datasets, in: Accounting Horizons 35 (3), 2021, S. 217-244.
- Siekmann, H.* in: Sachs, M. (Hrsg.): GG: Grundgesetz: Kommentar, 9. Auflage, München, 2021, Art. 108 GG Rz. 1-14.

- Sirmon, D. G./Hitt, M. A./Ireland, R. D.* (2007): Managing firm resources in dynamic environments to create value: Looking inside the black box, in: *Academy of Management Review* 32 (1), 2007, S. 273-292.
- Sitzmann, E.* (2018): § 2 Finanzpolitik für ein starkes Baden-Württemberg, *Heidelberger Beiträge zum Finanz- und Steuerrecht* 7. Jahrgang, Heidelberg, 2017.
- Slemrod, J. B.* (2019): Tax compliance and enforcement, in: *Journal of Economic Literature* 57 (4), 2019, S. 904-954.
- Slemrod, J. B./Blumenthal, M.* (1996): The income tax compliance cost of big business, in: *Public Finance Quarterly* 24 (4), 1996, S. 411-438.
- Söffing, M.* in: *Meßbacher-Hönsch, C./Götz, H.* (Hrsg.): *ErbStG eKommentar*, Stand: März 2023, Bonn, 2023, § 13a ErbStG Rz. 1-20 und 355-369.
- Söffing, M.* in: *Wilms, H./Jochum, G./Götz, H./Meßbacher-Hönsch, C.* (Hrsg.): *Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: Kommentar*, 130. Ergänzungslieferung, Bonn, 2024, § 13a ErbStG Rz. 119-123.
- Sperandei, S.* (2014): Understanding logistic regression analysis, in: *Biochemia Medica* 24 (1), 2014, S. 12-18.
- Spohr, F.* (2021): Der Zugang öffentlicher und wirtschaftlicher Interessen zum Deutschen Bundestag, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (2), 2021, S. 267-289.
- Stalleiken, J.* in: *von Oertzen, C./Loose, M.* (Hrsg.): *Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: Kommentar*, 2. Auflage, Köln, 2020, § 13a ErbStG Rz. 75-80 und 133-139.
- Stalleiken, J.* in: *von Oertzen, C./Loose, M.* (Hrsg.): *Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: Kommentar*, 2. Auflage, Köln, 2020, § 13b ErbStG Rz. 78-92a.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder* (2023): *Methodische Grundlagen, Definitionen und Qualität des statistischen Unternehmensregisters*, Berlin, 2023.
- Statistisches Bundesamt* (2022): *Rechtspflege: Finanzgerichte: 2021*, Fachserie 10, Reihe 2.5, Berlin, 2022.

- Statistisches Bundesamt* (2023): Statistisches Unternehmensregister: Rechtliche Einheiten nach zusammengefassten Rechtsformen im Berichtsjahr 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Unternehmen/Unternehmensregister/Tabellen/unternehmen-rechtsformen-wz08.html>, zugegriffen 17. März 2024.
- Statistisches Bundesamt* (2024): Konjunkturindikatoren, Verbraucherpreisindex für Deutschland, Veränderungsraten zum Vorjahresmonat in %, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Basisdaten/vpi001j.html>, zugegriffen 17. März 2024.
- Steben, S.* (2022): Erbschaft- und Schenkungsteuer: Prüfung der Lohnsummenklausel in „Corona-Jahren“, in: MBP, 2022, S. 122-126.
- Stenert, J.* (2023): Der Antrag auf Optionsverschonung nach § 13a Abs. 10 ErbStG – ein riskantes Unterfangen, in: ErbR 18, 2023, S. 678-682.
- Stenger, A./Loose, M.* (Hrsg.): Bewertungsrecht: BewG ErbStG GrStG: Kommentar, 170. Ergänzungslieferung, Köln, 2024.
- Stern, K./Sodan, H./Möstl, M.* (Hrsg.): Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschlands im europäischen Staatenverbund, Band 2, 2. Auflage, München, 2022.
- Stiftung Familienunternehmen* (2023): Deutschlands nächste Unternehmergegeneration: 6. Studie zu Einstellungen, Werten und Zukunftsplänen der Next Gens, München, 2023.
- Stigler, G. J.* (1971): The theory of economic regulation, in: The Bell Journal of Economics and Management Science, 1971, S. 3-21.
- Storm, S./Naastepad, C. W. M.* (2015): Crisis and recovery in the German economy: The real lessons, Working Paper, Delft, 2015.
- Strahl, M.* (2018): Vom Schaden der Intransparenz, in: kösdi, 2018, S. 20972.
- Strübing, J.* (2021): Grounded Theory: Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung eines pragmatischen Forschungsstils, 4. Auflage, Wiesbaden, 2021.
- Sturm, R./Redecker, M.* (2016): Der EU-Konzept des Unternehmens, in: Wirtschaft und Statistik 3, 2016, S. 57-71.

- Suhel, S./Asgari, I./Mardalena, M./Andaiyani, S.* (2018): The economic scale of small-medium enterprises financing in sharia banking, in: *International Journal of Economics and Financial Issues* 8 (3), 2018, S. 112-117.
- Sühlsen, K./Hisschemöller, M.* (2014): Lobbying the ‘Energiewende’. Assessing the effectiveness of strategies to promote the renewable energy business in Germany, in: *Energy Policy* 69, 2014, S. 316-325.
- Sureth-Sloane, C.* (2022): Steuerpolitische Perspektiven der neuen Legislaturperiode - Chancen und Herausforderungen, in: *FR* 104 (8), 2022, S. 325-331.
- Sutton, T./Devine, R. A./Lamont, B. T./Holmes, R. M.* (2021): Resource dependence, uncertainty, and the allocation of corporate political activity across multiple jurisdictions, in: *Academy of Management Journal* 64 (1), 2021, S. 38-62.
- Swanwick, T./Forrest, K./O’Brien, B. C.* (Hrsg.): *Understanding medical education: Evidence, theory, and practice*, 3. Auflage, Hoboken, 2018.
- Syrtseval, S./Cheban, Y.* (2021): Accounting compliance: An institutional approach to ensure the quality of accounting information of the enterprise, in: *Baltic Journal of Economic Studies* 7 (2), 2021, S. 210-218.
- Tausczik, Y. R./Pennebaker, J. W.* (2010): The psychological meaning of words: LIWC and computerized text analysis methods, in: *Journal of Language and Social Psychology* 29 (1), 2010, S. 24-54.
- Tausendpfund, M.* (Hrsg.): *Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften: Ein Überblick*, Wiesbaden, 2020.
- Teahan, W. J./Alhawiti, K. M.* (2015): Preprocessing for PPM: Compressing Utf-8 encoded natural language text, in: *International Journal of Computer Science & Information Technology*, 2015, S. 41-51.
- Teece, D./Pisano, G.* (1994): The dynamic capabilities of firms: An introduction, in: *Industrial and Corporate Change* 3 (3), 1994, S. 537-556.
- Tipke, K./Kruse, H. W.* (Hrsg.): *AO FGO: Kommentar*, 180. Ergänzungslieferung, Köln, 2024.
- Trampusch, C.* (2004): Von Verbänden zu Parteien. Elitenwechsel in der Sozialpolitik, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 35 (4), S. 646-666.

- Tran-Nam, B./Evans, C.* (2014): Towards the development of a tax system complexity index, in: *Fiscal Studies* 35 (3), 2014, S. 341-370.
- Trentmann, O./Höne, A.* in: Lippross, O.-G./Seibel, W. (Hrsg.): *Basiskommentar Steuerrecht*, 143. Ergänzungslieferung, Köln, 2024, § 13a ErbStG Rz. 17-29.
- Troll, M./Gebel, D./Jülicher, M./Gottschalk, P. R.* (Hrsg.): *Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz mit Bewertungsrecht und Verfahrensrecht: Kommentar*, 68. Ergänzungslieferung, Köln, 2024.
- Truman, D. B.* (1951): *The governmental process: Political interests and public opinion*, New York, 1951.
- Tsoutsoura, M.* (2015): The effect of succession taxes on family firm investment: Evidence from a natural experiment, in: *The Journal of Finance* 70 (2), 2015, S. 649-688.
- Tyllström, A./Murray, J.* (2021): Lobbying the client: The role of policy intermediaries in corporate political activity, in: *Organization Studies* 42 (6), 2021, S. 971-991.
- Uanhoro J. O./Wang, Y./O'Connell, A. A.* (2021): Problems with using odds ratios as effect sizes in binary logistic regression and alternative approaches, in: *The Journal of Experimental Education* 89 (4), 2021, S. 670-689.
- United States Senate* (2024): *Lobbying Disclosure Act (LDA) Reports*, <https://lda.senate.gov/system/public/>, zugegriffen 17. März 2024.
- van den Broek, O.* (2021): Soft law engagements and hard law preferences: Comparing EU lobbying positions between UN global compact signatory firms and other interest Group Types, in: *Business and Politics* 23 (3), 2021, S. 383-405.
- Vines, C. C./Moore, M. L.* (1996): U.S. Tax Policy and the Location of R&D, in: *The Journal of the American Taxation Association* 18 (2), 1996, S. 74-88.
- Vining, A./Shapiro D. M./Borges, B.* (2005): Building the firm's political (lobbying) strategy, in: *Journal of Public Affairs* 5 (2), 2005, S. 150-175.
- Vinken, H.* (2012): *Steuervereinfachung*, in: *DB*, 2012, S. M1.
- Vishnuhadevi, S.* (2021): Administrative and compliance costs of Value Added Tax (VAT): A review, in: *Review of Development and Change* 26 (2), 2021, S. 179-206.

- Viskorf, H.-U.* (2009): Das Rechtsstaatsprinzip und der Wettstreit um den „richtigen“ gemeinen Wert beim Betriebsvermögen, in: ZEV 16 (12), 2009, S. 591-596.
- Viskorf, U./Schuck, S./Wälzholz, E.* (Hrsg.): Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz, Bewertungsgesetz - Kommentar, 7. Auflage, Herne, 2023.
- Vogel, D.* (1987): Political science and the study of corporate power: A dissent from the new conventional wisdom, in: British Journal of Political Science 17 (4), 1987, S. 385-408.
- Volokh, A.* (2010): Privatization, free riding, and industry-expanding lobbying, in: International Review of Law and Economics 30 (1), 2010, S. 62-70.
- von dem Berge, B.* (2020): Teilstandardisierte Experteninterviews, in: Tausendpfund, M. (Hrsg.): Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften: Ein Überblick, Wiesbaden, 2020, S. 275-300.
- von Münch, I./Kunig, P.* (Hrsg.): Grundgesetz Kommentar, Band 2, 7. Auflage, München, 2021.
- von Oertzen, C.* (2018): Das Rechtsinstitut der vorweggenommenen Erbfolge im Wandel des letzten Vierteljahrhunderts, in: ZEV 25 (10), 2018, S. 557-563.
- von Oertzen, C./Loose, M.* (Hrsg.): Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: Kommentar, 2. Auflage, Köln, 2020.
- von Oertzen, C./Windeknecht, P.* (2020): Beratung in der Krise: Unternehmensnachfolge in der Pandemie, in: BBP, 2020, S. 288-292.
- von Streit, G./Streit, T.* (2018): Neues Verfahrensrecht für die Umsatzsteuer?, in: UR 67 (21), 2018, S. 813-821.
- von Winter, T./von Blumenthal, J.* (Hrsg.): Interessengruppen und Parlamente, Wiesbaden, 2014.
- Vorstand des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF)* (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2014, Band 15, Baden-Baden, 2014.
- Voßkuhle, A./Wischmeyer, T.* (2020): Grundwissen – Öffentliches Recht: Gesetzgebungskompetenzen, in: JuS 60 (4), 2020, S. 315-318.

- Vowe, G./Dohle, M.* (2009): Weltsicht und Medienbild des Parlaments im Wandel. Eine Inhaltsanalyse von Bundestagsdebatten aus den 50 Jahren, in: Marcinkowski, F./Pfetsch, B. (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie, PVS – Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42/2009, Wiesbaden, 2009, S. 224-250.
- Wachter, T.* (2018): Neues zur Lohnsummenregelung im ErbStG, in: DB, 2018, S. 3073-3077.
- Wachter, T.* (2021): Missglückte Schenkung von GmbH & Co. KG-Anteilen, in: GmbHR, 2021, S. 305-313.
- Wacker, R.* (2015): Aktuelle Überlegungen zur Unternehmenssteuerreform – Aspekte aus rechtspraktischer Sicht, in: Schön, W./Schindler, J. (Hrsg.): Rechtsformfragen des deutschen Steuerrechts, 2020, S. 1-29.
- Walker, E. T.* (2012): Putting a face on the issue: Corporate stakeholder mobilization in professional grassroots lobbying campaigns, in: Business & Society 51 (4), 2012, S. 561-601.
- Weber, R.* (2015): The effect of tax code complexity on entrepreneurship, in: The Journal of Private Enterprise 30 (2), 2015, S. 83-102.
- Wecker, G./Galla, S.* (2013): Pflichten der Geschäftsleitung & Aufbau einer Compliance Organisation, in: Wecker, G./Ohl, B. (Hrsg.): Compliance in der Unternehmerpraxis: Grundlagen, Organisation und Umsetzung, 3. Auflage, Wiesbaden, 2013, S. 19-42.
- Wecker, G./Ohl, B.* (Hrsg.): Compliance in der Unternehmerpraxis: Grundlagen, Organisation und Umsetzung, 3. Auflage, Wiesbaden, 2013.
- Wehrmann, I.* (2007): Lobbying in Deutschland – Begriff und Trends, in: Kleinfeld, R./Zimmer, A./Willems, U. (Hrsg.): Lobbying: Strukturen. Akteure. Strategien, Heidelberg, 2007, S. 36-64.
- Weinmann, N* in: Moench, D./Weinmann, N. (Hrsg.): ErbStG Kommentar: Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz mit Bewertungsgesetz, 97. Ergänzungslieferung, Freiburg im Breisgau, 2023, § 12 ErbStG Teil II.3 Bewertung des Betriebsvermögens Rz. 48-51.

- Weinmann, N* in: Moench, D./Weinmann, N. (Hrsg.): ErbStG Kommentar: Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz mit Bewertungsgesetz, 97. Ergänzungslieferung, Freiburg im Breisgau, 2023, § 13a ErbStG Rz. 83-88 und 133-145.
- Weiß, C.* (2013): „Mitte, Mittelschicht und Mittelstand“ – der alte Wahlkampfschlager wird nur noch in der Remix-Version gern gespielt: Eine Kurzanalyse des „Mitte-Begriffes“ im Bundestagswahlkampf 2013, in: Regierungsforschung.de, Das wissenschaftliche Online-Magazin der NRW School of Governance, 2013.
- Weiss, B./Barthel, J./Pritzl, T.* (2020): Corona-Krise: Auswirkungen auf die erbschaft- und schenkungsteuerliche Lohnsummenkontrolle: Welche Gestaltungsmaßnahmen bestehen zur Verhinderung eines Lohnsummenverstoßes?, in: NWB, 2020, S. 1417-1425.
- Welker, D.* in: Zugmaier, O./Nöcker, G. (Hrsg.): Abgabenordnung: Kommentar, 1. Auflage, Herne, 2022, § 90 AO Rz. 1-32.
- Welter, F./Levering, B./May-Strobl, E.* (2016): Mittelstand im Wandel, IfM-Materialien, No. 247, Bonn, 2016.
- Welter, F./May-Strobl, E./Holz, M./Pahnke, A./Schlepphorst, S./Wolter, H.-J./Kranzusch, P.* (2015): Mittelstand zwischen Fakten und Gefühl, IfM-Materialien, No. 234, Bonn, 2015.
- Welter, F./May-Strobl, E./Wolter, H.-J./Günterberg, B.* (2014): Mittelstand im Wandel, IfM-Materialien, No. 232, Bonn, 2014.
- Wernitz, F.* (2018): Das Experteninterview als Datenerhebungsmethode in Prüfungsarbeiten, IUBH Discussion Papers – Business and Management, No. 2/2018, IUBH Internationale Hochschule, Bad Honnef, 2018.
- Wernsmann, R.* (2005): Reichweite der Zustimmungsbedürftigkeit von Gesetzen im Bundesrat, in: NVwZ 24 (12), 2005, S. 1352-1357.
- Weßels, B.* (2014): Entkoppelung von Parlament und organisierten Interessen? Kontakte von Abgeordneten zu Verbänden im Zeitverlauf, in: von Winter, T./von Blumenthal, J. (Hrsg.): Interessengruppen und Parlamente, Wiesbaden, 2014, S. 125-148.
- Wiese, G. T.* (Hrsg.): Unternehmensnachfolge: Steuerliche und rechtliche Gestaltung, 2. Auflage, Köln, 2020.

- Williams, M. G./Swenson, C. W.* (1999): A model of corporate rent-seeking through tax legislation, in: *Journal of Accounting and Public Policy* 18 (4-5), 1999, S. 375-394.
- Williams, S. D.* (2020): A textual analysis of racial considerations in human resource analytics vendors' marketing, in: *Management Research and Practice* 12 (4), 2020, S. 49-63.
- Wilms, H./Jochum, G./Götz, H./Meßbacher-Hönsch, C.* (Hrsg.): *Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz: Kommentar*, 130. Ergänzungslieferung, Bonn, 2024.
- Winkelmann, R.* (1996): Employment prospects and skill acquisition of apprenticeship-trained workers in Germany, in: *Industrial and Labor Relations Review* 49 (4), 1996, S. 658-672.
- Wirl, F.* (1994): The dynamics of lobbying - a differential game, in: *Public Choice* 80 (3/4), 1994, S. 307-323.
- Witko, C.* (2009): The ecology of party-organized interest relationships, in: *Polity* 41 (2), 2009, S. 211-234.
- Wittreck, F.* in: Dreier, H. (Hrsg.): *Grundgesetz: Kommentar*, Band 2, 3. Auflage, Tübingen, 2015, Art. 70 GG Rz. 7-16.
- Wolf, C./Best, H.* (Hrsg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden, 2010.
- Wollenschläger, F.* (2018): Eine Einheitliche Gebührenordnung für ambulante ärztliche Leistungen (Teil 2): Herausforderungen und Grenzen einer Harmonisierung angesichts fundamental divergierender Leistungs- und Vergütungssysteme im GKV- und privatärztlichen Sektor, in: *NZS* 27 (11), 2018, S. 445-452.
- Wolter, H.-J./Hauser, H.-E.* (2001): Die Bedeutung des Eigentümerunternehmens in Deutschland - Eine Auseinandersetzung mit der qualitativen und quantitativen Definition des Mittelstands, in: IfM Bonn (Hrsg.): *Jahrbuch zur Mittelstandsforschung* 1/2001, 2001, S. 25-77.
- Wolter, H.-J./Sauer, I.* (2017): *Die Bedeutung der eigentümer- und familiengeführten Unternehmen in Deutschland*, IfM-Materialien, No. 253, Bonn, 2017.
- Wood, D. J.* (1985): The strategic use of public policy: Business support for the 1906 Food and Drug Act, in: *The Business History Review* 59 (3), 1985, S. 403-432.

- Wüerst, A.* (2015): Sichere Mittelstandsfinanzierung erfordert Finanzmarktregulierung mit Augenmaß, in: Fahrenschon, G./Kirchhoff, A. G./Simmert, D. B. (Hrsg.): Mittelstand – Motor und Zukunft der deutschen Wirtschaft: Erfolgskonzepte für Management, Finanzierung und Organisation, 2015, S. 19-25.
- Yu, F./Yu, X.* (2011): Corporate lobbying and fraud detection, in: Journal of Financial and Quantitative Analysis 46 (6), 2011, S. 1865-1891.
- Zaghoul, W./Trimi, S.* (2017): Developing an innovative entity extraction method for unstructured data, in: International Journal of Quality Innovation 3 (1), 2017, S. 1-10.
- Žák, M.* (2019): Democracy, Lobbying and Economics, in: Review of Economic Perspectives 19 (3), 2019, S. 193-210.
- Zapf, A.* (2022): Die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen nach § 19a EStG i.d.F. des Fondsstandortgesetzes unter besonderer Berücksichtigung des jüngst erlassenen BMF-Schreibens vom 16.11.2021, FR 2022, 277 (§ 19a EStG), in: FR 104 (10), 2022, S. 437-448.
- Zhao, A./Yu, Y.* (2021): Knowledge-enabled BERT for aspect-based sentiment analysis, in: Knowledge-Based Systems 227, 2021, 107220.
- Zilker, V./Pachur, T.* (2020): Does option complexity contribute to the framing effect, loss aversion, and delay discounting in younger and older adults?, in Journal of Behavioral Decision Making 34 (4), 2020, S. 488-503.
- Zugmaier, O./Nöcker, G.* (Hrsg.): Abgabenordnung: Kommentar, 1. Auflage, Herne, 2022.
- Zülch, H./Gebardt, R./Hoffmann, S.* (2009): Politische Ökonomie der Rechnungslegung – Bisherige Forschungsergebnisse und künftige Forschungsperspektiven unter besonderer Berücksichtigung des Lobbyingkonzepts, in: Journal für Betriebswirtschaft 59 (1), 2009, S. 1-29.
- Zwick, E.* (2021): The costs of corporate tax complexity, in: American Economic Journal: Economic Policy 13 (2), 2021, S. 467-500.

Zwirner, C./Vodermeier, M. (2021): Unternehmensbewertung im Steuerrecht: §§ 199 ff. BewG und IDW IDWPS S 1 im Vergleich – unter Berücksichtigung der Corona-Pandemie und des weiter anhaltenden Niedrigzinsumfelds, in: DStR 59 (36), 2021, S. 2097-2097.

Zwirner, C./Vodermeier, M. (2024): Wachstumschancengesetz in das Jahr 2024 verschoben: Unklare Haushaltslage überschattete Beratungen zum Wachstumschancengesetz, in: BC 48 (1), 2024, S. 13.

Rechtsquellenverzeichnis

Nationale Gesetze

Abgabenordnung (AO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.2002, BGBl. I 2002, S. 3866, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumchancengesetz) vom 27.03.2024, BGBl. I 2024, Nr. 108.

Bewertungsgesetz (BewG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.02.1991, BGBl. I 1991, S. 230, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Förderung geordneter Kreditzweigmärkte und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung weiterer finanzrechtlicher Bestimmungen vom 22.12.2023, BGBl. I 2023, Nr. 411.

Einkommensteuergesetz (EStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.10.2009, BGBl. I 2009, S. 3366, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumchancengesetz) vom 27.03.2024, BGBl. I 2024, Nr. 108.

Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.02.1997, BGBl. I 1997, S. 378, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumchancengesetz) vom 27.03.2024, BGBl. I 2024, Nr. 108.

Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.05.1951, BGBl. II 1951, S. 103, zuletzt geändert durch die Bekanntmachung einer Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss) vom 30.04.2003, BGBl. I 2003, S. 677.

Geschäftsordnung des Bundesrates (GOBR) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26.11.1993, BGBl. I 1993, S. 2007, zuletzt geändert durch die Bekanntmachung zur Änderung der Geschäftsordnung des Bundesrates vom 16.09.2022, BGBl. I 2022, S. 1513.

- Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GOBT) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.07.1980, BGBl. I 1980, S. 1237, zuletzt geändert durch die Bekanntmachung zur Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 22.02.2024, BGBl. I 2024, Nr. 64.
- Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.11.2016, BGBl. I 2016, S. 2464.
- Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzenreformgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.03.2009, BGBl. I 2009, S. 502, zuletzt geändert durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzenreformgesetzes vom 26.04.2024, BGBl. I 2024, Nr. 140.
- Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.03.2024, BGBl. I 2024, Nr. 108.
- Gewerbesteuergesetz (GewStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002, BGBl. I 2002, S. 4167, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) vom 27.03.2024, BGBl. I 2024, Nr. 108.
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.05.1949, BGBl. I 1949, S. 1, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82) vom 19.12.2022, BGBl. I 2022, S. 2478.
- Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung (Lobbyregistergesetz bzw. LobbyRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.04.2021, BGBl. I 2021, S. 818, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Strafbarkeit der unzulässigen Interessenwahrnehmung vom 12.06.2024, BGBl. I 2024, Nr. 190.

Umsatzsteuergesetz (UStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.02.2005, BGBl. I 2005, S. 386, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) vom 27.03.2024, BGBl. I 2024, Nr. 108.

Umwandlungssteuergesetz (UmwStG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.12.2006, BGBl. I 2006, S. 2782, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz) vom 27.03.2024, BGBl. I 2024, Nr. 108.

Ausländische Gesetze

Lobbying Disclosure Act of 1995 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.12.1995, Public Law No: 104-65, 2 USC 1601, 109 Stat. 691.

Richtlinien

Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO) vom 31.01.2014, BStBl. I, 2014, S. 290, zuletzt geändert durch BMF-Schreiben vom 22.03.2024 (BStBl. I, S. 694).

Erbschaftsteuer-Richtlinien 2019 (ErbStR) vom 16.12.2019, BStBl. I 2019 Sondernummer 1, S. 2.

Geschäftsordnungen

Bundesregierung, Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) vom 30.08.2000, GMBL. 2000, S. 526, zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) vom 17.08.2011, GMBL. 2011, S. 576.

Deutscher Bundestag, Archivordnung für den Deutschen Bundestag vom 21.03.2019.

Deutscher Bundestag, Nutzungsordnung für das Parlamentsarchiv: Anlage gemäß § 3 Absatz 10 der Archivordnung für den Deutschen Bundestag vom 26.03.2019.

Erlasse

BMF (1993): Schreiben vom 13.01.1993, IV B 3 – S 2190 – 37/92, Ertragsteuerliche Behandlung der vorweggenommenen Erbfolge; Anwendung des Beschlusses des Großen Senats vom 5. Juli 1990 (BStBl II S. 847), in: BStBl. I 1993, S. 80.

BMF (2020): Schreiben vom 11.03.2020, IV A 2 – O 2000/19/10008 :001, Anwendung von BMF-Schreiben, die bis zum 10. März 2020 ergangen sind, in: BStBl. I 2020, S. 298.

BMF (2023): Schreiben vom 10.03.2023, IV A 2 – O 2000/22/10003 :001, Anwendung von BMF-Schreiben; BMF-Schreiben, die bis zum 9. März 2023 ergangen sind, in: BStBl. I 2023, S. 406.

Oberste Finanzbehörden der Länder (2011): Gleichlautender Erlass vom 17.05.2011, Gleichlautender Erlass zur Umsetzung des Gesetzes zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts; Anwendung der §§ 11, 95 bis 109 und 199 ff. BewG in der Fassung durch das ErbStRG, in: BStBl. I 2011, S. 606.

Verlautbarungen der Europäischen Union, Gemeinschaftsorgane und des Europäischen Wirtschaftsraums

EU-Kommission (2003): Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (2003/361/EG), Abl. EU 2003 Nr. L 124/36 vom 20.05.2003.

Entscheidungen

Datum	Aktenzeichen	Amtliche Quelle
1. Bundesverfassungsgericht		
Urteil vom 17.12.2014	1 BvL 21/12	BVerfGE 138, S. 136-255.
2. Bundesgerichtshof		
Urteil vom 30.01.1991	IV ZR 299/89	BGHZ 113, S. 310-315.
3. Bundesfinanzhof		
Urteil vom 30.01.1991	II R 25/08	BStBl. II 2010, S. 663.

Urteil vom 07.11.2007 II R 28/06 BStBl. II 2008, 258.

Urteil vom 23.02.2021 II R 29/19 BStBl. II 2023, S. 191.

4. Verwaltungsgericht Hannover

Urteil vom 13.09.2024 1 A 2294/22 NVwZ-RR 2024, S. 121-123.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Diese Dissertation wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt und liegt auch als Print-Version vor.

DOI: 10.17185/duepublico/82822

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20250109-090059-7

Alle Rechte vorbehalten.